Stiftung SPI

K.u.Q kundq.de Kompetenz und Qualifikation für junge Menschen in sozialen Brennpunkten

„und raus bist Du ...?“

KuQ – Kompetenz und Qualifikation für junge Menschen in sozialen Brennpunkten

www.kundq.de

- Abschlussbericht -

Ein Teilprogramm der nationalen Programmplattform „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E&C) des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

Stiftung SPI
Müllerstraße 74
3349 Berlin

August 2003 / April 2004

© Stiftung SPI 2004

Inhaltsverzeichnis

1. Auswertung des Programms KuQ

1.1 Zusammenfassung und Bewertung der Ergebnisse
1.1.1 Vorgaben des Programms
1.1.2 Umsetzung des Programms
1.2 Programmstandards
1.3 Programmergebnisse

2. Empfehlungen für zukünftiges Handels des Auftraggebers

3. Anspruch und Zielsetzung des Programms des Programm KuQ

3.1 Grundsätze der Programme „Die Soziale Stadt“ und „E&C“
3.2 Soziale Arbeit als Koproduktion
3.3 Die Programmatik von KuQ

4. Phasen der Umsetzung

4.1 Das Antrags- und Abstimmungsverfahren
4.1.1 Programmvorbereitung
4.1.2 Programminformationen
4.1.3 Abstimmungsverfahren
4.1.4 Koordinationstreffen
4.1.5 Wissenschaftliche Begleitung
4.2 Das Dokumentationsraster
4.3 Exemplarische Projektdokumentation
4.4 Auswertungstagung und Projektmesse
4.5 Ausblick

5. Wirkungsebenen

5.1 Perspektiven
5.2 Wirkungsebene Kooperation
5.2.1 Kooperationsansätze
5.2.2 Zum Verständnis von Kooperation
5.2.3 Formen „gelungener“ Kooperation
5.2.4 Handlungsbedarf und deren Qualität in Kooperationsbeziehungen
5.2.5 Die Distanz in der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft
5.2.6 Was hat Bestand über das Projektende hinaus
5.3 Wirkungsebene Partizipation
5.3.1 Voraussetzungen von Partizipation
5.3.2 Voraussetzungen für Partizipation
5.4 Wirkungsebene Interkulturalität
5.4.1 Sozialraum und Integration
5.4.2 Interkulturelle Zugänge
5.5 Wirkungsebene Kompetenzerwerb

© Stiftung SPI 2004

5.5.1 Zukunftsfähige Perspektiven
5.5.2 Schule als Bildungsraum
5.5.3 Perspektiven des Kompetenzerwerbs

6. Wissenschaftliche Begleitung (DJI)

Vorbemerkungen: Das Programm KuQ

6.1 Methoden der wissenschaftlichen Begleitung
6.1.1 Schriftliche Befragung
6.1.2 Fallstudien
6.2 Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung
6.2.1 Merkmale der Jugendämter
6.2.2 Die Programmgebiete KuQ
6.2.2.1 Merkmale und Probleme der Programmgebiete
6.2.2.2 Angebote und Handlungsbedarfe im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit
6.3 Projektabwicklung
6.3.1 Finanzierung der Projekte
6.3.2 Projektschwerpunkte und -inhalte
6.3.2.1 Förderschwerpunkte
6.3.2.2. Inhalte und Arbeitsansätze
6.3.3. Zielgruppen
6.3.4 Methoden
6.3.5 Zielerreichung
6.4 Kooperationsbeziehungen
6.4.1 Kooperationsbeziehungen allgemein
6.4.2 Kooperationspartner und -beziehungen bei der Umsetzung des Programms KuQ
6.4.3 Kooperationsformen
6.4.4 Auswirkungen des Programms KuQ auf die Kooperationsbeziehungen zwischen Jugend-, Sozial- und Arbeitsämtern
6.5 Perspektiven nach Ablauf der Förderung durch das Programm KuQ
6.6 Zusammenfassung
6.7 Fallstudien
6.7.1 Jugendamt Landkreis Nienburg: Einmischen, Mitentscheiden, Mitgestalten (EMMI)
6.7.2 Jugendamt Kassel: Mobile Kinder- und Jugendarbeit/ Kinder- und Jugendbeteiligung
6.7.3 Jugendamt Köln: KidCom – Kompetenzwerkstatt mit Kindern und Jugendlichen im Sozialraum Köln-Kalk („Gernsheimer Jetzt Du“)
6.7.4 Jugendamt Trier: Verbesserung der Berufsorientierung und des Übergangs Schule – Beruf für junge Menschen in Trier-Nord
6.7.5 Jugendamt Fürth: KIDS (Kommt in die Schule)/Job-Weg-Plan
6.7.6 Jugendamt Neubrandenburg: Mädchen machen sich fit für Leben und Arbeit
6.7.7 Jugendamt Kyffhäuserkreis: ORINETz – Innovative Formen der Berufsorientierung für benachteiligte Jugendliche
6.7.8 Jugendamt Dresden: Vernetzende mobile Jugendarbeit
6.8 Literatur
6.9 Fragebogen

Anhang

© Stiftung SPI 2004

1. Auswertung des Programms KuQ

1.1 Zusammenfassung und Bewertung der Ergebnisse

Im Rahmen des Programms KuQ – finanziert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) – mit einer Laufzeit von knapp 8 Monaten (20.04.2002 bis 31.12.2002) konnten 85 Jugendämter mit insgesamt 117 Förderanträgen finanziert und dabei 432 Einzelmaßnahmen/-projekte in den ausgewiesenen Programmgebieten der Sozialen Stadt / E&C / Landkreise umgesetzt werden.

Setzt man die bewilligten Förderanträge in Relation zu den festgelegten Gebieten des Programms Soziale Stadt/E&C/Landkreise (Stand: Programmjahr 2002), so haben knapp 40 % der Städte/Gemeinden/Landkreise – trotz knapper Ankündigungsphase, kurzer Gesamtlaufzeit sowie intensiver und zeitnaher Umsetzungsnotwendigkeiten - vom Programm KuQ Gebrauch gemacht haben.

Entscheidende Wirkungsfaktoren waren für die zeitnahe Umsetzung des Programms KuQ zum einen die eindeutigen formalen Vorgaben, die unterstützenden inhaltlichen Orientierungen für die Realisierung vor Ort sowie Arbeitshilfen und damit verbundene Qualitätsstandards, an denen sich die beteiligten Jugendämter ausrichten konnten.

1.1.1 Vorgaben des Programms

Voraussetzung zur Teilnahme am Programm KuQ war die Erstellung eines integrierten Handlungskonzepts, das von den direkt Verantwortlichen in den Kommunen – Jugendamt, Sozial- und Arbeitsamt - mitverantwortet und getragen werden musste. Verbunden damit war die notwendige Freistellung eines/er qualifizierten Mitarbeiters/Mitarbeiterin des Jugendamtes, dem/der die Aufgaben zur steuernden und fachlichen Koordinierung übertragen wurde. Diese Stelle hatte nicht nur organisatorisch/verfahrenstechnische Verpflichtungen im Rahmen interner Abstimmungen mit den Beteiligten, sondern auch inhaltliche Verantwortlichkeiten in Bezug auf die zu erstellende Bestandsaufnahme des Sozialraums (Daten des Sozialraums – Vorortstruktur – Zusammenarbeit – Bündnispartner und Akteure auf lokaler Ebene), die Dokumentations- und Berichtspflicht sowie die notwendige Beteiligung an den einzelnen Programmveranstaltungen.

Als weitere Vorgabe ermöglichte ein sozialraumbezogener Verfügungsfonds bis max. 50.000 € die Förderung von Maßnahmen und Projekten, um die bestehenden Regelangebote der kommunalen Dienste und der freien Träger sinnvoll zu ergänzen und zu verknüpfen. Mit diesen Mitteln sollten insbesondere Projektmaßnahmen gefördert werden, die

- die Kooperation zwischen Kindertagesstätte und Grundschule, Jugendhilfeangeboten und Hauptschulen,
- die Sicherung des erfolgreichen Übergangs von Schule in Beruf,
- die Verknüpfung von Jugendhilfe mit Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes und sozialer Infrastruktur,
- die Unterstützung und Initiierung von Gemeinschaftsprojekten in Jugendhilfeeinrichtungen und Schule, Jugendhilfeeinrichtungen und Arbeitsamt, Jugendhilfeeinrichtungen und soziale Stadterneuerung, Jugendhilfe und lokaler Wirtschaft,
- die Förderung der aktiven Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an lokalen Planungs- und Umsetzungsvorhaben und
- die Kooperation mit Institutionen der öffentlichen und privaten Gesundheitspflege

unterstützen, um die Chancen von Kindern und Jugendlichen in den ausgewiesenen Gebieten der Sozialen Stadt/E&C/Landkreise nachhaltig zu verbessern. Der Verfügungsfonds ermöglichte da-

© Stiftung SPI 2004

bei eine abgestimmte, zielgruppen- und bedarfsgenaue Ausrichtung der einzelnen Maßnahmen und Projekte.

Neben der Förderung von Maßnahmen und Projekten in den aufgeführten Schwerpunkten sollten auch Angebote in den Bereichen der Qualifizierung und der Öffentlichkeitsarbeit über das Programm KuQ initiiert und umgesetzt werden.

Als Vorgaben wurden hierzu aufgeführt:

- Zukunftswerkstätten, verwaltungsübergreifenden Vereinbarungen,
- kommunale Ämterkonferenzen zur Feststellung von Kooperationsbedarfen, ressortübergreifenden Anforderungen, Einbezug von Ämtern in bestehende Verwaltungsvereinbarungen, Einsetzung von ressortübergreifenden Arbeitsgruppen,
- Durchführung von lokalen Zukunfts- und Entwicklungskonferenzen, Kooperationskonferenzen, Ermittlung von neuen Bedarfen, Sicherung von Kommunikations- und Kooperationsstrukturen, ergebnisorientierte Berichterstattung, Entwicklung von Beteiligungsmaßnahmen;
- Vergabe von Gutachten zur Bestandsaufnahme und Evaluation;
- Durchführung von Stadtteilkonferenzen und Trägerkonferenzen;
- Modelle zur Dezentralisierung und Regionalisierung und ressortübergreifenden Fallmanagement.

Im Bereich der Dokumentation und Dissemination wurden beispielhaft aufgeführt:

- Öffentlichkeitsarbeit,
- Informationssystem auf lokaler Ebene für Jugendliche,
- Aufbau eines Informationsnetzwerkes,
- Entwicklung von Informationsinstrumenten und Kanälen in Schulen, Freizeiteinrichtungen, Vereine, Clubs etc.,
- Verbindung von Information und Beratung.

Diese Förderschwerpunkte in den einzelnen Bereichen waren prinzipiell gleichberechtigt; d.h. es wurde den Ämtern überlassen, für welche dieser Maßnahmen-/Projektvorschläge sie sich – abhängig von den lokalen Problemen und Handlungsbedarfen – mit den Mitteln des Verfügungsfonds engagierten.

Unterstützt wurde das Programms KuQ durch eine vom Deutschen Jugendinstituts (DJI) gestellte und verantwortete wissenschaftliche Begleitung. Sie sollte vor allem der Herstellung von Transparenz bei der Programmumsetzung dienen, einmal durch die Sammlung, Auswertung und Analyse relevanter Daten der KuQ-Projekte (z.B. Zielgruppen, Projektschwerpunkte und -inhalte, Methoden, Nachhaltigkeit etc.) wie auch durch möglichst anschauliche Beschreibungen und Darstellungen beispielhafter Konzeptionen und deren konkreter Umsetzung. Bei der wissenschaftlichen Begleitung kamen daher sowohl quantitative (schriftliche Befragung) als auch qualitative Methoden (Fallstudien in acht ausgewählten Jugendämtern) zum Einsatz. Der Hauptfokus der Untersuchung lag - neben Fragen und Problemen der Projektkonzeption und -umsetzung - vor allem auf den Kooperationsbeziehungen.

1.1.2 Umsetzung des Programms

Die Programmbedingungen verlangten von der Regiestelle KuQ einen schnellen Einstieg; d.h., die Vorarbeiten über Inhalt, Umsetzung und fachliche Steuerung sowie der wissenschaftlichen Begleitung mussten bereits im Vorfeld so aufgearbeitet vorliegen, dass nach Freigabe des Programms durch das zuständige Fachreferat des BMFSFJ die Antragsbedingungen eindeutig formuliert vorzuliegen hatten: Darstellung der Wettbewerbsbeiträge der Jugendämter, Erstellung der zugehörigen Finanzpläne sowie die Formulierung der Bedingungen der Fördervereinbarungen zwischen Regiestelle KuQ und den Jugendämter.

© Stiftung SPI 2004

Dies setzte einen relativ hohen Grad an formalisierten Vorgaben gleich zu Beginn des Programms KuQ voraus und führte zum einen dazu, einen klar strukturierten Programmablauf vorzuweisen wie auch projekt- und maßnahmeunterstützende Dokumente – so genannte Arbeitshilfen - vorlegen zu können, die auf das thematische Gesamtspektrum ausgerichtet waren.

Der Programmablauf war zeitlich und organisatorisch so (vor-)strukturiert, dass neben der detaillierten schriftlichen Information über das Programm KuQ die Jugendämter sich auch über eine homepage (www.kundq.de) informieren konnten. Vor dem Hintergrund positiver Erfahrungen mit der Nutzung neuer IT-Techniken zur laufenden Bekanntmachung und Dissemination, aber auch als Ort des Dialogs und der Herstellung von Transparenz stand diese Internet-Plattform über die gesamte Programmlaufzeit hinweg zur Verfügung. Zur Verstärkung dieses IT-gestützten dialogischen Verfahrens wurde ein fachlicher Support und eine FAQ-Liste in den Internetauftritt integriert. Die Plattform diente so zum einen dem Informations- und Erfahrungsaustausch aber auch durch die Identifikation von Institutionen und Personen zur gegenseitigen Kooperation.

Parallel zur ausschließlich medialen Information wurde von der Regiestelle KuQ zu 4 „Regionalen Konzeptwerkstätten“ eingeladen. Diese hatten sowohl programmfördernde als auch –steuernde Funktion. Eine besondere Gewichtung wurde dabei auf die Anleitung zur Gliederung der Anträge gelegt. Eine Arbeitshilfe vermittelte hierzu die notwendigen Informationen. Ebenso wurde eine Arbeitshilfe für den gesamten Dokumentations- und Ergebnistransfer entwickelt. Hier konnten die beteiligten Jugendämter bereits online die Dokumente zur Konzept-, Struktur- und Ergebnisqualität bearbeiten.

Die eingegangenen Förderanträge wurden von der Regiestelle KuQ nach einem internen Auswertungsraster begutachtet und - versehen mit Erläuterungen und Empfehlungen - den Mitgliedern der Steuerungsrunde unter Vorsitz des BMFSFJ zur Begutachtung und Entscheidung vorgelegt. Dies konnte im Verfahren eines „kontinuierlichen Begutachtungsprozesses“ erfolgen, so dass immer sehr zeitnah die notwendigen Rückfragen, Veränderungs- und Verbesserungsvorschläge und letztlich die Zusagen und/oder Absagen zur Förderung getroffen werden konnten. Zusätzlich bestand in dieser Antragsphase für die Jugendämter die Möglichkeit, die Regiestelle KuQ über eine ganztägig besetzte „24-h-Hotline“ zu erreichen, um dabei konkrete Nachfragen und Präzisierungen zu den Konzeptideen und möglichen Realisierungsschritten umgehend zu beantworten.

Die Steuerungsrunde – als Entscheidungsgremium - traf sich dreimal im Projektverlauf, wobei jeweils Fragen der Programmumsetzung, der finanziellen Ausstattung, des jeweiligen Fortschritts von Maßnahmen und Projekten sowie die Vorbereitung einer Abschlusskonferenz im Mittelpunkt der Sitzungen standen.

Die Ergebnisse der Begutachtung der Anträge durch die Steuerungsrunde bildete die Grundlage der Förderentscheidung. Danach konnten durch die Regiestelle KuQ - analog dem Verfahren des Modellprogramms „FSTJ“ und „Lokale Aktionspläne für Toleranz und Demokratie“ - Fördervereinbarungen mit den Gebietskörperschaften abgeschlossen werden. Der Antrag sowie ein darauf abgestellter Termin- und Zahlungsplan war Bestandteil dieser Vereinbarung.

Die geforderte Dokumentationspflicht intendierte, dass durch die Beschreibung jeder einzelnen Maßnahme/jedes einzelnen Projekts für die Antragsteller wie auch für die Regiestelle KuQ deutlich wurde, wie und in welchen fachlichen Zusammenhängen ein integriertes Handlungskonzept vorlag: so konnten die Kommunen in enger Rücksprache mit den Maßnahmeträgern die lokale Beteiligung und Einbindung festlegen und erfassen wie auch die darauf bezogenen Handlungsfelder und den abgestimmten und gebietsbezogenen Mitteleinsatz.

Die Ergebnisdokumentation wiederum ermöglichte, die erzielten Leistungen von ihren Ausgangsbedingungen, ihren formalen Zusammenhängen, ihren Kooperationsbeziehungen und von ihrer konkreten Zielerreichung her zu beschreiben. Dabei war es für die Regiestelle KuQ von besonderer Bedeutung, die Wirkungen der einzelnen Maßnahmen/Projekte vor dem Hintergrund der

© Stiftung SPI 2004

Nachhaltigkeit zu erfahren: z.B. im Rahmen der sozialen Dimension („...sind neue Handlungsspielräume eröffnet worden, wurde die Selbstorganisation gefördert, gab es ein zivilgesellschaftliches Engagement...“), der institutionellen Dimension („...welche Partizipations- und Vernetzungsmöglichkeiten sind erreicht worden, konnten soziale Innovationen gefördert werden, wurde der Anspruch von gender mainstreaming realisiert...“), der ökonomischen Dimension („...wurden Möglichkeiten des Einstiegs resp. der Förderung von Ausbildungs- und Erwerbstätigkeit eröffnet, gab es Förderung schulische Abschlüsse...“) und der ökologischen Dimension („...erfolgten bestimmte Umweltinnovationen, wurde die Gestaltung umweltfreundlicher Strukturen gefördert...“).

Ein weiteres öffentliches Forum war die abschließende Tagung des Programms KuQ mit angegliederter Projektmesse. Für die Eröffnung konnte die Parlamentarische Staatssekretärin im BMFSFJ, Frau Marieluise Beck, gewonnen werden, die in ihrer Ansprache das besondere Engagement der kommunalen Einrichtungen in Kooperation mit den Trägern vor Ort zur Realisierung von Maßnahmen und Projekten zur Umsetzung des Programms KuQ hervorhob. Den Hauptvortrag hielt Herr Reiner Prölß, Referat für Jugend, Familie und Soziales der Stadt Nürnberg und zugleich Vorsitzender der AGJ zum Thema „Stärkung der Jugendämter vor dem Hintergrund sozialräumlicher Strategien“. Er plädierte für eine „offensiven Jugendhilfepolitik“ und dies wurde auch als gedanklicher Kompass für die Arbeit in den anschließenden Arbeitsgruppen aufgenommen. In insgesamt 7 Foren konnten Themenschwerpunkte aus der Umsetzung des Programms KuQ thematisiert und durch Inputreferate von Vertreter/innen aus beteiligten Jugendämtern sehr realitätsnah belegt werden. In der begleitenden Projektmesse stellten über 36 Jugendämter und die mit ihnen kooperierenden Träger ihre Maßnahmen und Projekte vor. Im Rahmen von einzelnen Präsentationen (z.B. Videoprojekte, Fotodokumentationen, Plakate. CD-ROMs, Flyer, Pressematerialien) wurden die konkreten Arbeiten vorgestellt und durch die Teilnahme von Vertretern/innen aus den Projekten auch inhaltlich vertreten.

1.2 Programmstandards

Die relativ kurze Laufzeit von KuQ machte es erforderlich, den beteiligten Jugendämtern nicht nur einen strukturierten Programmablauf anzubieten, sondern auf der inhaltlichen Seite auch auf Standards der Kinder- und Jugendpolitik abzustellen, die - trotz enger Zeitvorgaben – eingehalten werden sollten. Um hierzu bereits im Vorfeld der Beantragung von KuQ konkrete Hilfen anbieten zu können, wurden Arbeitshilfen entwickelt, die in den dargestellten formalen und inhaltlichen Ausrichtungen zum einen den Planungsprozess von Maßnahmen/Projekten unterstützen wie andererseits die „neuen“ Anforderungen an die kommunalen Vertretungen vor dem Hintergrund aktueller Fachdiskussionen thematisch aufbereiteten.

Damit war das Ziel einer Etablierung möglichst dauerhaft trägerübergreifender Koordinations- und Kooperationsstrukturen ebenso verbunden wie die Ausrichtung und Einübung einer klassischen Projektarbeit jenseits bisheriger Routinen mit ihren spezifischen bürokratischen Standards. Denn das Programm KuQ orientierte sich an neuen komplexen Problemlagen, für deren Bewältigung auch veränderte Standards notwendig wurden. Die Arbeitshilfen sollten deshalb weniger als Vorgaben im engeren Sinne verstanden werden denn als Leitlinien für eine perspektivisch ausgerichtete Kinder- und Jugendpolitik. D.h., diese unterstützenden Dokumente stellten in ihrem Kern eine Verdichtung der fachlichen Auseinandersetzung mit dem Thema „Kompetenz und Qualifizierung von jungen Menschen in sozialen Brennpunkten“ dar und gaben gleichzeitig den Akteuren/innen vor Ort die Möglichkeit, die relevanten Standards der Programmumsetzung zu erkennen und systematisch in ihre lokalen Strategien zu integrieren.

Die einzelnen Arbeitshilfen – abgesehen von der Strukturhilfe für die Antragsstellung und die Vorgabe für ein einheitliches Dokumentations- und Zielwirkungsraster mit der Orientierung auf Konzept-, Prozess- und Ergebnisqualität - thematisierten dabei folgende **fachliche Standards**, die nicht trennscharf voneinander unterschieden werden können, sondern gerade durch ihre Überschneidungen sich auf die wesentlichen Elemente (notwendiger) kommunaler Handlungsnormen

© Stiftung SPI 2004

konzentrieren und dabei verdeutlichen, dass von unterschiedlichen Anätzen her die gleichen Intentionen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe zu verfolgen sind:

- die europäische Diskussion der **Modernisierung öffentlichen Handelns**, die zwar für alle Belange des öffentlichen Handelns gelten sollen, aber relevant auch in der Übertragung für die Kinder- und Jugendpolitik:

  - Offenheit gegenüber den Jugendlichen durch eine aktive Informations- und Kommunikationsstrategie und durch sprachliche Annäherung, um die politischen Entscheidungen verständlich zu machen;
  - Partizipation als entscheidende Maxime des konkreten Einbezugs der Betroffenen;
  - Verantwortlichkeit gegenüber den Jugendlichen als Ergebnis einer veränderten Zusammenarbeit der Ämter, Institutionen und freien Träger;
  - Effektivität im Sinne des konkreteren Einbezugs der Jugendlichen in die kommunale Arbeit;
  - Kohärenz als Ergebnis einer Strategie zur besseren Zusammenarbeit der einzelnen Politikfelder, die die Jugend betreffen.

- die Orientierung an den Konsultationsergebnissen des europäischen Weißbuches Jugend und die Herausstellung der **zentralen Handlungsanforderungen** einer neuen kinder- und jugendpolitischen Arbeit. Auch hier orientiert sich der Fokus der vorgeschlagenen Vorgehensweisen an ähnlichen Grundsätzen und (Teil-)Standards wie im Zusammenhang mit der Modernisierung öffentlichen Handelns:

  - möglichst umfassende Beteiligung der Jugendlichen (nicht nur der organisierten) am öffentlichen Leben (Ausbau des Partizipationsprozesses);
  - verstärkte Bemühungen um eine öffentliche Informations- und Kommunikationskampagne (Einbezug der Jugendlichen);
  - eine eingehende Auseinandersetzung mit den konkreten Merkmalen des nichtformalen außerschulischen Lernens im Jugendbereich (Ausbau einer „Brückenfunktion“ zum Bereich formaler Bildung);
  - Verbesserung der Arbeitsmarktsituation und der lokalen Infrastruktur mit dem Blick auf reale Chancen der sozialen Integration (Zugang zu Ressourcen, Rechten und Diensten für Jugendliche) und damit auch Möglichkeiten zur Erweiterung der persönlichen Sicherheit(en) und individuellen Interessen und Neigungen;
  - konsequente Nutzung unterschiedlichster Mobilitätshilfen (von Austauschprogrammen bis hin zu sprachlicher Ausbildung);
  - Sensibilisierung bei allen Betroffenen und Interessierten für Freiwilligenaktivitäten.

- die Erfahrungen von **ressortübergreifenden Arbeitsprinzipien**, verwaltungsinternen Vereinbarungen zur Kooperation lokaler Ämter und deren Übersetzung auf die lokalen Netzwerke und die Orientierung und Standards, wie sie aus den Erfahrungen der Integrationsanstrengungen für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger herausgefiltert bzw. verdichtet worden sind. Es sind dies Orientierungen, geeignet für Gebietskörperschaften ebenso wie für die Diskussion im örtlichen Jugendhilfeausschuss zur Umsetzung verbesserter Kooperationen:

  - die kommunale Ebene muss Begründungsmuster für Programmteilnahmen (hier: KuQ) entwickeln (z.B. Synergieeffekte, Bürgernähe, Kostenersparnisse, Know-how Transfer, best practice-Erfahrungen);
  - es müssen ämterübergreifende Vereinbarungskriterien erarbeitet, vor Ort getragen und auch allgemein anerkannt werden. Z.B. Identifizierung gemeinsamer Aktivitäten, Entwicklung von Verwaltungsvereinbarungen, Ausbau eines Jugendhilfemanagements, Zielgruppenorientierung, Integrationsaktivitäten, Erfolgskontrolle(n);
  - ressortübergreifende Prinzipien fließen ein in die Arbeit kommunaler Netzwerke, die anhand lokal abgestimmter Aktions- und Handlungspläne unter der Verantwortung einer federführenden Stelle geeignete Maßnahmen/Projekte/ Vorhaben initiiert, transparent nach innen und außen vermittelt, betreut und die Ergebnisse nutzt, diese als allgemein gültige und

© Stiftung SPI 2004

anerkannte Standards einzuführen und/oder weitergehende Verfahren einleitet, um zusätzliche Erfahrungen zu sammeln und als Grundlage zukünftiger Entscheidungen heranzuziehen;
- ein Ämternetzwerk mit solchen Arbeitsprinzipien vermittelt zudem Authentizität und Orientierung an den tatsächlichen und nicht vermeintlichen Problemlagen vor Ort. Am Beispiel des Programms KuQ konnte aufgezeigt werden, dass besonders bedarfsgerecht – d.h. an den Handlungsnotwendigkeiten in den Programmgebieten ausgerichtet - Projekte/Maßnahmen umgesetzt wurden und dabei besonders die Schwerpunkte „Übergang Schule – Beruf", „Gemeinschaftsprojekte Jugendhilfe und Schule" sowie „Jugendhilfe und Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes und der sozialen Infrastruktur" gewählt wurden[1].

- die Schaffung von **formalisierten Strukturen** für lokale Abstimmungs-, Partizipations- und Umsetzungsprozesse; d.h., integriertes Handeln in kommunalen Zusammenhängen ist mit dem Instrument des lokalen Aktionsplans unter Beteiligung der gewählten Funktionsträger wie auch der betroffenen Bürgerinnen und Bürger zu realisieren. Eine so verstandene Koproduktion erfordert administrative Stabilität und die angesprochene ressortübergreifende Kooperations- und Entscheidungsfähigkeit. Damit verbunden ist die Aufstellung allgemeingültiger Leitbilder und deren Umsetzung in handlungsrelevante Leitziele, die Absteckung des Ressourceneinsatzes, der Abgleich von Förderrichtlinien und –programmen sowie die Benennung von Ämter/Personen, die koordinierende, beratende, moderierende und entscheidungsrelevante Funktionen übernehmen (können).

  Gerade diese koordinierende Funktion ist das „Herzstück" lokaler Partnerschaften, denn zum einen müssen die unterschiedlichen Denk- und Praxisansätze einbezogen, respektiert und auf eine gewisse Art und Weise auch vereinheitlicht werden und zum andern alle Beteiligte im Prozess eine gleichrangige Behandlung erfahren. Nur so lassen sich die notwendigen Strukturen etablieren und auf Dauer einrichten.

  Die Mitwirkung der Betroffenen gehört zu den Grundsätzen eines an Nachhaltigkeit orientierten Prozesses der sozialen Koproduktion. Bereitschaft und Intensität der Zusammenarbeit sind in hohem Maße abhängig von der Vermittlungs- und Transferkompetenz administrativer Stellen, so dass hierfür explizit Verfahren der kooperativen Teilhabe zu entwickeln, zu pflegen und auszubauen sind. Neue und kontinuierliche Formen der Partizipation müssen sich vor diesem Hintergrund im konkreten Umfeld, an der tatsächlichen Praxis entfalten können. Nur so kann das notwendige Engagement der Beteiligten gefördert werden und einen Anstoß für einen sozialen Lernvorgang geben.

- die **Einbindung unterschiedlicher Verwaltungsnormen, Arbeitskulturen und Qualitätskriterien** lässt sich einerseits über die Etablierung formalisierter Strukturen gewährleisten – so war es im Programm KuQ möglich, dass das Jugend-, Sozial- und Arbeitsamt gemeinsam Maßnahmen/Projekte identifizierten, die dem gegenwärtigen Handlungsbedarf in sozial ausgewiesenen Gebieten entsprachen – und zudem legte fast in allen Fördergebieten des Programms das federführende Amt, hier: das Jugendamt – eine Art „Netzwerkfahrplan" vor, nach dem ressortübergreifend gehandelt werden konnte.

  Denn generell steht solch eine Arbeit unter der Spannung, dass alle Beteiligten ihre Interessen und Erkenntnisse in diesen Prozess einbringen und gleichzeitig in überschaubarer Zeit greifbare Ergebnisse erzielen wollen. Um **Netzwerke** als Methode besser nutzen und ihr Potential auch ausschöpfen zu können, sollten öffentliche und private Institutionen ihren Beitrag zur Netzwerkarbeit als einen eigenen Lernprozess begreifen, organisieren und einbringen. Dieser Wandel der Organisations- und damit auch Arbeits- und Qualitätskultur ist zentrales Element von Netzwerkarbeit. Akteure in Netzwerken müssen zwischen verschiedenen Sektoren und Akteursgruppen auf verschiedenen Ebenen vermitteln und Koalitionen bilden, ferner Fähig-

[1] Vgl. hierzu besonders Kap. 6.3.2.1 dieses Berichts

© Stiftung SPI 2004

keiten besitzen, eigene Kompetenzen und Ressourcen realistisch einschätzen und kontinuierliche „Netzwerkpflege“ betreiben können.

Netzwerke haben je nach Phase oder Aufgabenstellung eine unterschiedliche Charakteristik und einen dementsprechenden „Reifegrad“. Sie erfüllen dabei sehr unterschiedliche Funktionen, die sich im Programm KuQ auch sehr deutlich voneinander abgehoben haben:

Verhandlungsfunktion
Hier lautet die Aufgabe/Auftrag, in systematischer Weise alle relevanten Akteure in die Interessens- und Abstimmungsprozesse einzubinden, um Standards und Normen (Leitziele) zu formulieren, um Bedarfe gemeinsam zu identifizieren.

Koordinationsfunktion
Die Aufgabe/Auftrag zur Koordination setzt das Sammeln und Verbreiten von Wissen, die Identifizierung gemeinsamer Handlungspotentiale sowie die Koordination und Abstimmung von Verhandlungsstrategien in den Mittelpunkt dieser Netzwerkarbeit. Ihr Auftrag liegt in der Ressourcenbündelung und in der Schaffung von Synergien zwischen beteiligten Sektoren. Die Koordinationsleistung ist das Ergebnis eines vorher stattgefundenen Lernprozesses. Diese Netze können dazu beitragen, Strukturen und Angebot zu überprüfen, die Fehlleitung von Ressourcen zu erkennen und eine bedarfsgerechte Angebotsstruktur herbeizuführen.

Implementierungsfunktion
Hier hat die Netzwerkarbeit die Funktion, möglichst innovative Mechanismen zur handlungspraktischen Umsetzung voranzutreiben. Den zivilgesellschaftlichen Akteuren kommt hierbei auf der lokalen Ebene eine zentrale Rolle zu. Sie helfen, Projekte an die örtlichen Bedürfnisse anzupassen und übernehmen damit eine wichtige Brückenfunktion.

Evaluationsfunktion
Hier überprüft das Netzwerk die Ergebnisse der Maßnahmen/Projekte sowie ihre möglichen Wirkungen, die nicht auf Kurzfristigkeit angelegt sein sollen, sondern den Aspekt der Nachhaltigkeit berücksichtigen müssen. Auch gilt es, die eigene Netzwerkarbeit kritisch zu befragen, um kontinuierliche Verbesserungsprozesse einleiten zu können.

- die praxisorientierte Darstellung des **Gender als Mainstreaming** auf 3 Ebenen:

  - Gender-Strategien als Paradigmenwechsel meint, die Kategorie Geschlecht wird in Bezug zu den Kategorien sozialer Ungleichheit (Schicht, Ethnie, Alter Ausbildung u.ä.) gesetzt: Dabei verlangt der Anspruch nach Partizipation den Grundsatz, neben der geschlechterbezogenen Differenzierung auch Subjektives zum Ausdruck bringen zu können. Dies ist aber nur möglich, wenn für Jugendliche geeignete Räume, Möglichkeiten, Projekte u.ä. geschaffen werden, wo sie jenseits starrer geschlechterbezogener Identitätsvorgaben ihre Identität darstellen und entfalten können;
  - Gender-Strategien in der Entwicklung zur „Gender-Kundigkeit“ beziehen dann die geschlechtsbezogene Beobachtung und Analyse der konkreten Lebensverhältnisse im lokalen Umfeld mit ein sowie die tatsächlichen Belastungen und Potentiale der Jugendlichen, um vor diesem Hintergrund Angebote zu entwickeln und zu erproben, die Mädchen und Jungen die Chancen eröffnen, vorgegebene Geschlechtergrenzen zu überschreiten und eine größere Bandbreite von Optionen zur Persönlichkeitsentwicklung bieten;
  - Gender-Strategien in der Entwicklung eines „Gender-Checks“ fragen nach der Akzeptanz und den Wirkungen der entwickelten Angebote, nach dem Nutzen für die Mädchen und Jungen, nach den hemmenden und fördernden Faktoren solcher Vorgehensweisen.

  Erst wenn das Ziel „Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern“ auf allen ihren relevanten institutionellen Ebenen verfolgt wird, können gleichstellungsbezogene Ziele erfolgreich umgesetzt werden.

© Stiftung SPI 2004

- das Aufgreifen der **Bildungsdebatte** in der Kinder- und Jugendhilfe mündet in der Entwicklung von Definitionsvorschlägen sowie zukünftiger Kompetenzanforderungen zur Sicherung der Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen. Denn Bildung ist *das* zentrale Thema zur Teilhabe und Chancengerechtigkeit von Kindern und Jugendlichen - besonders an Orten sozialer Ungleichheit. So hat grundsätzlich ein Umdenken stattzufinden hin zur Förderung der Persönlichkeitsentfaltung, zur Entwicklung eigener Potentiale und zur Herausbildung der Individualität. Dies kann aber nur geschehen, wenn neue Herausforderungen durch den gesellschaftlichen Wandel zu diagnostizieren sind und Wege eröffnet werden, die Jugendlichen auch zu erreichen. Dabei sind Komplexität und Gleichzeitigkeit der gesellschaftlichen Transformationsprozesse mit zu berücksichtigen, führen sie doch gegenwärtig eher zu Verunsicherung als zu längerfristigen Gewissheiten.

  - Gefordert wird vor diesem Hintergrund zum einen das effektivere Zusammenwirken der unterschiedlichen Bildungsanstrengungen in den Bereichen der formalen, nichtformalen und informalen Bildung;
  - sowie die Anforderung bereits bestehende Veränderungsprozesse offensiv anzugehen und durch die Herausbildung und Förderung von so genannten ressortübergreifenden Projekten neue Praxismodelle vor Ort zu schaffen.
  - Das Setting von zukünftig erforderlichen Schlüsselkompetenzen lassen sich in 5 Kernbereiche gliedern:

    Risikogesellschaft - Identitätsfähigkeit
    Wissensgesellschaft - Lernfähigkeit
    Zivilgesellschaft - Beteiligungsfähigkeit
    Arbeitsgesellschaft - Reproduktionsfähigkeit
    Einwanderungsgesellschaft - Interkulturelle Fähigkeit.

  Diese Anforderungen beziehen sich nun keineswegs nur auf den einzelnen Jugendlichen, sondern damit verbunden ist eine grundlegende Neuorientierung auch der professionellen Unterstützungsmethoden wie der institutionellen Selbstverständnisse in den Bereichen der Kinder- und Jugendpolitik; d.h. Angebote müssen neu durchdacht, angepasst und flexibel strukturiert werden (von familienunterstützenden Angeboten bis hin zu den bislang noch „klassischen“ Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit). Berücksichtigt werden müssen dabei auch die Erkenntnisse, dass Kinder und Jugendliche in unterschiedlichen Alterstufen auch unterschiedliche Angebote zu erhalten haben, um den heutigen und zukünftigen gesellschaftlichen Anforderungen besser gerecht zu werden. Hier greift wieder der allgemeine Fachstandard der Netzwerkbildung und der Partizipation (Familie - Schule – Jugendhilfe – Ausbildung – Arbeitsmarkt);

- ferner wird der Paradigmenwechsel **sozialer Arbeit als Koproduktion** operationalisiert, in dem strategische Ziele aller Kooperationsebenen vorgeschlagen und Vorschläge auf den Ebenen Administration, Methode und Sozialraum beschrieben und die Aktionsebenen der sozialen Integration im Wohnumfeld und die Ebene der gemeinsamen öffentlichen Sozialraumkampagnen verdichtet werden. Das entscheidende Merkmal der Koproduktion liegt in den Leitzielen:

  - Kein/e Jugendliche/r verlässt die Schule ohne Schulabschluss;
  - kein/e Jugendliche/r bleibt nach der Schule ohne Vermittlung, von auf dem Arbeitsmarkt verwertbaren Schlüsselqualifikationen;
  - kein/e Jugendliche/r bleibt nach der Berufsbildung ohne Arbeit.

© Stiftung SPI 2004

1.3 Programmergebnisse

Die Programmergebnisse von KuQ resultierten zum einen aus der zeitnahen und umsetzungsintensiven Realisierung der bewilligten Maßnahmen und Projekte. Diese sind im Rahmen der Konzept-, Struktur und besonders der Ergebnisdarstellung eindeutig dokumentiert und nachvollziehbar präsentiert worden. Aber neben diesen direkten Ergebnissen konnte eine Vielzahl von „indirekten“ Ergebnissen – und damit vertieften Erfahrungen - erzielt werden, die sich insbesondere

- auf die künftige Rolle und das Selbstverständnis von Jugendämtern,
- auf die Kooperationsbeziehungen im lokalen Umfeld,
- auf den Umgang mit lokalen Aktions- und Handlungskonzepten,
- auf das (Mit-)Entwickeln brauchbarer jugendpolitischer Ansätze und nicht zuletzt auf die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Qualitätsstandards, die von der Regiestelle KuQ als programmspezifische Strukturelemente für die Projektplanung und –realisierung (vor-) gegeben wurden,

bezogen haben.

Integriertes Handlungskonzept
Das Programm KuQ ermöglichte es den Jugendämtern, über den Verfügungsfonds die notwendigen Voraussetzungen für konsequent lokales und ressortübergreifendes Handeln und Entscheiden in den Stadtteilen zu schaffen. Denn sie wurden in die Lage versetzt, Entscheidungsvorlagen der Gebietskörperschaft zu entwickeln, um auf regionaler Ebene Verbesserungsvorschläge, Strukturen und die Anpassung rechtlicher Regelungen zu bewirken. Stichworte hierzu sind insbesondere bürgerorientierte und kommunale Vernetzung, transparente Entscheidungsprozesse und regelmäßige Überprüfung von gemeinsam erarbeiteten Handlungskonzepten. Dieses integrierte Vorgehen erforderte ein hohes Maß an interner wie externer Abstimmung sowie die Notwendigkeit der engen Kooperation und der Schaffung oder Reaktivierung von Netzwerkarbeit im kommunalen Zusammenhang.

Kooperation der unterschiedlichen Akteure
Die vorhandenen und/oder auch neu entwickelten Kooperationen konnten durch das Programm KuQ die kommunalen Beziehungsstrukturen partiell verändern und das heißt in diesem Zusammenhang auch konkret zu verbessern. Im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung des Programms KuQ durch das DJI wurde immer wieder auf diese „neue“ Qualität der Zusammenarbeit abgestellt. Kooperative Vernetzungen erfolgten über die Arbeits- und Sozialämter ebenso wie die konkrete Abstimmung zwischen Jugendämtern und freien Trägern, allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen, dem Gesundheitswesen, Wohlfahrtsverbänden, Quartiersmanagement, örtlichen Unternehmen, Bürgergruppen und Initiativen sowie weiteren lokal agierenden Institutionen. Im Mittelpunkt dieser Netzwerkarbeit stand besonders die Förderung der inhaltliche Schwerpunkte „Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an Planungs- und Umsetzungsvorhaben“ und „Gemeinschaftsprojekten von Jugendhilfe und sozialer Stadterneuerung“. So konnte umfassend der formulierte Anspruch nach „organisationsübergreifenden und interdisziplinären Handlungsstrategien und Synergiepotentialen“ verwirklicht werden.

Das Programm KuQ hat die Kooperationsbeziehungen zwischen den Jugend-, Sozial- und Arbeitsämtern deutlich verbessert. Die wissenschaftliche Begleitung hat festgestellt, dass schriftlich fixierte Vereinbarungen zwar keine notwendige Voraussetzungen für diesen Prozess waren, ihn aber nachhaltig unterstützten. Ausbaufähig galten (neben den Kontakten zur lokalen Wirtschaft) vor allem in den neuen Bundesländern die Kooperationsbeziehungen zwischen Jugendhilfe und (Haupt)Schulen, in den alten Bundesländern auch zwischen Jugendhilfe und Institutionen der öffentlichen und privaten Gesundheitspflege.

Nachhaltige Verbesserungen im KuQ-Förderschwerpunkt „Sicherung des Übergangs Schule – Beruf“ sind allerdings nur in Kooperation mit den Akteuren und Strukturen des ersten Arbeitsmarktes möglich. Allerdings wurden – so ein Ergebnis der wissenschaftlichen Begleitung - solche

© Stiftung SPI 2004

Kooperationsbeziehungen im Rahmen des Programms KuQ kaum entwickelt, was sicher zum einen weniger am mangelnden Problembewusstsein auf Seiten der Akteure der Sozialen Arbeit lag, sondern eher an fehlenden geeigneten Strategien, die dazu beitragen könnten, die gegenseitigen Annäherungsprobleme der sozialen und ökonomischen Systeme zu überwinden und zum andern auch an der Bereitschaft der lokalen Wirtschaft, Schritte in diese Richtung zu unternehmen.

Flexible Finanzierung durch einen Verfügungsfonds
Die Bereitstellung eines Verfügungsfonds im Programm KuQ hatte einen wesentlichen Unterstützungseffekt geleistet, konnten doch damit schnell, gezielt und flexibel die entsprechenden Fördermittel vor Ort eingesetzt werden. Dabei war die Entscheidung über die Vergabe der Mittel zum einen über die inhaltlichen Vorgaben des Programms KuQ abgesichert wie andererseits auch durch die Beteiligung, Abstimmung und Entscheidung der Akteure im Sozialraum. Des weiteren hat ein solches Budget dazu beigetragen, gerade die Idee der Beteiligung über Maßnahmen und Projekte weiter zu befördern, denn nun konnten die Akteure im Sozialraum relativ flexibel und kreativ planen, was angesichts bisheriger Modelle "von der Stange" eher selten war.

Hier konnte über den Einsatz eines Verfügungsfonds zum einen ein hohes Aktivierungspotenzial eröffnet wie andererseits auch eine „neue“ Rolle des Jugendamtes im Rahmen des Bund-Länderprogramms „Die Soziale Stadt“ und der Programmplattform „E & C“ erprobt werden: Denn zum ersten Mal konnte es eigens akquirierte Fördermittel in den kommunalen Haushalt einbringen und die Rolle des „mitgestaltenden“ Akteurs einnehmen. So begrenzt sich die direkten und unmittelbaren Gestaltungsmöglichkeiten auch darstellten, es waren (so die Auskunft der Koordinatoren der Jugendämter) wichtige Schritte hin zur Stärkung der Jugendhilfe vor Ort.

Dieser „Verstärkungsaspekt“ wurde zudem im Programm KuQ noch durch die „Freistellung einer qualifizierten Person im Jugendamt“ realisiert, welche die Aufgabe hatte, die weiteren Akteure im Sozialraum – mindestens das Sozial- und Arbeitsamt – in die Entscheidungsprozesse mit zu integrieren. Diese Verbundidee stellte sicher, dass sämtliche, im Zusammenhang mit der Umsetzung des Programms KuQ stehenden Fragen, diskutiert und entschieden werden konnten. Wichtig war, dass es einen Ort gab, an dem Fachleute Verantwortung für die Beteiligung übernahmen und ein integriertes Maßnahme- und/oder Projektkonzept mittrugen.

Innovativer Gehalt der Maßnahmen/Projekte
Das Programm KuQ hat es den Jugendämtern ermöglicht, auf die Probleme von benachteiligten Kindern und Jugendlichen und deren Familien in den Programmgebieten zu reagieren durch eine Verbesserung der materiellen Ressourcen (Anschaffung von Hard- und Software, von Streetwork- und Beratungsmobilen u.ä., Ausstattung und Einrichtung von Jugendzentren, Schülercafes etc.), eine Verbesserung der personellen Ressourcen (Fortbildung der Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit) und durch die Bereitstellung von zielgruppengerechte Angebote in relevanten Handlungsfeldern (Vermittlung von Sozial- und Sprachkompetenz, Gewaltprävention, Berufsorientierung und -vorbereitung, aber auch kreatives Gestalten, Musik und Tanz, Sport und Spiel etc.).

Bei der konkreten Umsetzung der Maßnahmen und Projekte ergaben sich folgende Prioritäten: [2]

- Übergang Schule und Beruf (21 %)
- Verknüpfung von Jugendhilfe mit Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes und sozialer Infrastruktur (20 %)
- Förderung der aktiven Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an lokalen Planungs- und Umsetzungsvorhaben (13 %)
- Jugendhilfeeinrichtungen und Schule (12 %)
- Kooperation zwischen Kita, Grund- und Hauptschule und Jugendhilfe (10 %)
- Jugendhilfe und Arbeitsamt (6 %)

[2] Die Verteilung weicht etwas ab von der Zuordnung durch das DJI im Bericht der wissenschaftlichen Begleitung, weil dort Mehrfachnennungen durch die Jugendämter möglich waren. Die generelle Gewichtung ist aber in beiden Rangreihen identisch. Vgl. hierzu Kap. 6.3.2.1 dieses Berichts

© Stiftung SPI 2004

- Jugendhilfe und soziale Stadterneuerung (4 %)
- Jugendhilfe und lokale Wirtschaft (2 %)
- Kooperation öffentliches/privates Gesundheitswesen (6 %)
- Sonstiges (6 %).

In der Auswertung der wissenschaftlichen Begleitung wurde deutlich, dass sich die problematische Situation auf dem Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitsmarkt in der Wahl der inhaltlichen Fördergebiete deutlich widerspiegelte. So kam den KuQ-Förderschwerpunkten „Kooperation zwischen Kita, Grund- und Hauptschule“ und „Übergangs Schule – Beruf“ eine besondere Bedeutung zu. Die für die Planung und Umsetzung der KuQ-Projekte verantwortlichen Mitarbeiter/innen der Jugendämter konstatierten in diesem Bereich einen besonders großen Handlungsbedarf auch der Jugendhilfe und hatten folgerichtig ihre Maßnahmen und Projekte häufig in diesem Schwerpunkt angesiedelt.

Es wurden weitere Handlungsfelder bevorzugt gewählt: „Verknüpfung von Jugendhilfe mit Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes und der sozialen Infrastruktur“ sowie „Förderung der aktiven Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an lokalen Planungs- und Umsetzungsvorhaben“. Dies ist sicher der Einbettung des KuQ-Programms in die Programmplattform Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten (E & C) und damit der Bund-/Länder-Gemeinschaftsinitiative „Die Soziale Stadt“ geschuldet bzw. war im Programmkonzept KuQ intendiert.

Impulswirkung für den Sozialraum
Generell kann festgehalten werden, dass mit dem Programm KuQ die Idee des Sozialraumkonzeptes und der sozialen Koproduktion weiter verstetigt und entwickelt werden konnte.

So auf den Ebenen:

- der Räumlichkeit (die Gebiete der Sozialen Stadt und die E&C-Landkreise wurden in ihren Besonderheiten bedacht)
- der Steuerung (das Jugendamt verantwortete einen abgestimmten Aktionsplan)
- der Finanztechnik (das Jugendamt verfügte über einen eigenen Fonds, der zielgenau eingesetzt werden konnte)
- der Beteiligung der jeweiligen Akteure (das Jugendamt initiierte und verantwortete unterschiedliche Formen der Partizipation/Kooperation) und
- der Methodik (das Jugendamt konnte ein breites Spektrum an geeigneten Methoden – vermittelt über ausgewählte Träger – einsetzen).

Durch diese Ausgestaltung der einzelnen Ebenen bei den beteiligten Jugendämtern wurde auch deutlich, dass ein sozialräumlich ausgerichtetes Konzept ein dauerhaftes „work in progress“ darstellt; d.h., auf aktuelle Bedarfsgerechtigkeit hin orientiert, ermöglicht es fließende Übergänge zwischen Aufgaben und Themen, schafft Synergieeffekte zwischen verschiedenen (Leistungs-) Bereichen und fördert so eine stetige Weiterentwicklung.

Offensive Öffentlichkeitsarbeit
Das Programm KuQ hat es den Jugendämtern auch ermöglicht, auf die Probleme von Kindern und Jugendlichen in den Programmgebieten durch die Herstellung von Öffentlichkeit aufmerksam zu machen. Die beteiligten Jugendämtern konnten – meist im Verbund mit den freien Trägern - umfangreiche Publikationen (Flyer, Plakate, Selbstdarstellungen, Projektdokumentationen, CD-ROMS, Internet-Präsentationen, Filme u. ä.) erstellen. Durchgängig wurden dabei aufwendige und teilweise sehr professionelle Produkte vertrieben und z.B. im Rahmen der Projektmesse bei der Auswertungstagung des Programms KuQ auch einer größeren Öffentlichkeit vorgestellten.

© Stiftung SPI 2004

Diese Möglichkeiten einer offensiveren Öffentlichkeitsarbeit verstehen sich auch als Instrument von Aktivierungs- und Beteiligungsansätzen in den jeweiligen Sozialräumen, um hier durch den Abbau von Vorurteilen und Informationslücken sowie dem damit einhergehenden Aufbau von Kommunikationsnetzen und systematischer Berichterstattung die notwendigen Impulse zur Beteiligung an der Stadtteilentwicklung zu vermitteln. „Aktivierung hat viel zu tun mit Wahrnehmung", lautete ein Schlüsselsatz auf der Starterkonferenz zum Programm Soziale Stadt. Dies gilt uneingeschränkt auch für das Programm KuQ. Das auf der Website von E & C veröffentlichte Journal „10 Empfehlungen zur Nachhaltigkeit kommunaler Strategien sozial(räumlicher) Integration"[3] reflektierte die Erfahrungen der KuQ-Akteure „vor Ort" und stellte die Öffentlichkeitsarbeit prominent heraus.

Sicherung und Verstetigung

Neben der quantitativen Betrachtungsweise der realisierten Maßnahmen und Projekte, der beteiligten Jugendämter, Gebiete der Sozialen Stadt/E & C und der verausgabten Fördermittel orientiert sich eine weitere Sichtweise auf die qualitative Seite der eingegangenen Kooperation(en) und des Erfolges der gewünschten Zusammenarbeit. Dabei wurde deutlich, dass den Beteiligten nicht eine formale Zusammenarbeit unter Beibehaltung einer möglichst großen Autonomie bei der Umsetzung des Programms KuQ wichtig war, sondern die Entwicklung einer gemeinsamen „Kultur" der Planung und Umsetzung. D.h. es konnte in den meisten Fällen eine gemeinsame Arbeitsorganisation zur lokalen sozialpolitischen Intervention initiiert und realisiert werden. Die Aufgabe war – und wird vor diesem Hintergrund auch zukünftig sein – über einen lokalen Steuerungs- und Abstimmungskreis die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen für komplex angelegte Interventionsstrategien, um dauerhaft und nachhaltig in den Sozialraum und in die Stadt- und Landkreisentwicklung hineinwirken zu können.

Abgesehen von der Sicherung erreichter Fachstandards bei der Programmumsetzung von KuQ zeigte sich ein generelle Problem zeitlich befristeter Projekte: Der teilweise geringe „Wirkungseffekt", der nach Ablauf dieser Aktivitäten noch bleibt resp. eine angemessene Fortsetzung findet. Auch beim Programm KuQ bestand – einerseits bedingt durch die kurze Laufzeit und andererseits durch den nicht geringen Aufwand, funktionsfähige Kooperationen eingehen zu müssen – die Gefahr der umgehenden Einstellung nach Ablauf des Programms. Umso erfreulicher ist das Ergebnis – erhoben von der wissenschaftlichen Begleitung [4] - dass die große Mehrheit der durch das Programm KuQ initiierten Maßnahmen und Projekte in anderer Form sicher (43 %) oder vielleicht (30 %) nach Ablauf der KuQ-Förderung weiter geführt werden. Das gilt für Projekte aus allen Förderschwerpunkten. Besonders häufig fortgeführt sollen vor allem Projekte aus dem Bereich „Verbesserung des Wohnumfeldes und der sozialen Infrastruktur". Hier macht sich bemerkbar, dass das Programm KuQ in das Programm „Soziale Stadt", das überwiegend dieses Ziel verfolgt, eingebettet war.

Kontinuität und Nachhaltigkeit des Programms KuQ konnten – zumindest in relevanten Teilbereichen – so ein weiteres Fazit der wissenschaftlichen Begleitung - sichergestellt werden. Das Engagement der kommunalen Ämter war überzeugend und es wurden erhebliche Anstrengungen unternommen, die finanzielle Basis für die Fortführung und/oder Neugestaltung initiierter Projekte und Maßnahmen über das Programm KuQ hinaus zu sichern. Die Regiestelle verzeichnete eine wachsende Zahl von Anfragen zur Weiterführung des Programms KuQ bzw. im Jahr 2003 nach dem ESF-Bundesprogramm „Lokales Kapital für soziale Zwecke".

[3] H.Brocke: 10 Empfehlungen zur Nachhaltigkeit kommunaler Strategien sozial(räumlicher) Integration; E&C-Journal Nr. 7 vom 12.Juli 2002

[4] Vgl. hierzu Kap. 6.5 dieses Berichts

© Stiftung SPI 2004

2. Empfehlungen für zukünftiges Handeln des Auftraggebers

Strukturierte Programmabfolge
Die aufgeführten Wirkungsfaktoren des Programms KuQ resultieren aus sehr unterschiedlichen Zugängen. Zum einen war es wichtig, einen formalen Rahmen für die Umsetzung des Programms den beteiligten Kommunen anbieten zu können. Konkret bedeutete dies, dass die unterschiedliche Phasen der Programmabfolge bereits im Vorfeld durchdacht und inhaltlich fixiert werden müssen; d.h. die Programmbedingungen verlangten von der Regiestelle KuQ einen „fliegenden Start"; die notwendigen Vorarbeiten über Inhalt, Umsetzung und fachliche Steuerung sowie der wissenschaftlichen Begleitung mussten bereits im Vorfeld so aufgearbeitet vorliegen, dass nach Freigabe des Programms durch das zuständige Fachreferat des BMFSFJ die Antragsbedingungen eindeutig formuliert vorzuliegen hatten: Darstellung der Wettbewerbsbeiträge der Jugendämter, Erstellung der zugehörigen Finanzpläne sowie die Formulierung der Bedingungen der Fördervereinbarungen zwischen Regiestelle KuQ und den Jugendämter.

Arbeitshilfen dienten darüber hinaus in besonderem Maße, den Planungsprozess von Maßnahmen/Projekten zu unterstützen wie andererseits die „neuen" Anforderungen an die kommunalen Vertretungen vor dem Hintergrund aktueller Fachdiskussionen thematisch aufbereiten und die fachlichen Standards der Arbeit zu konkretisieren. Damit war das Ziel einer Etablierung möglichst dauerhaft trägerübergreifender Koordinations- und Kooperations-strukturen ebenso verbunden wie die Ausrichtung und Einübung einer klassischen Projektarbeit jenseits bisheriger Routinen. Das Programm KuQ orientierte sich an neuen komplexen Problemlagen, für deren Bewältigung auch veränderte Fachstandards notwendig wurden. Die Arbeitshilfen sollten deshalb weniger als Vorgaben im engeren Sinne verstanden werden denn als Leitlinien für eine perspektivisch und sozialräumlich ausgerichtete Kinder- und Jugendhilfestrategie.

Neben einer strukturierten Programmabfolge und der inhaltlichen Unterstützung über Arbeitshilfen war das Dokumentationssystem ein geeignetes Instrumente der externen wie internen Steuerung: Zum einen mussten nach Auswahl, kommunalem Entscheid und Bewilligung der geplanten Maßnahmen/ Projekte diese in ein Raster eingefügt werden, das dezidierte Aussagen zu den relevanten Sozialraumdaten, Zielgruppen, Ämterkooperationen, Projektinhalten, Umsetzungsschritten, geplanten Zielen, Ressourceneinsatz und erwarteten Wirkungen vorsah. Allein die Konzentration der Darstellung auf die Ausgangsbedingungen und die Zielperspektive hatte zahlreiche Klärungsprozesse inhaltlicher wie organisatorischer Art bei den beteiligten Jugendämtern nach sich gezogen. Für die Regiestelle KuQ war die Dokumentation die notwendige Grundlage zur kontinuierlichen Unterstützung und Förderung – aber auch zu kritischen Nachfragen – besonders in Bezug auf den Einsatz der personellen, zeitlichen und finanziellen Ressourcen. Ein zweites Korrektiv zur Einschätzung der Projekte/Maßnahmen war die abschließende Dokumentation im Rahmen der Ergebnisqualität. Hier wurden die tatsächlich erbrachten Leistungen erfasst, abgeglichen und in ihrer tatsächlich bereits jetzt (messbaren) Wirkung eingeschätzt. Einen hohen Aussagewert hatte die Rubrik „Besonderheiten der Ergebnisdokumentation", konnte hier doch noch einmal auf das Spezifische der Maßnahmen/Projekte abgestellt und auch die Akzeptanz und eventuelle Weiterführung beschrieben werden. Dies diente auch zur Identifizierung von „best-practice-Beispielen", wie sie z.B. im Rahmen der Abschlusstagung KuQ auf der Projektmesse präsentiert worden sind.[5]

Empfehlung: *Für die Umsetzung eines Förderprogramms erweist es sich als hilfreich, wenn bereits im Vorfeld die einzelnen Schritte der Programmabfolge bekannt und durch unterstützende Materialien (Arbeitshilfen) transparent und nachvollziehbar gestaltet werden können. Eine solche (Mit-)Gestaltungskompetenz kann über eine hierfür qualifizierte Regie- oder Servicestelle erfolgen. Sowohl zur Antrags- als auch zur Ergebnissicherung ist es sinnvoll, an Hand eines vorgegebenen Dokumentationsrasters die Intention, die Arbeitsschritte (Meilensteine), die erwarteten Ergebnisse und die tatsächlichen Ergebnisse/Produkte zu fixieren und auf ihre Wirkungen in Be-*

[5] Vgl. hierzu auch Kap. 1.1.2 sowie 4.4 dieses Berichts

© Stiftung SPI 2004

zug auf Nachhaltigkeit zu erfassen. Daraus lassen sich auch die best-practice-Beispiele identifizieren.

Kommunale Verantwortlichkeiten festlegen

Ein weiterer wichtiger Baustein im Programm KuQ mit besonders hohem „Aufforderungscharakter" war die Bedingung der Benennung einer Person aus dem Jugendamt, die es für das Programm KuQ galt freizustellen sowie der Nachweis einer fachlichen Abstimmung mit den Leitern/innen der beteiligten Sozial-, Jugend- und Arbeitsämter. Grundsätzlich konnte dies in allen Jugendämtern erreicht und die koordinierende Funktion dieser Stelle für das Programm KuQ umgesetzt werden; d.h. zum einen eine enge inhaltliche und formale Abstimmung mit den beteiligten Akteuren vor Ort, die Unterstützung sowohl bei der fachlichen Begutachtung als auch bei der (Weiter-) Entwicklung von sozialräumlich ausgerichteten Maßnahmen/Projekten und Angeboten im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe sowie zum anderen durch die kontinuierliche Abstimmung mit der Regiestelle KuQ.

Die kommunale Verantwortlichkeit zeigte sich gerade in dieser Fähigkeit zur ressort- und ämterübergreifenden Zusammenarbeit. Das Ziel liegt dabei in einer Stärkung und Förderung vorhandener Ressourcen (z.B. über lokal abgestimmte Aktionspläne) und in der Impulswirkung zur gesellschaftlichen Integration und zur Eröffnung von Teilhabe- und Mitbestimmungschancen. Die Erfahrungen mit dem Programm KuQ machen deutlich, dass die Aspekte einer ziel- und problembezogenen Handlungskoordination als ein wichtiges Verfahren der politischen Steuerung im kommunalen Zusammenhang bereits erfolgreich umgesetzt werden, dass damit aber auch bestimmte Voraussetzungen gegeben sein müssen: Noch immer ist es nicht selbstverständlich, dass die kommunale Entwicklungspolitik mit dem Instrument des lokalen Aktionsplans z.B. effizientere Projekte initiieren kann, die kooperativ und partizipativ angelegt sind und über die Laufzeit hinaus erhebliche Synergiewirkungen nach sich ziehen (können). Welche tatsächlichen fördernden und hemmenden Faktoren letztlich ausschlaggebend sind, dafür fehlen gegenwärtig noch allgemeingültige Resultate[6]. Zumindest das Programm KuQ hat erbracht, dass durch den „Zwang" zur kommunalen Kooperation, dem Aufbau von Netzwerken (ämter- wie auch trägerbezogenen), der Erarbeitung von Handlungskonzepten und daraus resultierenden Maßnahmen/Projekte sowie der Ergebnisorientierung und –sicherung durch dokumentierte Festlegungen wichtige Eckpunkte festgelegt werden konnten.

Zudem konnte durch die Vorgabe von Förderschwerpunkten beim Programm KuQ nicht nur eine Orientierung auf bestimmte Zielgruppen vorgenommen (hier vorrangig auf Kinder und Jugendliche aus sozial schwachen Familien, auf Eltern mit und ohne Migrationshintergrund sowie auf Fachpersonal der Kinder- und Jugendarbeit) sondern auch eine darauf abgestellte Methodenvielfalt angestossen werden. So wurden dadurch ein breites Spektrum sozial ausgerichteter Verfahren und Lernarrangements realisiert, von Workshops bis zu mobiler Beratung, von Schulsozialarbeit bis zu Case-Management. [7]

Empfehlung: *Für die Umsetzung eines Förderprogramms erweist es sich als hilfreich, wenn es klare Verantwortlichkeiten bei den beteiligten Kommunen und in deren Ämter(-hierarchien) gibt und diese „Rollen" auch mit klarem Aufgabenprofil versehen werden. Nur so können die hohen Anforderungen z.B. an die Erstellung von Lokalen Aktionsplänen, deren Realisierung und Kontrolle sowie die notwendige Koordination beteiligter Ausschüsse und Gremien geregelt und begleitet werden. Diese durchaus gewollte Formalisierung unterstützt die Organisation kommunaler Prozesse nach innen und außen. Sie verliert damit ihren oft zufälligen und wenig transparenten*

[6] Dies wurde auch hervorgehoben in dem Eingangsreferat von Christian Lüders (DJI) auf dem 1. Kongress des ESF-Bundesprogramms „Lokales Kapital für soziale Zwecke" in Berlin am 22.01.2004

[7] Vgl. hierzu auch die Kap. 6.3.3 und 6.3.4 dieses Berichts

© Stiftung SPI 2004

Charakter und gewinnt an Effizienz, politischer Steuerung und Handlungsorientierung (ein Beispiel hierzu ist die Vorstellung des „Strategischen Steuerungskreislaufs", wie sie im E & C Journal Nr. 10 dargestellt sind)[8] *. Darüber hinaus empfiehlt es sich, lokal abgestimmte Handlungskonzepte mit eindeutigen Förderschwerpunkten, die über Maßnahmen/Projekte, darauf abgestellte Methoden und Zielgruppenorientierungen umgesetzt werden sollen, zu verbinden und die jeweiligen Mittelvergabe an die Erfüllung dieser Realisierungsschritte zu knüpfen.*

Einrichtung von Verfügungsfonds /Budgets

Um über die Realisierung von Maßnahmen und Projekten das „Mitwirkungspotential" der einzelnen Akteure und Akteurinnen zu ermöglichen und zu stärken, sind lokal ausgerichtete Finanzbudgets ausgesprochen sinnvolle Angebote. Sie erlauben, Mittel zügig und unkompliziert direkt vor Ort einsetzen zu können. Dabei ist die Entscheidung über die jeweilige Vergabe durchaus im Kontext der repräsentativen Zusammensetzung der Gremien des jeweiligen Quartiers zu sehen. Es ist dies auch ein bedeutsames Moment der Beteiligung im Gesamtprozess der Aktivierung und Beteiligung sowie der Transparenz über Entscheidungsbefugnisse.

Konkrete Erfahrungen aus dem Programm KuQ zeigen, dass die Idee des Verfügungsfonds tatsächlich als flexibles Instrument betrachtet wurde, aus dem für Einzelmaßnahmen und Projekte Mittel bedarfsgerecht und abgestimmt vergeben werden. Ihr Zweck liegt hierbei in der unbürokratischen/pragmatischen Realisierung kurzfristiger Maßnahmen, deren Bedarf vorab nicht eindeutig eingeschätzt/abgesehen werden kann. Dabei wurden die formalen Vergabebedingungen im jeweiligen Einzelfall so ausgehandelt, dass auch der Nachweis über die zweckentsprechende Verausgabung der Mittel, z. B. durch Rechnungslegung, Honorar- oder Werkvertrag unaufwendig ist.

Festzuhalten gilt, dass Verfügungsfonds oder Budgets nicht einheitlich, sondern immer bezogen auf die konkreten Anforderungen aus dem jeweiligen Quartier zur Unterstützung integrativer Projektmaßnahmen aufgelegt werden sollen. Diese Maßnahmen/Projekte orientieren sich – wie im Programm KuQ erprobt – an vorgegebenen Förderschwerpunkten, wobei die Auswahl den jeweiligen kommunalen Entscheidungsgremien – z.B. im Rahmen eines lokalen Aktionsplans - offen stehen muss, um den besonderen Gegebenheiten vor Ort auch gerecht zu werden. Damit einher geht dann allerdings auch eine eventuell „ungleiche" Gewichtung von Förderschwerpunkten, die nur auszugleichen ist, wenn explizit bisher weniger akzeptierte – und u.U. auch schwieriger umzusetzende – Schwerpunkte besonders gefördert werden. Hierunter fallen aus Sicht des Programms KuQ vorrangig Themen wie die Zusammenarbeit mit der lokalen Wirtschaft, präventive Arbeits- und Sozialberatung bereits im schulischen Zusammenhang sowie Maßnahmen/Projekte, die im Bereich der Gesundheitsvorsorge anzusiedeln sind.

Generell gilt aber, dass der Einsatz eines Verfügungsfonds auch und gerade dazu beiträgt, die Wirkungen einzelner Maßnahmen/Projekte nachhaltig zu steuern: Im Bereich des Sozialen (z.B. durch die Aktivierung und Stärkung der Selbstverantwortung und der Partizipation), des Ökonomischen (z.B. durch Beschäftigung und Qualifizierung sowie Gründungsinitiativen) und des Ökologischen (z.B. durch generelle Umweltinformationen, Energieeinsparungen, Renaturierung) aber auch in kulturellen, sozialräumlichen und administrativen Zusammenhängen.

Empfehlung: *Für die Umsetzung eines Förderprogramms erweist es sich als hilfreich, wenn finanzielle Rahmenbedingungen genannt werden, innerhalb derer ein Budget eingesetzt werden kann für vorab definierte Förderschwerpunkte. Die jeweils konkreten Maßnahmen / Projektumsetzungen können somit nachhaltiger, situativer, quartiers- und zielgruppenbezogener realisiert werden. Diese scheinbare Finanz"freiheit" darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass ebensolche soli-*

[8] H.Hartmann, M.Pröhl: Interkulturelle Stadtpolitik – Handlungsansätze und gute Beispiele; E&C-Journal Nr. 10 vom 16. Mai 2003

© Stiftung SPI 2004

den Abrechnungs- und Nachweispflichten vorzuliegen haben wie bei der „klassischen" Form der Zuwendung.
Förderprogramme sollten bei der Auswahlmöglichkeit ihrer jeweiligen inhaltlichen Schwerpunkte darauf abstellen, dass erwünschte Wirkungen im Bereich der Nachhaltigkeit mit seiner sozialen, ökonomischen und ökologischen Dimensionen ebenso bedacht wie Perspektiven in kulturellen, sozialräumlichen und administrativen Zusammenhängen ermöglicht werden.
Wird ein Verfügungsfonds/Budget nicht nur als reines Finanzierungs- sondern vorrangig als ein Steuerungsinstrument verstanden, so können gezielt Inhalte befördert und – zumindest partiell – einer ungleichen Gewichtung bei der Umsetzung bestimmter Förderschwerpunkte entgegengewirkt werden.

Steuernde Funktion über eine Regie- oder Service-Stelle
Als relevant hat sich bei der Umsetzung des Programms KuQ gezeigt, dass eine Regiestelle nicht nur koordinierende und fachliche Unterstützung ermöglicht, sondern auch – besonders in der Antragsphase – über moderne Medien (vorrangig Email) einen beständigen und verbindlichen Kontakt zu den Antragstellern aufbauen konnte (dies auch geschuldet der kurzen Laufzeit des Programms). Die Regiestelle KuQ konnte durch eine „24-h-hotline" den unterschiedlichen und drängenden Beratungsanforderungen gerecht werden und durch den professionellen Verweis auf Materialien, Hilfen und andere unterstützende Faktoren ein dichtes Netz an schnellen und teilweise auch unkomplizierten Hilfen organisieren. Erleichternd für die Antragsteller/innen waren auch die Arbeitshilfen, die sich explizit mit der Antragsstellung befassten, Anregungen zur wichtigen Thematik Gender mainstreaming gaben sowie Vorgaben zur detaillierten Dokumentation der einzelnen Maßnahmen/Projekte enthielten. Dabei ist durchaus zu beachten, dass ein Großteil der kommunalen Partner/innen (Jugend- und Sozialämter, Arbeitsämter) bereits Erfahrungen in der Beantragung und Umsetzung von Programmen hatten und zusätzlich durch die Programmplattformen der Stiftung SPI – wie E&C sowie FSTJ und zukünftig auch LOS - weitere Kompetenzen erworben haben. Die verschiedenen Materialien zu Fragen kommunal verantworteter und ausgerichteter Kinder- und Jugendhilfe sowie die unterschiedlichen Handreichungen zu besonderen inhaltlichen Schwerpunkten (Öffentlichkeitsarbeit, Großgruppenmoderationen, Auswahlverfahren u.ä.) erleichterten partiell den Einstieg in das Programm KuQ.

Neben der inhaltlichen und administrativen Beratung und Steuerung hat eine Regiestelle durchaus auch die Aufgabe, sich abzeichnende ungleiche regionale Verteilungen in der Programmumsetzung anzumerken und eventuell „gegenzusteuern". Natürlich waren im Programm KuQ – auch bedingt durch kurze Ankündigungszeiten und umgehende Realisierungsnotwendigkeiten – die Kommunen begünstigt, die über weitgehende infrastrukturelle Voraussetzungen verfügten, schnell und effizient reagieren zu können. Dies traf zu einem Hauptteil (2/3) auf Jugendämter in groß- und mittelstädtischen Ballungszentren zu [9], verdeutlicht aber auch, dass das Programm der „Sozialen Stadt" ein durchaus städtisch orientiertes ist und Landkreise einer intensiven Motivation bedürfen, sich solcher Programme anzunehmen.

Empfehlung: *Für die Umsetzung eines Förderprogramms erweist es sich als hilfreich, wenn bei der Auswahl und Beurteilung solche kommunalen Antragstellern/innen Berücksichtigung finden, die zum einen bereits Projekterfahrungen haben, die Intention(en) z.B. der Idee „Soziale Stadt" kennen und damit ein Problembewusstsein dokumentieren, das auf „neue" und noch unerfahrenere Kommunen ausstrahlt und damit eine besondere Form der Unterstützung und Hilfe ermöglicht. Eine solche Multiplikatorenwirkung ist über die Regie- oder Servicestelle zu steuern – hauptsächlich in Abstimmung mit dem Auftraggeber resp. einer besonderen Steuerungsgruppe. Auch kann so einer möglichen regionalen Disparität (Stadt-Land-Gefälle) entgegengewirkt werden.*

[9] Vgl. hierzu Kap. 6.1 dieses Berichts

© Stiftung SPI 2004

Organisierter und angeleiteter Erfahrungsaustausch

Die Programmstruktur von KuQ sah neben den Starterkonferenzen, regionale Koordinationstreffen und eine Abschlussveranstaltung vor. Aus der Sicht der Regiestelle haben insbesondere die regionalen Koordinationstreffen für die Umsetzung der Programmziele einen herausgehobenen Stellenwert.

Nach den Vorgaben der Fachstandards des Programms hatten die vom Jugendamt bestimmten Koordinatoren/innen die Gelegenheit, zum Erfahrungsaustausch und zur Einschätzung ihres eigenen Umsetzungsstandes des Programms. Nach Auskunft der Koordinatoren/innen halfen diese Treffen nicht nur bei der qualifizierten Umsetzung der Programminhalte, sondern stellten ein breites Feld für Anregungen sowohl auf der Ebene des lokalen Aktionsplanes, der Ämterkooperation und der Aktivierung der lokalen Akteure, als auch für die Ausgestaltung der geförderten Projekte/Maßnahmen selbst dar. Für die Programmsteuerung und wissenschaftliche Begleitung der Regiestelle waren diese Treffen wichtige Voraussetzung für eine Vereinheitlichung der Standards bei der Berichts- und Ergebnisdokumentation.

Dieser gegenseitige und fortlaufende Erfahrungsaustausch wurde von der Regiestelle unterstützt, indem auf der Website www.kundq.de, nach Ländern gegliedert, die jeweiligen Koordinatoren/innen der beteiligten Jugendämter namentlich mit Adresse, Telefon und Email aufgeführt wurden.

***Empfehlung**: Für die Umsetzung eines Förderprogramms erweist es sich als hilfreich, wenn im Rahmen des Programmbudgets den Programmbeteiligten der Raum gegeben wird, sich direkt zu verständigen, Erfahrungsaustausch zu pflegen und sich gegenseitig der Programmstandards zu vergewissern. Für die Einführung des Programms haben sich die so genannten „Starterkonferenzen" als ein besonders qualitatives Instrument eines Interessensbekundungsverfahrens bewahrt. Die Auswertungs- bzw. Schlussveranstaltung bietet den Programmakteuren und der Fachöffentlichkeit die Gelegenheit, Programm, Verlauf und Ergebnisse darzustellen und in den Fachdiskurs einzubringen.*

Anforderungen an eine Qualitätsoffensive

Die gegenwärtigen organisatorischen Strukturen und fachlichen Standards in der Kinder- und Jugendhilfe müssen sich verstärkt den aktuellen gesellschaftlichen Anforderungen stellen, was wiederum veränderte Handlungsstrategien erforderlich macht. Diese lassen auf fünf Anforderungsprofile hin konzentrieren: [10]

- Es geht um eine Aufhebung der Versäulung innerhalb der Jugendhilfe. Die verschiedenen Ressortzuständigkeiten (vom Allgemeinen Sozialen Dienstes, von Streetwork, der Jugendarbeit bis hin zu den Horten) entsprechen nicht mehr den Lebensrealitäten ihrer Adressaten.

- Ziele, Inhalte und Handlungsweisen müssen klar beschrieben und vereinbart werden und nachvollziehbar sein. Sie müssen dokumentiert, überprüft, transparent gemacht und bzgl. ihrer Wirkung evaluiert werden. Vor Ort muss mehr Wissen über die Wirkung von Maßnahmen vorhanden sein, deshalb sollte auf kommunaler Ebene ein Berichtswesen aufgebaut und es sollten Mittel für lokale Forschung zur Verfügung stehen.

- Die Jugendhilfe muss flexiblere und bedarfsgerechte Steuerungsmöglichkeiten erhalten. Strukturen, Organisation und Finanzierung müssen so angelegt sein, dass auf neue Anforderungen rasch reagiert werden kann. Zunehmend ist in der sozialen Arbeit jedoch eine Tendenz im Sinne von der Idee, zur Initiative und zur Institution erkennbar.

[10] Diese Anforderungen sind den Ausführungen von R. Prölß entnommen; vgl. ANHANG: R.Prölß: Stärkung der Jugendämter vor dem Hintergrund sozialräumlicher Strategien; Referat auf der Auswertungstagung KuQ, Januar 2003. Ebenso Kap. 3.2 dieses Berichts

© Stiftung SPI 2004

- Die Leistungen der Jugendhilfe müssen intensiver und kompakter, zeitnah am Unterstützungsbedarf ansetzen und sie müssen zeitlich begrenzt sein. Die Mitwirkung muss im Sinne von Hilfe zur Selbsthilfe eingefordert werden.

- Das Wunsch- und Wahlrecht ist zu stärken, auch um damit einen fachlichen Wettbewerb zu fördern. Der Leistungsberechtigte ist als Co-Produzent seiner Hilfe mit einzubeziehen. Biografische, familiäre und nachbarschaftliche Potentiale sind stärker zu nutzen und einzubeziehen. Die vielfältigen Formen von bürgerschaftlichen Engagements in einer Zivilgesellschaft sollen angesprochen und genutzt werden. Dabei ist Professionalität und ehrenamtliches Engagement bzw. Selbsthilfe kein Gegensatz, sondern es ist eine andere Professionalität, welche die Ressourcen der Lebenswelten besser nutzt."

Empfehlung: *Für die Umsetzung eines Förderprogramms erweist es sich als hilfreich, wenn Forderungen nach einer grundlegenden Organisationsreform der sozialen Dienstleistungen im Sinne einer Koproduktion aller Beteiligten unterstützt werden. Dazu gehören Anforderungen, die in den jeweiligen Handlungsfeldern einer Förderung einen besonderen Stellenwert erhalten sollten:*

-Integration statt Versäulung
- Klarheit und Transparenz
- Zeitlich begrenzt statt dauerhaft
- Intensiv statt routinemäßig
- Aktive Beteiligung und Mitwirkung statt passiver Entgegennahme.

Strategien für die stärkere Einbindung der lokalen Wirtschaft

Die für die Planung und Umsetzung der KuQ-Projekte verantwortlichen Mitarbeiter/innen der Jugendämter konstatieren im Bereich „Übergang Schule – Beruf" einen besonders großen Handlungsbedarf auch der Jugendhilfe und haben folgerichtig ihre Maßnahmen und Projekte häufig hier angesiedelt. Nachhaltige Verbesserungen sind allerdings nur in Kooperation mit den Akteuren und Strukturen des ersten Arbeitsmarktes möglich. Diese Einsicht ist zwar weit verbreitet, trotzdem wurden solche Kooperationsbeziehungen im Rahmen des Programms KuQ kaum entwickelt, obwohl die Initiierung von Gemeinschaftsprojekten zwischen Jugendhilfe und lokaler Wirtschaft ein zentraler Förderschwerpunkt des Programms KuQ war. Es mangelt auf Seiten der Akteure der sozialen Arbeit offenbar weniger am Problembewusstsein, sondern an geeigneten Strategien, die dazu beitragen können, die gegenseitigen Annäherungsprobleme der sozialen und ökonomischen Systeme zu überwinden.

Empfehlung: *Für die Umsetzung eines Förderprogramms erweist es sich als hilfreich, wenn stärker die Kontakte zur lokalen Wirtschaft als Programmauftrag gesucht und mit formuliert werden, um einerseits die konstatierten gegenseitigen Informationsdefizite und Berührungsängste abzubauen wie andererseits auch kontinuierlich Netzwerkarbeit zu betreiben, um weitere Handlungsfelder für die Jugendhilfe zu eröffnen. Damit verbunden ist auch die Chance, diese Felder „ausgewogener" anzubieten, also nicht nur auf die eingefahrenen und bekannten Schwerpunkte Sozialer Arbeit abzustellen, sondern Strategien zu entwickeln, hier veränderte Strukturen und damit Zugänge zu initiieren. So können z. B. neue und bereits bewährte Projekte im Bereich Berufsinformation, -orientierung und –ausbildung nutzbar gemach werden indem Schulen. zum Aufbau von lokalen Fördernetzwerken mit Betrieben im Stadtteil, Trägern der Jugendhilfe, dem Arbeitsamt, den Kammern, Ausbildungs- und Beschäftigungsträgern sowie den zuständigen Fachämtern kooperieren.*

© Stiftung SPI 2004

Öffentlichkeitsarbeit als Garant für nachhaltige Resonanz

Das Programm KuQ hat es den Jugendämtern ermöglicht, auf die Probleme von benachteiligten Kindern und Jugendlichen und deren Familien in den Programmgebieten zu reagieren durch eine Verbesserung der materiellen und personellen Ressourcen sowie durch zielgruppengerechte und –spezifische Angebote. Damit wurde gewährleistet, dass auf konkrete Bedürfnisse in den Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf auch konkrete Maßnahmen/Projekte „zugeschnitten" werden konnten, die aber keinen isolierten Charakter aufweisen, sondern eingebunden sind in die Logik eines lokalen Umsetzungsplans und legitimiert über kommunale Gremien. Damit solche Maßnahmen/Projekte nicht kleinteilig und ohne öffentliche Resonanz bleiben, wurde ein weiterer Programmschwerpunkt im Bereich der Öffentlichkeit angesiedelt.

Empfehlung: *Für die Umsetzung eines Förderprogramms erweist es sich als hilfreich, wenn obligatorisch auf die Probleme von benachteiligten Kindern und Jugendlichen in den Programmgebieten durch die Herstellung von Öffentlichkeit aufmerksam gemacht wird. Den beteiligten Jugendämtern wird damit die große Chance eröffnet, sich innerhalb eines Programms, hier z.B. dem der Soziale Stadt, besser zu positionieren und soziale Aspekte und Belange in den Vordergrund zu rücken.*

Notwendige Kooperation mit anderen Programmen

Ein Ergebnis der wissenschaftlichen Begleitung des Programms KuQ war, dass es den meisten Jugendämtern - vor allem dank der Unterstützung der Kommunen und durch das neu aufgelegte Programm LOS – gelungen ist, rechtzeitig für organisatorische und finanzielle Rahmenbedingungen zu sorgen, die eine Fortsetzung und somit eine „relative" Nachhaltigkeit der durch das Programm KuQ initiierten Projekte und Maßnahmen in allen Handlungsfeldern zu ermöglichen. Trotz des hohen Umsetzungsdrucks durch die kurze Laufzeit konnte eine solche Perspektive erreicht werden, was aber vorrangig auch mit der bereits bestehenden engen Kooperation mit anderen Programmen (wie z.B. E&C, FSTJ) zusammenhängt. Nur ein solches „Wirkungsgefüge" aus aufeinander abgestimmten Programmteilen ermöglicht längerfristigen Orientierungen in den Kommunen.

Empfehlung: *Für die Umsetzung eines Förderprogramms erweist es sich als hilfreich, wenn andere Programmschwerpunkte bei der Konzeption und Ausarbeitung neuer Ansätze beim Auftraggeber kontinuierlich mit bedacht werden. Nur vor diesem Hintergrund kann der Aspekt der Nachhaltigkeit sinnvoll als Kriterium eines „gelungenen" Praxismodells gewertet werden, da sonst die zeitlichen, personellen und finanziellen Umsetzungsmöglichkeiten keine Rückschlüsse auf die (Aus-)Wirkungen in der Zeit danach zulassen.*

© Stiftung SPI 2004

3. Anspruch und Zielsetzung des Programms KuQ [11]

3.1 Grundsätze der Programme „Die Soziale Stadt“ und „E&C“

Spätestens mit Beginn der 90er Jahre sind auf lokaler Ebene, insbesondere in den Stadtteilen, die Folgen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturwandels, deutlich zu spüren. Vor diesem Hintergrund wurde eine zwischen Bund und Ländern abgestimmte Strategie gegen die soziale Polarisierung in den Städten beschlossen und mit der Bund-/Länder-Gemeinschaftsinitiative „Die Soziale Stadt“ und der Programmplattform „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E&C) des BMFSFJ ein strategisches Vorgehen der integrierten Stadtteilentwicklung in städtebaulichen, sozialen, ökonomischen, ökologischen und kulturellen Handlungsfeldern auf den Weg gebracht worden.

Im Mittelpunkt stehen innovative Ansätze zur programmatischen, fördertechnischen und organisatorischen Bewältigung der vielschichtigen Anforderungen mit der gesellschaftspolitisch brisanten Aufgabe einer zukunftsorientierten Stadtentwicklung. Dazu sollen die begrenzten Städtebauförderungsmittel des Bundes zielgenauer, sparsamer und gebündelt mit investiven und nicht-investiven Mitteln anderer Förderungsgeber zum Einsatz gebracht werden können. In Ergänzung der klassischen Städtebauförderung stellt das Programm „Die Soziale Stadt“ deshalb nicht bauliche Aspekte in den Vordergrund, sondern die Frage, ob und wie die Städte künftig funktionsfähig(er) bleiben können.

So zählen zu den Schwerpunkten des Programms:

- Verbesserung der Wohnverhältnisse
- Einleitung neuer wirtschaftlicher Tätigkeiten, z. B. Förderung von Unternehmensgründungen
- Schaffung und Sicherung der Beschäftigung auf lokaler Ebene
- Verbesserung der sozialen Infrastruktur, insbesondere für junge Menschen
- Verbesserung des Angebots an bedarfsgerechten Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten
- Maßnahmen für eine sichere Stadt
- Umweltentlastung
- öffentlicher Personennahverkehr
- Wohnumfeldverbesserung
- Stadtteil, Kultur
- Freizeit.

Das Stadtteil-/Quartiersmanagement ist dabei zentrales Instrument und treibende Kraft in der Programmumsetzung „vor Ort“. Es fördert die Beteiligung der Selbstorganisation der Bürger/innen, bündelt die im Quartier vorhandenen sowie die im Rahmen von Förderprogrammen bereitgestellten Ressourcen und vernetzt die lokal bedeutsamen Akteure.

In die Bund-/Länder-Gemeinschaftsinitiative „Die Soziale Stadt“ wurden bisher 300 Gebiete aufgenommen. Mit den ergänzenden Mitteln von Länder und Gemeinden (insgesamt zwei Drittel) standen und stehen damit in den ersten vier Programmjahren insgesamt 766,92 Millionen € für die Umsetzung des Programms zur Verfügung. Das Programm „Die Soziale Stadt“ ist auf die Bündelung mit Programmen aus anderen Politikbereichen auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene angelegt, so können z.B. EU-Strukturfondsmittel zusätzlich zur finanziellen Verstärkung beitragen.

Die Veröffentlichungen, Symposien und Ergebnisse der zahlreichen Maßnahmen und Projekte vermitteln ein sehr einhelliges Bild über den bisherigen Erfolg: das Programm „Die Soziale Stadt“ hat den Prozess der öffentlichen und politischen Wahrnehmung der Probleme in gefährdeten Stadtteilen nachhaltig befördert. Die soziale Integration und die Festigung nachbarschaftlicher

[11] Vgl. zu den folgenden Ausführungen in diesem Kapitel auch das Angebot der Stiftung SPI und DJI für das Programm KuQ vom 10.04.2002

© Stiftung SPI 2004

Netze gehören ebenso selbstverständlich zum Programm wie ein integriertes Handlungskonzept, auf dessen Grundlage Stadtteilprojekte zu verwirklichen sind. Kurzfristige Ziele der Projekt-/ Programmumsetzung, beispielsweise die Aktivierung von Eigeninitiative und Selbsthilfepotentiale der Bürgerinnen und Bürger benachteiligter Stadtteile, die Einleitung des Aufbaus effizienter lokaler Strukturen und die Zusammenarbeit mit den Bundesressorts, gewinnen dabei weiter an Bedeutung.

Eine neue und zusätzliche Qualität in der Umsetzung der Intentionen des Programms „Die Soziale Stadt“ konnte durch das Partnerprogramm „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E&C) des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) erreicht werden. Es ist im Sinne der Forderung nach einer ressortübergreifenden Bün delung von Ressourcen und Aktivitäten in jenen Stadtteilen angesiedelt, die als Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf über das Programm „Die Soziale Stadt“ bereits identifiziert wurden. Im Gegensatz und in Abgrenzung zu den städtebaulichen Investitionsprogrammen ist das Programm „E & C“ als nationale Programmplattform kein Förderprogramm im klassischen Sinne, sondern der Versuch, den Akteuren auf den unterschiedlichen Ebenen Bund, Land, Kommunen und Stadtteil einen Erfahrungsaustausch und fachlichen Diskurs anzubieten, um sich vor diesem Hintergrund auf Maßnahmen und Beiträge zur Verbesserung der Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen in benachteiligten Gebieten zu verständigen.

So betont das E&C-Programm das Prinzip der sozialräumlichen Vernetzung; d.h. es geht weniger um die schlichte Übertragung bewährter Arbeitsformen in soziale Brennpunkte, als vorrangig um die Berücksichtigung der sozialräumlichen Rahmenbedingungen der Adressaten/innen und ihren Umgang damit, die Einbeziehung und die Kooperation mit den vorhandenen bzw. in der Entwicklung befindlichen Institutionen und Einrichtungen und um die Entwicklung eines, auf die jeweiligen Probleme und Bedarfslagen bezogenen, Unterstützungsangebots. Das E&C-Programm verweist damit auf die Eigenverantwortung der öffentlichen und freien Träger, insbesondere auf die Zuständigkeit und Kompetenzen der kommunalen und lokalen Ebene und will damit erreichen, dass mit den entwickelten Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe zum einen ein sozialräumlicher Paradigmenwechsel geschaffen wird und andererseits ein Veränderungs- bzw. Reformwillen bei den Akteuren einsetzt.

Kernpunkte dieser Gemeinschaftsanstrengung sind:

- die Verbesserung der sozialen Infrastruktur;
- die Verbesserung der Sozialisationsbedingungen für ein gelingendes Aufwachsen;
- die Teilhabe (materiell, sozial, kulturell und politisch) der Bewohner/innen, der Kinder und Jugendlichen;
- die Neuausformung einer Angebotsstruktur individueller Hilfen, einer modernen Kinder- und Jugendhilfe im Sinne einer Lebenslagenpolitik, die nur als Gemeinschaftswerk gelingen kann.

Die Essentials der fachlichen Standards beider Programme „Die Soziale Stadt“ und „E&C“ sind

- die Sozialraumorientierung; d.h., die Gestaltung von Strukturen und Beziehungen in der Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen und ihrer Eltern, die Aktivierung von materiellen und sozialen Ressourcen sowie der Aufbau von Netzwerken, der Quartiersarbeit und der Gemeinwesenarbeit. Dabei geben sich Wirtschaft, Kultur und Politik auf der lokalen Ebene mehr und mehr die Struktur von innovationsorientierten Netzwerken, um sich durch Kooperation an einer gemeinsamen Strategie in kleinen Nischen der Wissens- und Güterproduktion zu behaupten; d.h. z.B. die vorrangige Orientierung auf Projekte in einer Stadtregion, um neue Lern- und Handlungsmöglichkeiten bei den Beteiligten zu aktivieren. Sozialraum ist dementsprechend mehr als nur der politisch festgelegte geographische Raum mit seinen jeweils eigenen institutionellen Zuständigkeiten und räumlichen Strukturen, sondern auch der jeweils eigen wahrgenommene und erlebte Raum durch die einzelnen Akteure. Er unterliegt damit auch einem spezifischen Handlungs- und Gestaltungsprinzip sowohl zur Orientierung der Leistungen, Angebote und Maßnahmen für die in diesen Gebieten lebenden Bewohner/innen als auch

© Stiftung SPI 2004

zur Ausgestaltung im Sinne der Verbesserung der Lebenschancen. Sozialraum kann damit durchaus auch als ein innovativer und praktischer Ansatz für Handlungskorrekturen eingeordnet werden. Schließlich differenzieren sich die Sozialräume noch in unterschiedliche und sehr vielfältige Räume unter – so wird der Aktionskreis jungendlicher Migranten gänzlich anders wahrgenommen und bewertet als der junger Mütter – die keineswegs mit den administrativ festgelegten Zuständigkeiten übereinstimmen müssen. Damit rückt die soziale Feinstruktur eines Sozialraums in den Mittelpunkt, die sich vorwiegend in den Praxiserfahrungen der im Sozialraum tätigen Akteure und in den Schwerpunkten ihrer Tätigkeiten abbildet und der man sich unter Beteiligung dieser Personenkreise am besten annähern kann. Sozialraum oder besser: Sozialraumorientierung heißt aber auch, Lebensbereiche strukturell neu und anders zu verorten, also nicht den ausschließlichen Fokus auf das Randständige, sozial Ausgegrenzte und vorrangig Problematische eines Gebiets zu lenken, denn schon die Kartographisierung einzelner Areale als benachteiligt führt an vielen Stellen erst zu deren tatsächlicher Verfestigung und weiteren Marginalisierung und produziert die negativen Bilder. Diese „Verstärkungskreisläufe“ (Scheerer) gilt es zu durchbrechen, etwa durch die Hervorhebung der Stärken der Gebiete und ihrer Bewohner/innen und einer daraus sich ergebenden Möglichkeit positiver Quartiersentwicklung. So wird zum einen ersichtlich, dass die negative Perspektive durchaus veränderbar ist und zum andern kann dokumentiert werden, welche Maßnahmen und Projekte erforderlich sind, um die lokale Situation zu verbessern. „Wenn (also) Möglichkeiten zur Verbesserung der Chancen zur Existenzsicherung, der Aufwertung des Stadtteils als Ort des Wohnens und des sozialen Austauschs und die sozialräumlich erleichterte Teilhabe an gesellschaftspolitischen Einrichtungen in den Gestaltungs- und Wirkungsbereich kommunaler Sozialpolitik und einer hierauf bezogenen Kinder- und Jugendhilfe und Sozialarbeit gehört, dann eröffnet sich hier auch eine realistische Chance zur „Revitalisierung“ sozial benachteiligter Stadtteile“[12];

- die (Weiter-)Entwicklung von Steuerungsinstrumenten, bezogen auf den wirkungsvollen und zielgenauen Einsatz von Ressourcen zum Aufbau und zur Stabilisierung sozialer Infrastrukturen und Dienstleistungen. Dies setzt Transparenz über Aufgaben, Ziele und Kosten der Leistungen voraus, um eine bedarfs- bzw. nachfragebezogene Steuerung der Leistungsausrichtung zu ermöglichen. Aber Steuerung braucht auch Strukturen und so müssen die kommunalen Einrichtungen und die freien Träger, die in einem Stadtteil zusammenarbeiten wollen, gemeinsame Ziele festlegen um Projekte im Rahmen von tragfähigen Strukturen der Kooperation, der Zuständigkeit, Entscheidung und effektiven Arbeitsabläufe entwickeln zu können. Mit einer solchen Zusammenführung von Planungs- und Ausführungsabläufen wird auch die gemeinsame Verantwortung von öffentlichen und freien Trägern für Prävention und Problemlösung dokumentiert;

- die Beteiligung und aktive Mitgestaltung der materiellen und sozialen Teilhabe der Adressaten/innen in der Quartierspolitik, in der Realisierung sozialer Angebote, in der Umsetzung gemeinsamer Ziele wie auch individueller Rechte und in der Hilfeplanung im weitesten Sinne. Daraus ergeben sich dann zwangsläufig neue Anforderungen an die „Dienstleistungsarbeit“ der professionellen Akteure im Feld. Hierzu gehört insbesondere die Realisierung von Bedürfnissen und Bedarfen der Nutzer/innen, d. h. Nachfrageorientierung, Ergebnisüberprüfung, Partizipation der Beteiligten, Koproduktion mit Schule, Sozialamt, Arbeitsamt, Polizei, Stadtplanungsamt, Gesundheitsamt und weiteren lokalen/regionalen Partnern, der zunehmenden „unternehmerischen“ Orientierung und der Einrichtung von ressourcenverantwortlichen Sozialraumgremien.

Dieses ambitionierte Anforderungsprofil ist allerdings nur zu realisieren, wenn innerhalb der öffentlichen und freien Träger Reformpotentiale und große Innovationsbereitschaft vorhanden ist und diese Kräfte auch zielgerichtet freigesetzt werden können und wenn dabei betroffene Mitarbeiter/innen die aktive Rolle des/der Gestalters/in der gewünschten Veränderungsprozesse ein-

[12] E.Jordan u.a. (ISA e.V.): Sozialraumorientierte Planung – Begründungen, Konzepte, Beispiele; Expertise im Rahmen des E&C-Programms, Berlin 2002, S. 11

© Stiftung SPI 2004

nehmen. Sie müssen dann in der Lage sein, den Betroffenen bei der Bewältigung sozialer Unsicherheiten zu helfen; d.h., von der Kompensation hin zur individuellen Aktivierung oder genauer: von der ausschließlichen Gewährung sozialer Sicherheit hin zum Einklagen dazu notwendiger Partizipationsleistungen.

Dies setzt aber auch voraus, dass die Berücksichtigung von sozialen Lebenslagen, deren Kenntnisse und – um sie in Planung und Gestaltung angemessen umzusetzen – der besonderen zeitnahen Analysen bedarf. So ist das Wissen über differenzierte Lebensweisen im jeweiligen Quartier eine Voraussetzung für die Zielgenauigkeit und damit Wirksamkeit sozialpolitischer Initiativen und Interventionen. Eine solche Sichtweise, welche die objektiven Belastungsfaktoren ebenso wie die subjektiven Be- und Verarbeitungspotentiale berücksichtigt, macht es überhaupt erst möglich, dem Problem sozialer Benachteiligungen unter sozialräumlicher Perspektive mit einem Konzept der sozialen Entwicklung zu begegnen. Hierzu müssen dann Informationen und Einschätzungen beschafft werden und die Abstimmung über Schwerpunkte und Ressourceneinsatz sowie die Rückkopplung in die Gesamtverantwortung der Planungs- und Abstimmungsbereiche kommunaler Politik erfolgen. Aber: Eine solch umfassende und gleichsam passgenau notwendige Ableitung von Bedürfnissen und Maßnahmen ist derzeit kaum möglich. Dies ist einerseits den (noch) unterschiedlichen Ämterlogiken und ihren differierenden Steuerungsmechanismen und -möglichkeiten geschuldet wie andererseits auch den personellen Konstellationen. Zunehmend müssen deshalb die kommunalen Akteure/innen auch zum/zur Organisator/in des jeweils eigenen Lernprozesses werden. Dieser wiederum benötigt konkrete, überprüfbare Erfahrungen, die in einer veränderten Praxis erprobt und gewonnen werden können.

Um in diesem Spannungsfeld dennoch handlungsfähig zu bleiben, schlagen die Programme „Die Soziale Stadt“ und auch „E&C“ integrierte Handlungskonzepte im Sinne von lokalen Aktions- und Sozialplänen vor. Sie haben eine herausgehobene strategische und qualitätssichernde Bedeutung und setzen eine intensive Auseinandersetzung sowie ein abgestimmtes methodisches Vorgehen voraus. Sie verlangen insbesondere

- eine differenzierte Problembeschreibung des jeweiligen Gebiets
- die Entwicklung von strategischen Entwicklungszielen (Leitzielen)
- die Umsetzung dieser strategischen Ziele in operative
- die Ermittlung der betroffenen Ämter/Ressorts
- die Auflistung der bestehenden Fördermöglichkeiten der Städte und Gemeinden des Landes, des Bundes und der EU
- die Feststellung, wie bestehende Fördermöglichkeiten für die Stadtteilentwicklung neu ausgerichtet werden müssen
- die Beteiligungsressourcen der Bewohner/innen
- die Ziele und Aufgaben lokaler Netzwerke
- die Ermittlung der aktiven und potentiellen Kooperationspartner/innen
- die Festelegung von Entscheidungsgremien über einzusetzende Ressourcen
- Dokumentations- und Öffentlichkeitsarbeit.

So sind lokale Aktionspläne ein Instrument sozialraumbezogener, strategisch und kooperativ angelegter kommunaler Entwicklungspolitik mit dem Ziel der Stärkung und Förderung quartiersbezogener Ressourcen sowie lokal ausgerichteter Teilhabe- und Mitwirkungsmöglichkeiten. Die Programmphilosophien der Sozialen Stadt und von E&C setzen dabei auf eine Strategie der Koproduktion.

3.2 Soziale Arbeit als Koproduktion

Der Vorstellung von Koproduktion liegt die Intention zugrunde, dass keine zusätzlichen neuen Strukturen auf kommunaler Ebene zu implementieren sind, sondern mit den bestehenden öffentlichen und privaten Trägern und gesellschaftlichen Gruppen eine neue koproduktive Praxis entwi-

© Stiftung SPI 2004

ckelt werden soll. Die lokalen Akteure gehen damit sowohl ein strategisches als auch inhaltsbezogenes Bündnis ein, das sich gegen die bestehende „Kultur des Nebeneinanders“ (Brocke) wendet. Denn bisher sind die öffentlichen und privaten Hilfeangebote von einander getrennt (und in sich selbst versäult). Dieses „Nebeneinander“ ist über viele Jahrzehnte auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene durch die verschiedenen Ressortierungen und die unterschiedlich gesteuerten und handelnden Behörden/Ämter gewachsen.

Der Kern liegt in den verschiedenen gesetzlich organisierten Zuständigkeitsbereichen und soweit es individuelle Leistungsansprüche sind, für sehr unterschiedlich definierte Zielgruppen. Dieses Zielgruppenverständnis findet sich in den jeweiligen Gesetzeswerken wieder. So definiert das SGB III junge Menschen bis zum Alter von 25 Jahren als Jugendliche und junge Erwachsene, während das SGB VIII (KJHG) die Altersgrenze bei 27 Jahren zieht. Das Sozialamt ist nur für Personen zuständig, die die Leistungen nach dem BSHG erhalten, während das Arbeitsamt für junge Menschen verantwortlich ist, die als Bewerber gemeldet sind oder Leistungen nach dem SGB III beziehen. Dem gegenüber muss das Jugendamt nach dem SGB VIII (KJHG) alle jungen Menschen mit sozialen Benachteiligungen oder individuellen Beeinträchtigungen durch sozialpädagogische Hilfen unterstützen.

Die unterschiedlichen materiell-rechtlichen Regelungsinhalte der jeweiligen Leistungsbestimmungen (SGB III, SGB VIII; BSHG, Schulgesetz), ihre Vorrangigkeits- bzw. Nachrangigkeitsregelungen der verschiedenen Leistungsträger verfügen bzw. komplizieren die Hilfeangebote teilweise erheblich. Die Leistungsintentionen der aufgeführten Gesetzeswerke beziehen sich auf verschiedene, teils widerstreitende Voraussetzungen zur Inanspruchnahme dieser Leistungen.

Dabei haben alle Gesetzeswerke unterschiedliche Regelungsdichten und Kontrollmechanismen ihrer Fördermaßnahmen. Zum Teil sind die Angebote zentral geregelt, detailliert in Maßnahmetypen vorgegeben, die nur für bestimmte Zielgruppen durchgeführt werden dürfen und sich nicht immer an dem lokalen Bedarf orientieren.

Diese Vielfalt und unterschiedliche Ausrichtung der Aufgabenbereiche erschweren eine langfristige strategische Planung auf örtlicher Ebene und den Aufbau einer individuellen, an den Bedürfnissen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen ausgerichteten Hilfeplanung. Die Erarbeitung gemeinsamer Zielvorstellungen wird durch die Aufgabenspezifizierung der jeweiligen Ämter/Institutionen damit auch mittel- bis langfristig behindert.

Koproduktion sozialer Arbeit setzt dagegen voraus, dass sich auf kommunaler Ebene die politischen Vertreter/innen und die Ämter, das Sozialamt, das Jugendamt, das Stadtplanungsamt, das Arbeitsamt, das Schulamt zu einem gemeinsamen strategischen Vorgehen einigen und zur Beteiligung und Bildung eines lokalen Beschäftigungs- und Ausbildungsbündnisses sich vereinbaren. Zur ämterübergreifenden Zusammenarbeit wird eine kommunale Steuerungsrunde eingesetzt und auf der lokalen Ebene wird mit den lokalen Akteuren, unter Einschluss der Ämtervertreter auf Stadtteilebene, ein lokales Bündnis eingerichtet.

Das lokale Bündnis hat die Aufgaben, z.B. die Schulen bei ihrer kognitiven und sozialen Wissensvermittlung zu unterstützen. Sie hilft der Schule als Partner, Perspektivwechsel als Schlüsselqualifikation einer interkulturellen politischen Bildung und die Techniken der Aggressionskontrolle und der Konfliktschlichtung in die Abläufe von Schulehalten einzubringen. Das Bündnis wirkt im Rahmen solcher Koproduktionen an der Herstellung von Qualifikationen zur Konkurrenzfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt. Es unterstützt die Bemühungen der Polizei und Justiz zur Präsenz vor Ort und zur Kommunikationsbereitschaft im Sinne eines demonstrativ rechtsstaatlichen Verhaltens, als Orientierungsmuster im Nahraum und entwickelt Modelle zum Schutz von Opfern von Gewalt und Diskriminierung.

Darüber hinaus hat ein solches lokales Bündnis neue Qualitätskriterien zu entwickeln, z. B.:

- zum Hilfeplan, zum Hilfevertrag,

© Stiftung SPI 2004

- Transparenz und Erfolgskontrolle,
- Was passiert nach dem Hilfeangebot?
- trägerübergreifende Koordinations- und Kooperationsstruktur.

Vor diesem Hintergrund wird nachhaltig für eine Qualitätsoffensive plädiert, die sich auf die organisatorischen Strukturen und die fachlichen Standards orientiert. „Die Handlungsstrategien einer solchen Offensive sollten (dabei) in fünf Richtungen gehen :

- Integration statt Versäulung: Wir brauchen eine Aufhebung der Versäulung innerhalb der Jugendhilfe. Die verschiedenen Ressortzuständigkeiten eines Allgemeinen Sozialen Dienstes, von Streetwork, der Jugendarbeit und dem Hort entsprechen nicht den Lebensrealitäten ihrer Adressaten.

- Klarheit und Transparenz: Ziele, Inhalte und Handlungsweisen müssen klar beschrieben und vereinbart werden und nachvollziehbar sein. Sie müssen dokumentiert, überprüft, transparent gemacht und bzgl. ihrer Wirkung evaluiert werden. Wir brauchen vor Ort mehr Wissen über die Wirkung von Maßnahmen, deshalb sollte auf kommunaler Ebene ein Berichtswesen aufgebaut und es sollten Mittel für lokale Forschung zur Verfügung stehen.

- Zeitlich begrenzt statt dauerhaft: Wir brauchen in der Jugendhilfe mehr Flexibilität und bedarfsgerechte Steuerung. Strukturen, Organisation und Finanzierung müssen so angelegt sein, dass auf neue Anforderungen rasch reagiert werden kann. (Zelt- statt Palaststrukturen). Zunehmend ist in der sozialen Arbeit jedoch eine Tendenz im Sinne von der Idee, zur Initiative und zur Institution erkennbar. Die endgültige Segnung auf alle Ewigkeit erfolgt dann mit der eigenen Haushaltstelle. Eine solche Entwicklung blockiert Ressourcen und verhindert Innovation und Weiterentwicklung.

- Intensiv statt routinemäßig. Die Leistungen der Jugendhilfe müssen intensiver und kompakter, zeitnah am Unterstützungsbedarf ansetzen und sie müssen zeitlich begrenzt sein. Die Mitwirkung muss im Sinne von Hilfe zur Selbsthilfe eingefordert werden. Das (ist zu verstehen) unter „Fördern und Fordern“.

- Aktive Betätigung und Mitwirkung statt passiver Entgegennahme (Selbsthilfe statt Alimentierung). Das Wunsch- und Wahlrecht ist zu stärken, auch um damit einen fachlichen Wettbewerb zu fördern. Der Leistungsberechtigte ist als Co-Produzent seiner Hilfe mit einzubeziehen. Biografische, familiäre und nachbarschaftliche Potentiale sind stärker zu nutzen und einzubeziehen. Die vielfältigen Formen von bürgerschaftlichen Engagements in einer Zivilgesellschaft sollen angesprochen und genutzt werden. Dabei ist Professionalität und ehrenamtliches Engagement bzw. Selbsthilfe kein Gegensatz, sondern es ist eine andere Professionalität, welche die Ressourcen der Lebenswelten besser nutzt.“[13]

Mit solchen Forderungen sind die traditionellen Organisationsprinzipien der kommunalen Sozialverwaltung nicht aufgehoben, aber durchaus in Frage gestellt resp. nachdrücklich formuliert in Richtung einer grundlegenden Organisationsreform der sozialen Dienstleistungen im Sinne einer Koproduktion.

3.3 Die Programmatik von KuQ

KuQ war ausgeschrieben als ein Programm zur sozialen und beruflichen Integration von Jugendlichen in sozialen Brennpunkten/Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf. Denn Kinder und Jugendliche in diesen Gebieten – so die allgemein gültige Erkenntnis - sind in besonderem Maße benachteiligt und so sollte das Programm KuQ neben der kreativen und individualisierten Gestal-

[13] Vgl. ANHANG: R.Prölß: Stärkung der Jugendämter vor dem Hintergrund sozialräumlicher Strategien; Referat auf der Auswertungstagung KuQ, Januar 2003

© Stiftung SPI 2004

tung sozialräumlicher Hilfeangebote auch dazu beitragen, die Jugendämter bei ihren strukturellen Leistungen und Angeboten für Kinder, Jugendliche und deren Familien zu unterstützen.

Das bedeutete konkret: Den Jugendämtern sollten sozialraumbezogene Verfügungsfonds zur Verfügung gestellt werden, die für eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen im Kinder- und Jugendhilfe- und im Bildungsbereich zum Einsatz kommen. Voraussetzung war, dass hierfür von Seiten des Jugendamtes ein Konzept vorgelegt und eine für das Programm qualifizierte Person des Jugendamtes für dieses Projekt freigestellt wurde sowie der Nachweis der fachlichen Abstimmung mit den Leitern der Sozial-, Jugend- und Arbeitsämter erbracht werden musste.

In diesen Programmzielen ist der bundesweite fachliche Diskurs zur Sozialräumlichkeit der Kinder- und Jugendhilfe bereits verdichtet: Das örtliche Jugendamt soll gestärkt und ermutigt werden, aktiv und gestaltend in den Prozess der nachhaltigen sozialen Stadtentwicklungspolitik einzugreifen. Dabei wird insbesondere berücksichtigt, dass

- die Kinder- und Jugendhilfe in ihrem Kern nur erfolgreich sein kann, wenn sie (wie im SGB VIII/KJHG gewollt) als Querschnittstätigkeit definiert wird
- die Bedeutung der sozialräumlichen Integrationsstrategien der Kinder- und Jugendhilfe, insbesondere in Kooperation mit den Ressorts Soziales und Gesundheit, Schule und Arbeit erfolgen müssen und auch deshalb
- ein Umsteuern der kommunalen Kinder- und Jugendhilferessourcen auf sozialraumbezogene strukturelle Leistungen erforderlich ist.

Sozialraumbezogene Kinder- und Jugendhilfe gehört – wie bereits ausgeführt - zum Methodenbestand (Gemeinwesenarbeit) sozialer Arbeit und die entwickelten Standards der Kinder- und Jugendhilfe wie Lebenslagen oder Alltagsorientierung oder der, unter dem Namen „Einmischungsstrategie“ (Mielenz) konkretisierte Querschnittsansatz der Kinder- und Jugendhilfe, sind seit Jahrzehnten anerkannte fachliche Standards.

Das ambitionierte Programmziel von KuQ stand unter der Einschränkung, dass die aus dem KJP zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von rund 6 Mio. Euro nur für das Jahr 2002 zur Verfügung standen. Unter Berücksichtigung der heterogen und sehr unterschiedlichen Entwicklungsstände in den einzelnen Programmgebieten und der dort agierenden Jugendämtern machten zudem deutlich, dass innerhalb dieser begrenzten Zeitvorgabe auf mindestens 2 verschiedene Entwicklungsstände reagiert werden musste:

- bereits eingeleitete/entwickelte sozialräumliche Umstrukturierungsprozesse vor Ort zu stärken und voranzutreiben und
- solche Umstrukturierungsprozesse vor Ort einzuleiten bzw. deren Grundlagen dafür zu schaffen.

Anders ausgedrückt: Es gab und gibt Jugendämter, die sich der „sozialräumlichen Herausforderung“ erst seit kurzem stellen und solche, die sich bereits „auf den Weg gemacht“ haben. Zielgruppe oder besser potentielle Partner des Programms KuQ waren alle Jugendämter, in denen Gebiete der „Sozialen Stadt“ (Gebiete mit besonderem Erneuerungsbedarf/Soziale Brennpunkte) im Rahmen der Bund-/ Ländervereinbarung „Die Soziale Stadt“ festgelegt wurden und zusätzlich die Jugendämter der 13 Landkreise des E&C-Programms.

Für den Verfügungsfonds und dessen Verwendung galt als wesentlicher Indikator, dass er im Sinne der Programmziele KuQ in der Förderung von Integrationsmaßnahmen lag, die es ermöglichten, dass

- die Einzelfallhilfe mit sozialräumlichen Integrations- und Präventionsstrategien zu verbinden sind(der Fall im Feld)
- die bestehenden Angebote, Maßnahmen, Programme, Modelle unter dem Primat sozialer Entwicklungsleitziele sich verknüpfen

© Stiftung SPI 2004

- die Angebote und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, z. B. Kindertagesstätten, Jugendfreizeiteinrichtungen, Jugendberufshilfeeinrichtungen so zu flexibilisieren (entgrenzen) sind, dass sie wesentliche und wichtige Funktionen für die Entwicklung der sozialen Integration im Gemeinwesen aufnehmen
- Teilprojekte, kommunikative Räume, Aktionen sich entwickeln lassen, welche die klassische Abgrenzung, z. B. von Jugendhilfe und Schule, Jugendhilfe und Beruf in einer Schnittstellenfunktion zusammenfügen
- Bürgerbeteiligung, Ehrenamt, zivilgesellschaftliches Engagement, Selbsthilfe im Rahmen der lokalen Integrationsmaßnahmen wichtiger und wesentlicher Bestandteil der fachlichen Orientierung sind.

Diese Zielstellungen sind entscheidende Wegmarkierungen im Zusammenhang mit sozialräumlicher Orientierung und der eingeforderten Koproduktion sozialer Arbeit, doch waren und sind geringe Entscheidungsbefugnisse auf der lokalen Ebene und damit auch fehlende Möglichkeiten zielgerichteten Handeln und Reagierens ein wesentlicher Hinderungsgrund für erfolgreiche Aktivierung und Beteiligung. Um über die Realisierung von Maßnahmen und Projekten das „Mitwirkungspotential“ der einzelnen Akteure und Akteurinnen zu ermöglichen und zu stärken, sind lokal ausgerichtete Finanzbudgets durchaus sinnvolle Angebote. Sie erlauben, Mittel zügig und unkompliziert direkt vor Ort einsetzen zu können. Dabei ist die Entscheidung über die jeweilige Vergabe durchaus im Kontext der repräsentativen Zusammensetzung der Gremien des jeweiligen Quartiers zu sehen. Es ist dies auch ein bedeutsames Moment der Beteiligung im Gesamtprozess der Aktivierung und Beteiligung sowie der Transparenz über Entscheidungsbefugnisse.

Konkrete Erfahrungen aus Großstädten und Ballungsgebieten zeigen, dass Verfügungsfonds – oder in anderem Sprachgebrauch auch Quartiersfonds – tatsächlich als flexible Mittel betrachtet werden, die für Einzelprojekte, einzelne Bürgergruppierungen oder für Stadtplanungs- und Beteiligungsstudien zur Umsetzung der Quartierspläne „Soziale Stadt“ vergeben werden. Ihr Zweck liegt hierbei in der unbürokratischen/pragmatischen Realisierung kurzfristiger Maßnahmen, deren Bedarf vorab nicht eingeschätzt/abgesehen werden konnte, um den Prozess des Quartiersmanagements vorantreiben bzw. der Gefahr des Stoppens von eingeleiteten Beteiligungs-, Planung-, Projektrealisierungsprozessen begegnen zu können. Dabei werden die formalen Vergabebedingungen im jeweiligen Einzelfall so ausgehandelt, dass auch der Nachweis über die zweckentsprechende Verausgabung der Mittel, z. B. durch Rechnungslegung, Honorar- oder Werkvertrag unaufwendig ist.

Im wesentlichen beschränken sich diese geförderten Projekte/Maßnahmen auf die Sachkosten bzw. die Honorierung von externem Sachverstand, wenn z. B. Planungsvorstellungen im Rahmen der Beteiligungsverfahren entsprechend den fachlichen Standards für städtebauliche Planungen, Kostenschätzungen notwendig waren.
Festzuhalten gilt, dass diese Verfügungsfonds nicht einheitlich, sondern immer bezogen auf die konkreten Anforderungen aus dem jeweiligen Quartier zur Unterstützung des gemeinschaftlichen Prozesses der sozialen Stadtentwicklung, insbesondere der Stärkung der Bürgerbeteiligung eingesetzt werden. Sie sind vorrangig quartiers- und situationsbezogene Instrumente zur Sicherung des Quartiersmanagementverfahrens.
Der Verfügungsfonds aus dem Programm KuQ sollte aber insbesondere Projektmaßnahmen finanzieren, die integrativ wirkten und damit die

- die Kooperation zwischen Kindertagesstätte und Grundschule, Jugendhilfeangeboten und Hauptschule
- die Sicherung des erfolgreichen Übergangs von Schule in Beruf
- die Integration von Jugendhilfe in Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes und sozialer Infrastruktur
- die Gemeinschaftsprojekte von Jugendhilfeeinrichtungen und Schule, Jugendhilfeeinrichtungen und Arbeitsamt, Jugendhilfeeinrichtungen und soziale Stadterneuerung, Jugendhilfe und lokaler Wirtschaft

© Stiftung SPI 2004

- die aktive Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an lokalen Planungs- und Umsetzungsvorhaben und
- die Kooperation mit Institutionen der öffentlichen und privaten Gesundheitspflege

beförderten, um die geschlechtergerechten Chancen der Kinder und Jugendlichen in den Gebieten von E & C nachhaltig zu verbessern.
Eine weitere Voraussetzung war die Zusage der Jugendämter zur Freistellung eines Mitarbeiters/Mitarbeiterin, dem/der die Aufgaben zur steuernden und fachlichen Koordinierung übertragen wurden. Dazu gehört insbesondere

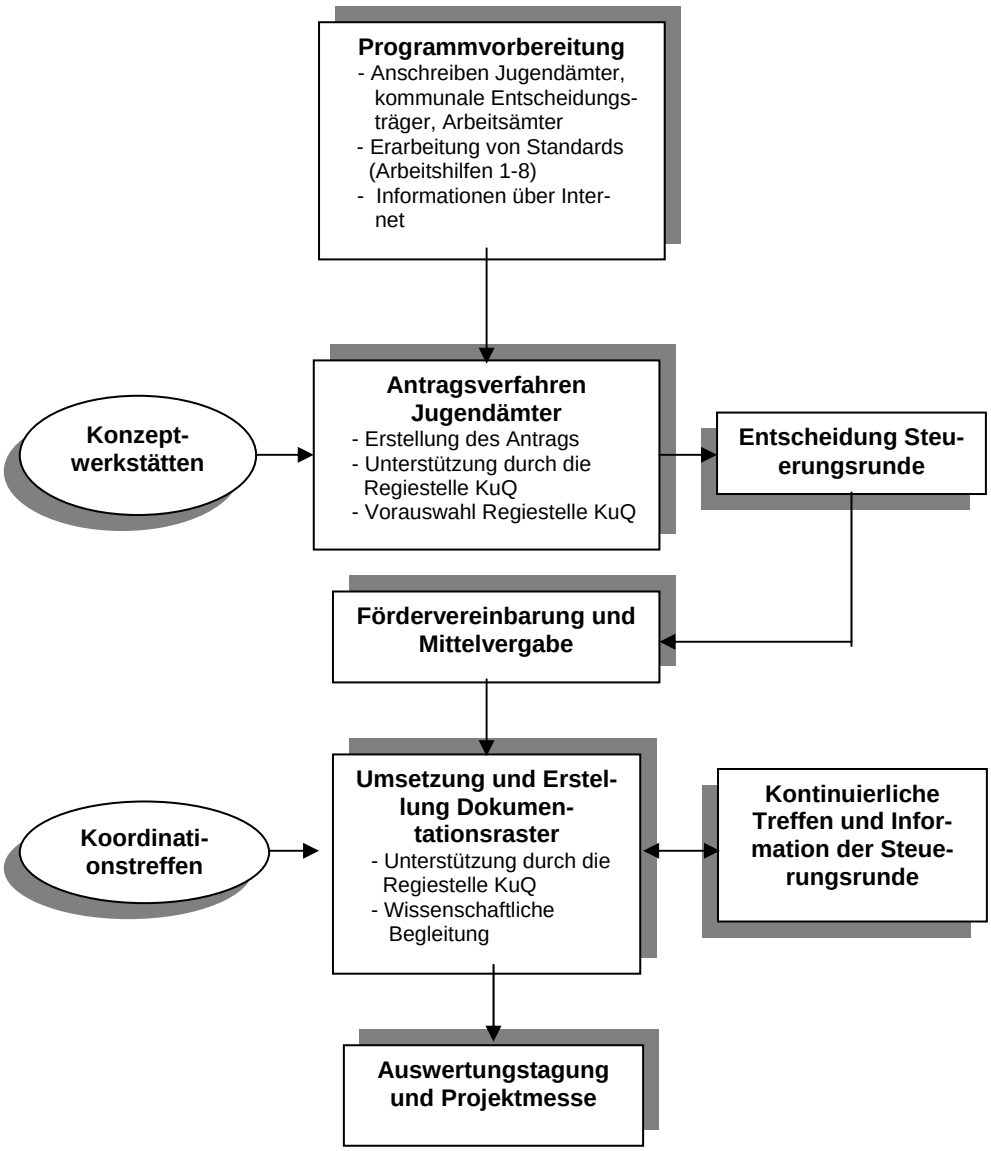
- die Bündelung von Informationen;
- die Entwicklung von Maßnahmen und Angeboten unter ämterübergreifenden Gesichtspunkten;
- die Aufstellung von Finanzierungsplänen;
- die Festlegung der Qualitätsstandards und
- die Weiterentwicklung bestehender Hilfeangebote.

Darüber hinaus sollte das Programm KuQ dazu verhelfen, dem jeweiligen Jugendamt die Voraussetzungen für konsequent lokales und ämterübergreifendes Handeln und Entscheiden in den Stadtteilen zu ermöglichen, indem sie die bestehenden Abläufe und Handlungsroutinen intern und extern überprüft und durch integrierte Förderprojekte die praktischen Voraussetzungen für eine lokale Mittel- und Ressourcenbewirtschaftung erprobt. Zusätzlich evaluiert das Jugendamt die geförderten lokalen Aktionen/Projekte, sucht nach systematischen Störstellen und Überschneidungen. Das Jugendamt ist so in der Lage, Entscheidungsvorlagen der Gebietskörperschaft zu entwickeln, um auf regionaler Ebene Verbesserungsvorschläge, Strukturen und die Anpassung rechtlicher Regelungen wie z.B. zur Gestaltung eines integrierten individuellen Hilfeplanes (z.B. nach § 36 KJHG, nach dem Job-Aktiv-Gesetz, nach BSHG usw.) zu bewirken.

© Stiftung SPI 2004

4. Phasen der Umsetzung

Der Ablauf der Vorbereitung sowie der konkreten Umsetzung des Programms KuQ gliederte sich in unterschiedliche Phasen:



4.1 Das Antrags- und Abstimmungsverfahren

4.1.1 Programmvorbereitung

Die Programmbedingungen verlangten von der Regiestelle KuQ einen „fliegenden Start“; d.h., die Vorarbeiten über Inhalt, Umsetzung und fachliche Steuerung sowie der wissenschaftlichen Begleitung mussten bereits im Vorfeld so aufgearbeitet vorliegen, dass nach Freigabe des Programms durch das zuständige Fachreferat des BMFSFJ die Antragsbedingungen eindeutig formuliert vorzuliegen hatten: Darstellung der Wettbewerbsbeiträge der Jugendämter, Erstellung der

© Stiftung SPI 2004

zugehörigen Finanzpläne sowie die Formulierung der Bedingungen der Fördervereinbarungen zwischen Regiestelle KuQ und den Jugendämter.
Dies setzte einen relativ hohen Grad an formalisierten Vorgaben gleich zu Beginn des Programms KuQ voraus und führte dazu, entsprechende „Arbeitshilfen“[14] vorzulegen, die auf das thematische Gesamtspektrum ausgerichtet waren. D.h., diese unterstützenden Dokumente stellten in ihrem Kern eine Verdichtung der fachlichen Auseinandersetzung mit dem Thema „Kompetenz und Qualifizierung von jungen Menschen in sozialen Brennpunkten“ dar und gaben gleichzeitig den Akteuren vor Ort die Möglichkeit, die relevanten Standards der Programmumsetzung zu erkennen und systematisch in ihre lokalen Strategien zu integrieren.

Die einzelnen Arbeitshilfen thematisierten dabei folgende Schwerpunkte:

Die Arbeitshilfe 1 – angelegt als wichtige Strukturhilfe für die Antragsstellung - gibt vor, welche Ansprüche an die Wettbewerbsanträge der Jugendämter gestellt werden, welche Kriterien an die Bewertung dieser Wettbewerbsanträge und welche Vergabebedingungen vorgegeben sind.

Arbeitshilfe 2 greift die europäische Diskussion der Modernisierung öffentlichen Handelns auf und überträgt die 5 Grundsätze: Offenheit, Partizipation, Verantwortlichkeit, Effektivität und Kohärenz in den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe.

Arbeitshilfe 3 orientiert sich an den Konsultationsergebnissen des europäischen Weissbuches Jugend und benennt zentrale Handlungsanforderungen einer neuen kinder- und jugendpolitischen Arbeit.

Arbeitshilfe 4 greift die Erfahrungen von ressortübergreifenden Arbeitsprinzipien, verwaltungsinternen Vereinbarungen zur Kooperation lokaler Ämter und deren Übersetzung auf die lokalen Netzwerke auf, gibt Orientierung und Standards, wie sie aus den Erfahrungen der Integrationsanstrengungen für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger herausgefiltert bzw. verdichtet worden sind.

Arbeitshilfe 5 versucht Gender als Mainstreaming auf 3 Ebenen praxisorientiert darzustellen. Gender-Strategien als Paradigmenwechsel werden von Vorschlägen zur Entwicklung von Gender-Kundigkeit ergänzt und in der Entwicklung eines Gender-Check zusammengefasst.

Arbeitshilfe 6 greift die Bildungsdebatte in der Kinder- und Jugendhilfe auf, entwickelt Definitionsvorschläge und stellt zukünftige Kompetenzanforderungen zur Sicherung der Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen und den daraus abzuleitenden Zukunftskompetenzen personale Fähigkeiten und Fertigkeiten auf der Ebene des Subjekts des professionellen Handelns und der Institutionen sozialer Arbeit gegenüber. In dieser Arbeitshilfe werden darüber hinaus 5 Ebenen der Intervention und Strukturmerkmale der Angebote der Kinder- und Jugendhilfe nach Lebensphasen systematisiert.

Arbeitshilfe 7 operationalisiert den Paradigmenwechsel sozialer Arbeit als Koproduktion, in dem es strategische Ziele aller Kooperationsebenen vorschlägt und Vorschläge auf den Ebenen Administration, Methode und Sozialraum beschreibt und die Aktionsebenen der sozialen Integration im Wohnumfeld und die Ebene der gemeinsamen öffentlichen Sozialraumkampagnen verdichtet.

Arbeitshilfe 8 dient als einheitliches Dokumentations- und Zielwirkungsrasters für die beteiligten Jugendämter, um die Vergleichbarkeit der Arbeitsschritte im Rahmen der angestrebten Konzept-, Prozess- und Ergebnisqualität zu ermöglichen.

Diese Arbeitshilfen sollten in den dargestellten formalen und inhaltlichen Ausrichtungen zum einen den Planungsprozess von Maßnahmen/Projekten unterstützen wie andererseits die „neuen“ Anforderungen an die kommunalen Vertretungen vor dem Hintergrund aktueller Fachdiskussio-

[14] vgl. ANHANG „Arbeitshilfen“

© Stiftung SPI 2004

nen thematisch aufbereiten. Damit war das Ziel einer Etablierung möglichst dauerhaft trägerübergreifender Koordinations- und Kooperationsstrukturen ebenso verbunden wie die Ausrichtung und Einübung einer klassischen Projektarbeit jenseits bisheriger Routinen mit ihren spezifischen bürokratischen Standards. Denn das Programm KuQ orientierte sich an neuen komplexen Problemlagen, für deren Bewältigung auch veränderte Standards notwendig wurden. Die Arbeitshilfen sollten deshalb weniger als Vorgaben im engeren Sinne verstanden werden denn als Leitlinien für eine perspektivisch ausgerichtete Kinder- und Jugendpolitik.

4.1.2 Programminformation

Die Jugendämter wurden im Vorfeld der Ausschreibung (Mitte Februar 2002) bereits von der Regiestelle E & C der Stiftung SPI über das Programm informiert. Gleichlautende Schreiben gingen auch an die Oberbürgermeister, Bürgermeister, Landräte und die jeweiligen Arbeitsamtdirektoren. Dabei konnte auf sehr differenzierte Adressatendateien zurückgegriffen werden: Kommunen, die bereits Kooperationsvereinbarungen mit über 181 Arbeitsämtern haben resp. daran interessiert sind, solche zu realisieren; Jugendämter, in denen die Entwicklung von Raumhaushalten/Sozialraumbudgets in der praktischen Umsetzungsphase ist; ferner Standorte/Jugendämter, die im Rahmen der „Lokalen Aktionspläne für Toleranz und Demokratie“ zum Teil äußerst beeindruckende Beispiele von Partizipation und Koproduktion vorgelegt haben sowie Jugendämter, in deren Amtsbereich Qualifizierungsbüros des Modellprogramms „Freiwilliges Soziales Trainingsjahr“ etabliert wurden mit umfangreichen Kooperationserfahrungen zwischen Jugend-, Sozial- und Arbeitsamt.

Eine weitere wichtige Information mit hohem „Aufforderungscharakter“ war die Programmbedingung der Benennung einer Person aus dem Jugendamt, die es für das Programm KuQ galt freizustellen sowie der Nachweis einer fachlichen Abstimmung mit den Leitern/innen der beteiligten Sozial-, Jugend- und Arbeitsämter. Der Aspekt der Freistellung hat zunächst zahlreiche Anfragen nach sich gezogen: das BMFSFJ erwartete, dass die kommunalen Jugendämter bereits in der Lage seien, eine solch qualifizierte Person für die Dauer des Programms freizustellen und/oder ihre gegenwärtige Personalausstattung dies relativ problemlos ermöglichte, sowie andererseits in den Jugendämtern größtenteils die Befürchtung vorherrschte, es handele sich dabei um eine „BAT-ausgerichtete“ neue Stelle, die natürlich angesichts der begrenzten kommunalen Haushalte nicht zur Verfügung stand. Um nun zu verhindern, dass durch diese Vorgabe von vornherein zahlreiche personell und finanziell knapp ausgestattete Jugendämter ausscheiden, wurde von der Regiestelle KuQ angeregt, dass zum einen die Zuordnung von zusätzlichen Aufgaben im Sinne der Programmziele von KuQ mit der Qualität einer Freistellung vergleichbar sei wie andererseits auch die Möglichkeit bestehen sollte, die Aufgabenbewältigung durch die Teilfreistellungen in den Ämtern Jugend-, Sozial- und Arbeitsamt als gleichwertig anerkennen zu lassen.

Grundsätzlich konnte in allen Jugendämtern eine Lösung im vorgeschlagenen Sinne erreicht und die koordinierende Funktion dieser Stelle für das Programm KuQ umgesetzt werden; d.h. zum einen eine enge inhaltliche und formale Abstimmung mit den beteiligten Akteuren vor Ort, die Unterstützung sowohl bei der fachlichen Begutachtung als auch bei der (Weiter-) Entwicklung von sozialräumlich ausgerichteten Maßnahmen/Projekten und Angeboten im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe sowie zum anderen die kontinuierliche Abstimmung mit der Regiestelle KuQ.

4.1.3 Abstimmungsverfahren

Umgehend nach der Bewilligung des Antrags der Stiftung SPI durch das zuständige Bundesministerium wurden die Jugendämter detailliert über die Programmziele und die Teilnahmevoraussetzungen zu KuQ schriftlich und über das Internet (eigene Homepage www.kundq.de) informiert (April 2002). Vor dem Hintergrund positiver Erfahrungen mit der Nutzung neuer IT-Techniken zur laufenden Bekanntmachung und Dissemination, aber auch als Ort des Dialogs und der Herstellung von Transparenz stand diese Internet-Plattform über die gesamte Laufzeit hinweg zur Verfü-

© Stiftung SPI 2004

gung. Zur Verstärkung dieses IT-gestützten dialogischen Verfahrens wurde ein fachlicher Support und eine FAQ-Liste in den Internetauftritt integriert. Die Plattform diente so zum einen dem Informations- und Erfahrungsaustausch aber auch durch die Identifikation von Institutionen und Personen zur gegenseitigen Kooperation.

Parallel zur ausschließlich medialen Information wurde von der Regiestelle KuQ zu sogenannten „Regionalen Konzeptwerkstätten" eingeladen (13. Mai 2002 in Nürnberg, 15. Mai 2002 in Köln, 16. Mai 2002 in Hamburg und am 17. Mai 2002 in Berlin).

Diese Konzeptwerkstätten hatten sowohl eine programmfördernde als auch eine –steuernde Funktion:

- zentrale, und für die Umsetzung des Programms KuQ entscheidende Zielstellungen konnten von der Regiestelle KuQ direkt vermittelt werden;
- besonders die relevanten „Eckdaten" des Programms KuQ wie „Freistellung", „Fördermöglichkeiten", „Dokumentation" und „Verfahren der Antragsstellung" konnten intensiv diskutiert werden;
- es wurden konkrete Anregungen zur Entwicklung wettbewerbsfähiger Konzepte vermittelt, um sie in den Gebietskörperschaften ämterübergreifend abzustimmen. Bestandteil dieses Verfahrens war die Konzentration auf Förderschwerpunkte, denen ein Finanzierungsplan zugeordnet werden musste;
- für Präzisierungen, Nachfragen und/oder Anmerkungen war ein umfassendes Zeitkontingent vorgesehen;
- die regionale Aufteilung auf 4 Standorte ermöglichte einen konzentrierten Diskussionsverlauf, da die Zahl der Teilnehmenden meistens nicht mehr als 30 Personen überschritt;
- durch die in der Tagesordnung vorgesehene Phase „Arbeit in Konzeptgruppen – Information und gegenseitige Beratung" konnte Raum gegeben werden für Phantasie und Ideenfindung, wie der Transfer der komplexen Programmziele auf die Ebene förderfähiger Projekte, Maßnahmen, Aktionen erfolgen könnte.

Eine besondere Gewichtung im Rahmen der „Regionalen Konzeptwerkstätten" wurde von der Regiestelle KuQ auf die Anleitung zur Gliederung und damit Darlegung der Anträge gelegt. Eine Arbeitshilfe vermittelte hierzu die notwendigen Informationen:

Arbeitshilfe 1
Gliederungsvorgabe für die Wettbewerbsanträge der Jugendämter

I. Bestandsaufnahme

1. Beschreibung des Sozialraums
   - Darstellung der vorherrschenden sozialen Problematik
   - demographische Daten, vermutliche demographische Entwicklung

2. Bestehende soziale Infrastruktur
   - bestehende Angebote der Kinder- und Jugendhilfe, einschließlich Jugendsozialarbeit
   - ggf. bestehende spezifische Modelle (z. B. FSTJ)
   - freie Trägerstruktur

3. Vorortstruktur der „Sozialen Stadt"
   - z. B. Quartiersmanagement, Stadtteilkonferenzen, Zusammenarbeit mit Behörden, Wirtschaft, Beteiligungsverfahren

4. Zusammenarbeit von Ämtern mit Jugendamt
   - formalisierte (z. B. Verwaltungsvereinbarung, Arbeitsgruppen)

© Stiftung SPI 2004

- informelle (z. B. personenbezogene, fallbezogene)

5. Vorhandene und wünschbare Bündnispartner (Akteure) auf lokaler Ebene

II. Erfüllung der Antragsvoraussetzungen

1. Freistellung
   - Koordinationsverpflichtungen

2. Dokumentations-/Berichtspflicht
   - Abstimmungs- und Zustimmungsverfahren zwischen Jugendamt/Sozialamt/ Arbeitsamt

3. Teilnahme an Programmveranstaltungen

III. Projektvorstellung/-vorschläge, die von dem Verfügungsfonds gefördert werden sollen

Projektmaßnahmen
- Koordination zwischen Kindertagesstätten und Grundschulen, Jugendhilfeangeboten und Hauptschulen
- die Sicherung des erfolgreichen Übergangs Jugendliche von Schule in Beruf
- die Verknüpfung von Jugendhilfe mit Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes und sozialer Infrastruktur
- die Unterstützung und Initiierung von Gemeinschaftsprojekten von Jugendhilfeeinrichtungen und Schule, Jugendhilfeeinrichtungen und Arbeitsamt, Jugendhilfeeinrichtungen und soziale Stadterneuerung, Jugendhilfe und lokale Wirtschaft
- die Förderung der aktiven Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an lokalen Planungs- und Umsetzungsvorhaben
- die Kooperation mit Institutionen der öffentlichen und privaten Gesundheitspflege

Veranstaltungen/Qualifizierung
- Zukunftswerkstätten, verwaltungsübergreifenden Vereinbarungen, Entwicklung neuer Steuerungsmodelle
- kommunale Ämterkonferenz zur Feststellung von Kooperationsbedarfen, ressortübergreifenden Anforderungen, Integration von Ämtern in bestehende Verwaltungsvereinbarungen, Entwicklung kommunalpolitischer Leitziele für Gebiete mit besonderem Erneuerungsbedarf/soziale Brennpunkte, Einsetzung von ressortübergreifenden Arbeitsgruppen
- Durchführung von lokalen Zukunfts- und Entwicklungskonferenzen, Kooperationskonferenzen, Operationalisierung der kommunalpolitischen Leitziele, Ermittlung von neuen Bedarfen, Sicherung von Kommunikations- und Kooperationsstrukturen, ergebnisorientierte Berichterstattung, Entwicklung neuer Hilfemodelle (einzelfallbezogene Feldförderung) Entwicklung von Beteiligungsmaßnahmen
- Vergabe von Gutachten zur Bestandsaufnahme und Evaluation
- Durchführung von Stadtteilkonferenzen und Trägerkonferenzen
- Modelle zur Dezentralisierung und Regionalisierung und ressortübergreifenden Fallmanagement

Dokumentationen und Disseminationen
- Öffentlichkeitsarbeit
- Informationssystem auf lokaler Ebene für Jugendliche
- Aufbau eines Informationsnetzwerkes
- Entwicklung von Informationsinstrumenten und Kanälen in Schulen, Freizeiteinrichtungen, Vereine, Clubs etc.
- Verbindung von Information und Beratung

IV. Kostenplan Verfügungsfonds gegliedert nach
- Projektmaßnahmen
- Veranstaltungen/Qualifizierung
- Dokumentationen und Disseminationen

© Stiftung SPI 2004

Bereits Ende Mai 2002 sind die ersten Anträge eingegangen, die von der Regiestelle KuQ nach einem internen Auswertungsraster[15] begutachtet und beurteilt wurden. Symptomatisch für alle antragstellenden Ämter war dabei zum einen die Problematik, die Wirkungen der geplanten Maßnahmen/Projekte mit der zeitlichen Begrenzung in Übereinstimmung zu bringen („... hohe Anspruchshaltung, die oft erst in 1 bis 2 Jahren wirksam werden konnte...“) sowie zum andern ein wenig konsistenter Finanzplan, der den Fokus nicht ausschließlich auf die vorgegebene Differenzierung in Maßnahmen/Projekte, Veranstaltungen und Dokumentation/Dissemination legte.

Generell bestand in dieser Antragsphase die Möglichkeit, die Regiestelle KuQ über eine ganztägig besetzte „24-h-Hotline“ zu erreichen, um dabei konkrete Nachfragen und Präzisierungen zu den Konzeptideen und möglichen Realisierungsschritten umgehend zu beantworten. Es konnten in den ersten beiden Monaten der Beantragung bis zu 20 Anfragen täglich von der Regiestelle KuQ bearbeitet werden.

Die Rückmeldungen an die Ämter bezogen sich vorrangig auf

- die Ausgestaltung (formal) der ämterübergreifenden Koordination und Kooperation (Jugendamt – Sozialamt – Arbeitsamt)
- die Ausgestaltung (formal und inhaltlich) der anzustrebenden Kooperationen mit freien Trägern
- die ausschließliche Orientierung auf den Sozialraum
- die Festelegung relevanter Zielgruppen
- die Themenschwerpunkte für Maßnahmen/Projekte, die den vorgegebenen Vorschlägen zuzuordnen sind
- die Aufstellung eines nachvollziehbaren Finanzplans
- die Klärung der notwendigen Dokumente zur Öffentlichkeitsarbeit
- die verpflichtende Teilnahme an den Arbeitstreffen des Projekts KuQ
- den Nachweis der verausgabten Fördermittel
- das Dokumentationsraster.

Von der Regiestelle KuQ wurden notwendige Nachbesserungen angeregt und von den entsprechenden Jugendämtern relativ zeitnah umgesetzt.

Nach der dann erfolgten formellen Antragstellung wurden die Anträge – versehen mit Erläuterungen und Empfehlungen der Regiestelle KuQ[16] - den Mitgliedern der Steuerungsrunde zur Begutachtung und Entscheidung vorgelegt. Dies konnte im Verfahren eines „kontinuierlichen Begutachtungsprozesses“ erfolgen, so dass immer sehr zeitnah die notwendigen Rückfragen, Veränderungs- und Verbesserungsvorschläge und letztlich die Zusagen und/oder Absagen zur Förderung getroffen worden sind.

Die Steuerungsrunde selbst traf sich dreimal im Berichtszeitraum (18. Juni 2002 in Leipzig, 03. Juli 2002 in Berlin und 09. Dezember 2002 in Nürnberg), wobei jeweils Fragen der Programmumsetzung, der finanziellen Ausstattung, des jeweiligen Fortschritts von Maßnahmen und Projekten sowie die Vorbereitung einer Abschlusskonferenz im Mittelpunkt der Sitzungen standen.

Die Ergebnisse der Begutachtung der Anträge durch die Steuerungsrunde bildete die Grundlage der Förderentscheidung. Danach konnten durch die Regiestelle KuQ - analog dem Verfahren des Modellprogramms „FSTJ“ und „Lokale Aktionspläne für Toleranz und Demokratie“ - Fördervereinbarungen mit den Gebietskörperschaften abgeschlossen werden. Der Antrag sowie ein darauf abgestellter Termin- und Zahlungsplan war Bestandteil dieser Vereinbarung.

Bis Ende August 2002 sind dann von über 90 Jugendämtern insgesamt 124 Förderanträge eingegangen, wobei 3 Anträge angelehnt werden mussten, entsprachen sie doch nicht der Zuordnung zu ei-

[15] vgl. ANHANG „Checkliste Erstbewertung“
[16] vgl. ANHANG „Checkliste Steuerungsrunde“

© Stiftung SPI 2004

nem Gebiet der „Sozialen Stadt“/„E&C“ und 4 Anträge, die erst sehr spät (Ende August/Anfang September 2002) eingegangen waren und für die keine Fördermittel mehr zur Verfügung standen. Damit konnten 117 Anträge von 86 Jugendämtern gefördert werden.

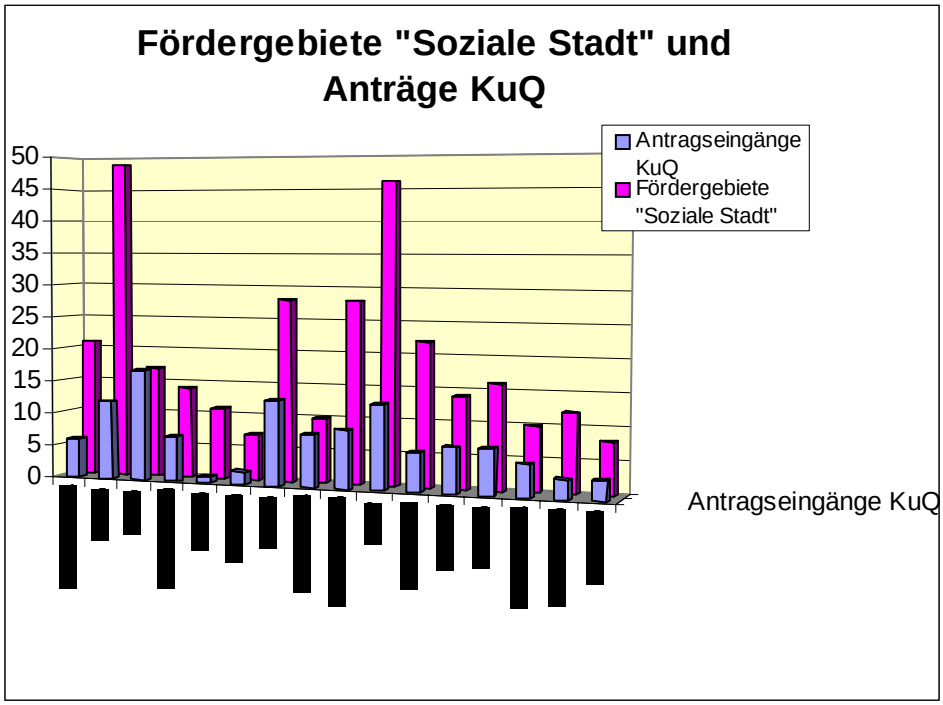
Insgesamt hat die große Resonanz dazu geführt, dass das eingeplante Finanzbudget von 4.960.795 € überschritten wurde und bereits Mitte Juli 2002 eine Warteliste angelegt werden musste. Daraufhin stellte die Regiestelle KuQ einen Antrag auf zusätzliche Mittel über 270.000 € beim BMFSFJ, der auch erfolgreich beschieden wurde. Damit standen in der Förderperiode insgesamt 5.230.795 € zur Verfügung; d.h. pro Antrag ca. 45.000 €. Die Endabrechnung der Fördermittel hatte einen Rückfluss an das Bundesministerium von 37.500 € ergeben, wodurch sich nun ein tatsächlicher Förderbetrag je Antrag von knapp 44.390 € ergab.

Betrachtet man die ursprünglich maximal mögliche Förderhöhe von 50.000 € je Gebiet und – differenziert nach der Anzahl der Gebiete pro Jugendamt – abnehmend über 45.000 € bis auf 40.000 €, so zeigt sich, dass mit den Fördermitteln sehr haushälterisch umgegangen wurde; d.h., sehr ziel- und passgenau konnte der Mitteleinsatz geplant und die Mittelvergabe umgesetzt werden. Dies lag einerseits mit an den relativ eindeutigen inhaltlichen Vorgaben sowie an den umfassenden Möglichkeiten projektbezogener Unterstützungs- und Hilfeleistungen. So heißt es in einem Schreiben eines Magistrats einer beteiligten Kommune an die Regiestelle KuQ u.a. *„... dies hat maßgeblich dazu beigetragen, dass wir in diesem und den folgenden Jahren den Programmzielen des Programms Soziale Stadt in einem nunmehr einheitlichen Programmgebiet ein Stück näher gekommen sind...“*.

In Bezug auf die Relation der eingegangenen Förderanträge zu den festgelegten Gebieten des Programms Soziale Stadt/E&C (Stand: Programmjahr 2002) ist festzuhalten, dass knapp 40 % der Städte/Gemeinden/Landkreise von dem Programm KuQ Gebrauch gemacht haben. Dies ist angesichts der Kürze der Bekanntmachung, der Laufzeit und der geforderten zeitnahen Umsetzungsnotwendigkeit ein mehr als achtbarer Erfolg.

Interessant ist dabei auch die regionale Verteilung der Antragstellung und die Inanspruchnahme: Nur Berlin hat in all seinen Gebieten der „Sozialen Stadt“/„E&C“ die entsprechenden Förderanträge gestellt (Aspekt des "Heimnimbus"), wohingegen Länder wie z.B. Bayern, NRW und Bremen nur sehr punktuell die gebotenen Förderungen ausgeschöpft haben.

Ein Überblick über diese Relation gibt die folgende Aufteilung:



© Stiftung SPI 2004

In den Förderschwerpunkten des Programms KuQ spiegelten sich die generellen Problematiken – und das sind vorrangig die sozialen - von Kindern und Jugendlichen in den benachteiligten städtischen Quartieren und strukturschwachen Regionen – wieder. Die Intention des Programms KuQ zielte dabei auf die Idee der „Gemeinschaftsaufgabe“ aller maßgeblichen Akteure – Jugend-, Arbeits-, Sozial- und andere Ämter, Kitas, Schulen, freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe, Vereine, öffentliche und lokale Gesundheitspflege, lokale und regionale Wirtschaft – um über deren Vernetzung und Kooperation notwendige Maßnahmen und Projekte zu initiieren und zu realisieren.

Die Förderschwerpunkte des Programms KuQ waren prinzipiell gleichberechtigt, d.h. es wurde den Ämtern überlassen, für welche dieser Bereiche sie sich – abhängig von den lokalen Problemen und Handlungsbedarfen – mit den Mitteln aus dem Verfügungsfonds KuQ engagierten. Bereits die Prüfung der Förderanträge ergab jedoch, dass die zur Auswahl stehenden Schwerpunkte keinesfalls gleichmäßig vertreten waren. Die Auswertung aller 432 Einzelmaßnahmen und -projekte ergab, dass sich die Jugendämter vorrangig auf zwei Handlungsfelder konzentrierten:

- Sicherung des erfolgreichen Übergangs Schule – Beruf und
- Verknüpfung von Jugendhilfe mit Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes und der sozialen Infrastruktur.

Drei weitere Förderschwerpunkte des Programms KuQ wurden ebenfalls noch vergleichsweise häufig gewählt:

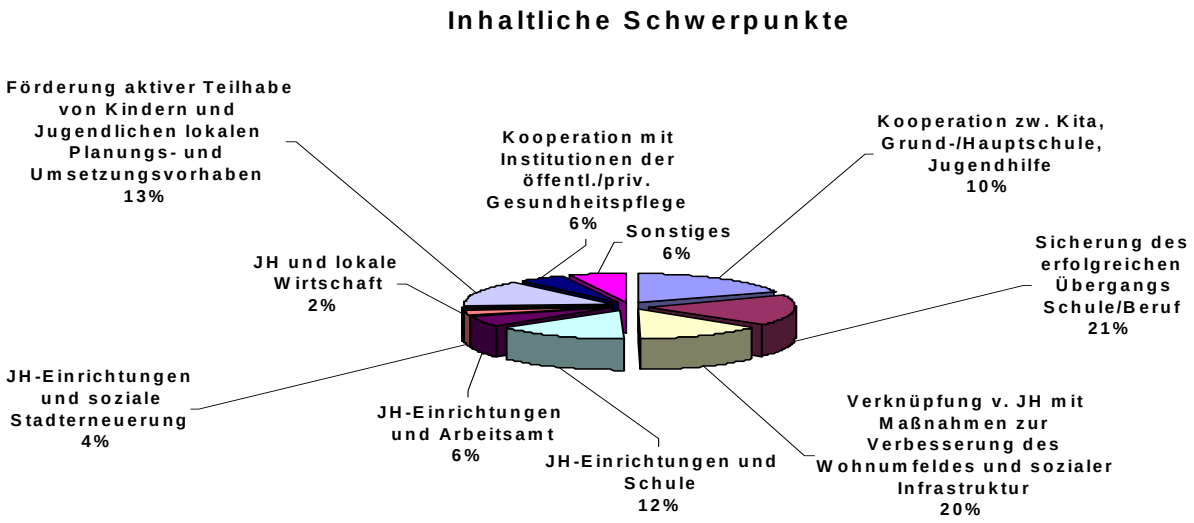
- Förderung der aktiven Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an lokalen Planungs- und Umsetzungsvorhaben
- Unterstützung und Initiierung von Gemeinschaftsprojekten von Jugendhilfeeinrichtungen und Schule
- Kooperation zwischen Kindertagesstätten und Grundschulen, Jugendhilfeangeboten und Hauptschulen.

„Die übrigen vom Programm KuQ vorgeschlagenen und vorgegebenen Handlungsfelder (Unterstützung und Initiierung von Gemeinschaftsprojekten von Jugendhilfeeinrichtungen und Arbeitsamt, Jugendhilfeeinrichtungen und sozialer Stadterneuerung, Kooperation mit Institutionen der öffentlichen und privaten Gesundheitspflege) spielten bei der Umsetzung des Programms eine geringere Rolle. Selbst wenn man in Rechnung stellt, dass die Zuordnung der einzelnen Projekte zu den vorgegebenen Handlungsfeldern des Programms KuQ nicht immer ganz einfach war, weil einerseits die Maßnahmen/Projekte gelegentlich ein breiteres Spektrum abdeckten, andererseits sich die Förderschwerpunkte auch inhaltliche teilweise überschnitten, so ist das Gefälle bei der Wahl der Schwerpunkte doch beachtlich. Dies lässt sich einerseits darauf zurückführen, dass mit den beiden dominierenden Inhaltsbereichen auch die tatsächlich vorherrschenden Problemlagen – und damit Handlungsbedarfe - benannt wurden wie andererseits auch die jeweiligen Kooperationspartner/innen der Jugendämter entsprechende Maßnahmen/Projekte hierfür bereits konzipiert hatten.

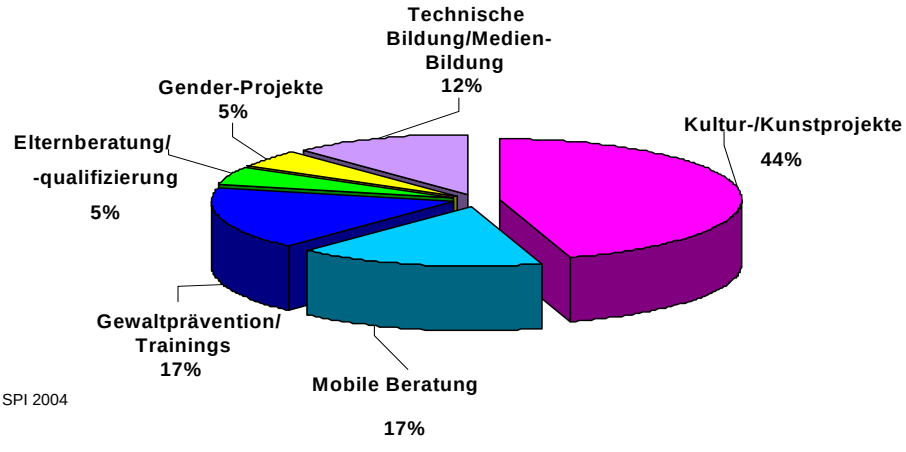
Defizite ergaben sich auf der Ebene der Umsetzung aber in einigen wichtigen Teilbereichen des Programms. So gab es beispielsweise nur relativ wenige Gemeinschaftsprojekte von Jugendhilfeeinrichtungen und Arbeitsämtern, obwohl das Programm solche Kooperationen vor allem im Bereich Übergang Schule – Beruf ausdrücklich vorsah. Und das Handlungsfeld Kooperation zwischen Jugendhilfe und lokaler Wirtschaft zählte zwar im Prinzip ebenfalls zu den zentralen Förderschwerpunkten des Programms KuQ, wurde von den Projektplanern/innen in den Jugendämtern jedoch kaum besetzt, obwohl auch hier – bei Nachfragen - prinzipiell großer Nachholbedarf gesehen wurde“.[17] Lediglich 2 Projekte wurden hier umgesetzt, die beide den Einbezug einer Bildungseinrichtung der IHK dazu nutzten, die Frage der Schlüsselqualifikationen für junge Menschen konkreter zu fassen und mit passgenauen Angeboten dies auch umzusetzen versuchten[18].

[17] Auswertungsbericht DJI; hier: Kap. 6.3.2.1 dieses Berichts
[18] vgl. hierzu auch Kapitel 4 dieses Berichts

© Stiftung SPI 2004



Betrachtet man die Angaben zu "Sonstiges" (immerhin noch 6 %) genauer, so lassen sich hierunter eine große Anzahl an Kunst- und Kulturprojekten subsumieren, die alle – unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen - bestimmte Stadtteilgestaltungen und -feste realisierten und dabei zum einen den angesprochenen Partizipationsgedanken weiter befördern halfen wie andererseits auch auf die Integration unterschiedlicher Ethnien und Kulturen setzten. Logisch erscheint auch, dass - besonders in den geringer besiedelten Landkreisen und im weiteren Umfeld von Städten - die Mobilität ein großes Problem darstellt; d.h. wie kommen bestimmte Angebote an die jeweiligen Adressaten/innen? Hier sind Projektideen im Bereich mobiler Beratung entstanden, die sich durch eine sehr flexible und den regionalen Erfordernissen angepasste Struktur auszeichneten. Angesichts aktueller Diskussionen sind auch Gender-Projekte entstanden, die bewusst die gleiche Teilhabe von Mädchen und Jungen an den verschiedenen Projektaktivitäten förderten - nicht nur im quantitativen Sinne, sondern durchaus bezogen auf die Aufhebung geschlechtstypischer Zuschreibungen. Sie erheben damit – noch - nicht den Anspruch einer ausschließlich originären Umsetzung von gender mainstreaming, orientieren sich aber in diese Richtung. Ein weiteres Thema bildete die Elternberatung und -qualifizierung, dies möglichst unter Einbezug der betroffenen Kinder und Jugendlichen, um so gegenseitige Akzeptanz und ein größeres Verstehen zu fördern und zum Abbau von „Stressfaktoren“ beizutragen. Dies konnte z.B. im Rahmen eines Nachbarschaftsheimes organisiert werden, wobei in- und ausländische Eltern angesprochen und auch zu gemeinsamen Aktivitäten ermuntert wurden. Hierbei zeigte sich die Idee der Kooperation im Stadtteil als durchaus gelungen, konnten doch konkret die Träger Sozialer Arbeit im Stadtteil, die Wohnungsbaugenossenschaften sowie die Schule in das entwickelte Hilfesystem eingebunden werden (schulische Hilfen im Jugendzentrum, Elternberatung im Nachbarschaftsheim, Gespräche mit Behörden und Einrichtungen über den Stadtteilladen).



© Stiftung SPI 2004

Generell sahen die Jugendämter in allen Förderschwerpunkten einen erheblichen Handlungs- und damit Umsetzungsbedarf. Vorrangig in den Bereichen der Ausbildungs- und der stetig steigenden Sozialhilfeproblematik sowie – bedingt durch den hohen Anteil an ausländischen Bewohnern/innen in den Gebieten der Sozialen Stadt/E& C – in den Bemühungen um eine sinnvolle Integrationspolitik. Zu Recht wird darauf hingewiesen, dass hierbei aus Quartieren mit Benachteiligung schnell benachteiligte Quartiere werden können[19].

Um diese scheinbare Zwangsläufigkeit zumindest partiell aufzubrechen, wurde der dringendste Handlungsbedarf von den Jugendämtern in den Bereichen der beruflichen Integration und der Kooperation mit den maßgeblichen Akteuren in diesem Sektor identifiziert. Hier konnte das Programm KuQ erfolgreich ansetzen und den Jugendämtern die Möglichkeit geben, zahlreiche Maßnahmen/Projekte ausgesprochen problem- und nachfrageorientiert zu planen und auch umzusetzen. Dieser Fokus auf die ökonomisch/soziale Verbesserung der Situation von Kindern und Jugendlichen hat in der kurzen Zeit des Programms KuQ durchaus Übergänge von der Schule in den Beruf geschaffen (z.B. durch die Entwicklung und Durchführung von Assessments, die in Schulen vor Ort durchgeführt wurden und – dies als entscheidender „Zusatzimpuls“ verstanden - mit anschließender Betreuung durch eine mobile Arbeitsberatung „Job-Club-Mobil“) wie auch in der Integration von Schule und Jugendhilfeeinrichtungen (z.B. im Rahmen eines Schülercafés „Schlürfen erlaubt“, das in einer Hauptschule die Möglichkeit bot, in der unterrichtsfreien Zeit - durch einen freien Träger organisiert – Angebote zur vorberuflichen Bildung und Qualifizierung, zur Freizeitgestaltung und zur allgemeinen Information wahrzunehmen. Hier konnte in einer anderen Atmosphäre kommuniziert und Kompetenzen erlernt werden – vorrangig im sozialen Gefüge).

4.1.4 Koordinationstreffen

Neben der kontinuierlichen und gezielten Beratung durch die Regiestelle KuQ bei der Entwicklung und Umsetzung der Maßnahmen/Projekte war auch vorgesehen, im Anschluss an die Konzeptwerkstätten einen ersten Erfahrungsaustausch zu organisieren, der als 1. Koordinationstreffen in Berlin (28./29. August 2002) mit über 80 Personen stattfand. Ziel dieser Veranstaltung war zum einen, den bisher erreichten Programmstand zu thematisieren, weiterführende Fragen zu diskutieren und mögliche Weiterentwicklungen zu besprechen sowie zum andern untereinander eventuelle Kooperationen und gemeinsame Aktionen abzustimmen. Neben dem Austausch über aktuelle Programminformationen wurden in Arbeitsgruppen projektbezogene Themen erörtert. In einer Arbeitsgruppe wurden zahlreiche Projektideen vorgestellt und auf ihre Realisierung hin überprüft. So etwa

- Beteiligungsprojekte im Stadtteil/Sozialraum, z.B. Kinderbüros. Beteiligungsmobile als Mittel, besonders Jugendliche anzusprechen/zu erreichen. Beteiligung der Kinder und Jugendlichen an Maßnahmen der Jugendhilfeplanung, der Öffentlichkeitsarbeit bei bestimmten Projekten, der Hinführung zu wissenschaftlichem Forschen;

- Kompetenztraining, z.B. im Übergang Schule/Beruf, Berufsfindungsworkshops, Berufspfadfinder. Aber auch Training für Eltern, z.B. zur Sozialisation männlicher Jugendlicher. Ferner spezielle Lernangebote, etwa Berufsorientierung für ausländische Mädchen, PC-Einsatz, Medienwerkstatt;

- Sportprojekte, Ausbau der Infrastruktur und Erweiterung der Angebote im Sport-/ Freizeitbereich sowie Möglichkeiten der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Planung und Umsetzung von solchen Ideen. Dies auch unter genderspezifischen Fragestellungen;

- Weiterbildung von Multiplikatoren, besonders unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit. So z.B. Schulungen für Vertreter/innen freier Träger in alternativen Finanzierungsformen, Sponsoring, Fundraising; Kommunikation, Projektmanagement, Zielfindungsprozessen ...

[19] vgl. hierzu: H.Häußermann, A.Kapphan, Von der geteilten Stadt zur gespaltenen Stadt? Sozialräumlicher Wandel seit 1990; zit. in: Kap. 6.2.1 dieses Berichts (DJI-Abschlussbericht)

© Stiftung SPI 2004

Die vorgestellten Projekte in den Arbeitsgruppen spiegelten dabei den kreativen Umgang mit der Kurzfristigkeit des Programms KuQ wider, auch den professionellen Umgang mit der sogenannten „Ideenschublade“: „...Etwas machen/neu entwickeln/fortführen, für das bisher kein Geld da war, das aber für notwendig und dringend erachtet wurde...“.

In einer weiteren Arbeitsgruppe ging es um Strategien zur Zusammenführung der Kooperationspartner/innen. Dabei sollte – so die allgemeinen Erfahrungen - an bestehende Strukturen und einem integrierten Handlungskonzept angeknüpft werden, wie z.B. Runde Tische, Arbeitsgruppen und -gemeinschaften der Gemeinwesenarbeit, Kiez-Arbeitsgruppen, Quartiersmanagementkonferenzen und Stadtteilbüros, Gebietsmanager/innen, Trägerkonferenzen im Rahmen der „Sozialen Stadt“, Lenkungsrunden in den Stadtverwaltungen. Neue Partner werden über fachliche Ziele und – sofern vorhanden – finanzielle Anreize mit „ins Boot“ geholt. Dabei ist die Kenntnis der jeweiligen kommunalen Diskurs-, Kommunikations- und Absprachekultur unabdingbar.

Eine dritte Arbeitsgruppe setzte sich mit der Frage der Nachhaltigkeit auseinander und thematisierte die Wirkungsdauer bei Multiplikatoren/innen und bei den jeweiligen Zielgruppen. Fragte nach der weiterführenden Sicherung von Geldquellen/Finanzierungsmöglichkeiten und regte die Schaffung von längerfristigen Strukturen, Ausstattungen (investive Maßnahmen) sowie die Einbindung der neuen Maßnahmen und Projekte in bestehende Prozesse und Strukturen der Kooperation und Vernetzung an.

Als ein durchgängiges Problem wurde generell der hohe Zeitdruck bei der Umsetzung des Programms wahrgenommen. Dies führte einerseits zwangsläufig zu der Frage nach der Effektivität von Modellprogrammen mit solch kurzer Laufzeit, andererseits aber auch zu der Überzeugung, dass in dieser zeitlichen wie inhaltlichen Komprimierung „auf das Wesentliche“ durchaus auch Chancen der Stärkung von Maßnahmen und Projekten der Jugendarbeit durch gezielte finanzielle Zuweisung, fachliche Impulswirkung und hohe Motivation und Erfolgsorientierung liegen.

Noch zwei weitere – nun regional durchgeführte Koordinationstreffen – fanden im September und November 2002 jeweils in Köln, Hamburg, Nürnberg und Berlin mit durchschnittlich 20 bis 25 Teilnehmenden statt und ermöglichten die kontinuierliche Fortsetzung des Programmdialogs und den Austausch über den konkreten Stand der Maßnahmen und Projekte in den einzelnen Gebieten. Diese Kommunikationsform ergänzte nach einheitlicher Auffassung aller Beteiligter die jeweils nur punktuell möglichen Nachfragen bei der Regiestelle KuQ und förderte so eine sehr ergebnisorientierte Kooperation. Gleichzeitig diente dieses dialogische Verfahren im Zusammenwirken von konkreten Arbeitshilfen, IT-unterstützten Präsenzphasen und regelmäßigen Arbeitstreffen – zumindest indirekt - auch als Modell der Zusammenarbeit, wie sie die Jugendämter in koordinierender Funktion mit ihren jeweiligen Trägern vor Ort zukünftig praktizieren können.

Neben diesen Koordinationstreffen, die für den fachlichen und organisatorisch/ finanztechnischen Austausch zwischen den beteiligten Jugendämtern und der Regiestelle KuQ eine wichtige Plattform darstellten, gab es für Einrichtungen, die sich programmspezifisch mit Fragen der Aktivierung sozialräumlich ausgerichteter Maßnahmen und der Entwicklung und Erprobung neuer Förderungen zur sozialen, beruflichen und gesellschaftlichen Integration junger Menschen ein Partnerforum. Dieses fand am 03. September 2002 statt und es beteiligten sich das Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt und Sozialpolitik (INBAS) aus Offenbach, das mit der Koordination der Kompetenzzentren einen wichtigen Beitrag zur Jugendpolitik im Rahmen regionaler Unterstützungsstrukturen leistet, das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu), dem die Steuerung des Programms „Die Soziale Stadt“ obliegt sowie die Regiestelle E&C und das Servicebüro FSTJ der Stiftung SPI, die vorrangig Ressourcen und Maßnahmen für die identifizierten Sozialräume mobilisieren. Das Ziel des Partnerforums lag neben einem aktuellen Erkenntnisaustausch und -transfer besonders auf der Abstimmung der jeweiligen Programmaktivitäten. Besonderen Wert legten die Teilnehmenden des Forums auf Fragen der Qualitätskontrolle, des Ausbaus kontinuierlicher Informationsprozesse zwischen den Akteuren in den unterschiedlich ausgewiesenen Sozialräumen und den Programmverantwortlichen, auf der Erfassung und Festlegung von Qualifikationsbedarfen für alle Beteiligten sowie auf die ver-

© Stiftung SPI 2004

stärkte öffentliche Dokumentation der Probleme und Schwierigkeiten junger Menschen in den Sozialräumen.

4.1.5 Wissenschaftliche Begleitung

Die wissenschaftliche Begleitung – durchgeführt während der Laufzeit des Programms KuQ vom Deutschen Jugendinstitut, München (DJI) – gliederte sich in 2 Schwerpunkte:

- Informationen gewinnen über Formen der Kooperation lokaler Akteure bei der Entwicklung von Zielen, Prozessen und Strukturen, die zu einer verbesserten sozialen und beruflichen Integration von benachteiligten Jugendlichen beitragen sollen. Ferner die Identifizierung und Beschreibung von erfolgreichen Kooperationskonstellationen und Kooperationsstrategien, die diese Ziele und Prozesse unterstützen;

- Analyse der Voraussetzungen für gelungene Kooperationsbeziehungen zwischen den lokalen Akteuren sowie die Identifizierung, Beschreibung und Dokumentation von innovativen und vorbildlichen Projektideen und Projektumsetzungen im Sinne von „Good Practice"-Beispielen.

Methodisch wurden sowohl qualitative Methoden (Lokale Fallstudien in ausgewählten Jugendämtern, Einzelexplorationen, Inhaltsanalysen) wie auch quantitative Methoden (schriftliche Befragung über standardisierte Fragebogen mit Antwortvorgaben) angewendet.

- Die schriftliche Befragung basierte auf 2 Fragebogen: Fragebogen 1 (Jugendämter) enthielt allgemeine Fragen zum Jugendamt: Merkmale des Sozialraums, allgemeine Kooperationsbeziehungen, Angebote im Bereich der kinder- und Jugendhilfe, Statistik (Größe und Struktur der Ämter); Fragebogen 2 (Projekte/Maßnahmen) enthielt Fragen, die sich unmittelbar auf die KuQ-Projekte bezogen: Finanzierung, Zielgruppen, Ziele und Grad der Zielerreichung, Maßnahmetypus, Arbeitsansätze und Methoden, Bedeutung und Bewertung der wichtigsten Kooperationspartner.

  Pro Projekt/Maßnahme sollte ein Fragebogen ausgefüllt werden;

- Die qualitativen Fallstudien wurden in acht ausgewählten Jugendämtern der Städte/Landkreise Dresden, Kassel, Fürth, Trier, Köln, Neubrandenburg, Nienburg und dem Kyffhäuserkreis durchgeführt und im Abschlussbericht nach einem einheitlichen Schema dokumentiert[20].

Im Rahmen der Fallstudien und der Fragebogenaktion bei den beteiligten Jugendämtern standen Fragen der formellen und informellen Kooperationen, der Bewertung dieser Zusammenarbeit (z.B. Funktionalität und/oder Ergiebigkeit), der Dokumentations- und Öffentlichkeitsarbeit sowie der möglichen Perspektive(n) der einzelnen Maßnahmen/Projekte im Mittelpunkt der Erhebung.

Auf die einzelnen Projekte/Maßnahmen bezogen waren von besonderem Interesse die konkreten Projektinhalte und deren Umsetzung, die Orientierung auf die Zielgruppe(n), die Leistungen, die das jeweilige Jugendamt, der Maßnahmeträger und die weiteren Kooperationspartner zu erbringen haben sowie die bisherigen Erfahrungen und die Ausrichtung auf erwartete/erhoffte Folgewirkungen.

Insgesamt konnte sich die Auswertung auf 82 Jugendämter mit über 412 Maßnahmen/Projekte stützen, was einer Quote von ca. 95 % entspricht, wovon 258 Maßnahmen/Projekte aus 51 Jugendämtern aus den alten Bundesländern und 154 aus 31 Jugendämter der neuen Bundesländer einschließlich Berlin stammten. Der hohe Durchschnittswert von fünf Maßnahmen/Projekte je Amt wurde dabei von einigen wenigen Ämtern beeinflusst, die 20 und mehr Maßnahmen/Projekte gefördert

[20] Vgl. hierzu Kapitel 6 dieses Berichts

© Stiftung SPI 2004

haben. Ohne diese Extremwerte pendelt sich der Durchschnitt auf 4 Maßnahmen/Projekte je Amt ein.

Die Ergebnisse dieser wissenschaftlichen Begleitung können angesichts der Rücklaufwerte durchaus als repräsentativ für das Programm KuQ zu werten. Diese hohe Beteiligung kann wiederum als ein weiteres Indiz dafür gewertet werden, dass mit dieser Programmform und –logik, wie sie bei KuQ Anwendung fand, ein hohes Maß an Engagement bei den Akteuren in den Jugendämtern und ihren jeweiligen Kooperationspartnern in dieser kurzen Umsetzungsphase freigesetzt wurde, trotz der allseits beklagten personellen Überlastung, der schwierigen finanziellen Situation und der geringen verwaltungsinternen Akzeptanz. Ohne diese programmintendierte enge Kopplung aus „Konzipieren - Umsetzen – Öffentlichmachen“ wäre eine solche effektive Beteiligungsdichte eventuell nicht zustande gekommen.

4.2 Das Dokumentationsraster

Angesichts der kurzen Laufzeit für die Projektrealisierung war es notwendig, ein Dokumentationssystem zu entwickeln, das mehreren Ansprüchen gerecht werden musste:

- es hat für die Antragsteller einen logischen Aufbau zu vermitteln, der sich möglichst passgenau an die Vorgaben der Projektintentionen – auch abgestimmt auf die Arbeitshilfen - und der daraus abgeleiteten Projektbeantragung und -umsetzung hält, um zusätzliche Rechercheарbeiten und aufwendige Beschreibungen zu vermeiden;

- es muss ein transparenter und nachvollziehbarer Aufbau der Dokumentation sichtbar werden;

- es müssen die einzelnen Arbeitsschritte in sogenannte Arbeitspakete (in inhaltlicher und zeitlicher Abfolge) gegliedert werden, um daraus den möglichen Gesamtumfang der geplanten Maßnahme/des Projekts als strukturierendes Element ableiten zu können;

- es soll durch die Wahl der Begrifflichkeit – Konzept-, Prozess- und Ergebnisqualität – bewußt auf den Zusammenhang mit der Qualitätsdiskussion verwiesen werden, denn viele kommunale Einrichtungen sind bereits mit diesen Anforderungen konfrontiert, und das Programm KuQ soll sich in diese Logik einfügen. Für die Kommunen, die noch nicht im Rahmen unterschiedlicher Qualitätsmodelle ein eigenes Verfahren umsetzen, kann mit dem Dokumentationsraster ein erstes Heranführen an die Voraussetzungen der Qualitätsentwicklung erfolgen;

- durch die Notwendigkeit, jede einzelne Maßnahme/jedes einzelne Projekt zu dokumentieren, wird für die Antragsteller wie auch für die Regiestelle KuQ deutlich, wie und in welchen fachlichen Zusammenhängen ein integriertes Handlungskonzept vorliegt: so können die Kommunen in enger Rücksprache mit den Maßnahmeträgern die lokale Beteiligung und Einbindung festlegen und erfassen wie auch die darauf bezogenen Handlungsfelder und den darauf abgestimmten und gebietsbezogenen Mitteleinsatz;

- es soll für die Antragsteller wie auch für die Regiestelle KuQ als Steuerungs- und Koordinierungsinstrument dienen: hierfür wurde zum einen eine „Checkliste Dokumentation“[21] erarbeitet, die wichtige Hinweise für die Bearbeitung der Konzept- und Prozessqualität gab („... was versteht man unter einem Projekt“, „...was ist eine Maßnahme“, „...wie genau muss der Kooperationspartner beschrieben werden“, „...was sind die Schwerpunkte aus den KuQ-Förderfeldern“, „...was sind sogenannte Besonderheiten“). Zum andern wurden Argumentations- und Erklärungshilfen gegeben, was die Definition von Zielen beinhaltet und was die vorgegebene Unterscheidung in Grob- und Feinziele ausmacht;

[21] vgl. ANHANG „Checkliste Dokumentation“

© Stiftung SPI 2004

- es soll die Ergebnisqualität – also das eigentliche „Produkt“ der Maßnahmen /der Projekte – in einer besonderen Dokumentation festgehalten werden, die wiederum bestimmten Anforderungen zu genügen hat: die erzielten Ergebnisse sind von ihren Ausgangsbedingungen, ihren formalen Zusammenhängen, ihren Kooperationsbeziehungen und von ihrer konkreten Zielerreichung her zu beschreiben. Dabei war es für die Regiestelle KuQ von besonderer Bedeutung, die erzielten Wirkungen der einzelnen Maßnahmen/Projekte vor dem Hintergrund der Nachhaltigkeit zu erfahren: z.B. im Rahmen der sozialen Dimension („...sind neue Handlungsspielräume eröffnet worden, wurde die Selbstorganisation gefördert, gab es ein zivilgesellschaftliches Engagement...“), der institutionellen Dimension („...welche Partizipations- und Vernetzungsmöglichkeiten sind erreicht worden, konnten soziale Innovationen gefördert werden, wurde der Anspruch von gender mainstreaming realisiert...“), der ökonomischen Dimension („...wurden Möglichkeiten des Einstiegs resp. der Förderung von Ausbildungs- und Erwerbstätigkeit eröffnet, gab es Förderung schulische Abschlüsse...“) und der ökologischen Dimension („...erfolgten bestimmte Umweltinnovationen, wurde die Gestaltung umweltfreundlicher Strukturen gefördert...“);

- es soll in der Ergebnisdarstellung der Berichtsfocus nicht nur auf die Zielgruppe(n) im allgemeinen ausgerichtet werden, sondern wichtig für die Akzeptanz des KuQ-Programms ist auch, welche Resonanz(en) es ausgelöst hat: wurden die Maßnahmen/die Projekte allgemein anerkannt, gab es Initiativen zur Fortführung über das Programmende hinaus, konnte der Forderung nach gleicher Teilhabe von Jungen und Mädchen, Männer und Frauen nachgekommen werden, ergaben sich bereits im Verlauf der Maßnahme/des Projektes veränderte Sichtweisen, Einstellungen, Haltungen?

- die im Programm KuQ aufgeführte Möglichkeit der besonderen Dokumentation und Darstellung der Maßnahmen/Projekte für unterschiedliche Adressaten im Sozialraum, in der Kommune, in der Region ist hier zu nennen. Relevanz erhält dieser Aspekt vor dem Hintergrund, dass zum einen erfolgversprechende Beispiele veröffentlicht und zur Nachahmung empfohlen werden, zum andern aber auch die Methoden sozialräumlicher Entwicklung und Umsetzung von Handlungskonzepten weiter verbreitet werden müssen. Denn „best-practice-Beispiele“ verweisen auf ein gelungenes Umsetzungsmanagement, auf geklärte Verfahren der Abstimmung und auf differenzierte Formen von Entscheidungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten;

- abschließend kann auf Besonderheiten im Maßnahme-/Projektverlauf abgestellt werden, wenn dies von genereller Bedeutung ist und nicht bereits in den anderen Darstellungen erwähnt wurde.

4.3 Exemplarische Projektdokumentation

Zum besseren Verständnis dessen, was das Programm KuQ unter einer Projektdokumentation erwartete resp. verstand, soll im folgenden eine „Musterdokumentation“ vorgestellt werden, die sich auf ein Gebiet der Sozialen Stadt (hier: Hauptstrasse der Stadt Musterstadt) bezieht und dabei ein Projekt (hier: Planung der Gestaltung einer Außenanlage im Kitabereich) dokumentiert – sowohl in seiner Antragsformulierung als auch in der Beschreibung der einzelnen Phasen der Konzept-, Prozess- und Ergebnisqualität.

Für die einzelnen Anträge war dabei kennzeichnend, dass in der Phase der Antragsstellung einzelne Aspekte sehr dezidiert formuliert wurden – im vorliegenden Fall z.B. eine sehr aufwendige Form der medialen Präsentation – die aber im konkreten Ablauf entweder so nicht stattfinden konnten, oder durch andere – sich während der Umsetzung der Projektarbeit ergebende sinnvollere Prioritäten ersetzt wurden. Im vorliegenden – fiktiven Beispiel – konnten Exkursionen zu gelungenen Gartengestaltungen – nach Rücksprache mit der Regiestelle KuQ und der Zustimmung zu kostenneutraler Umsetzung - realisiert werden.

© Stiftung SPI 2004

Antrag zum Modellprogramm "Kompetenzen und Qualifikation KuQ" bezieht sich auf das ausgewiesene Gebiet "Hauptstrasse" der Stadt Musterdorf

I. Bestandsaufnahme

1. Beschreibung des Sozialraums „Hauptstrasse“

Das Wohngebiet Hauptstraße besteht aus acht 3-geschossigen und sechs 4-geschossigen Blocks, erbaut im Jahre 1952 sowie neun 4- bzw. 5-geschossigen Bauten, die in den Jahren 1952-1955 zwischen Quer- und Werkstraße errichtet wurden. Im Jahre 1991 wurde das Gebiet durch Erstellung von fünf Neubauten nachverdichtet.

Insgesamt handelt es sich um 23 Wohnbauten mit 455 Wohneinheiten und 20.228 m² Wohnfläche (ohne Neubauten). Das Wohngemenge setzt sich aus 174 1-Zimmer-, 239 2-Zimmer-, 36 3-Zimmer- und 6 4-Zimmerwohnungen zusammen.

Das gesamte Wohngebiet, eingebettet in eine durchaus ansprechende Grünanlage mit z. T. altem Baumbestand, vermittelt allein schon durch den tristen Zustand der Fassadenflächen einen negativen Gesamteindruck. Im Innenbereich der Häuser wurden keine größeren zusammenhängenden Instandsetzungsarbeiten zur Werterhaltung bzw. Verbesserung durchgeführt. Die Wohnungen werden mit Einzelöfen beheizt.

Durch ein ungünstiges Wohngemenge – vielen 1- und 2- Zimmerwohnungen stehen nur wenigen größeren Wohnungen gegenüber – erscheinen einige Häuser atmosphärisch "tot", ein Eindruck, der durch die dunklen Treppenhäuser noch verstärkt wird.

Wie im gesamten Stadtteil zu beobachten ist, haben in den letzten Jahren viele ökonomisch aufstrebende, vor allem jüngere Familien mit Kindern wegen mangelnder Attraktivität und ausbleibenden Entwicklungsimpulsen das Quartier nach und nach verlassen. Haushalte mit sehr begrenzter ökonomischer Leistungsfähigkeit sowie geringem Integrationsvermögen sind nachgerückt (türkische Familien, alleinerziehende Mütter, überdurchschnittlich viele Alkohol- und Drogenabhängige, meist alleinstehende Personen sowie psychisch kranke Menschen).

Sozialdaten in der Übersicht/Zusammenfassung

Einwohnerzahlen in Bezug auf das ausgewiesene Gebiet

	"Hauptstraße"	Ortsteil Oststadt
Wohnberechtigte gesamt	908	20.428
Deutsche	526	11.025
Ausländer	382	9.403
Männlich	513	10.782
Weiblich	395	9.646

Kleinräumige Zahlen zum ausgewiesenen Gebiet

Altersbereich	0 bis u. 6	6 bis u. 15	15 bis u. 26	26 bis u. 55	55 bis u. 66	66 und älter
Anzahl	51	78	105	428	120	126

Ausgewählte Sozialhilfedaten für das Programmgebiet

Sozialhilfeempfänger/innen nach Nationalität und Geschlecht									
gesamt		männlich		weiblich		Deutsche		Ausländer	
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
380	100	191	50,3	189	49,7	259	68,2	121	31,9

© Stiftung SPI 2004

Sozialhilfeempfänger/innen nach Altersklassen											
gesamt		0 bis u. 15		15 bis u. 25		25 bis u. 35		35 bis u. 55		55 und älter	
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
380	100	64	16,9	59	15,6	67	17,6	103	27,1	87	22,9

Sozialhilfeempfänger/innen nach Bedarfsgemeinschaften											
gesamt		Alleiner-ziehende		Ehepaare mit Kinder		Allein-stehende		Ehepaare ohne Kinder		Sonstige mit und ohne Kinder	
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
270	100	30	11,1	12	4,4	192	71,1	27	10,0	9	3,3

- In den zwei relevanten Statistikbezirken befinden sich insgesamt 20.428 Bewohner /innen.
- In der ausgewiesenen "Hauptstrasse" gibt es 908 Wohnungsberechtigte.
- Annähernd die Hälfte der wohnungsberechtigten Personen (382 oder 42,0 %) in der "Hauptstrasse" sind Ausländer.
- Rund ein Viertel der Bewohner (234 oder 25,8 %) in der "Hauptstrasse" sind Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bis 26 Jahre.
- Deutlich mehr als ein Drittel der Personen (380 oder 41,9 %) in der "Hauptstraße" befinden sich im Sozialhilfebezug.
- Die 380 Personen im Sozialhilfebezug leben in 270 Haushalten.
- Knapp ein Drittel der Personen (123 oder 32,4 %) im Alter von 0 bis unter 25 Jahren leben im Sozialhilfebezug.
- Mehr als zwei Drittel der Sozialhilfeempfänger/innen in der "Hauptstrasse" (192 oder 71,1 %) ist alleinstehend.
- Weiterhin gibt es einen sehr hohen Anteil von Jugendlichen, die keinen Schulabschluss besitzen.

Arbeitslose in Bezug auf den Stadtbezirk Oststadt

Einwohner	Gesamt	Deutsche	Ausländer	männlich	weiblich
Stadtbezirk Oststadt	1.600	816	784	1.051	549

Der hohe Ausländeranteil und die Tatsache, dass hier auf einem eng begrenzten Raum 17 verschiedene Nationalitäten zusammenleben, birgt ein weiteres soziales Konfliktpotential. Sprachliche Barrieren und kulturelle Unterschiede erschweren oder verhindern soziale Kontakte.

Das ausgewiesene Gebiet „Hauptstrasse“ ist gekennzeichnet durch unterschiedlichste soziale Problemlagen:

- Probleme der Bewohner/innen im Mit- bzw. Untereinander sind auffällig und zeigen sich in einer allgemeinen Sprachlosigkeit, Ängstlichkeit und Zurückgezogenheit
- Das soziale Zusammenleben im Wohngebiet ist aus unterschiedlichsten Gründen gestört
- Häufig anzutreffen ist aggressives Verhalten bis hin zu gewalttätigen Auseinandersetzungen; insbesondere ist dies bei Jugendlichen zu beobachten
- Familien in einkommensschwachen Verhältnissen
- Recherchen bei den Bewohnern und in den Schulen haben ergeben, dass viele Kinder nicht in bestehende örtliche Gruppen, Vereine und pädagogische Angebote innerhalb des Stadtteils eingebunden sind
- Teilweise leben die Kinder tagsüber sich selbst überlassen auf der Straße, als Spielplatz dient z. B. ein vermülltes Grundstück in der unmittelbaren Umgebung
- hohe Arbeitslosigkeit und hohe Jugendarbeitslosigkeit
- Schüler mit schlechten Schulleistungen
- zunehmende Perspektivlosigkeit bei den Jugendlichen
- überdurchschnittliche Anzahl von Familien und Einzelpersonen, die im Sozialhilfebezug leben (oft schon in der 2. und 3. Generation)
- steigende Kriminalität junger Menschen; Vandalismus
- hohe Ausländerquote
- 17 unterschiedliche Nationalitäten

© Stiftung SPI 2004

2. Bestehende soziale Infrastruktur

Im näheren Umfeld des beschriebenen Wohngebietes gibt es folgende Einrichtungen und Institutionen:
Jugendhaus „Perspektive“
Die AWO hat zum 01.08.2001 für die Dauer von zunächst 5 Jahren die soziale Betreuung der Bewohner der Wohnanlage "Hauptstraße" übernommen. Seit 01.01.2002 werden die Angebote der pädagogischen Arbeit von zwei Halbtagskräften angeboten.

3. Vorortsstruktur der "Sozialen Stadt"

In der Hauptstraße besteht seit einem Jahr ein Gemeinwesenprojekt mit dem Ziel, das Wohnumfeld, die Wohnsituation und die Lebensqualität in der Wohnanlage zu verbessern. Hierzu gehören pädagogische Maßnahmen und eine intensive Bewohnerarbeit.

Die Bewohner/innen werden vor allem in Bezug auf die anstehende Modernisierung der Wohnanlage intensiv am Verfahren beteiligt. Regelmäßige Bewohnerversammlungen und -befragungen begleiten die Modernisierung.

Ein zentrales Quartiersmanagement gibt es noch nicht. Speziell für das Quartier "Hauptstraße" wird diese Aufgabe durch die Diakonie wahrgenommen. Die Diakonie arbeitet eng mit dem Sozial- und Jugendamt aber auch mit dem Amt für Wohnungswesen und Stadterneuerung und der GBG (Musterstädter Wohnungsbaugesellschaft mbH) als Eigentümer der Wohnanlage zusammen.

4. Zusammenarbeit von Ämtern mit Jugendamt

Projektsteuerungsgruppe aus mehreren Fachbereichen der Stadt Musterstadt und der GBG (Musterstädter Wohnungsbaugesellschaft mbH)

Federführende Stelle:	Amt für Wohnungswesen und Stadterneuerung
Teilnehmer/innen:	Amt für Wohnungswesen und Stadterneuerung (Koordinierung) Fachbereich Kinder, Jugend und Familie -Jugendamt- Fachbereich Soziale Sicherung, Arbeitshilfen und Senioren GBG (beauftragt mit der Durchführung der Modernisierung) bei Bedarf weitere Ämter bzw. Fachbereiche der Stadt AWO

Lenkungsgruppe „Soziale Stadt“
Um den Organisationsgrad der Umsetzung weiter zu optimieren, ist ein der oben genannten Projektsteuerungsgruppe übergeordnetes Gremium auf höchster Ebene – eine personenbezogene Lenkungsgruppe – für das Programm "Soziale Stadt“ in Musterstadt installiert worden.

Leitung:	Erster Bürgermeister
Geschäftsführung:	Amt für Wohnungswesen (Vor- u. Nachbereitung der Sitzungen, Protokollführung)
Sitzungen:	maximal 2 pro Jahr (Frühjahr/Herbst) bzw. je nach Bedarf

Zielsetzung und Hauptaufgabe der Lenkungsgruppe

- Schaffung von Rahmenbedingungen für eine zweckgerichtete, ressortübergreifende Zusammenarbeit der Projektgruppen
- optimale Fördermittelausschöpfung der zur Kofinanzierung in Frage kommenden Förderprogramme des Bundes und des Landes
- Förderung von nicht investiven Maßnahmen, d. h. die verstärkte Aktivierung möglicher Begleitprogramme

5. Vorhandene und wünschbare Bündnispartner (Akteure) auf lokaler Ebene

Vorgesehene Bündnispartner

- regelmäßige Außensprechstunde des Sozialen Dienstes in den Räumen des Projektes
- Jugendsachbearbeiter der Polizei
- AWO-Vertreter/innen

© Stiftung SPI 2004

- Projekt Gemeinnützige Baugesellschaft (GBG)
- Stadtteilkonferenz
- Arbeitskreis Aufsuchende Jugendarbeit in Musterstadt
- Qualifizierungsinitiative im Stadtteil
- Projektbegleitgruppe

Im Rahmen von K&Q wurden schon bei der Planungsgruppe für die Antragsstellung Kooperationen mit folgenden Partnern abgestimmt:

- Jugendförderung
- Sozialer Dienst
- Schüler/innen und Bewohner/innen
- Mitarbeiter/innen
- Schulen im Projektgebiet
- GBG Wohnungsbaugesellschaft
- Jugendberufshilfe der Stadt Musterstadt

II. Erfüllung der Antragsvoraussetzungen

Für die Koordination und Steuerung zur Begleitung von K&Q wird Frau West vom Fachbereich für Kinder, Jugend und Familie -Jugendamt- freigestellt.

Frau West ist bereits jetzt schon mit dem Programm E&C vertraut, besitzt gute Kontakte zu den Akteuren vor Ort und ist erfahren in der Koordination und Vernetzung von Aufgaben und Strukturen unter verschiedenen Akteuren in Mannheim und innerhalb der Verwaltung.

Darüber hinaus werden für die einzelnen Projekte weitere Personalressourcen durch Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der AWO sowie der freien Wirtschaft vor Ort bereit gestellt.

Die mit dem aufgeführten Aufgabengebiet K&Q verbundenen themenbezogenen Fortbildungsangebote, Begleitprogramme und Konzeptwerkstätten werden durch Frau West wahrgenommen. Ebenso die Koordinierung des gemeinsamen Stadtteil-Informationssystems in Form der Internetseite „Soziale Stadt“ in Musterstadt.

Die im Rahmen der Modellprojekte notwendige Dokumentations- und Berichtspflicht liegen in der Koordination und Zuständigkeit von Frau West. Die Ergebnisse werden in enger Abstimmung mit den einzelnen Akteuren von Ort zusammengefasst und ausgewertet. Hier werden Berichte und Begleitbeschreibungen erfolgen, wie in den Arbeitshilfen dargelegt.

Weiterhin wird es, wie auch aus dem Antrag hervorgeht, verschiedene Informationsmaterialien geben. Das Konzept des PC- und Flyer-Workshops ist so angelegt, dass Ergebnisse erzielt werden sollen, die auch ab 2003 weiter genutzt werden können.

Für alle Beteiligten vor Ort ist es oberstes Ziel, die neu initiierten Projekte im Sinne der Nachhaltigkeit weiter fortzuführen. Es ist davon auszugehen, dass durch den starken Abstimmungsprozess und die gemeinsamen Konzepterstellungen der verschiedenen Partner vor Ort dieses Ziel auch umgesetzt werden kann. Voraussetzung hierfür ist aber auch, dass nach Beendigung der Projekte die Materialien und die Ausstattung weiter zur Verfügung stehen.

Die vorgelegten Projektanträge sind insgesamt mit folgenden Akteuren im Rahmen der E&C Gebiete in Mannheim abgestimmt: Kommunale Beschäftigungsförderung, Amt für Wohnungswesen u. Stadterneuerung, FB Kinder, Jugend und Familie -Jugendamt-, Jugendförderung der Stadt Musterstadt im Rahmen der Regionalen Netzwerkarbeit in der Jugendmedienarbeit, Sozialer Dienst, Arbeiterwohlfahrt Stadt Musterstadt, Gemeinwesenarbeiter, Medienagentur/BrandXMedia.
Bei den bisher einbezogenen Akteuren besteht ein hohes Interesse und die grundsätzliche Bereitschaft zur Zusammenarbeit unter den Akteuren vor Ort im Rahmen von K&Q. Die Zusammenarbeit mit der Regiestelle KuQ des Sozialpädagogischen Instituts Berlin (SPI) und mit dem Deutschen Jugendinstitut München (DJI) ist selbstverständlich.

© Stiftung SPI 2004

III. Projektvorstellung/-vorschläge, die von dem Verfügungsfonds gefördert werden sollen

Projekt 1
„Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen in die Wohnumfeldgestaltung/Kindertagesstätte“

Ausgangssituation
Im Rahmen der Sanierungsmaßnahme "Soziale Stadt – Hauptstraße" werden die Grün- und Spielanlagen des Wohngebiets umgestaltet.

Zielgruppe
Interessierte Kinder, Jugendliche und junge Erwachsener aus dem Projektgebiet "Soziale Stadt – Hauptstraße"

Kurzbeschreibung des Projektes
Kinder und Jugendliche aus dem Sanierungsgebiet Hauptstraße sollen im Rahmen der Modernisierung der Wohnanlage in die Planung und Gestaltung der Außenanlagen einbezogen werden. Sie sollen mit Unterstützung der Projektmitarbeiter/innen und den zuständigen Mitarbeitern/innen des Sanierungsträgers die Umgestaltung eines Platzes planen. Die Ergebnisse sollen mit Unterstützung einer Medienagentur bzw. mit dem Sanierungsträger in eine öffentlichkeitswirksame Präsentation umgesetzt werden und die Umsetzung der Vorstellungen der Kinder und Jugendlichen nach sich ziehen. Die Beteiligten entwickeln auf diese Weise Kompetenzen im Umgang mit (neuen) Medien.

Strukturelle Ziele
Das Engagement der Jugendlichen soll in der Realisierung eines Platzes münden, der ihren Vorstellungen entspricht und von ihnen entsprechend akzeptiert und genutzt wird.

Pädagogische Ziele
Aus pädagogischer Sicht sollen die Kompetenzen der Jugendlichen in folgenden Bereichen gestärkt werden:

- Aneignung des öffentlichen Raums, Identifikation mit der Wohnanlage
- Finden eines gemeinsamen Nenners bei unterschiedlichen Einzelinteressen nach demokratischen Spielregeln
- Auseinandersetzung mit (kommunal-)politischen Strukturen
- Umgang mit neuen Medien
- sicheres Auftreten, adäquate Artikulation eigener Interessen

Maßnahmen/Projektphasen
Folgende Maßnahmen/Projektphasen sind für die Erreichung der strukturellen und pädagogischen Ziele notwendig:

Planungsphase

In Anlehnung an die Beteiligungsmethode 'Zukunftswerkstatt' klären die Jugendlichen in einer Mecker-, Phantasie- und Planungsphase, welche Vorstellungen und Interessen sie mit einer Wohnumfeldgestaltung verbinden. Die einzelnen Phasen werden von einer pädagogischen Fachkraft, einer Medienagentur und von einem Fachmann/frau (Landschaftsplaner/in, Architekt/in) begleitet. Konsensfähige Vorstellungen werden weiterverfolgt.

Erarbeitung der Präsentation

Gemeinsam mit einer Medienagentur bzw. dem Sanierungsträger werden die Vorstellungen der Kinder und Jugendlichen medial aufbereitet und in eine präsentationsfähige Form gebracht. Geplant ist eine Computeranimation (Flash-Animation) mit verschiedenen Gestaltungsszenarien und ein selbstgebauten Modell.

Präsentation

Die Beteiligten stellen ihre Vorschläge den zuständigen öffentlichen Stellen (Baugesellschaft, ggf. städtische Ämter) und anderen interessierten Parteien (Bewohnern, Kommunalpolitikern) vor.

Erarbeitung einer Umsetzungsperspektive

Beteiligte und Entscheidungsträger sollen überlegen, wie die Vorschläge realisiert werden können und einen Maßnahmeplan zur Umsetzung entwerfen.

Dokumentation/Auswertung.

Der Verlauf des Projektes, die eingesetzten Methoden und der Grad der Zielerreichung werden dokumentiert und ausgewertet.

© Stiftung SPI 2004

Kooperationspartner
Projektpartner im Rahmen des Projektes "Soziale Stadt – Hauptstraße": AWO, Amt für Wohnungswesen und Stadterneuerung und GBG (vernetzt in der Projektbegleitgruppe "Hauptstraße"), Stadtjugendamt Musterstadt, Medienagentur BrandXMedia.

Begleitprojekt
Stadtteil-Informationssystem in Form einer Internetseite „Soziale Stadt“

- Bereitstellung einer umfassenden Informationsquelle für die Bewohnerrinnen und Bewohner im Stadtteil
- Die Ergebnisse sollen aber auch dazu beitragen, dass die mit einem eher schlechten Ruf behafteten Stadtteile bzw. ausgewiesenen Gebiete bei Präsentationen, Stadtteilkonferenzen, Presseveranstaltungen usw. eine Verbesserung ihres Ansehens in der Öffentlichkeit erfahren.

IV. Kostenplan

Projektmaßnahme (1)	Materialien	3.000 €		
	Sachmittel	400 €		
	Honorar	4.000 €	7.400 €	
Veranstaltungen/Qualifizierung	Workshops	2.500 €		
	Präsentation	1.500 €	4.000 €	
Dokumentation/ Dissemination	PowerPoint/ Begleitbuch	1.600 €		
	Internetseite	3.000 €	4.600 €	**16.000 €**

Konzept-, Prozess- und Ergebnisdokumentation für das ausgewiesene Gebiet "Hauptstrasse" der Stadt Musterdorf

Antragsnummer:	**XX/2**
Jugendamt:	**Stadt Musterdorf, Fachbereich für Kinder, Jugend und Familie**
Adresse:	**Fachbereich für Kinder, Jugend und Familie Postfach 10 121212 Musterdorf**
Ansprechpartner: *Name, Vorname*	**Ursula Mustermann**
E-Mail:	**mustermann@musterdorf.de**
Telefon:	**01212/100** **Fax**: **01212/101**
Maßnahme:	**Planung der Außenanlage des Kinderhauses**

© Stiftung SPI 2004

Kooperationspartner:

Stadtintern	Amt für Wohnungswesen und Stadterneuerung Kommunale Beschäftigungsförderung Fachbereichs für Straßenbetrieb und Grünflächen Hochbauamt
Jugendamt intern	Kindertagesstätten Jugendförderung/Vertretung der Kinderinteressen Gemeinwesenarbeit Jugendberufshilfe
Maßnahmeträger:	Stadt Musterdorf - Jugendamt
Zeitraum der Durchführung:	September-Dezember 2002
Schwerpunkt aus dem KuQ-Förderfeld	
Maßnahme:	Planungsprojekt zur Umgestaltung der Außenanlage der sanierten Kindertagesstätte im Wohngebiet
Projekt:	Förderung der aktiven Teilhabe von Kindern, jungen Erwachsenen/Eltern und Erzieher/innen an Planungs- und Umsetzungsprozessen
Dokumentation/ Öffentlichkeitsarbeit:	Fotos, Collagen und allgemeiner Bericht, eventuell PowerPoint-Dokumentation mit Begleit-Booklet und/oder Film

Konzeptqualität

1. Kurzbeschreibung der Maßnahme

Kurzbeschreibung der geplanten Maßnahme/des Projekts/der Veranstaltung/der Aktion. maximal 10 Zeilen

Bei dieser Planungsmaßnahme handelt es sich um ein umsetzungsorientiertes und kurzfristig realisierbares Projekt zur Einbeziehung von Kindern, jungen Erwachsenen/Eltern und Erzieher/innen. Hiermit sollen die Beteiligungsrechte junger Menschen an der Planung und Spielanlagenumgestaltung gesichert werden. Es soll mit Unterstützung der Mitarbeiter/innen aus der Kindertagesstätte und der zusätzlichen Honorarkraft in Kooperation mit dem Sanierungsträger die Umgestaltung der Außenanlage geplant werden. Gedacht ist an verschiedene Workshops, zu denen entsprechende Referenten/innen und Honorarkräfte eingeladen werden. Dabei sollen Möglichkeiten und Wünsche der Zielgruppen erarbeitet und durch eine Power Point- Präsentation mit Begleit-Booklet dokumentiert werden. Das Planungsprojekt soll dann voraussichtlich im nächsten Jahr unter Beteiligung des Fachbereichs für Straßenbetrieb und Grünflächen, dem Amt für Wohnungswesen und Stadterneuerung, der Kommunalen Beschäftigungsförderung und dem Fachbereich für Kinder Jugend und Familie - Jugendamt - der Stadt Musterdorf umgesetzt werden.

© Stiftung SPI 2004

2. Zielgruppe(n)

Eindeutige Beschreibung der angestrebten Zielgruppe nach sozialen Kriterien (z.B. Kinder und Jugendliche aus sozial schwachen Familien), vorgesehene Anzahl, Alter / Geschlecht
maximal 10 Zeilen

Die in dem Stadtteil lebenden Familien sind häufig mit unterschiedlichsten Problemlagen belastet. Es gibt viele Familien in einkommensschwachen Verhältnissen mit drei und mehr Kindern. Häufig sind die Eltern auch von Arbeitslosigkeit betroffen oder leben im Sozialhilfebezug. Von den im ausgewiesenen Gebiet lebenden Wohnungsberechtigten erhalten mehr als die Hälfte Sozialhilfe, die Hälfte davon sind wiederum Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene im Alter bis zu 25 Jahren.
Dies ist die hauptsächliche Zielgruppe. Aber das Planungsprojekt wendet sich auch an die jeweiligen Erzieher/innen.
Angenommene Teilnehmerzahl: 50-60 Personen

3. Maßnahmeziele

Klare Zielformulierungen, möglichst in Grob- und Feinziele gegliedert; Anpassung der Ziele an die Laufzeit und Herausstellen des innovativen Charakters der Maßnahme
jeweils maximal 10 Zeilen

Grobziele:

1. Erwerb von Erkundungskompetenz (z.B. Begehungen der alten Außenanlage)
2. Kenntnisse in der Projektarbeit erlernen (Idee, Planung, Realisierung)
3. Verschiedener Gestaltungsformen und -möglichkeiten für die Anlage kennen lernen (durch Anleitung)
4. Soziale Kompetenz erlernen durch Arbeit in Gruppen
5. Übernahme von Verantwortung (im Rahmen der Projektarbeit)
6. Möglichkeiten zur Erweiterung des Berufswahlspektrums

Feinziele

Zu 1: Erkennen, benennen und einschätzen können der Vor- und Nachteile der alten Außenanlage
Zu 2: Konkrete Schrittfolgen der Projektarbeit erlernen und dabei auch Kenntnisse über Gefahrenquellen und Planungsnormen
Zu 3: Kennen lernen von kreativen und praktischen Gestaltungselementen, z.B. Weidenhöhlen u.ä.
Zu 4: Eigene Wünsche benennen und durchsetzen können. Dabei Wünsche und Vorstellungen anderer akzeptieren lernen sowie Erwerb von Konfliktlösungsstrategien bei unterschiedlichen Interessen und Meinungen
Zu 5: Konkrete Arbeitsschritte werden in die Verantwort7ng einzelner gelegt, die für die Realisierung und Umsetzung zuständig sind
Zu 6: Es sollen ersten Kenntnisse über Berufe im Zusammenhang mit Gartenbau, -gestaltung, -architektur erworben werden

4. Erwartungen/Wirkungen/Nachhaltigkeit

Nennung von erwarteten Ergebnissen, direkt/indirekte Folgewirkungen
maximal 10 Zeilen

Durch die Einbeziehung der genannten Zielgruppen in den Planungsprozess der Außenanlage der sanierten Kindertagesstätte soll die Identifikation mit dem Lebensmittelpunk der Kinder sowie die Einbindung der KITA in den Stadtteil erhöht werden.
Darüber hinaus genießen solche Projekte ein großes öffentliches Interesse und werden daher mit mehr Respekt behandelt. Zerstörrungen und Vandalismus werden eingeschränkt. Eine

© Stiftung SPI 2004

damit verbundene höhere Lebensdauer bedeutet auch weniger Folgekosten. Aber Mitbestimmung bedeutet auch Mitverantwortung und das bedeutet auch, dass beim Einbezug von Kindern und Eltern deren eigene Fähigkeiten und Fertigkeiten erkannt werden, die eventuell bis dahin noch nicht erkannt wurden. Vielleicht führt dies auch zu neuen Perspektiven für die eigene Lebensziel- und Berufszielplanung.
Weiterhin besteht die Erwartung, dass damit eine nachhaltige Förderung des bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagements erfolgt.

5. Ressourcen
Gliederung in finanzielle, personelle und räumliche Ressourcen
jeweils maximal 10 Zeilen

Finanzielle

Aus den Mittel von K&Q wird eine Honorarkraft finanziert sowie Power-Point-Programm(e) und/oder sonstige Dokumentationsmittel (auch andere PC-Programme) bereitgestellt. Benötigte Planungsmaterialien zur Umsetzung werden bis zur Hälfte der anfallenden Kosten von der Kindertagesstätte bereitgestellt.

Personelle

Im Rahmen des geplanten Projektes sollen die Erzieher/innen und Akteure von einer ausgewiesenen Fachkraft unterstützt werden, die den gesamten Planungsprozess organisiert und begleitet. Insgesamt werden aber auch die bestehenden Personalressourcen der Mitarbeiter/innen aus der Kindertagesstätte einfließen. Weiterhin sollen auch - im Rahmen von Planung und ersten Umsetzungsschritten - Ressourcen der beteiligten Kindern, jungen Erwachsenen/Eltern aktiviert und genutzt werden.

Räumliche

Während der gesamten Planungsphase wird die Kindertagesstätte ihre Räume zu Verfügung stellen. Dies bezieht sich nicht nur auf die allgemeinen Öffnungszeiten sondern auch - bedarfsbezogen - zu anderen gewünschten Zeiten.

6. Kooperationsformen
Welche Form der Kooperation/Netzwerke mit den anderen kommunalen Akteuren wird angestrebt (z.B. AG, Zirkel, Gesprächskreise o.ä.) und wie sind die Verbindlichkeiten/Verantwortungen geregelt (z.B. über Vereinbarungen, protokollarische Absprachen, Verträge o.ä.)
maximal 20 Zeilen

Es soll Kooperationen mit den beteiligten Eltern, Kindern und den Erzieher/innen erfolgen. Aber auch stadtintern wird es ämterübergreifende Kooperationen gerade im Hinblick auf die baulichen Bedingungen geben.
Vor Ort bestehen weitere Kontakte zwischen Arbeitsamt, Sozialamt, Sozialer Dienst, Jugendhilfe, Jugendberufshilfe, Jugendförderung, Gemeinwesenarbeiter und dem Amt für Wohnungswesen und Stadterneuerung.
Zur Umsetzung soll es gemeinsame Informationsveranstaltungen und Aktionen geben.
Weiterhin gibt es hinsichtlich der Projektumsetzung protokollarische Absprachen und abgestimmte Zielsetzungen mit den entsprechenden Projektverantwortlichen.

7. Besonderheiten Konzeptqualität
maximal 10 Zeilen

Das Kinderhaus wird zur Zeit noch im Rahmen der Sanierungsmaßnahmen umgebaut. Im September/Oktober 2001 gab es Wasserschäden in einem Teil der Räume. Das Außengelände ist für kurze Zeit nicht zu nutzen, da es zur Lagerung der Baumaterialien genutzt werden muss.
In Abstimmung mit der Stadt werden die Räume umgehend fertig saniert und damit die Umgestaltung der Außenfläche ermöglicht.
Trotz der zeitlichen Verzögerung sind bereits jetzt die Mitarbeiter/innen der Einrichtung mit

© Stiftung SPI 2004

viel Engagement dabei, das Planungsprojekt vorzubereiten.

Prozessqualität

8. Aktivitäten
Einteilung der Maßnahme in einzelne Arbeitspakete (abhängig von der Laufzeit)
maximal 7 Zeilen

Arbeitspaket 1

Vom 23.09.02 bis 04.10.02 werden im Team die Planungsgespräche laufen, wie das angestrebte Projekt umgesetzt werden kann. Dabei sollen zunächst die Wünsche und Bedürfnisse der Erzieher/innen aufgezeigt werden. Was ist besonders wichtig? Welche Ziele sollen verfolgt werden? Wie sollen wir diese Ziele erreicht werden? Welche Planungsschritte sind dazu notwendig? Welche Kooperationspartner sind unabdingbar und wichtig? Wie sehen die Akquisitions- und Informationsstrategien aus?

Arbeitspaket 2

Vom 07.10.02 bis zum 30.10.02 werden im Kinderhaus die Ideen der Kinder und Kollegen/innen durch verschiedene Aktionen zusammengetragen. Dabei soll bei allen Beteiligten die Entdecker- und Gestaltungsfreude geweckt und das gemeinsame Tun ausprobiert und gefördert werden. Thematisiert wird zum einen in gemeinsamen Zusammenkünften mit den Kindern das Problem der Umgestaltung der Anlage. Kreativ soll das Thema unter anderem durch die Erstellung von Collagen und Bildern angegangen werden. Am 24.10.02. gibt es stadtintern ein Planungstreffen mit den relevanten Ämtern und Fachbereichen zur Planung und Umsetzung des Vorhabens. Dabei wird besonders auf die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen und deren Vorstellungen/Produkte abgestellt.

Arbeitspaket 3

Ab dem 04.11.02 bis zum 29.11.02 gibt es eine eigens eingerichtete Planungsgruppe im Kinderhaus unter der Leitung der Fachkraft, die sich regelmäßig trifft und die Umsetzung des Projektes vorantreibt und „im Blick hat“. Parallel wird es verschiedene thematische Angebote vor Ort geben, um alle Beteiligten d.h. Kinder, Eltern und Erzieher/innen in den Entscheidungsprozess einzubeziehen. Die Medienagentur wird vor Ort die entsprechenden Eindrücke mit der Kamera einfangen. Gegen Ende November soll noch einmal gezielt in Kleingruppen das Thema und der Stand der Planungen erarbeitet und begutachtet werden. Weiterhin soll es einen Termin mit den Elternbeiräten geben.

Arbeitspaket 4

Im Zeitraum vom 02.12.02 bis zum 20.12.02 sollen themenspezifische Ausflüge durchgeführt werden, z. B. zum Schloss Freudenberg in Wiesbaden, wo es ein Außengelände zur Sinneswahrnehmung gibt, zur Außenanlage im Rott in Mannheim, die von zwei Künstlerinnen und der Beauftragten für Kinderinteressen umgestaltet wurde. Aus der Ideenwerkstatt ist ein/e Referent/in anzufragen, der einen Informationsabend über Projektrealisierung durchführen soll. Dann gilt es spätestens zu diesem Zeitpunkt Überlegungen und Entscheidungen demokratisch zu vereinbaren und mögliche Sachzwänge zu thematisieren, die eventuell die geplanten Ideen und Vorstellungen einschränken könnten und wo mögliche Alternativen zu suchen sind. Danach muss es intern entsprechende Abstimmungen mit dem Fachbereich für Straßenbetrieb und Grünflächen und dem Hochbauamt der Stadt Musterdorf geben, welche Ideen letztendlich umgesetzt werden können.

© Stiftung SPI 2004

9. Leistungen des Jugendamtes

Nennung der Leistungen, z.B. Koordination, Prozessbegleitung, Dokumentationserstellung o.ä.
maximal 4 Zeilen

Koordination des gesamten Programms K&Q. Darüber hinaus wird es eine prozessorientierte Begleitung des Planungsprojektes geben (z.B. Auswahl der Fachkraft, Organisation der stadtinternen Arbeitstreffen, Festlegung der Arbeitsschritte und Umsetzungsmöglichkeiten). Die Ergebnisse werden in Form eines Projektberichtes dokumentiert.

10. Leistungen des Maßnahmeträgers

Nennung der Leistungen, z.B. Konzeptrealisierung, Auswertung, Anleitung, Vermittlung, Begleitung, o.ä.
maximal 4 Zeilen

Planung und Umsetzung der Qualifizierungsbausteine und Abstimmung mit den Kooperationspartnern.
Planung und Organisation von Planungstreffen und Zukunftswerkstätten mit Kindern, Eltern und Mitarbeiter/innen. Organisation von themenspezifischen Informationsveranstaltungen unter Einbeziehung von Referenten/innen in den Umsetzungsprozess.

11. Leistungen der Kooperationspartner

Nennung der Leistungen, z.B. Prozessbegleitung, Zielgruppenunterstützung, Öffentlichkeitsarbeit, Dokumentationserstellung o.ä.
maximal 4 Zeilen

Die das Projekt begleitenden städtischen Kooperationspartner werden aus ihren Fachbereichen die entsprechenden Kompetenzen und das bestehende know-how einfließen lassen. Sei es durch aktive Teilnahme an den Umsetzungsprozessen oder durch konkrete Unterstützungsangebote. Darüber hinaus werden in den einzelnen Projekten entsprechende Berichte erstellt die in einen Abschlussbericht einfließen werden.

12. Besondere Prozessqualität

Im Rahmen der gemeinsamen Öffentlichkeitsarbeit wird es eine Internetseite geben, weiterhin ist eine Pressekonferenz geplant. Stadtintern wird es kontinuierlich entsprechende Informationsvorlagen im Jugendhilfeausschuss, im Hauptausschuss und in der Folge im Ausschuss für Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung geben.

Ergebnisqualität

13. Erzielte Ergebnisse

An Hand der Arbeitspakete die jeweiligen Zielerreichungen festhalten und den kontinuierlichen Zielabgleich ermöglichen; eventuell Revision der Ziel(e)
maximal 35 Zeilen

Das generelle Ziel bestand darin, mit Kindern, Jugendlichen und deren Eltern aus dem betroffenen Stadtteil gemeinsam die marode Außenanlage des Kinderhauses neu zu konzipieren, um durch die Einbeziehung der Beteiligten das Verantwortungsbewusstsein aller für die

© Stiftung SPI 2004

Gestaltung, die Aufrechterhaltung und die anschließende Pflege anzuregen und zu fördern.
Die Vorgehensweise gliederte sich in unterschiedliche Arbeitspakete/-schwerpunkte:
Paket (1): Im Rahmen der angeleiteten Erhebung von Vorstellungen und Wünschen der Erzieher/innen wurde vereinbart, mit den Kindern und Jugendlichen aus dem betroffenen Stadtgebiet verschiedene Spielplätze in der näheren und weiteren Umgebung zu besichtigen, um gemeinsam Ideen und Anregungen zu sammeln und ein möglichst breites Spektrum an Beispielen zu erhalten. Als besonders wichtig wurde herausgestellt, dass Mädchen- und Jungengruppen getrennt voneinander die Besuche durchführten, denn die geschlechtspezifischen Unterschiede in den Wünschen und Vorstellungen sollten hervorgehoben werden, was auch gelungen ist. Denn die Plakatwände mit den Spielmöglichkeiten, welche die Kinder nach ihren Vorlieben und Interessen gestalteten, zeigen deutliche Unterschiede (besonders in den Bereichen der Ausstattung mit Spielgeräten – mehr Bewegungsspiele - und der Gesamtgestaltung des Areals – vergrößerte Grünflächenanteile) .
Paket (2): Die gemeinsame Planung mit den Eltern verlief nach dem gleichen Muster: Es wurden Spielplätze besucht, Kataloge gewälzt und eine Fülle von Ideen entwickelt bzw. eingebracht, die teilweise schon seit einiger Zeit auf ihre Realisierung warteten. Auch diese Vorschläge wurden auf Plakatwänden visualisiert. Das große Interesse – es beteiligten sich durchschnittlich bis zu 30 Eltern – machet eine Gruppenaufteilung notwendig (Einteilung in 3 Gruppen) und es wurde ein „Kommunikationsfleckchen“ im Garten des Kinderhauses extra eingerichtet, um dort für diese Zielgruppe den notwendigen Raum für Gespräche und geselliges Beisammensein zu organisieren..
Paket (3): Dieses Bedürfnis wurde vom Planungsteam aufgegriffen und es entstand eine rege Elterngruppe, die im kommenden Frühjahr eine gemeinsame Skifreizeit mit Erzieher/innen, Eltern und Kindern auf dem Feldberg plant. Im Rahmen der einzelnen Präsentationsrunden wurden besonders intensive Kontakte zu der Kinderbeauftragten der Stadt Musterdorf gepflegt, die auch die jeweiligen (Teil-)Ergebnisse in die kommunalen Gremien weitertrug. Die Eltern fühlten sich durch dieses Engagement sehr gewürdigt, und setzten die begonnenen Planungen – in Zusammenarbeit mit den anderen Beteiligten intensiver denn je fort.
Paket (4): Die notwendige Zusammenarbeit mit dem Grünflächenamt war sehr wirkungsvoll, denn alle Beteiligten erkannten, dass es Grenzen in der Gestaltung gab, und als die konkret abgestimmten Pläne dann vorlagen, mussten äußere Bedingungen mit einzubezogen werden, und nur die Erzieher/innen mussten sich von ihren Träumen verabschieden, die Eltern und Kinder akzeptierten die Einwände sofort. Die abgestimmte und verwaltungstechnisch akzeptierte Planung sieht nun als Ergebnis eine kleine Parkanlage mit Wegen, Rasenplätzen und eingezäumten Wasseranlagen vor. Selbstverständlich war auch, schon vorhandene Spielgeräte mit einzubeziehen und sie nur räumlich dem Gesamtkonzept anzupassen.

14. Wirkungen/Erfolgskriterien/Nachhaltigkeit

Darlegung der tatsächlich erreichten Ziele in ihren Wirkungen und mit möglichen Erfolgsfaktoren verknüpfen. So z.B. „... konnten gemeinsame Betreuungsangebote für Kinder und Jugendliche bis zu 12 Jahren an Samstagnachmittagen bei einem Träger institutionalisiert und i.R. der Ehrenamtstätigkeit ein Netzwerk aufgebaut werden...“
Darstellung der relevanten Kriterien für die Fortsetzung der Arbeit nach der Projektlaufzeit.
maximal 30 Zeilen

Generell hat die Planung, deren Durchführung und die abschließenden Aktivitäten des Planungsprojekts sehr viel Zeit in Anspruch genommen. Die beteiligten Erzieher/innen hätten diese Arbeit über diesen sehr kurzen Zeitraum nicht leisten können, hätten sie nicht einerseits auf die Unterstützung einer Fachkraft sowie zum andern ganz besonders auf die Eltern zurückgreifen können, die sich viele Nachmittage lang - selbstorganisiert - zusammengefunden und an dem Modell mitgewirkt haben. Sogar einige Väter nahmen sich die Zeit dazu, wobei dies in dem sozial ausgewiesenen Brennpunktgebiet eine Seltenheit darstellt, herrscht doch der Glaube vor, dass alles was mit Schule und Erziehung zusammenhängt, nach wie vor "Frauensache" ist. Die Arbeit am Planungsprojekt vermittelte ein hohes Maß an Enga-

© Stiftung SPI 2004

gement bei den Beteiligten, so dass z.B. die Eltern über das ganze kommende Jahr hinweg einen „Gartenarbeitsplan“ erstellten, wer, wann und was im Garten zu erledigen hat. Bisher waren die Erzieher/innen diese Art von Beteiligung nicht gewohnt, auch, dass trotz knapper Finanzen, kein Unmut oder schlechte Stimmung entstand, sondern dass alle überlegten, wie dieses Außengelände kinderfreundlich umgestaltet werden kann.
Eine besondere Unterstützung erhielten die Beteiligten – einschließlich der Kinder und Jugendlichen – durch einen Referenten der Ideenwerkstatt aus XStadt, der in seinem Vortrag sehr viel Ähnlichkeiten mit der konkreten Vorgehensweise vor Ort wieder erkannte. Das stärkte nicht nur die Initiatoren/innen des Vorhabens sondern ganz besonders auch die Eltern und die Kinder und Jugendlichen..
Die Planungsarbeiten wurden durch die Dokumentationshilfe eines Graphikbüros sehr aufgewertet, die entstandene CD-ROM begeisterte alle Beteiligten, ebenso der gemeinsam erstellte Flyer über das Kinderhaus sowie die vielen Fotoaufnahmen über die gemeinsame Arbeit.
Bei der Präsentation im Rahmen eines Projektbesuchs durch den Jugendhilfeausschuss der Stadt Musterdorf wurde erneut deutlich, wie stark sich die Kinder, Eltern und Erzieher/innen in diese Arbeit eingebracht haben. Positiv wurde die sich dadurch verstärkte Elternarbeit unter großer Beteiligung der Kinder und Jugendlichen aus dem betroffenen Stadtgebiet bewertet, die es vorher in dieser Form noch nie gegeben hat. Bereits jetzt ist festgelegt worden, dass sich dieser Prozess im Jahre 2003 weiter fortsetzen wird.

15. Resonanz der Zielgruppe(n)

Bei der entsprechenden Zielgruppe, erhoben durch Kurzinterviews, Einschätzbögen o.ä., dem Umfeld, den Kooperationspartnern u.ä. Ferner Darlegung der verschiedenen Formen der Partizipation und der Einbindung in gender mainstreaming.
maximal 30 Zeilen

Die Resonanz bei den beteiligten Kindern und Eltern war durchweg sehr positiv. Dies läßt sich vorrangig daran messen, dass über die ganzen Monate der Vorbereitung hinweg, ein konstant großer Kreis an Beteiligten zu verzeichnen war sowie das durchgängige Interesse an der Umsetzung immer neuer Vorschläge und Verbesserungen. Motivierend wirkte auf das sozialräumliche Umfeld eine Plakataktion, die auf die Projektidee und deren Umsetzung hinwies und dadurch weitere Interessenten/innen gewonnen werden konnten. Ferner war die Ansprache im kommunalen Umfeld allein durch die Teilnahme am KuQ-Programm, der Kooperation mit der Regiestelle KuQ in Berlin und der Möglichkeit, finanzielle Spielräume für die Projektarbeit zu akquirieren, sehr erfolgreich, konnten doch dadurch zahlreiche Präsentationen vor Gremien und Ausschüssen organisiert werden und ein „neues“ Interesse geweckt werden, sich diesen städtischen Gebieten in nächster Zeit intensiver zu widmen.
Fortgeführt wird die Projektarbeit im Frühjahr des Jahres 2003, wenn die vorgesehenen Arbeiten, z.B. an einer Kräuterspirale, abgeschlossen sind. Dann will sich die Arbeitsgruppe auch um den Umweltpreis der Stadt Musterdorf bewerben. Bereits jetzt planen Kinder und Jugendliche Tanz- und Gesangseinlagen zur Vorstellung vor dem Umweltgremium.
Generell kann festgestellt werden, dass durch die Projektarbeit ein hohes Maß an Mitwirkungsmotivation erreicht werden konnte, das auch „über den Tag hinaus“ anhält und nach und nach weitere Interessierte aus dem Wohngebiet anzieht. Durch die gleichberechtigte Teilnahme von Kindern und Eltern und der begleitenden Funktion der Erzieher/innen ist eine lokal ausgerichtetes Aktionsbündnis entstanden, das sich auch für andere Belange im Stadtteil zukünftig aktiv einsetzen wird, hat doch das Beispiel der Umgestaltung der Aussenanlage des Kinderhauses ein wichtiges Signal gesetzt.

© Stiftung SPI 2004

16. Dokumentationen

Die jeweiligen Quellen der Nachprüfbarkeit gilt es aufzuführen; z.B. Berichte, Veröffentlichungen, Programme, Pressearbeit, Info-Kampagnen, Statistiken u.ä.
maximal 30 Zeilen

Intern

Bei folgenden Veranstaltungen wurde das Projekt und seine Umsetzung dokumentiert und vorgestellt:

- Power-Point-Präsentation zum Programm im Rahmen der Lenkungsgruppe "Soziale Stadt"
- Bericht über die Umsetzung und Ergebnisse des Projektes in der Projektsteuerungsgruppe des Stadtteils.
- Informationsvorlage und Präsentationen im Jugendhilfeausschuss, im Hauptausschuss und in der Folge im Ausschuss für Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung der Stadt Musterdorf
- Erstellung von Fotomaterial, Collagen und eines Modells der Außenanlage

Extern

Die Planungsergebnisse der Umgestaltung wurden so aufbereitet, dass in der Tagespresse (Musterdorf Express) drei Kurzberichte veröffentlicht werden konnten. Ein Rundfunkinterview ist geplant bei Baubeginn (Frühjahr 2003) und es gibt weitere kleinere Veröffentlichungen in einschlägigen Presseorganen:

- Stadtteilzeitung
- Schülerzeitung
- Zeitschrift der Handwerkskammer

Darüber hinaus werden die Bilder und Videoaufnahmen von einem Förderprojekt zur Berufsorientierung“ weiter bearbeitet und zu einer Gesamtdokumentation (Video) zusammengestellt.

Im Zusammenhang mit einer neu entstandenen Kooperation mit dem Arbeitskreis Ausbildungsoffensive“ der Stadt Musterdorf unter Vorsitz des Bürgermeisters wird eine Info-Broschüre über das Projekt erstellt.

17. Besonderheiten Ergebnisdokumentation

maximal 15 Zeilen

Das Besondere an diesem Projekt lag zum einen darin, dass die Aktivierung der Eltern, der Kinder und der anderen Beteiligten (vorrangig der Erzieher/innen), einen solchen Planungsprozess vorzunehmen, in ungewöhnlichen Intensität realisiert werden konnte. Weder gab es dabei dominante Elterngruppen noch starke Fluktuationen wegen Unzufriedenheiten, Konkurrenzen o.ä. Ganz gegenteilig entstand im Stadtteil eine neue und auf weitere gemeinsame Arbeiten ausgerichtete Gruppe, die vielleicht aufgrund ihrer heterogenen Zusammensetzung ein gelungenes Partizipationsmodell dokumentiert. Dabei war die respektvolle Umgang – nicht nur untereinander sondern auch mit den Vertretern/innen der kommunalen Verwaltung – besonders für letztere ein neue Erfahrung. Aus Sicht der Erzieher/innen wurde immer wieder betont, dass es besonders für die Eltern eine wichtige Erfahrung war, ein „eigenes“ Produkt zu entwickeln, vor Dritten vertreten zu können und dabei positive Resonanz zu erfahren. Eltern- Kinder- und Jugendarbeit „as it´s best!“

© Stiftung SPI 2004

4.4 Auswertungstagung und Projektmesse

Zunächst war eine Amtsleiter/innentagung der Programmkommunen vorgesehen mit dem Ziel, die Erfahrungen, Sichtweisen und Perspektiven im „inner circel“ der wichtigsten Repräsentanten/innen der zuständigen Fachämter Jugend, Soziales, Arbeit und Beschäftigung zu diskutieren. Darüber hinaus sollte die Tagung ein Forum sein, auf dem neue Strukturanforderungen thematisiert und die Beantwortung der Frage: „Was bleibt aus dem Programm KuQ?“ offensiv angegangen werden sollte.

Die sozial- und arbeitsmarktpolitischen Entwicklungen – vorrangig vor dem Hintergrund der Diskussion um die Hartz-Konzepte und die Auswirkungen für die Städte und Gemeinden – haben aber dazu geführt, dass gerade dieser Personenkreis zum Zeitpunkt der geplanten Tagung nicht zur Verfügung stehen wird, da er intensiv an der Umsetzung dieser neuen Anforderungen mitzuwirken hatte.

So wurde aus der Amtsleiter/innentagung eine Auswertungstagung klassischen Zuschnitts, erweitert um eine Projektmesse, auf der sich die jeweiligen Jugendämter mit ihren Maßnahmen und Projekten aus dem Programm KuQ einer interessierten Fachöffentlichkeit vorstellen konnten. Die Tagung fand am 20. und 21. Januar 2003 mit über 250 Teilnehmenden in Berlin statt.

Für die Eröffnung konnte Marieluise Beck, die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gewonnen werden, die in ihrer Rede das besondere Engagement der kommunalen Einrichtungen in Kooperation mit den Trägern vor Ort zur Realisierung von Maßnahmen und Projekten zur Umsetzung des Programms KuQ hervorhob. Einen besonderen Stellenwert legte sie dabei auf Darlegung von Integrationsprojekten – besonders im ländlichen Raum - die sich um Kinder und Jugendliche nichtdeutscher Herkunft bemühten und durch besondere Angebote - neben den obligatorischen Sprachschulungen - erste Erfolge zu verzeichnen haben.

Den Hauptvortrag hielt Reiner Prölß, Referat für Jugend, Familie und Soziales der Stadt Nürnberg und zugleich Vorsitzender der AGJ zum Thema „Stärkung der Jugendämter vor dem Hintergrund sozialräumlicher Strategien“[22]. Nachhaltig plädierte er für eine Aufwertung der Jugendämter, nicht ausschließlich der sozialräumlichen Strategien wegen, sondern aufgrund gesellschaftlicher Veränderungen mit massiven Auswirkungen auf das kommunale Gemeinwesen. Denn –so sein Plädoyer - diese sind in vielen Bereichen den Herausforderungen noch nicht gewachsen, obwohl das Wissen und Können in der Jugendhilfe viel größer ist als die praktische Umsetzung vor Ort. Und – so sein weiteres Resümee – Strategien wie das Programm E&C oder auch KuQ gehen in die richtige Richtung, haben sie doch dazu geführt, dass an vielen Stellen ein Diskussionsprozess ausgelöst wurde, der aber noch kein Selbstreflexionsprozess der Jugendhilfe insgesamt vor Ort ist. Sie reichen deshalb noch nicht aus, Jugendhilfe fit zu machen für die gesellschaftlichen Herausforderungen von morgen. Vor diesem Hintergrund muss deshalb die Frage der zukünftigen Anforderungen an die Jugendhilfe ausgehend von den Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien diskutiert werden, d.h. die Anforderungen zukünftiger Gesellschaft an die nachwachsende Generation muss im Zusammenhang mit der Aufgabe, Rolle und Funktion der Jugendhilfe, und diese wiederum in Bezug auf die Struktur des Jugendamtes im Kontext kommunaler Verwaltung thematisiert werden, nicht nur fachpolitisch und organisatorisch.

Er verwies in diesem Kontext auf ein Zitat von Le Corbusier, der bereits 1928 in der Charta von Athen formulierte, dass die Stadt auf geistiger und materieller Ebene die individuelle Freiheit und den Nutzen gesellschaftlichen Zusammenwirkens sicherzustellen habe. Es geht also hauptsächlich um die Lebensbedingungen heute und die Zukunftsfähigkeit der nachwachsenden Generation, was Jugendhilfe ausmacht als um Finanzierungsmodelle, Marktanteile und ähnliches.

[22] vgl. hierzu ANHANG R. Prölß „Stärkung der Jugendämter vor dem Hintergrund sozialräumlicher Strategien“, Abschlusstagung KuQ, Berlin 2003

© Stiftung SPI 2004

Dieses Bild einer „offensiven Jugendhilfepolitik“ wurde auch als gedanklicher Kompass für die Arbeit in den anschließenden Arbeitsgruppen aufgenommen. In insgesamt 7 Foren konnten Themenschwerpunkte aus der Umsetzung des Programms KuQ thematisiert und durch Inputreferate von Vertreter/innen aus beteiligten Jugendämtern sehr authentisch belegt werden.

Im Forum 1 „Vernetzung und Kooperation als Voraussetzung sozialer Koproduktion“ wurde auf die Notwendigkeit einer gelingenden Zusammenarbeit z.B. von Schule und Jugendhilfe zur Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit von Jugendlichen abgestellt (Jugendamt Offenbach) wie auch auf Kooperationsbemühungen, verstanden als fortwährender Prozess, um „neue“ Ideen – hier ein „Forschercamp Wasser“ - zu verwirklichen (Jugendamt Schwerin).

Im Forum 2 „Der KuQ-Verfügungsfonds als Instrument sozialräumlicher Interventionen“ konnte zum einen das breite Spektrum der inhaltlichen Ausgestaltung von Maßnahmen und Projekten durch einen Verfügungsfonds dokumentiert (Jugendamt Karlsruhe) wie andererseits eine Plattform zur aktivierenden Jugendhilfeplanung vorgestellt werden. Hierbei erfolgte unter den Stichworten „Einmischen – Mitentscheiden – Mitgestalten“ ein umfassendes Beteiligungsmodell (Jugendamt Landkreis Nienburg).

Das Forum 3 „Die neuen Anforderungen an die Fachämter: Partizipation – Akquisition – Koordination“ beschäftigte sich mit den Möglichkeiten der aktivierenden Gestaltung von Maßnahmen und Projekten. Dabei war der Tenor einhellig, dass es weniger um das Selbstverständnis von Partizipation allgemein geht als vielmehr um die konkrete Aktivierung des Miteinanders – etwa in den Gebieten der Sozialen Stadt – und um den ernsthaften Einbezug der Interessen der jeweiligen Zielgruppen (Jugendamt Marburg). Dies wird dann zu einem Qualitätsmerkmal und bei kontinuierlicher Umsetzung auch zu einem Qualitätsstandard des jeweiligen Jugendamtes (Jugendamt Karlsruhe).

Im Forum 4 „Innovationen über KuQ-Projekte: Weiterentwicklung kommunaler Förderperspektiven“ konnte auf ein Ergebnis verwiesen werden, das in der Umsetzung einer ganzheitlichen Förderung lag; d.h., keine punktuelle Betrachtung der Situation und Person des Jugendlichen, sondern Berücksichtigung der Lebensumwelt und des individuellen Entwicklungszeitraums in Kindheit, Jugend und Adoleszenz: Familie, Sozialraum (Jugendamt Mainz). Daneben wurde am Beispiel der Umweltpädagogik auf die motivierenden Elemente in den Bereichen Zielgruppe (Entwicklungsorientierung), lokale Akteure (Motivationsschub), Kooperationspartner (Akzeptanz) und „neues“ Öffentlichkeitsinteresse (Jugendamt Heiligenhaus).

Im Forum 5 „Zielgruppenorientierung der KuQ-Projekte: Beteiligungsmöglichkeiten – Kompetenzerwerb – soziale Integration – Beschäftigungschancen“ wurde u.a. ein Bekenntnis formuliert, dass das jeweilige Angebote spannend, lustvoll, verständlich und nah sein muss. So nah, dass es wahrgenommen werden kann. Diese Angebote dürfen dann auch dem Anspruch genügen, den Jugendlichen „sinnvolle Freizeitbeschäftigung“ zu bieten, solange die Jugendlichen selbst definieren, was für sie sinnvoll ist. Aber – und das war unbestritten - es bleibt stets ein kleines Stück unbebaut zwischen den Jugendlichen und der Institution Jugendamt, über das jeder Jugendliche seinen eigenen Weg gehen muss (Kinder- und Jugendbüro Itzehoe). Konkret bezogen z.B. auf das Problem der Migration bedeutete dies, dass unterschiedliche Beteiligungsmöglichkeiten auch zur Verfügung gestellt werden müssen, um so Wege aufzeigen zu können zum Kompetenzerwerb, zur sozialen Integration und zur Schaffung von Beschäftigungschancen (Jugendamt Dresden).

Im Forum 6 „Qualität und Qualitätssicherung bei der Umsetzung von KuQ-Projekten“ wurde durch eine projektunabhängige Sichtweise zunächst das Problem der Qualitätssicherung thematisiert und dabei u.a. deutlich herausgestellt, dass Kooperationsprojekte eigenständige Reflexions- und Entwicklungsräume bedürfen. Sie erst ermöglichen eine offene Auseinandersetzung mit Stärken- und Schwächen. Um die dafür notwendige Offenheit zu erlangen, sind vertrauenbildende Maßnahmen notwendig, auch fehlerorientierte – wie irritierend das auch immer klingen mag, aber fehlerfreundliche Projektformen sind nachhaltiger als starre Erfolgskriterien (Fachhochschule Frankfurt/Main). Auf einen anderen Aspekt von Qualität wurde ebenfalls hingewiesen: War der

© Stiftung SPI 2004

Zeitdruck im Programm KuQ etwa Triebfeder für zielgerichtetes Arbeiten oder auch „Kreativ-Killer“? Und, hat das Programm KuQ (nicht) auch Möglichkeiten zur Strukturveränderungen im Sozialraum wie bei den Umsetzungsbeteiligten geschaffen? (Beschäftigungsförderung Solingen).

Das Forum 7 „Über die kommunalen Grenzen hinaus: Kinder- und Jugendhilfe aus Sicht der EU“ weitete den Blick über die nationalen Grenzen hinaus und verwies auf die Notwendigkeiten zukünftiger Förderpolitik. Zum einen vor dem Hintergrund, dass wenn die Jugend am Aufbau von Europa ernsthaft zu beteiligen ist, erfordert dies von der Politik generell ein verändertes Bewusstsein von Europa und einen gewandelten Umgang mit europäischen Themen auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene. Aber auch – und das ist der Umkehrschluss daraus – von der lokalen Ebene eine eigene aktive Strategie (BBJ Brüssel). Diese wiederum hat ein Jugendamt gefunden, dass schon seit vielen Jahren mit europäischen Fördermitteln arbeitet. Es geht davon aus, dass Misserfolge, Versagen, Chancen- und Arbeitslosigkeit die Werte, Normen und Einstellungen junger Menschen in diesen Sozialräumen prägen und deshalb öffentliche Transfermittel hier unterstützend wirken müssen, unabhängig von der einzufordernden Eigeninitiative und notwendiger Kooperations- bzw. Netzwerkarbeit – gerade in Partnerschaft mit europäischen Nachbarn (Jugendamt Kyffhäuserkreis).

In der, die Auswertungstagung begleitenden, Projektmesse [23] stellten über 36 Jugendämter und die mit ihnen kooperierenden Träger ihre Maßnahmen und Projekte vor. Im Rahmen von einzelnen Präsentationen (z.B. Videoprojekte, Fotodokumentationen, Plakate. CD-ROMs, Flyer, Pressematerialien) wurden die konkreten Arbeiten vorgestellt und durch die Teilnahme von Vertretern/innen aus den Projekten auch inhaltlich erläutert. Neben dieser Art der hauptsächlich visuellen Darstellungen konnten auch Ausschnitte der Projektarbeit vorgeführt werden (z.B. Bearbeitung von Steinen im Rahmen der Werkstatt „Gesichter der Gewalt“, Simulation von Interviews, musikalische Beiträge). Eine besondere Aufmerksamkeit zogen die beiden mobilen Beratungseinrichtungen auf sich: zum einen das „Beteiligungsmobil“, ein umgebauter Bus, der als rollende Informationsplattform für Projekte und deren Realisierung diente sowie ein „Job-Mobil“, das für Schul-, Ausbildungs- und Berufsberatung vor Ort eingesetzt wurde.

Durch die angestrebte Beteiligung unterschiedlichster Akteure/innen aus Fachöffentlichkeit, Projektmanagement sowie direkt Betroffener entstand eine ausgesprochen authentische Form der Präsentation der einzelnen Diskussionsforen und Aktivitäten. Da zudem noch jeweils umfangreiches Informationsmaterial zur Verfügung stand und großflächig an Interessenten/innen verteilt wurde, war ein sehr nachhaltiger Effekt der Tagung sowohl hinsichtlich des Kennenlernens neuer Projekte und Ideen als auch der aktuellen Fachdiskussion zu verzeichnen. Die im Rahmenprogramm aufgetretenen musikalischen Begleitungen – vom „afrikanischen Trommeln“ bis zu „Heuberg goes Rock“ und Breakdance-Aufführungen – ergaben insgesamt ein sehr umfängliches und weitgestreutes Bild der Maßnahmen und Projekte, die aus dem Programm KuQ umgesetzt worden sind, ohne dass sie zufällig, einseitig und in der Wiederkehr des Immergleichen mündeten.

4.5 Ausblick

Das generelle Problem von zeitlich befristeten Projekten liegt häufig an ihrem geringen „Wirkungseffekt“, der nach Ablauf dieser Aktivitäten noch bleibt resp. eine angemessene Fortsetzung findet. Schnell wird dann die vorhandene Finanzierungslücke als Ruf nach weiterer Förderung genutzt, oder als Alibi der endgültigen Einstellung. nicht ohne das nunmehr „hereinbrechende Elend“ der bisher bedachten Zielgruppe(n) heraufzubeschwören.

Auch beim Programm KuQ bestand – einerseits bedingt durch die kurze Laufzeit und andererseits durch den nicht geringen Aufwand, funktionsfähige Kooperationen eingehen zu müssen – die Gefahr der umgehenden Einstellung nach Ablauf des Programms. Umso erfreulicher ist das Er-

[23] vgl. hierzu : ANHANG „Aufstellung Projektmesse“

© Stiftung SPI 2004

gebnis, dass die große Mehrheit der durch das Programm KuQ initiierten Maßnahmen und Projekte in irgend einer Form sicher (43 %) oder vielleicht (30 %) nach Ablauf der KuQ-Förderung weiter geführt werden.[24]. Das gilt für die meisten Projekte aus allen Förderschwerpunkten. Besonders häufig fortgeführt sollen allerdings vor allem Projekte aus dem Bereich „Verbesserung des Wohnumfeldes und der sozialen Infrastruktur". Hier macht sich bemerkbar, dass das Programm KuQ eingebettet war in das Programm Soziale Stadt, das überwiegend dieses Ziel verfolgt.

Sehr anschaulich beschrieb ein Jugendamt einer Landeshauptstadt, dass *„... das Programm KuQ die Förderung von Projekten begünstigt hat, deren maximales Haltbarkeitsdatum nicht schon mit dem Ende der Förderung abgelaufen war: der durchgeführte Elternkurs wurde inzwischen ins Regelangebot der Erziehungshilfe aufgenommen und wird zukünftig aus Jugendhilfemitteln finanziert; das eingerichtete Atelier Grammatik wird noch für zahlreiche weitere Sprachkurse nützlich sein; und auch die Stadtteilküche wird die Produktivkraftentwicklung der lokalen Gastronomie weiterhin begünstigen. Es kann also versichert werden, dass die Fördermittel nicht für projektbezogene Eintagsfliegen verbraten wurden, sondern die Leistungspalette der ‚Sozialen Stadt' langfristig erweitert haben..."*.

Weiterführend wird in einem anderen Bericht abschließend hervorgehoben, dass *„... in allen geförderten Projekten im Inhaltsbereich weitergearbeitet wird. Deshalb sind zwar die Projekte KuQ abgeschlossen, nicht aber die Arbeit. (...) In allen geförderten Projekten haben die Träger und auch das Jugendamt zusätzliche Kapazitäten in die geförderten Inhaltsbereiche eingebracht. Dies betrifft insbesondere personelle Kapazitäten (...) Die Ergebnisse des Projektes „Angebotsentwicklung für Migranten/innen" werden uns in den nächsten Monaten weiter beschäftigen. Wir haben durch diese Maßnahmen wichtige Einblicke in die Lebens- und Integrationsrealität junger Migrantinnen und Migranten erworben, die wir konzeptionell umsetzen werden. Unser derzeitiger Planungsstand ist, dass wir die Ergebnisse und die notwendigen Konsequenzen in einer öffentlichen Veranstaltung (...) gemeinsam mit den Trägern und den anderen beteiligten Institutionen erörtern und Schlussfolgerungen ziehen. Dies kann dann ja ggf. schon ein Projekt im Bereich des Programms LOS sein, ganz sicher werden auf jeden Fall weitere Projekte folgen (...).*

Ganz praktische Konsequenzen aus den Ergebnissen der Projektarbeit haben der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung bei der Aufstellung des Haushaltes 2003 bereits gezogen. So wurde nicht nur die bisher in städtischer Trägerschaft geleistete Jugend- und Gemeinwesenarbeit (...) in freie Trägerschaft überführt und damit ein einheitliches Gemeinwesenprojekt für das gesamte neue Programmgebiet (...) geschaffen, sondern zugleich wurde die Jugendarbeit im Stadtteil um eine halbe Stelle auf nunmehr 3,5 Stellen dauerhaft verstärkt.

Unsere Bemühungen, in Kooperation von Jugendhilfe und Schule zu organisieren, dass im Bereich der beruflichen Kompetenzerhöhung benachteiligter junger Menschen kein „Abhängen" dieser Menschen von Entwicklungen im IT-Bereich passiert, wurden im Projekt „PC-Qualifizierung" unterstützt. Die in Kooperation von Jugendhilfe und Schule beschaffte und gemeinsam genutzte Ausstattung schließt die Lücke. Nunmehr haben wir im Bereich der Jugendarbeit und der Schule ausreichend Kapazitäten für das Erlernen und Einüben von Kompetenzen im IT-Bereich. Unterstützen werden wir dies mit der Neueröffnung eines Bistro/Internetcafé am 01. April 2003, welches vor allem für Erwachsene und ältere Menschen zur Verfügung stehen soll ..."

Kontinuität und Nachhaltigkeit des Programms KuQ konnten – wie aus diesen exemplarischen Berichten ersichtlich – zumindest in relevanten Teilbereichen sicher gestellt werden. Das Engagement der kommunalen Ämter war durchweg überzeugend und es wurden große Anstrengungen unternommen, die finanzielle Basis für die Fortführung und/oder Neugestaltung initiierter Projekte und Maßnahmen über das Programm KuQ hinaus zu sichern.

Darüber hinaus konnte besonders die einzelfallübergreifende und bedarfsorientierte Planung und Steuerung der Maßnahmen und Projekte in der relativ kurzen Programmlaufzeit von KuQ effizient

[24] vgl. hierzu: Kapitel 6 dieses Berichts

© Stiftung SPI 2004

gestaltet – und teilweise auch neu erlernt und erfahren – werden. Hier hat das Programm KuQ ein hohes Aktivierungspotenzial eröffnet, das sich hauptsächlich auch durch die finanziellen Spielräume des Verfügungsfonds ergab. Denn zum ersten Mal konnte das Jugendamt eigens akquirierte Fördermittel in den kommunalen Haushalt einbringen und kam aus der Rolle des „ewigen" Bittstellers in die eines „mitgestaltenden" Akteurs. So begrenzt sich die direkten und unmittelbaren Gestaltungsmöglichkeiten auch immer darstellen, es sind wichtige Schritte hin zur Stärkung der Jugendhilfe vor Ort [25].

Dieses damit einhergehende größere institutionelle Selbstbewusstsein drückte sich auch in offensiver angelegten Maßnahme- und Projektplänen mit den freien Trägern aus, denn die Vorgaben des Programms KuQ ermöglichten einerseits eine Orientierung an klar strukturierten Förderschwerpunkten wie andererseits gerade in diesen ein hohes Maß an gestalterischer Freiheit und der Möglichkeit zur Initiierung lokaler Strategiepotentiale, z.B. in Bezug auf Zielgruppen, methodische Vorgehensweisen und sozialräumliche Kooperationen.

Ein weiterer Aspekt förderte darüber hinaus noch zusätzliche Perspektiven: die vorhandenen und/oder auch neu entwickelten Kooperationen konnten die Beziehungsstrukturen partiell verändern. Kooperative Vernetzungen erfolgten über die Arbeits- und Sozialämter ebenso wie die konkrete Abstimmung zwischen Jugendämtern und freien Trägern, allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen, dem Gesundheitswesen, Wohlfahrtsverbänden, Quartiersmanagement, örtlichen Unternehmen, Bürgergruppen und Initiativen sowie weiteren lokal agierenden Institutionen. Im Mittelpunkt dieser Netzwerkarbeit stand besonders die Förderung der inhaltliche Schwerpunkte „Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an Planungs- und Umsetzungsvorhaben", „Übergang Schule – Beruf" und „Gemeinschaftsprojekte von Jugendhilfe und sozialer Stadterneuerung". So konnte umfassend der formulierte Anspruch nach „organisationsübergreifenden und interdisziplinären Handlungsstrategien und Synergiepotentialen"[26] verwirklicht werden.

Dass dies fast durchweg für alle am Programm KuQ beteiligten Jugendämter galt, war zunächst nicht absehbar angesichts der unterschiedlichen Programmgebiete Ost und West mit ihren jeweils aktuellen Problemlagen. Die im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung[27] erhobenen Merkmale der Gebiete differenzieren in den hauptsächlichen Ausprägungen nicht grundlegend aber durchaus signifikant: fehlende Ausbildungs- und Arbeitsplätze mit der Folge hoher und anhaltender Arbeitslosigkeit werden in den östlichen Bundesländern häufiger, im Westen dagegen zusätzlich der hohe Anteil an Ausländern/innen, fehlende Freizeitmöglichkeiten und eine marode Bausubstanz angemerkt. Diese Unterschiede manifestieren sich auch in der Orientierung auf die Zielgruppen der Maßnahmen/Projekte: nicht in der generellen Ausrichtung auf Kinder und Jugendliche aus sozial schwachen Familien (dies entspricht dem Programmauftrag und teilt sich auf in West: 60 Prozent und Ost: 57 Prozent), sondern im Rahmen der Qualifizierung von Fachkräften der Kinder- und Jugendarbeit unter dem Stichwort „Nachholbedarf" (West: 36 Prozent und Ost: 50 Prozent) und bei der angesprochenen Ausländerproblematik (West: 48 Prozent und Ost: 16 Prozent) [28].

Dennoch ist für alle Gebiete exemplarisch, was für die Stadt Trier formuliert wurde: *„...Die soziale Struktur ist heute gekennzeichnet durch einen überdurchschnittlich hohen Anteil von Kindern und Alleinerziehenden, Sozialhilfeempfängern und Arbeitslosen. In einigen Bereichen mit hohem Sanierungsstau ist jeder zweite Bewohner auf Transferleistungen angewiesen. 22 Prozent der Einwohner sind Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, von denen 30 Prozent im Leistungsbezug von Sozialhilfe stehen. Auch die Leistungen im Bereich der Hilfen zur Erziehung und des Unterhaltsvorschusses fallen für den Stadtteil überproportional aus. Außerdem existiert eine Vielzahl geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse, typischerweise vor allem für Frauen ...*[29].

[25] Vgl. hierzu auch ANHANG R.Prölß: „Stärkung der Jugendämter vor dem Hintergrund sozialräumlicher Strategien", Abschlusskonferenz KuQ, Berlin 2003
[26] BMFSFJ: Konzeptpapier zum Programm „Kompetenz und Qualifikation für junge Menschen, (KuQ)" vom 17.01.2002, (unveröff.), Berlin 2002
[27] Vgl. zu diesem Themenkomplex Kap. 6.2.1 und 6.2.2 dieses Berichts
[28] Vgl. hierzu Kap. 6.3.3 dieses Berichts
[29] Fallstudie Stadt Trier; in: Kap. 6.6.2.1 dieses Berichts

© Stiftung SPI 2004

Diese Problemlagen strukturierten auch vorrangig die Auswahl der Förderschwerpunkte im Programm KuQ – unabhängig von der regionalen Zuordnung[30]: Es wurden solche Maßnahmen/Projekte geplant und umgesetzt, die zum einen die Berufsbefähigung – und damit im weitesten Sinne auch die Sozialkompetenz - wie auch die konkrete Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeit zum Ziel hatten sowie die Förderung der Partizipation im Rahmen von lokalen Planungs- und Umsetzungsvorhaben.
Die angesprochenen Förderschwerpunkte wurden sehr bedarfsnah und praxisbezogen ergänzt durch weitere Inhalte, die zum einen den kreativen Bereich abdeckten (z.B. Musik und Tanz, Kunst und handwerkliche Werkstätten), den eher allgemeinbildenden und sprachvermittelnden Bereich (Vermittlung von Sprachkompetenz, Hausaufgabenhilfe, Medienkompetenz) sowie den konkret beratenden Bereich (z.B. Elter- und Erziehungsberatung, Vermittlung von Ernährungswissen). Sehr erfolgreich waren auch zahlreiche Projekte für die Zielgruppe der Jugendlichen mit Migrationshintergrund, wo neben der deutschen Sprache auch weitere Informationen aus dem Bereich der Berufsorientierung und -vorbereitung vermittelt wurden und dies noch in Räumen eines extra ausgebauten Cafés in einer Schule.

Diese „weitreichenden“ Kombinationen wurden hauptsächlich von solchen Jugendämtern realisiert, die personell eine bestimmte Ausstattung für Schwerpunktbereiche vorweisen konnten. Im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung wurde erhoben, dass in 26 Prozent der Jugendämter für „Akquisition von Programmen/Projekten“ (West: 25 Prozent, Ost: 26%) und 61 Prozent für „Übergang Schule – Beruf/Ausbildung“ (West: 59 Prozent, Ost: 68%) eigene Abteilungen vorhanden sind[31]. Dabei ist die Größe eines Amtes und/oder seine Verortung in einer städtischen oder ländlichen Region nicht ausschlaggebend für solche „besonderen“ Abteilungen. Zu Recht wird darauf hingewiesen, dass „ihre Einrichtung eher die Folge entsprechender Amtsphilosophien und -strategien zu sein (scheint) und bedeutet in jedem Fall, dass sich die übrigen Mitarbeiter/innen stärker ihren inhaltlichen Arbeiten widmen können. Außerdem verspricht die Einrichtung solcher Abteilungen mit speziellem Know how in Sachen Akquisition, Antragsstellung und -abwicklung grundsätzlich mehr Professionalität und damit auch mehr Erfolg bei der Akquisition von Fördermitteln aus den diversen Programmen, wodurch sich die zusätzlichen Personalkosten mittel- und langfristig schnell amortisieren dürften. Vorerst haben Jugendämter, die über solche Abteilungen oder Sachbearbeiter/innen verfügen, in dieser Beziehung sicherlich einen Vorteil“.[32] Dass hierbei die in den östlichen Bundesländern liegenden Ämter stärkere Präsenz zeigen liegt sicher zum einen an der umfassenderen Verwaltungsmodernisierung und daraus resultierenden Konsequenzen (allein 77 Prozent der Ämter haben eine solche Veränderung durchlaufen gegenüber 73 Prozent im Westen) wie auch an der drängenderen Problemlage im Bereich des Arbeits- und Ausbildungsmarktes.

Sowohl in den östlichen als auch in den westlichen Ämtern klafften allerdings Anspruch und Wirklichkeit auseinander, wenn es um die Frage der Einbindung, Kooperation und engeren Vernetzung mit der regionalen Wirtschaft ging sowie um die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des öffentlichen und privaten Gesundheitswesen. Als durchaus grossen Nachholbedarf konstatiert, wurden Maßnahmen /Projekte hierzu kaum bis gar nicht realisiert.

Generell kann gesagt werden, dass bei allen beteiligten Jugendämtern am Programm KuQ – unabhängig ob in den alte oder neuen Bundesländern - vergleichbare Strategien der Maßnahmen- und Projektakquisition, der Umsetzung und der Erfolgsorientierung vorherrschten. Immer ging es zunächst um die Verbesserung der materiellen und personellen Ressourcen, ehe dann zielgruppenspezifische Angebote entwickelt und unterbreitet werden konnten. Dass diese Abfolge nicht immer in gleichen zeitlichen Schritten geschah, lag zum einen an der kurzen Programmlaufzeit, an dem doch grösseren Aufwand zur Kooperation mit den (potenziellen wie auch manchmal gewünschten) Partnern und an der Erreichbarkeit und Akzeptanz der jeweiligen Zielgruppe(n).

[30] Zusätzlich ist zu beachten, dass natürlich bei der kurzen Laufzeit eines Programms (die durchschnittlichen Umsetzungsmöglichkeiten lagen zwischen 5 und 3 Monaten) aktuelle Problemlagen und spezifische Wahrnehmungen eine wichtige Entscheidungsvariable darstellen

[31] Vgl. ausführlicher hierzu Kap. 6.1 dieses Berichts

[32] Kap. 6.1 dieses Berichts

© Stiftung SPI 2004

5. Wirkungsebenen

5.1 Perspektiven

Das nachhaltige Ziel des Programms KuQ war die Etablierung einer möglichst dauerhaften trägerübergreifenden Koordinations- und Kooperationsstruktur, ausgehend von den Jugendämtern bzw. Fachbereichen und unter Einbindung der weiteren Akteure des ausgewiesenen Sozialraums. Es ging damit um die Implementierung vorrangig längerfristiger Verfahrensweisen, Maßnahmen und Projekte, um die zukünftige „Navigation sozialer Arbeit" (Wende) als Koproduktion nachhaltig(er) als bisher zu steuern.

Im Rahmen dieses umfassenden Gesamtkonzeptes sollten verschiedenste Aktivitäten – an Hand vorgegebener inhaltlicher Schwerpunkte - die gewünschte Form der Kooperation und gemeinsame Handlungsstrategien in die Wege leiten bzw. dort, wo solche Arbeitsbeziehungen bereits Bestand haben, diese weiter ausbauen helfen. Zusätzlich sollten Impulse zu einer veränderten Form der Wissensproduktion und -aneignung entwickelt werden, die primär auf die Bearbeitung bestehender kommunaler Probleme sozialer Arbeit zielten; d.h. verfügbare Kenntnisse zur Beantwortung aktuell drängender Fragen mussten gesucht werden, die nicht in einem kurzfristigen Aktionismus münden, sondern abgestellt sind auf die Perspektive der Wirkungen als einer zentralen Kategorie. Zwar orientiert sich soziale Arbeit nach wie vor zwischen Routine und Innovation, doch die geforderte kommunikative Verständigung aller Beteiligter über Ziele und Maßnahmen im Programm KuQ – und zwar methodisch angeleitet und sinnvoll an die Gegebenheiten vor Ort angepasst - bewirkte eine nachhaltige Implementation vieler Aktivitäten. Etwa durch das Aufbrechen bisher versäulter Maßnahmeformen, durch den Blick auf umfassende Prozesse in sozialen Feldern, auf besser strukturiertes Handeln in institutionellen Zusammenhängen und durch den Bezug auf das Ganze des sozialwirtschaftlichen Rahmens und damit auf Ordnungs- und Wohlfahrtspolitik, Sozial- und Bildungspolitik sowie Qualitätspolitik, und hier konkret auf Struktur-, Prozess und (vor allem) die Ergebnisqualität.

Die Aussagen der beteiligten Jugendämter in Bezug auf die Wirkungen der einzelnen Maßnahmen und Projekte dokumentieren dies in sehr unterschiedlicher Weise:

„... bisher unabhängig von einander wirkende Institutionen und Träger wurden zusammengeführt, so dass die bei jedem vorhandenen Potenziale im Interesse des Projekts genutzt werden konnten. (...) Kabinette konnten ausgestaltet werden und damit den Anforderungen für eine künftige Profilierung der Schulausbildung in Sachsen entsprechen ..."

„... Projektvorhaben werden zukünftig über einen Stadtteilarbeitskreis geplant und realisiert ..."

„... Die eingeleitete Form der Kooperation wird künftig als ein festes Jugendhilfeangebot fortgeführt ..."

„... wurden konkrete Verabredungen getroffen, wie die Wiederholung eines Jugendforums längerfristig auf verschiedenen Wegen vorbereitet werden soll ..."

„... durch die Technik-Wochen für Mädchen und Jungen in der Hauptschule wurde die Vernetzung im Sozialraum erheblich gestärkt ..."

„... im Projekt `Singende Grundschule` wurden nicht nur die vielfältigen musikalischen Fähigkeiten gestärkt, sondern insbesondere der interkulturelle Kontakt verbessert ..."

„... Stadtjugendring und der Stadtteilbeirat haben beschlossen, ein eigenes Handlungskonzept zukünftig jedes Jahr aufzustellen und mit den Beteiligten abzustimmen ..."

„... Es wurde eine Kooperationsstruktur aufgebaut, die die Kommunikation und die Zusammenarbeit zwischen den Schulen im Programmgebiet und den anderen Akteuren sichert ..."

© Stiftung SPI 2004

„... es entstanden Wirkungen über den erwarteten Rahmen hinaus. Eltern konnten motiviert werden, die Öffnungszeiten des Spielplatzes selbst zu organisieren, Firmen wurden zu Spenden ermuntert, und insgesamt die Verantwortlichkeiten erhöht ...“

„... mehrere Nutzergruppen konnten etabliert werden, die sich altersmäßig differenziert haben. Dadurch wurde das Angebot ausgeweitet und Eigenständigkeit der Jugendlichen (Mitwirkung am Angebot, Selbstorganisation) gestärkt ...“

„... Die Kooperation zwischen Gesamtschule und den anderen im Stadtteil vertretenen freien Trägern der Jugendhilfe konnte durch die gemeinsame Erarbeitung und Durchführung von Projekten intensiviert werden ...“

Insgesamt lassen sich Ansätze zu Veränderungspotentialen durch das Programm KuQ unter dem Stichwort „Wirkungen“ ausmachen, die sich auf unterschiedliche Aspekte beziehen:

- Kooperation
  Es wurden durchweg Kompetenzen zur kooperativen Teilhabe an Planungs-, Umgestaltungs- und Entscheidungsprozessen vermittelt und deren Realisierung im Rahmen von Projekten und Maßnahmen auch ermöglicht. Die beteiligten in den ausgewiesenen Gebieten konnten dabei ihre unterschiedlichen Wahrnehmungen, Einstellungen und Sichtweisen angemessen einbringen und im Rahmen von – meist angeleiteten - Kommunikations- und Verständigungsprozessen die konkreten Standpunkte erörtern und formale Entscheidungen mit beeinflussen.

- Interkulturelle Verständigung und Solidarität
  Die unterschiedlichen Interessenslagen und Probleme konnten aus der Perspektive der Kinder und Jugendlicher unterschiedlicher Kulturen und Lebensstile verständigungsorientiert vermittelt und dargestellt werden. Besonders Orte sozialer Brennpunkte wurden zu Anlässen, Unterstützungen zu organisieren und Hilfen zum solidarischen Umgang zu vermitteln.

- Planungs- und Umsetzungskompetenz
  In den einzelnen Projekten und Maßnahmen gab es Zielsetzungen „nachhaltiger Entwicklungen“ in Hinblick auf die Verfügbarkeit von Ressourcen. Dabei wurde der notwendigen Vernetzung von Akteuren ein hoher Stellenwert beigemessen sowie durchgängig etwaige Rückkopplungen, Spätfolgen, Zeitverzögerungen bedacht. Auch wurden Planungsalternativen entwickelt, die in einem anderen Zeitdimension realisiert werden könnten wie auch Reaktionsmöglichkeiten auf Nebenfolgen angedacht.

- Interdisziplinäre Herangehensweise
  Es gab immer wieder – methodisch angeleitet - Ansätze zur Verknüpfung von Denkweisen, Handlungen und unterschiedlichen Zugängen, die es im lokalen Zusammenhang galt, transparent darzustellen. Kinder und Jugendliche wurden dazu angeregt, verschiedene Herangehensweisen bei der Problemlösung zu erproben, miteinander zu vergleichen und Stärken und Schwächen problembezogen zu diskutierten.

- Zukunftsfähigkeit und Kompetenzerwerb
  In den Zusammenhängen der einzelnen Maßnahmen und Projekte konnten teilweise bereits Risiken von aktuellen und künftigen, aber auch unerwarteten Entwicklungen thematisiert werden. So konnten Vorschläge, Angebote und Anregungen zur Gestaltung der eigenen sozialen, technischen, ökonomischen und ökologischen Schauplätzen entwickelt und diese Zukunftsentwürfe in Beziehung zu aktuellem Handeln der Beteiligten gesetzt werden (z. B. in schulischen Zusammenhängen).

© Stiftung SPI 2004

Mit dem Ziel, auf die Wirkungen der Maßnahmen und Projekte im Programm KuQ abzustellen, sollte zweierlei verfolgt werden: zum einen aufzuzeigen, wie und wodurch die Vermittlung der Fertigkeiten, Kenntnisse und Kompetenzen an die Akteure im Sozialraum aktiv und verantwortungsvoll realisiert werden konnte und zum zweiten sollten damit Anregungen, Vorbilder und praktische Umsetzungshilfen für Kommunen, Bildungseinrichtungen und freie Träger gegeben werden, wie solche Entwicklung gestaltet werden können.

5.2 Wirkungsebene Kooperation

Impressionen

„... Die Kooperationsebene war nach Abschluss des Projektes größer als anfangs. Die zentrale Kooperation mit Kita, Schule, Quartiersmanagement wurde erweitert um einen niedergelassenen Kinderarzt und die zuständige Ärztin des Gesundheitsamtes, die Rathaus-Dolmetscherin, die Lehrerinnen eines Deutschkurses für arabische Frauen und eine Sozialpädagogin aus dem Regionalen Sozialpädagogischen Dienst. Dieses Spektrum der Kooperation hat zur nachhaltigen besseren sozialen Verankerung der Mütter beigetragen …“

(Auszug aus der KuQ-Ergebnisdokumentation Berlin-Neukölln)

„... Ein wichtiges Anliegen dieses Projekts, die Verbindung zwischen den einzelnen KuQ-Projekten dieses Gebiets unter Einbeziehung des Quartiersmanagements zu bewirken, konnte nicht erreicht werden. Die Träger der Projekte waren nicht zu einer Teilnahme weder an der Planung noch an der Durchführung (...) zu bewegen. Das Quartiersmanagement versagte sich gleichfalls und überließ die Mitwirkung dem Strukturentwicklungsträger. Aus Sicht des Programmbeauftragten KuQ muss festgestellt werden, dass in diesem doch so kleinen E&C-Gebiet keine irgendwie gesicherten und allenfalls situations- und personenbezogenen Kooperationsstrukturen vorhanden sind. Auch das ist ein Ergebnis ...“.

(Auszug aus der KuQ-Ergebnisdokumentation Bezirk Berlin-Friedrichshain)

„... sollte mit Hilfe des sozialen Arbeitskreises versucht werden, ein konkretes Konzept für die Stadt zu erarbeiten und umzusetzen. Der gebildete Arbeitskreis setzte sich aus folgenden Fachkräften zusammen: Schulsozialarbeiter, Schulleiter, Polizeidirektion, Arbeitsamt, Arbeitsgemeinschaft der Stadt, Sportvereine, Caritas, Sozialamt, Jugendamt, Kirchengemeinden, Jugendhilfeplanung, Bewährungshilfe, Verein Freunde der Kinder, Jugendhaus, Beirat Jugendhaus und psychosoziale Beratungsstelle. Das sind alles Vertreter der in der Kinder- und Jugendhilfe der Stadt tätigen Mitarbeiter. Der Arbeitskreis beschließt durch einfachen Mehrheitsbeschluss, die Arbeitsgruppe zu vergrößern oder zu verkleinern. Der soziale Arbeitskreis wird vorübergehend vom Bürgermeister geleitet...“

(Auszug aus der KuQ-Ergebnisdokumentation Stadt Regensburg)

5.2.1 Kooperationsansätze

Die Auswertungs- und Koordinationstreffen mit Vertretern/innen von Jugendämtern haben in Bezug auf die kommunalen Entwicklungen erkennen lassen, dass der Kooperationswille auf unterschiedlichen, teilweise voneinander entkoppelten ordnungspolitischen Ebenen präsent ist und dabei Interessenvielfalt und –divergenz vorherrschend sind. Betrachtet man z.B. die institutionellen Verantwortlichkeiten bei den öffentlichen und privaten Hilfeangeboten, so zeigt sich eine ausgeprägte „Kultur des Nebeneinanders“ (Brocke), die über viele Jahrzehnte auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene durch die verschiedenen Ressortierungen und die unterschiedlich gesteuerten und handelnden Ämter fast zwangsläufig gewachsen ist. Damit einher geht auch eine strukturelle Reformunfähigkeit, die jedes Andenken von Veränderungen – und Kooperation erzwingt dies fast zwangsläufig - im Keim erstickt und somit eine öffentliche Verwaltung generiert, die nach dem „Malefizprinzip“[33] funktioniert; will sagen, den anderen daran hindern, dass dieser ein Ziel erreicht, indem man ihm Hindernisse in den Weg legt, bis das Spielfeld so voll und undurchdringbar ist, dass man selbst kaum zum Ziel kommen kann. Differenzen werden somit herausge-

[33] Vgl. ANHANG R. Prölß: Stärkung der Jugendämter vor dem Hintergrund sozialräumlicher Strategien; Auswertungstagung KuQ, Berlin 2003

© Stiftung SPI 2004

stellt und nicht Gemeinsamkeiten gesucht und gestärkt: Gesetzeswerke mit unterschiedlicher Regelungsdichte und Kontrollmechanismen verdeutlichen dies ebenso wie zentral ausgerichtete Förderungen, die nur für bestimmte Zielgruppen zutreffen und darüber hinaus auch nicht immer am lokalen Bedarf ausgerichtet sind. Die Vielfalt von Hilfeangeboten und deren unterschiedliche Ausrichtung erschweren eine langfristige strategische Planung und Kooperation auf örtlicher Ebene ebenso wie den Aufbau einer individuellen, an den Bedürfnissen der Zielgruppen ausgerichteten Unterstützungs- und Hilfestruktur. So wird die Erarbeitung gemeinsamer Zielvorstellungen durch die vorhandene Aufgabenspezifizierung der jeweiligen Ämter nachhaltig erschwert. [34]

Vor diesem Hintergrund verfolgte das Programm KuQ einen integrativen Ansatz und die Betonung von Beteiligung und Aktivierung lokal relevanter Akteure. Entsprechend sollen sich solche Maßnahmen und Projekte durch die Zusammenarbeit unterschiedlicher, teilweise auch konkurrierender Akteure, durch das Zusammenspiel von Politik, Verwaltung Trägern und Betrieben auszeichnen. Es geht dabei um den Aufbau handlungsfähiger Netzwerke und um die Einbeziehung von Multiplikatoren/innen in die kommunale Gremien- und Projektarbeit. Dazu zählen – neben den Jugendämtern und ihren Abteilungen und Einrichtungen – vor allem Kindertagesstätten und -schulen, Grund-, Haupt-, Gesamt-, Förder- und Realschulen, Arbeits- und Sozialämter, Institutionen der öffentlichen und privaten Gesundheitspflege, Vereine und nicht zuletzt die lokale und regionale Wirtschaft.

86 kommunale Verwaltungen haben sich mit ihren Jugendämtern am Programm KuQ beteiligt und dabei 432 Maßnahmen und Projekte initiiert und in den unterschiedlichsten Kooperationszusammenhängen auch umgesetzt. Dabei zählten die freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe zu den wichtigsten Kooperationspartner der Jugendämter, auch zwischen Jugendhilfe und Sozialer Stadterneuerung (Stadtteil-/Quartiersmanagement) sowie mit Hauptschulen herrschten gute und einvernehmliche Beziehungen, auf die bei der Umsetzung des Programms KuQ hauptsächlich auch zurückgegriffen wurde. Als unbefriedigend und mehr als ausbaubar waren die Kooperationsbeziehungen zwischen Jugendhilfe und lokaler Wirtschaft, ebenso Gesundheitsämter, Suchtberatungsstellen oder Ärzte und Psychologen. Auch das Programm KuQ konnte dieses bestehenden „Nichtverhältnisse“ kaum beheben, trotz einer expliziten Orientierung auf die jeweiligen Förderschwerpunkte „Kooperation zwischen Jugendhilfe und lokaler/regionaler Wirtschaft“ sowie „Zusammenarbeit der Jugendhilfe mit Institutionen der öffentlichen und privaten Gesundheitspflege“. [35]

5.2.2 Zum Verständnis von Kooperation

Kooperation meint im allgemeinen den Zusammenschluss zweier oder mehrerer rechtlich selbständiger Akteure mit einem gemeinsamen Anliegen resp. einer gemeinsamen Zielsetzung, bezogen auf ein konkretes Vorhaben und ist in seiner Struktur relativ komplex, wobei sich am Grad an Komplexität der Unterschied zum Netzwerk festmachen lässt: Je komplexer desto mehr in Richtung funktionsfähiges Netzwerk.

Im Programm KuQ wurde bewusst auf eine formalisierte Kooperation/Netzwerkbildung (hier synonym gemeint) abgestellt, um zum einen den „Allerweltsbegriff“ Kooperation inhaltlich und organisatorisch zu füllen (d. h. weg von der Postulatsebene „...wir machen das schon...“ hin zur Realisierungsebene „...wir machen das so...“) und zum andern durch die Mindestvorgabe der fachlich ausgerichteten Zusammenarbeit von Jugendamt, Sozial- und Arbeitsamt nicht nur einen Beitrag zur möglichen Verstetigung solcher Strukturen zu schaffen, sondern auch Transparenz über die jeweilige Leistungs- und damit Entscheidungsbeteiligung zu vermitteln. Über die „Freistellung einer qualifizierten Person“ sollte auch die konzeptionell/koordinierende Ebene bedacht werden durch Aufgabenschwerpunkte wie Bündelung von Informationen, (Weiter-)Entwicklung von Maßnahmen und Projekten und der Feststellung von Qualitätsstandards.

[34] Vgl. hierzu auch die weiterführenden Ausführungen von R. Prölß: Stärkung der Jugendämter vor dem Hintergrund sozialräumlicher Strategien; Auswertungstagung KuQ, Berlin 2003 (s. ANHANG)

[35] Vgl. hierzu auch Kap. 5.2.5 und Kap. 6.4.1 dieses Berichts

© Stiftung SPI 2004

Mit diesen Vorgaben konnte dem kommunalen Alltagshandeln im Rahmen von Planung, Umsetzung und Politik eine „andere“ Ausrichtung gegeben werden. Denn bisherige Erfahrungen zeigen in solchen Zusammenhängen eher auf die Entwicklung von Gelegenheitsstrukturen, die kurzfristig installiert und genau so schnell wieder abgeschafft werden, auf die Sammlung einer Fülle von brauchbaren Ideen, die aber nur als symbolische Maßnahmen „überleben“ und damit kaum Chancen auf ihre Umsetzung haben. Bezeichnend hierzu sind folgende Beispiele:

- *„Das Bürgerbüro stellt eine neue Schnittstelle zwischen Verwaltung und Bürgerschaft dar – zugleich kann damit alles beim Alten bleiben;*
- *das Stadtteilforum wird an einen profilierten externen Moderator vergeben. Dem gelingt es, viele Akteure einzubinden und einen kooperativen Prozess zu gestalten. Nach Ende seines Einsatzes verfällt das so aufgebaute Potenzial;*
- *während die Bebauung einer Konversionsfläche mit großem Kommunikationsaufwand begleitet wird, werden zur gleichen Zeit alltägliche Anfragen aus der Bürgerschaft zu verschiedensten Problemen entweder gar nicht oder lediglich auf sehr restriktive Weise aufgegriffen;*
- *die Stadt entschließt sich, in einem konfliktreichen Fall ein aufwendiges Dialogverfahren durchzuführen und dafür mehrere Hunderttausend € einzusetzen. Es gelingt den professionellen Betreuern des Verfahrens, neben den vielen außeradministrativen Beteiligten auch die unterschiedlichen Dienststellen de Verwaltung und relevante Teile der Politik im Vorfeld einzubinden, sodass die eigentliche Werkstatt, in der erstmals alle Sichtweisen zusammengeführt wurden, als Erfolg eingestuft wurde. Nach Beendigung des Verfahrens kehrt die alte Routine getrennter Bearbeitung wieder ein.“* [36]

Beobachtungen wie diese sind keine Einzelfälle. Sie sind die Regel selbst in Kommunen, die seit Jahren für ihre „best practices“ bekannt sind. Es ist dieses Phänomen der auf zeitliche, sachliche, institutionelle und personelle „Inseln“ begrenzten Kommunikation und damit auch Kooperation.

Aber warum bleibt es bei diesen Inseln? Die Suche nach Antworten wird unvermeidlich, wenn Grenzen überschritten und ämterübergreifende Beteiligungen im Alltag kommunaler Planung und Politik als Standard angestrebt werden. Es gibt erste Antworten: Etwa der Hinweis, dass man von Kooperation am Sonntag redet und am Montag aber den Geschäften wieder nachgeht. Eine solche Beobachtung verweist auf grundsätzliche Problematiken, auf Interessen und Macht, auf unterschiedliche Durchsetzungsfähigkeiten einzelner Akteure und auf deren spezielle Kommunikations- und damit auch Kooperationsfähigkeiten.

Solche Fähigkeiten aber positiv zu nutzen und lernend anzugehen, kann über außen vorgegebene Bedingungen durchaus erfolgen: Das Programm KuQ setzte darauf, dass die notwendige Ämterkooperation und die Zusammenarbeit mit Trägern die internen Struktur- und kulturbedingten Differenzen zwischen den Beteiligten nicht negiert, sondern in der Art der zu entwickelnden Kooperation eine klare und verbindliche eigene Struktur, Strategie und Kultur ausformt. Dies meint, um die Problematik deutlich zu machen, die Beachtung der strukturellen Unterschiede zwischen kommunalen Behörden (mit ihrer meist hierarchischen Aufbau- und Ablaufstruktur und den entsprechenden Entscheidungswegen) und Trägern, oft in der Rechtsform eines Vereins, die nun miteinander eine befriedigende Kooperation entwickeln sollen oder auch untereinander, trotz vielfältiger struktureller und kultureller Unterschiede. Hier muss ein eindeutiges Organisationsdesign geschaffen werden, das diese Unterschiede in Struktur und Kultur der vernetzten Organisationen „passend“ macht; d.h. die neu entstehende Struktur muss dabei in sich stimmig sein, sonst kann Kooperation niemals funktionieren. Und das setzt wiederum voraus, dass die Kooperationsziele festgelegt, die entsprechenden Bereiche und Arbeitsfelder abgestimmt, die Strukturqualität beschrieben und die Aktivitäten in zeitlicher, personeller und sachlicher Hinsicht geklärt sind. Neben diesen klassischen Abstimmungsmodalitäten gibt es eher „weiche“ Faktoren, die nicht weniger konfliktträchtig sein können, wird darüber nicht vorher Klarheit geschaffen: über die Bereitschaft, sich damit abzufinden, dass Erfolge nicht nur dem eigenen Amt/Träger zugeschrieben werden,

[36] R. Selle: Bürgerorientierung in der Stadtentwicklung; in: Perspektive Bürgergesellschaft, hrsg. von der Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh 2003, S.58 f.

© Stiftung SPI 2004

sondern allen am Kooperationsverbund Beteiligten und dass besonders die „grenzüberschreitenden“ Rollen beachtet werden; d.h., es geht hierbei um das Verhandlungs- und Kooperationsgeschick nach innen und außen. Dessen Ausbalancieren und die damit einhergehende Schaffung einer Vertrauensbasis stellt hohe Anforderungen an die Beteiligten.

Entscheidend ist immer, dass eine Kooperation grundsätzlich wie eine eigenständige „Organisationsgründung“ konzipiert werden muss. In einer Kooperationsvereinbarung aus dem Programm KuQ heißt es:

„... Die Kooperationspartner optimieren die gegenseitige Information.. Sie ermöglichen und fördern gemeinsame Fortbildungen und Hospitationen der Fachkräfte in den Programmgebieten. Die Kooperationspartner verpflichten sich über erfolgreich durchgeführte Projekte die Öffentlichkeit zu informieren.

Die Umsetzung dieser Vereinbarung erfolgt in den folgenden Gremien:

- *Lenkungsgruppe*
  Aufgabe: Die Lenkungsgruppe trifft im Sinne der Zielsetzung dieser Kooperationsvereinbarung die erforderlichen Grundsatz- und Richtungsentscheidungen, insbesondere bezogen auf die Festlegung des Arbeitsprogramms, Umsetzung und ggf. Fortschreibung des Programms
  Zusammensetzung: Sie setzt sich aus den von den Leitungen benannten Vertretern des Arbeitsamtes, der Berufsberatung, des Sozialamtes, der Stelle Jugendarbeitslosigkeit, des Amtes für Jugend und Familie, dem Koordinator der Jugendhilfeplanung sowie den Quartiersmanagern der jeweiligen Programmgebiete zusammen.

- *Umsetzungsgruppen*
  Auf der operativen Ebene kooperieren die Fachkräfte der beteiligten Partner
  - *bei der Entwicklung und Umsetzung einzelner Projektmaßnahme mit den Leistungserbringern*
  - *in den bestehenden kooperativen Gremien der Programmgebiete wie Stadtrunden, Stadtteilkonferenzen, Kinder- und Jugendforen*
  - *in Fallkonferenzen bei der Entwicklung individueller Hilfepläne.*

Die Quartiersmanager stellen den Informationstransfer zwischen Lenkungsgruppe und operativer Ebene her...“[37]

5.2.3 Formen „gelungener“ Kooperation

Im Gesamtgefüge des Programms KuQ haben sich durchaus unterschiedliche Kooperationsnotwendigkeiten und –formen herauskristallisiert.[38] So wird Kooperation verstanden als:

- Steuerungsinstrument mit dem Ziel *„...weg vom Dirigenten, hin zum Mitspielen...“;* d.h., in zahlreichen Kooperationszusammenhängen wurde erstmalig das „Zusammenspiel“ der einzelnen Beteiligten bewusst organisiert. So z.B. beim Aufbau einer gemeinsamen Clearingstelle von Jugend-, Sozial- und Arbeitsamt („ämterübergreifend“), die beim Stadtverband Saarbrücken angesiedelt ist. Dabei wurden Zusammenkünfte und Absprachen im Zuge der gemeinsamen Arbeit in zunehmendem Maße als immer selbstverständlicher angesehen und auch die gemeinsame Qualifizierung wurde hierbei als wichtig angesehen: *„der Runde Tisch Völklingen und die AG Kinder und Jugend des Sicherheitsbeirats Völklingen beschäftigen sich seit*

[37] Auszug aus der Kooperationsvereinbarung zwischen Jugendamt, Sozial- und Arbeitsamt und Quartiersmanagement der Stadt Hannover

[38] vgl. hierzu auch: H. Sinning, K. Wiedenhöft: Netzwerke als Katalysator für Bürgerorientierung – Funkti on und Erfahrungen des CIVITAS-Netzwerks; in: Bürgerorientierte Kommunen in Deutschland, hrsg. von der Bertelsmann Stiftung; Gütersloh 2002, S. 85 ff.

© Stiftung SPI 2004

einiger Zeit mit Methoden und Maßnahmen der Kinder- und Jugendbeteiligung. So führte die AG z.B. eine Befragung von Jugendlichen durch. Die Teilnehmer/innen der genannten Gremien beklagten jedoch fachliche und informationsbezogene Defizite, so dass eine Fachtagung zum Thema „Kinder- und Jugendbeteiligung" durchgeführt wurde, um zunächst mehr Wissen und Informationen zu gewinnen wie auch in einem zweiten Schritt praktische Beispiele zu erfahren und eventuell in die eigene Praxis zu übernehmen"[39].

- Markt der Möglichkeiten mit dem Ziel *„...sich intensiv um best practice Modelle zu kümmern ..."*; d.h., im Rahmen eines Kooperationsverbundes (aus 21 Organisationen der Stadt Trier) wurden 8 Maßnahmen im Bereich „Übergang Schule – Beruf" geplant und umgesetzt. *„Der Verbund informierte sich kontinuierlich über den Fortgang der Projektarbeiten und besprach auch qualifizierte Fachthemen (gender mainstreaming, Probleme der Berufsorientierung und Arbeitsmarktpolitik). Mit dem Projekt „Fliegender Wechsel" wurde darüber hinaus ein intensiver Austausch zwischen „abgebenden" Hauptschulen und „aufnehmenden" berufsbildenden Schulen" erreicht. Insgesamt war die Verknüpfung von systematischem Wissen (Bestandsaufnahme) mit organisatorischen Strukturen (Kooperationsverbund) und konkreter Maßnahmeplanung und –realisierung sehr wirksam, konnten doch damit zukünftige Projektinhalte und -abläufe identifiziert und positiv („best practice") für eine weitere Umsetzung eingeschätzt werden".*[40]

- Katalysator einer Bewegung mit dem Ziel *„... gezielte Lobbyarbeit für Reformbelange zu betreiben ..."*; d.h., in einer groß angelegten repräsentativen Befragung durch das Jugendamt wurden 60 Kinder von weiterführenden Schulen der Stadt Sigmaringen im Alter zwischen 14 und 17 Jahren nach ihren Interessen, Belange, Wünschen und Vorstellungen zu Freizeit und Freizeitgestaltung, zur schulischen, familialen und sozialen Situation sowie angebotenen Hilfen und Unterstützungen der Stadt befragt und die Ergebnisse in einem Jugendhearings vorgestellt, in dem *„erste Empfehlungen formuliert und dabei besonders auf Mitsprache, Mitwirkung und zukünftiger Mitbestimmung abgestellt (wurden). Die Ergebnisse des Hearings konnten den kommunalen Gremien zur Abstimmung vorgelegt werden. Verantwortungsträger für die tatsächliche Umsetzung ausgewählter Ideen war der Bürgermeister der Gemeinde".*[41]

- Ideen- und Konzeptproduzent mit dem Ziel *„ ... der Initiierung und des Anstoßens neuer Vorstellungen und/oder noch nicht realisierter Vorhaben, die kontinuierlich die Situation von Kindern und Jugendlichen aus sozial schwierigem Umfeld verbessern helfen ..."*; d.h., das Jugendamt in Flensburg förderte ein innerstädtisches Netzwerk mit der zuständigen Fachverwaltung (Jugend, Soziales, Gesundheit), einer Stadtteilschule, einem freien Träger und dem Arbeitsamt, um *„ein Netzwerkcafé und eine Bewerbungswerkstatt in einer Hauptschule zu organisieren. Das Arbeitsamt, die Ausländerbetreuung, der freie Träger und Honorarkräfte der Universität Flensburg stellten personelle und inhaltliche Unterstützung zur Verfügung und so entstanden Kommunikations- und Aktivitätsräume sowie im Rahmen von Simulationen berufsspezifischer Anforderungen auch intensive Orientierungen für die Arbeitswelt. Als „Nebeneffekt" kann vermerkt werden, dass durch das Café und die Werkstatt sich verstärkt andere Angebote für Jugendliche im Stadtteil ergeben haben und der freie Träger eine zusätzliche Stelle für die Koordinierung dieser Aktivitäten zur Verfügung stellen konnte".*[42]

- Akquisitionsmotor mit dem Ziel *„... zunächst wenig formalisierte Zugänge zur gegenseitigen Information schaffen, die nach und nach erst ihre (eigene) Struktur finden ..."*; d.h., es wurden sogenannte „Anlassgespräche" seitens der kommunalen Verwaltung organisiert, in denen Bedürfnisse und Interessen bei den Bewohnern des Sozialraums erhoben wurden, um darauf aufbauend eventuell andere resp. neue Formen des Zusammenlebens – gemeinsam - zu erarbeiten. *„Im Rahmen des Aufbaus eines sogenannten Hauses der Familie (bisher: 2 leerstehende*

[39] Auszug aus der KuQ-Ergebnisdokumentation der Stadt Saarbrücken
[40] Auszug aus der KuQ-Ergebnisdokumentation der Stadt Trier
[41] Auszug aus der KuQ-Ergebnisdokumentation der Stadt Sigmaringen
[42] Auszug aus der KuQ-Ergebnisdokumentation der Stadt Flensburg

© Stiftung SPI 2004

Wohnungen im Stadtteil) wurde zunächst darauf geachtet, dass die Idee der Beteiligung und Vernetzung sehr behutsam eingeführt wurde und durch kleine Teilerfolge immer mehr Bedeutung gewann. So konnte zunächst ein Stadtteilfest organisiert und eine Stadtteilkonferenz realisiert werden, deren Ergebnisse mit den Akteuren im Sozialkraum auf Umsetzung hin diskutiert wird. Insgesamt beweisen diese Aktivitäten, dass eine Neuausrichtung auch im Denken der im Stadtteil tätigen Verantwortungs- und Entscheidungsträger vorherrscht". [43]

- Kontaktbörse mit dem Ziel *„... Strukturen zu schaffen, die umfängliche Beteiligungsmöglichkeiten beinhalten...";* d.h., die Schaffung von Mitwirkungs- und Mitbestimmungsstrukturen sowie Zugänge zu umfassender Information. *„So schätzen die Mädchen am Mädchencafé die Möglichkeit, selbständig Räume zu nutzen, zu kochen und eigenverantwortlich die Planung von Veranstaltungen (einschl. Disko) zu organisieren. Auch forderten sie selbstbewusst einen freundlichen Umgangston ein. Mehrmals lehnten sie Mitarbeiterinnen ab, waren dann aber bereit, sich auf Diskussionen einzulassen und die Situation zu klären. Auf die Frage, wo sie sich vor Eröffnung des Cafés in ihrer Freizeit aufhielten, waren die Antworten ‚auf der Straße, ‚'zu Hause', ‚in der Schule'. Schon nach kurzer Zeit wandten sich auch Eltern (vor allem Mütter)bei familiären Problemen an die Mitarbeiterinnen. Erleichtert wurde dies durch die multikulturelle Zusammensetzung des Teams und den offenen Charakter der Einrichtung."* [44]

- Schnittstelle mit dem Ziel *„... der Aufwertung des Jugendamtes in seiner neuen koordinierenden Funktion...";* d.h., alle Beteiligten am Programm werden methodisch auf die neuen Aufgaben eingestimmt und im Rahmen von einzelnen Qualifizierungsbausteinen wird „gelingende" Kooperation eingeübt. *„Eine besonders konzipierte Fortbildungsreihe für das Bonn-Dransdorfer Bezirksteam sowie für Leitungskräfte aus anderen Bezirken thematisierte die künftige Ressourcenorientierung, die qualitative Weiterentwicklung bereits bestehender Vernetzungen, die Möglichkeiten der Lobbyarbeit für das Bezirksteam wie auch deren Klienten/innen sowie die notwendige Bündelung unterschiedlicher Interessen im Sozialraum. Ein wichtiges Ergebnisse lag auch in der Festlegung, dass künftig Projektvorhaben über den Stadtteilarbeitskreis geplant und realisiert werden und dabei über das Amt für Kinder, Jugend und Familie auf öffentliche Fördermittel zugegriffen werden soll."* [45]

- Innovationsmotor mit dem Ziel *„... perspektivischer Planung und (Weiter-) Entwicklung bestehender Strukturen...";* d.h., es wurden Methoden erprobt, die im kommunalen Zusammenhang Vorbildcharakter bekommen und dabei nachhaltige Wirkungen zeigen. *„Eine neu eingerichtete lokale Lenkungsgruppe – bestehend aus Vertretern der Schulen, des Trägerverbundes, der Volkshochschule, des Netzwerks Integration, der kommunalen Jugendförderung und der Fachstelle Jugendberufshilfe – konnte im Rahmen von Zukunftswerkstätten das Netzwerk weiter ausbauen und stabilisieren, Synergien in einzelnen Arbeitsfeldern entwickeln und neue Kooperationspartner – eine Grundschule und eine Schule für Lernhilfe – in die Arbeit integrieren. Mitglieder einer AG Kultura wurden mit dem Verfahren „Erfolgsteam" vertraut gemacht und im Rahmen der Jugendberufshilfe wurde eine Projektgruppe konzipiert, die für ein Ausbildungsprojekt im Berufsfeld „Hotel- und Gaststätten" konzeptionelle Überlegungen entwickelte sowie mit der VHS ein Programm zur Förderung der Sprachkompetenz. (…) Die Lenkungsrunde sieht den Erfolg vor allem in der Konzentration auf die herausgearbeiteten zukünftigen Maßnahme- und Projektstrukturen mit ihren jeweiligen thematischen Schwerpunkten."* [46]

Insgesamt gilt, dass gelingende Kooperation als bedeutungsvolle Praxismethode von Veränderungsarbeit einzustufen ist, die möglicherweise angesichts knapper kommunaler Ressourcen und

[43] Auszug aus der KuQ-Ergebnisdokumentation der Stadt Halberstadt
[44] Auszug aus der KuQ-Ergebnisdokumentation von Berlin-Neukölln
[45] Auszug aus der KuQ-Ergebnisdokumentation der Bundesstadt Bonn sowie Jugendinfo „zippzapp", Sonderausgabe April 2003
[46] Auszug aus der KuQ-Ergebnisdokumentation des Werra-Meißner-Kreises

© Stiftung SPI 2004

Fördermittel zur Bewältigung definierter sozialer Probleme zukünftig noch gezielter wirksam werden kann und muss.

5.2.4 Handlungsbedarf und deren Qualität in Kooperationsbeziehungen

Den größten Handlungsbedarf gibt es aus Sicht der Auswertung im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung bei den Kooperationsbeziehungen zwischen Jugendhilfe und Schulen sowie zwischen Jugendhilfe und lokaler Wirtschaft. Besonderes letzteres deckt sich auch mit der Inanspruchnahme als Förderschwerpunk im Programm KuQ. Zwar gelten auch die Beziehungen zwischen den einzelnen kommunalen Ämtern gemeinhin als noch ausbaufähig(er) - zumindest was die formelle Ebene betrifft - auf der informellen Ebene gibt es dagegen zwischen den Mitarbeiter/innen der verschiedenen Ämter vergleichsweise häufig durchaus direkte Kontakte, die jedoch einer stärkeren Verbindlichkeit unterliegen müssten, um insgesamt strukturierender wirken zu können. Förderlich für die Zusammenarbeit sind institutionalisierte Arbeitsgemeinschaften/-kreise/Runde Tische, die - ebenso wie formelle, schriftlich fixierte Kooperationsvereinbarungen, wie sie speziell zum Programm KuQ abgeschlossen wurden – eine ämterübergreifende Kooperation durchaus fördern. Die Befragungsergebnisse belegen [47], dass solche Kooperationsvereinbarungen keinesfalls nur auf dem Papier bestehen. Denn in den Fällen, wo eine solche formalisierte und ämterübergreifende Zusammenarbeit schon seit längerer Zeit besteht, werden die formellen Kooperationsbeziehungen zwischen den beteiligten Ämtern wesentlich besser beurteilt.

Relativ großen Handlungsbedarf konstatieren die Befragten in den alten Bundesländern zudem zwischen Jugendhilfe und Institutionen der öffentlichen und privaten Gesundheitspflege und in den neuen Bundesländern war der Bedarf zudem noch auf Kitas und Grundschulen ausgerichtet. [48] Interessant ist nach wie vor, dass trotz dieser konstatierten „Defizite“ kaum Maßnahmen/Projekte in diesen Feldern umgesetzt wurden.

5.2.5 Die Distanz in der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft

Projekte zwischen Jugendhilfe und lokaler Wirtschaft sollten ausdrücklich durch das Programm KuQ initiiert werden, wurden aber tatsächlich kaum realisiert, obwohl in diesem Bereich seitens der Projektverantwortlichen in den Jugendämtern ein großer Handlungsbedarf gesehen wird. Es mangelt also nicht am Problembewusstsein, dass dieses Handlungsfeld ausgebaut werden sollte, es fehlen geeignete Strategien, die eine solche Kooperation von Jugendamt mit der lokalen Wirtschaft einleiten könnten und es ist deren de facto eher schwache Position im gesellschaftlichen Gesamtgefüge, zudem behaftet mit einem manchmal durchaus negativen Image. Denn Jugendhilfe in der klassischen Definition hat mit den Akteuren der lokalen Wirtschaft bisher keine Berührung und auf der Grundlage des originären Arbeitsauftrag gibt es bisher auch kaum einen Austausch. Zudem agieren die Betriebe in der Regel stadtteilübergreifend und haben daher wenig Interesse an der ausschließlichen Orientierung auf nur einen Stadtteil oder ein bestimmtes Gebiet. Dazu kommt, dass das Amt für Wirtschaftsförderung, das auf der kommunalen Ebene solche Kooperationsprozesse initiieren und moderieren könnte, nicht sozialräumlich organisiert ist und in den Stadtteilentwicklungsprozess auch nicht genügend eingebunden wird. Und letztlich gilt auch, dass es den Akteuren der sozialen Arbeit am Verständnis für die Belange der Arbeitgeber allzu oft mangelt. Es geht hierbei durchaus um die „Überwindung des ökonomischen Analphabetismus“ (Staub-Bernasconi) wie umgekehrt um den des „sozialen Analphabetismus“. Beide Seiten sind also im Zugzwang, wenn eine Annäherung der sozialen und ökonomischen Sphären gelingen soll.

Gelingen kann dies im Rahmen sozialer Koproduktion dadurch, dass

[47] Vgl. hierzu Kap. 6.2.2.2 dieses Berichts
[48] Vgl. hierzu Kap. 6.2.2.2 dieses Berichts

© Stiftung SPI 2004

- der Nutzen der Kooperation für die zu beteiligenden Betriebe deutlich und klar herausgestellt wird;
- für die Kontaktaufnahme und die Einbeziehung der lokalen Wirtschaft bereits bestehende Kontakte der Arbeitsämter, Sozialämter etc. genutzt werden;
- Politik und Entscheidungsträger in die Kooperation einzubeziehen sind;
- Betriebe für konkrete Projekte *direkt* gewonnen werden; eine Kontaktaufnahme über Verbände und Interessenvertreter ist erfahrungsgemäß nur bedingt effektiv;
- Lösungsansätze und gemeinsame Aufgabenfelder neu zu definieren sind; hierbei sollte seitens der Akteure der sozialen Arbeit mehr Phantasie entwickelt werden. Die Ressourcen von Betrieben liegen beispielsweise nicht nur im Angebot von Praktikumplätzen.
- generell die Kooperation mit diesen Partnern auch als „Gewinn" im Sinne eines Zuwachses an sozialem Prestige und lokaler Reputation gesehen werden kann und dass außerdem Appelle an das „soziale Gewissen" der Unternehmer und Betriebsleiter durchaus zu einer Aufgeschlossenheit beitragen können.

Im Rahmen der Befragung der KuQ-Projekte durch die wissenschaftliche Begleitung dokumentiert sich diese geringe „Kooperationsbefähigung" und/oder die wenig ausgeprägte „Qualität der Partnerschaft" auch durch die ungewöhnlich niedrige Bewertung.

5.2.6 Was hat Bestand über das Projektende hinaus

Sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern unterhält fast jedes zweite Jugendamt schon seit längerer Zeit formalisierte Beziehungen zu den Sozial- und Arbeitsämtern etwa in Form von schriftlich fixierten Ein weiteres Drittel der Ämter hat diese Zusammenarbeit zum Zeitpunkt der Befragung durch die wissenschaftliche Begleitung (Ende des Jahres 2002) gerade in Gang gesetzt, und zwar nicht zuletzt dank des Programms KuQ, denn knapp 30 Prozent der Jugendämter (West: 31 Prozent, Ost: 35%) haben speziell aus diesem Anlass solche Kooperationsvereinbarungen mit den Sozial- und Arbeitsämtern geschlossen, die nachweislich den Prozess der kooperativen Zusammenarbeit unterstütz haben..[49]

Als ein sowohl formales als auch inhaltliches Manko des Programms KuQ wurde – wie bereits ausgeführt - dessen kurze Laufzeit konstatiert. Dennoch war bei den beteiligten Jugendämtern die Intention deutlich, die durch das Programm KuQ initiierten Maßnahmen und Projekte nach Ablauf der KuQ-Förderung weiter zu fördern, generell unabhängig von den einzelnen Förderschwerpunkten, allerdings mit einer leichten Gewichtung im vor Bereich „Verbesserung des Wohnumfeldes und der sozialen Infrastruktur". Hier macht sich bemerkbar, dass das Programm KuQ eingebettet war in das Programm Soziale Stadt, das überwiegend dieses Ziel verfolgt und aus dem auch weitere Fördergelder zu akquirieren sein werden.

In den alten Bundesländern dagegen wollen sich die Kommunen finanziell (noch!) stark (bei fast zwei Drittel der Projekte) engagieren und zwar vor allem bei Projekten zur „Förderung der Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an Planungs- und Umsetzungsvorhaben" und bei Gemeinschaftsprojekten von „Jugendhilfe und sozialer Stadterneuerung". In den neuen Bundesländern – bedingt durch deren noch schlechtere Finanzlage - beteiligen sich häufig der Bund, aber auch die freien Träger und die Landkreise an der Fortführung der Projekte, und zwar vorzugsweise im Förderschwerpunkt „Verbesserung des Wohnumfeldes und der sozialen Infrastruktur".[50]

Von Kontinuität und Nachhaltigkeit des Programms KuQ angesichts des kurzen Programmimpulses zu sprechen ist sicher zu hoch gegriffen, aber die „Initialzündung" hat durchaus Wirkungen

[49] Vgl. hierzu das Beispiel der Stadt Hannover, dargestellt in Kap. 5.2.2 dieses Berichts
[50] Vgl. Kap. 6.5 dieses Berichts

© Stiftung SPI 2004

gezeigt: Es wurden weitere Finanzierungsmöglichkeiten gesucht, und zumindest das Progamm „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ (LOS) bietet Perspektiven in diese Richtung.

5.3 Wirkungsebene Partizipation

Impressionen

„... Die Sichtweise einer praktikablen Betroffenenbeteiligung bei Verwaltung und Politik, aber auch bei den Zielgruppen, hat sich sehr positiv verändert. Es wurde vorgemacht, dass Beteiligung funktioniert ...“

(Auszug aus der KuQ-Ergebnisdokumentation der Stadt Rostock)

„... Die beteiligten Träger der Jugendhilfe werden die Beteiligungsidee zur Förderung der partizipativen Sozialraumentwicklung sowohl in den Gebieten der Sozialen Stadt als auch in mindestens 3 weiteren Gemeinden des Kreises (...) fortführen. Das Projekt EMMi (Einmischen-Mitentscheiden-Mitgestalten) hat die Funktion einer Vorreiterrolle erfüllt ...“

(Auszug aus der KuQ-Ergebnisdokumentation des Landkreises Nienburg/Weser)

„... Durch die Bildung von Jugendbeiräten in den Regionalstellen wird die aktive Teilnahme von Jugendlichen an lokalen Planungs- und Umsetzungsvorhaben und die Kooperation der Ämter und freien Träger vor Ort gefördert. In die Arbeit der Jugendbeiräte und Regionalstellen werden lokale Akteure, Bündnispartner, Einwohner und Ehrenamtliche einbezogen. Zukünftig werden die Jugendbeiräte aktiver die Jugendlichen vor Ort vertreten können und so politische Teilhabe, aber auch Verantwortlichkeit erleben. Dies hat es bisher auf lokaler Ebene noch nicht gegeben ...“

(Auszug aus der KuQ-Ergebnisdokumentation des Landkreises Uecker-Randow)

5.3.1 Voraussetzungen von Partizipation

Das Leitmotiv von mehr bürgerschaftlicher Teilhabe findet sich gegenwärtig in den Debatten um Kommunitarismus und Bürgergesellschaft ebenso wie in den Ideen von einem Ausbau der unmittelbaren Demokratie und der Herabsetzung des Wahlalters. Insbesondere in den letzten Jahren kam es zu einem Ausbau von Teilhabemöglichkeiten in institutionalisierter wie auch projektorientierter Form in zahlreichen gesellschaftlichen Bereichen. So ist Partizipation und Beteiligung zu einem vielgestaltigen und in viele Bereiche der Gesellschaft hineinwirkendes Thema geworden.[51]

Auch in der Kinder- und Jugendpolitik wird ein solch offensiver Anspruch verfolgt und neben der Bejahung des Eigenrechts von Kindern und Jugendlichen ist dabei ein weiteres Hauptanliegen, Kindern und Jugendlichen die Einübung in demokratische Formen der Willensbildung und Aushandlung zu ermöglichen. Verantwortungsträger/innen in den Kommunen haben in diesem Kontext nach dem SGB VIII „im Rahmen ihrer Planungsverantwortung den Bedarf unter Berücksichtigung der Wünsche, Bedürfnisse und Interessen der jungen Menschen (…) zu ermitteln“. Das bedeutet, dass in der Kinder- und Jugendhilfe eine Orientierung an den Adressaten/innen vorgenommen werden muss, dass deren Lebensbedingungen zu erheben sind und dass damit eine Abkehr von der reinen maßnahme- und einrichtungsbezogenen Planung hin zu einer an Zielgruppen, Sozialräumen und ganzheitlichen Perspektiven orientierten Planung sich zu entwickeln hat. Vor

[51] Vgl. zu den folgenden Ausführungen auch: H. Reismann: Adressatenbeteiligung in der Jugendhilfeplanung: Von der guten Absicht zur strukturellen Absicherung; in: SGB VIII – online Handbuch, hrsg. Von I. Becker-Textor und M.R. Textor (www.sgbviii.de)

© Stiftung SPI 2004

diesem Hintergrund versteht sich Aktivierung und Beteiligung als notwendiger Part für alle: das Jugendamt, die freien Träger, die Kinder, Jugendlichen und Familien sowie die politisch Verantwortlichen.

In einer Untersuchung des Deutschen Jugendinstituts (DJI) wurde bereits 1999 festgestellt, dass in über einem Drittel der Kommunen (38 %) Beteiligungsformen für Kinder und Jugendliche bereits bestehen. Dabei spielen Großstädte eine Vorreiterrolle: Je größer die Städte, desto ausgeprägter ist das Bemühen, Beteiligungsformen zu initiieren, lautet ein Fazit der Studie. Am häufigsten – und das ist auch eine Ergebnis aus dem Programm KuQ – etablieren sich Partizipationsmöglichkeiten aus Projekten, die aus methodisch angeleiteten Foren, Arbeitsgruppen, Stadtteilkonferenzen, Bürgergutachten, Zukunftswerkstätten, open space Veranstaltungen u.ä. hervorgegangen sind. Sie beziehen sich dabei meist auf die Partizipation am Planungs- und teilweise auch am Gestaltungsprozess, so z.B. beim (Um-)Bau von Freizeiteinrichtungen und Spielplätzen und in selteneren Fällen auch in der Realisierungsphase, so etwa bei der (partiellen) Übernahme von bestimmten Aufgaben der Organisation und Betreuung.

„… die Zukunftskonferenz wurde an 2 Tagen im Stadtteil mit mehr als 30 Teilnehmer/innen unterschiedlichen Alters, beruflicher und kultureller Herkunft durchgeführt: als wichtigste Herausforderungen (…) wurden die Integration der Bewohner/innen aus unterschiedlichen Kulturen, die schulische und berufliche Förderung von Jugendlichen und die Vermittlung von Sprachkompetenz von den Teilnehmenden herausgearbeitet (…). Neben einer Vielzahl von sozialen, kulturellen, freizeitpädagogischen und berufsbildenden Maßnahmen, die von den Teilnehmer/innen benannt wurden und mittel- bis langfristig im Stadtteil verwirklicht werden sollen, wurden folgende vier Projekte priorisiert und entsprechende Projektgruppen gebildet: Kunst und Kultur, Ausbildung und Qualifikation für Jugendliche, Außentreffpunkte für Jugendliche, Anngebote zum Erwerb von Sprachkompetenz …“.[52]

Insgesamt lässt sich eine durchaus einheitliche Systematik der Partizipation feststellen:

- Partizipation, die eine bestimmtes Einschätzung ermöglicht (Befragungen oder Interviews, Kinder- und Jugendfragestunden, Kinder- und Jugendsprechstunden)
- Partizipation durch/in Gremien (Kinder- und Jugendparlamente, Jugendgemeinderäte, Jugendkreistage, Bundesjugendringe)
- Partizipation, die besonders niedrigschwellig angelegt ist (Kinder- und Jugendforen, Kinderversammlungen, Runde-Kinder-Tische)
- Partizipation, die ausschließlich projektbezogen ist und als „Beteiligungsspirale“ bezeichnet werden kann; d.h. es gibt jeweils eine Sensibilisierungs-, Planungs- und Realisierungsphase.

Als „echte“ Partizipation sind diese Beteiligungsmöglichkeiten nur in Ausnahmefällen zu beschreiben, denn die Mehrzahl der Beteiligungen verbleibt auf der Stufe der Mitsprache: Kinder, Jugendliche und ihre Eltern werden hinsichtlich ihrer Lebenssituation und ihrer Einschätzung des vorhandenen Hilfeangebots befragt und um Veränderungsvorschläge gebeten. Eine solche Form der Beteiligung ließe sich auch als "Abfragebeteiligung" (Reismann) kennzeichnen. Selbst wenn eine weitergehende Beteiligung durch die Gewährung von Informations-, Entscheidungs- und Überprüfungsrechten grundsätzlich denkbar und wünschenswert ist, reicht die Abfragebeteiligung für eine Qualifizierung der Planung in vielen Fällen bereits aus, resp. kann als besonderer Einstieg in zukünftige Aktivitäten angesehen werden.

Im Programm KuQ resultierten die Ansprüche an Beteiligungen eher pragmatischen Überlegungen, die der jeweiligen Maßnahme- oder Projektrealisierung geschuldet waren: Konkretes Programm, bestimmter Ort, moderierter Ablauf). Weniger war es die Adressatenbeteiligung als Planungsprinzip in der Planungspraxis, die sich vorrangig an der Unterscheidung der Altersgruppe nach Kindern und Jugendlichen, an der Differenzierung nach unterschiedlichen Handlungsfeldern: Jugendarbeit, Kindertagestätten, erzieherische Hilfen, gesundheitliche Betreuung, oder an

[52] Auszug aus der KuQ-Ergebnisdokumentation des Werra-Meißner-Kreises

© Stiftung SPI 2004

der sozialräumlichen Ausrichtung nach Regionen, Zielgruppen und Lebenslagen orientierte als eine Beteiligung an der Umsetzung und Realisierung von Maßnahmen und Projekten. Hier war es also durchaus mehr als nur reine „Abfragebeteiligung", wenn z.B. ein Schülercafé geplant und betrieben, ein Spielplatz umgestaltet, musikalische Veranstaltungen organisiert und arrangiert werden sollten.

„… Bereits in der intensiven Planungsphase wurde deutlich, dass die Bedürfnisse der traditionellen Jugendarbeit und der Schüler/innen einer bestmöglichen Abstimmung bedürfen. Das ursprüngliche Konzept des Stadtjugendrings war stark geprägt vom Gedanken eines offenen Angebots, seitens der Schüler/innen wurde jedoch der Wunsch nach Hausaufgabenhilfe und Strukturierung des Nachmittags deutlich. Aus diesem Grund wurde das Konzept hin zu einer Ganztagsbetreuung verändert, zugleich differenzierte Fördergruppen zusätzlich zu den bisher geplanten Bildungsinhalten angeboten. Im Sinne der Beteiligung von Zielgruppen wird der Cafébetrieb nach Möglichkeit in Selbstverwaltung der Schüler/innen organisiert. Damit werden die Zielvorstellungen der Partizipation und der Förderung der Selbstorganisation erreicht …".[53]

Auffallend war auch, dass Beteiligungsprozesse ein hohes Maß an inhaltlichem Einsatz der Planer/innen solcher Konzepte notwendig machte: Dieser erschöpft sich nicht in der bloßen Moderation von Interessen, sondern er erfordert Initiative, Engagement und auch eine besondere Solidarität den Beteiligten gegenüber, z. B besonders bei der Bearbeitung und Bewältigung von Krisen und fehlgeschlagenen Aktivitäten. Beteiligung führte darüber hinaus auch hin und wieder zu zeitlichen Verzögerungen von Prozessen, so dass die eigentliche Maßnahme oder das Projekt den ursprünglich Beteiligten gar nicht mehr zugute kam oder möglicherweise gar nicht realisiert werden konnte (dies hat bei der kurzen Laufzeit des Programms KuQ zu diversen „Veränderungen" der ursprünglich angedachten Beteiligungsverfahren geführt – in deren Verkürzung wie auch in der Reduzierung der darauf folgenden Umsetzung).

Neben diesen eher defensiven Aspekten einer Partizipation lassen sich aber erfolgsorientierte Gründe nennen, die zum einen in der Rückbesinnung auf den lokalen Bezug liegen, also in der Betonung einer demokratischen Basiskompetenz, in der Thematisierung kommunaler (Weiter-) Entwicklungen, im Hinweis auf Schwachstellen und Defizite und ermöglichte so, eventuell verdrängte Themen in die öffentliche Diskussion zurückholen (im Programm KuQ besonders die Migrationsproblematik), in der Unterstützung und Akzeptanz sozialer Infrastrukturangebote, Einrichtungen und Dienste sowie in der kontinuierlichen Unterstützung des Anspruchs einer Hilfe zur Selbsthilfe.

„… Durch die Errichtung eines ‚Netzwerk-Stadtteilzentrums' im Sozialraum Zech wurden neben räumlichen Ressourcen grundlegende Strukturen geschaffen, auf deren Basis weiter aufgebaut werden kann. Durch die nun vorhandenen Begegnungs- und Austauschmöglichkeiten in Form der `Räume', aber auch der stattgefundenen Angebote, haben sich vielfältige Beziehungen der Bewohner/innen untereinander entwickelt, die eine Eigendynamik bekommen und Eigeninitiative fördern …".[54]

„… Die beteiligten Träger der Jugendhilfe werden die Beteiligungsidee zur Förderung der partizipativen Sozialraumentwicklung sowohl in den Gebieten der Sozialen Stadt als auch in mindestens drei weiteren Gemeinden des Kreises (…) fortführen. Das Projekt EMMI (Einmischen-Mitentscheiden-Mitgestalten) hat die Funktion einer Vorbildrolle erfüllt. (…) Die Sichtweise einer praktikablen Betroffenenbeteiligung bei Verwaltung, Politik, aber auch bei den Zielgruppen hat sich sehr positiv verändert. Es wurde vorgemacht, dass Beteiligung funktioniert …".[55]

Aber trotz „funktionierender" Beispiele ist wichtig festzuhalten, dass derartige Prozesse behutsam anzugehen und nicht mit zu vielen Erwartungen zu überfrachten sind. Dies gilt für den Jugendhilfeausschuss und die Amtsleitung, die einen solchen Prozess einleiten und die nötigen Mittel be-

[53] Auszug aus der KuQ-Ergebnisdokumentation der Stadt Rosenheim
[54] Auszug aus der KuQ-Ergebnisdokumentation der Stadt Lindau
[55] Auszug aus der KuQ-Ergebnisdokumentation des Landkreises Nienburg/Weser

© Stiftung SPI 2004

reitstellen ebenso wie für die mit der Planung und Durchführung betrauten Fachkräfte. Zu beachten ist auch, dass Jugendliche und deren Eltern es nicht unbedingt gewohnt sind, z.B. dem Jugendamt oder dem freien Träger gegenüber Einschätzungen, Kritik und Ideen zu äußern, die nicht nur ihre persönlichen Verhältnisse betreffen, sondern auch infrastrukturelle und organisatorische Fragen – etwa des Jugendhilfeangebotes vor Ort - berühren.

5.3.2 Voraussetzungen für Partizipation

Bei der Konzeption und Durchführung von Partizipationsmodellen sind deshalb strukturelle Zugänge wichtig:

- Sowohl das Jugendamt als auch die freien Träger müssen über ein tragfähiges Verständnis von Beteiligung – einer kommunalen „Beteiligungsphilosophie“ - verfügen, die möglichst über Verfahren, Willensbeschlüsse und Gremien abgesichert ist.

Eine wesentliche Aufgabe bei der Einführung von Beteiligungsansätzen in Planungs- und Umsetzungsprozessen besteht deshalb darin, erst einmal ganz grundsätzlich für mehr Beteiligung zu werben, beim Jugendamt, bei den freien Trägern und bei den Adressaten/innen. Die Mitarbeiter/innen des Jugendamtes und der freien Träger müssen für das Thema Beteiligung sensibilisiert werden und Beteiligung als eine ihrer Aufgaben akzeptieren. Dabei dürfen die „institutionellen Implementationsbarrieren“ (Reismann) insgesamt nicht unterschätzt werden.[56] Das lokale Akteursgefüge aus Politik, Jugendamt und freien Trägern hat in der Regel den Charakter eines gewachsenen und sensiblen Netzes von eingespielten und austarierten Interessen. Der Ausbau von Adressatenbeteiligung wirkt in diesem Geflecht zunächst einmal als Störung, gegen die mit Widerständen zu rechnen ist. Besonders die Erfahrungen aus der Initiierung von Agenda 21-Prozessen gilt es hierbei zu reflektieren, begannen diese doch mit viel Elan, doch zeigte sich schnell, dass viele, die in die Konsensbildung eingebunden werden sollten, nicht oder nur sehr zurückhaltend mitwirkten, dass die verschiedenen Ressorts der öffentlichen Verwaltungen eher ihren eigenen Aufgabenkanon abarbeiteten als Impulse aus den Agenda-Projekten aufzugreifen, dass die engagiert erarbeiteten Ideensammlungen und Handlungsvorschläge von den lokalen Akteuren in den Kommunen nur am Rande zur Kenntnis genommen wurden und – von einigen symbolischen Maßnahmen abgesehen – kaum Chancen auf Umsetzung hatten. Die breite Mobilisierung, die Konsultationsrunden und Zukunftswerkstätten verliefen sich – vielerorts, wenn auch nicht überall.

Im Programm KuQ konnten durch die explizite Vorgabe, Beteiligungsformen und –modelle zu realisieren, erste Ergebnisse verzeichnet werden, die auch – so zumindest der Tenor in den Ergebnisdokumentationen – über die Projektlaufzeit hinaus Bestand haben werden.

„… Durch die im Rahmen des Projektes gegebenen Möglichkeiten der direkten Mitgestaltung konnte eine stärkere Identifikation der beteiligten Kinder und Jugendlichen mit ihrem Stadtteil beobachtet werden; dieser beginnende Prozess des Sich-Identifizierens muss längerfristig verstetig werden (…) und es ist das Ziel, die Einrichtung und Absicherung eines Jugendraums zu ermöglichen (…) Es ist gelungen, die im jeweiligen Nahraum der Spielplätze und des Jugendraumes lebenden Kinder und Jugendlichen zur Teilnahme zu motivieren. (…) Ihre weitere Teilnahme wird als abhängig vom weiteren Beratungsgang der politischen Gremien über die von ihnen eingebrachten Vorstellungen eingeschätzt (…) Das Feinziel dabei ist, diesen Kindern und Jugendlichen alternative Formen der Kommunikation, Mitwirkung und des sozialen Miteinanders auch jenseits ihrer eigenen peergroups bzw. ethnischen Grenzen aufzuzeigen und entwickeln zu helfen …“.[57]

Solche Beispiele erhöhen die allgemeine Akzeptanz von Mitwirkungs- und Beteiligungsmodellen und können auch authentisch vermitteln, dass Adressatenorientierung als ein notwendiger und

[56] vgl. hierzu auch die Ausführungen zum Thema „Kooperation“ in diesem Bericht
[57] Auszug aus der KuQ-Ergebnisdokumentation der Stadt Salzgitter

© Stiftung SPI 2004

lohnenswerter Teil der lokalen Arbeit anzusehen ist. Über das Programm KuQ konnten zudem auf dem Gebiet der Öffentlichkeitsarbeit und der Dissemination von Ergebnissen umfangreiche Publikationen (Flyer, Plakate, Selbstdarstellungen, Projektdokumentationen, CD-ROMS, Internet-Präsentationen, Filme u.ä.) erstellt werden. Durchgängig haben die beteiligten Jugendämter und freien Träger hier aufwendige und teilweise sehr professionelle Produkte erstellt und z.B. im Rahmen der Projektmesse bei der Auswertungstagung des Programms KuQ auch einer größeren Öffentlichkeit vorstellen können.[58]

Diese Möglichkeiten einer offensiveren Öffentlichkeitsarbeit verstehen sich auch als Instrument von Aktivierungs- und Beteiligungsansätzen in den jeweiligen Sozialräumen, um hier durch den Abbau von Vorurteilen und Informationslücken sowie dem damit einhergehenden Aufbau von Kommunikationsnetzen und systematischer Berichterstattung die notwendigen Impulse zur Beteiligung an der Stadtteilentwicklung zu vermitteln. „Aktivierung hat viel zu tun mit Wahrnehmung“,[59] lautete ein Schlüsselsatz auf der Starterkonferenz zum Programm Soziale Stadt. Dies gilt uneingeschränkt auch für das Programm KuQ.

„… Intern wurden die einzelnen Jugendprojekte über ‚Infobriefe' vom Jugendamt informiert. Zusätzlich erhielten sie zur Dokumentation ihres konkreten Projektvorschlags Mappen, in denen durch einzeln auszufüllende Bögen eine Gliederung vorgegeben war. Die Jugendjury erhielt Mappen mit den einzelnen Projektvorschlägen der beteiligten Gruppen zur Entscheidung. Die Teilnehmer/innen des ‚Ämterworkshops' erhielten Info-Unterlagen zum Thema Kinder- und Jugendbeteiligung (rechtliche Grundlagen, Erfahrungsbereichte u. ä).

Extern entstand eine Broschüre ‚Jugend kompetent und qualifiziert- Ergebnisse und Erfahrungen im KuQ-Programm', als Programmaufruf und Werbung für die einzelnen Jugendforen wurden Flyer und Plakate erstellt, es gab Presseartikel in den verschiedenen Bezirksblättern (Marzahn-Hellersdorfer Zeitung, Wochenblatt, Marzahner Prawda, Stadtteilzeitung Marzahn Nordwest etc), im Kiezportal (Homepage) wurde über das Projekt berichtet und es gab Informationskampagnen an drei Schulen in unterschiedlicher Form …“[60]

Insgesamt zeigte sich, dass Beteiligungsformen für Kinder und Jugendliche zukunftsorientiert angelegt sind, denn die jeweiligen Anliegen konnten meist ohne Ressentiment und Konkurrenz in die Öffentlichkeit getragen und die Kompetenz und das „Expertentum“ nachhaltig dokumentiert werden. Nichts scheint deshalb mehr als „Motivationsschub“ zu dienen als die Möglichkeit, selbst an Entscheidungsprozessen teilnehmen und teilhaben und Stellungsnahmen zu den eigenen Anliegen einfordern zu können. So ist auf der einen Seite „direkte politische Partizipation (…) notwendiger denn je und auf der anderen Seite bei Kindern und Jugendlichen auch gefragter denn je. Die Berücksichtigung ihres spezifischen Alltagswissens ist als Maßstab jeder Intervention zu betrachten, wenn es um für sie relevante Entscheidungen geht. Partizipation ist somit in erster Linie eine politische Aufgabe, die dazu beitragen kann, Kinder und Jugendliche erfolgreich in demokratische Verfahren einzubinden. Sie ist auch eine sehr wichtige pädagogische Aufgabe, weil durch Partizipation nicht nur wichtige Lernziele der politischen Bildung (Mündigkeit, Emanzipation etc.) erreicht werden können, sondern dem Abgleiten in typische Desintegrationsprozesse vorgebeugt werden kann. Partizipation hat eine präventive Funktion, d.h., sie schafft eine neue, sogar freiwillig gewählte Solidarität, die – angesichts des Verlustes traditioneller Bindungen – einen außerordentlichen Beitrag zu eine erfolgreichen Inklusion von Kindern und Jugendlichen leisten kann.“[61]

Da der Einstieg in ein Beteiligungsprojekt oder überhaupt in die generelle Mitwirkungs- und Mitspracheproblematik durchaus sensibel zu handhaben ist, lassen sich einige “Prüffragen“ formulieren, um die lokalen Akteure auf dieses Thema einstimmen zu können:

[58] vgl. hierzu ANHANG Öffentlichkeitsarbeit
[59] Soziale Stadt – info 13, newsletter zum Bund-Länder-Programm Soziale Stadt, Juli 2003, S. 6
[60] Auszug aus der KuQ-Ergebnisdokumentation Berlin Marzahn
[61] M. Ottersbach: Kinder- und Jugendforen als Beispiel neuer Formen der politischen Öffentlichkeit; in: Aus Politik und Zeitgeschehen (B 44/2001), S. 12

© Stiftung SPI 2004

„- Weshalb haben wir Kinder und Jugendliche nicht zuvor schon besser beteiligt? Worin bestanden die Hindernisse und weshalb bestehen sie nun nicht mehr?

- Was haben die Kids davon, wenn sie beteiligt werden? Worin liegt für sie der individuelle Gewinn? Ist Partizipation vielleicht nur ein von Erwachsenen ersonnenes Programm um sie "sinnvoll" zu beschäftigen?

- Werden wir Transparenz darüber herstellen, was die Kinder und Jugendlichen von dem Experiment erwarten können wo die Grenzen der Mitbestimmung liegen, worüber entschieden werden darf, worüber nicht? Wer setzt die entscheidenden Themen auf die Tagesordnung?

- Sind wir bereit zu akzeptieren, dass Partizipationsbedürfnisse stark variieren? Zu akzeptieren, dass Kinder in ihrem Interesse oft schwankend sind?

- Sind wir bereit die Ressourcen aufzubringen, die ein solcher Prozess erfordert? Bereit Macht abzugeben? Bereit das Risiko in Kauf zu nehmen, dass der Start eines Projektes vielleicht weniger gut läuft, als es möglich wäre, wenn nur Erwachsene beteiligt wären?

- Sind wir uns im Klaren darüber, dass Partizipation Verbindlichkeiten über einen längeren Zeitraum erfordert, zu akzeptieren, dass man nicht alsbald zu den Routinen zurückkehren darf? Bereit Veränderungen zu institutionalisieren?“ [62]

- Es stehen ausreichend sächliche und personelle Ressourcen zur Verfügung.

Auch Aktivierung und Beteiligung sind auf die Akzeptanz durch Politik und Verwaltung angewiesen, ganz im Sinne der dargelegten „Beteiligungsphilosophie“, allerdings noch ergänzt um den wichtigen Aspekt der Ressourcensicherheit. Denn in der Regel sind Beteiligungsprojekte "nicht einkalkuliert", d.h., sie sind nicht obligatorischer Bestandteil der Aufgabenbeschreibungen und Stellenbeschreibungen und in den Haushaltsstellen bzw. Budgets des Jugendamtes. Es ist von daher kaum verwunderlich, dass Projekte unter diesen Bedingungen immer um Mittel kämpfen müssen und permanent die gewünschten Aktivitäten der Maßnahmen/Projekte legitimieren müssen. Nur wenn es gelingt, Beteiligung als "Pflichtaufgabe" der Jugendhilfeplanung zu etablieren und die Kommunen hierfür die entsprechenden personellen und sächlichen Ressourcen bereitstellen, wird sich die Adressatenbeteiligung durchsetzen können. Dies gilt vor allem dann, wenn man Beteiligung institutionalisieren, also auf Dauer einrichten will.

Die Bereitstellung eines Budgets für Beteiligung bzw. eines Anteils von Mitteln für Beteiligung im entsprechenden Budget, kann zudem dazu beitragen, Beteiligungsprojekte möglichst flexibel und kreativ zu planen, was angesichts fehlender Modelle "von der Stange" auch erforderlich ist. Hier hat der Einsatz eines Verfügungsfonds im Programm KuQ einen wesentlichen Unterstützungseffekt geleistet, konnten doch damit schnell und gezielt die entsprechenden Fördermittel vor Ort eingesetzt werden. Dabei war die Entscheidung über die Vergabe der Mittel zum einen über die inhaltlichen Vorgaben des Programms KuQ abgesichert wie andererseits auch durch die Beteiligung der Akteure im Sozialraum.

Dieser Beteiligungsaspekt konnte zudem im Programm KuQ durch die Forderung nach „Freistellung einer qualifizierten Person im Jugendamt“ realisiert werden, die zudem noch die Aufgabe hatte, die weiteren Akteure im Sozialraum – mindestens das Sozial- und Arbeitsamt – in die Entscheidungsprozesse mit zu integrieren. Diese Verbundidee sollte sicherstellen, dass sämtliche, im Zusammenhang mit der Umsetzung des Programms KuQ stehenden Fragen, diskutiert und entschieden werden können. Entscheidend war, dass es einen Ort gab, an dem Fachleute Verantwortung für die Beteiligung übernehmen und ein integriertes Maßnahme- und/oder Projektkonzept mit tragen.

„… Voraussichtlich liegen die wichtigsten Wirkungen (…) auf der institutionellen Seite. Dabei ist zu berücksichtigen, dass dem sozialräumlich orientierten Gremium ‚Stadtteiltisch’ von Seiten des

[62] Blandow, zit. N. Ginzel; in: H. Reismann: Adressatenbeteiligung in der Jugendhilfeplanung; a.a.O.

© Stiftung SPI 2004

Jugendamte verstärkt Kompetenzen eingeräumt werden sollen hinsichtlich der Jugendhilfeplanung (…) Es wurde den Beteiligten deutlich, dass Beteiligung Strukturen benötigt, damit alle zu Wort kommen (…) Auch kann die ökonomische Dimension nicht vernachlässigt werden. Das wurde allen Teilnehmern/innen deutlich. Wenn zukünftig Förderung nicht nach dem ‚Gieskannenprinzip' erfolgen soll, sollte der Stadtteiltisch auch in die Lage versetzt werden, ökonomische Entscheidungen mit zu treffen bzw. beratend mitzuwirken …".[63]

Eine zusätzliche Absicherung kann z.B. über die Erarbeitung eines Kooperations- und/oder Beteiligungskonzeptes erfolgen. Es dient nicht nur der strategischen Planung und ggf. bereits der weiteren operativen Schritte, sondern kann auch eine wichtige Hilfe zur Verankerung der „Beteiligungsphilosophie" sein, da es die Funktion einer zukünftigen Orientierungslinie (für die Jugendhilfeplanung oder aber das gesamte Amt) einnehmen kann.

„… Die Förderung von direkter Betroffenenbeteiligung war in dieser Form ein Novum für den Jugendhilfeträger. Das Jugendamt war durch die ideelle und finanzielle Förderplattform KuQ im Zusammenspiel mit den anderen Trägern und Institutionen wesentlich gestärkt (…) Die Zusammenarbeit zwischen Arbeits- und Kommunalverwaltung ist sehr viel enger geworden. Es werden mehrere Kooperationsprojekte erarbeitet …".[64]

„… Auf dem örtlichen Politikfeld (Ortsbeirat) findet das Projekt große Unterstützung. Man ist überzeugt, dass durch die verschiedenen Projektfolgen der schrittweisen Umgestaltung des Gustavsburgplatzes eine nachhaltige Verbesserung der Situation bereits eingetreten ist (…) Durch die räumliche Erweiterung des Platzes und die Zuordnung einzelner Spiel- und Aufenthaltsbereiche für verschiedene Altersgruppen wurde der Charakter des Platzes grundlegend verändert. Der Spielplatz war lange ein untergeordnetes Element der ansonsten unattraktiven Grünfläche an einer stark befahrenen Hauptstrasse des Stadtteils. Hauptnutzer des Platzes waren Randgruppen und kleinere, dominierende Jugendcliquen. In der Regel machte der Platz einen heruntergekommenen Eindruck. Durch die Umbaumaßnahmen hat der Platz deutlich an Qualität und Akzeptanz gewonnen. Die zu erwartende Mehrnutzung wird die Situation weiter verbessert. Dies ermöglicht vor dem Hintergrund der Beteiligung weiteren Erwerb an Identifikation, Kompetenz und Qualifikation (…) Das Projekt ist zudem so konzipiert, dass auch langfristig eigene Wünsche und Absichten der Beteiligten zur weiteren Umgestaltung realisiert werden können …".[65]

- Es sind methodisch-konzeptionelle Erfahrungen mit Beteiligungen vorhanden und diese werden auch eingesetzt.

Die Durchführung von Beteiligungsprojekten erfordert ein gewisses Maß an methodisch-konzeptionellen Kenntnissen und Erfahrungen. Die in einem solchen Projekt zum Einsatz kommenden Methoden müssen handlungsfeld- und problembezogen ausgerichtet sein und schicht-, geschlechts-, alters- und nationalitätenspezifische Aspekte berücksichtigen.

„… Erstaunlich voll ist es! Natürlich sind die Vertreter/innen der der Fördervereine, der Koordinator, ein Vertreter des städtischen Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie sowie der didaktische Leiter der Schule anwesend, wenn es darum geht, mit dem Spielpädagogen (…) über mögliche Vernetzungen von Freizeitangeboten und Schule aktive nachzudenken. Toll aber zu sehen, wie viel Eltern und Schüler hier an einem sonnigen Sonntagmorgen zusammen kommen und interessiert ihre Vorstellungen äußern und ihre aktive Mitarbeit anbieten (…)Es konnten Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten im Zusammenspiel der Beteiligten erarbeitet werden. Die Wünsche der Schüler/innen und Eltern in der konkreten Gegenüberstellung mit den Möglichkeiten von Schule und den Hilfsangeboten des Jugendamtes konnten in einen zielgenauen Arbeitsplan umgemünzt werden …".[66]

[63] Auszug aus der KuQ-Ergebnisdokumentation der Stadt Rostock
[64] Auszug aus der KuQ-Ergebnisdokumentation des Landkreises Nienburg/Weser
[65] Auszug aus der KuQ-Ergebnisdokumentation der Stadt Frankfurt/Main
[66] Neue Wege im Ortsteil - Im Ortsteil neue Wege; Jugendhilfe und Schule im Programmgebiet Bismarck/Schalke-

© Stiftung SPI 2004

Das Programm KuQ ermöglichte den beteiligten Akteuren im Sozialraum solche Beteiligungen voranzubringen, in dem sie unterschiedliche Qualifizierungen, Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten wahrnehmen konnten – jeweils allerdings den eigentlichen Zielen der Kooperation, Beteiligung und inhaltlichen Weiterentwicklung angepasst. So haben zum einen die Jugendämter selbst solche Möglichkeiten wahrgenommen, zum andern im Verbund mit kooperierenden Verwaltungen und den freien Trägern, oder es gab Ausschreibungen zu sozialräumlichen Planungs- und Sanierungsseminaren, die sich an alle Betroffenen eines Gebiets wandten. Generell wurden diese Möglichkeiten sehr intensiv wahrgenommen, wobei sowohl die Neugier auf das Neue als auch die Wahrnehmung selbstverständlicher Partizipations- und Mitentscheidungsmöglichkeiten vorherrschte.

„… Im Rahmen der Fortbildungsreihe ‚Ressourcen-, Lösungs- und Sozialraumorientierung in der Arbeit von ASD, Kinder- und Jugendhilfe und Schule' war die Resonanz der angesprochenen Zielgruppe durchgehend positiv. Die Mitarbeiter/innen des ASD-Bezirksteams erkennen neue Möglichkeiten, ihre Arbeit unter dem starken Druck eines immer begrenzteren Budgets effizienter zu gestalten. Reaktionen: ‚Die Arbeit wird nicht weniger aber einfacher' - ‚Ich komme schneller zum Ziel' - ‚Ich muss nicht für jedes Problem eine fertige Lösung anbieten'. Die Fachkräfte aus den Einrichtungen, Schulen und den freien Trägern erkennen Chancen für Kooperationen und eine Unterstützung der eigenen Arbeit durch die Inanspruchnahme und Einbeziehung der Partner vor Ort. Sie verfügen nun über ein Instrumentarium, gezielt weitere Ressourcen – auch materieller Art – zu erschließen. Reaktionen : 'Wichtig war das bessere gegenseitige Kennenlernen' - ‚Ich habe Einblick in Denk- und Arbeitsweisen anderer bekommen' - ‚Animositäten sind verloren gegangen' - ‚Wichtig war für mich der Blick auf Stolpersteine' - ‚Ich habe über die Veranstaltung eine Partnerin für künftige Kooperation gefunden' - ‚Wenn ich schon früher gewusst hätte, was ich hier gelernt habe, wäre viel konzeptionelles Arbeiten in der Vergangenheit leichter gewesen' - ‚Ich bin zufrieden, weil aus der Arbeit hier meine Projektidee weitergeführt und umgesetzt wird …"[67]

In der Regel haben sich im Jugendamt oder bei den freien Trägern kompetente Ansprechpartner/innen gefunden, die bereits in anderen Zusammenhängen Erfahrungen mit Beteiligungen gesammelt haben oder aber zumindest die Erfahrungen aus ihrer alltäglichen Betreuungsarbeit einbringen konnten. Nur so war es möglich, in der relativ kurzen Programmlaufzeit von KuQ solch vielgestaltige Seminare und besonders Zukunfts- und Projektwerkstätten zu organisieren, umzusetzen und zu dokumentieren. Besonders letzteres ist für die kontinuierliche Mitwirkungsarbeit und die permanenten Aufforderung, der einmal eingegangenen „Beteiligungsphilosophie" auch zu folgen, von hohem Wichtigkeitsgrad.

„… Die erste Stadtteilkonferenz hat stattgefunden mit verschiedenen Inputs zur Sozialen Stadt und Grundprinzipien der vernetzten, sozialraumorientierten Arbeitsweise. Weitere Veranstaltungen sind geplant. Beteiligungs- und Partizipationsstrukturen haben sich im Sozialraum gebildet (…) Die Resonanz der beteiligten Mitarbeiter/innen der Einrichtungen und Dienste war sehr positiv, weil erstmals eine Informationsplattform geschaffen wurde, die allen Trägern die Möglichkeit zur Beteiligung und zum Meinungs- und Fachaustausch einräumte. Der Vernetzungsgedanke hat eine Eigendynamik entwickelt. Die Sichtweisen der einzelnen Einrichtungen und Dienst haben sich verändert. Gegenseitiges Erkennen von Möglichkeiten und Grenzen fördert die Bereitschaft zur Zusammenarbeit und verstärkten Mitwirkung …"[68]

Nord; Stadt Gelsenkirchen im März 2003

[67] Auszug aus der KuQ-Ergebnisdokumentation der Bundesstadt Bonn

[68] Auszug aus der KuQ-Ergebnisdokumentation der Stadt Hof

© Stiftung SPI 2004

5.4 Wirkungsebene Interkulturalität

Impressionen

„... Exemplarisch wurde in zwei Einrichtungen (...) ein Sprachförderkonzept entwickelt und beispielhaft durchgeführt. Modellhaft wurde mit der Förderung von Migrantinnen und ihren Kindern mit der Muttersprache Polnisch und Türkisch in der Kita der AWO und dem Kindergarten der Katholischen Kirchegemeinde St. Josef begonnen. Geförderte Mütter konnten als zukünftige Multiplikatorinnen gewonnen und qualifiziert werden und es entstand ein Handbuch für künftige Nutzungen in den Einrichtungen ..."

(Auszug aus der KuQ-Ergebnisdokumentation der Stadt Hagen)

„... Andere Lebensweisen konnten erlebt werden, z.B. durch den Besuch der Rostsocker Moschee, Treffs mit Russlanddeutschen und vietnamesischen Bevölkerungsgruppen, weil nicht nur ein verbaler Austausch stattfand, sondern auch gemeinsam gekocht und getanzt wurde. In sechs workshops setzten sich Schüler/innen in verschiedener Weise mit fremden Kulturen auseinander (...) Bemerkenswert erscheint, dass die Mitarbeiter/innen und Besucher/innen des AWO-Migrantentreffs nicht mehr als die „Russen vom Treff" benannt werden, sondern- als Ausdruck veränderter Wahrnehmung – nunmehr jede/er ein Gesicht und einen Namen hat ..."

(Auszug aus der KuQ-Ergebnisdokumentation der Stadt Rostock)

„... Das Ziel der Beteiligung von Migranten/innen am Gestaltungsprozess für Integrationshilfen und –maßnahmen wurde teilweise bereits durch die Befragung erreicht. Des weiteren ist als (mittelbare) Wirkung der Gesprächsinitiative ein Kulturverein von Aussiedlern/innen im Stadtteil in Gründung (...) Zur Zeit findet die Verschriftlichung von Handlungsvorschlägen an die Stadt Marburg bezüglich weiterer Unterstützungsformen für Migranten/innen am Richtsberg statt. Dabei wird es vor allem darum gehen, nicht nur etwas für Migranten/innen zu machen, sondern sie insbesondere selbst handeln zu lassen ..."

(Auszug aus der KuQ-Ergebnisdokumentation der Stadt Marburg)

5.4.1 Sozialraum und Integration

Die Förderung und Unterstützung der sozialen und individuellen Integration von Kindern und Jugendlichen stellt eine gesellschaftliche Notwendigkeit dar, insbesondere dort, wo junge Menschen von sozialen Benachteiligungen besonders betroffen sind. Diese beziehen sich einmal auf die geringen Partizipationsmöglichkeiten, am durchschnittlichen leben dieser Gesellschaft teilnehmen zu können und damit ausgegrenzt zu werden und auf die beschränkten Zugänge zu den relevanten Handlungsfeldern, die den sozialen Status sichern und identitätsstiftend wirken.

Denn die Sozialisation ausländischer Kinder und Jugendlicher ist häufig gekennzeichnet durch Rechtsunsicherheit über den weiteren Verbleib, durch Statusunsicherheit im Berufsleben und hoher Abhängigkeit von wirtschaftlichen Krisensituationen. Die Betroffenen leiden unter dem Mangel infrastruktureller Versorgung, vor allem in den Bereichen Wohnen, Ausbildung und Freizeit sowie der mangelnden Integrationsmöglichkeiten und einer latent vorurteilsbehafteten gesellschaftlichen Haltung.

Vor diesem Hintergrund meint soziale Integration nicht nur die Möglichkeiten des Zugangs zu Bildungs- und Berufsinstitutionen, zu Schule und Arbeitswelt, sondern zu entsprechenden Kommunikationsformen und sozialräumlich definierten Lebensbezügen und die tatsächliche Beteiligung an Entscheidungsprozessen, sowohl in den politischen Institutionen und formalen Beteiligungsverfahren als auch in Bereichen sozialer Öffentlichkeit.

Städte und Gemeinden haben sich darauf eingestellt, zukünftig in ihrer Struktur in sehr viel höherem Maße multiethnisch und interkulturell zu sein. Von den in der Stadt Köln lebenden Einwohnern/innen haben fast 20 % Menschen einen ausländischem Pass und fast ein Drittel der Jugendlichen in den entscheidenden Altersphasen, in der der Einstieg in den Arbeitsmarkt und die Berufs-

© Stiftung SPI 2004

wahl anstehen, sind Ausländer/innen. Die registrierte Jugendarbeitslosigkeit beträgt 18 %, während sie bei Jugendlichen deutscher Abstammung gerade 8% ausmacht mit Wirkungen auf die Berufsabschlüsse. Auch hier haben die ausländischen Jugendlichen zwischen 40 % (Türken) und 37 % (Portugiesen) keine abgeschlossene Berufsausbildung.[69] Beispiele aus Großstädten sind deshalb wegweisend, weil sich gerade in diesen Ballungsgebieten die „ethnischen Kolonien" (Brocke) befinden und weiterentwickeln. Denn es ist mittel- bis langfristig mit weiteren Zuwanderungen zu rechnen, so dass Maßnahmen zur systematischen Ersteingliederung weiterhin aufrechterhalten bleiben müssen, wobei es nicht allein um Kinder und Jugendliche geht, sondern auch um zuwandernde Elternteile und hier in besonderem Maße um Frauen. Und es zeichnet sich auch ab, dass Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund – selbst wenn sie in Deutschland geboren und aufgewachsen sind – starke Bindungen an die mitgebrachten Sprachen und kulturellen Traditionen der Herkunft ihrer Familien besitzen und behalten. Sie verfügen somit über eine Alltagswelt und lebensweltliche Erfahrungen, die sich nicht eindeutig auf ein Land, eine Kultur oder eine Sprache festlegen lassen. Vielmehr ist ihre Alltagswelt über nationalstaatliche Begrenzungen hinweg angelegt, sie lässt sich als eine Art transnationaler Raum[70] verstehen.

Der Umgang mit dieser kulturellen und sprachlichen Heterogenität hat in den meisten kommunalen Maßnahmen und Programmen eher den Charakter von Zusatz- als von Querschnittsaufgaben. Aber gerade den Fokus auf diese Querschnittsfunktion zu legen, ist von großer Bedeutung, werden doch zahlreiche Politikfelder berührt und unterschiedliche Akteure eingebunden; d.h. Fragen der interkulturellen Orientierung politischer Maßnahmen und Programme müssen unter Beteiligung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in sämtliche politische Handlungskonzepte integriert werden, um Integrationsprozesse zu forcieren, den sozialen Zusammenhalt in den Kommunen zu sichern und insgesamt der veränderten sprachlich-kulturellen Lage Rechnung zu tragen. Gemeinsam muss diesen Konzeptionen sein, dass sie kommunalpolitisch legitimiert sind, ein durchaus differenziertes Verständnis von Integration vertreten und die Umsetzung auch mit unterschiedlichen Steuerungs- und Controllingsystemen voranbringen wollen und können. In jüngster Zeit sind in eine Reihe von Städten kommunalpolitische Gesamtkonzepte entwickelt und umgesetzt worden.[71]

In diesem Zusammenhang wird auch deutlich, dass eine solche Neu- oder Umorientierung nicht einfach die Integration von Migranten/innen in sozialräumliche Zusammenhänge meint, sondern auf ein interkulturelles Handlungsmuster der Kommunen abstellt mit dem Ziel „ein gemeinsames Leben und Lernen von Deutschen und Nichtdeutschen unter Einbezug ihrer unterschiedlichen Lebenserfahrungen zu ermöglichen und Handlungskompetenzen und Erfahrungsmöglichkeiten so zu erweitern, dass ein Miteinander gefördert und die Isolation und das Misstrauen untereinander überwunden werden".[72] Wesentlich ist diesem Aspekt des Interkulturellen damit das Miteinander, der vielfältige Austausch und die gegenseitige Ergänzung, die Begegnung und der Dialog der Kulturen. Er äußert sich durch Beobachten und Selbstreflexion, über das sich Annähern durch Unterschiede und durch kontinuierliche Neugier. Dazu gehört aber auch die kritische Auseinandersetzung mit den vorhandenen Vorurteilen, das Verstehen der gesellschaftlichen Bedeutung von Fremdbildern und die Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit ethnisch bedingten Konflikten, die eine Grundhaltung des Respekts und der Wertschätzung gegenüber den kulturell Andersdenkenden voraussetzt.

Interkulturalität geht also über die Förderung der klassischen Zielgruppe Migranten/innen hinaus und bindet die einheimische Bevölkerung in das Konzept mit ein. Dazu ist es aber notwendig, diese auch zu stützen und auf Gemeinsamkeiten zu verweisen, etwa auf die Tatsache, dass immer weniger zugewanderte und einheimische Kinder auf die sprachlichen Anforderungen in der

[69] Vgl. J.Bärsch u.a.: Arbeitsmarktintegration von jungen Menschen mit Migrationshintergrund in Köln; zit. In KJS-News vom 17.02.2003 (www.news.jugendsozialarbeit.de)

[70] Man spricht auch von Transmigration; d.h. es sind temporäre Migrationen oder Pendelmigrationen zwischen mehre ren Ländern, z.B. dem Aufnahme- und dem Herkunftsland. Insbesondere die EU-Freizügigkeit, aber auch die zunehmende Einbürgerung ermöglicht Migranten/innen ein freies Kommen und Gehen zwischen den Ländern

[71] Vgl. hierzu D. Filsinger: Interkulturelle Öffnung Sozialer Dienste; E&C-Expertise, Berlin 2002, S. 64 ff.

[72] Stadt Essen: Interkulturelles Konzept; zit. in: D. Filsinger, Interkulturelle Öffnung Sozialer Dienste, a.a.O., S. 64 f.

© Stiftung SPI 2004

Grundschule und in den weiterführenden Schulen vorbereitet sind. Zu Recht wird in den Leipziger Thesen darauf verwiesen, dass „die Bildungsdiskriminierung junger Migranten und Migrantinnen eine gelingende Integration in die Gesellschaft (verhindern). Die Lösung dieses Problems darf nicht nur im Ausgleich von migrationsbedingten Differenzen bzw. damit verbundenen Defiziten gesucht werden. Sie liegt insbesondere in der Akzeptanz von kultureller Vielfalt und in der Orientierung an den bislang zu wenig genutzten Ressourcen. Sie können durch die Förderung von Zweisprachigkeit und die Fähigkeit, sich in unterschiedlichen ethnisch-kulturellen Kontexten zu orientieren, realisiert werden. Dies erfordert eine konsequente Verbreitung und Weiterentwicklung von interkultureller Bildung.“ [73]

Diesen vielfältigen Herausforderungen gerecht zu werden ist auch Aufgabe kommunaler Verwaltung. Sie muss durch ihre Fachkräfte den Zugang zu theoriegeleiteten, praxistauglichen Konzepten finden und dadurch in der Lage sein, ihr professionelles Handeln auch in unterschiedlichen kulturellen Kontexten anzuwenden, sowohl als Basis- wie auch als Pflichtkompetenz für jedwede Form der Kinder- und Jugendpolitik. Den fachlichen Standards Kooperation und Stärkung der Ressourcen im Lebensumfeld junger Menschen kommt in diesem Rahmen eine besonderer Bedeutung zu.

Interkulturelle Kompetenzen sind demnach

- Empathie; d.h. die Bereitschaft und Fähigkeit, sich in die Einstellung anderer Menschen einzufühlen
- Multiperspektivität; d.h. ein Problem aus mehreren Perspektiven betrachten zu können, sowohl aus Sicht der Mehrheit als auch der Minderheit
- Selbstreflexivität; d.h. sich mit der eigenen Sicht- und Wahrnehmungsweise kritisch auseinander zu setzen
- Flexibilität; d.h. nicht nach festgefahrenen Mustern zu handeln, sondern sich der Situation und dem Kontext anzupassen
- Solidarität als Gegenprinzip zur Rivalität und als gemeinsames Handeln im Wissen um die Verschiedenheit
- Kommunikationsfähigkeit
- Konfliktfähigkeit
- Handlungsfähigkeit in kulturellen Überschneidungssituationen
- Kenntnisse über Heterogenität von kulturellen Gruppen
- Landeskundliches und kulturelles Wissen.

Hier kann die Kinder- und Jugendhilfe sich ihren spezifischen Erfahrungs-, Erlebnis- und Erkenntnisraum, den sie über Jahre in der Umsetzung von Maßnahmen und Projekten erworben hat, zunutze machen. Mit ihren eigenen Zielsetzungen und vielfältigen Inhalten, Methoden und Arbeitsweisen kann sie ein breites interkulturelles Bildungsangebot eröffnen, das in enger Wechselwirkung zu Familie, Kita, Schule und beruflicher Bildung steht. Allerdings müssen die spezifischen Potentiale interkultureller Kompetenz als eigenständiges kommunales Profil sichtbar und kommunizierbar gemacht werden.

Durch das Programm KuQ sollten die strukturellen Verbesserungen der Lebensräume initiiert werden, so dass Kinder und Jugendliche – aber auch deren Eltern - die Chance haben, im Rahmen von Maßnahmen und Projekten geeignetere Rahmenbedingungen für Leben, Arbeiten und Wohnen im unmittelbaren Umfeld entweder selbst zu entwickeln oder unter Anleitung zu schaffen. Denn die Beteiligten sind nicht nur in den sozialen Raum integriert, sondern auch durch ihn, seine Gestaltung, Struktur und seine spezifische Dynamik.

[73] Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ): Jugendhilfe & Bildung, Berlin 2003, S. 7

© Stiftung SPI 2004

5.4.2 Interkulturelle Zugänge

Die interkulturelle Öffnung der Kinder- und Jugendhilfe ist bisher noch unzureichend erfolgt, wenn auch kontinuierliche Entwicklungen festzustellen sind. So wird die Notwendigkeit interkultureller Kompetenzentwicklung überall proklamiert und die Einstellung von Mitarbeiter/ in-nen mit Migrationshintergrund auch zunehmend realisiert. Das Angebot an einschlägigen Qualifizierungen ist deutlich im Anstieg begriffen und gewinnt selbst bei denjenigen Mitarbeiter/ innen an Akzeptanz, die bisher eher reserviert diesem Thema gegenüber standen. Die alltägliche Konfrontation mit den Schwierigkeiten einer multikulturellen Gesellschaft sowie die Erwartung, die erforderliche Integrationsaufgabe zu leisten und ein friedliches und kooperatives Zusammenleben zu ermöglichen, stellen besondere Herausforderungen an die kommunalen Verantwortlichen in der Kinder- und Jugendarbeit. Hier sind geeignete Konzepte gefragt, die sowohl an die Mitarbeiter/innen als auch an die Jugendlichen – und deren Eltern - hohe Anforderungen an interkulturelle Bildungs- und Bindungsprozesse stellen.

In Bezug auf die Sozialräumlichkeit bedeutet dies auch, dass

- neben punktuellen Möglichkeiten der Begegnung wie Stadtteilfesten, Theater- und Musikveranstaltungen in vielen gebieten „auf Dauer“ angelegte Treffpunkte und Kommunikationsmöglichkeiten eingerichtet wurden, um Begegnungen zwischen den ethnischen Gruppen zu fördern.

  „... Elternarbeit mit vorwiegend ausländischen Eltern wurde über eine Elternschule aktiviert. Dafür wurde ein Klassenzimmer in ein Spielzimmer umgewandelt, in dem die Kinder während der Kurse betreut wurden. Kursinhalte waren ‚Selbstbehauptung für Mädchen und Jungen', ‚Kreativkurse für Mütter', ‚Computerkurse für Eltern', ‚Eltern und Kinder gemeinsam mit Holz und Spiel', Fragen zur Kindererziehung für ausländische Mütter und ein Runder Tisch für türkische Mütter (...) Für die Konzeptentwicklung der Elternschule war ein Arbeitsstab von Vertreter/innen der Regenbogenschule, der Kita, der VHS, das Haus der Familie und der Fachbereich Jugendhilfe und Beschäftigungsförderung verantwortlich (...) In die Projektlaufzeit fiel für die muslimischen Kinder und Eltern die Ramadanzeit Da diese Zeit den gesamten Tagesplan einer muslimischen Familie bestimmt, war es für sie nicht leicht, sich zu beteiligen. Der Wunsch dieser Eltern war es, dass bei zukünftiger Planung dies berücksichtigt wird, besonders bei Projekten, die in Stadtteilen mit hohem Ausländeranteil angesiedelt sind ...“ [74]

- Das bereits angesprochene wesentliche Hindernis für eine interkulturelle Verständigung ist die Sprachproblematik von Migranten/innen. Es geht um niedrigschwellige Angebote zur Sprachförderung mit der stärkeren Orientierung an der Lebenswelt der Zugewanderten.

  „... Die Aussiedler wohnen am Stadtrand von Wittenberge, die meisten Frauen haben keine Arbeit, also sind recht isoliert. Die Nachbarin ist auch Russin, also sprechen sie untereinander natürlich auch russisch. Die Männer kommen eher raus, die Kinder haben Kontakt in der Schule und lernen sehr schnell (...) So kümmert sich das Labyrinthprojekt im besonderen um diese Frauen. Jeden Mittwoch treffen sich etwa 16 Frauen zwischen 16 und 68 Jahren für zwei und mehr Stunden zum Konversationszirkel in den Räumen der Regionalen Arbeitsstelle für Ausländerfragen (RAA). Es konnte eine Russischlehrein gewonnen werden, die sehr praxisnah die deutsche Sprache vermittelt. So spielen Formularvordrucke, Briefeschreiben, Zeitungsschau eine Rolle. Aktuelle politische Themen werden diskutiert, kommunale Ereignisse kommentiert. Zu Religionsfragen besteht ein großer Austauschbedarf (...). Der Wunsch ist, Anschluss zu finden, selbständiger zurechtzukommen und verstanden zu werden ...“ [75]

- Auseinandersetzung oder Konflikte in benachteiligten Stadtgebieten können häufig nicht ohne fremde Hilfe gelöst werden. Hier übernehmen Schlichtungsstellen oder „Konfliktlöser“ die

[74] Auszug aus der KuQ-Ergebnisdokumentation der Stadt Krefeld
[75] Auszug aus der KuQ-Ergebnisdokumentation der Stadt Wittenberge

© Stiftung SPI 2004

Aufgabe eines Krisenmanagements. Dabei ist der gesamte Sozialraum angesprochen, weshalb auch an vielen Schulen interessierte Lehrer/innen und Schüler/innen zu „Schlichtern" oder „Konfliktlotsen" ausgebildet werden. Im Rahmen der Sozialen Stadt wird weiter darauf verwiesen, dass „ein solches Konfliktmanagement ein wichtiger Baustein stadtteilbezogener Präventionsarbeit (ist). Konzepte zur Präventionsarbeit bilden die Grundlage für ein koordiniertes Vorgehen gegen die vielfältigen und komplexen Ursachen von Gewalt und Kriminalität." [76]

„...Fast das gesamte Lehrerkollegium der Grundschule I ließ sich auf eine Jahresfortbildung zum Thema ‚Streitschlichter-Training' ein (...) Wir merkten bereits in den ersten Veranstaltungen, dass der Bedarf an Austausch, Feedback und Reflexion – also eine supervisorische Begleitung des Schulalltags im Lehrerteam sehr groß war. So wurde viel Praxiserfahrung ausgetauscht und Wissen über Konfliktanalyse und Methoden zur Streitschlichtung vermittelt (...) Angedacht wird, in der Schule eine Streitschlichter-AG zu gründen, in der Schüler/innen in der Methode der gewaltfreien Konfliktlösung ausgebildet und befähigt werden, als Schüler unter Schülern Streit zu schlichten. Der Einfluss auf des Klassenklimas auf Lernverhalten und die Gestaltung von Lernprozessen ist unumstritten ..." [77]

„... Es ging um Gewichtheben und Kraftsport als außerschulisches Lernfeld für Selbstkontrolle und Disziplin bei männlichen Aussiedlerjugendlichen. Wobei erreicht werden konnte, dass 12 Jugendliche dieses Angebot annahmen und zunächst ein Basistraining absolvierten, allerdings gekoppelt mit intensiver Beratung in den Bereichen von Schule und Ausbildung. Die jugendlichen Kämpfer erzielten bei internen und externen Wettkämpfen sportliche Erfolge (u.a. erste Plätze bei Landesmeisterschaften!) und stärkten dadurch ihr Selbstbewusstsein. Der Trainer sowie ein Sozialarbeiter konnten einen guten Kontakt zu den Jugendlichen aufbauen, so dass in dieser Zeit auch über Straffälligkeit keine Informationen vorlagen (...) Von anderen Jugendgruppen wird eine Ausdehnung des Angebots gewünscht ..." [78]

- Kommunalpolitik und lokale Verwaltung sollten die konzeptionelle und operative Arbeit so strukturieren, dass die Konsultation und die Einbindung aller relevanten Akteure ermöglicht werden. Das heißt aber auch, dass – im Sinne eines „strategischen Integrationsmanagements" eine kommunale Netzwerkarbeit (z.B. Tagesbetreuung in Schulen, Zusammenarbeit zwischen Schulinitiativen und Jugendzentren etc.) eine wesentliche Strategie zur Intensivierung des Zusammenlebens von unterschiedlichen sozialen und ethnischen Gruppen im Stadtteil darstellt. Dieses weiter zu befördern heißt aber auch, z.B. Aktionen zur Erhöhung der Sichtbarkeit von Bürgern/innen mit Migrationshintergrund in öffentlichen und politischen Funktionen zu befördern sowie die Selbstorganisation ethnischer Minderheiten zu unterstützen und dabei zur Schaffung eines Gemeinsamkeitsgefühls innerhalb der Gesellschaft nachhaltig beizutragen.

  „... Mit der Maßnahme „MOVIE" – Motivation und Integration wurden Jugendliche (ausschließlich Migranten/innen und Aussiedler/innen verschiedenster Herkunft) im Stadtteil Grone über das Spektrum an Möglichkeiten und Hilfeangeboten in den Bereichen Gesundheit, Soziales und Freizeit informiert und in zunehmendem Maße nahmen sie auch selbständig Kontakt zu diesen Einrichtungen auf, um eigene Ideen ausprobieren zu können. Dabei konnten bestehende Ressentiments artikuliert und thematisiert werden. Auch wurden Gemeinsamkeiten festgestellt und Vorurteile dadurch (teilweise) entkräftet. Das Interesse und Engagement dieser Jugendlichen, sich partizipatorisch an der Entwicklung des Stadtteils zu beteiligen, hat ein starkes Echo gefunden, besonders die Jugendausgabe der Quartierszeitung nutzen die Jugendlichen als Forum, ihre teilweise divergierenden Meinungen zu äußern (...) Die aus dem Theater-Filmprojekt hervorgegangene Tanz-Gruppe für Aussiedlermädchen wurde in eigener Regie von diesen fortgeführt (...) Nach eigenen Aussagen der Jugendlichen zu den einzelnen Angeboten kann gesagt werden, dass die Mitwirkung – insbesondere auch Präsen-

[76] Soziale Stadt: Zusammenleben unterschiedlicher sozialer und ethnischer Gruppen im Stadtteil; Arbeitspapiere Bd. 10, Berlin 2003
[77] Auszug aus der KuQ-Ergebnisdokumentation der Stadt Wittenberge
[78] Auszug aus der KuQ-Ergebnisdokumentation der Stadt Detmold

© Stiftung SPI 2004

tationen außerhalb des Sanierungsgebiets – zur Steigerung des Selbstwertgefühls nicht nur bei den Akteuren sondern auch untereinander beigetragen hat ...“ [79]

„... Die jugendlichen und erwachsenen russlanddeutschen Aussiedler, die die konventionellen Beratungsangebote in der Vergangenheit nicht angenommen haben, wurden über die Möglichkeiten „Internet, Beruf und Beratung“ informiert, wobei vorhandene Strukturen genutzt wurden: Gottesdienste, Gruppenarbeit, Jugendcafé, russischsprachige Teestube etc. Die fachliche Unterstützung und Beratung vor Ort hat den Migranten/innen eine erste Orientierung für Beruf und Berufswahl gegeben. Die ‚Brückenfunktion' zu konventionellen Beratungsstellen lief nur zögerlich an – auch bedingt durch Sprach- und Verständigungsprobleme. Von daher war das Angebot für dies Gruppe sehr hilfreich, konnte doch ein Vertrauensverhältnis aufgebaut werden, das besonders bei Beratung einen hohen Stellenwert besitzt ...“ [80]

- Kommunalpolitik und lokale Verwaltung entwickeln sich somit unter dem interkulturellen Anspruch zu Bindeglieder zwischen ethnischen Minderheiten und kommunalen Organisationen und fördern – im besten Sinne – die effektivere Umsetzung politischer Maßnahmen und eine darauf abgestellte lokale Sensibilisierungs- und Reaktionsfähigkeit. Ein solcher Paradigmenwechsel bewegt dann die bisherige traditionelle Ausländerarbeit hin zur interkulturellen Orientierung aller.

  „... Durchführung von 116 leitfadengestützten Interviews zu Lebensentwürfen mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter von 12 bis 25 Jahren: 77 Spätaussiedler/innen, 20 Kontingentflüchtlinge, 18 Menschen mit anderen Migrationshintergründen mit dem Ziel der Beteiligung am Gestaltungsprozess für integrationsfördernde Strukturen und der Entwicklung entsprechender Angebote (...) Durch das Erfragen spezifischer Interessen und Bedarfe, entstand bei der Haupt-Zielgruppe ein erhöhtes Bewusstsein ihrer eigenen Interessen gegenüber. Es wurden zielgerichtet Bedürfnisse hinsichtlich musischer, sportlicher und kultureller Aktivitäten und Angebote geäußert (...) Die kommunale Projektleitung schätzt die bisherigen und erwarteten Erfolge sehr positiv ein. Dies bezieht sich zunächst auf die eigenen Erkenntnisse. Nach dem notwendigen Transfer wird ein aufwendiger Diskurs in der Stadt Marburg beginnen. Ggf. wird es eine große Veranstaltung (Drittes Marburger Integrationsforum) zu den Ergebnissen und Schlussfolgerungen der Untersuchung geben ...“ [81]

  „... Das Projekt des Gesundheitsamtes zur Gesundheitsprävention, welches besonders die sinnliche Wahrnehmung schult und die Wahrnehmung des eigenen Körpers und eigener Bedürfnisse, machte den Schülern/innen aus Migrantenfamilien sehr viel Spaß. Allerdings wurden bei der Durchführung eklatante Defizite in der interkulturellen Kompetenz einzelner Lehrer/innen offenkundig. Aus diesem Grunde wurde kurzfristig noch eine Fortbildung für Lehrer/inenn angeboten ...“ [82]

  „... Zu einer Fachtagung zur Arbeit mit russlanddeutschen Spätaussiedlern/innen waren vor allem Sozialarbeiter/innen, Lehrer/innen und Verwaltungsangestellte des Gebiets der Sozialen Stadt eingeladen. Es ging um Informationen über Klischees auf beiden Seiten und um den Umgang miteinander (...) In einem Rechtsseminar ging es um spezielle Fragen zur Einbürgerung, Familienzusammenführung und Arbeitsmöglichkeiten (...) Das Angebot nutzten auch 30 Spätaussiedler/innen sowie Interessierte aus dem Multiplikatorenkreis der Stadt Wittenberge ...“[83]

[79] Auszug aus der KuQ-Ergebnisdokumentation der Stadt Göttingen
[80] Auszug aus der KuQ-Ergebnisdokumentation der Stadt Detmold
[81] Auszug aus der KuQ-Ergebnisdokumentation der Stadt Marburg
[82] Auszug aus der KuQ-Ergebnisdokumentation der Stadt Göttingen
[83] Auszug aus der KuQ-Ergebnisdokumentation der Stadt Wittenberge

© Stiftung SPI 2004

5.5 Wirkungsebene Kompetenzerwerb

Impressionen

„... Das Wochenende zur Vorbereitung der Arbeit war insgesamt zuviel Gelaber. Aber das musste wohl sein, um in die ganze Sache eingeführt zu werden. Wichtig ist aber, Jugendliche für ein solches Projekt zu finden, die auch interessiert sind. Viele gehen ziemlich lustlos durchs Leben, wenn man die hier reinsetzt, wird das Ganze nichts ...“

(Auszug aus der KuQ-Ergebnisdokumentation der Stadt Halle)

„... Eine große Herausforderung stellte das Beschäftigungsprojekt ‚Photovoltaik’ dar. In kürzester Zeit konnten junge, auf dem Arbeitsmarkt benachteiligte Menschen, für das Projekt motiviert und in Verbindung mit neuen Lernformen an nachhaltige Energietechniken herangeführt werden und erlangten entsprechende Qualifikationen ...“

(Auszug aus der KuQ-Ergebnisdokumentation der Stadt Wetzlar)

„... Schwierig ist es immer, Menschen zur Mitarbeit zu aktivieren, wenn über Jahre Erfolge aus anderen Programmen für diese Menschen nicht oder nicht mit der notwendigen Nachhaltigkeit eingetreten sind. Dann gelingen nur ganz konkrete, unmittelbar nutzbare Angebote ...“

(Auszug aus der KuQ-Ergebnisdokumentation der Stadt Solingen)

5.5.2 Zukunftsfähige Perspektiven

Die Zukunftsperspektiven der Kinder und Jugendlichen in der Gesellschaft sind von zentraler Bedeutung, wenn es darum geht, jungen Menschen eine Entwicklung zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten zu ermöglichen. Für die Kinder und Jugendlichen muss es glaubhaft werden, dass es weder ihren Eltern und Angehörigen, noch der Gemeinschaft gleichgültig ist, was aus ihnen wird, und dass man es nicht zugelassen kann, dass ihre Potentiale, Fähigkeiten und Fertigkeiten vergeudet werden.

Eine zukunftsfähige Kinder- und Jugendpolitik, die Kinder und Jugendliche als gleichwertige Mitglieder der Gesellschaft versteht, muss als Querschnittsaufgabe gesellschaftlicher Verfasstheit verstanden werden und nachhaltig die Interessen von Kindern und Jugendlichen in allen Politikbereichen vertreten. Auf dieser Grundlage sind Möglichkeiten der Beteiligung für Kinder und Jugendliche zu schaffen resp. auszubauen.

Kernpunkt der Anstrengungen im Rahmen der Kinder- und Jugendpolitik ist die Frage, wie den nachwachsenden Generationen, den Kindern und Jugendlichen und ihren Eltern Unterstützung und Rahmenbedingungen gegeben werden können, dass die Persönlichkeitsentwicklung und die Fähigkeit Zukunftskompetenzen sich anzueignen, gestärkt und nicht verhindert wird.

Ein solches Verständnis von Bildung ist mehr als Ausbildung und Qualifikationserwerb, mehr als Wissensakkumulation und Kenntniserwerb. Sie ist Voraussetzung dafür, sich in einer komplizierten Welt zu verorten und zu behaupten. Sie wird damit zwangsläufig zu einer Lebenskompetenz, in der Qualifikation und Wissen nur ein Teilsegment repräsentieren. D.h., „Bildung und Qualifikation zielen auf Entwicklung der Persönlichkeit, Teilhabe an der Gesellschaft und Beschäftigungsfähigkeit. Diese drei Dimensionen sind immer zusammen zu sehen“. [84] Zugang zu den Ressourcen und Gelegenheiten solch personenbezogenen Bildungsprozesse zu erhalten, entscheidet über die eigenen biographischen Möglichkeiten und den weiteren Lebensverlauf. Aber nicht allein der Erhalt ist ausschlaggebend, sondern mehr noch die Möglichkeiten zur ständigen Erneuerung und

[84] Arbeitsstab Forum Bildung: Kompetenzen als Ziele von Bildung und Qualifikation. Bericht der Expertengruppe; Bonn 2001, S. 3

© Stiftung SPI 2004

Ergänzung von Kenntnissen und Fertigkeiten. Weder lässt sich „inhaltliches Wissen“ noch die Fähigkeit zur Wissensanwendung isoliert vermitteln. Sie können nur im Zusammenhang erworben werden. Außerdem beschränkt sich der Erwerb nicht auf die klassischen Bildungseinrichtungen, wichtige Lernfelder sind eben auch die Lebens- und Arbeitswelt. [85]

„... In Kooperation mit schulischen Einrichtungen soll so außerschulische Lernprozesse, Erfahrungen und Interaktionsformen angestoßen (werden). Dabei wird die Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen zum Dreh- und Angelpunkt der Wissensvermittlung gemacht. Durch die Fokussierung auf die Lebenswelt sollen fachübergreifend personale und soziale Kompetenzen vermittelt werden, die mit den alltäglichen Lebenserfahrungen im Wohnquartier kompatibel sind ...“ [86]

Gerade eine sozialräumlich orientierte Jugendhilfe muss sich als eine Bildungsleistung begreifen und nicht zuerst als reine „Nothilfe“ – auch wenn Not- und Krisenhilfen unverzichtbar bleiben werden. Diese spezifischen Bildungsleistungen orientieren sich dann auf der aktiven Unterstützung der Kinder und Jugendlichen zum offensiven Umgang mit den Bildungsmöglichkeiten und –chancen sowie auf der Förderung und Information der Eltern, um Bildungsprozesse ihrer Kinder sinnvoll zu unterstützen.

5.5.2 Schule als Bildungsraum

Nicht erst seit PISA ist bekannt, dass die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen aus sozial benachteiligten Familien erheblich eingeschränkt sind. Hierbei hat Schule nicht die alleinige Aufgabe der Heranführung an Bildung und der möglichen Kompensation von Ausgrenzung, sondern erfolgreiche Lebensführung und soziale Integration baut gleichermaßen auf Bildungsprozesse in Institutionen der Kinder- und Jugendhilfe sowie des (vor-)beruflichen Umfeldes. Dennoch kommt der heutigen Schule – besonders in Quartieren der Sozialen Stadt - eine zentrale Bedeutung zu. Aber nicht mehr ausschließlich als Wissensvermittlerin, sondern immer mehr als Ort, an dem auch soziale und kommunikative Kompetenzen offensiv erlernt und umgesetzt werden. Durch verschiedene Strategien im Rahmen des Programms KuQ versuchten die Schulen, diese neuen Ansprüche zu erfüllen:[87]

- Als eine Schlüsselstrategie hat sich die Öffnung der Schule herausgestellt. Schule öffnet sich dabei sowohl nach innen für neue Formen, Methoden und Inhalte des Unterrichts als auch nach außen zum Stadtteil, zur Lebenswelt im Umfeld der Schule und damit auch für die Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe, mit Betrieben, Verbänden und weiteren lokalen Akteuren im Gebiet.

  „... Es wurde ein Konzept entwickelt, das die Einrichtung eines Pego-Raums in der Schule und die Betreuung der Oberstufenschüler/innen durch die Sozialpädagogin und einen Sozialpädagogen vorsah. Dabei steht Pego für die Abkürzung von Pestalozzischule und Godesheim. Die Ziele waren dabei: ‚Begleitung von individuellen Entwicklungs- und Lernprozessen’, die ‚Integrationsförderung von ausländischen Schüler/innen’, die ‚Förderung des Selbstbewusstseins und der Selbsteinschätzung’, eine ‚Gewalt- und Drogenprävention’, eine ‚parteiliche Mädchenarbeit’, die ‚Vermittlung von Konfliktstrategien’ und die ‚Heranführung an eine adäquate Freizeitgestaltung’ ...“ [88]

- Zunehmend engagieren sich Schulen in den Quartieren darüber hinaus für eine Verbesserung des Übergangs von Schule in die Arbeitswelt. Gezielt werden die Vermittlung von Schlüsselqualifikationen in den Vordergrund eines handlungs- und praxisorientierten Unterrichts gerückt und Vorgänge der Arbeitswelt intensiver in die Abläufe schulischen Lernens integriert. Neue und bereits bewährte Projekte im Bereich Berufsinformation, -orientierung und –

[85] Vgl. Arbeitsstab Forum Bildung: Kompetenzen als Ziele von Bildung und Qualifikation; a.a.O., S. 3 ff.
[86] Broschüre „Gernsheimer jetzt Du!, Köln 2003, S. 7 ff
[87] vgl. hierzu Soziale Stadt: Arbeitspapier „Schule und Bildung“, Bd. 10, Berlin 2003
[88] Auszug aus der KuQ-Ergebnisdokumentation der Bundesstadt Bonn

© Stiftung SPI 2004

ausbildung werden Schülerinnen und Schülern nutzbar gemacht. Dabei kooperieren die Schulen zum Aufbau von lokalen Fördernetzwerken mit Betrieben im Stadtteil, Trägern der Jugendhilfe, dem Arbeitsamt, den Kammern, Ausbildungs- und Beschäftigungsträgern sowie den zuständigen Fachämtern.

„... Schule muss sich viel stärker nach außen öffnen. In meinem Kopf ist die Idee, Schule zu einem Raum der Begegnungen von mehreren Generationen zu machen (...) Ich umschreibe das mit dem Begriff ‚Bürgerschule'. Die Schule soll ein Ort sein, an dem sich Bürger/innen treffen können. ..."[89]

„... Wie erwartet haben alle fünf Schulen das Angebot zur Mitarbeit angenommen und sich an der schulübergreifenden Projektgruppe beteiligt (...) Es wurde eine Bestandsaufnahme und ein Abgleich der bestehenden Angebote zu den Themenfeldern ‚Berufsorientierung', ‚Berufsinformation', und ‚Berufsausbildung' gemacht. Erfahrungen mit der Durchführung dieser projekte bzw. Unterrichtseinheiten wurden ausgetauscht und Projektideen der beteiligten Schulen zusammen getragen (...) Die Bestandsaufnahme aller Angebote ermöglichte erstmals einen schulübergreifenden Austausch in Lurup. Gleichzeitig wurde damit eine gute Basis für zukünftige Kooperationen zwischen den Schulen geschaffen ..." [90]

- Gerade die Tatsache, dass Schule nicht nur Lern- und Leistungsort für Schüler/innen ist, sondern auch ein sozialer Ort, ein Sozialraum und damit eine Instanz im Prozess der Sozialisation, impliziert dies die vielfältige Funktion und Bedeutung von Schule.

  „... Ein wichtiger Aspekt des Schulfrühstücks ist die persönliche Zuwendung, welche die Schüler/innen erfahren (...) Wenn ich als Lehrerin einem Schüler das Brot schmiere (...) dann ist das etwas ganz persönliches. Da ist jemand, der etwas für mich tut. Eine Erfahrung, die viel Schüler/innen von Zuhause nicht kennen. Der Augenblick der Übergabe ist etwas ganz Symbolisches ..." [91]

- Durch das nähere Zusammenrücken von schul- und sonderpädagogischer und sozialpädagogischer Fachkompetenz sind Synergieeffekte zu erzielen, weil sie über die quantitative Ebene hinaus einen qualitativen Sprung bedeuten.

  „... Mit den Jüngeren wird beispielsweise Tischgruppentraining gemacht. Es soll soziales Verhalten eingeübt werden, das dann dem Unterricht zu Gute kommt. Der Sozialpädagoge kümmert sich auch um die Einzelfälle und versucht, Informationen zu sammeln und Kontakte zum Jugendamt herzustellen..." [92]

5.5.3 Perspektiven des Kompetenzerwerbs

Das Ziel einer weitsichtig angelegten Kinder- und Jugendpolitik ist die Beendigung und Rückführung der zunehmenden Zahl von Negativkarrieren durch die Eröffnung neuer und legaler Entwicklungs-, Bildungs- und Arbeitskarrieren. Für den Veränderungs- und Reformbedarf der Kinder- und Jugendhilfe bedeutet dies, dass er nicht auf eine ungewisse Zukunft und auf zukünftige Kooperationen verschoben werden darf. Die Kinder- und Jugendhilfe muss mit ihren Interventionen und (Bildungs-) Angeboten so früh wie möglich präsent sein, so z.B. auf die Erziehungsformen der Eltern einwirken, um die Entwicklung von Negativkarrieren zu stoppen wie auch in einem kontinuierlichen Prozess der Unterstützung und Hilfe die Kompetenzen zu fördern, gerade unter sozialer Ungleichheit.

[89] Interview mit U. Stahnke; in: Jugendinfo zippzapp, Bonn 2003, S. 14
[90] Auszug aus der KuQ-Ergebnisdokumentation von Hamburg-Altona
[91] Schulfrühstück und Elternarbeit; in: Jugendinfo zippzapp, Bonn 2003, S. 22
[92] Auszug aus der KuQ-Ergebnisdokumentation der Bundesstadt Bonn sowie Jugendinfo zippzapp, Bonn 2003, S. 14

© Stiftung SPI 2004

Denn diese stellt eine starke und bedeutende Behinderung und Hemmschwelle dar. Die Entwicklung von bestimmten Fähigkeiten, deren Existenz eventuell gar nicht bekannt ist, wird durch sie beeinträchtigt. Im Zusammenhang mit potenziellen Fähigkeiten spielt das Selbstvertrauen eine entscheidende Rolle, geht es doch der Entwicklungsfähigkeit voraus. Im Umgang mit Kindern und Jugendlichen aus sozialen Brennpunkten ist es deshalb wichtig, sie zunächst als Personen mit Kenntnissen und Fähigkeiten anzusprechen wie andererseits auch den dafür nötigen Raum der Erprobung und Erkundung – einschließlich der Irrtumswege – zur Verfügung zu stellen um ihnen so den notwendigen Respekt über die Grenzen der Ungleichheit hinweg zu zollen.

Durch das Programm KuQ konnten im Rahmen von sogenannten Kompetenzwerkstätten diese Forderungen umgesetzt werden; d.h. zum einen dienten diese Werkstätten der „Charakterbildung der Kinder und Jugendlichen, zweitens der Förderung des Selbstwertgefühls und drittens sollten sie der Zielgruppe gegenüber Respekt und Anerkennung vermitteln (...) Das Modell der Kompetenzwerkstatt zielt darauf:

- die Bedürfnisse und Möglichkeiten von Kindern und Jugendlichen eines Sozialraums zu ermitteln;
- die Kinder und Jugendlichen durch geeignete pädagogische Methoden Respekt zu erweisen und ihre Kompetenzen ernst zu nehmen;
- Vereinbarungen mit den Kindern und Jugendlichen zu treffen, wie ihre Kompetenzen individuell gefördert werden können;
- in den Lösungsansätzen die alltäglichen Lebenserfahrungen, die vorhandenen Ressourcen im Wohnquartier und im Stadtteil bzw. die Möglichkeiten der örtlichen Institutionen und Einrichtungen zu berücksichtigen sowie einzubeziehen;
- dabei außerschulische Lernprozesse zu initiieren, die Kinder und Jugendliche stark machen für die Konflikte der gesellschaftlichen Integration;
- auch Vereinbarungen mit den Akteuren, Institutionen und Einrichtungen im Sozialraum und im örtlichen Umfeld zu treffen, wie die individuelle Entwicklung der Kompetenzen für konkret benannte Kinder und Jugendliche umzusetzen ist.

Die Kompetenzwerkstatt stellt somit einerseits ein neues Beteiligungsmodell dar, mit dem die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen direkt ermittelt und in Bedarfsgrößen umgewandelt werden können. Andererseits hat es den Charakter eines neuen Handlungsmodells, mit dem die Entwicklung der Kompetenzen dieser Kinder und Jugendlichen im Wohnquartier als Lern- und Erfahrungsraum ziel- und ergebnisorientiert gesteuert werden kann.“ [93]

„... Die Kompetenzwerkstatt hat sich als impulsgebend für Kinder, Jugendliche und Eltern erwiesen: Kinder und Jugendliche reflektierten eigene Potenziale, Fähigkeiten und Interessenslagen und entdeckten persönliche Handlungs- und Gestaltungsspielräume im Sozialraum. Eltern erlebten durch ihre aktive Unterstützung der Organisation der Veranstaltung sowie durch eine Elternbefragung, dass ihr Engagement gebraucht wird und zu positiven Ergebnissen führt (...) Sichtweisenveränderung hinsichtlich der Kompetenzen der Zielgruppe vom Defizitfokus zum Ressourcenfokus (...) weg von Orientierungen an Misserfolgen und Defiziten hin zu Erfolgserlebnissen und Potenzialen ...“[94]

„... Mit Schüler/innen der 7. Klasse Hauptschule und eines Berufsvorbereitungsjahrs der Berufsschule wird im Rahmen einer Kompetenzwerksatt an Fähigkeiten und Möglichkeiten sozialer Kompetenz gearbeitet (...) mit dem Erfolg der Verbesserung des Lernklimas (kaum Schwänzen, Zuhören, rege Beteiligung, viele kreative Ideen), des Klassenklimas und der Gewinnung von Selbstvertrauen, das bei den Jungen langsam aber stetig zunimmt (...) Die Hauptschule hat erklärt, diese Arbeit als festen Unterrichtsbestandteil in Klasse 7-9 einzuarbeiten ...“ [95]

[93] Broschüre „Gernsheimer jetzt Du!, Köln 2003, S. 9
[94] Auszug aus der KuQ-Ergebnisdokumentation der Stadt Köln
[95] Auszug aus der KuQ-Ergebnisdokumentation der Stadt Offenbach

© Stiftung SPI 2004

In einem anderen Zusammenhang ist die Entwicklung und Förderung des sozialen Kompetenztrainings entwickelt worden:

„... das Projekt Keimzeit heißt deshalb so, weil sich die Zielgruppe gleichsam in einer wichtigen entwicklungspsychologischen Keimphase befindet, der Pubertät; es heißt deshalb so, weil hier wichtige Fähigkeiten keimen, die die Jugendlichen für eine erfolgreiche soziale Integration brauchen (...) es heißt deshalb so, weil das Projekt dabei helfen soll, die Wurzeln von Fehlverhalten aufzudecken und an ihrer Statt die Keime (...) zu stärken und zu kultivieren (...) und es heißt deshalb so, weil die immer weiter aufklaffende Schere zwischen biologischer und sozialer Reife durch die Trainings nicht zugedrückt werden können, aber die Schüler/innen werden in die Lage versetzt, besser mit ihr umzugehen ...“[96]

Fest steht, dass auch in den Lebenswelten notwendige und wichtige Kompetenzen erworben werden können, die erwünschte individuelle Entwicklungen ermöglichen. So im Familienverbund, in medial vermittelten Informationen und Kommunikationen, in Nachbarschaft, peer groups, Freizeitgruppen, Sport und Betrieben bzw. Ausbildungen und Arbeitsstätten. An diesen Orten sollen zukünftig die Lern- und Bildungschancen nicht mehr innerhalb von Gelegenheitsstrukturen – und das heißt mehr zufällig im Rahmen allgemeiner Betreuungsarbeit – liegen, sondern geplanter und strukturierter ins sozialen Umfeld integriert werden. Hier hat das Programm KuQ erfolgreiche Praxismodelle intendiert:

„... Schlecht qualifizierte Jugendliche und junge Erwachsene, insbesondere solche mit Lern- und Motivationsproblemen werden über ein Assessment-Center zur individuellen Berufswegplanung befähigt (...) In Kooperation mit den unterschiedlichen Schulen und kontinuierliches Monitoring dieses Prozesses (...) werden Aspekte außerschulischen Lernens anerkannt und die ergänzende Funktion zum schulischen Lernangebot verdeutlicht (...) Besondere Beachtung fand hierbei durch die Erweiterung des Berufswahlspektrums auch die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit zwischen Migranten/innen und Deutschen sowie zwischen Mädchen und Jungen ...“ [97]

„... Am Projekt Jugendmedienwerkstatt nahmen Jugendliche im Alter zwischen 15 und 18 Jahren teil mit unterschiedlicher ethnischer Herkunft und Problemen, einen Schulabschluss und/oder eine Ausbildungsstelle zu bekommen. Fast alle hatten schon einen langen Prozess von verschiedenen Maßnahmen hinter sich. Deshalb war es wichtig, sie von den Vorteilen dieses Projektes zu überzeugen und sie durch eigenständige Aufgaben mit der anfallenden Arbeit zu identifizieren. Durch die Anschaffung eines Computers und des dazugehörigen Zubehörs konnten verschieden medienpädagogische Angebote umgesetzt werden (...) Durch die vielen Misserfolge, die die Jugendlichen in ihrem Leben erfahren haben, war es für sie eine wertvolle Erfahrung, Arbeitsaufträge mit geduld und der nötigen Unterstützung zu einem zufriedenstellenden Abschluss zu bringen ...“. [98]

6. Wissenschaftliche Begleitung DJI

Vorbemerkungen: Das Programm KuQ

Kompetenz und Qualifikation junger Menschen in sozialen Brennpunkten (KuQ) ist ein Programm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) zur sozialen und beruflichen Integration von Jugendlichen in sozialen Brennpunkten und Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf. Neben der kreativen und individualisierten Gestaltung sozialräumlicher Hilfeangebote sollte das Programm KuQ dazu beitragen, Jugendämter bei ihren strukturellen Leistungen und Angeboten für benachteiligte Kinder, Jugendliche und deren Familien zu unter-

[96] Auszug aus der KuQ-Ergebnisdokumentation der Stadt Jena
[97] Auszug aus der KuQ-Ergebnisdokumentation der Stadt Solingen
[98] Auszug aus der KuQ-Ergebnisdokumentation der Stadt Lübeck

© Stiftung SPI 2004

stützen. Potenzielle Partner des Programms waren alle Jugendämter in den Gebieten des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“ (Kurzbezeichnung: Soziale Stadt) und in den Landkreisen, in denen das Programm „Entwicklung und Chancen“ (E & C) des BMFSFJ wirksam wird.

Das Ende 1999 beschlossene Programm „Soziale Stadt“ ist eine aktuelle Weiterentwicklung der Städtebauförderung, ergänzt um sozialintegrative Aufgaben (Walther 2002, S. 23). Es richtet sich primär „auf die Gebiete, an denen die Wirtschaftentwicklung entweder vorüber geht oder in denen die Verlierer der Modernisierung weitgehend unter sich bleiben und aus denen wirtschaftsstärkere Haushalte und Unternehmen wegziehen“ (ebd., S. 27). Im Programmjahr 2002 waren bundesweit 215 Gemeinden z.T. mit mehreren Gebieten und Maßnahmen an dem Programm beteiligt (ebd., S. 30). Mit dem Programm „Sozialen Stadt“ wurde „ein strategisches Programm der integrierten Stadtteilentwicklung in städtebaulichen, sozialen, ökonomischen, ökologischen und kulturellen Handlungsfeldern auf den Weg gebracht. Im Mittelpunkt standen innovative Ansätze zur programmatischen, fördertechnischen und organisatorischen Bewältigung der vielschichtigen Anforderungen mit der gesellschaftspolitisch brisanten Aufgabe einer zukunftsorientierten Stadtentwicklung“ (Krautzberger/Richter 2002, S. 36f.).

Auf Bundesebene wurde mit den Bundesressorts vereinbart, eigene Programmressourcen in die stadtentwicklungspolitische Aufgabe einzubringen. Das Partnerprogramm des BMFSFJ ist das Programm „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E & C). Im Zentrum des Programms stehen benachteiligte Kinder und Jugendliche in sozialen Brennpunkten und strukturschwachen ländlichen Regionen. E & C fügt also den städtischen Quartieren des Programms „Soziale Stadt“ als einen besonderen Programmschwerpunkt strukturschwache ländliche Gebiete hinzu, die somit auch im Programm KuQ vertreten waren. Ziel des Programms E & C ist es zum einen, über die im Rahmen des Kinder- und Jugendplans des Bundes geförderte Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe Ressourcen und Maßnahmen für diese Sozialräume zu mobilisieren, die Arbeit im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe in diesem Sozialräumen qualifizieren und weiterentwickeln zu helfen sowie den Blick in der Kinder- und Jugendhilfe stärker als bisher auf die Probleme und Schwierigkeiten junger Menschen in diesen Sozialräumen zu richten. Zum anderen sollen neue Maßnahmen entwickelt und erprobt werden, die zur Förderung der sozialen, beruflichen und gesellschaftlichen Integration junger Menschen aus diesen Sozialräumen beitragen.

Das Programm „Kompetenz und Qualifikation junger Menschen in sozialen Brennpunkten (KuQ)“ bezog sich unmittelbar auf die Programme Soziale Stadt und E & C und übernahm deren zentrale Absichten und Ziele (siehe unten). Am Programm KuQ haben sich 86 Jugendämter aus den Gebieten Soziale Stadt/E & C beteiligt, das sind knapp 40 Prozent der Städte/Gemeinden/Landkreise, die in diesen Gebieten liegen und somit antragsberechtigt waren. Diesen Jugendämtern wurden sozialraumbezogene Verfügungsfonds bis maximal 50.000 € gewährt, die für eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen im Kinder- und Jugendhilfe- und im Bildungsbereich zum Einsatz kommen sollten. Voraussetzung für die Förderung war, dass hierfür von Seiten des Jugendamtes ein Konzept vorgelegt und ein(e) für das Programm qualifizierte(r) MitarbeiterIn des Jugendamtes freigestellt wurde. Insgesamt sind 124 Förderanträge eingegangen, wovon 117 Anträge von 86 Jugendämtern bewilligt wurden. Die Regiestelle KuQ übernahm das Sozialpädagogische Institut Berlin „Walter May“ (SPI), mit der wissenschaftlichen Begleitung des Programms KuQ wurde das Deutsche Jugendinstitut (DJI) beauftragt.

Das Programm hatte – inklusive Antragstellung und -bearbeitung – eine Laufzeit von gut acht Monaten (20. April bis 31. Dezember 2002). Da die meisten Anträge erst im August/September bewilligt werden konnten, standen den Jugendämtern allerdings häufig nur vier bis fünf – in manchen Fällen sogar nur drei – Monate für die Realisierung ihrer Projektideen zur Verfügung.

Mit den Mitteln aus dem Verfügungsfonds KuQ sollten Maßnahmen und Projekte aus folgenden Handlungsfeldern gefördert werden:

© Stiftung SPI 2004

- Kooperation zwischen Kindertagesstätten und Grundschulen, Jugendhilfeangeboten und Hauptschulen.
- Sicherung des erfolgreichen Übergangs Schule – Beruf.
- Verknüpfung von Jugendhilfe mit Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes und der sozialen Infrastruktur.
- Unterstützung und Initiierung von Gemeinschaftsprojekten von Jugendhilfeeinrichtungen und Schule.
- Unterstützung und Initiierung von Gemeinschaftsprojekten von Jugendhilfeeinrichtungen und Arbeitsamt.
- Unterstützung und Initiierung von Gemeinschaftsprojekten von Jugendhilfeeinrichtungen und sozialer Stadterneuerung.
- Unterstützung und Initiierung von Gemeinschaftsprojekten von Jugendhilfe und lokaler Wirtschaft.
- Förderung der aktiven Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an lokalen Planungs- und Umsetzungsvorhaben.
- Kooperation mit Institutionen der öffentlichen und privaten Gesundheitspflege.

Es handelt sich dabei zum großen Teil um Handlungsfelder, die auch zentrale Bestandteile des Programms Soziale Stadt darstellen. Zu dessen Zielen zählen die Verbesserung der Wohnverhältnisse, die Einleitung neuer wirtschaftlicher Tätigkeiten (z. B. Förderung von Unternehmensgründungen), die Schaffung und Sicherung der Beschäftigung auf lokaler Ebene, die Verbesserung der sozialen Infrastruktur (insbesondere für junge Menschen), die Verbesserung des Angebots an bedarfsgerechten Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten, Maßnahmen für eine sichere Stadt, Maßnahmen zur Umweltentlastung, der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, Wohnumfeldverbesserung, Stadtteil- und Kulturarbeit, Verbesserung der Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche.

In den Förderschwerpunkten speziell des Programms KuQ manifestiert sich darüber hinaus jedoch auch die Absicht der ProgrammplanerInnen, die Lösung der sozialen Probleme von Kindern und Jugendlichen in den benachteiligten städtischen Quartieren und strukturschwachen Regionen als *Gemeinschaftsaufgabe* aller maßgeblichen Akteure – Jugend-, Arbeits-, Sozial- und andere Ämter, Kitas, Schulen, freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe, Vereine, öffentliche und lokale Gesundheitspflege, lokale und regionale Wirtschaft – zu begreifen und entsprechend die Vernetzung und Kooperation dieser Akteure zu unterstützen und zu fördern.

Die Förderschwerpunkte des Programms KuQ waren prinzipiell gleichberechtigt, d.h. es wurde den Ämtern überlassen, für welche dieser Bereiche sie sich – abhängig von den lokalen Problemen und Handlungsbedarfen – mit den Mitteln aus dem Verfügungsfonds KuQ engagierten. Bereits die Prüfung der Förderanträge ergab jedoch, dass die zur Auswahl stehenden Schwerpunkte keinesfalls gleichmäßig vertreten waren. Die Auswertung aller 432 Einzelmaßnahmen und -projekte durch das SPI ergab, dass sich die Jugendämter vielmehr auf zwei Handlungsfelder konzentrierten:

- Sicherung des erfolgreichen Übergangs Schule – Beruf (21 Prozent der Projekte).
- Verknüpfung von Jugendhilfe mit Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes und der sozialen Infrastruktur (20 Prozent).

Drei weitere KuQ-Förderschwerpunkte wurden ebenfalls noch vergleichsweise häufig gewählt:

- Förderung der aktiven Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an lokalen Planungs- und Umsetzungsvorhaben (13 Prozent).
- Unterstützung und Initiierung von Gemeinschaftsprojekten von Jugendhilfeeinrichtungen und Schule (12 Prozent).
- Kooperation zwischen Kindertagesstätten und Grundschulen, Jugendhilfeangeboten und Hauptschulen (10 Prozent).

© Stiftung SPI 2004

Die übrigen vom Programm KuQ vorgeschlagenen und vorgegebenen Handlungsfelder (Unterstützung und Initiierung von Gemeinschaftsprojekten von Jugendhilfeeinrichtungen und Arbeitsamt, Jugendhilfeeinrichtungen und sozialer Stadterneuerung, Jugendhilfe und lokaler Wirtschaft, Kooperation mit Institutionen der öffentlichen und privaten Gesundheitspflege) spielten bei der Umsetzung des Programms praktisch keine Rolle.

Ein Teil der Projekte (18 Prozent) konnte allerdings diesem Spektrum nicht zugeordnet werden, darunter vor allem Projekte und Maßnahmen aus den Bereichen Freizeit, Kunst und Kultur.

Selbst wenn man in Rechnung stellt, dass die Zuordnung der einzelnen Projekte zu den vorgegebenen Handlungsfeldern des Programms KuQ nicht immer ganz einfach war, weil einerseits die Projekte gelegentlich ein breites Spektrum abdeckten, andererseits sich auch die Förderschwerpunkte inhaltliche teilweise überschneiden, so ist das Gefälle bei der Wahl der Schwerpunkte doch eklatant. Die vorliegende Untersuchung liefert zwar einige Hinweise darauf, warum einige Förderschwerpunkte kaum gewählt wurden, obwohl man sowohl seitens der Initiatoren des Programms als auch seitens der Jugendämter selbst in diesen Bereichen großen Handlungsbedarf sieht. Aus Sicht der wissenschaftlichen Begleitung bedarf es jedoch weiterer Untersuchungen darüber, weshalb beispielsweise das Handlungsfeld *Unterstützung und Initiierung von Gemeinschaftsprojekten von Jugendhilfe und lokaler Wirtschaft* kaum besetzt wurde.

Alle an der Umsetzung des Programms KuQ Beteiligten waren aufgrund der kurzen Laufzeit einem erheblichen Zeitdruck ausgesetzt. Das gilt auch für die wissenschaftliche Begleitung. Umso mehr sind wir allen MitarbeiterInnen der beteiligten Jugendämter, die trotz der großen Arbeitsbelastung an der Befragung teilgenommen haben, zu großem Dank verpflichtet. Bedanken möchten wir uns vor allem auch die den MitarbeiterInnen der Jugendämter, die für die Fallstudien ausgewählt worden sind, für den freundlichen Empfang und die kompetente und umfassende Information, sowie bei den MitarbeiterInnen des SPI für ihre Unterstützung und Kooperation.

6.1 Methoden der wissenschaftlichen Begleitung

Die wissenschaftliche Begleitung diente vor allem der Herstellung von Transparenz bei der Umsetzung des Programms KuQ, und zwar einmal durch die Sammlung, Auswertung und Analyse von relevanten Daten der KuQ-Projekte (z.B. Zielgruppen, Projektschwerpunkte und -inhalte, Methoden, Nachhaltigkeit etc.). Dieses mehr oder weniger abstrakte aggregierte Datenmaterial sollte ergänzt werden durch möglichst anschauliche Beschreibungen und Darstellungen beispielhafter Konzeptionen und deren konkrete Umsetzung. Bei der wissenschaftlichen Begleitung des Programms KuQ kamen daher sowohl quantitative als auch qualitative Methoden zum Einsatz. Durchgeführt wurden von September bis Dezember 2002

- eine schriftliche Befragung bei allen Projektverantwortlichen in den Jugendämtern, die am Programm KuQ teilnahmen;
- qualitative Fallstudien in acht ausgewählten Jugendämtern.

Neben Fragen und Problemen der Projektkonzeption und -umsetzung standen sowohl bei der quantitativen als auch bei der qualitativen Datenerhebung und -analyse vor allem die *Kooperationsbeziehungen* im Mittelpunkt; denn wie aus den Förderschwerpunkten (vgl. Vorbemerkungen) unschwer ersichtlich ist, zielte das Programm KuQ vor allem darauf ab, die verschiedenen Akteure im Bereich der sozialen Arbeit zur Zusammenarbeit bei der Lösung der Probleme in den Programmgebieten zu bewegen. Zu den potenziellen Kooperationspartnern der Jugendämter zählen dabei vor allem die freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe, Kitas, Grund- und Hauptschulen, Arbeits- und Sozialämter, Institutionen der öffentlichen und privaten Gesundheitspflege, aber auch die lokale und regionale Wirtschaft und ihre Verbände und Interessensvertreter (Kammern, Innungen etc.).

© Stiftung SPI 2004

6.1.1 Schriftliche Befragung

Die Aussagen dieses Berichts stützen sich in weiten Teilen auf die Ergebnisse einer schriftlichen Befragung bei allen Projektverantwortlichen in den Jugendämtern, die am Programm KuQ teilgenommen haben. Es wurden zwei Fragebogen entwickelt:

- Fragebogen 1 (Jugendämter) enthielt allgemeine Fragen zum Jugendamt: Merkmale des Sozialraums, allgemeine Kooperationsbeziehungen, Angebote im Bereich der kinder- und Jugendhilfe, Statistik (Größe und Struktur der Ämter).

- Fragebogen 2 (Projekte/Maßnahmen) enthielt Fragen, die sich unmittelbar auf die KuQ-Projekte bezogen: Finanzierung, Zielgruppen, Ziele und Grad der Zielerreichung, Maßnahmetypus, Arbeitsansätze und Methoden, Bedeutung und Bewertung der wichtigsten Kooperationspartner. Pro Projekt/Maßnahme sollte ein Fragebogen ausgefüllt werden.

Abb. 01
Fragebogen 1 Jugendämter

Fragenkomplexe	Anzahl Fragen
Merkmale des Sozialraums	2
Kooperationsbeziehungen und -strukturen	4
Situation und Defizite im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe	2
Statistik:	
Amtgröße	5
Amtsstruktur	5
Sonstiges	3
Fragen gesamt	21

Abb. 02
Fragebogen 2 Projekte

Fragenkomplexe	Anzahl Fragen
Finanzierung	3
Zielgruppen	1
Förderschwerpunkte	2
Inhalte/Arbeitsansätze/Methoden	2
Kooperationspartner/-beziehungen/--formen	5
Zielerreichung	3
Perspektiven nach Ablauf KuQ	2
Fragen gesamt	18

Da ursprünglich die wichtigsten Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung – also auch die der schriftlichen Befragung – bereits Anfang Dezember 2002 hätten vorliegen sollen, war die schriftliche Befragung zu einem relativ frühen Zeitpunkt angesetzt worden, nämlich Ende Oktober 2002 (43. KW), also zu einem Zeitpunkt, da vergleichsweise viele KuQ-Projekte erst wenige Wochen alt waren. Eine Reihe von Befragten sah sich daher aus nachvollziehbaren Gründen nicht in der Lage, alle Fragen zu beantworten oder überhaupt an der Befragung teilzunehmen; denn teilweise nahmen die Projekte erst am 1. Oktober 2002 ihre Arbeit auf.

In der 43. KW erfolgte der Versand der Befragungsunterlagen an alle 86 KuQ-Jugendämter. Am Ende der 47. KW betrug die Rücklaufquote 67 Prozent. An die säumigen 28 Ämter wurde in der

© Stiftung SPI 2004

gleichen Woche ein Erinnerungsschreiben verschickt, eine Woche später wurde eine telefonische Erinnerungskampagne durchgeführt. Bis zum Ende der 49. KW waren Fragebogen von 24 weiteren Ämtern eingetroffen. Damit wurde das Feld mit einer außergewöhnlich hohen Rücklaufquote von 95 Prozent abgeschlossen. Weitere Rückläufe kamen nicht in die Auswertung. Somit liegen Aussagen von 82 Jugendämter über 412 KuQ-Projekte vor, davon 258 aus 51 Jugendämtern in alten und 154 aus 31 Jugendämtern in den neuen Bundesländern einschließlich Berlin. Der hohe Durchschnittswert von fünf KuQ-Projekten je Amt wird von einigen wenigen Ämtern beeinflusst, die 20 und mehr Projekte gemeldet haben. Rechnet man diese Extremwerte heraus, reduziert sich der Durchschnittswert auf vier Projekte je Amt.

Abb. 03

Fragebogen Rücklauf

	Gesamt		**West**		**Ost+Berlin**	
	abs.	Prozent	abs.	Prozent	abs.	Prozent
Ämter gesamt	86	100%	54	100%	32	100%
Rücklauf	82	95%	51	94%	31	97%

Abb. 04

Rücklauf gesamt/gemeldete KuQ-Projekte (Fragebogen 2) pro Jugendamt

	absolut	Prozent	
Ämter gesamt	86	100%	
Rücklauf	82	95%	100%
Anzahl Projekte (Fragebogen 2)			
• 1-2 Projekte	28		34%
• 3-4 Anträge	22		27%
• 5-6 Projekte	13		16%
• 7-9 Projekte	9		11%
• 10 und mehr Projekte	10		12%
• Projekte (Fragebogen 2) gesamt	412		
• *Durchschnitt Projekte pro Amt*	*5,0*		

Da es sich bei der schriftlichen Befragung der Projektverantwortlichen in den Jugendämtern praktisch um eine Totalerhebung und nicht um ein Stichprobe handelt, erübrigen sich Signifikanztests. Bei der Analyse und Interpretation der Daten konzentrieren wir uns in der Regel auf Werte von Teilgruppen, die von den Gesamtdurchschnittswerten um mindestens zehn Prozentpunkte nach oben oder unten abweichen. Zur besseren Lesbarkeit der Tabellen haben wir Werte, die deutlich *nach oben* vom Durchschnitt abweichen, durch **Fettdruck** hervorgehoben.

Die Fragebogen 1 (Jugendämter) und 2 (Projekte) enthalten nicht nur Faktenfragen (z.B. zu den Merkmalen des Sozialraums, zur Zielgruppe etc.; siehe Anhang), sondern auch Fragen, die zu Gewichtungen, Einschätzungen und Bewertungen (insbesondere der Funktionalität und Ergiebigkeit der Kooperationsbeziehungen) aufforderten. Es liegt in der Natur eines solchen Erhebungsinstruments, dass es nicht die objektiven Gegebenheiten erfasst, sondern deren subjektive Wahrnehmung durch die Befragten – in diesem Falle durch die Projektverantwortlichen in den Jugendämtern als Zielgruppe der schriftlichen Befragung. Diese Einschränkung muss bei der Interpretation der Daten stets mitgedacht werden. Andere Personen aus den gleichen oder anderen Institutionen haben möglicherweise andere Sichtweisen, waren aber nicht Zielgruppen der wissenschaftlichen Begleitung. Auf der anderen Seite kann man wohl mit einigem Recht die Befragten als Experten in Sachen Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe einstufen. Es handelt sich bei ihren Bewertun-

© Stiftung SPI 2004

gen, Einschätzungen und Meinungen also stets um Expertenurteile, denen man wohl bei aller Subjektivität ein hohes Maß an Gültigkeit unterstellen kann.

6.1.2 Fallstudien

Für die Fallstudien wurden im August 2002 gemeinsam mit der Regiestelle (SPI) acht Jugendämter mit ihren wichtigsten KuQ-Projekten ausgewählt, die im Anhang näher beschrieben sind. Bei der Auswahl der Standorte für die Fallstudien wurden formale und inhaltliche Kriterien zu Grunde gelegt: Es sollten Jugendämter aus den alten und neuen Bundesländern, in Mittel- und Großstädten sowie Landkreise vertreten sein. Die wichtigsten KuQ-Förderschwerpunkte – Sicherung des Übergangs Schule – Beruf, Förderung der aktiven Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an lokalen Planungs- und Umsetzungsvorhaben etc. – sollten im Mittelpunkt stehen.

Für die Fallstudien wurden Unterlagen (Projektanträge, Protokolle, Berichte etc.) der Jugendämter und ihrer Kooperationspartner ausgewertet sowie von Mitte September bis Anfang November 2002 zahlreiche Einzel- und Gruppengespräche vor Ort geführt:

Abb. 05
Übersicht über Fallstudien

Jugendamt	**Termine**	**InterviewpartnerInnen**
Neubrandenburg	16./17.09.02	Projektkoordinatorin, Leiterin Jugendamt, Vertreterinnen der Kooperationspartner (Demokratischer Frauenbund e.V., NB-Radiotreff 88,0, INNOVA Privat-Akademie GmbH)
Landkreis Nienburg	18./19./20.09.02	Kreisjugendpfleger (Projektkoordinator), Jugendpflegerin, VertreterInnen Stadt Nienburg, Projektleiter FLORA, Vertreterin AWO, Leiterin Jugendwerkstatt, Team der Fachhochschule NON Lüneburg
Kassel	07./08.10.02	Koordinator Nord-Verbund Kassel, Projektleiterin Jugendamt, MitarbeiterInnen Stadtteiletage
Kyffhäuserkreis	09./10.10.02	Sachgebietsleiterin Jugendförderung (Projektkoordinatorin), Vertreterin JBH Thüringen, Projektleiterin ORINETz, VertreterInnen der Kooperationspartner (Starthilfe e.V., Jugendberufshilfe Thüringen e.V., Sondershäuser Bildungsverein, Kyffhäuser Bildungs- und Sozialwerk e.V., Regelschule Ringleben)
Trier	22./23.10.02	Projektkoordinator Amt für soziale Gemeinschaftsaufgaben, Vertreter Jugendamt, Quartiersmanagerin, Leiter Bürgerhaus Trier-Nord, Projektleiterinnen Verein Jugend und Arbeit e.V., VertreterInnen Schulen
Dresden	28./29.20.02	Projektkoordinatorin Jugendamt, Gruppenleiterin Streetworker, Vertreterinnen Schulen und anderer Kooperationspartner
Fürth	30./31.10.02	Abteilungsleiterin Jugendarbeit/Kommunale Jugendpflegerin, Sachgebietsleiterin kommunale Kindertagesstätten, Leiterin Sozialamt, Berufsberaterin Arbeitsamt, Leiter der Sozialen Dienste, Projektleiterinnen elan/IB
Köln	07./08.11.02	Sachgebietsleiterin Jugendberufshilfe, Leiter Bezirksjugendamt, Projektleiter FH Köln, Kooperationspartner

© Stiftung SPI 2004

6.2. Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung

6.2.1 Merkmale der Jugendämter

Im Rahmen der schriftlichen Befragung der Projektverantwortlichen wurde eine Reihe von Merkmalen der Jugendämter erhoben, die am Programm KuQ beteiligt waren, und zwar vor allem für Analysezwecke. Wir wollen später untersuchen, ob und wie sich etwa die Amtgröße oder bestimmte organisatorische Merkmale der Ämter beispielsweise auf die Projektumsetzung oder die Kooperationsbeziehungen ausgewirkt haben. In diesem Abschnitt werden zunächst im Sinne der Transparenz die wichtigsten quantitativen und qualitativen Unterschiede und Besonderheiten der KuQ-Ämter dargestellt. Dabei zeigt sich, dass das Merkmal *Standort* mit den Merkmalsausprägungen *West* (alte Bundesländer) und *Ost* (neue Bundesländer einschließlich Berlin) erwartungsgemäß auf fast allen Ebenen einen stark differenzierenden Charakter hat. Es wird daher auch bei der weiteren Datenanalyse im Vordergrund stehen.

Über die Hälfte der KuQ-Jugendämter (56 Prozent) sind für eine Großstadt oder den Bezirk einer Großstadt zuständig. Kreisfreie oder kreisangehörige Mittel- und Kleinstädte sind mit 10 bzw. 12 Prozent vertreten, Landkreisämter mit 22 Prozent (Abb. 06). Die Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern sind deutlich und reflektieren einerseits die regionalen Schwerpunkte (Großstädte) der Programme Soziale Stadt/E & C, andererseits die unterschiedlichen Siedlungsstrukturen in West- und Ostdeutschland. Von den 51 untersuchten KuQ-Ämtern im Westen liegen 31 (61 Prozent) in Großstädten, davon allein 10 in den Ballungsräumen Nordrhein-Westfalens. Bayern ist mit fünf Großstädten vertreten. In den neuen Ländern sind (außer in Berlin, das in unserer Darstellung systematisch dem Osten zugeschlagen wird) nur acht KuQ-Ämter für Großstädte zuständig; dafür sind hier elf Landkreisämter (davon allein fünf im Land Brandenburg) vertreten.

Die unterschiedlichen Zuständigkeitsbereiche der Jugendämter und die jeweiligen Siedlungsstrukturen beider Landesteilen wirken sich entsprechend auf die durchschnittlichen Mitarbeiterzahlen der Ämter aus. In den alten Bundesländern haben fast zwei Drittel der untersuchten Ämter (33 von 51) über 100 MitarbeiterInnen, in den neuen Bundesländern nur knapp die Hälfte (45 Prozent). Rechnet man die großen Berliner Bezirksjugendämter (die alle über 500 MitarbeiterInnen haben) aus der Oststrichprobe heraus, reduziert sich die Anzahl der Jugendämter mit mehr als 100 MitarbeiterInnen in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) auf acht oder 32 Prozent.

Abb. 06

Zuständigkeitsbereich/Amtgröße

(Prozentwerte senkrecht)*

	Gesamt	**West**	**Ost**
Basis (Ämter)	82	51	31
Zuständigkeitsbereich			
- Großstadt/Bezirk einer Großstadt	56%	**61%**	48%
- kreisfreie Mittel-/Kleinstadt	10%	8%	13%
- kreisangehörige Mittel-/Kleinstadt	12%	**18%**	3%
- Landkreis	22%	14%	**35%**
Anzahl MitarbeiterInnen			
- bis 50	28%	25%	**32%**
- 50 bis 100	12%	10%	**16%**
- 100 bis 500	30%	**37%**	16%
- über 500	28%	27%	29%

*Differenzen zu 100 Prozent: K.A./Rundungsfehler

© Stiftung SPI 2004

In vielen Gesprächen im Rahmen der Fallstudien hat sich gezeigt, dass die Akquisition von Förderprogrammen und -mitteln (wie beispielsweise im Falle des Programms KuQ) für die MitarbeiterInnen der Jugendämter eine große zusätzliche Arbeitsbelastung darstellt. Eigene Abteilungen oder eine spezielle Sachbearbeitung speziell für die Akquisition von Programmen/Projekten stehen daher auf der „Wunschliste“ vieler MitarbeiterInnen ganz oben; denn bislang hat nur etwa jedes vierte Jugendamt eine solche Abteilung oder Sachbearbeitung (Abb. 07), und zwar weitgehend unabhängig von der Amtgröße: Auch von den kleineren Ämtern verfügt etwa jedes vierte über solche spezialisierten SachbearbeiterInnen oder (seltener) Abteilungen. Ihre Einrichtung scheint eher die Folge entsprechender Amtphilosophien und -strategien zu sein und bedeutet in jedem Fall, dass sich die übrigen MitarbeiterInnen stärker ihren inhaltlichen Arbeiten widmen können. Außerdem verspricht die Einrichtung solcher Abteilungen mit speziellem Know how in Sachen Akquisition, Antragsstellung und -abwicklung grundsätzlich mehr Professionalität und damit auch mehr Erfolg bei der Akquisition von Fördermitteln aus den diversen Programmen, wodurch sich die zusätzlichen Personalkosten mittel- und langfristig schnell amortisieren dürften. Vorerst haben Jugendämter, die über solche Abteilungen oder SachbearbeiterInnen verfügen, in dieser Beziehung sicherlich einen Vorteil.

In 61 Prozent der KuQ-Ämter (West: 59 Prozent; Ost: 68 Prozent) gibt es eine eigene Abteilung oder Sachbearbeitung, die sich ausschließlich oder überwiegend mit Fragen und Problemen zum Übergang Schule – Beruf, Arbeit und Beschäftigung befasst (Abb. 07). Vor allem größere Ämter leisten sich eine solche spezialisierte Abteilung oder Sachbearbeitung. Damit hat man auf den Umstand reagiert, dass in den Zuständigkeitsbereichen der KuQ-Ämter (und wohl nicht nur dort) der Mangel an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen die Probleme der Jugendlichen beim Übergang Schule – Beruf dramatisch verschärft hat. Folgerichtig haben Jugendämter mit einer entsprechend spezialisierten Abteilung besonders häufig im Rahmen des KuQ-Programms Maßnahmen zur Berufsorientierung und -vorbereitung initiiert.

Die große Mehrheit (74 Prozent) der KuQ-Ämter ist in den letzten Jahren einer Verwaltungsmodernisierung unterzogen worden (Abb. 07). Diese Maßnahme war häufig verbunden mit einem neuen Abteilungszuschnitt und – vor allem in größeren Ämtern in den neuen Ländern – mit einer Dezentralisierung. Die weitere Datenanalyse zeigt übrigens, dass eine Dezentralisierung der Jugendämter die Aufnahme oder den Ausbau der (formellen) Kooperationsbeziehungen zu anderen Ämtern (Arbeitsamt, Sozialamt) erschwert.

Besonders in den alten Bundesländern hatte die Modernisierung nicht selten auch einen positiven Einfluss (im Sinne von Abbau) auf die hierarchischen Strukturen. Die Einführung eines Sozialraumbudgets war vor allem in kleineren Ämtern eine der Folgen der Verwaltungsmodernisierung.

Abb. 07

Organisatorische Merkmale der Jugendämter

(Prozentwerte senkrecht)*

	Gesamt	**West**	**Ost**	**Anzahl MitarbeiterInnen**	
				bis 100	über 100
Basis (Ämter)	82	51	31	33	48
Eigene Abteilung/Sachbearbeitung für					
- Akquisition von Programmen/Projekten	26%	25%	26%	24%	27%
- Übergang Schule – Beruf/Ausbildung	61%	59%	**68%**	45%	**71%**
Verwaltungsmodernisierung					
- ja	74%	73%	77%	61%	**83%**
- nein	20%	22%	16%	33%	10%
Veränderungen durch Verwaltungsmodernisierung**					

© Stiftung SPI 2004

- Abteilungszuschnitt	54%	51%	58%	45%	56%
- Dezentralisierung	49%	38%	**67%**	50%	48%
- weniger Hierarchie	26%	**35%**	13%	25%	33%
- Sozialraumbudget	21%	19%	25%	**35%**	15%
Jugendamt ist					
- dezentralisiert	48%	41%	**58%**	39%	**52%**
- nicht dezentralisiert	50%	**59%**	35%	**60%**	47%

*Differenzen zu 100 Prozent: weiß nicht/k.A./Rundungsfehler
**Basis: Ämter mit Verwaltungsmodernisierung; Mehrfachnennungen möglich

Die Erhebung ist ferner der Frage nachgegangen, wie die Angebote in den Bereichen Jugendarbeit, Kindertagesbetreuung und Jugendberufshilfe zwischen öffentlichen und freien Trägern verteilt sind. Auch hierbei ergeben sich deutliche Unterschiede zwischen den Angebotsstrukturen der alten und neuen Bundesländer, und zwar insbesondere bei den Angeboten im Bereich Jugendberufshilfe, die im Ostteil des Landes vergleichsweise häufig (in fast jedem zweiten Jugendamtsbezirk) eine Domäne der freien Träger ist (Abb. 08).

Abb. 08

Angebotsstruktur der öffentlichen und freien Träger
(Prozentwerte senkrecht)*

	Gesamt	**West**	**Ost**
Basis (Ämter)	82	51	31
Jugendarbeit			
- nur freie Träger	12%	8%	**19%**
- nur öffentlicher Träger	2%	4%	-
- sowohl als auch	83%	**85%**	77%
Kindertagesbetreuung			
- nur freier Träger	9%	4%	**16%**
- nur öffentlicher Träger	-	-	-
- sowohl als auch	89%	**92%**	78%
Jugendberufshilfe			
- nur freie Träger	27%	13%	**47%**
- nur öffentlicher Träger	2%	4%	-
- sowohl als auch	62%	**75%**	38%

*Differenzen zu 100 Prozent: K.A./weiß nich

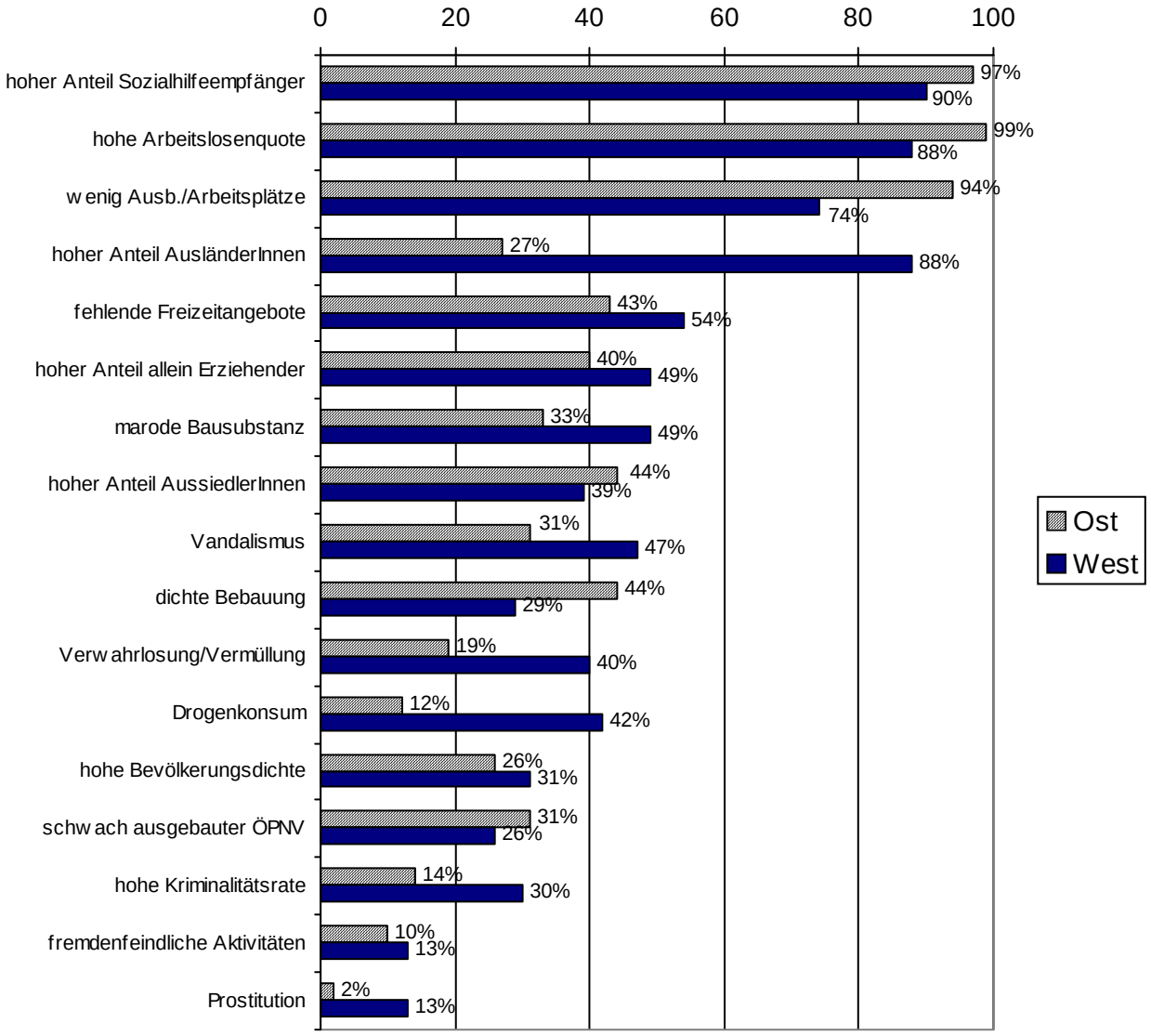
6.2.2 Die Programmgebiete KuQ

6.2.2.1 Merkmale und Probleme der Programmgebiete

© Stiftung SPI 2004

Die Programmgebiete KuQ sind gekennzeichnet durch einen erheblichen Mangel an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen und – daraus resultierend – hohe Anteile von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängen (Abb. 09). Diese Zustandsbeschreibung verweist bereits darauf, dass die Probleme in den Programmgebieten überwiegend ökonomischer Art sind, wobei der Mangel an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen die Programmgebiete in den neuen Bundesländern noch stärker betrifft als diejenigen im Westen. Dort wiederum sind hohe Ausländeranteile (in 88 Prozent der Programmgebiete), marode Bausubstanz (49 Prozent), Vandalismus (47 Prozent), Verwahrlosung, Vermüllung (40 Prozent) und Drogenkonsum (42 Prozent) typische Merkmale der KuQ-Programmgebiete.

Abb. 09
Merkmale der Programmgebiete
(Mehrfachnennungen)



Die häufigsten Merkmale verursachen vordergründig gleichzeitig auch die größten Probleme. Das gilt vor allem für die hohe Arbeitslosigkeit im Programmgebiet und – damit unmittelbar zusammenhängend – der Mangel an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen und den entsprechend hohe Anteil an SozialhilfeempfängerInnen (Abb. 10). Ein Großteil der Probleme, mit denen sich die Mitarbei-

© Stiftung SPI 2004

terInnen der Ämter beschäftigen müssen, hat also letztlich ökonomische Ursachen. Das gilt auch für Probleme wie Vandalismus und Kriminalität, denn „die Aggressionsbereitschaft von Jugendlichen erhöht sich, wenn die Wege in die Erwachsenenwelt durch Lehrstellenmangel und Langzeitarbeitslosigkeit blockiert sind“ (Eckert 2001, S. 303).

Dieses Ergebnis verweist bereits auf den dringenden Handlungsbedarf vor allem im Bereich Übergänge Schule – Beruf, der folgerichtig innerhalb des Programms KuQ auch einer der zentralen Förderschwerpunkte darstellte. Allerdings dürften Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten von Jugendlichen in den Programmgebieten weitgehend erfolglos bleiben, wenn nicht Strategien entwickelt werden, die die lokale und regionale Ökonomie mit einbeziehen. In diesem Bereich gibt es allerdings, wie noch zu zeigen sein wird, erheblichen Nachholbedarf.

Abb. 10

Welche Merkmale verursachen die meisten Probleme?

(Prozentwerte senkrecht)*

	Gesamt	**West**	**Ost**	**Großstadt**	**Mittel-/ Kleinstadt**
Basis (Ämter)	82	51	31	46	36
Welche Merkmale verursachen die meisten Probleme?*					
- hohe Arbeitslosenquote	67%	63%	**74%**	65%	69%
- hoher Anteil SozialhilfeempfängerInnen	57%	57%	58%	56%	58%
- wenig Ausbildung-/Arbeitsplätze	44%	31%	**65%**	41%	**47%**
- hoher Anteil AusländerInnen	32%	**43%**	8%	**39%**	22%
- fehlende Freizeitangebote	27%	**31%**	19%	24%	**31%**
- marode Bausubstanz	18%	**22%**	13%	20%	17%
- hoher Anteil AussiedlerInnen	17%	**22%**	10%	13%	**22%**
- Verwahrlosung/Vermüllung	17%	22%	10%	15%	19%
- dichte Bebauung/wenig Grünflächen	17%	12%	**26%**	17%	17%
- hohe Bevölkerungsdichte	12%	12%	13%	**17%**	6%
- hoher Anteil allein Erziehender	12%	8%	**19%**	11%	14%
- Vandalismus	10%	**12%**	6%	9%	11%
- hohe Kriminalitätsrate	5%	2%	10%	2%	8%
- schwach ausgebauter ÖPNV	4%	2%	6%	2%	6%
- Drogenkonsum	4%	4%	3%	2%	**14%**

*Liste mit 18 Vorgaben; maximal 4 Nennungen

Die Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern sind in einigen Bereichen deutlich: Hohe Arbeitslosigkeit und ein erheblicher Mangel an Ausbildungs-/Arbeitsplätzen sind bekanntlich vor allem in den neuen Ländern Dauerprobleme, was sich auch in unseren Befragungsergebnissen niederschlägt. Im Westen dagegen werden in den Programmgebieten die hohen Anteile an AusländerInnen und AussiedlerInnen, fehlende Freizeitangebote und eine marode Bausubstanz häufiger als im Osten als Probleme empfunden.

Die Differenzen dürften teilweise tatsächlich auf objektiv unterschiedliche Problemlagen (beispielsweise hohe Arbeitslosigkeit im Osten, hohe Ausländeranteile im Westen) zurückzuführen sein; andererseits dürften auch unterschiedliche Wahrnehmungen und ein unterschiedlich ausgeprägtes Problembewusstsein eine Rolle spielen, wenn beispielsweise (öffentlicher) Drogenkonsum in Mittel- und Kleinstädten häufiger als in Großstädten als Problem angesehen wird.

Es wäre allerdings eine typische Scheinkorrelation (und mithin eine Fehlinterpretation der Daten), wenn man aus den Befragungsergebnissen folgern würde, dass überall dort Probleme auftreten,

© Stiftung SPI 2004

wo viele Arbeitslose, AusländerInnen etc. wohnen. Solche (Fehl)Diagnosen leisten sich häufig leider auch die Massenmedien. Es ist vielmehr so, dass vor allem in Großstädten die zunehmenden Desintegrationsprozesse zu einer räumlichen Segregation benachteiligter Bevölkerungsschichten führen, zu denen tatsächlich u.a. Langzeitarbeitslose, SozialhilfeempfängerInnen, AusländerInnen, aber beispielsweise auch allein Erziehende zählen. „Sie werden abgedrängt in Quartiere, in denen Verwahrlosung, Gewalt und Vandalismus an der Tagesordnung sind...Sie sind die Sammelplätze der Verlierer des Wandels, die entweder aus dem Arbeitsmarkt verdrängt wurden oder nie Zugang zu ihm gewonnen haben“ (Häußermann 2001, S. 38). Nicht die genannten Bevölkerungsgruppen sind also das Problem, sondern „eine wachsende soziale Ungleichheit bei gleichzeitiger Deregulierung der Wohnungsversorgung“ (ebd., S. 39). „Problemfamilien“ sammeln sich in den vernachlässigten Trabantenstädten der 60-er Jahre und in den Plattenbausiedlungen und konkurrieren dort „mit Einwanderern um den öffentlichen Raum und um Bildungs- und Berufschancen“ (Eckert 2001, S. 298). Damit verfestigt sich die Benachteiligung dieser Bevölkerungsgruppen, ja sie verdoppelt sich gleichsam, da aus Quartieren mit Benachteiligten benachteiligte Quartiere werden. (Häußermann/Kapphan 2000, S. 21f.). Für diese fatale Entwicklung der „sozialen Polarisierung und Verräumlichung sozialer Problemlagen“ (Jaeckel 2001, S. 92) liefern auch die Fallstudien reichhaltige Belege[99]. Sie zeigen aber auch, mit welchen Mitteln und Maßnahmen die desolate Situation in diesen Quartieren zumindest stabilisiert werden kann. Da die meisten Probleme in den Programmgebieten ökonomischer Art sind (Mangel an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen), sollten erfolgversprechende Strategien u.a. auch die Sicherung des Übergangs Schule – Beruf beinhalten; in diesem Bereich sehen auch die befragten MitarbeiterInnen der Jugendämter den größten Handlungsbedarf (vgl. folgenden Abschnitt), und dieses Handlungsfeld ist denn auch folgerichtig im Rahmen des Programms KuQ häufig besetzt worden.

6.2.2.2 Angebote und Handlungsbedarfe im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit

Der Fragebogen 1 (Jugendämter) enthält u.a. eine Liste mit 20 Handlungsfeldern, die den Befragten unter zwei verschiedenen Fragestellungen vorgelegt wurde:

- Beurteilung der Situationen/Angebote in dem Gebiet/den Gebieten, in dem/denen das Programm KuQ wirksam wird (Antwortvorgaben: sehr gut, gut, weniger gut, eher schlecht, weiß nicht).
- Einschätzung des Handlungsbedarfs der Kinder- und Jugendarbeit in diesen Bereichen (maximal vier Nennungen).

Es handelt sich dabei um Handlungsfelder, die zum Einen traditionelle und gesetzlich fixierte Leistungen und Aufgabenbereiche der Jugendämter, zum Anderen zentrale Schwerpunkte der Programme KuQ und/oder Soziale Stadt/E & C darstellen (vgl. Vorbemerkungen). Die Vorgaben decken ein breites Spektrum sowohl an möglichen Inhalten als auch an Kooperationsformen und -beziehungen ab, die zum Teil wesentliche Elemente des Programms KuQ sind. Im zweiten Durchgang (Einschätzung des Handlungsbedarfs) wurden die gleichen Handlungsfelder durch die Begrenzung auf vier Nennungen in Konkurrenz zu einander gesetzt („in welchen vier Bereichen sehen Sie vor allem Handlungsbedarf?“), um eine möglichst große Varianz zu erzielen, die sich dann auch einstellte. Das Verfahren ermöglicht es uns, zu überprüfen, inwieweit sich das Programm KuQ auf der *Umsetzungsebene* tatsächlich an den Handlungsbedarfen orientiert hat. Zunächst zur Einschätzung der Situation und der Angebote in den KuQ-Programmgebieten:

Weniger gut (Note 3) bis schlecht (Note 4) werden Angebote und Situation in folgenden Handlungsfeldern im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit eingeschätzt (vgl. Abb. 11):

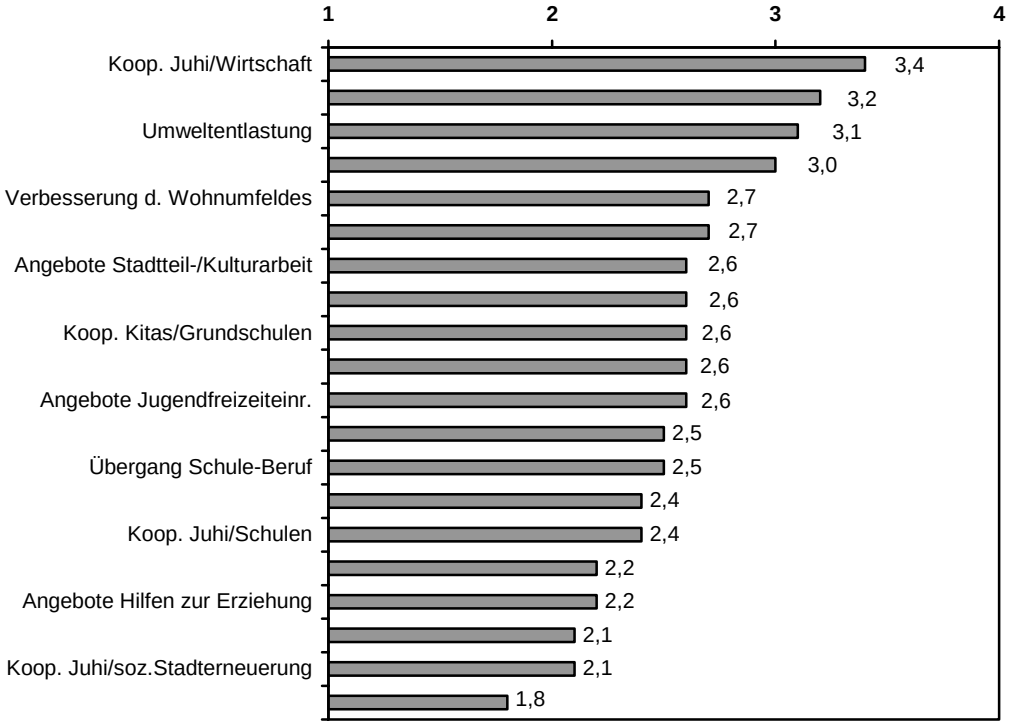
- Kooperation zwischen Jugendhilfe und lokaler Wirtschaft (Durchschnittsnote 3,4);

[99] Die Ursachen und Hintergründe der Probleme in den Programmgebieten werden in den Fallstudien jeweils im Abschnitt Ausgangslage/Programmgebiete geschildert.

© Stiftung SPI 2004

- Unterstützung von Maßnahmen zur Schaffung und Sicherung der Beschäftigung auf lokaler/regionaler Ebene (3,2);
- Unterstützung von Maßnahmen zur Umweltentlastung (3,1);
- Kooperation der Jugendhilfe mit Institutionen der öffentlichen und privaten Gesundheitspflege (3,0).[100]

Abb. 11
Bewertung der Angebote in den KuQ-Programmgebieten*



[100] Auf die Qualität der Kooperationsbeziehungen zwischen den verschiedenen Institutionen wird in Kapitel 6.4 noch etwas detaillierter eingegangen.

© Stiftung SPI 2004

*Durchschnittsnoten: 1=sehr gut; 2=gut; 3=weniger gut; 4=schlecht

Eine Reihe von Handlungsfeldern erreichen Noten zwischen 2,7 und 2,4, darunter *Maßnahmen der Jugendhilfe zur Verbesserung des Wohnumfeldes und der sozialen Infrastruktur* (2,7) und *Förderung der Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an lokalen Planungs- und Umsetzungsvorhaben* (2,6). Sehr gut (Note 1) bis gut (Note 2) sieht es nach Meinung der Befragten in den Jugendämtern aus in den Bereichen

- Informelle Zusammenarbeit zwischen Jugendamt, Sozialamt und Arbeitsamt (2,2);
- Hilfen zur Erziehung (2,2);
- Angebote der Kindertagesbetreuung (2,1);
- Kooperation zwischen Jugendhilfe und sozialer Stadterneuerung (2,1);
- Kooperation zwischen Jugendamt und freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe (1,8).

Noch größer ist die Varianz bei den *Handlungsbedarfen*, was zum Teil methodische Gründe hat (siehe oben). Das Maximum (größter Handlungsbedarf) liegt bei 56 Prozent, das Minimum (geringster Handlungsbedarf) bei zwei Prozent.

Mit Abstand den größten Handlungsbedarf sehen die KuQ-Projektverantwortlichen in den Jugendämtern im Bereich

- Unterstützung von Maßnahmen zur Schaffung und Sicherung der Beschäftigung auf lokaler/regionaler Ebene (56 Prozent; vgl. Abb. 12).

Es folgen mit einigem Abstand die Handlungsfelder

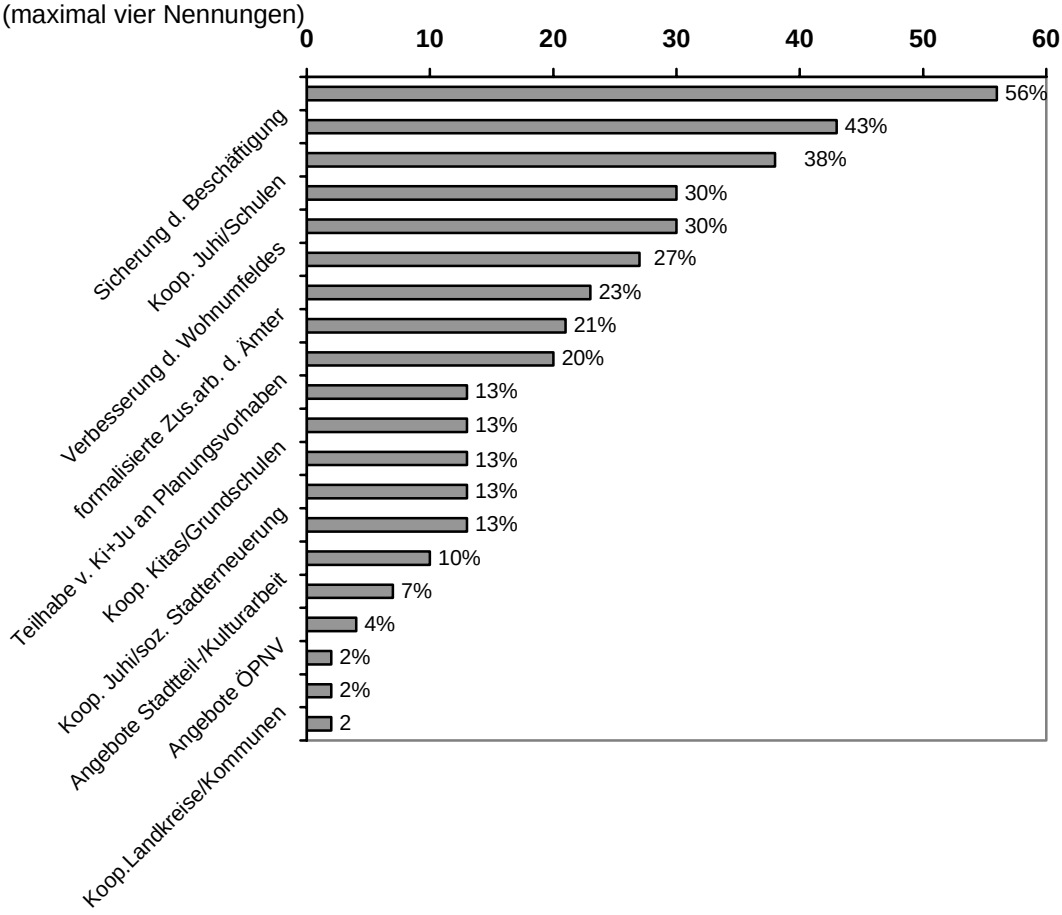
- Maßnahmen der Jugendhilfe zur Sicherung des Übergangs Schule – Beruf (43 Prozent);
- Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schulen (38 Prozent);
- Kooperation zwischen Jugendhilfe und lokaler Wirtschaft (30 Prozent);
- Maßnahmen der Jugendhilfe zur Verbesserung des Wohnumfeldes und der sozialen Infrastruktur (30 Prozent):

Am unteren Ende der Rangreihe finden sich einige Handlungsfelder, bei denen zum Teil zwar die Situation im Programmgebiet nicht besonders gut ist (vgl. Abb. 11), die aber nach Meinung der Befragten trotzdem kaum zusätzlichen Handlungsbedarf erfordern:

- Unterstützung von Maßnahmen zur Verbesserung der Stadtteil-/Kulturarbeit (10 Prozent);
- informelle Zusammenarbeit zwischen Jugendamt, Sozialamt und Arbeitsamt (7 Prozent);
- Unterstützung von Maßnahmen zum Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (4 Prozent);
- Kooperation zwischen Jugendamt und freien Trägern der Jugendhilfe (2 Prozent);
- Kooperation zwischen Landkreisen und Kommunen im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit (2 Prozent);
- Unterstützung von Maßnahmen zur Umweltentlastung (2 Prozent).

© Stiftung SPI 2004

Abb. 12
Handlungsbedarfe im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit
(maximal vier Nennungen)



Wenn man das Merkmal *gegenwärtige Situation/Angebote* (mit den Ausprägungen sehr gut/gut, weniger gut und schlecht; Abb. 11) kombiniert mit dem Merkmal *Handlungsbedarf* (mit den Ausprägungen sehr groß, groß, weniger groß und gering), erhält man eine Matrix mit 12 Feldern, aus der man das Ausmaß der Dringlichkeit von Maßnahmen und Angeboten im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit aus Sicht der KuQ-Projektverantwortlichen in den Jugendämtern recht gut ablesen kann (Abb. 13). Danach gibt es einige Bereiche, in denen das gegenwärtige Angebot als relativ gut eingeschätzt wird und wo daher kein oder nur geringer zusätzlicher Handlungsbedarf gesehen wird (Angebote in den Bereichen Kindertagesbetreuung und Hilfen zur Erziehung, Kooperationsbeziehungen zwischen Jugendhilfe, sozialer Stadterneuerung und freien Trägern). In anderen Handlungsfeldern ist zwar das Angebot nicht ganz so gut oder schlecht; trotzdem sehen die befragten KuQ-Projektverantwortlichen in den Jugendämtern hier – aus welchen Gründen auch immer – keinen allzu großen zusätzlichen Handlungsbedarf (Kooperation der Jugendhilfe mit Institutionen der öffentlichen und privaten Gesundheitspflege, Unterstützung von Maßnahmen zur Umweltentlastung). Übrig bleiben sechs Handlungsfelder (in Abb. 13 grau hinterlegt), in denen nach Meinung der Befragten aus den KuQ-Jugendämtern im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit das gegenwärtige Angebot erheblich zu Wünschen übrig lässt *und* zugleich ein großer Handlungsbedarf gesehen wird. Diese wichtigsten Handlungsfelder sind (in der Reihenfolge ihrer Bedeutung):

- Unterstützung von Maßnahmen zur Schaffung und Sicherung der Beschäftigung auf lokaler und regionaler Ebene,
- Maßnahmen der Jugendhilfe zur Sicherung des Übergangs Schule-Beruf,
- Kooperation zwischen Jugendhilfe und lokaler Wirtschaft,

© Stiftung SPI 2004

- Angebote der Jugendberufshilfe,
- Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schulen,
- Maßnahmen der Jugendhilfe zur Verbesserung des Wohnumfeldes und der sozialen Infrastruktur.

Es handelt sich hierbei größtenteils um Handlungsfelder, die die Problemlagen (Mangel an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen etc.) in den Programmgebieten widerspiegeln. Denn in der „Marginalisierung am Arbeitsmarkt“ wird die Hauptursache für Armut und soziale Ausgrenzung (Kronauer 2002, S. 48) in den großstädtischen Quartieren gesehen, in denen in der Folge durch selektive Migration und Verarmung der BewohnerInnen „Prozesse in Gang kommen, die zu einer kumulativ sich selbst verstärkenden Spirale der Abwärtsentwicklung führen“ (Häußermann 2001, S. 49). Folgerichtig sehen die Befragten großen Handlungsbedarf vor allem in jenen Bereichen, die geeignet sind, dieser „Marginalisierung am Arbeitsmarkt“ zu begegnen, vor allem durch die Unterstützung von Maßnahmen zur Schaffung und Sicherung der Beschäftigung auf lokaler und regionaler Ebene, durch Maßnahmen der Jugendhilfe zur Sicherung des Übergangs Schule-Beruf, durch Angeboten der Jugendberufshilfe, und zwar in Kooperation mit Schulen und mit Betrieben des ersten Arbeitsmarktes. Es handelt sich dabei um Handlungsfelder, die zugleich auch inhaltliche Schwerpunkte des Programms KuQ darstellten (vgl. Vorbemerkungen). Insofern kann man diesem Programm in hohem Maße einen Bezug zu den relevanten Handlungsfeldern und Problembereichen in den Programmgebieten attestieren. Allerdings wurden bei der tatsächlichen *Umsetzung* des Programms, wie wir später sehen werden, von den Jugendämtern teilweise andere Prioritäten gesetzt.

Abb. 13

Angebote und Handlungsbedarfe im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit

Handlungsbedarf \ **Gegenwärtige Angebote/Situation**	**(sehr) gut**	**weniger gut**	**schlecht**
sehr groß		• Maßnahmen der Jugendhilfe zur Sicherung des Übergangs Schule-Beruf	• Unterstützung von Maßnahmen zur Schaffung und Sicherung der Beschäftigung
groß		• Angebote Jugendberufshilfe • Koop. JH-Schulen • Maßnahmen der JH zur Verbesserung des Wohnumfeldes und der sozialen Infrastruktur	• Kooperation zwischen Jugendhilfe und lokaler Wirtschaft
weniger groß	• Angebote Kindertagesbetreuung • Angebote Hilfen zur Erziehung • Kooperation Jugendhilfe - soziale Stadterneuerung	• Kooperation Jugendhilfe - andere Ämter • Freizeiteinrichtungen • Koop. Kitas-Schulen • Teilhabe von Ki+Ju an Planungs-/Umsetzungsvorhaben • Angebote Stadtteil-/Kulturarbeit	• Kooperation der Jugendhilfe mit Institutionen der öffentlichen und privaten Gesundheitspflege
gering	• Informelle Zusammenarbeit d. Ämter • Kooperation Jugendhilfe – Freie Träger	• Angebot ÖPNV • Kooperation Landkreise – Kommunen	• Unterstützung von Maßnahmen zur Umweltentlastung

© Stiftung SPI 2004

Die Analyse der Befragungsergebnisse verweist erneut auf Defizite der Kinder- und Jugendhilfe im Bereich der beruflichen Integration (Übergang Schule – Beruf) sowie vor allem bei der Koordination der Angebote und bei der Kooperation der maßgeblichen Akteure (Jugendamt, Schulen, Arbeitsamt, Wirtschaft) in diesem Sektor, und zwar vor allem auf der Umsetzungsebene. Jugendarbeitslosigkeit wird zwar stets auch von den Jugendämtern als Problem Nummer eins erkannt; wenn man jedoch diese Einsicht „in Verbindung setzt zu den eingesetzten Mitteln, die die Jugendämter zur Verfügung stellen, steht das der Problemeinschätzung diametral entgegen“ (Schild 2001, S. 245). Es ist zweifellos ein Verdienst des Programms KuQ, dass es diese Defizite im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe im Prinzip in Angriff genommen hat, indem es hier Schwerpunkte gesetzt hat (Kooperation der Jugendhilfe mit Schulen und lokaler Wirtschaft, Maßnahmen der Jugendhilfe im Bereich Übergang Schule – Beruf). Gleichzeitig zeigt ein Abgleich der Befragungsergebnisse mit den inhaltlichen Schwerpunkten der KuQ-Projekte, dass diese größtenteils durchaus problem- und nachfrageorientiert geplant und auch umgesetzt wurden. Das gilt vor allem für die zahlreichen Projekte in den Handlungsfeldern

- Maßnahmen der Jugendhilfe zur Sicherung des Übergangs Schule – Beruf,
- Maßnahmen der Jugendhilfe zur Verbesserung des Wohnumfeldes und der sozialen Infrastruktur,
- Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfeeinrichtungen und Schulen.

Defizite ergaben sich auf der Ebene der Umsetzung aber in einigen wichtigen Teilbereichen des Programms. So gab es beispielsweise nur relativ wenige *Gemeinschaftsprojekte von Jugendhilfeeinrichtungen und Arbeitsämtern* (siehe Vorbemerkungen), obwohl das Programm solche Kooperationen vor allem im Bereich Übergang Schule – Beruf ausdrücklich vorsah. Und das Handlungsfeld *Kooperation zwischen Jugendhilfe und lokaler Wirtschaft* zählte zwar im Prinzip ebenfalls zu den zentralen Förderschwerpunkten des Programms KuQ, wurde von den Projektplanern in den Jugendämtern jedoch kaum besetzt, obwohl auch sie – wie die Befragungsergebnisse zeigen – in diesem Bereich prinzipiell großen Nachholbedarf sehen.

Das bei der Umsetzung des Programms KuQ relativ stark vertretene und beliebte Handlungsfeld *Förderung der Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an lokalen Planungs- und Umsetzungsvorhaben* steht dagegen auf der Dringlichkeitsliste der befragten KuQ-Projektverantwortlichen in den beteiligten Ämtern dagegen an sich relativ weit unten (vgl. Abb. 13). Dass trotzdem zahlreiche KuQ-Projekte in diesem Bereich angesiedelt wurden, scheint einerseits dem aktuellen Zeitgeist in der Kinder- und Jugendhilfeszene und andererseits der relativ leichten Realisierbarkeit solcher Beteiligungsprojekte geschuldet zu sein.

6.3 Projektabwicklung

6.3.1 Finanzierung der Projekte

Als großer Vorteil des Programms KuQ wurde in den Ämtern der Umstand gewertet, dass sie keine Eigenmittel aufbringen mussten, um in den Genuss der Förderung zu kommen. Folgerichtig wurden für die große Mehrheit der Projekte (80 Prozent) ausschließlich Mittel aus dem Verfügungsfonds KuQ verwendet. Laut den Befragungsergebnissen gab es allerdings auch 75 Projekte (18 Prozent), die kofinanziert wurden, und zwar am häufigsten durch Mittel der Kommunen und/oder der Träger der freien Jugendhilfe, die das Projekt durchgeführt haben:

© Stiftung SPI 2004

Abb. 14

Finanzierung der KuQ-Projekte

(Prozentwerte senkrecht)

	Gesamt	West	Ost
Basis (Projekte)	412	258	154
Wurde das Projekt kofinanziert?			
- nein	80%	77%	84%
- ja	18%	21%	14%
- k.A.	2%	2%	2%
Das Projekt wurde kofinanziert durch*			
- Kommune	10%	13%	7%
- Träger	6%	7%	4%
- Land	4%	4%	3%
- Landkreis	2%	2%	4%
- Privat/Spenden/Stiftung/Sponsoren	2%	2%	4%
- Teilnehmergebühren	1%	1%	1%
- Arbeitsamt	1%	2%	1%
- Bund	1%	1%	1%
- sonstiges (einschließlich EU)	1%	1%	1%

*Mehrfachnennungen

Die Kommunen beteiligen sich finanziell übrigens auch sehr stark bei der Fortführung der durch das Programm KuQ initiierten Projekte, wodurch in vielen Fällen die Nachhaltigkeit des Programms sicher gestellt wurde.

6.3.2 Projektschwerpunkte und -inhalte

Die KuQ-Projekte lassen sich auf der Basis der Ergebnisse der schriftlichen Befragung den verschiedenen Schwerpunkten des Programms KuQ zuordnen und außerdem – unabhängig vom Schwerpunkt – nach verschiedenen konkreten Inhalten und Arbeitsansätzen unterscheiden. Wir werden ferner untersuchen, welche Zusammenhänge bestehen zwischen Handlungsfeldern (Förderschwerpunkten), konkreten Inhalten und Arbeitsschwerpunkten und Zielgruppen.

6.3.2.1 Förderschwerpunkte

Bei den Förderschwerpunkten haben wir die Handlungsfelder des Programms KuQ zu Grunde gelegt, die allerdings in einigen Punkten etwas differenziert wurden. Außerdem waren Mehrfachnennungen unbegrenzt möglich.

Die Verteilung (Abb. 15) weicht teilweise etwas ab von der Zuordnung der Projekte zu den Förderschwerpunkten, wie sie von der Regiestelle (SPI) vorgenommen wurde (vgl. Vorbemerkungen). Das liegt zum Teil daran, dass von der Möglichkeit der Mehrfachnennung vor allem die Befragten in den neuen Bundesländern regen Gebrauch gemacht haben. Beide Rangreihen belegen jedoch, dass das Handlungsfeld *Unterstützung und Initiierung von Gemeinschaftsprojekten von Jugendhilfeeinrichtungen und lokaler Wirtschaft* von den Jugendämtern kaum besetzt wurde, obwohl an sich in diesem Bereich ein großer Handlungsbedarf gerade auch seitens der Projektverantwortlichen in den Jugendämtern konstatiert wird. Schwach besetzt waren auch die Handlungsfelder *Unterstützung und Initiierung von Gemeinschaftsprojekten von Jugendhilfeeinrichtungen und Arbeitsamt* und *Kooperation mit Institutionen der öffentlichen und privaten Gesundheitspflege*; in diesem Bereich sehen die Jugendämter allerdings auch keinen allzu großen Handlungsbedarf. In hohem Maße bedarfsgerecht (d.h. an den Problemen und Handlungsbedarfen in den Pro-

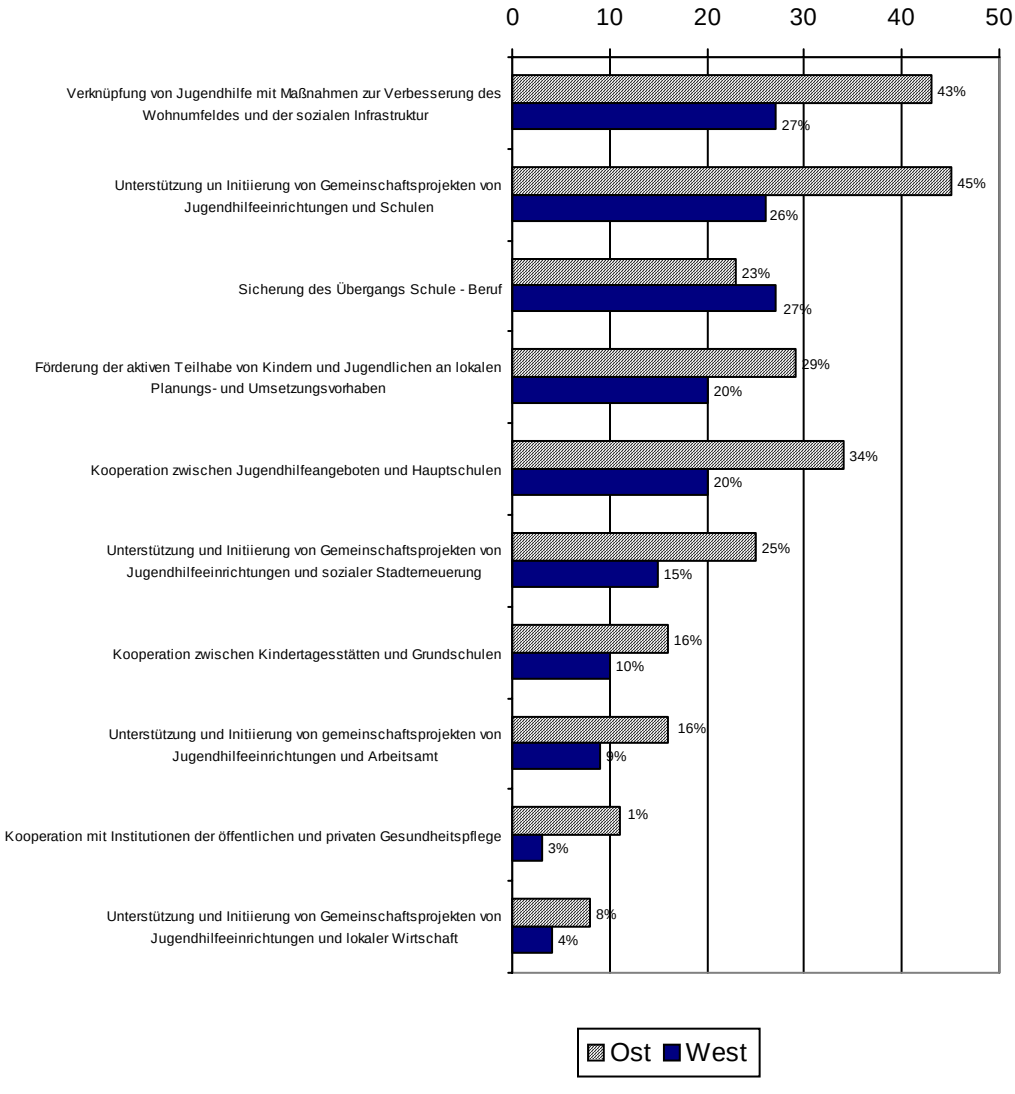
© Stiftung SPI 2004

grammgebieten orientiert) erscheint dagegen die Konzentration der ProjektplanerInnen in den Jugendämtern auf

- Projekte zur Sicherung des Übergangs Schule – Beruf,
- Projekte zur Verknüpfung von Jugendhilfe mit Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes und der sozialen Infrastruktur,
- die Unterstützung und Initiierung von Gemeinschaftsprojekten von Jugendhilfeeinrichtungen und Schulen,
- die Kooperation zwischen Jugendhilfeangeboten und Hauptschulen.

Relativ stark besetzt wurde auch das Handlungsfeld *Förderung der aktiven Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an lokalen Planungs- und Umsetzungsvorhaben*, obwohl dieser Förderschwerpunkt nach Meinung der Befragten an sich keine besondere Priorität hat.

Abb. 15
Förderschwerpunkte der Projekte
(Selbsteinschätzung; Mehrfachnennungen)



© Stiftung SPI 2004

6.3.2.2 Inhalte und Arbeitsansätze

Bei der konkreten Umsetzung der Projektideen in den o.g. Handlungsfeldern wurde eine Fülle der verschiedensten Inhalte und Arbeitsansätze realisiert. Das äußerst breite Spektrum reicht von erlebnis- und freizeitpädagogischen Ansätzen (Sport und Spiel, kreatives Gestalten, Musik und Tanz etc.) über Berufsorientierung und -vorbereitung (einschließlich beispielsweise Bewerbungstraining, Praktika und Schnupperkursen) bis zur Fort- und Weiterbildung für Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit. Mit Abstand am häufigsten (im Rahmen jedes zweiten KuQ-Projekts) wurde versucht, den Kindern und Jugendlichen *Sozialkompetenz* zu vermitteln. Diese „Schlüsselkompetenz" wurde in der Regel kombiniert mit anderen etwas konkreteren Inhalten, und zwar (in der Reihenfolge der Häufigkeit; vgl. Abb. 16) mit den Bereichen

- kreatives Gestalten (37 Prozent der Projekte),
- Gewaltprävention, Berufsorientierung und -vorbereitung, Medienkompetenz, Durchführung von Workshops, Zukunftswerkstätten u.ä., Fortbildung für Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit (jeweils zwischen 24 und 27 Prozent),
- Sport und Spiel, Vermittlung von Sprachkompetenz und (Allgemein)Bildung (jeweils ca. 20 Prozent),
- Anschaffung von Hard- und Software, Bau/Einrichtung/Ausbau von Jugendtreffs/-zentren, Schülercafés, Jugendwerkstätten u.ä. (jeweils ca. 15 bis 19 Prozent).
- Musik und Tanz, Gesundheit, Essen und Trinken/Ernährung, mobile Jugendarbeit, Bewerbungstraining (jeweils ca. 10 Prozent),
- Drogen- und Suchtberatung, Hausaufgabenbetreuung, Erziehungsberatung, ausbildungsbegleitenden Hilfen, Assessment-Center, Praktika/Schnupperkurse, Arbeits- und Jobvermittlung (jeweils unter 10 Prozent).

Die meisten Befragten haben von der Möglichkeit der unbegrenzten Mehrfachnennung regen Gebrauch gemacht, was bedeutet, dass bei der Umsetzung der Projekte die verschiedensten Inhalte und Arbeitsansätze miteinander kombiniert wurden[101], was sicher in vielen Fällen sinnvoll war. So haben beispielsweise zahlreiche Projekte für die Zielgruppe der Jugendlichen mit Migrationshintergrund die Vermittlung von Sprachkompetenz verbunden mit Informationsvermittlung im Bereich Berufsorientierung und -vorbereitung – eine Kombination, die besonders erfolgversprechend ist, da junge Ausländer vor allem aufgrund sprachlicher Defizite schlechte Chancen auf dem Ausbildungsstellenmarkt haben (Lappe 2001, S. 222).

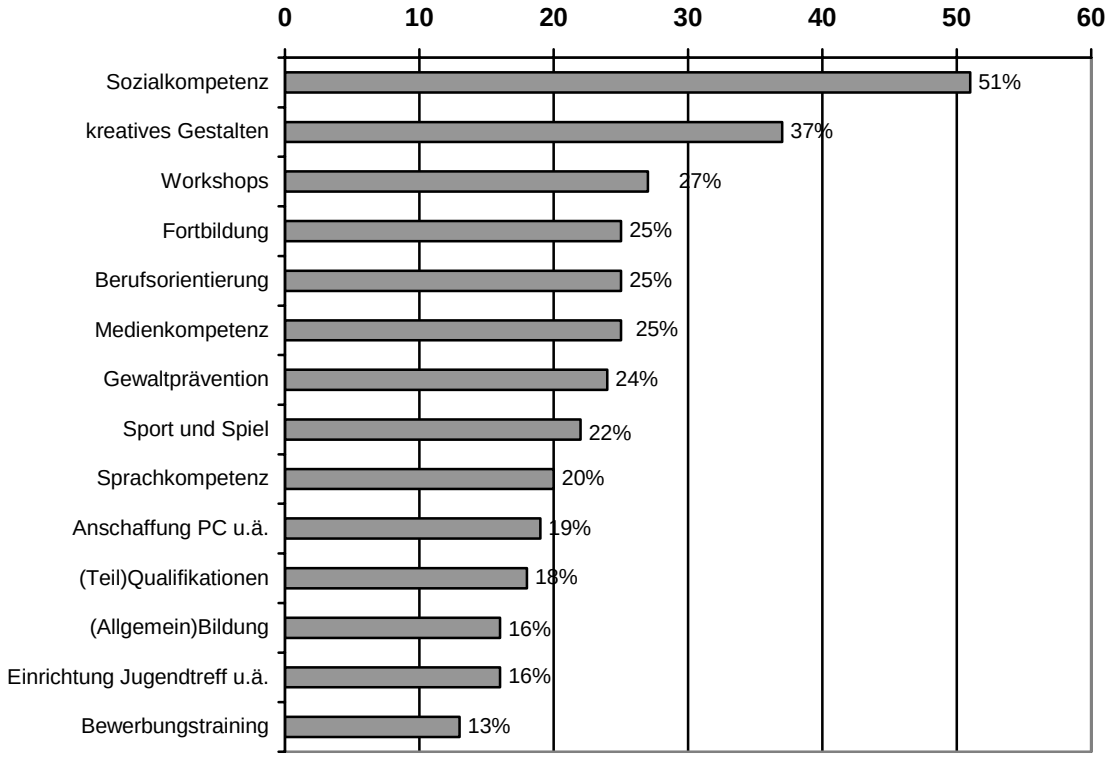
Beliebte Kombinationen waren auch

- kreatives Gestalten und Gewaltprävention,
- Berufsorientierung/-vorbereitung und Vermittlung von Medienkompetenz,
- Vermittlung von Sozialkompetenz, kreatives Gestalten und/oder Sport und Spiel.

[101] Ähnlich groß ist die Varianz bei den Zielgruppen und bei den Methoden.

© Stiftung SPI 2004

Abb. 16
Die wichtigsten Inhalte/Arbeitsansätze
(Mehrfachnennungen)



Unabhängig von den konkreten Inhalten und Arbeitsschwerpunkten der KuQ-Projekte gab es drei Arten von Herangehensweisen, um das Ziel – Integration von benachteiligten Kindern und Jugendlichen und ihren Familien – zu erreichen, wobei sich diese Strategien im Laufe der Projektarbeit in der Regel früher oder später vermischten:

- Verbesserung der *materiellen* Ressourcen (Anschaffung von Hard- und Software, Bau/Einrichtung/Ausbau von Jugendtreffs/-zentren, Schülercafés, Jugendwerkstätten u.ä.);
- Verbesserung der *personellen* Ressourcen (Durchführung von Workshops, Fort- und Weiterbildung der Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit);
- Zielgruppengerechte *Angebote* für Kinder und Jugendliche und ihre Eltern (Vermittlung von Sozial-, Sprach- und Medienkompetenz, Gewaltprävention, Berufsorientierung und -vorbereitung etc; siehe oben).

In der Regel musste man zunächst die materiellen und personellen Voraussetzungen dafür schaffen, um schließlich zielgruppengerechte Angebote unterbreiten zu können. Also etwa Anschaffung von PCs, Schulung des Personals, Durchführung von PC-/Internet-Kursen etc. für Kinder und Jugendliche. Von der zeitlichen Logik dieser Vorgehensweise musste allenfalls in den Fällen abgewichen werden, wo die neuen materiellen Ressourcen einen größeren finanziellen Umfang hatten und daher – den Vorschriften der öffentlichen Haushaltsführung entsprechend – langwierige Verfahren (Ausschreibung, Einholen von Angeboten etc.) durchlaufen werden mussten. Die Verbesserung der materiellen Ressourcen (etwa die Anschaffung eines Streetworkmobils o.ä.) bildete dann den Schlusspunkt – und nicht selten auch den krönenden Abschluss – des Programms KuQ.

Untersucht man die wichtigsten Förderschwerpunkte (vgl. Abb. 15) hinsichtlich ihrer konkreten Inhalte und Arbeitsschwerpunkte (Abb. 16), ergibt sich eine Reihe von größtenteils plausiblen Zusammenhängen, was dafür spricht, dass man bei der Wahl der Arbeitsschwerpunkte und Inhalte in der Regel die spezifischen Besonderheiten eines Handlungsfeldes berücksichtigt hat. Dazu einige Beispiele:

© Stiftung SPI 2004

- Workshops, Zukunfts- und Kompetenzwerkstätten und ähnliche Veranstaltungen waren und sind eine adäquate Form und Methode vor allem zur *Förderung der aktiven Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an lokalen Planungs- und Umsetzungsvorhaben*[102]. Diese Veranstaltungen für Kinder und Jugendliche waren häufig mit kreativen spielerischen Gestaltungsmöglichkeiten, Gewaltprävention und/oder der Vermittlung von Sozialkompetenz verbunden. Parallel dazu gab es in diesem Handlungsfeld häufig auch Fortbildungsveranstaltungen für Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit (Abb. 17).
- Im Handlungsfeld *Sicherung des Übergangs Schule – Beruf* stand naturgemäß vor allem die Berufsorientierung und -vorbereitung im Vordergrund. Aber auch Allgemeinbildung und Medienkompetenz wurden in diesem Handlungsfeld oft vermittelt, was in diesen Fällen häufig die Anschaffung der notwendigen Hard- und Software voraussetzte.
- Die Vermittlung von Sozialkompetenz war integraler Bestandteil sehr vieler Projekte in allen Handlungsfeldern, besonders häufig aber bei Beteiligungsprojekten und bei Projekten, die Jugendhilfe mit Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes und der sozialen Infrastruktur verknüpft haben.

Abb. 17

Die wichtigsten Förderschwerpunkte und ihre Inhalte/Arbeitsansätze
(Prozentwerte senkrecht)*

		Projekte mit Förderschwerpunkt...				
	Alle Projekte	Gemeinschafts-projekte JH-Schulen	Verbesse-rungWohnum-feld/ soz.Infrastr.	Übergang Schule - Beruf	Teilhabe von Kindern und Jugendlichen	Soziale Stadt-erneuerung
Basis (Projekte)	412	136	136	105	94	77
Inhalte/Arbeitsansätze**						
- Sozialkompetenz	51%	56%	**65%**	45%	**75%**	56%
- kreatives Gestalten	37%	40%	45%	39%	**59%**	43%
- Workshops u.ä.	27%	34%	30%	31%	**70%**	34%
- Fortbildung Fachkräfte	25%	32%	13%	30%	**41%**	30%
- Berufsorientierung	25%	26%	24%	**70%**	23%	25%
- Medienkompetenz	25%	27%	24%	**46%**	30%	32%
- Gewaltprävention	24%	**39%**	32%	24%	**38%**	25%
- Sport und Spiel	22%	26%	**35%**	17%	28%	29%
- Sprachkompetenz	20%	24%	18%	26%	22%	17%
- Anschaffung PC etc.	19%	18%	17%	**34%**	23%	22%
- (Teil)Qualifikationen	18%	16%	25%	23%	25%	23%
- (Allgemein)Bildung	16%	22%	18%	**30%**	16%	21/

*Mehrfachnennungen möglich
**Auszug aus einer Liste mit insgesamt 30 Antwortvorgaben

Einer der inhaltlichen Schwerpunkte des Programms KuQ auf der Umsetzungsebene war – neben der Vermittlung von Sozialkompetenz und den kreativen, eher spielerischen Inhalten – die *Berufsorientierung und -vorbereitung* im Handlungsfeld *Unterstützung von Maßnahmen zur Sicherung des Übergangs Schule – Beruf* vorwiegend für Haupt- und BerufsschülerInnen mit Migrationshintergrund. Damit hat man in den betreffenden Jugendämtern, die sich in diesem Bereich engagiert haben, zusammen mit den jeweiligen Kooperationspartnern adäquat auf die drängendsten Probleme in den Programmgebieten – Mangel an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, im Westen auch hohe Ausländeranteile – reagiert. Dabei zeigt sich, dass der Bereich Berufsorientierung und -vorbereitung vorzugsweise von Jugendämtern gewählt wurde, die eine eigene Sachbearbeitung

[102] Vgl. hierzu vor allem die Fallstudien in Nienburg) und Köln

© Stiftung SPI 2004

oder Abteilung für den Bereich Übergang Schule – Beruf/Ausbildung und Beschäftigung eingerichtet haben:

Abb. 18

Projekte im Bereich Berufsorientierung und -vorbereitung

	Alle Ämter	**Ämter mit Sachbearbeitung/Abteilung Übergang Schule - Beruf**	
		ja	**nein**
Basis (Projekte)	412	264	129
davon Projekte zur Berufsorientierung/-vorbereitung			
- absolut	103	79	22
- Prozent	25%	**30%**	17%

6.3.3 Zielgruppen

Das Ziel des Programms KuQ war es, die Jugendämter in den Programmgebieten Soziale Stadt/E & C (die zugleich Zielgebiete des Programms KuQ waren) bei der Integration von benachteiligten Kindern, Jugendlichen und ihrer Familien zu unterstützen. Damit ist zugleich die Zielgruppe des Programms KuQ grob umrissen. Die wissenschaftliche Begleitung des Programms erlaubt eine etwas differenzierte Betrachtungsweise; danach lassen sich drei Hauptzielgruppen unterscheiden:

- Kinder und Jugendliche aus sozial schwachen Familien, und zwar vorzugsweise im Hauptschulalter, in den alten Bundesländern dazu häufig mit Migrationshintergrund.
- Eltern mit (alte BL) oder ohne (neue BL) Migrationshintergrund.
- Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit.

Immerhin 41 Prozent der Projekte (in den neuen Bundesländern sogar 50 Prozent) hatten auch, überwiegend oder gar ausschließlich Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit als Zielgruppe, und jedes vierte Projekt wandte sich ausschließlich oder hauptsächlich an Eltern (vgl. Abb. 19).

Generell wurden die KuQ-Projekte eher für ältere Kinder und Jugendliche (Haupt- und BerufsschülerInnen, in den neuen Bundesländern auch FörderschülerInnen) als für GrundschülerInnen oder noch nicht schulpflichtige Kinder konzipiert und durchgeführt. Erwartungsgemäß waren nichtdeutsche Kinder, Jugendliche und Eltern im Westen häufiger Zielgruppen von KuQ-Projekten als im Osten, wo die Ausländeranteile deutlich niedriger sind.

In der Regel waren die Projekte für beide Geschlechter offen; d.h. es gab kaum Projekte, die sich ausschließlich an Mädchen/junge Frauen oder (noch seltener) an Jungen/junge Männer wandten. Auch spezielle Zielgruppen wie junge Mütter/allein Erziehende wurden kaum bedient, ebenso wie Behinderte, Drogenabhängige und Straffällige/-entlassene.

© Stiftung SPI 2004

Abb. 19

Die wichtigsten Zielgruppen
(Prozentwerte senkrecht)*

	Gesamt	**West**	**Ost**
Basis (Projekte)**	409	255	154
Die wichtigsten Zielgruppen*:			
- Kinder/Jugendliche aus sozial schwachen Familien	58%	60%	57%
- HauptschülerInnen	56%	57%	55%
- Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit	41%	36%	**50%**
- AusländerInnen	36%	**48%**	16%
- GrundschülerInnen	33%	31%	36%
- AussiedlerInnen	30%	33%	27%
- Eltern	24%	25%	22%
- BerufsschülerInnen	21%	17%	27%
- SchülerInnen in berufsvorbereitenden Klassen	20%	21%	18%
- noch nicht schulpflichtige Kinder	18%	17%	20%
- FörderschülerInnen	16%	12%	**23%**
- Schulverweigerer	13%	13%	11%
- TeilnehmerInnen des FSTJ	8%	6%	**12%**
- Straffällige/-entlassene	4%	4%	4%
- Drogenabhängige	3%	4%	2%
- Behinderte	2%	3%	1%
- nur Mädchen/junge Frauen	8%	9%	5%
- nur Jungen/junge Männer	4%	3%	5%
- speziell junge Mütter	6%	7%	4%
- speziell allein Erziehende	4%	4%	3%

*Mehrfachnennungen
**Projekte, von denen Angaben zu den Zielgruppen vorliegen

In der Regel haben die Befragten bei der Auswahl der wichtigsten Zielgruppen von der Möglichkeit der unbegrenzten Mehrfachnennung regen Gebrauch gemacht. Diese Konzentration auf mehrere Hauptzielgruppen war sicher in vielen Fällen sinnvoll, jedoch gab es auch Projekte, deren Zielgruppen ein ungewöhnlich breites und teilweise auch diametrales Spektrum abdeckten. So gab es beispielsweise 25 Projekte, die gleichzeitig (u.a.!) sowohl noch nicht schulpflichtige Kinder als auch BerufsschülerInnen bedienten. Und 22 Projekte waren sowohl für GrundschülerInnen als auch für SchülerInnen in berufsvorbereitenden Klassen (BVJ, BGJ etc.) offen.

Bei näherer Betrachtung der Ergebnisse zeigen sich andererseits durchaus zielgruppenspezifische Arbeitsschwerpunkte, was dafür spricht, dass man die Inhalte in der Regel systematisch an den Bedürfnissen und Bedarfen der Zielgruppe ausgerichtet hat. (Abb. 20). Dazu einige Beispiele:

- Bei noch nicht schulpflichtigen Kindern und GrundschülerInnen dominierten als Inhalte kreatives Gestalten, Sport und Spiel und (vor allem bei jüngeren Kindern mit Migrationshintergrund) die Vermittlung von Sprachkompetenz.
- Berufsorientierung und -vorbereitung und/oder Gewaltprävention waren häufig Themen bei älteren Kindern und Jugendlichen (Haupt- und BerufsschülerInnen) mit Migrationshintergrund.
- Bei den Fachkräften der Kinder- und Jugendarbeit konzentrierte man sich auf Fortbildung, häufig in Form von Workshops.

© Stiftung SPI 2004

Abb. 20

Die wichtigsten Zielgruppen und Inhalte/Arbeitsschwerpunkte
(Prozentwerte senkrecht)*

		Projekte mit Hauptzielgruppen...							
	Alle Projekte	Kinder	Grund-Schüler	Haupt-Schüler	Berufs-Schüler	Eltern	Aus-länder	Aus-siedler	Fach-kräfte
Basis (Projekte)	412	74	136	230	87	96	147	123	167
Inhalte**									
- Sozialkompetenz	51%	59%	59%	59%	60%	56%	59%	**64%**	44%
- kreatives Gestalten	37%	**58%**	**49%**	41%	**51%**	36%	44%	40%	31%
- Workshops	27%	24%	24%	26%	34%	24%	30%	31%	**39%**
- Berufsorientierung	25%	22%	19%	**35%**	**34%**	18%	**34%**	25%	23%
- Fortbildung	25%	34%	23%	19%	22%	34%	18%	18%	**55%**
- Medienkompetenz	25%	19%	17%	33%	**34%**	22%	32%	31%	21%
- Gewaltprävention	24%	34%	31%	28%	**40%**	30%	32%	33%	28%
- Sport und Spiel.	22%	**45%**	**35%**	28%	29%	27%	32%	**33%**	20%
- Sprachkompetenz	20%	**35%**	25%	21%	21%	28%	**30%**	24%	18%
- Hard- und Software	19%	11%	14%	26%	**27%**	16%	26%	25%	17%

*Mehrfachnennungen möglich
**Auszug aus einer Liste mit insgesamt 30 Antwortvorgaben

Dass man sich bei der Vermittlung Sprachkompetenzen auf Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit Migrationshintergrund konzentrierte, ist unmittelbar einleuchtend. Bei dieser Zielgruppe spielten aber auch Maßnahmen im Bereich Berufsorientierung und -vorbereitung eine relativ große Rolle, und auch diese Vorgehensweise erscheint in hohem Maße bedarfsgerecht, da das Risiko der Ausbildungs- und Arbeitslosigkeit bei ethnischen Minderheiten besonders groß ist (Häußermann 2002, S. 74).

6.3.4 Methoden

Die Methoden, mit denen die soziale Integration der benachteiligten Kinder, Jugendlichen und deren Eltern vorangetrieben werden sollte, decken sich teilweise mit den Inhalten und Arbeitsschwerpunkten oder sind mit ihnen identisch. Ein Workshop beispielsweise kann eine Methode der Aufklärung, des Transports oder der Durchsetzung bestimmter Inhalte und Ziele, er kann aber praktisch auch das Ziel (also der Inhalt) selbst sein. Der Workshop begegnet uns daher sowohl bei den Inhalten und Arbeitsschwerpunkten (siehe oben) als auch bei den Methoden, wo er – weitgehend unabhängig von den Zielen und Zielgruppen der Projekte – das am häufigsten gewählte Instrument war: Fast jedes zweite KuQ-Projekt hat mindestens einen Workshop veranstaltet. Hier die Rangreihe der Methoden, die bei den KuQ-Projekten zum Einsatz kamen (vgl. auch Abb. 21):

- Workshops 46%
- Gruppenberatung 40%
- Netzwerkarbeit 38%
- Offene Jugendarbeit 31%
- Einzelberatung 27%
- Schulsozialarbeit 18%
- Coaching 13%
- Aufsuchende Sozialarbeit 12%
- Streetwork 9%
- Mobile Beratung 8%
- Case-Management 4%

© Stiftung SPI 2004

Wenn man die *Hauptzielgruppen* der Projekte mit den angewandten *Methoden* kombiniert, was an sich sinnvoll ist, ergibt sich nur eine geringe Varianz, d.h. die Wahl der Methoden erfolgte weitgehend unabhängig von den Zielgruppen. Erwartungsgemäß wurden – wie bereits erwähnt – mit den Fachkräften der Kinder- und Jugendarbeit besonders häufig Workshops durchgeführt; offene Jugendarbeit richtet sich eher an ältere Kinder und Jugendliche (Haupt- und BerufsschülerInnen) und an Aussiedler(Kinder), aufsuchende Sozialarbeit eher an noch nicht schulpflichtige Kinder und GrundschülerInnen (Abb. 21). Die geringe Varianz erklärt sich aber auch dadurch, dass mit der Wahl der Hauptzielgruppen (zumindest bei der Befragung) oft sehr großzügig umgegangen wurde, da bei dieser Frage keine Begrenzung auf wenige Nennungen vorgeschrieben war. Außerdem sind vor allem die Zielgruppen, aber auch die Methoden zum Teil wenig trennscharf und schließen sich nicht gegenseitig aus – ein Umstand, der die Analyse deutlich erschwert. Die geringe Trennschärfe dürfte zumindest teilweise allerdings auch für die Projekte selbst gelten, d.h. sie bedienten oft mehrere teilweise diametrale Zielgruppen (siehe oben) mit einem breiten Spektrum von Methoden. Ob diese Vorgehensweise immer sinnvoll war, sei dahingestellt.

Abb. 21

Die wichtigsten Zielgruppen und Methoden
(Prozentwerte senkrecht)*

		Projekte mit Hauptzielgruppen...							
	Alle Projekte	Kinder	Grund-Schüler	Haupt-Schüler	Berufs-Schüler	Eltern	Aus-länder	Aus-siedler	Fach-kräfte
Basis (Projekte)	412	74	136	230	87	96	147	123	167
Methoden**									
- Workshops	46%	47%	42%	45%	48%	45%	52%	43%	**57%**
- Gruppenberatung	40%	**51%**	40%	47%	46%	**51%**	**50%**	47%	35%
- Netzwerkarbeit	38%	**47%**	**46%**	**43%**	**54%**	42%	39%	44%	**47%**
- offene Jugendarbeit	31%	32%	33%	43%	**51%**	21%	37%	**41%**	26%
- Einzelberatung	27%	35%	26%	34%	**37%**	20%	**39%**	**38%**	25%
- Schulsozialarbeit	18%	22%	25%	22%	24%	18%	16%	19%	17%
- Coaching	13%	16%	9%	11%	16%	9%	8%	11%	18%
- aufsuchende Sozialarb.	12%	**25%**	**24%**	16%	**24%**	16%	15%	16%	14%

*Mehrfachnennungen möglich
**Auszug aus einer Liste mit insgesamt 11 Antwortvorgaben

6.3.5 Zielerreichung

Am Ende des Fragebogens 2 (Projekte) wurde die Frage gestellt, ob (voraussichtlich) alle Zielvorstellungen, die mit dem Projekt verbunden waren, vollständig, größtenteils, nur teilweise oder überwiegend nicht erreicht wurden oder werden. Die Frage lieferte zum Einen voraussehbare Ergebnisse, nämlich hohe Erfolgsquoten, was die Zielerreichung betrifft: Laut den Angaben der Projektverantwortlichen konnten nur in 11 Prozent der Fälle (Projekte) die Ziele nur teilweise oder gar nicht erreicht werden. Ein Zusammenhang zwischen dem Grad der Zielerreichung und bestimmten Projektinhalten oder -schwerpunkten ist nicht erkennbar. Zum Anderen konnte die Frage auch gar nicht oder nur eingeschränkt beantwortet werden, da – wie bereits erwähnt – die Projekte teilweise erst Anfang Oktober 2002 ihre Arbeit aufnehmen konnten, mit der schriftlichen Befragung aus den genannten Gründen aber bereits Ende Oktober begonnen werden musste.

Die Frage bot den Befragten jedoch auch die Möglichkeit, unabhängig von der Zielerreichung darzulegen, welche Umstände diese Zielerreichung erschwerten oder gar verhinderten, und es lohnt sich durchaus, die Antworten auf diese (offene) Frage näher zu betrachten. Danach lassen sich die Gründe für Probleme bei der Umsetzung der Projekte zu drei Gruppen zusammenfassen, wobei wir auf eine genaue Quantifizierung verzichten:

© Stiftung SPI 2004

- Zu kurze Programmlaufzeit;
- mangelnde Kooperationsbereitschaft der potenziellen Kooperationspartner (Kitas, Schulen, Arbeitsamt, Sozialamt, lokale Wirtschaft);
- mangelnde(s) Interesse und Motivation der Zielgruppen (insbesondere Kinder, Jugendliche und Eltern mit Migrationshintergrund).

Mit Abstand am häufigsten wurden die zu kurze Projektlaufzeit und der starre Endtermin als Gründe genannt. In diesem Zusammenhang ist auch das Problem der Nachhaltigkeit/Fortführung/ weiteren Finanzierung zu nennen.

Vergleichsweise häufig hat man das Interesse und die Motivation der Zielgruppe(n) überschätzt. Das gilt für Kinder und Jugendliche allgemein, speziell aber auch für Mädchen und Eltern (vor allem Mütter) ausländischer Herkunft. Auch die Fallstudien haben gezeigt, dass diese Zielgruppen mitunter schwierig zu erreichen und zu motivieren sind, da sie in eine starke (männlich dominierte) Community eingebunden sind, die eine Öffnung nach außen häufig zu unterbinden versucht[103]. Schwer vermittelbar waren in diesem Milieu vor allem Themen wie Gesundheitsvorsorge, Anti-Gewalt-Programme, mitunter aber auch das Thema Übergang Schule – Beruf. In diesem Förderschwerpunkt verhinderten oder erschwerten außerdem der Mangel an Ausbildungsplätzen und Vermittlungsmöglichkeiten und die fehlende Einbindung der lokalen Wirtschaft in das Programm die Zielerreichung. Auch die mangelnde Kooperationsbereitschaft der Schulen, der Kitas, der Arbeitsverwaltung und der Stadtverwaltung (insbesondere der Stadtplanungsämter und der Ämter für Wirtschaftsförderung) verhinderte gelegentlich die Erreichung der gesteckten Ziele.

6.4 Kooperationsbeziehungen

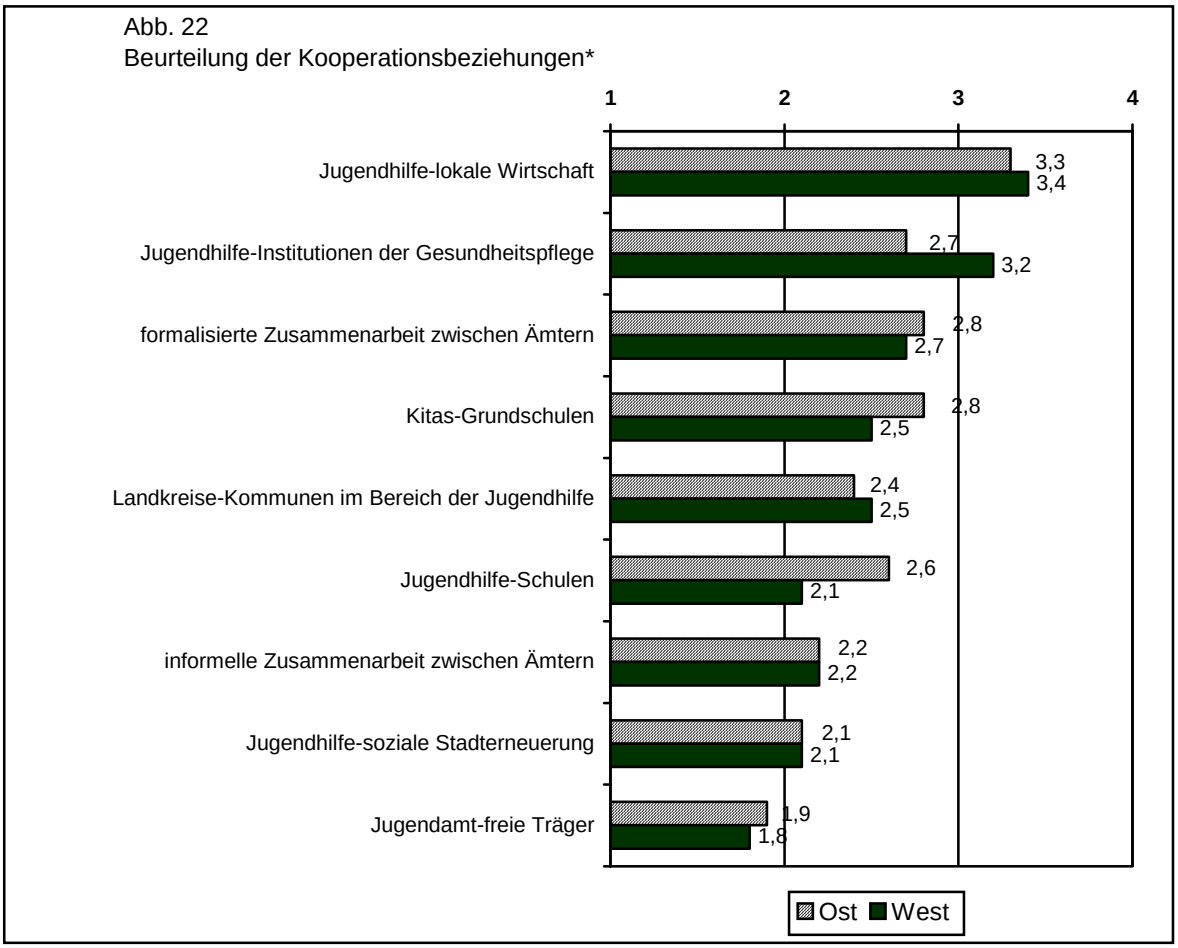
6.4.1 Kooperationsbeziehungen allgemein

Vernetzung und Kooperation der maßgeblichen Akteure im Sozialraum sind zentrale Aspekte der sozialräumlichen Perspektive, die wiederum ein wesentliches Merkmal der Programme Soziale Stadt und E & C darstellt, in die das Programm KuQ eingebettet ist. Man geht davon aus, dass „man in einer Partnerschaft von Politik, Arbeitsamt, Wirtschaft, Jugendamt und Schule in einem Quartier oder in einer Region viel mehr erreichen kann als nur durch individuelle Hilfe“ (Haupt 2001, S. 30). Auch das Programm KuQ verfolgte daher vor allem das ehrgeizige Ziel, die Kooperationsbeziehungen zwischen den verschiedenen Akteuren im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit zu verbessern. Dazu zählen – neben den Jugendämtern und ihren Abteilungen und Einrichtungen – vor allem Kindertagesstätten und -schulen, Grund-, Haupt-, Gesamt-, Förder- und Realschulen, Arbeits- und Sozialämter, Institutionen der öffentlichen und privaten Gesundheitspflege, Vereine und nicht zuletzt die lokale und regionale Wirtschaft. Die schriftliche Befragung der MitarbeiterInnen der Jugendämter, die am Programm KuQ beteiligt waren, liefert einige Hinweise darauf, wie es um die Qualität der „Partnerschaft“ der maßgeblichen Akteure im Sozialraum aus Sicht der Befragten bestellt ist und wie sich diese Partnerschaft durch die (gemeinsame) Beteiligung an einem Programm wie KuQ verändert. Wir widmen uns zunächst der Qualität der Kooperationsbeziehungen zwischen den verschiedenen Akteuren – und zwar unabhängig vom Programm KuQ – und stellen in dieser Beziehung ein großes Gefälle fest, wobei wir nochmals betonen wollen, dass diese Einschätzung die durchaus subjektiven Sichtweisen der MitarbeiterInnen der Jugendämter widerspiegelt, die wir gleichwohl als Experten auch in Sachen Kooperation betrachten:

[103] Vgl. hierzu vor allem Fallstudie 5.5.

© Stiftung SPI 2004

Abb. 22
Beurteilung der Kooperationsbeziehungen*



*Durchschnittsnoten: 1=sehr gut; 2=gut; 3=weniger gut; 4=schlecht.

Die freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe zählen sicherlich generell – also unabhängig vom Programm KuQ – zu den wichtigsten Kooperationspartner der Jugendämter, und im Allgemeinen sind die Kooperationsbeziehungen zwischen diesen Akteuren gut bis sehr gut, und zwar in beiden Landesteilen (Durchschnittsnoten 1,9 bzw. 1,8; Abb. 22). Auch zwischen Jugendhilfe und Sozialer Stadterneuerung (Stadtteil-/Quartiersmanagement) herrschen in der Regel einvernehmliche Beziehungen. Als noch gut (2,2) werden die *informellen* Kontakte zwischen den Ämtern (Jugendamt, Sozialamt, Arbeitsamt) eingeschätzt.

Die Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schulen scheint im Westen besser zu funktionieren (2,1) als im Osten (2,6). Ähnliches gilt für die Zusammenarbeit zwischen Kitas und Grundschulen. Umgekehrt sieht es aus bei der Zusammenarbeit der Jugendhilfe mit Institutionen der öffentlichen und privaten Gesundheitspflege.

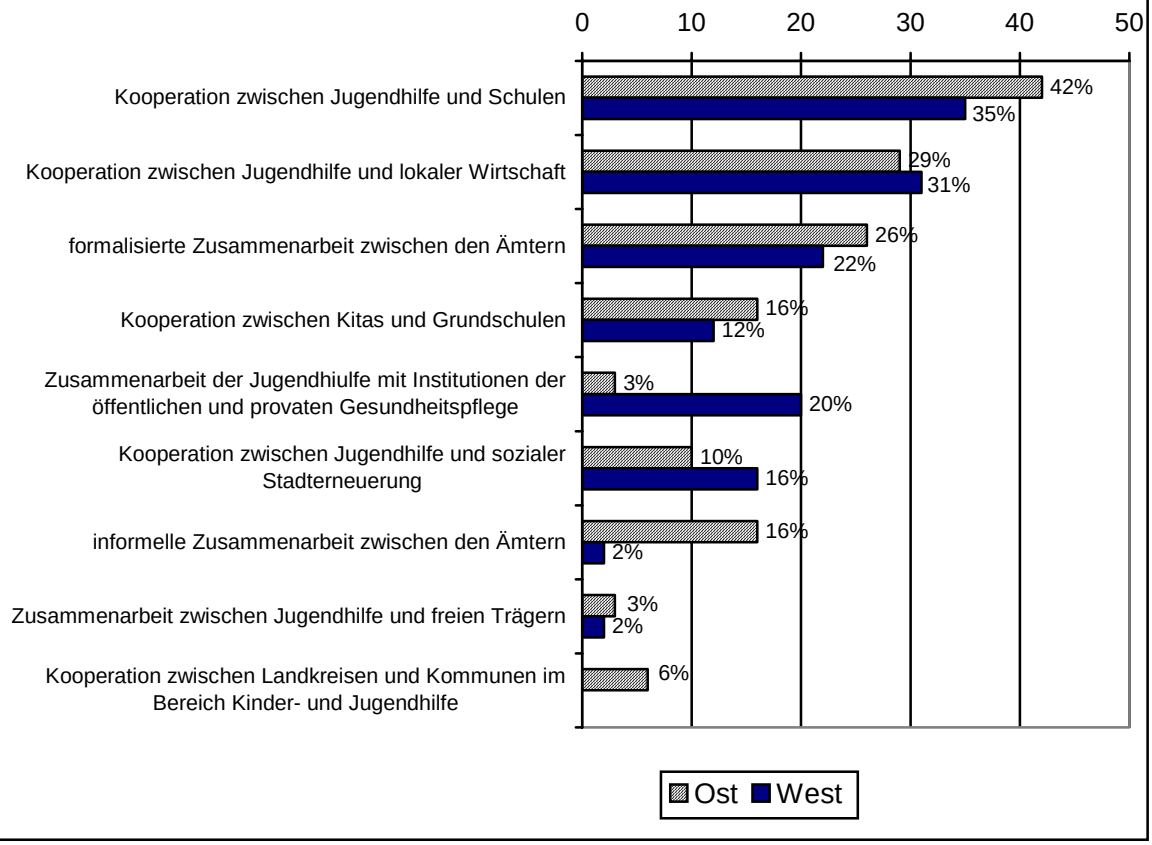
Eher unbefriedigend sind in beiden Landesteilen die *formellen* Kooperationsbeziehungen zwischen den Ämtern (2,7 bzw. 2,8), und ganz schlecht ist es hier wie dort bestellt um die Kooperationsbeziehungen zwischen Jugendhilfe und lokaler Wirtschaft (Durchschnittsnoten 3,3 bzw. 3,4). Auch das Programm KuQ konnte diese Misere kaum beheben, obwohl das Handlungsfeld *Kooperation zwischen Jugendhilfe und lokaler/regionaler Wirtschaft* vom BMFSFJ ausdrücklich als ein Programmziel festgeschrieben wurde.

Aus dieser Zustandsbeschreibung, die eine doch sehr unterschiedliche Qualität der Kooperationsbeziehungen zwischen den relevanten Akteuren offenbart, ergeben sich folgerichtig auch recht

© Stiftung SPI 2004

deutliche Varianzen bei den *Handlungsbedarfen*[104]. Den größten Handlungsbedarf gibt es aus Sicht der Befragten bei den Kooperationsbeziehungen zwischen Jugendhilfe und Schulen sowie zwischen Jugendhilfe und lokaler Wirtschaft (Abb. 23). Die Beziehungen zwischen dem Jugendamt, dem Sozialamt und anderen Ämtern gelten gleichfalls als ausbaufähig, zumindest was die *formelle* Ebene betrifft. Auf der *informellen* Ebene gibt es dagegen zwischen den MitarbeiterInnen der verschiedenen Ämter vergleichsweise häufig durchaus fruchtbare Kontakte, die jedoch wegen der mangelnden Verbindlichkeit kaum systematische Folgewirkungen haben können. Relativ großen Handlungsbedarf konstatieren die Befragten in den alten Bundesländern zudem zwischen Jugendhilfe und Institutionen der öffentlichen und privaten Gesundheitspflege.

Abb. 23
Handlungsbedarfe im Bereich Kooperationsbeziehungen



Wenn man die Angaben der Befragten zur *Qualität* der Kooperationsbeziehungen (Abb. 22) kombiniert mit den von ihnen festgestellten *Handlungsbedarfen* (Abb. 23), erhält man einen Überblick, in welchen Bereichen die Zusammenarbeit zu Wünschen übrig lässt und (deswegen) zugleich großer Handlungsbedarf besteht (in Abb. 24/25 grau hinterlegt). Sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern trifft dies vor allem auf die *Kooperation zwischen Jugendhilfe und lokaler Wirtschaft* zu. Die Befragten in den alten Bundesländern konstatieren außerdem Defi-

- [104] Die Handlungsbedarfe im Bereich Kooperationsbeziehungen (Abb. 23) wurden im Fragebogen in Konkurrenz gesetzt zu Handlungsbedarfen in anderen inhaltlichen Bereichen (Abb. 12). Aus einer Liste mit 20 Vorgaben sollten die Befragten maximal vier Bereiche auswählen, in denen mehr getan werden müsste. Aus dieser Liste haben wir in Abb. 23 diejenigen Vorgaben isoliert, die etwas über das Ausmaß der Handlungsbedarfe im Bereich Kooperationsbeziehungen aussagen. In der Gesamtrangreihe der Handlungsbedarfe liegt das Item *Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schulen* auf Rang 3 (nach *Unterstützung von Maßnahmen zur Schaffung und Sicherung der Beschäftigung auf lokaler und regionaler Ebene* und *Maßnahmen der Jugendhilfe zur Sicherung des Übergangs Schule-Beruf;* vgl. Abb. 12).

© Stiftung SPI 2004

zite bei der Zusammenarbeit der Jugendhilfe mit *Institutionen der öffentlichen und privaten Gesundheitspflege* (Abb. 34), während in den alten Bundesländern vor allem auch die Kooperationsbeziehungen zwischen *Jugendhilfe und Schulen* als ausbaufähig gelten (Abb. 25).

Zwar gilt allgemein: Je schlechter die Kooperationsbeziehungen, desto größer der Handlungsbedarf; es gibt aber auch Ausnahmen von dieser Regel: In den neuen Bundesländern werden die Kooperationsbeziehungen zwischen *Kitas und Grundschulen* und zwischen *Jugendhilfe und Institutionen der Gesundheitspflege* nicht besonders gut eingeschätzt (Durchschnittsnoten 2,8 und 2,7; vgl. Abb. 22); trotzdem hält sich hier aus Sicht der Befragten der Handlungsbedarf in Grenzen. Ihrer Meinung nach sollte man sich vielmehr seitens der Jugendämter konzentrieren auf Intensivierung der Kontakte zu anderen Ämtern, zu Schulen und zu Betrieben des ersten Arbeitsmarktes (Abb. 25).

Abb. 24

Kooperationsbeziehungen:
Qualität und Handlungsbedarf: Alte Bundesländer

		Gegenwärtige Kooperationsbeziehungen	
		sehr gut/gut	**weniger gut/schlecht**
Handlungs-	sehr groß/ groß	• Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schulen	• Jugendhilfe– lokale Wirtschaft • formalisierte Zusammen-arbeit zwischen den Ämtern • Jugendhilfe–Gesundheitspflege •
bedarf	weniger groß/gering	• Jugendhilfe–Soziale Stadterneuerung • Kitas–Grundschulen • Jugendhilfe–freie Träger • informelle Zusammenarbeit zwischen den Ämtern • Kommunen–Landkreise	

Abb. 25

Kooperationsbeziehungen:
Qualität und Handlungsbedarf: Neue Bundesländer

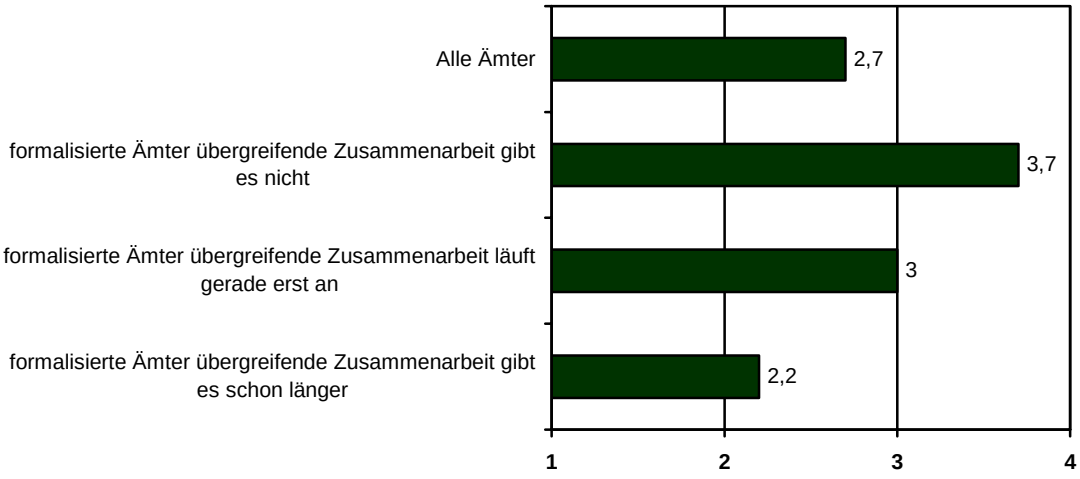
		Gegenwärtige Kooperationsbeziehungen	
		sehr gut/gut	weniger gut/schlecht
Handlungs-	sehr groß/ groß		• Jugendhilfe–Schulen • Jugendhilfe– lokale Wirtschaft • formalisierte Zusammen-arbeit zwischen den Ämtern
bedarf	weniger groß/gering	• Jugendhilfe–Soziale Stadterneuerung • Jugendhilfe–freie Träger • informelle Zusammenarbeit zwischen den Ämtern • Kommunen–Landkreise	• Kitas–Grundschulen • Jugendhilfe–Gesundheitspflege

Die formalisierte Zusammenarbeit zwischen den Ämtern bedarf in beiden Landesteilen offenbar der besonderen Pflege, obwohl das Programm KuQ in dieser Beziehung sicherlich einiges in Bewegung gesetzt hat. Hinweise darauf, dass es um die Kontakte zwischen den MitarbeiterInnen der

© Stiftung SPI 2004

diversen Ämter auf der *informellen* Ebene besser bestellt ist als um die formellen Kooperationsbeziehungen zwischen den Ämtern, kann man auch der offenen Frage nach den Faktoren entnehmen, die die Zusammenarbeit zwischen den Ämtern positiv oder negativ beeinflussen. An erster Stelle unter den positiven Faktoren werden nämlich hier gute persönliche Kontakte auf der informellen Ebene genannt. Aber auch institutionalisierte Arbeitsgemeinschaften/-kreise/Runde Tische etc. können – ebenso wie formelle, schriftlich fixierte Kooperationsvereinbarungen, wie sie speziell zum Programm KuQ abgeschlossen wurden – die Zusammenarbeit durchaus fördern. Die Befragungsergebnisse belegen, dass solche Kooperationsvereinbarungen keinesfalls nur auf dem Papier bestehen. Denn in den Fällen, wo eine solche formalisierte ämterübergreifende Zusammenarbeit schon seit längerer Zeit (seit über einem Jahr) besteht, werden die formellen Kooperationsbeziehungen zwischen den beteiligten Ämtern wesentlich besser beurteilt (Durchschnittsnote 2,2; Abb. 26).

Abb. 26
Beurteilung der Kooperationsbeziehungen zwischen Jugendamt, Arbeitsamt und Sozialamt*



*Durchschnittsnoten: 1=sehr gut; 2=gut; 3=weniger gut; 4=schlecht

Einen – wenngleich nicht sehr starken – negativen Einfluss auf die Kooperationsbeziehungen zwischen den Ämtern scheint die Dezentralisierung der Jugendämter zu haben. Möglicherweise fehlt in diesen Fällen eine starke „Zentralinstanz“, die die Kooperationsbeziehungen zu anderen Ämtern in die Wege leitet und aufrecht erhält.

Nach Meinung vieler Befragter werden die Kooperationsbeziehungen zwischen den Ämtern vor allem beeinträchtigt durch den täglichen Zeitdruck/-mangel, die Arbeitsüberlastung und – damit unmittelbar zusammenhängend – den Personalmangel in den Ämtern. Als weitere Faktoren, die die Kooperation zwischen den Ämtern und Behörden beeinträchtigen, werden genannt

- die nicht kompatible Arbeitsansätze/Organisationsstrukturen/Förderrichtlinien von Schulen, Jugendhilfe, Arbeitsamt und Sozialamt,
- die verschiedenen Denkweisen der Behörden („fachbezogener Autismus“) und die „Partikularinteressen“ der Institutionen,
- die unterschiedliche regionale Anbindung/Zuständigkeit der Gebietskörperschaften,
- die Konkurrenz zwischen Trägern um begrenzte Mittel.

Großer Handlungsbedarf besteht nach Meinung vieler Befragter in beiden Landesteilen bei den Beziehungen zwischen Schulen und Jugendhilfe (vgl. Abb. 23), die häufig von gegenseitigen

© Stiftung SPI 2004

Vorurteilen geprägt seien (Richter 2001, S. 60 ff.). Die Schulen trifft der Vorwurf hart, sie kümmerten sich nicht genug um „schwierige“ Jugendliche und (potenzielle) Schulverweigerer; viele Lehrerinnen und Lehrer argumentieren, „ihre Aufgabe sei der Unterricht; für die Bewältigung von Lebensproblemen seien sie weder ausgebildet noch zuständig, und der Unterricht sei gerade mit schwierigen Jugendlichen belastend genug“ (ebd., S. 62). Die Fallstudien liefern einige gelungene Beispiele[105] für die Überwindung der ideologischen und administrativen Barrieren zwischen den beiden Institutionen, zeigen aber auch, wie schwierig dieser Prozess der Annäherung im konkreten Fall zu bewerkstelligen ist. So haben Schulleitungen und LehrerInnen offenbar häufig wenig Verständnis dafür, wenn Schulverweigerung beispielsweise – wie in Fürth – dadurch verhindert oder verringert werden soll, indem man den SchülerInnen positive Anreize in Form von Preisen, Auszeichnungen etc. für regelmäßigen Schulbesuch (der ja an sich selbstverständlich sei) bietet.

Vor allem HauptschülerInnen zählten zu den wichtigsten Zielgruppen des Programms KuQ und entsprechend waren Hauptschulen häufige und wichtige Kooperationspartner. Allerdings waren die Kooperationsbeziehungen zwischen Jugendamt, Schulen und freien Trägern – das haben vor allem auch die Fallstudien gezeigt – nicht immer spannungsfrei. Das gilt, wie die Befragungsergebnisse belegen, vor allem für die neuen Bundesländer.

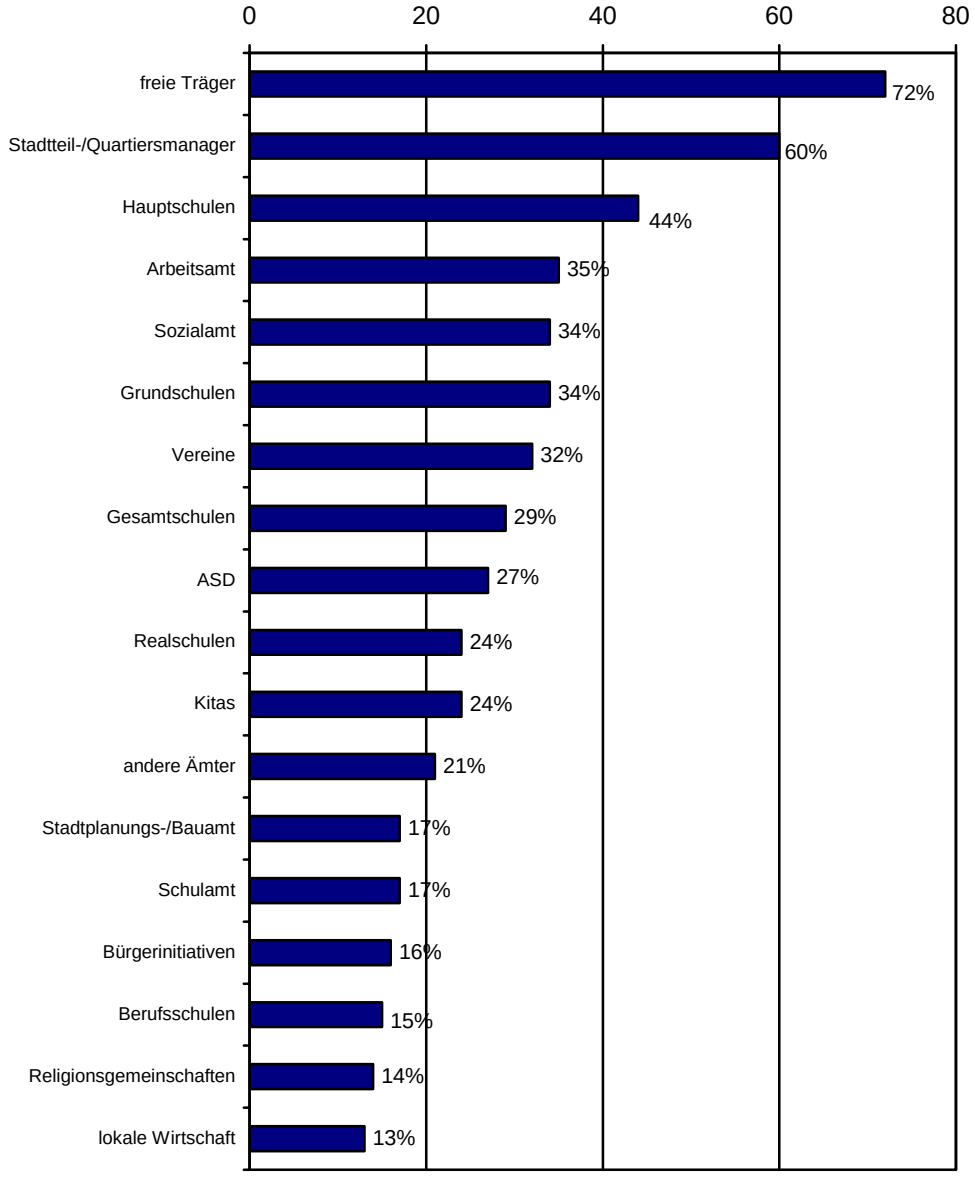
6.4.2 Kooperationspartner und -beziehungen bei der Umsetzung des Programms KuQ

Bei der Umsetzung des Programm KuQ wiederholte sich das bereits bekannte Muster der Kooperationsbeziehungen. Die häufigsten Kooperationspartner der Jugendämter bei der Umsetzung des Programms KuQ waren erwartungsgemäß die freien Träger der Jugendhilfe und die Stadtteil-/Quartiersmanager. Auch mit den Hauptschulen wurde vergleichsweise häufig zusammen gearbeitet. Bei etwa jedem dritten KuQ-Projekt waren auch die Arbeits- und/oder die Sozialämter Kooperationspartner. Betriebe des ersten Arbeitsmarktes spielten eine untergeordnete Rolle, ebenso wie (mit Nennungen unter 10 Prozent) Gesundheitsämter, Suchtberatungsstellen oder Ärzte und Psychologen, denn das Handlungsfeld *Zusammenarbeit der Jugendhilfe mit Institutionen der öffentlichen und privaten Gesundheitspflege* wurde kaum besetzt. Ebenso marginal war die Rolle von Selbsthilfegruppen, Volkshochschulen, Polizei, Ausländerbeiräten und -beauftragten als Kooperationspartner der Jugendämter.

[105] Vgl. insbesondere die Fallstudien Trier, Fürth und Kyffhäuserkreis

© Stiftung SPI 2004

Abb. 27
Regelmäßige Zusammenarbeit bei der Umsetzung der KuQ-Projekte
(Nennungen über 10 Prozent)



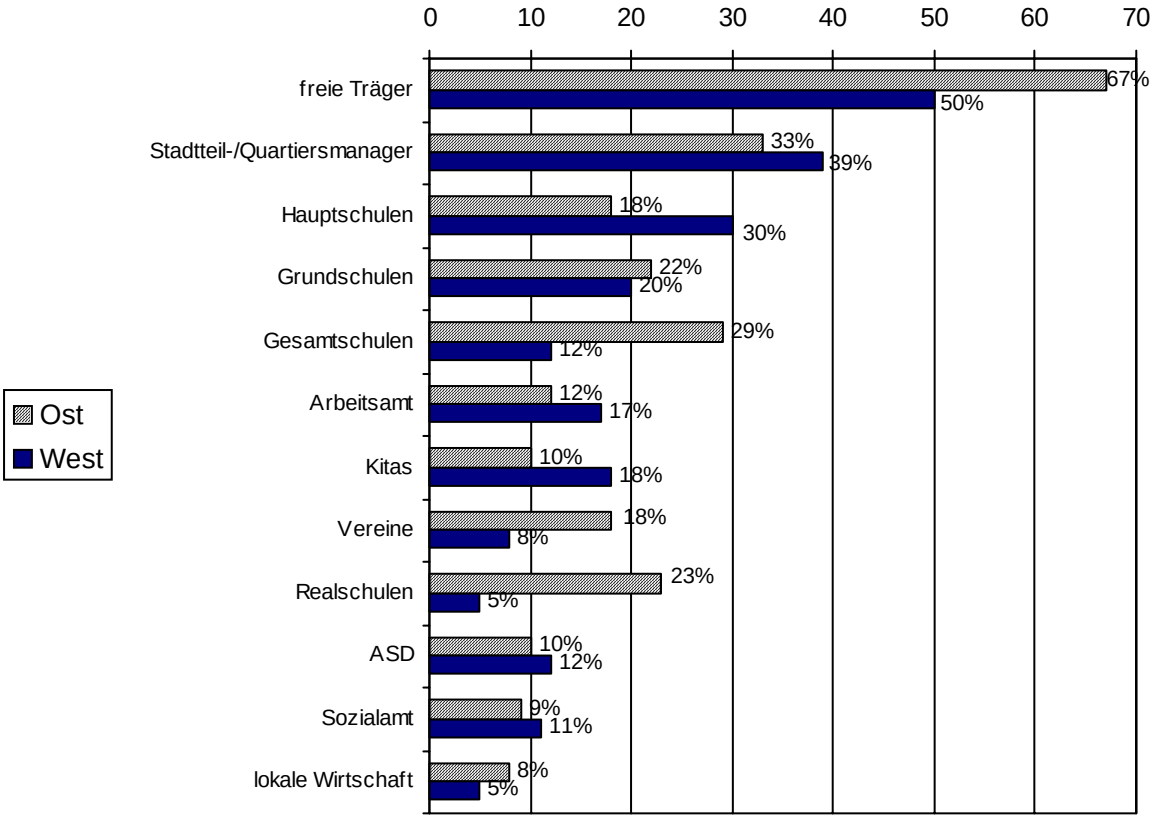
Die *häufigsten* Kooperationspartner der Jugendämter bei der Umsetzung des Programms KuQ waren gleichzeitig auch die *wichtigsten*, also vor allem die freien Träger der Jugendhilfe, da sie in der Regel mit der Umsetzung der Projektideen beauftragt wurden (Abb. 28). Daneben sind vor allem die Stadtteil-/Quartiersmanager zu nennen, was ebenfalls logisch ist, da diese ein zentrales Element des Programms Programm Soziale Stadt sind und außerdem das Quartiersmanagement häufig beim gleichen Träger angesiedelt ist, der auch für die Umsetzung der KuQ-Projekte (mit)verantwortlich war.

Entsprechend den Schwerpunkten des Programms KuQ waren vor allem auch Grund-, Haupt- und Gesamtschulen wichtige Kooperationspartner (Abb. 28). Kitas spielten dagegen eher eine untergeordnete Rolle; ähnliches gilt für Arbeits- und Sozialämter, mit denen zwar relativ häufig zumindest formell zusammen gearbeitet wurde (Abb. 27), deren Bedeutung als Kooperationspartner bei der Umsetzung des Programms

© Stiftung SPI 2004

KuQ jedoch deutlich hinter dem Stellenwert der Schulen zurück bleibt. Nur bei etwa jedem zehnten Projekt war beispielsweise das Sozialamt ein wichtiger Kooperationspartner:

Abb. 28
Die wichtigsten Kooperationspartner bei der Umsetzung der KuQ-Projekte
(maximal 4 Nennungen)



© Stiftung SPI 2004

In den neuen Bundesländern waren die freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe besonders häufig (bei etwa zwei Drittel der Projekte) die wichtigsten Kooperationspartner der Jugendämter (Abb. 28). Dies dürfte damit zusammen hängen, dass in vielen ostdeutschen Jugendamtsbezirken Maßnahmen vor allem im Bereich der Jugendberufshilfe fast ausschließlich von freien Träger angeboten werden.

Ansonsten sind die Differenzen zwischen den alten und neuen Bundesländern marginal; die unterschiedliche Bedeutung der diversen Schulen (Hauptschulen, Real- bzw. Mittelschulen, Gesamtschulen) als Kooperationspartner ist vor allem auf die unterschiedlichen Schulsysteme zurückzuführen.

Die Wohnungswirtschaft und andere lokale und regionale Wirtschaftsbetriebe spielten als Kooperationspartner bei der Umsetzung des KuQ-Programms in beiden Landesteilen kaum eine Rolle. Gemeinschaftsprojekte zwischen Jugendhilfe und lokaler Wirtschaft sollten zwar ausdrücklich durch das Programm KuQ initiiert werden, wurden tatsächlich jedoch kaum realisiert, obwohl in diesem Bereich seitens der Projektverantwortlichen in den Jugendämtern im Prinzip ganz offensichtlich ein großer Handlungsbedarf gesehen wird. Es mangelt in den Jugendämtern also nicht am Problembewusstsein, dass dieses Handlungsfeld ausgebaut werden sollte, jedoch fehlen geeignete Strategien, die eine solche Kooperation mit der lokalen Wirtschaft einleiten könnten. Aus Sicht der wissenschaftlichen Begleitung ist eine bessere Verzahnung der sozialen und ökonomischen Bereiche und der dafür zuständigen Institutionen dringend geboten, da eine Lösung der drängendsten Probleme (Arbeitslosigkeit, Übergang Schule – Beruf) ohne die Kooperation mit den Protagonisten des ersten Arbeitsmarktes kaum gelingen kann.

Auf der Auswertungstagung KuQ Ende Januar 2003 in Berlin wurde im Forum 1 *Vernetzung und Kooperation als Voraussetzung sozialer Koproduktion* u.a. auch dieses tags zuvor präsentierte Ergebnis der wissenschaftlichen Begleitung diskutiert. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe bestätigten, dass die Zusammenarbeit mit der lokalen Wirtschaft nicht immer im erwünschten Maße effektiv und effizient war und konstatierten ebenfalls – wie auch die befragten KuQ-Projektverantwortlichen in den Jugendämtern – großen Handlungsbedarf in diesem Bereich. Es wurden auch einige Gründe genannt, die für dieses Defizit verantwortlich sind:

- Jugendhilfe in der klassischen Definition hat mit den Akteuren der lokalen Wirtschaft bisher keine Berührung und auf der Grundlage des originären Arbeitsauftrag gibt es bisher kaum Austausch.
- Betriebe agieren in der Regel stadtteilübergreifend und haben daher wenig Interesse am Stadtteil.
- Das Amt für Wirtschaftsförderung, das auf der kommunalen Ebene solche Kooperationsprozesse initiieren und moderieren könnte, ist nicht sozialräumlich organisiert und wird in den Stadtteilentwicklungsprozess nicht genügend eingebunden.
- Der Praktikummarkt ist übersättigt, das erschwert Kooperationen in diesem Bereich.
- Es mangelt den Akteuren der sozialen Arbeit am Verständnis für die Belange der Arbeitgeber.

Damit haben die TeilnehmerInnen der Arbeitsgruppe ein wichtiges Problem angesprochen, nämlich die Auseinanderentwicklung von Ökonomie und sozialer Arbeit und deren Einengung auf therapeutisch orientierte Beratungsarbeit. Der Forderung nach „Überwindung des ökonomischen Analphabetismus“ (Staub-Bernasconi 2000, S. 145) der sozialen Arbeit steht allerdings die nicht minder berechtigte Forderung nach Überwindung des „sozialen Analphabetismus“ der Ökonomie gegenüber (ebd.). Beide Seiten sind also im Zugzwang, wenn eine Annäherung der sozialen und ökonomischen Sphären gelingen soll. Diesen Prozess in Gang zu setzen, war ja u.a. eines der Ziele und programmatischer Bestandteil des Programms KuQ; allerdings gab es auf der Umsetzungsebene kaum Versuche, solche Gemeinschaftsprojekte zwischen Jugendhilfe und lokaler Wirtschaft tatsächlich zu initiieren. Die TeilnehmerInnen des Forums *Vernetzung und Kooperation als Voraussetzung sozialer Koproduktion* haben einige konkrete Vorschläge erarbeitet und formuliert, die zu einer Verbesserung der Zusammenarbeit beitragen könnten:

© Stiftung SPI 2004

- Der Nutzen der Kooperation muss für die zu beteiligenden Betriebe deutlich sein und klar herausgestellt werden.
- Für die Kontaktaufnahme und die Einbeziehung der lokalen Wirtschaft sollten bereits bestehende Kontakte der Arbeitsämter, Sozialämter etc. genutzt werden.
- Politik und Entscheidungsträger sind in die Kooperation einzubeziehen.
- Betriebe sollten für konkrete Projekte *direkt* gewonnen werden; eine Kontaktaufnahme über Verbände und Interessenvertreter ist erfahrungsgemäß nicht unbedingt effektiv.
- Lösungsansätze und gemeinsame Aufgabenfelder sind neu zu definieren; hierbei sollte seitens der Akteure der sozialen Arbeit mehr Phantasie entwickelt werden. Die Ressourcen von Betrieben liegen beispielsweise nicht nur im Angebot von Praktikumplätzen.
- Die Kooperation mit diesen Partnern steht erst am Anfang. Der erste Schritt besteht im gegenseitigen Kennenlernen und dem Herstellen einer geeigneten Arbeitsgrundlage.

Auch die Fallstudien haben gezeigt, dass Betriebe des ersten Arbeitsmarktes zur Kooperation eher zu bewegen sind, wenn sie für sich einen konkreten Nutzen erkennen können, der aber keinesfalls immer auf einen materiellen Vorteil hinauslaufen muss – im Gegenteil: Das arbeitsmarkt- und bildungspolitische Instrumentarium der Arbeitsämter beispielsweise wird durch Mitnahmeeffekte eher entwertet, wenn Betrieben die Einrichtung von Ausbildungsplätzen für „benachteiligte“ Jugendliche von der BA honoriert bekommen. Der „Gewinn“ kann für den Betrieb auch im „Zuwachs an Sozialprestige oder lokaler Reputation“ bestehen (Gericke 2001, S. 21). Das gilt vor allem für Klein- und Mittelbetriebe. Außerdem hat sich gezeigt, dass Appelle an das „soziale Gewissen“ der Unternehmer und Manager durchaus dazu beitragen können, den „sozialen Analphabetismus“ der Ökonomie (siehe oben) zu überwinden (Gericke/Lex/Schreiber-Kittl/Schröpfer 2001, S. 95 ff.).

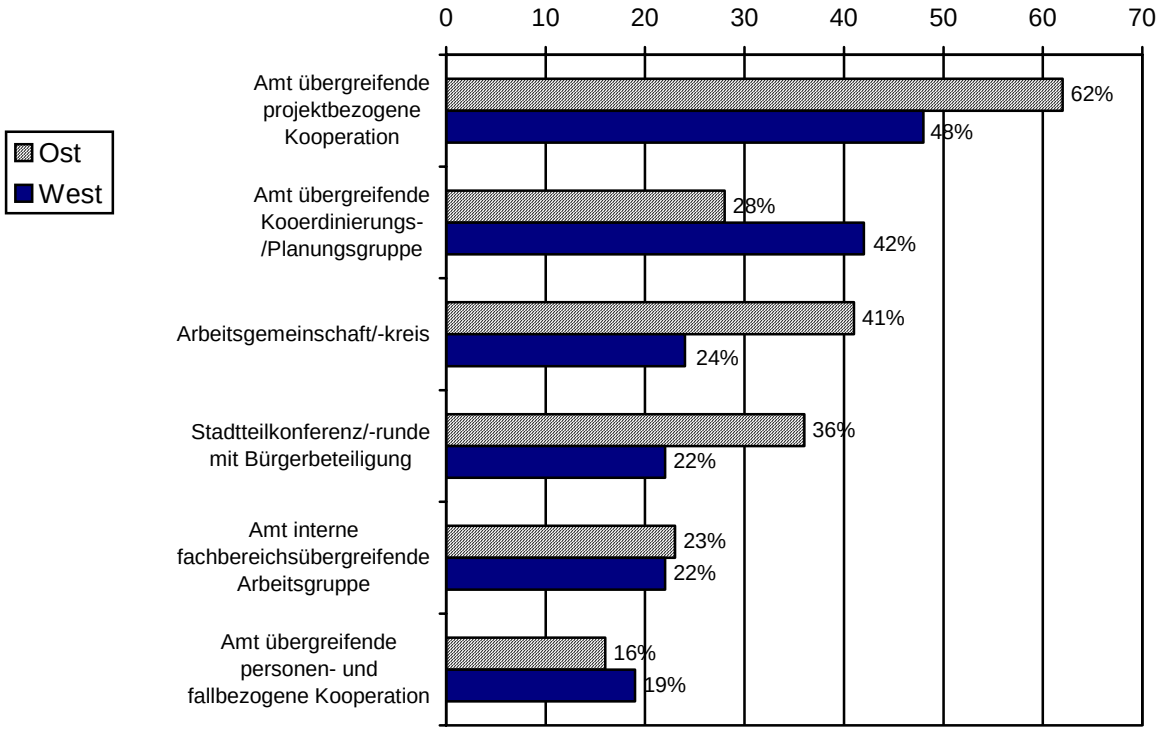
Die Förderung der lokalen Ökonomie ist eine der zentralen Strategien des Programms Soziale Stadt (difu 2001), in das auch das Programm KuQ eingebunden ist. Es gibt allerdings Programmgebiete, deren periphere Lage oder deren primäre Funktion als reine Wohngebiete der Wirksamkeit dieser Strategie (Stärkung lokaler Ökonomien) enge Grenzen setzten. In diesen Fällen kann es sinnvoll sein, nicht nur „die Arbeit ins Quartier“ zu holen, sondern auch „das Quartier zur Arbeit“ zu bringen (Gonzáles 2002, S. 133), also die regionale Mobilität der BewohnerInnen zu entwickeln, deren Aktivitäten – wie auch die Fallstudien gezeigt haben – häufig auf die Projektgebiete (Quartiere) der Sozialen Stadt begrenzt bleiben.

6.4.3 Kooperationsformen

Die Arbeitsämtern waren bei der Projektumsetzung etwas häufiger wichtige Kooperationsbeziehungen als die Sozialämtern (vgl. Abb. 28). Wenn man bedenkt, dass die Zusammenarbeit zwischen Jugend-, Sozial- und Arbeitsämtern auf der Basis schriftlicher Kooperationsvereinbarungen programmatischer Bestandteil des Programms KuQ war, hielten sich das Ausmaß und vor allem die Bedeutung der tatsächlichen Zusammenarbeit bei der Projektabwicklung doch in relativ engen Grenzen. Auch die Fallstudien haben gezeigt, dass bei wichtigen Besprechungen etwa von Kooperationsverbünden sich die Vertreter der Sozial- und Arbeitsämter häufiger entschuldigen ließen. Und auf der Auswertungstagung KuQ Ende Januar 2003 erschienen die geladenen VertreterInnen dieser Institutionen nur ganz vereinzelt.
Dieser Befund ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass das Programm KuQ wesentlich dazu beigetragen hat, dass sich die Kooperationsbeziehungen zwischen den Ämtern verbessert haben. Dabei war die *Amt übergreifende projektbezogene Kooperation* die häufigste Form der Zusammenarbeitzwischen den beteiligten Ämtern. In den neuen Bundesländern erfreuten sich außerdem *Arbeitsgemeinschaften/-kreise* und *Stadtteilkonferenzen mit Bürgerbeteiligung* großer Beliebtheit, während in den alten Bundesländern die Zusammenarbeit vergleichsweise häufig *durch Amt übergreifende Koordinierungs- und Planungsgruppen* gewährleistet wurde (Abb. 29).

© Stiftung SPI 2004

Abb. 29
Regelmäßig stattfindende Kooperationsformen bei der Umsetzung der KuQ-Projekte
(Mehrfachnennungen)



6.4.4 Auswirkungen des Programms KuQ auf die Kooperationsbeziehungen zwischen Jugend-, Sozial- und Arbeitsämtern

Sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern unterhält fast jedes zweite Jugendamt schon seit längerer Zeit (seit über einem Jahr) formalisierte Beziehungen zu den Sozial- und Arbeitsämtern etwa in Form von schriftlich fixierten Kooperationsvereinbarungen (Abb. 30). Ein weiteres Drittel der Ämter hat diese Zusammenarbeit zum Zeitpunkt der Befragung (Oktober/November 2002) gerade in Gang gesetzt, und zwar nicht zuletzt dank des Programms KuQ, denn knapp 30 Prozent der Jugendämter – 29 Prozent in den alten, 23 Prozent in den neuen Ländern – haben speziell aus diesem Anlass solche Kooperationsvereinbarungen mit den Sozial- und Arbeitsämtern geschlossen.

© Stiftung SPI 2004

Abb. 30

Formalisierte Kooperationsbeziehungen
Zwischen den Ämtern vor und durch KuQ
(Prozentwerte quer)*

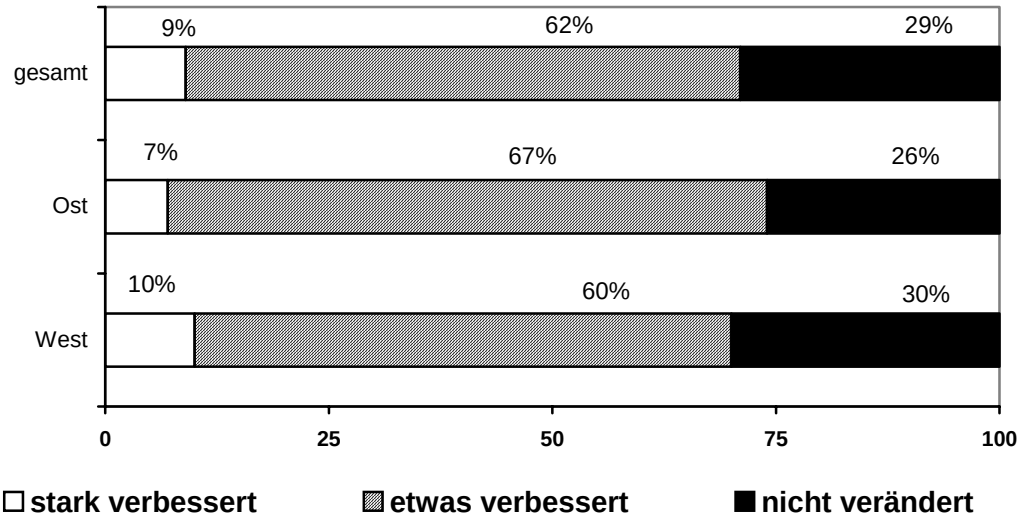
	Formalisierte Zusammenarbeit zwischen Jugend-, Sozial- und Arbeitsamt...			**Schriftliche Kooperations-vereinbarung zu KuQ?**	
	gibt es schon länger**	läuft gerade erst an	gibt es nicht	ja	nein
Gesamt	48%	33%	20%	27%	67%
- West	**47%**	**31%**	**22%**	**29%**	**69%**
- Ost	**48%**	**35%**	**16%**	**23%**	**65%**

*Differenzen zu 100 Prozent: K.A.
**Seit über einem Jahr

Bei näherer Betrachtung der Ergebnisse stellt man fest, dass vor allem in Hessen und Nordrhein-Westfalen Ämter übergreifende Kooperationsvereinbarungen (unabhängig von KuQ) offenbar schon seit längerer Zeit die Regel sind, weshalb schriftliche Kooperationsvereinbarungen zwischen den Jugend-, Sozial- und Arbeitsämtern speziell zum Programm KuQ hier häufig nicht notwendig waren. In Bayern dagegen waren solche Vereinbarungen bislang offenbar eher die Ausnahme; durch das Programm KuQ wurden hier häufig erstmalig solche Vereinbarungen getroffen.

Es war erklärtes Ziel des Programms KuQ, zu einem Ausbau der Kooperationsbeziehungen zwischen Jugend-, Sozial- und Arbeitsämtern beizutragen. Dieses Ziel ist in der Regel erreicht worden, und zwar in beiden Landesteilen:

Abb. 31
Veränderung der Kooperationsbeziehungen zwischen Jugendamt, Sozialamt und Arbeitsamt durch Beteiligung am Programm KuQ



Verbessert haben sich die Kooperationsbeziehungen durch die Beteiligung der Jugendämter am Programm KuQ vor allem dann, wenn bereits *vor* KuQ formalisierte Kooperationsbeziehungen bestanden.

© Stiftung SPI 2004

Die schriftlichen Kooperationsvereinbarungen zwischen den Jugend-, Sozial- und Arbeitsämtern, die speziell zum Programm KuQ in knapp 30 Prozent der Fälle abgeschlossen wurden, waren zwar keine Voraussetzungen für eine gedeihlichere Zusammenarbeit zwischen den Ämtern; sie unterstützten diesen Prozess aber deutlich: 78 Prozent der Befragten dieser Ämter (mit Kooperationsvereinbarung) konstatierten eine Verbesserung der Kooperationsbeziehungen. Bei den übrigen Befragten (ohne schriftliche KuQ-Vereinbarung) liegt dieser Wert immerhin um zehn Prozentpunkte niedriger (Abb. 31). Dieses Ergebnis belegt, dass formelle Vereinbarungen dieser Art häufig tatsächlich nicht nur auf dem Papier bestehen. Dagegen wirkt sich die Dezentralisierung der Jugendämter auf die Qualität der Kooperationsbeziehungen zu den Sozial- und Arbeitsämtern kaum positiv aus, im Gegenteil: In nicht dezentralisierten Ämtern haben sich die Kooperationsbeziehungen deutlich häufiger stark oder immerhin etwas verbessert (80 Prozent) als in dezentralisierten (64 Prozent):

Abb. 32

Veränderung der Kooperationsbeziehungen durch KuQ
(Prozentwerte senkrecht)

	Alle Ämter	Jugendamt dezentralisiert?		Entwickelte Kooperationsbeziehungen*			Schriftliche KuQ-Kooperationsvereinbarung	
Durch KuQ haben sich die Beziehungen zwischen Jugendamt, Sozial- und Arbeitsamt...		ja	nein	ja	bedingt	nein	ja	nein
• stark verbessert	9%	3%	**13%**	**14%**	4%	6%	**14%**	6%
• etwas verbessert	62%	61%	**67%**	54%	**73%**	63%	64%	62%
• nicht verändert	29%	**36%**	20%	31%	23%	31%	22%	**32%**

*ja: seit über 1 Jahr; bedingt: werden gerade erst entwickelt; nein: gibt es nicht

6.5 Perspektiven nach Ablauf der Förderung durch das Programm KuQ

Als ein großes Manko des Programms KuQ wurde in vielen Gesprächen im Rahmen der Fallstudien und auf den regionalen Koordinationstreffen dessen kurze Laufzeit genannt. Umso erfreulicher ist das Ergebnis, dass die große Mehrheit der durch das Programm KuQ initiierten Maßnahmen und Projekte in irgend einer Form sicher (43 Prozent) oder vielleicht (30 Prozent) nach Ablauf der KuQ-Förderung weiter geführt wird. Das gilt für die meisten Projekte der Jugendämter in beiden Landesteilen und aus allen Förderschwerpunkten. Besonders häufig fortgeführt werden allerdings vor allem Projekte aus dem Bereich *Verbesserung des Wohnumfeldes und der sozialen Infrastruktur*. Hier macht sich bemerkbar, dass das Programm KuQ eingebettet war in das Programm Soziale Stadt, das überwiegend dieses Ziel verfolgt.

Abb. 33

Fortführung der Projekte nach KuQ
(Prozentwerte quer)*

	Projekt wird fortgeführt...				**...finanziert von/durch****				
	ja, sicher	ja, vielleicht	nein, wahrscheinlich nicht	nein, sicher nicht	Kommune	Land	freie Träger	Bund	Landkreis

© Stiftung SPI 2004

Gesamt	43%	30%	14%	13%	59%	28%	24%	18%	13%
- West	41%	31%	14%	14%	**65%**	27%	19%	11%	7%
- Ost	47%	29%	15%	9%	43%	26%	**29%**	**29%**	**21%**
Förderschwerpunkt									
- Schule - Beruf	48%	26%	13%	13%	54%	21%	25%	13%	18%
- Wohnumfeld	53%	32%	7%	7%	60%	32%	**32%**	**27%**	14%
- JH - Schulen	49%	24%	18%	10%	57%	31%	30%	19%	20%
- Beteiligung	51%	28%	12%	10%	**66%**	32%	18%	21%	10%
- soz. Stadterneuer.	51%	23%	9%	17%	**64%**	**37%**	29%	24%	17%

*Differenzen zu 100 Prozent: K.A.

**Basis: Projekte, die sicher oder vielleicht fortgeführt werden. Mehrfachnennungen möglich. Ohne Arbeitsamt (10%), EU (11%), Private Mittel (9%), Sponsoring (14%), sonstiges.

Kontinuität und Nachhaltigkeit des Programms KuQ sind somit in beiden Landesteilen gleichermaßen sicher gestellt; Unterschiede gibt es im Bereich der Finanzierung, wobei sich hier die vergleichsweise schlechte finanzielle Lage der Kommunen in den neuen Bundesländern offenbart. In den alten Bundesländern dagegen engagieren sich die Kommunen finanziell sehr stark (bei fast zwei Drittel der Projekte), und zwar vor allem bei Projekten zur *Förderung der Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an Planungs- und Umsetzungsvorhaben* und bei *Gemeinschaftsprojekten von Jugendhilfe und sozialer Stadterneuerung*. Auch die Bundesländer sind (u.a. über das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt) vor allem in diesem Bereich aktiv. In den neuen Bundesländern beteiligen sich häufig der Bund, aber auch die freien Träger und die Landkreise an der Fortführung der Projekte, und zwar – was die freien Träger und den Bund betrifft – vorzugsweise im Förderschwerpunkt *Verbesserung des Wohnumfeldes und der sozialen Infrastruktur*.

6.6 Zusammenfassung

Von 82 Jugendämtern liegen Daten über 412 KuQ-Projekte vor, was einer Quote von ca. 95 Prozent entspricht. Damit sind die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung in hohem Maße repräsentativ für das gesamte Programm KuQ. Die Befragung der Projektverantwortlichen in den Jugendämtern, die an diesem Programm teilgenommen haben, hat gezeigt, dass ein Großteil der Probleme in den Programmgebieten ökonomische Ursachen hat: Der gravierende Mangel an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen führt zu großen Problemen der Jugendlichen beim Übergang von der Schule in eine Berufsausbildung und zu hohen Arbeitslosenquoten und ist verantwortlich dafür, dass zahlreiche Menschen – darunter auch viele Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene – auf staatliche Transferleistungen wie beispielsweise Sozialhilfe angewiesen sind. Vor diesem Hintergrund kommt dem KuQ-Förderschwerpunkt *Sicherung des Übergangs Schule – Beruf* eine besondere Bedeutung zu. Die für die Planung und Umsetzung der KuQ-Projekte verantwortlichen MitarbeiterInnen der Jugendämter konstatieren in diesem Bereich einen besonders großen Handlungsbedarf auch der Jugendhilfe und haben folgerichtig ihre Maßnahmen und Projekte auch häufig in diesem Schwerpunkt angesiedelt. Außerdem wurden weitere Handlungsfelder bevorzugt gewählt: *Verknüpfung von Jugendhilfe mit Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes und der sozialen Infrastruktur, Förderung der aktiven Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an lokalen Planungs- und Umsetzungsvorhaben* sowie *Unterstützung und Initiierung von Gemeinschaftsprojekten von Jugendhilfeeinrichtungen, Kindertagesstätten und Grund- und Hauptschulen.*

Nachhaltige Verbesserungen im wichtigsten KuQ-Förderschwerpunkt *Sicherung des Übergangs Schule – Beruf* sind allerdings nur in Kooperation mit den Akteuren und Strukturen des ersten Arbeitsmarktes möglich. Diese Einsicht ist auch bei den MitarbeiterInnen der Jugendämter weit verbreitet. Trotzdem wurden solche Kooperationsbeziehungen im Rahmen des Programms KuQ kaum entwickelt, obwohl die Initiierung von Gemeinschaftsprojekten zwischen Jugendhilfe und lokaler Wirtschaft ein zentraler Förderschwerpunkt des Programms KuQ war, der allerdings kaum besetzt wurde. Es mangelt auf Seiten der Akteure der sozialen Arbeit offenbar weniger am Prob-

© Stiftung SPI 2004

lembewusstsein, sondern an geeigneten Strategien, die dazu beitragen können, die gegenseitigen Annäherungsprobleme der sozialen und ökonomischen Systeme zu überwinden.

Das Programm KuQ hat es den Jugendämtern ermöglicht, auf die Probleme von benachteiligten Kindern und Jugendlichen und deren Familien in den Programmgebieten zu reagieren durch eine Verbesserung der materiellen Ressourcen (Anschaffung von Hard- und Software, von Streetwork- und Beratungsmobilen u.ä., Ausstattung und Einrichtung von Jugendzentren, Schülercafes etc.), eine Verbesserung der personellen Ressourcen (Fortbildung der Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit) und durch die Bereitstellung von zielgruppengerechte Angebote in relevanten Handlungsfeldern (Vermittlung von Sozial- und Sprachkompetenz, Gewaltprävention, Berufsorientierung und -vorbereitung, aber auch kreatives Gestalten, Musik und Tanz, Sport und Spiel etc.)

Das Programm KuQ hat es den Jugendämtern außerdem ermöglicht, auf die Probleme von benachteiligten Kindern und Jugendlichen in den Programmgebieten durch die Herstellung von Öffentlichkeit aufmerksam zu machen. Den beteiligten Jugendämtern wurde auch die große Chance eröffnet, sich innerhalb des Programms Soziale Stadt besser zu positionieren und soziale Aspekte und Belange in den Vordergrund zu rücken.

Das Programm KuQ hat die Kooperationsbeziehungen zwischen den Jugend-, Sozial- und Arbeitsämtern deutlich verbessert. Schriftlich fixierte Vereinbarungen sind zwar keine notwendige Voraussetzungen für diesen Prozess, unterstützen ihn aber nachhaltig. Ausbaufähig sind (neben den Kontakten zur lokalen Wirtschaft) vor allem in den neuen Bundesländern die Kooperationsbeziehungen zwischen Jugendhilfe und (Haupt)Schulen, in den alten Bundesländern auch zwischen Jugendhilfe und Institutionen der öffentlichen und privaten Gesundheitspflege. Auch dieses Handlungsfeld wurde kaum besetzt.

Den meisten Jugendämtern ist es vor allem dank der Unterstützung der Kommunen gelungen, rechtzeitig für organisatorische und finanzielle Rahmenbedingungen zu sorgen, die eine Fortsetzung und somit eine Nachhaltigkeit der durch das Programm KuQ initiierten Projekte und Maßnahmen in allen Handlungsfeldern ermöglichen.

6.7 Fallstudien

Die Fallstudien dienten einmal dazu, exemplarisch anhand von acht Beispielen zu beschreiben, wie das Programm KuQ umgesetzt wurde, welche Probleme auftraten, wie die Kooperationsbeziehungen konkret wirksam wurden, welche Ziele mit dem Programm angestrebt wurden und welche Folgewirkungen sich aus dem Programm ergeben. Die Fallstudien sollten außerdem die Ergebnisse der schriftlichen Befragung um qualitatives Datenmaterial ergänzen.

Bei der Auswahl der acht Standorte für die Fallstudien wurden sowohl formale als auch inhaltliche Kriterien zu Grunde gelegt. Vertreten sein sollten

- Jugendämter sowohl in West- als auch in Ostdeutschland sowie die wichtigsten Bundesländer.
- Jugendämter, die für Groß- und Mittelstädte und für Landkreise zuständig sind.
- Jugendämter, die sich auf ein Projekt konzentrieren und solche, die mehrere KuQ-Projekte durchführten.

Auch das inhaltliche Spektrum der eingereichten Projektvorschläge sollte sich in der Auswahl der Jugendämter in etwa widerspiegeln. Das gilt vor allem für die wichtigen Förderschwerpunkte *Unterstützung und Initiierung von Gemeinschaftsprojekten zwischen Jugendhilfeeinrichtungen und Schulen, Sicherung des Übergangs Schule – Beruf* und *Förderung der aktiven Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an Planungs- und Umsetzungsvorhaben* (vgl. Abb. 34).

Für die Fallstudien wurden von September bis Dezember 2002 entlang eines Leitfadens zahlreiche Einzel- und Gruppengespräche geführt mit den Projektverantwortlichen in den Jugendämtern und

© Stiftung SPI 2004

mit ihren wichtigsten Kooperationspartnern. Das Programm umfasste auch die Teilnahme an Sitzungen der Jugendhilfeausschüsse und anderer relevanter Gremien. Mit dem Einverständnis der GesprächsteilnehmerInnen wurden die Gespräche auf Tonband mitgeschnitten. Für die Fallstudien wurden außerdem alle Unterlagen, die im Zusammenhang mit dem Programm KuQ standen, gesichtet und ausgewertet.

Von den acht Jugendämtern, die für die Fallstudien ausgewählt worden waren, konzentrierten sich vier (Nienburg, Trier, Dresden und Köln) mit der gesamten Fördersumme auf ein einziges Projekt, das in diesen Fällen Gegenstand der wissenschaftlichen Begleitung war. Die übrigen vier Jugendämter (Neubrandenburg, Kassel, Fürth und der Kyffhäuserkreis) hatten Anträge für mehrere Projekte in mehreren Förderschwerpunkten gestellt und bewilligt bekommen; Gegenstand der wissenschaftlichen Begleitung war in diesen Fällen nicht das gesamte Programmpaket, sondern - mit Ausnahme des Jugendamts Fürth - nur ein ausgewähltes Projekt aus einem Förderschwerpunkt. Über die übrigen KuQ-Projekte wird jeweils im ersten Abschnitt der Fallstudien („Das Gesamtprogramm KuQ“) kurz berichtet.

Abb. 34
Fallstudien

Jugendamt	Projekt	Förderschwerpunkte
Landkreis Nienburg (Niedersachsen)	Einmischen, Mitentscheiden, Mitgestalten (EMMI)	Förderung der Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an Planungs- und Umsetzungsvorhaben
Kassel (Hessen)	Mobile Kinder- und Jugendarbeit/ Kinder- und Jugendbeteiligung	Förderung der Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an Planungs- und Umsetzungsvorhaben
Köln (NRW)	KidCom – Kompetenzwerkstatt mit Kindern und Jugendlichen im Sozialraum Köln-Kalk	Verknüpfung von Jugendhilfe mit Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes und der sozialen Infrastruktur
Trier (Rheinland-Pfalz)	Verbesserung der Berufsorientierung und des Übergangs Schule – Beruf	Sicherung des Übergangs Schule – Beruf/ Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schulen
Fürth (Bayern)	KIDS/Job-Weg-Plan	Kooperation zwischen Jugend-hilfe und Schulen/Sicherung des Übergangs Schule – Beruf
Neubrandenburg (Mecklenburg-Vorpommern)	Mädchen machen sich fit für Leben und Arbeit	Sicherung des Übergangs Schule – Beruf
Kyffhäuserkreis (Thüringen)	ORINETz Innovative Formen der Berufsorientierung für benachteiligte Jugendliche	Kooperation zwischen Jugend-hilfe und Schulen/Sicherung des Übergangs Schule – Beruf
Dresden (Sachsen)	Vernetzende mobile Jugendarbeit	Kooperation zwischen Kita, Grundschulen, Jugendhilfe-angeboten und Hauptschulen

6.7.1 Jugendamt Landkreis Nienburg: Einmischen – Mitentscheiden – Mitgestalten (EMMI)

Das Gesamtprogramm KuQ

Etwas jedes vierte Jugendamt, das sich am Programm KuQ beteiligte, konzentrierte sich mit der gesamten Fördersumme auf ein einziges Projekt. Dazu zählte auch das Jugendamt des Landkreises Nienburg/Weser, das sich mit dem Beteiligungsprojekt EMMI für die Mittel aus dem Verfügungs-

© Stiftung SPI 2004

fons KuQ bewarb. Das Handlungsfeld „Förderung der aktiven Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an lokalen Planungs- und Umsetzungsvorhaben“ war ein zentraler Förderschwerpunkt des Programms KuQ. EMMI steht für Einmischen – Mitentscheiden – Mitgestalten und soll Vorbildcharakter für den gesamten Landkreis haben. Aufgrund der Förderrichtlinien des Programms KuQ blieb das ehrgeizige Projekt zwar notwendigerweise zunächst auf zwei Gebiete der Sozialen Stadt im Landkreis Nienburg begrenzt, soll aber mittel- und langfristig auf das gesamte Stadtgebiet und den ganzen Landkreis ausgedehnt werden.

Ausgangslage

Programmgebiete

Bei den beiden Gebieten handelt es sich um den Stadtteil *Lehmwandlung* in Nienburg/Weser und um den Ortsteil *Bad Rehburg* der Stadt Rehburg-Loccum im Süden des Landkreises. Beide Sozialräume wurden in das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt aufgenommen. In diesen zwei Gebieten sollten durch entsprechende Maßnahmen im Rahmen des Projekts EMMI die Vorgaben der Niedersächsischen Gemeindeordnung und die Ziele des Programms KuQ – angemessene Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren – umgesetzt werden.

Der Stadtteil Lehmwandlung in Nienburg

Der Stadtteil Lehmwandlung in Nienburg hat etwa 3.600 Einwohner, darunter ca. 800 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Ein Großteil des ca. 40 ha umfassenden Areals wurde bis Mitte der 90-er Jahre von den britischen Streitkräften genutzt. In den typischen kasernenartigen Blocks wohnten die Soldaten mit ihren Familien. Nach dem Abzug der Briten stand plötzlich ein erhebliches, allerdings stark sanierungsbedürftiges Wohnraumkontingent zur Verfügung, in dem vor allem ausländische Familien und AussiedlerInnen untergebracht wurden. Damit waren die sozialen Probleme vorprogrammiert, zumal es in der Lehmwandlung auch größere Gebiete gibt, die mit Eigenheimen bebaut sind und daher eine völlig andere Bevölkerungsstruktur aufweisen. Konflikte verschiedenster Art sind aufgrund der Mischung von Geschosswohnungsbau und Einfamilienhausbebauung fast unausweichlich. Die Anteile von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern liegen deutlich über denen des übrigen Stadtgebiets. In den Kindertagesstätten und Schulen der Lehmwandlung sind Kinder von AusländerInnen und AussiedlerInnen deutlich in der Mehrheit. Vor allem die Eigenheimbesitzer klagen über extrem rüden Umgangston, gewaltorientierte Verhaltensformen und Vandalismus. Der Stadtteil wird folgerichtig von den angrenzenden Stadtbezirken ausgegrenzt und isoliert.

1998 hat die Kommune auf die sich zuspitzenden Probleme reagiert und eine Voruntersuchung sowie ein integrierte Handlungskonzept erstellt. Die Voruntersuchung einer Gesellschaft für Wohnungs- und Städtebau und einer Architektengruppe stellte für die Lehmwandlung folgende Probleme fest: Defizite im baulichen/städtebaulichen Bereich, unterentwickelte Infrastruktur und unzureichende Einrichtungen für Gemeinbedarf und soziale Betreuung, demografische Veränderungen, Konzentration von Aussiedlerfamilien und Ausländern, Leerstände aus Mietwohnungsbeständen der abgezogenen Britischen Streitkräfte, veränderte Wohnungsnachfrage und ein z.T. nicht mehr nachfragegerechtes Wohnungsangebot, Entsolidarisierung der Bevölkerung mit gestörten Nachbarschaften, zunehmende Erscheinungen von Vandalismus, Suchtproblemen, Kriminalität.

Ende 1999 erfolgte die Aufnahme der Lehmwandlung in die Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt, wodurch vor allem bauliche Maßnahmen möglich wurden. Sichtbare Zeichen einer sich andeutenden Verbesserung im Stadtteil sind beispielsweise zwei sanierte und modernisierte Kinderspielplätze. Außerdem hat die Kommune einen Vertrag mit der Arbeiterwohlfahrt (AWO) geschlossen, zunächst über drei Jahre mit jährlicher Fortsetzung. Die AWO ist seither in den Berei-

© Stiftung SPI 2004

chen Gemeinwesenarbeit, Offene Kinder- und Jugendarbeit und Allgemeine soziale Beratung aktiv. Die Kosten übernimmt die Stadt Nienburg; eine Finanzierung dieser Angebote über die Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt war nicht möglich, da dieses Programm in Niedersachsen quasi als Städtebauförderungsprogramm interpretiert, mithin als „zu baulastig" empfunden wird und „weiche" Themen wie Gemeinwesenarbeit oder auch Kinder- und Jugendbeteiligung an Planungsmaßnahmen vernachlässigt. Die Mittel aus dem Programm Soziale Stadt werden in der Lehmwandlung folgerichtig auch künftig fast ausschließlich für bauliche Maßnahmen verwendet wie beispielsweise eine Veränderung der Haupterschließungsstraße und die Modernisierung von 56 Wohnungen.

Die soziale Infrastruktur in der Lehmwandlung konnte trotzdem dank des Engagements von Kommune und Landkreis, aber auch von Vereinen und Kirchengemeinden inzwischen stark ausgebaut werden. Es gibt eine Kindertagesstätte, Eltern-Kind-Gruppen, Schulsozialarbeit, eine Stadtteilzeitung, eine Stadtteilhaus und den Stadtteilpavillon der AWO mit Offener Tür für Jugendliche, Frauenberatung, Selbsthilfe, Hausaufgabenhilfe, Eltern-Lehrer-Gespräche, Bewerbungstraining, Ferienaktionen u.v.m. Im Stadtteilpavillon befindet sich außerdem das Qualifizierungsbüro des Freiwilligen Sozialen Trainingsjahrs (FSTJ). Aktiv in der Jugendarbeit sind außerdem die Evangelische Kreuzkirchengemeinde, der Turnclub Weser e.V. und die Stadt Nienburg (Dezentrale Jugendarbeit). Die Stadt Nienburg und die AWO sind auch in der Fachgruppe „Kinder- und Jugendarbeit in der Nienburger Lehmwandlung" vertreten, die u.a. das Beteiligungs-Pilotprojekt „Was geht ab" entwickelt und betreut hat.

Die zahlreichen baulichen und sozialen Aktivitäten in der Lehmwandlung, die durch das Programm Soziale Stadt angestoßen wurden, werden von der übrigen Nienburger Bevölkerung durchaus mit gemischten Gefühlen betrachtet, weil viele Mittel in einen Stadtteil fließen, in dem nur zehn Prozent der Bevölkerung Nienburgs leben. Andere Stadtteile, die nicht zum Programmgebiet Soziale Stadt gehören, aber ähnliche Probleme haben, fühlen sich vernachlässigt. Das Projekt EMMI soll daher Perspektiven für die gesamte Stadt entwickeln.

Bad Rehburg

Zur Gemeinde Rehburg-Loccum (ca. 11.000 Einwohner) im Süden des Landkreises Nienburg gehören mehrere einstmals selbständige Gemeinden, darunter der ehemalige Kurort Bad Rehburg mit knapp 800 Einwohnern. Innerhalb des Kreisgebietes nimmt Bad Rehburg eine exponierte Stellung ein, wodurch dem Ort die zweifelhafte Ehre zuteil wurde, zu einem Gebiet der Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt ernannt zu werden. Eine Fachabteilung für alkohol- und psychisch kranke Menschen sowie eine ungewöhnliche Dichte von Alten- und Pflegeheimen prägen den kleinen Ort, in dem zudem zahlreiche öffentliche Gebäude dringend sanierungsbedürftig sind. Jeder zweite Einwohner ist in irgend einer Weise pflegebedürftig. Diverse Vorfälle, in die Bewohner verwickelt waren, führten zu wachsendem Misstrauen und großer Distanz zwischen „Kranken" und „Gesunden". Möglichkeiten der Begegnung, die den Abbau von Vorurteilen begünstigen können, gibt es bislang nicht. Das gilt speziell für Jugendliche: Die gemeindliche Jugendarbeit wurde in den letzten Jahren sträflich vernachlässigt. Dies soll sich ändern. Die Fachhochschule Nordostniedersachsen (FH NON) Lüneburg wurde beauftragt, ein Gutachten für die im Ort zu etablierende Jugendarbeit anzufertigen. Eine der Empfehlungen dieses Gutachtens betrifft die Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen in die Planung und Umsetzung der diversen Vorhaben im baulichen und sozialen Bereich. Diese Vorschläge zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf der Basis der Niedersächsischen Gemeindeordnung konnten im Herbst/Winter 2002 dank des Programms KuQ in Angriff genommen werden.

Voraussetzungen

Dass das Beteiligungsprojekt EMMI auch in der nur begrenzt zur Verfügung stehenden Zeit erstaunliche Ergebnisse erzielt hat, liegt vor allem an den guten Voraussetzungen und den umfang-

© Stiftung SPI 2004

reichen Vorarbeiten, die die ProjektplanerInnen in Nienburg geschaffen und geleistet haben. Insbesondere drei Faktoren haben die Realisierung von Beteiligungsprojekten in den beiden Programmgebieten KuQ des Kreises Nienburg begünstigt:

- Die neue Niedersächsische Gemeindeordnung, die die rechtliche Grundlagen für Beteiligungsprojekte bereit stellt.
- Mehrere Beteiligungsprojekte, mit denen bereits in einem Teil des Programmgebiets Erfahrungen mit Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gemacht wurden und an die EMMI anknüpfen konnte. Dazu zählen vor allem das Projekt „Was geht ab“ in der Lehmwandlung und das Projekt FLORA, das u.a. Umfang und Umsetzung von Beteiligungsprojekten im Landkreis eruiert und selbst Beteiligungsmethoden erprobt hat.
- Die Experten von der FH NON Lüneburg, die das Projekt EMMI fachlich begleitet haben.

Rechtliche Grundlagen

Im März 2001 wurde die Niedersächsische Gemeindeordnung (NGO) um eine Vorschrift[106] ergänzt, nach der die Städte und Gemeinden verpflichtet sind, Kinder und Jugendliche an kommunalen Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Seither haben viele Städte und Gemeinden gute Erfahrungen mit der Umsetzung dieses Programms gemacht, was dadurch begünstigt wird, dass das Niedersächsische Landesjugendamt und die FH NON ModeratorInnen ausbilden, die Beteiligungsprojekte vor Ort begleiten. Die Gemeinschaftsaktion „Niedersachsen – Ein Land für Kinder“[107] hat bereits nach relativ kurzer Zeit in zahlreichen Städten, Gemeinden und Landkreisen Beteiligungsprojekte angestoßen und somit Kinder und Jugendliche auf unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Ebenen an Entscheidungsprozessen beteiligt. Konnten sich in Osnabrück im April 2001 auf der Messe der Gemeinschaftsaktion immerhin schon 20 einschlägige Projekte präsentieren, wurden in der Broschüre „Beteiligung von Kindern und Jugendlichen – Eine Arbeitshilfe für die Praxis“, die im August 2002 erschien, bereits fast 70 Praxisbeispiele benannt und beschrieben. Unterschieden werden dabei drei Haupttypen von Beteiligungsverfahren und -formen: Die parlamentarisch orientierte Form, die versammlungsorientierte, offene Form sowie die projektorientierte Form. Nachdem zunächst eher die parlamentarisch-repräsentative Form (Kinder- und Jugendparlamente/-foren etc.) dominierte, ging die Entwicklung später eher in Richtung der projektorientierten Verfahren der Partizipation. Parlamentarisch-repräsentative Beteiligungsformen werden oftmals als starr empfunden, weil sie den Kinder und Jugendlichen eine Anpassung an erwachsenenorientierte, formalisierte politische Arbeit abverlangen. Demgegenüber bieten projektorientierte Verfahren den Vorteil, dass Kinder und Jugendliche sich im Sozialraum für überschaubare Sachverhalte der eigenen Lebenswelt engagieren können. Sie bieten ferner Spielraum für kinder- und jugendgerechte Methoden der Beteiligung, wie sie insbesondere von der FH NON entwickelt wurden. Dieser Ansatz wurde auch beim Projekt EMMI gewählt. Im Rahmen der regelmäßig stattfindenden Arbeitstagungen der JugendpflegerInnen im Regierungsbezirk gibt es einen permanenten Erfahrungsaustausch über Stand und Entwicklung von Beteiligungsprojekten in den Kommunen und Landkreisen.

Vorläuferprojekte und Vorarbeiten in den Programmgebieten

Sowohl im gesamten Landkreis Nienburg als auch speziell im Programmgebiet Lehmwandlung knüpfte EMMI an diverse Beteiligungsprojekte an, wobei „unterschiedliche Formen der projekt-

[106] „Die Gemeinde soll Kindern und Jugendliche bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, in angemessener Weise beteiligen. Hierzu soll die Gemeinde über die in diesem Gesetz vorgesehene Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner hinaus geeignete Verfahren entwickeln und durchführen“ (NGO § 22 e, Beteiligung von Kindern und Jugendlichen).

[107] An der Gemeinschaftsaktion sind beteiligt: Niedersächsisches Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales, Deutscher Kinderschutzbund e.V., Landesjugendring Niedersachsen e.V., LandesSportBund Niedersachsen e.V., Sportjugend Niedersachsen.

© Stiftung SPI 2004

orientierten Beteiligung, bei der Kinder und Jugendliche ihre Ideen, Vorstellungen und Forderungen in lebendiger, kreativer und altersgerechter Form in den Planungs- und Gestaltungsprozess einbringen können“ (Projektleitung der Fachgruppe Kinder- und Jugendarbeit in der Nienburger Lehmwandlung), ausprobiert werden sollten. Zu diesen Pilotprojekten zählen im Gebiet Lehmwandlung:

- Wir und die Expo (Wandmalprojekt für 8- bis 14-jährige);
- LehmWANDlung (Malprojekt für 14- bis 21-jährige);
- Kinderstadtteilplan (Beteiligungsprojekt für 8- bis 14-jährige);
- Was geht ab? In 70 Tagen durch die Lehmwandlung (Beteiligungsprojekt für 12- bis 21-jährige).

Allen Projekten gingen eine datengestützte Analyse der Bevölkerungs- und Sozialstruktur der Lehmwandlung und Experteninterviews im Wohngebiet voraus. Die Projekte wurden von der Stadt Nienburg finanziert und von der „Fachgruppe Kinder- und Jugendarbeit in der Nienburger Lehmwandlung“ geplant, durchgeführt und dokumentiert. In der Fachgruppe sind die Stadt Nienburg (Fachbereich Jugend und Soziales), die AWO, die Leintorschule, der Turnclub Weser e.V. und die evangelische Kreuzkirchengemeinde vertreten.

Das zuletzt genannte Projekt *Was geht ab?* kann als das zeitlich umfangreichste und inhaltlich anspruchsvollste gelten. Von Mitte Juli bis Ende September 2002 wurden im Programmgebiet Lehmwandlung zahlreiche Einzelprojekte durchgeführt. Bei dem überaus dichten Angebot über 70 Tage sollten vor allem Ressourcen vor Ort genutzt werden. Dabei ging es nicht nur darum, Jugendlichen in einem sozialen Brennpunkt ein lehr- und abwechslungsreiches und vor allem überwiegend kostenloses oder kostengünstiges Freizeitangebot zu unterbreiten (z.B. Fahrten zum Universum nach Bremen und an die Nordsee, Radtouren, Breakdance, Graffiti, Livemusik, Kanufahrten, Beach-Volleyball, Kreativ-Workshops u.v.m.), sondern „zu erkunden, was den Jugendlichen gefällt, was nervt, was sie ausprobieren möchten, was ihnen fehlt, was sie sich in ihrem Wohngebiet und überhaupt wünschen und wo sie sich engagieren“ (Flyer „Was geht ab“). Die Kinder und Jugendlichen sollten sich aktiv an der Gestaltung ihres Umfeldes beteiligen. Zu diesem Zweck wurde das Projekt mit einer Fragebogenaktion verbunden. Die gesamte Projektdauer einschließlich Vorlauf, Aktionszeitraum, Auswertung und Dokumentation umfasste zehn Monate. Die Finanzierung des Projekts erfolgte aus Mitteln der Kommune (Allgemeine Jugendförderung), der Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt und des Programms FLORA/entimon).

Mit dem Projekt *Was geht ab* wurden also bereits zentrale Ziele und Bausteine des Projekts EMMI (vgl. Abb. 36) vorweggenommen. Einige Forderungen und Wünsche der TeilnehmerInnen haben auch bereits Eingang gefunden in stadtplanerische Maßnahmen. So wurde beispielsweise beschlossen, in dem Gebiet keine Radwege zu bauen, weil die Kinder und Jugendlichen lieber auf der Straße fahren.

Auch die AWO hat in Zusammenarbeit mit Schulen in der Lehmwandlung bereits Beteiligungsprojekte initiiert. Ergebnisse dieser Pilotprojekte waren u.a. ein Kinderstadtteilplan, die Einrichtung des Stadtteilhauses und Gestaltung des dazugehörigen Gartens sowie die Umgestaltung eines Spielplatzes.

Im gesamten Landkreis – also nicht nur in den beiden Gebieten der Sozialen Stadt – aktiv ist das Projekt FLORA – Fit für ein Leben ohne Rassismus und Ausgrenzung, das aus dem Programm *entimon – gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus*[108] gefördert wird. Schirmherr des Projekts FLORA ist der Oberkreisdirektor des Landkreises Nienburg; zahlreiche Vereine, Schulen und Kirchengemeinden im Kreisgebiet konnten als Partner gewonnen werden. FLORA ist ein Projekt der Jugendpflege im Landkreis Nienburg/Weser, unterhält seit Juli 2002 ein eigenes Pro-

[108] entimon ist ein Programm im Rahmen des Aktionsprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

© Stiftung SPI 2004

jektbüro in der Kreisstadt und hat drei Schwerpunkte: Konfliktbearbeitung und Konfliktbewältigung, antirassistische Arbeit/interkulturelles Lernen sowie Beteiligungs- und Mitbestimmungsprojekte für Kinder und Jugendliche. In diesem Zusammenhang wurden von FLORA beispielsweise die Kommunen des Landkreises zum Thema Beteiligungsangebote für Kinder und Jugendliche befragt; Ende Oktober 2002 veranstaltete FLORA eine Fachtagung zum gleichen Thema, die vom Team der FH NON Lüneburg moderiert wurde, das auch für die Durchführung des Projekts EMMI verantwortlich war. Das KuQ-Projekt EMMI wurde so über das gemeinsame Standbein Partizipation mit dem Projekt FLORA/entimon verknüpft.

Fachliche Begleitung

Durch die Verpflichtung der „Beteiligungsexperten" der FH NON zur fachliche Begleitung und Umsetzung von EMMI schufen die Projektplaner eine weitere Voraussetzung zur gelungenen Umsetzung der Projektkonzeption. Das Team um Waldemar Stange betreut im Auftrag der Gemeinschaftsaktion „Niedersachsen – Ein Land für Kinder" Beteiligungsprojekte im ganzen Land und bildet ModeratorInnen aus. Stange, der Leiter des Expertenteams, hat das Methodenrepertoire der Kinder- und Jugendbeteiligung u.a. um die sogenannte „Beteiligungsspirale" ergänzt. Diese Beteiligungsspirale nach dem Verfahren „Planen mit Fantasie" ist im Rahmen des projektorientierten Ansatzes der Partizipation entwickelt und ausgebaut worden und hat vier Entwicklungsstufen (Stange 2002):

Stufe 1: Sensibilisierung (Initiative, Vorlauf, Vorbereitung und Einstieg).
Stufe 2: Ideenentwicklung und Mobilisierung.
Stufe 3: Planung (Auswahl/Entscheidung, Leitbild und Konzeptentwicklung)
Stufe 4: Realisierung.

Diese Vorgehensweise wurde im Prinzip auch beim Projekt EMMI angewandt.

Programmziele

Das Projekt EMMI sollte und soll zu einer Verbesserung des Wohnumfeldes und der sozialen Infrastruktur in zwei Gebieten der Sozialen Stadt im Landkreis Nienburg/Weser (im Stadtteil Lehmwandlung in Nienburg und in Bad Rehburg) führen. Es sollten Wege gefunden werden, wie sich die Anwohner – in diesem Falle Kinder und Jugendliche – auf Dauer konkret z.B. in die Bauplanung einbringen können. Für den Prozess von der Interessenartikulation der Betroffenen bis zur Entscheidungsfindung in politischen Gremien gab es bereits ein Vorbild, denn als Bestandteil des integrierten Handlungskonzepts wurde ein Stadtteilforum eingerichtet, das mit Bürgern und Vertretern lokaler Träger (AWO, Vereine, Kirchengemeinden etc) besetzt ist. Die Empfehlungen, Forderungen und Wünsche des Stadtteilforums werden an eine Lenkungsgruppe und von dieser an die Ratsgremien weitergeleitet. Im Stadtteilforum sind allerdings nur Erwachsene vertreten. Durch EMMI sollten nun auch Kinder und Jugendliche ihre Interessen artikulieren können, wobei ein projektorientierter Ansatzes der Partizipation gewählt wurde und an den Vorläuferprojekten in der Lehmwandlung angeknüpfte werden konnte. EMMI sollte letztendlich aber Auswirkungen auf das ganze Stadtgebiet haben, und auch die übrige Gemeinden im Kreisgebiet sollten sich daran ein Beispiel nehmen können. Partizipatorische Planungsarbeit unter Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen sollte so auf Dauer im gesamten Landkreis etabliert werden. Für eine situative Vor-Ort-Beteiligung im ländlichen Raum fehlte der Kreisjugendpflege bisher jedoch das notwendigem Equipment. Ein entsprechend bestückter Kleinbus („EMMI-Mobil") sollte daher angeschafft werden und als Grundausstattung und sichtbares Signal der Jugend-Partizipation für eine Vielzahl von Beteiligungsprojekte im Kreisgebiet dienen.

© Stiftung SPI 2004

Darüber hinaus hat der Jugendhilfeausschuss folgende Zielbeschreibungen beschlossen, die hier auszugsweise zitiert werden:[109]

„Eine vom Reißbrett aus gestaltete administrative Planung ist nicht mehr zeitgemäß und aus fachlicher Jugendhilfesicht nicht mehr zu unterstützen. Zu den gegenwärtigen Planungsstrategien gehört zunehmend mehr die tatsächliche aktive Einbeziehung der Zielgruppe Kinder und Jugendliche sowie der für sie Beauftragten. Im Landkreis Nienburg/Weser soll hierfür nun eine tragfähige Plattform geschaffen werden, die sich zunächst an verschiedenen Beteiligungsmodellen orientiert. (...) Die Angebote gebundener und offener Jugendarbeit sowie gemeinwesenorientierter Projekte im Landkreis Nienburg/Weser sind in der Jugendhilfeplanung unter dem Grundsatz zu untersuchen, dass junge Menschen zum selbständigen kritischen Denken, Urteilen und Handeln befähigt werden (...) Im Planungsverlauf ist darauf hinzuwirken, dass zu einer individuellen und sozialen Emanzipation von Kindern und Jugendlichen beigetragen wird. (...) Im Bedarfsfall sind für zugewanderte, ausländische und behinderte Kinder bzw. Jugendliche geeignete integrative Angebote zu entwickeln und einzurichten. (...) Bedürfnisse, Wünsche und Interessen der jungen Menschen werden mit unterschiedlichen geeigneten Planungsinstrumenten (z.B. in Form einer Fragebogenaktion für Schülerinnen und Schüler, Ortsteilkonferenzen usw.) ermittelt und fließen in die Maßnahmeplanung für Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit ein. (...) Sämtliche Ziele der Planung, auch in den einzelnen Teilbereichen der Jugendhilfe, sind neuen Erkenntnissen, Gegebenheiten und objektiven Notwendigkeiten gegenüber anzupassen und fortlaufend ergänzungsfähig. Das EMMI-Projekt soll sich prinzipiell dafür einsetzen, Praxis und fachliche Ziele bzw. Standards erfolgreich zu verknüpfen und für eine zeitnahe Umsetzung zu sorgen“.

Die Ziele des Projekts EMMI im Gebiet Lehmwandlung wurden auf dem ersten Sozialraumgespräch Mitte September 2002 konkretisiert:

- Beteiligung der Kinder und Jugendlichen an der Gestaltung eines Stadtteil-/ Begegnungszentrums.
- Einrichtung weiterer Treffpunkte für verschiedene Nutzergruppen (Unterstände etc).
- Intergenerative Beteiligung an allen Planungsprozessen.
- Transfer der erarbeiteten Vorschläge in die politische Entscheidungsebene über die Lenkungsgruppe.

Ähnliche Ziele wurden für das Gebiet Rehburg-Loccum mit dem Schwerpunkt im Ortsteil Bad Rehburg formuliert. Dabei stellte sich relativ schnell heraus, dass die Kinder und Jugendlichen im Hinblick auf relevante Jugendhilfe- und Schulstruktur wegen der geringen Ortgröße der Teilgemeinde Bad Rehburg zwangsläufig stark auf dass ganze Stadtgebiet Rehburg-Loccum orientiert waren, so dass der Sozialraumbezug entsprechend erweitert werden musste. Das war auch deshalb sinnvoll, weil die politischen Entscheidungsprozesse auf der Ebene der Stadt Rehburg-Loccum laufen.

Projektkonzeption

Durch das Projekt EMMI sollte in einem Nienburger Stadtteil und einer Gemeinde des Landkreises exemplarisch gezeigt werden, wie Kinder- und Jugendbeteiligung realisiert werden kann. Mittel- und langfristig erhoffen sich die Projektplaner Auswirkungen auf die ganze Stadt und den ganzen Landkreis. Insofern sollte durch das Projekt durchaus auch Druck auf die lokale und regionale Politik ausgeübt werden, die die Ergebnisse umsetzen sollten. Denn die Transferphase, also die Phase der Umsetzung und Verstetigung, ist zweifellos die kritischste und schwierigste Projektphase.

[109] Quelle: Landkreis Nienburg/Weser, Jugendamt: Wettbewerbsantrag für das Förderprogramm KuQ vom 24.05.2002

© Stiftung SPI 2004

Im Zentrum der aktivierenden Jugendhilfeplanung als Strategie der *partizipativen Sozialraumentwicklung* steht das Modell der *Sozialraumwerkstatt*. Die von der FH NON entwickelten Methoden ermöglichen eine qualitative Datenerhebung mit Kindern, Jugendlichen und (erwachsenen) Sozialexperten in Verwaltung und Politik zur Implementierung von Benachteiligtenmodellen für Kinder und Jugendliche nach folgendem Muster:

Abb. 35
Schematische Darstellung des Modells „Partizipative Sozialraum- und Gemeinwesenentwicklung“ *

1. Einstiegsphase Sensibilisierung – Initiative – Vorlaufaktivitäten

Antragstellung, Kontaktaufnahme, Vorgespräche, Grobkonzept, Finanzplan, Zeitplan, Vertragsabschluss

Exploration Hypothesenbildung, Fokussierung der Soziaraumanalyse

Entscheidungsworkshop, Begehung der Programmgebiete mit Offiziellen, Sozialraumgespräche, Experteninterviews, Einrichtung eines Projektbegleitenden Arbeitskreises (PAK)

Anschub Nucleus-Strategie

Öffentlichkeitsarbeit, Gründung einer kleinen Kerngruppe von Kindern (Nucleus 1) und einer Erwachsenengruppe (Nucleus 2)

2. Untersuchungsphase Sozialraum- und Lebensweltanalyse

Quantitative und qualitative Gebietstypisierung: Aufbereitung und Auswertung sozialstatistischer Daten, Begehungen mit Kindern und Jugendlichen, Befragungsaktionen, Sozialraumwerkstätten mit Kindern, Jugendlichen und Experten,

3. Ideen- und Lösungsphase (Kreative Phase)

Vorschläge für Einzelmaßnahmen und Leitprojekte, Auswertung und Dokumentation, Bewertung und Zielpräzisierung, öffentliche Präsentation der Ergebnisse, Empfehlungen zur Implementierung von Beteiligungsmodellen, Projektbericht (vorläufige Version)

4. Planungs- und Konzeptionsphase

Einspeisung in die Jugendhilfeplanung und Implementierung von Beteiligungsmodellen

5. Realisierungsphase

Beratung bei der Umsetzung und Realisierung (Arbeitskreise und Projektgruppen)

6. Phase der strukturellen Verankerung und Nachhaltigkeit

Z.B. Kinderbeauftragte, Kinderbüros, Beiräte, Parlamente, Kinderversammlungen, Bürgermeistersprechstunden, Kreisschülervertretung

*Quelle: Konzeptpapier von Waldemar Stange (FH NON Lüneburg) vom 30.08.02

© Stiftung SPI 2004

Im Zentrum des Forschungs- und Entwicklungsprojekts EMMI standen einmal Untersuchungsaktivitäten in den Programmgebieten mit Kindern und Jugendlichen („Nucleus-Strategie“). Ein Nucleus ist eine kleine Kerngruppe von Kindern, die beispielsweise ein maßstabsgerechtes Stadtteil-/Dorfmodell erstellt, Fotos im Stadtteil in Kooperation mit Schulen macht und Begehungen („Streifzüge“) durchführt. Die konkreten Vorschläge sollten im Rahmen von mehreren Sozialraumwerkstätten mit Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen aus den Programmgebieten Lehmwandlung und Bad Rehburg erarbeitet werden. Die Sozialraumwerkstatt ermöglicht die systematische Eruierung der Probleme im Stadtteil und die Erarbeitung von Lösungsvorschlägen mit Kindern, Jugendlichen und Experten (Stadtverwaltung). Im Fall von EMMI sollten fünf bis sechs konkrete Projektvorschläge erarbeitet, entwickelt und umgesetzt werden.

Während der Laufzeit des Programms KuQ – also von August bis Ende Dezember 2002 – konnten allerdings lediglich die Phase 1 (Einstiegsphase), die zeitaufwendige Phase 2 (Untersuchungsphase) und die Phase 3 (Ideen- und Lösungsphase) realisiert werden. Der wohl schwierigste Teil dieses Beteiligungsmodells – der Transfer der von den Kindern und Jugendlichen erarbeiteten Vorschläge in die politische Entscheidungsebene und schließlich die Realisierung und Verstetigung von Maßnahmen und Beteiligungsformen (Phasen 4 bis 6) – konnte also erst nach Ablauf des KuQ-Programms in Angriff genommen werden.

An der Projektentwicklung und -koordination waren neben den MitarbeiterInnen der FH NON alle maßgeblichen Institutionen beteiligt: Der Landkreis Nienburg/Weser (Jugendamt), die Stadt Nienburg (Fachbereiche Stadtentwicklung und Jugend und Soziales), die Stadt Rehburg-Loccum (Ordnungsamt, Jugendamt) sowie Maßnahmeträger (AWO), Schulen, Vereine und Kirchengemeinden vor Ort.

Projektumsetzung

Aufgrund der im Sozialraum Lehmwandlung Nienburg bereits geleisteten Vorarbeiten und Voraussetzungen und wegen des Zeitdrucks wurde hier das ursprüngliche und übliche Konzept der FH NON (vgl. Abb. 35) abgeändert und gestrafft. Folgende erste Schritte wurden festgelegt:

- Entscheidungsworkshop: Die Fachgruppe „Kinder- und Jugendarbeit in der Nienburger Lehmwandlung“ und weitere Akteure (z.B. Schulen) übernahmen die Aufgabe der Bestandsaufnahme („wo stehen wir?“) und die Planung der nächsten Schritte.
- Durchführung mehrerer Sozialraumwerkstätten.

Dazu sollen Kinder und Jugendliche in verschiedenen Einrichtungen angesprochen werden: Kitas, Schulen, Qualifizierungsbüro FSTJ. Durch eine zielgruppengerechte Ansprache, eine phantasievolle Planung und bewährte Methoden sollten aber auch Kinder und Jugendliche „auf der Straße“, d.h. an bekannten Treffpunkten der Kinder und Jugendlichen oder z.B. auch vor Supermärkten erreicht werden. Das für das Gebiet Lehmwandlung im Vorfeld bereits detaillierte Daten erhoben worden waren, konzentrierten sich die Aktivitäten (Sozialraumwerkstätten, Bewegungsinterviews) in Phase 2 (Untersuchungsphase, quantitative und qualitative Gebietstypisierung, Ideenfindung etc.) auf das Gebiet Bad Rehburg.

Im Rahmen des Projektes EMMI wurden schließlich von Mitte September bis Ende Dezember 2002 in den beiden Sozialräumen Nienburg (Lehmwandlung) und Bad Rehburg insgesamt 21 Projektmaßnahmen, Veranstaltungen und Aktionen entwickelt und durchgeführt, und zwar entsprechend der für dieses Projekt modifizierten Strategie der partizipativen Sozialraum- und Gemeinwesenentwicklung. Die wichtigsten Arbeitsschritte in diesem Zeitraum entsprachen den

© Stiftung SPI 2004

Hauptelementen dieser Methode (vgl. Abb. 35), wobei aus den genannten Gründen der Schwerpunkt der Aktivitäten in Bad Rehburg lag:[110]

Abb. 36
Schematische Darstellung des Projektablaufs EMMI*

Phasen	**Ziele/Inhalte**	**Maßnahmen/ Veranstaltungen**	**Zeitpunkt/ Zeitraum**
1. Einstiegsphase Vorbereitung	Anträge, Einstieg in das KuQ-Programm, Kontaktaufnahme mit der FH Lüneburg, Vorgespräche, Grobkonzept, Finanzplan, Förderantrage für 2003	Verschiedene Vorgespräche zwischen Auftraggeber (Jugendamt Nienburg) und Auftragnehmer (FH NON)	Anfang bis Mitte 2002
Anschub	Öffentlichkeitsarbeit, Bekanntmachung	Pressegespräch	Mitte Sept.
Exploration	Orientierung, Hypothesenbildung	Sozialraumgespräch Nienburg	Mitte Sept.
2. Untersuchungsphase	Bestandsaufnahme/Ist-Analyse, Quantitative und qualitative Gebietstypisierung, Ideenfindung, Forderungskatalog, Lösungsansätze, Konzeptionsentwicklung für die Kinder- und Jugendarbeit	Sozialstrukturanalyse; Begehungen mit Kindern und Erwachsenen in Nienburg und Rehburg; Qualitative Interviews mit Kindern und Erwachsenen; Sozialraumwerkstätten in Nienburg und Rehburg; Bewegungsinterviews mit GrundschülerInnen; Transferworkshop mit Experten; Auswertung, Dokumentation	Ende Sept. Mitte Sept. bis Ende Oktober Anfang bis Ende Nov. Anfang und Ende Nov. Mitte Okt. bis Ende Dez.
3. Ideen- und Lösungsphase	Ideen für Einzelmaßnahmen und Leitprojekte, Prioritätenbildung, Öffentlichkeitsarbeit, Fachberatung, Fortbildung	Integriert in Sozialraumwerkstätten und Bewegungsinterviews; Partizipationstagung; Ausstellung Mitreden-Mitplanen-Mitmachen	September bis Dezember

*Bis zum Ablauf des Programms KuQ Ende Dezember 2002

Die Phasen 4 bis 6 (Planungs- und Konzeptionsphase, Realisierungsphase, Phase der strukturellen Verankerung und Nachhaltigkeit) werden erst im Jahr 2003 umgesetzt. Daher kann das Projekt auch nicht abschließend beurteilt werden.

Zentrale Elemente des Projekts in der wichtigen Untersuchungsphase waren Sozialraumgespräche (Stadtteilgespräche), Begehungen, Sozialraumwerkstätten und Bewegungsinterviews.

Bei den *Sozialraumgesprächen* mit Experten und Akteuren ging es um folgende Zielsetzungen: Erste Orientierung (Situation in der Gemeinde/in diesem Stadtteil/in diesem Dorf); was ist das Besondere an dieser Gemeinde (diesem Stadtteil, diesem Dorf); welche strategischen Ansatzpunkte gibt es für das Projekt; vorläufige, grobe Zielbestimmung, erste vorläufige und grobe Themen- und Problemsammlung; Vernetzung der beteiligten Akteure, Erstellung einer vorläufigen Liste potentieller Schlüsselpersonen, Planung der ersten Arbeitsschritte.

Die *Sozialraum-Begehungen* wurden entweder mit Offiziellen/Experten (z.B. Ortsbürgermeister) oder kundigen Sozialraum-Schlüsselpersonen (z.B. Polizist, Sportvereinsvorstand), die sich mit der Situation von Kindern und Jugendlichen gut auskennen, durchgeführt. Dabei ging es neben

[110] Die folgende verkürzte Darstellung basiert auf dem vom Jugendamt des Landkreises Nienburg und von der FH Lüneburg gemeinsam erarbeiteten Sachbericht vom 20.12.2002.

© Stiftung SPI 2004

der Schaffung eines sinnlichen Gesamteindruckes (durch teilnehmende Beobachtung) der sozialräumlichen Struktur und der Lebenswelt der noch zu befragenden Kinder und Jugendlichen, ihre Treffpunkte und Freizeitmöglichkeiten usw. auch um die Sammlung von Quasi-Interview-Informationen. Denn die Schlüsselpersonen und Experten haben beim Herumgehen besonders viele Erzählimpulse verspürt. Die Begehung mit Kindern und jugendlichen hatte den Charakter eines Streifzugs. Die drei Begehungen mit Offiziellen, Kindern und Jugendlichen waren eine ausgezeichnete Informationsquelle auch zur Jugendsituation.

In der *Sozialraumwerkstätten* wurde mit einem spielerischen methodischen Gerüst, bei dem die Jugendlichen quasi die Rolle von Forschern, Testern oder recherchierenden Journalisten übernahmen, z.B. anhand der Bepunktung von Stadteilkarten, riesigen „Posterfragebögen“ oder Erarbeitung von Stellungnahmen in Kleingruppen mit sog. „Visualisierungsverfahren“ (auf farbigen Kärtchen) das Wissen der Kinder und Jugendlichen über den Sozialraum nutzbar gemacht. In einem weiteren Arbeitschritt innerhalb der Sozialraumwerkstatt sammelten die Jugendlichen Wünsche und Ideen für den Sozialraum und entwickelten erste Lösungsansätze zu den benannten Problembereichen. Gefördert durch spannende methodischen Angebote (einschließlich „Phantasielockerungsspielen“) gelang es, das manchmal anfangs noch vorhandene „Phantasiegefängnis“ (R. Jungk) zu sprengen. Insgesamt wurden von Anfang bis Ende November 2002 vier Sozialraumwerkstätten mit Kindern und Jugendlichen und eine Sozialraumwerkstatt mit erwachsenen Schlüsselpersonen und Experten durchgeführt.

Bewegungsinterviews sind besonders für Kinder geeignet. Sie versuchen, in spielerischer aktivierender Form Aussagen von Kindern zu bestimmten Fragestellungen aus ihrer Lebenswelt zu erhalten (Interviewimpulse). Der Vorteil dieser Methode besteht neben dem hohen Aktivierungs- und Spaßcharakter darin, dass viele Kinder gleichzeitig schnell und simultan zu befragen sind. Das Verfahren kam in zwei Grundschulen zur Anwendung.

Für jede der 21 Projektmaßnahmen/Veranstaltungen/Aktionen wurde jeweils eine schriftliche Dokumentation hergestellt. Darüber hinaus wurde eine zusammenfassende Gesamt-Auswertung der Ergebnisse sämtlicher Aktionen mit einem neuen visuell und EDV- gestützten Auswertungsverfahren vorgenommen. Die daraus gezogenen Schlussfolgerung und Empfehlungen sind aber (mit Ausnahme der Ergebnisse des Transferworkshops) Gegenstand der nächsten Phase nach Ablauf des Programms KuQ.

Ergebnisse und Perspektiven

In den wenigen Wochen von Mitte September bis Mitte Dezember 2002 haben die Projektverantwortlichen ein ungewöhnlich umfangreiches Programm geplant und umgesetzt. Das gilt vor allem für die zeitaufwendige Untersuchungsphase mit ihren zahlreichen Begehungen, Sozialraumwerkstätten, Bewegungsinterviews etc. Die Realisierung und Finanzierung dieses Mammutprogramms war wohl nur möglich dank der umfangreichen Vorarbeiten und der niedrigen Personalkosten aufgrund des Einsatzes der studentischen MitarbeiterInnen der FH NON. Solch günstige Voraussetzungen dürften jedoch in der Regel bei der Planung und Umsetzung von Beteiligungsprojekten nicht gegeben sein; es müssen daher – wie die Projektverantwortlichen selbst anregen – Vereinfachungsvorschläge erarbeitet werden, wenn die breitere Übertragbarkeit auf andere Sozialräume, die auf so kostengünstige Ressourcen nicht zurück greifen können, auf ähnlich hohem fachlichem Niveau gewährleistet werden soll.

Das Projekt EMMI sprengte den engen Zeitrahmen des Programms KuQ deutlich, denn die wichtigen Phasen 4 bis 6 können erst im Jahr 2003 realisiert werden. Das gilt vor allem für die Einspeisung der Ergebnisse in die Jugendhilfeplanung, die Konzeptionsentwicklung, den Beginn der Implementation von Beteiligungsmodellen, die Gründung von Arbeitskreisen und Projektgruppen, die Beratung der politischen Gremien bei der Umsetzung und Realisierung, die Phase der strukturellen Verankerung und Nachhaltigkeit (z.B. in Form von Kinderbeauftragten, Kinderbüros, Beiräten, Parlamenten, Kinderversammlungen, Bürgermeistersprechstunden, Kreisschülervertretung,

© Stiftung SPI 2004

Fortbildung und Schulung z.B. von engagierten Jugendlichen und Schülervertretern, Jugendgruppenleitern und Jugendpflegern usw.).

Auf der Basis der im Programmgebiet Nienburg-Lehmwandlung geleisteten Vorarbeiten und als Ergebnis des Transferworkshops vom 17. Oktober 2002 konnten für dieses Gebiet bereits drei Schwerpunkte für die weitere Entwicklung festgehalten werden:

- Beratung der Akteure in der Lehmwandlung im Hinblick auf die bessere Vernetzung und Optimierung der vorhandenen sozialarbeiterischen Maßnahmen und vor allen bei der Veränderung und Neuentwicklung von Partizipationsmodellen gerade auch unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit und strukturellen Verankerung.
- Entwicklung der konzeptionellen Neuausrichtung der Kindertagesstätte im Sozialraum u.a. in Richtung auf interkulturelle Arbeit, Sprachförderung u.ä. Dafür wurde das Konzept für einen Workshop (Klausur mit dem hauptamtlichen Personal) entwickelt.
- Förderung innovativer Schulkonzepte: Kooperation mit der für die Lehmwandlung zuständigen Leintor-Schule (Grund- und Hauptschule) und dem dort angesiedelten PRINT-Projekt (Präventions- und Integrationsprogramm des Landes Niedersachsen) und der Schulsozialarbeit. Hier wurde ein Konzept für eine partizipative Schulhofumgestaltung entwickelt (zwei Zukunftswerkstätten mit Grundschülern und eine Zukunftswerkstatt mit Hauptschülern). Das klassische Konzept der Zukunftswerkstatt wurde hierfür speziell variiert und angepasst:

Ansonsten werden alle kostenneutralen oder finanziell bereits gesicherten Projekte ausdrücklich mit der Querschnittsintention der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ausgestattet. Das bedeutet konkret:

- Jugendliche sollen künftig regelmäßig im Jugendhilfeausschuss vertreten sein;
- Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem Kreisschülerrat;
- Schulung in der Beteiligungsarbeit für JugendgruppenleiterInnen;
- Verkehrsplanung und Schulwegsicherung in Kooperation mit dem Straßenverkehrsamt;
- Kinderfreizeiten mit Beteiligungsintention.

Eine öffentliche Präsentation der Ergebnisse des Projektes ist für das Frühjahr 2003 geplant. Der Sozialausschuss und der Bürgermeister der Stadt Rehburg-Loccum haben bereits nachhaltiges Interesse bekundet und wollen die Ergebnis für die ein Gesamtkonzeptionsentwicklung für Kinder- und Jugendarbeit der Stadt Rehburg-Loccum nutzen.

Mit der Praxisberatung und Fachberatung wurde bereits begonnen. Diese bezog sich insbesondere auf die strategische und operative (methodische) Ebene der Sozialraum- und Lebensweltanalyse in den beiden exemplarischen Sozialräumen und die Implementierung von Partizipationsmodellen für Kinder und Jugendliche. Auch im Bereich Fortbildung gab es bereits Aktivitäten. So wurde am 28.Oktober eine große Partizipationstagung mit Lerninseln, Praxisportraits und Methodeninputs durchgeführt.

Alle angewandten Methoden haben sich hervorragend bewährt und erbrachten eine Flut an Informationen, die alle dokumentiert wurden und für die weitere Planung von großem Nutzen sein können. Schwer einzuschätzen ist zur Zeit noch, welche der Methoden den größten Ertrag erbracht hat. Der momentane Eindruck der Projektverantwortlichen ist der, dass sich die neuen Methoden recht gut ergänzen. Auf dem Hintergrund der Diskussion um die Triangulation von qualitativen, insbesondere ethnographischen Methoden in der Sozialraum- und Lebensweltanalyse scheint dieser Eindruck auch plausibel zu sein. Dennoch wird kritisch zu klären sein, welche Grenzen der Übertragbarkeit der Gesamtstrategie und ihres Methodensettings hat unter dem Gesichtspunkt, dass es sich hier um ein öffentlich gefördertes Modellprojekt mit den damit verbundenen Vorteilen handelt (z.B. den Vorteil, dass mit relativ viel Personal – z.B. Studenten – gearbeitet werden konnte). Es werden bei der Fortsetzung des Projekts also weitere Überlegungen anzustellen sein, wie Vereinfachungsvorschläge aussehen könnten, die die breitere Übertragbar-

© Stiftung SPI 2004

keit sicher stellen. Im Projektteam sind derartige Überlegungen bereits intensiv diskutiert worden. Es zeichnen sich durchaus sehr praktikable Vorschläge und Lösungen ab.

Die inhaltliche Arbeit und Prozessgestaltung soll damit aber nicht enden. Die Fortsetzung der partizipatorischen Planungsarbeit soll für das Jugendamt des Landkreises Nienburg nach dem bisherigen erfolgreichen Prozessverlauf in den nächsten Jahren eine unabdingbare Verpflichtung werden.

Die Weiterfinanzierung ist bislang allerdings ausschließlich aus Eigenmitteln gesichert; für das Jahr wurden dafür 2003 zusätzliche Mittel in den Haushalt des Landkreises Nienburg/Weser im Bereich Jugendhilfeplanung eingestellt. Mögliche alternative Finanzierungsmöglichkeiten bieten eventuell das Impulsprogramm des Landes Niedersachsen und das Bundesprogramm Lokales Kapital für soziale Zwecke (LOS).

Zentraler Bestandteil der Projektkonzeption zur Sicherung der Nachhaltigkeit und zur Verbreitung des Beteiligungsmodells war die Anschaffung und Ausstattung eines „EMMI-Mobils“. Inzwischen konnte ein kleiner Beteiligungsbus mit Moderations-Ausstattung angeschafft werden, der in den kommenden Jahren für Partizipationsprojekte in den Gebieten der Sozialen Stadt und im übrigen Kreisgebiet eingesetzt werden soll. Denn der Erfolg des Projekts EMMI hat sich inzwischen im Landkreis herum gesprochen; aus zwei Verwaltungseinheiten des Landkreises Nienburg gibt es bereits Voranfragen für Beteiligungsprojekte. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene als vorrangige Zielgruppe der Jugendpflege sind vor allem mit mobilen Arbeitsmitteln gut zu erreichen und zu begeistern. Die Zielgruppen werden punktgenau dort aufgesucht, wo sie sich in Gruppen überwiegend aufhalten. Die Kontaktaufnahme ist durch den in der Regel stark auffordernden Charakter des „EMMI-Mobils“ leicht zu gestalten und nach informellen Besuchen auch in kontinuierliche, fest zu vereinbarende Arbeitsprozesse umwandelbar.

In der ersten Phase des EMMI-Projektes bis Ende 2002 leistete die FH NON an den Standorten Nienburg und Bad Rehburg eine wichtige jugendhilfeplanerische Vorarbeit. Zum Beginn des Jahres 2003 wird diese wichtige fachliche Unterstützung wegfallen. Im Kreisjugendamt Nienburg haben inzwischen allerdings vier MitarbeiterInnen an der Moderatorenausbildung des Landes Niedersachsen oder an einer vergleichbaren Zusatzqualifizierung teilgenommen, so dass eine fachliche Unterstützung bei der Fortführung der Projektidee EMMI gewährleistet ist.

6.7.2 Jugendamt Kassel: Mobile Kinder- und Jugendarbeit/Kinder- und Jugendbeteiligung

Gesamtprogramm KuQ

Das Jugendamt Kassel hat für zwei Gebiete der Sozialen Stadt einen Antrag auf Aufnahme in das Teilprogramm KuQ gestellt, und zwar für die Nordstadt und für den Stadtteil Oberzwehren. In beiden Gebieten wurden zahlreiche Einzelmaßnahmen vorgeschlagen und realisiert, die verschiedenen Bereichen (im Folgenden auch Projekte genannt) zugeordnet wurden. Wir beschränken uns auf die Projekte im Gebiet Nordstadt und hier vor allem auf das größte Einzelprojekt *Mobile Kinder- und Jugendarbeit/Kinder- und Jugendbeteiligung,* auf das laut Kostenplan etwa 45 Prozent der Kosten für Projektmaßnahmen im Gebiet Nordstadt entfallen. Daneben wurden in der Nordstadt vier weitere kleinere Projekte durchgeführt:

Beschäftigungsförderung

In diesem Handlungsfeld wurde ein Informationsflyer erstellt, der die Jugendlichen in der Nordstadt auf das Angebot des bereits bestehenden Informationsbüros für junge Arbeitslose in der Kasseler Innenstadt hinweist. Wichtigster Kooperationspartner bei diesem Projekt ist das Arbeitsamt

© Stiftung SPI 2004

Kassel. Außerdem wurden für MitarbeiterInnen verschiedener Einrichtungen, die in der Nordstadt im Bereich berufliche Integration von Jugendlichen und jungen Erwachsenen tätig sind, Fortbildungen zum Assessment-Verfahren durchgeführt.

Bildung und Sprache/Interkulturelles Lernen

In diesem Förderschwerpunkt erhielten ausländische Frauen die Gelegenheit, einen Sprachkurs parallel zum Kindergartenbesuch ihrer Kinder zu besuchen. Zusätzlich wurde eine Betreuung von Kleinkindern angeboten, damit sie erste Sprach- und Kulturerfahrungen sammeln konnten. Zum Teilprojekt Bildung und Sprache/Interkulturelles Lernen, das in Kooperation mit einer Kita und dem Kulturzentrum Schlachthof konzipiert und durchgeführt wurde, gehörte auch die Ausstattung einer Broschüre über Kindertagesstätten mit Einlegeblättern für AusländerInnen in deren Muttersprache.

Gewaltprävention

Das unter der Regie des Internationalen Bundes bereits seit 2000 erfolgreich im Bereich Gewaltprävention arbeitende BoxCamp wurde im Rahmen des Programms KuQ mit einer Honorarkraft unterstützt. Außerdem wurde in einer Kita modellhaft das Projekt *Faustlos* des Heidelberger Präventionszentrums zur Gewaltprävention im Kindergartenbereich erprobt. Und schließlich wurden in diesem Bereich in Zusammenarbeit mit freien Trägern (Kulturzentrum Schlachthof, Arbeitskreis politische Bildung des Stanislaw-Hantz-Bildungswerks) zwei Anti-Gewalt-Trainings für Jugendliche mit multinationalem Hintergrund und aus sozial benachteiligten Verhältnissen (Jugendliche und mit niedrigem Bildungsniveau) angeboten.

Regionalisierung/Sozialraumorientierung/Kooperation/Vernetzung

Dieser Bereich umfasste die Verlegung und Ausstattung des Büros für die Koordination der kommunalen Kinder- und Jugendförderung in der Nordstadt („Nordverbund“) und der Anlaufstelle der Fachkraft für mobile Jugendarbeit/Cliquenbetreuung vom zentralen Standort (Haus der Jugend) in das neu eröffnete Gemeinschaftsprojekt Stadtteiletage Nordstadt. Ferner fallen unter diesen Titel diverse Veranstaltungen, die Leitbildentwicklung für die Zusammenarbeit der freien und öffentlichen Träger sowie gemeinsame Angebote verschiedener Träger im Rahmen der Ferienspiele wie beispielsweise die Erweiterung der Bootsausstattung (Kanus und Zubehör), die von verschiedenen Träger der Trägergemeinschaft Nordverbund gemeinsam genutzt wird.

Ausgangslage

Programmgebiet

Die Kasseler Nordstadt ist ein ehemaliges Arbeiterviertel, das früher die hauptsächlich im Norden der Stadt angesiedelten Rüstungsbetriebe mit Arbeitskräften versorgte. Der Niedergang der Schwerindustrie hat auch in dem Wohngebiet zu dramatischen Veränderungen der Bevölkerungsstruktur geführt. Der Anteil Arbeitsloser, Sozialhilfeempfänger und anderer einkommensschwacher Bevölkerungsschichten ist hoch. Ähnliches gilt für Asylbewerber, Asylanten und Aus- und Übersiedler. Die sozialen Belastungen führen häufig zu gestörten Familienverhältnissen, entsprechend groß ist die Zahl vernachlässigter Kinder und Jugendlicher, was wiederum zu Problemen in Kindertagesstätten und Schulen führt. Es kommt zu Abgrenzungen und Feindseligkeiten zwischen den verschiedenen Nationalitätengruppen, die unzureichenden Sprachkenntnisse erschweren den Kindern und Jugendlichen einen erfolgreichen Schulabschluss und damit den Einstieg ins Berufsleben. Die Folgen sind häufig Kriminalität, Drogenmissbrauch, Vandalismus, Gewalt und Aggression.

© Stiftung SPI 2004

Hinzu kommen gravierende städtebauliche Fehlplanungen und -entwicklungen. Insbesondere im Bereich Fichtner-/Oestmannstraße ist ein ganzes vormals durchaus attraktives Wohngebiet durch Grund- und Immobilienspekulation vorsätzlich dem Verfall preisgegeben worden. Zeitweise war sogar die Wasser- und Stromversorgung nicht mehr sicher gestellt. Derzeit (Ende 2002) wird das Areal von einer Bank zwangsverwaltet. Durch die unklaren Eigentumsverhältnisse und das Ausmaß der Schäden und Verwüstungen wird hier gezielt und wohl auf Dauer die Einleitung von dringend notwendigen Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen verhindert. Viele Wohnungen stehen inzwischen leer, werden als Müllhalden missbraucht oder von Obdachlosen besetzt. Auch die im Rahmen des Programms KuQ durchgeführten Beteiligungsprojekte zur Verbesserung des Wohnumfeldes im Bereich Fichtner-/Oestmannstraße dürften – isoliert betrachtet – angesichts der großräumigen Zerstörungen zwar allenfalls symbolische Bedeutung haben. Immerhin haben diese Projekte in der Zwischenzeit aber dazu geführt, dass die Stadtverwaltung Maßnahmen zur Erhaltung und Sanierung der Siedlung eingeleitet hat.

Die Kasseler Nordstadt gehört seit 1999 zum Gebiet der Sozialen Stadt. Die Federführung hat das Dezernat für Arbeitsförderung, Frauen, Soziales und Gesundheit, was zur Folge hat, dass das Programm hier häufiger auch Maßnahmen im sozialen Bereich und im Bereich Arbeitsförderung unter Beteiligung der BewohnerInnen einschließt als in jenen Gebieten der Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt, in denen das Baudezernat die Regie übernommen hat. Die bisher aus den Mitteln des Programms Soziale Stadt in die Wege geleiteten baulichen Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnqualität wie beispielsweise Schönheitsreparaturen an den Wohnhäusern, die Errichtung des Nordstadtparks, aber auch Angebote für Kinder und Jugendliche (Spielplätze/-punkte, Unterstände etc.) wurden folgerichtig auch stets mit Bürgerbeteiligung (Mieterbeirat) und/oder projektorientierten Beteiligungsverfahren konzipiert.

Auch in Kassel ist die private Wirtschaft kaum in das Programm eingebunden – jedenfalls nicht im positiven Sinn. Mit den Maßnahmen zur Arbeitsförderung werden fast ausschließlich die gemeinnützigen Ausbildungs- und Arbeitsangebote öffentlicher und freier Träger (also die Protagonisten des zweiten Arbeitsmarktes) bedient wie beispielsweise das Ausbildungsprojekt Galama (Beschäftigung und Qualifizierung junger Erwachsener in der Bereichen Garten-/Landschaftsbau/Malerhandwerk).

Voraussetzungen

Die Kasseler Nordstadt gilt aus den genannten Gründen seit langem als sozialer Brennpunkt und Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf. Entsprechend fließen seit geraumer Zeit mehr oder weniger regelmäßig Mittel aus verschiedenen Quellen in dieses Gebiet, und entsprechend haben sich hier in den letzten Jahren zahlreiche öffentliche und freie Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit („Nordverbund“) niedergelassen, die für Kinder und Jugendliche ein breites Programm anbieten, das von Freizeitangeboten bis zur Berufsausbildung reicht. Finanziert werden die Maßnahmen aus dem regulären Etat der Stadt Kassel (Dezernat für Arbeitsförderung, Frauen, Soziales und Gesundheit/Dezernat für Recht, Ordnung, Jugend und Sport) und aus zahleichen EU-, Bundes- und Länderprogrammen (Xenos, URBAN, E & C, Soziale Stadt, KuQ etc.). Der Nordstadt-Projekt-Spiegel gibt einen detaillierten Überblick über das reichhaltige Programm (Dezernat für Arbeitsförderung, Frauen, Soziales und Gesundheit der Stadt Kassel 2001). U.a. gibt es einen Stadtteilladen und ein Mieter- und BewohnerInnenzentrum der AWO, eine Qualifizierungsbüro im Rahmen des Freiwilligen Sozialen Trainingsjahres (FSTJ) unter der Trägerschaft des Vereins BuntStift, ein Kulturzentrum Schlachthof, ein Box-Camp unter der Regie des Internationalen Bundes (IB), mehrere Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekte unter Trägerschaft der Kommunalen Arbeitsförderung Kassel und des Jugendhilfevereins für Aus- und Fortbildung in Kassel (JAFKA). Außerdem bieten in der Nordstadt auch konfessionelle Organisationen und zahlreiche Vereine ihre Dienste und Programme an. Die Stadtteilzeitung *Nordwind* erscheint 2-3-mal jährlich unter Mitwirkung des Fachbereichs Sozialwesen der Universität Kassel.

© Stiftung SPI 2004

Das integrierte Stadtteilentwicklungsprojekt Nordstadt hat im August 2002 eine neue und zusätzliche Qualität bekommen, als in einem ehemaligen Industriebau die *Stadtteiletage Nordstadt* eröffnet wurde, ein Gemeinschaftsprojekt freier und öffentlicher Jugendhilfeträger, das ein umfangreiches Freizeit-, Beratungs- und Schulungsprogramm für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene zentral, in modernen Räumen und mit zeitgemäßer technischer Ausstattung anbietet und von einem Mitarbeiter des Jugendamts Kassel koordiniert wird. Die *Stadtteiletage* gilt als Paradeprojekt und beherbergt auf 650qm verschiedene Projekte u.a. des Kulturzentrums Schlachthof und des Vereins Buntstift, das BoxCamp des IB und das Regionalbüro Nord des Jugendamtes. Die *Stadtteiletage* wird aus Mitteln der Sozialen Stadt und URBAN II finanziert. Auch Mittel aus dem Programm KuQ wurden für Öffentlichkeitsarbeit (Flyer, Internetpräsentation, Sonderausgabe der Stadtteilzeitung *Nordwind*) verwendet.

Bei allen Nordstadt-Projekten wird Bürgermitwirkung und -beteiligung groß geschrieben. Dafür sorgen u.a. das Projekt- und Stadtteilmanagement der Koordinierungsstelle für die Nordstadt und das Kinder- und Jugendbüro im Jugendamt. Diese sind bei allen Projekten mit einbezogen, stellen die Vernetzung sicher und bilden die wichtige Schnittstelle zwischen Stadtteil- und Verwaltungsebene. Insbesondere wird darauf geachtet, dass bei der Planung auch die Interessen und Wünsche der betroffenen Kinder und Jugendlichen beachtet werden.

Beteiligungsprojekte von Kindern und Jugendlichen haben in Kassel eine vergleichsweise lange Tradition. Das Kinder- und Jugendbüro beispielsweise wird 2003 sein 10-jähriges Jubiläum feiern. Man setzt dabei in Kassel weniger auf institutionalisierte Formen der Beteiligung wie beispielsweise Kinder- und Jugendparlamente/ -beiräte, sondern auf projektorientierte Verfahren der Beteiligung. Die konkrete Umsetzung wird auf der Basis der Hessischen Gemeindeordnung (§ 4) und zahlreicher einschlägiger Beschlüsse der politischen Gremien in Kassel geregelt. Eine Verfügung des Oberbürgermeisters schreibt zehn Fachämtern der Stadtverwaltung die Benennung eines Fachbeauftragten für Kinder- und Jugendbeteiligung und die Planung und Umsetzung von konkreten Beteiligungsprojekten vor. Die städtische Kinderbeauftragte unterhält ein Kinderbüro als Koordinationsstelle für alle Fachämter und kommunalen Beteiligungsprojekte. Das kommunale Jugendbildungswerk übernimmt die Koordination des Jugendbereiches, der Verein Spielmobil Rote Rübe unterhält im städtischen Auftrag ein Beteiligungsmobil.

Die Fachämter und -ressorts waren verständlicherweise anfangs nicht begeistert von der Vorstellung, dass Kinder und Jugendliche sich in ihre Planungen einmischen; inzwischen ist ein gewisser Gewöhnungseffekt wirksam geworden. Zur Wahrnehmung der Interessen und Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen können in Kassel grundsätzlich zwei Wege beschritten werden:

- Weg A: Kinder und Jugendliche benennen einen Missstand oder ein Problem selbst, indem sie sich an das Kinderbüro oder die Ortsbeiräte wenden. Die Kinderbeauftragte bringt das Problem in die sogenannte Moderatorenkonferenz ein, die monatlich einmal tagt. Dort wird über die Umsetzung entschieden und die Finanzierung geregelt.
- Weg B: Die Verwaltung – beispielsweise das Gartenamt – wendet sich über die Kinderbeauftragte an die Moderatorenkonferenz, wenn es um Probleme geht, die die Belange von Kindern und Jugendlichen betreffen, also z.B. wenn es um die Sanierung oder Neugestaltung von Spielplätzen geht.

Auf diesen langjährigen Erfahrungen mit der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an lokalen Planungsvorhaben basierten auch die Projekte, die im Rahmen des Programms KuQ konzipiert wurden. Dabei konnte auf ein umfangreiches und bewährtes methodisches Instrumentarium zur Ermittlung der Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen zurückgegriffen werden: Fragebogen- und Malaktionen, mehrtägige Zukunftswerkstätten mit Kindern und Jugendlichen etc.

© Stiftung SPI 2004

Programmziele

Das Jugendamt Kassel bemüht sich seit längerem um eine stärkere Regionalisierung und sozialräumliche Orientierung der kommunalen Kinder- und Jugendarbeit. Wichtige Bestandteile dieser Konzeption sind die sozialräumliche Kinder- und Jugendförderung, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Planungsprozessen und der Aufbau von Kooperationsstrukturen im Stadtteil einschließlich der Zusammenarbeit mit den freien Trägern. Die Mittel aus dem Programm KuQ sollten eingesetzt werden, um diese Ansätze zu sichern und auszubauen. Insbesondere sollten Projekte unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen modellhaft gefördert werden. Im Bereich mobile Jugendarbeit, bei dem verstärkt auf die variablen Standorte und wechselnden Bedürfnisse der Jugendlichen eingegangen wird, sollten einige Projekte – teilweise ebenfalls mit Modellcharakter – unterstützt werden.

Im Rahmen des Programms KuQ sollten auch erste Versuche unternommen werden, die bisher praktizierten Beteiligungskonzepte um einen wichtigen Schritt zu ergänzen: Kinder und Jugendliche sollen künftig nicht nur an der *Planung*, sondern auch an der konkreten *Umsetzung* von Maßnahmen beteiligt werden, die von ihnen vorgeschlagen wurden. Die Realisierung dieser Konzeption stellt die Bereitstellung von technischen Mitteln (Werkzeug, Baumaterial etc.) und handwerklichem Know-how (AnleiterInnen) voraus. Diese Erweiterung des Beteiligungsmodells wurde durch den Verfügungsfonds KuQ ansatzweise ermöglicht.

Projektkonzeption

Das Programm KuQ bietet dem Jugendamt die Möglichkeit, sich im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt stärker als bisher zu positionieren und die Belange von Kindern und Jugendlichen – insbesondere ihre soziale und berufliche Integration – stärker zu gewichten. Bei der Konzeption und Umsetzung der KuQ-Projekte kam es vor allem darauf an, möglichst schnell sichtbare Resultate zu erzielen. Es macht wenig Sinn, Kinder an Planungsvorhaben zu beteiligen, wenn Sie von den realisierten Vorschlägen nicht profitieren können, wenn also beispielsweise eine von SchülerInnen vorgeschlagene und konzipierte Umgestaltung eines Schulhofs erst in Angriff genommen wird, wenn die betreffenden Kinder und Jugendlichen die Schule schon längst verlassen haben.

Das ungewöhnlich umfangreiche und differenzierte KuQ-Programm wurde von den MitarbeiterInnen der verschiedenen Abteilungen des Jugendamtes konzipiert. Dazu wurden in Form eines Brainstormings Projektideen gesammelt, wobei auf die Wünsche und Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen zurückgegriffen wurde. Daraus wurde ein umfangreiches Programm zusammengestellt, das zahlreiche Einzelmaßnahmen umfasst. Der Bereich *Mobile Kinder- und Jugendarbeit/Kinder- und Jugendbeteiligung*, der Gegenstand dieser Fallstudie ist, umfasst fünft Einzelmaßnahmen:

- Werkstatt mobil – Werkstattwagen für Baumaßnahmen mit Kindern und Jugendlichen bei Beteiligungsprojekten.
- Beteiligungsprojekt Fichtner-/Oestmannstraße.
- Jugendtreff autark – Ausstattung eines Containers mit einer Fotovoltaikanlage, Wasserspeicher, Gasheizung.
- Jump-Ramp.
- Plakatwand Spielgelände Josef-Fischer-Straße.

Alle fünf Einzelprojekte sind konzeptionell stark ausgerichtet auf die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes. Dabei wird auf die einschlägigen Erfahrungen der lokalen öffentlichen und freien Träger und Bildungseinrichtungen zurückgegriffen, die zum so genannten Nordverbund gehören. Es handelt sich dabei um den Verein Spielmobil Rote Rübe, den Aus- und Fortbildungsträger JAFKA, die Kommunale Arbeitsförderung Kassel mit dem Qualifizierungsprojekt Galama und die Kunsthochschule Kassel.

© Stiftung SPI 2004

Projektumsetzung

Die angestrebte Erweiterung des Beteiligungsmodells durch die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen nicht nur an der Planung von Maßnahmen, sondern auch an der Umsetzung ihrer Vorstellungen und Vorschläge wurde beispielhaft anhand von fünf Projekten realisiert:

Werkstatt mobil – Werkstattwagen für Baumaßnahmen mit Kindern und Jugendlichen bei Beteiligungsprojekten.

Mit Hilfe eines Werkstattwagen für Baumaßnahmen (Werkstatt mobil) sollte es ermöglicht werden, Kinder und Jugendliche bei der Umsetzung ihrer Vorschläge zur Umgestaltung von Spielplätzen und Schulhöfen aktiv mitwirken zu lassen. Dazu wurde ab Herbst 2002 ein Anhänger von Jugendlichen des gemeinnützigen Aus- und Fortbildungsträgers JAFKA (Jugendausbildungsförderung Kassel) mit Werkzeugkästen und einem Werkzeugschrank ausgerüstet. Damit sollten die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass Kinder und Jugendliche künftig bei der Umgestaltung und Verschönerung ihres unmittelbaren Umfeldes selbst Hand anlegen können. Aufgrund der Witterungsbedingungen kann der Werkstattwagen allerdings erst im Frühjahr 2003 zum Einsatz kommen.

Beteiligungsprojekt Fichtner-/Oestmannstraße

Projektorientierte Kinder- und Jugendbeteiligung haben häufig mit zwei Problemen zu kämpfen: Mit der dürftigen finanziellen Ausstattung aufgrund der angespannten Haushaltslage vieler Kommunen und mit der Schwerfälligkeit der Verwaltung. Der Weg von der Idee bis zur Planung, Genehmigung, Finanzierung und Umsetzung der Projekte ist vielen Kindern und Jugendlichen zu langwierig, was dazu führen kann, dass sie das Interesse an den von ihnen angestoßenen Projekten verlieren, weil sie keine Erfolge sehen. Im Falle des Beteiligungsprojekts Fichtner-/Oestmannstraße kommt erschwerend hinzu, dass aufgrund der ungeklärten Eigentumsverhältnisse Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes in größerem Maßstab nicht möglich sind. Um den beschriebenen „Ermüdungserscheinungen“ der Kinder und Jugendlichen Vorzubeugen, hat man sich dazu entschlossen, eine kleinere Maßnahme kurzfristig umzusetzen. Als sichtbare Zeichen einer sich möglicherweise anbahnenden Verbesserung der desolaten Situation in diesem Wohngebiet wurden in einem von drei Häuserblocks eingegrenzten und nur noch teilweise bewohnten Areal Spiel-, Treff- und Aufenthaltsmöglichkeiten für die Anwohner installiert. Aus dem Programm KuQ wurden die benötigten Baumaterialien, Bänke, Tische, Tischtennisplatten etc. finanziert. Die Geräte und Materialien wurden gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen ausgesucht. Die Aufstellung erfolgte durch Jugendliche aus dem Qualifizierungsprojekt Galama der Kommunalen Arbeitsförderung Kassel. Die beabsichtigte Nutzung dieser Anlagen als Treffpunkte ist derzeit (Winter 2002/2003) wegen der Witterungsbedingungen allerdings nur sehr eingeschränkt möglich.

Jump-Ramp

Ähnliches gilt für die mobile Jump-Ramp aus Edelstahl für Skater, die von JAFKA-Jugendlichen Ende Oktober 2002 gebaut wurde und die an den verschiedenen Treffpunkten der Jugendlichen in der Nordstadt zum Einsatz kommen soll, sobald es die Witterungsverhältnisse erlauben. Die Einweihung der Jump-Ramp ist für 2003 geplant.

© Stiftung SPI 2004

Jugendtreff autark – Ausstattung eines Containers mit einer Fotovoltaikanlage, Wasserspeicher, Gasheizung.

Im Rahmen der sozialräumlichen Konzeptionierung der Kinder- und Jugendarbeit hat man in Kassel die Erfahrung gemacht, dass es zunehmend Gruppen von Jugendlichen gibt, die sich nur für einen zeitlich begrenzten Rahmen zusammen finden und nach informellen Treffpunkten verlangen. Sowohl die Zusammensetzung dieser Cliquen als auch die Treffpunkte sind einem starken Wechsel unterzogen. Ideal für solche informellen Gruppen und Treffpunkte sind daher mobile Container/Unterstände. Ein solcher Container wurde von einer Baufirma gespendet; allerdings war der mobile Treffpunkt insofern nicht autark, als er an die Kanalisation und das Stromnetz angeschlossen werden musste. Sein Einsatz war daher bislang nur begrenzt möglich. Durch die Ausstattung des Containers mit einer Fotovoltaikanlage, Wasserspeicher und Gasheizung sollte die gewünschte Flexibilität erreicht werden. Mit der Umsetzung dieser Konzeption wurden eine Arbeitsgemeinschaft Fotovoltaik einer Kasseler Berufsschule und der Aus- und Fortbildungsträger JAFKA in Kooperation mit einem Partner der lokalen Wirtschaft betraut. Man konnte dabei auf die Erfahrungen eines Teams von Architekten zurückgreifen, das bereits ein ähnliches Projekt in einem anderen Stadtteil realisiert hatte. Der Container wurde Anfang Dezember 2002 aufgestellt, Ende Dezember wurde mit dem Ausbau begonnen, an dem sich ca. 25 Jugendliche beteiligen.

Plakatwand Spielgelände Josef-Fischer-Straße

Auf dem Spielgelände Josef-Fischer-Straße wurden bereits seit Mitte der 90-er Jahre Beteiligungsprojekte durchgeführt. Hier startete im Mai 2002 ein Kooperationsprojekt, das von einer Künstlerin der Kunsthochschule Kassel initiiert und mit Unterstützung des Jugendamts Kassel aus Mitteln des KuQ-Programms realisiert wurde. Kern des Projekts ist eine Plakat- und Projektionswand, auf der seit Sommer 2002 verschiedene Kunstaktionen stattfinden, die mit ca. 50 Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen verschiedener Nationalitäten produziert und entwickelt werden. Dazu zählen Filmvorführungen, Malaktionen, Diashows etc. Alle Aktionen wurden mit einem Picknick auf der Wiese mit allen interessierten Familien verbunden.

Ergebnisse und Perspektiven

Die beschriebenen Teilprojekte des Bereichs *Mobile Kinder- und Jugendarbeit/Kinder- und Jugendbeteiligung* in der Kasseler Nordstadt sollten vor allem zu einer Verbesserung der Wohnqualität im Außenbereich – also im Freien – beitragen. Leider fiel die Umsetzung des Programms KuQ in die Herbst- und Wintermonate, was zur Folge hatte, dass die geplanten Baumaßnahmen witterungsbedingt nicht immer termingerecht durchgeführt werden konnten und dass mit einer Nutzung der errichteten Anlagen erst ab dem Frühjahr 2003 gerechnet werden kann. Das ist allerdings kein spezifisches Problem oder Manko der Kasseler Projektkonzeption, sondern eine generelle Folge der ungünstigen Terminierung des Programms KuQ. Andere Jugendämter hatten bei der Umsetzung ihrer Projektideen ähnliche Schwierigkeiten, sofern sie sich auf Outdoor-Aktivitäten konzentriert hatten. Auch die Aussagekraft der wissenschaftlichen Begleitung hält sich insofern in Grenzen, als zum Zeitpunkt der Berichterstellung (Anfang 2003) noch nicht absehen werden kann, in welchem Umfang die in Gang gesetzten Maßnahmen von den Kindern und Jugendlichen auch tatsächlich angenommen werden.

Langfristig soll in Kassel der Bereich *Werkstatt mobil* als neues Modul *Bautätigkeit* des Kasseler Beteiligungsmodells ausgebaut und etabliert werden, und zwar in Kooperation mit dem Spielmobil „Rote Rübe“ und mit hauptamtlichem Personal, um Kinder und Jugendliche spielerisch an die Arbeitswelt und handwerkliche Techniken heranzuführen. Der Einsatz des Mobils ist in den nächsten Jahren gesichert durch Mittel aus dem städtischen Haushalt und durch weitere Fördermittel.

© Stiftung SPI 2004

Auch die anderen realisierten KuQ-Projekte sollen fortgeführt werden. Das Projekt *Jugendtreff autark* (Container mit Stromversorgung, Heizung, Wasserspeicher) wird ebenfalls von der Kommune finanziell unterstützt; außerdem will man versuchen, Spenden für das Projekt zu sammeln.

Die Kooperationsbeziehungen zwischen Jugendamt, Sozialamt und Arbeitsamt waren in Kassel bereits vor KuQ relativ weit gediehen und konnten nun gefestigt werden. In den Programmgebieten – insbesondere in den sozialen Brennpunkten Fichtner- und Josef-Fischer-Straße – konnten die KuQ-Projekte zur Integration und Stärkung der Identität der BewohnerInnen beitragen.

6.7.3 Jugendamt Köln: KidCom - Kompetenzwerkstatt mit Kindern und Jugendlichen im Sozialraum Köln-Kalk („Gernsheimer Jetzt Du“)

Das Gesamtprogramm KuQ

Im Amt für Kinder, Jugend und Familie der Stadt Köln hat man sich in Absprache mit den Bezirksjugendämtern der vier Kölner Zielgebiete der Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt (Chorweiler, Kalk, Porz und Bockelmünd) dafür entschieden, die Mittel aus dem Verfügungsfonds KuQ für ein einziges Projekt im Zielgebiet Köln-Kalk (Stadtteil Ostheim) zu beantragen. Ursprünglich war ein weiteres Projekte in der Diskussion (die Gründung einer Schülerfirma in Kooperation mit einer Sonderschule); angesichts des Zeitdrucks und der schwierigen Realisierbarkeit dieser Projektidee entschied man sich jedoch für das Projekt *KidCom*, zumal Ostheim als Stadtteil mit besonderem Jugendhilfebedarf gilt. Der Projektantrag wurde von den VertreterInnen des Amtes für Kinder, Jugend und Familie der Stadt Köln, dem Bezirksjugendpfleger in Kalk und MitarbeiterInnen des Forschungsschwerpunktes SozialRaumManagement der FH Köln entwickelt und am 12.08.02 bewilligt.

Ausgangslage

Programmgebiet

Die Siedlung Gernsheimer Straße liegt im rechtsrheinischen Köln und ist ein Teil des Stadtteils Ostheim. In den 70-er Jahren wurden hier auf engem Raum bis zu 13-stöckige Hochhäuser gebaut mit dem Ziel, möglichst viele Menschen kostengünstig unterzubringen, und zwar vor allem Arbeitsmigranten mit ihren Familien. Die Stadt Köln hat traditionell einen hohen Anteil nichtdeutscher Bewohner, denn die Fordwerke und andere Industriebetriebe haben bereits seit den 60-er Jahren systematisch ausländische (besonders türkische) Arbeitskräfte für die Produktion angeworben. Arbeitsplätze für Un- und Angelernte sind jedoch in der Industrie seither systematisch abgebaut und durch automatisierte Produktionssysteme ersetzt worden. Die Gruppe der un- und angelernten Arbeitskräfte ist daher von Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich bedroht und betroffen.

Heute wohnen in dem Gebiet Gernsheimer Straße etwa 2 600 Menschen aus über 20 Nationen auf durchschnittlich ca. 25 qm (Gesamtstadtgebiet: 34 qm). Über 60 Prozent der BewohnerInnen dieses Sozialraums sind AusländerInnen oder AussiedlerInnen. Die mit Abstand größte Gruppe mit Migrationshintergrund bilden mit 27 Prozent die türkischen BewohnerInnen. Eine Sozialraumanalyse aus dem Jahr 2000 ergab eine immense Sozialhilfedichte und eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosenquote. 38 Prozent der Haushalte in der Gernsheimer Straße leben von der Sozialhilfe, die Arbeitslosenquote in Ostheim liegt bei 22 Prozent und dürfte speziell in der Siedlung an der Gernsheimer Straße noch wesentlich höher sein.

Die Gernsheimer Straße ist ein auch räumlich abgeschlossenes und weitgehend isoliertes Wohngebiet, wodurch die Gefahr der Ghettobildung verstärkt wird. Zwar sind den Hochhäusern Einfamilienhäuser mit überwiegend deutschen Bewohnern vorgelagert, jedoch hat diese städtebauliche Konzeption die Erwartungen ihrer Planer – Vermischung, Begegnung der verschiedenen Bevölke-

© Stiftung SPI 2004

rungsgruppen – nicht erfüllt, im Gegenteil: Zwischen den ungleichen Gruppen kam es immer häufiger zu Konflikten. Denn in der Gernsheimer Straße wohnen vergleichsweise viele junge Menschen: Von den ca. 2 600 BewohnerInnen sind fast 1000 (38 Prozent) unter 25 Jahre alt. Auf den Straßen spielende und gelegentlich auch lärmende Kinder und Jugendliche sind vielen Bewohnern der Einfamilienhäuser ein Dorn im Auge.

Voraussetzungen

Vor diesem Hintergrund hat im Jahr 2001 zunächst eine verwaltungsinterne Planungsgruppe (ASD, Interkultureller Dienst, Fachberatung der Kindertagesstätten, Bezirksjugendamtsleitung, Bezirksjugendpfleger) damit begonnen, die lokale Situation zu analysieren. Aus dieser Planungsgruppe entwickelte sich die „Arbeitskonferenz Gernsheimer Straße“ unter Einbeziehung der vor Ort tätigen Institutionen, freien Träger und Schulen. Die Federführung übernahm das örtliche Jugendamt. Diese lokale Konferenz ist integraler Bestandteil des bezirklichen Jugendhilfeplanungsprozesses.

In der Gernsheimer Straße gibt es zwei Kindertagesstätten in städtischer und eine Jugendeinrichtung in freier Trägerschaft (Veedel e.V.). Deren Angebotspalette reicht von Ferienprogrammen und Hausaufgabenhilfen bis hin zu attraktiven freizeitpädagogischen Maßnahmen. Veedel e.V. übernimmt auch im Rahmen des Landesprogramms NRW zur Förderung von Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf die Aufgabe der Gemeinwesenarbeit und unterhält eine Jobbörse, die allerdings nicht in der Gernsheimer Straße angesiedelt ist. Die Kölner Spielewerkstatt offeriert hier einmal wöchentlich ein Spielangebot für Kinder auf einer Freifläche hinter den Hochhäusern. Alle vorhandenen Einrichtungen und freien Träger – Kitas, Veedel e.V., Spielewerkstatt – wurden in das Projekt *KidCom* eingebunden und übernahmen wichtige Aufgaben und Funktionen.

Eine weitere wichtige Voraussetzung war die langjährige Kooperation des Jugendamtes Köln mit der Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften der Fachhochschule Köln. Die Experten für Sozialmanagement und Organisationssoziologie waren zuständig für die Festlegung und Ausarbeitung des methodischen Konzepts, die Erstellung eines Ablaufplans für die *Kompetenzwerkstatt* sowie für die Dokumentation und die Ergebnissicherung.

Programmziele

Das Projekt *Kompetenzwerkstatt* verfolgt vier Ziele:

- Individuelle Kompetenzen von Jugendlichen feststellen;
- Selbstrefflektionsprozesse über Kompetenzen initiieren;
- Bildungsprozesse zur Vermittlung von nichtformeller Bildung initiieren;
- Sozialraumbezug herstellen.

Die *Kompetenzwerkstatt* sollte in einer Einrichtung oder auf einem Platz in einem Zelt direkt im Zielgebiet stattfinden, also im Sozialraum der Zielgruppe, und sollte in thematischen Kleingruppen auf diesen Sozialraum bezogen bleiben. Somit bot die *Kompetenzwerkstatt* auch eine Gelegenheit zur Förderung bestehender und zur Initiierung neuer Vernetzungen zwischen Trägern und Anbietern im Bereich Jugendhilfe. Diese Vernetzung betrifft sowohl die gemeinsame Konzeptentwicklung als auch die konkrete Organisation und Durchführung der Veranstaltung. Neben den Kindern und Jugendlichen bildeten also auch die professionellen und ehrenamtlichen Akteure im Quartier eine wichtige Zielgruppe, die einen Beitrag leisten sollten zur „Sozialkapitalbildung“ und zum Aufbau einer verbesserten sozialen Infrastruktur im Quartier.

Vor allem aber ging es darum, die Kompetenzen der Kinder und Jugendlichen zu erkennen und ihnen die Möglichkeit zu eröffnen, diese Kompetenzen spielerisch zu entwickeln, und zwar möglichst frühzeitig, also nicht etwa erst nach der Entlassung aus der Schule. Die Zielgruppe umfasste

© Stiftung SPI 2004

daher alle 165 zehn- bis vierzehnjährigen Kinder und Jugendlichen (fast ausschließlich HauptschülerInnen), die in der Gernsheimer Straße wohnen. Diese Altersgruppe befindet sich noch nicht an der Schwelle zum Übergang Schule – Beruf und wird daher unter diesem Aspekt von den zuständigen Institutionen (z.B. Berufsberatung) kaum berücksichtigt. Andererseits sind diese Kinder und Jugendlichen alt genug, um bereits mehr oder weniger realistische berufliche Vorstellungen und Vorlieben entwickelt zu haben und aufnahmefähig und motivierbar zu sein für Maßnahmen der Kompetenzfeststellung und -förderung, sofern es sich dabei um altersgerechte Verfahren handelt.

Als Zielgrößen wurden angestrebt, dass von den 165 zehn- bis vierzehnjährigen Kinder und Jugendlichen der Gernsheimer Straße durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit und Kontaktaufnahme zu Schlüsselpersonen 90 Prozent (etwa 150) die Veranstaltung besuchen und 50 Prozent (83) zur aktiven Mitarbeit in einer der Kleingruppen der *Kompetenzwerkstatt* motiviert werden sollten. Die Hälfte der TeilnehmerInnen sollten Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund sein. Damit haben sich die Projektverantwortlichen im Hinblick auf die Zielgruppe des Projekts klare qualitative und quantitative Zielvorgaben gesetzt – mit allen Risiken, die mit dieser Festlegung verbunden waren. Außerdem war beabsichtigt, alle drei Wohnungsbaugesellschaften des Sozialraums Gernsheimer Straße in die Veranstaltung einzubinden. Dadurch sollte sichergestellt werden, dass sich diese auch an weiterführenden Maßnahmen und Angeboten im Sozialraum beteiligen.

Projektkonzeption

Sozialraumanalysen konzentrieren sich häufig auf die vorhandenen Probleme, Mängel und Defizite, wohingegen die Ressourcen und Kompetenzen des Sozialraums kaum untersucht werden. Demgegenüber verfolgten die Projektplaner in Köln mit der Konzeption einer *Kompetenzwerkstatt* einen ressourcenorientierten Ansatz. Das Projekt zielte auf eine Bedarfs- und Potenzialanalyse mit intensiver Beteiligung der Kinder und Jugendlichen, denen die Möglichkeit geboten werden sollte, herauszufinden, was sie gut können und was sie gerne besser können möchten. Über den Weg der eigenen Motivation sollte eine Aktivierung erreicht werden, die nachhaltig von den Kindern und Jugendlichen verfolgt wird, die sich dafür entschieden haben. Zur Unterstützung sollte das direkte Umfeld der Kinder und Jugendlichen – insbesondere ihre Eltern – mit einbezogen werden.

Zur Ausarbeitung und späteren Umsetzung der Konzeption hat das Jugendamt die bereits bestehende und bewährte Partnerschaft mit der FH Köln, Fakultät für angewandte Sozialwissenschaften, Forschungsschwerpunkt Sozialraummanagement, aktiviert. Die Experten der FH haben bereits umfangreiche Erfahrungen beim Quartiers- und Projektmanagement im Zusammenhang mit der Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt gemacht, wobei die wissenschaftliche Herangehensweise zu einer deutlichen Qualitätssteigerung geführt hat, insbesondere wenn es um Fragen der neuen Managementanforderungen im Sozialraum und um die Entwicklung und Erprobung neuer Beteiligungsformen und -methoden bei der Jugendhilfeplanung ging.

Eine dieser Methoden ist die Kompetenzwerkstatt, die in diesem konkreten Fall aus drei Komponenten bestand:

- Durch intensive Öffentlichkeitsarbeit und ein kinder- und jugendgerechtes Rahmenprogramm sollte die Attraktivität des Projekts für die Zielgruppe hergestellt werden. Das Rahmenprogramm sollte durch die Darstellung positiver Beispiele in Form von Aufführungen und Darbietungen und durch Mitmachaktionen einen inhaltlichen Bezug zum Thema Kompetenz herstellen.
- In Kleingruppenarbeit sollten mit spielpädagogischen Konzepten und moderationsgestützten Beteiligungsverfahren die Kompetenzen und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen als Basis für individuelle Zielvereinbarungen erfasst werden. Dieser Prozess sollte durch so genannte Kompetenzrepräsentanten unterstützt werden.

© Stiftung SPI 2004

- Damit die Zielvereinbarungen realisiert werden konnten, sollten den Kindern und Jugendlichen im weiteren Verlauf entsprechende Angebote der Jugendhilfeakteure im Sozialraum Gernsheimer Straße gemacht werden.

Vor allem mit der dritten Komponente war die Projektkonzeption implizit auf Folgewirkungen und Nachhaltigkeit ausgerichtet. Die Zielerreichung war damit nicht nur an die gelungene organisatorische und technische Umsetzung des Konzepts der Kompetenzwerkstatt gebunden, sondern hing ganz wesentlich davon ab, ob es gelang, zukünftig im Zielgebiet dauerhaft Angebote („Ressourcen“) zu installieren, die den in den Kleingruppen ermittelten Kompetenzen der Kinder und Jugendlichen entsprachen. Die Glaubwürdigkeit des gesamten Projektansatzes war somit wesentlich davon abhängig, ob es gelang, diese Ressourcen dauerhaft bereit zu stellen.

Zunächst aber sollte auf der Veranstaltung mit Hilfe geeigneter Methoden in moderationsgestützten Kleingruppen („Kompetenzgruppen“) herausgearbeitet werden, was die Kinder können und was sie brauchen, um die so ermittelten Fähigkeiten zu entwickeln. Zur Unterstützung der Kompetenzermittlung sollten so genannte *Kompetenzrepräsentanten* (von den Kindern später „Profis“ genannt) eingeladen werden: Menschen, die aus einer Kompetenz, die sie als Jugendliche an sich entdeckt hatten, einen Beruf gemacht haben und die so den Kindern und Jugendlichen aus eigenen (und glaubwürdigen) Erfahrungen vermitteln konnten, wie aus Interesse eine Fähigkeit und aus einer Fähigkeit berufliche Perspektiven entstehen können. Um eine gewisse Verbindlichkeit herstellen zu können, sollten mit den Kindern und Jugendlichen realistische Zielvereinbarungen getroffen werden.

Ebenfalls zur Stelle sollten so genannte *Ressourcen* sein, die den weiteren Weg ebnen, Perspektiven vermitteln und somit die Realisierung der Zielvereinbarung ermöglichen sollten. Ressourcen sind also Menschen oder Institutionen – z.B. Vereine –, die im Sozialraum oder daran angrenzend entsprechende Angebote für die Kinder und Jugendlichen machen oder schaffen können.

Der Ablaufplan für die Veranstaltung, die von 14:00 Uhr bis 18:00 Uhr dauern sollte, wurde bis ins Detail ausgearbeitet, alle MitarbeiterInnen bekamen in den einzelnen Phasen genau definierte Aufgaben zugewiesen. Ein Conferencier und ein Co-Moderator sollten den ersten Teil der Veranstaltung im Zelt leiten, für die Werkstätten selbst wurden Räume in der benachbarten Kita hergerichtet und mit den notwendigen Materialien ausgestattet. Die Outdoor-Aktivitäten (Fußball, Football etc.) sollten auf naheliegenden Freiflächen und Wiesen stattfinden. Folgende Phasen wurden festgelegt:

Phase 1: Auftakt. Erfassen der Zielgruppen, Ausgabe von Popcorn und Ausweisen, Eröffnung des Marktes der Möglichkeiten.
Phase 2: Screening für die Werkstattmodule. Verteilung der Kinder und Jugendlichen auf die zehn Kompetenzwerkstätten.
Phase 3: Kompetenzwerkstätten. Moderation durch die StudentInnen der FH, Unterstützung durch Kompetenzrepräsentanten und Ressourcen („Profis“).
Phase 4: Abschlusspräsentation. Präsentation der Ergebnisse durch Präsentationsgruppen, begleitet von Conferencier.
Phase 5: Offizielle Worte und Dank, T-Shirt-Vergabe und Eröffnung Büffet.
Phase 6: Offizielle Beendigung der Veranstaltung.

Veranstaltungstag war Freitag, der 8. November 2002. Am Montag darauf (am 11.11.!) sollte sich die Lenkungsgruppe (Jugendamt, FU, Spielewerkstatt, Geschäftsstelle) treffen, die Ergebnisse und den Ablauf besprechen und eine Pressemitteilung heraus geben.

© Stiftung SPI 2004

Projektumsetzung

Die Projektumsetzung gliederte sich in mehrere Phasen:

- Entwicklung der Werkstattkonzeption: Erarbeitung des methodischen Konzepts, Erstellung eines Ablaufplans für die *Kompetenzwerkstatt* sowie eines Konzepts zur Ergebnissicherung.
- Projekt- und Veranstaltungsmanagement: Einrichtung einer Geschäftsstelle für organisatorische und administrative Tätigkeiten, Aufbau und Pflege eines Netzwerkes, Vorbereitung und Organisation der *Kompetenzwerkstatt*, der Öffentlichkeitsarbeit und des Rahmenprogramms.
- Durchführung der *Kompetenzwerkstatt* in Form von 11/2-stündigen moderationsgestützten Kompetenzgruppen durch ein gemischtes Team aus StudentInnen der FH Köln, MitarbeiterInnen der Kölner Spielewerkstatt und des Jugendamtes.
- Dokumentation und Auswertung: Prozessbegleitende Dokumentation, Expertenworkshop zur Nachbetrachtung und Entwicklung von Handlungsansätzen.

Nach der Auftaktveranstaltung am 3. September nahm die Geschäftsstelle mit einer Mitarbeiterin die Arbeit auf. Ihr wurde ein Büro im Bezirksjugendamt Kalk zur Verfügung gestellt, die Personalkosten für vier Monate wurden aus dem Verfügungsfonds KuQ bestritten. Die Geschäftsstelle war zuständig für die organisatorische und administrative Tätigkeiten im Zusammenhang mit der geplanten Veranstaltung sowie für die Öffentlichkeitsarbeit. Sie lud ferner zu den Treffen der Steuerungsgruppe ein, die vor allem für die strategische Steuerung, die Festlegung inhaltlicher Rahmenbedingungen und die Überprüfung des Projektverlaufs zuständig war. Neben der Geschäftsstelle waren in der Steuerungsgruppe MitarbeiterInnen des Amtes für Kinder, Jugend und Familie der Stadt Köln, des Bezirksjugendamtes Kalk, der Kölner Spielewerkstatt und der FH Köln vertreten.

Bereits im Vorfeld hatte die FH Köln ein Blockseminar („Moderationstechnik zur Leitung von Projektgruppen, Besprechungen und Workshops“) durchgeführt, in dem die Konzeption erarbeitet und die methodischen Arbeitsschritte der *Kompetenzwerkstatt* vorbereitet wurden. Die ca. 20 größtenteils mehrsprachige StudentInnen der Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften (Studiengang Sozialpädagogik) wurden dabei auf ihre Aufgabe als ModeratorInnen der Kleingruppen vorbereitet. Sie waren auch letztlich verantwortlich dafür, dass die Ziele der *Kompetenzwerkstatt* erreicht und die Daten und Ergebnisse für die Dokumentation gesichert wurden. Es folgten regelmäßige Treffen der ModeratorInnen mit den MitarbeiterInnen der übrigen Kooperationspartner (Kitas, Veedel e.V., Spielewerkstatt).

Die Vorexploration im Zielgebiet erfolgte ebenfalls durch eine Studentin der FH, die Kontakt mit Kindern in der Gernsheimer Straße aufnahm, um mögliche Themen für die Kleingruppen vorzuschlagen und zu sammeln. Dabei zeigte sich, dass durchaus nicht alle Themenfelder, die sich die Projektplaner ausgedacht hatten, bei den Kindern Anklang fanden. So wurde beispielsweise das Thema Tiere mangels Nachfrage wieder fallen gelassen. Stark interessiert zeigten sich die Kinder und Jugendlichen dagegen an den Themen Sport und Bewegung. Schließlich einigte man sich auf zehn Themengebiete, die sich auf der Veranstaltung auf einem „Markt der Möglichkeiten“ präsentieren sollten: Musik (DJing), Gesang (Rap), Basketball, Fußball, Football, Neue Medien (Computer), Technik (Mechanik), Tanz (Breakdance), Bildende Kunst, Garten- und Landschaftsbau. Es begann die Suche nach Kompetenzrepräsentanten. Für die Veranstaltung konnte dank guter Kontakte der ProjektplanerInnen eine beeindruckende Riege von regional und überregional bekannten Sportlern und Künstlern gewonnen werden, z.B. ein aktiver Kölner Basketballprofi, ein ehemaliger Bundesliga-Fußballspieler, ein international renommierter Footballprofi, eine freie Künstlerin. Zu den so genannten Ressourcen zählten die Offene Jazzhausschule, der MTV Köln (Basketball), der TUS Köln RRH 1874. e.V. (Fußball), Veedel e.V. (Bildende Kunst, Garten- und Landschaftsbau).

Parallel zu diesen Aktivitäten wurde mit Unterstützung der Jugendlichen ein Plakat entworfen und gestaltet, und die Veranstaltung bekam einen neuen etwas griffigeren Titel („Gernsheimer jetzt DU“). Alle Haushalte in der Gernsheimer Straße wurden angeschrieben und informiert, ebenso die

© Stiftung SPI 2004

Presse, die ein reges Interesse zeigte. Ein Faltblatt informierte die Zielgruppe in deutscher, arabischer, kurdischer, türkischer und russischer Sprache. Die drei Schulen des Schulzentrums Ostheim, die Gemeinschaftsgrundschule und die Katholische Grundschule Zehnthofstraße unterstützten die Veranstaltung, indem sie bei ihren SchülerInnen über die KlassenlehrerInnen Werbung machten. Von den drei Wohnungsbaugesellschaften zeigte allerdings nur die GAGFAH M Immobilien-Management GmbH Interesse. Sie beteiligte sich an den Kosten für T-Shirts, stellte ihren Parkplatz für den Aufbau des Zeltes zur Verfügung und arrangierte die Stromzufuhr für den Veranstaltungstag, an dem auch ein Mitarbeiter der GAGFAH M präsent war.

Die „heiße“ Projektphase begann wenige Tage vor dem 8. November mit der Einladung der Presse und der Bezirksfraktionsvorsitzenden. Jedes Kind, das zur Zielgruppe gehörte, bekam einen Gutschein, der am Veranstaltungstag gegen Popcorn und einen Werkstattausweis eingelöst werden konnte; zugleich ermöglichte dieses Verfahren einen Abgleich mit der Liste der Zielpersonen, die wiederum auf dem Melderegister basierte. Zwei ProjektmitarbeiterInnen führten eine letzte Infoveranstaltung im Schulzentrum Ostheim durch, andere besorgten die notwendigen Materialien.

Vieles musste bedacht und im Ablaufplan festgehalten werden: Abholen der Popcornmaschine, Bereitstellung der Materialien für die Werkstätten, Betreuung der Presse und der Gäste, Annahme der Gutscheine und Ausstreichen in der Namensliste, Vergabe der Werkstattausweise, Beschäftigung der Kinder und 14 Jahren, Beruhigung der Warteschlange...

Nachdem es an den vorangegangenen Tagen zum Teil heftig geregnet und sogar Sturmwarnungen gegeben hatte, war der 8. November – ein Freitag – zwar ein überwiegend grauer, aber regenfreier Tag. Gelegentlich ließ sich sogar die Sonne blicken. Das Zelt war bereits am Vortag errichtet und über Nacht bewacht worden – auch daran mussten die Projektverantwortlichen denken. Trotz des akribischen Ablaus- und Arbeitsverteilungsplans war eine große Nervosität spürbar, denn es war keineswegs klar, ob alles klappen würde. Tatsächlich funktionierte beispielsweise bis kurz vor 14:00 Uhr die Popcornmaschine nicht.

Den ganzen Vormittag über wurde im Zelt und in der angrenzenden Kita gearbeitet: Aufbau der Technik im Zelt, Soundcheck, Aufbau der Stände („Markt der Möglichkeiten“), Ausstattung der Gruppenräume in der Kita, Vorbereitung des Rahmenprogramms für die jüngeren Kinder (Hüpfburg, Riesenschlange), Kaffee und Kuchen für die Eltern und Gäste u.v.m. Vor dem Zelt parkte bereits der Infoliner des IB, in dem ein Mitarbeiter des Arbeitsamtes Jugendlichen und Erwachsenen Informationen zur beruflichen Orientierung vermittelte.

Um 14:00 Uhr schließlich war Einlass, und es brach das erwartete Chaos aus, das sich jedoch wunderbarerweise schnell strukturierte – nicht zuletzt dank der perfekten Vorbereitung und Organisation. Die Kinder gaben ihre Gutscheine ab, wurden registriert, bekamen Popcorn und einen Werkstattausweis und begutachteten den Markt der Möglichkeiten, auf dem sich die zehn Werkstattmodule präsentierten. Mit lautstarker Unterstützung des Conferenciers und des Co-Moderators gelang eine einigermaßen geordnete Verteilung der Kinder und Jugendlichen auf die Kleingruppen, die sich anschließend in der benachbarten Kita und in den Räumen des Veedel e.V. zusammen fanden. Für Outdoor-Aktivitäten („Mitmachteil“) standen der Basketballplatz („Gummiplatz“) und eine große Wiese mit Toren hinter dem Hochhauskomplex zur Verfügung.

Der Andrang war überwältigend und wie erwartet ungleich verteilt. Besonders beliebt waren erwartungsgemäß die Sportgruppen (Fußball, Football, Basketball) mit jeweils über zehn TeilnehmerInnen, während sich die Abteilungen Mechanik/Technik und Garten- und Landschaftsbau mit vier bzw. sechs TeilnehmerInnen begnügen mussten. Wegen großer Nachfrage wurde die Fußballgruppe geteilt in eine Mädchen- und Jungengruppe mit neun bzw. acht TeilnehmerInnen, die später wieder zusammen geführt wurden. Die Rap-Gruppe und die Breakdance-Gruppe wurden zu einer Gruppe mit 14 TeilnehmerInnen zusammen gelegt. In die Kompetenzgruppe Bildende Kunst (insgesamt neun Teilnehmerinnen) wurden spontan auch fünf jüngere Mädchen aufgenommen.

© Stiftung SPI 2004

Es folgte der mehr oder weniger geordnete Auszug aus dem Zelt hinüber in die präparierten Räume der Kita und des Veedel e.V., wo ModeratorInnen, Kompetenzrepräsentanten und Ressourcen die eigentliche Arbeit der Kompetenzermittlung übernahmen. Im Zelt an der Gernsheimer Straße kehrte vorübergehend Ruhe ein. Mitglieder des Veedel e.V. begannen mit dem Aufbau des Büffets, dessen beeidruckende Vielfalt den multikulturellen Charakter der Veranstaltung betonte.

Knapp zwei Stunden später kamen die Kinder und Jugendlichen mit ihrem ModeratorInnen, Kompetenzrepräsentanten und Ressourcen zurück und präsentierten auf der Bühne im Zelt die Ergebnisse inklusive Zielvereinbarungen. Die Leiterin des Bezirksjugendamtes bedankte sich bei allen Beteiligten, das Büffet wurde eröffnet, es begann der inoffizielle Teil der Veranstaltung.

Ergebnisse und Perspektiven

Es gab nur wenige KuQ-Projekte, die sich so konsequent wie das Kölner Projekt sowohl in der Planungs- als auch in der Umsetzungsphase auf eine klar umrissene Zielgruppe konzentriert haben. Sehr häufig wurde in anderen Projekten mit der Definition der Zielgruppen relativ großzügig umgegangen. Gleichzeitig gelang es in Köln, den Anteil der passiven „Zaungäste“ gering zu halten: Von den 101 Kindern und Jugendlichen, die an der Veranstaltung teilnahmen und einen Teilnehmerausweis erhielten, waren 94 (93 Prozent) auch in einer der Kompetenzgruppen aktiv. Davon zählten 88 zur Zielgruppe im engeren Sinn, d.h. sie waren zwischen zehn und vierzehn Jahren alt und wohnten in der Gernsheimer Straße. Damit wurde zwar die angestrebte Zahl von 149 BesucherInnen verfehlt; da jedoch fast alle BesucherInnen zugleich auch in einer der Kompetenzgruppen aktiv waren, konnte die Zielvorgabe von 83 aktiven TeilnehmerInnen übertroffen werden. Auch der Anteil der TeilnehmerInnen mit Migrationshintergrund lag deutlich über den angestrebten 50 Prozent. Damit wurden in jedem Fall die quantitativen Veranstaltungsziele erreicht.

Schwieriger dürfte es sein, die qualitativen Ziele in Form von Zielvereinbarungen im vorgesehenen Umfang mittel- und langfristig zu realisieren. Dazu zählen beispielsweise

- der Aufbau einer Mädchenfußballmannschaft in einem Fußballverein (TSV Ostheim, TUS Köln RRH) mit sozialverträglichen Mitgliedsbeiträgen;
- die Einrichtung eines Asche- oder Rasenfußballplatzes an der Gernsheimer Straße;
- die Entwicklung eines wohnortnahen Breakdance- und DJing-Angebots und eines Kurses für Technik und Mechanik im Stadtteil;
- die Durchführung einer Aktion zur Bemalung eines Bauwagens;
- die Anschaffung von Basketbällen für den Gummiplatz und die Organisation der Ausleihe an interessierte Jugendliche;
- die Aufnahme von interessierten Jugendlichen in die Jugendfootballmannschaft Cologne Black Dragons bzw. in die Basketball-Trainingsgruppe U12 des MTV Köln.

Ob es gelingen wird, diese Zielvereinbarungen zu realisieren, ist derzeit (Februar 2003) noch offen. Die Veranstalter haben verschiedene Vorschläge gemacht, wie die Nachhaltigkeit gesichert werden kann. So soll ein Sozialraumbudget eingerichtet werden, aus dem Honorarkräfte oder Maßnahmen für die Durchführung von Vor-Ort-Angeboten bezahlt werden könnten. Mit den Leistungsanbietern (z.B. Vereinen) sollen „Kontrakte“ geschlossen werden, die präzise quantitative und qualitative Zielvereinbarungen beinhalten. Auf diese Weise will man die Projektkonzeption langfristig umsetzen, die ja davon ausgeht, dass man in einem von Deprivation gekennzeichneten Sozialraum das Defizit von positiven Einflüssen und Bezugspersonen und somit die zumindest partielle Insuffizienz der an sich zuständigen Sozialisationsinstanzen (Eltern, Schule, Medien) wenigstens zum Teil kompensieren kann, indem man systematisch und zielgerichtet, aber zugleich spielerisch positive Impulse setzt, die weit in die Zukunft der benachteiligten Kinder und Jugendlichen hineinreichen sollen und im besten Fall ihre wahrscheinlich eher bescheidenen persönlichen und beruflichen Perspektiven positiv stimulieren können. Damit hatte sich das Projekt ein ehrgeiziges Ziel gesetzt, das den zeitlich beschränkten Rahmen des Programms KuQ deutlich sprengte. In welchem Umfang es tatsächlich gelingen wird, mit dieser Methode die weiteren We-

© Stiftung SPI 2004

ge der Kinder und Jugendlichen nachhaltig positiv zu beeinflussen, könnte im Grunde nur durch Langzeitbeobachtungen unter Einbeziehung von Kontrollgruppen ermittelt werden.

Die Veranstaltung selbst war in jeder Beziehung ein voller Erfolg, vor allem dank einer bemerkenswert professionellen Vorbereitung und Durchführung. Insofern hat es sich bezahlt gemacht, dass man sich mit allen zur Verfügung stehenden KuQ-Mitteln auf dieses Projekt konzentriert hat. Für das Bezirksjugendamt Köln-Kalk, das ansonsten über eine äußerst bescheidene Ressourcenausstattung verfügt („...mit den KuQ-Mitteln hat sich unser Etat verdoppelt"), bot sich durch das Programm KuQ erstmals die Möglichkeit, ein solches Projekt mit eigenen Mitteln zu entwickeln und zu realisieren. Besonders erfreulich war auch, dass dafür keine Eigenmittel erforderlich waren.

Als kluger Schachzug hat sich die Einrichtung einer Geschäftsstelle erwiesen, die sich intensiv und ausschließlich um die komplexe Vorbereitung und Organisation kümmern konnte. Gleiches gilt für die Einbindung der ExpertInnen für Sozialmanagement der FH Köln (www.sozial-raum-management.de), die nicht nur das didaktisch-pädagogische Konzept entwickelt, sondern auch bei der akribischen Planung, der perfekten Durchführung und anschließenden Auswertung der Veranstaltung unverzichtbare Dienste geleistet haben. Und schließlich haben auch die MitarbeiterInnen des Amts für Kinder, Jugend und Familie, des Bezirksjugendamts, der Kölner Spielewerkstatt und des Veedel e.V. mit ihrem Sachwissen, ihrem Engagement und ihrer Begeisterung zum großen Erfolg der *Kompetenzwerkstatt* beigetragen, deren Highlights auch im Internet zu besichtigen sind (www.jukobox.de/~jugendamt).

Unabhängig vom methodisch schwer zu messenden und nachzuweisenden Langzeiterfolg (siehe oben) hat die Aktion vor allem auch die quasi als Nebeneffekt beabsichtigte Aufwertung der Siedlung in der Gernsheimer Straße bewirkt, da die Vorbereitung und Durchführung des Projekts von einem ungewöhnlich breiten Medienecho begleitet wurden – auch dies kann als Resultat der guten Organisationsarbeit und des professionellen Marketings gewertet werden.

Auch in Köln gelang es allerdings nicht, die lokale Wirtschaft in das Projekt mit einzubinden, was in diesem Fall besonders bedauerlich war, denn die Konzeption der Kompetenzwerkstätten, die ja sehr stark auf Nachhaltigkeit ausgerichtet war und einen starken berufsorientierenden Bezug hatte, hätte eine solche Verbindung zum ersten Ausbildungs- und Arbeitsmarkt an sich nahe gelegt. Folgerichtig war die Einbindung der lokalen Ökonomie als sogenannte Kompetenzrepräsentanten zwar vorgesehen; sie konnte jedoch vor allem auf Grund des engen Zeitrahmens nicht realisiert werden. Es ist allerdings zu vermuten, dass es für dieses Manko, das leider auch in fast allen anderen KuQ-Programmgebieten registriert werden musste, noch andere Gründe gibt Kooperationsbeziehungen).

Das KuQ-Projekt *KidCom* soll auf jeden Fall Folgewirkungen haben, wobei man auf die Unterstützung durch die lokale Politik (Bezirksvertretung) setzt. Der Antrag auf Mittel für Anschlussprojekte (z.B. Bepflanzungs- und Wandgestaltungsaktionen, ein Mechanikworkshop, Angebote zur Berufsorientierung) wurde bereits bewilligt. Die durch den Erfolg des Projekts gestärkten Netzwerke im Quartier sollen ausgebaut und gefestigt werden. Die vorhandenen Strukturen und Ressourcen (Vereine etc.) bringen ihr Angebot mit ein und wollen neue Angebote schaffen. In welchem Umfang diese gelingen wird, lässt sich derzeit (Februar 2003) noch nicht absehen.

6.7.4 Jugendamt Trier: Verbesserung der Berufsorientierung und des Übergangs Schule – Beruf für junge Menschen in Trier-Nord

Das Gesamtprogramm KuQ

Der Antrag des Amtes für soziale Gemeinschaftsaufgaben der Stadt Trier auf Mittel aus dem Verfügungsfonds KuQ konzentrierte sich ausschließlich auf den Förderschwerpunkt „Verbesserung

© Stiftung SPI 2004

der Berufsorientierung und des Übergangs Schule – Beruf für junge Menschen in Trier Nord“. Das Projekt setzte sich aus zwei Elementen (Gründung eines Kooperationsverbunds im Programmgebiet und Maßnahmen zur Verbesserung des Übergangs Schule – Beruf) zusammen. Das Amt für soziale Gemeinschaftsaufgaben (Amt 54) nimmt in Trier sowohl originäre Aufgaben des Jugendamtes als auch des Sozialamtes wahr und hat seinen Schwerpunkt im Bereich der sozialplanerischen, fördernden und organisatorischen Aufgaben. Diese Sonderorganisation in Trier geht auf eine Neuorganisation aus den 60-er Jahren zurück, als Jugend- und Sozialamt zu einer Arbeitsorganisation zusammen geführt worden waren. Zwar wurde diese verwaltungsreformerische Maßnahme später wieder revidiert; das Amt 54 wurde jedoch nicht aufgelöst, und es behielt einige Aufgabenbereiche, die normalerweise von den Jugend- und Sozialämtern wahrgenommen werden. Diese bestehen vor allem in fachbereichsübergreifenden planerischen und fördernden Aufgaben. Amt 54 ist somit nicht für Jugendhilfe im Einzelfall zuständig, sondern fördert soziale Einrichtungen für sämtliche Zielgruppen, also beispielsweise Kitas, Jugendeinrichtungen, Altenheime, Bürgerhäuser, Beratungsdienste, Frauenhaus. etc. Es ist auch für investive Maßnahmen der Jugend- und Sozialhilfe und daher sowohl für die Projektleitung des Bund-Länder-Programms Soziale Stadt als auch die Koordination des Programms KuQ zuständig.

Ausgangslage

Programmgebiet

Im Norden der ältesten Stadt Deutschlands befindet sich der Stadtteil „Nell’s Ländchen“, der eine äußerst heterogene Struktur aufweist: Industrie- und Gewerbeflächen, Grün- und Sportflächen, Hauptfriedhof, Stadion, Wohngebiete und ein großes Areal, das früher von den Französischen Streitkräften für Kasernen, Wohn- und Ökonomiegebäude genutzt wurde. Das gesamte Gebiet ist durch städtebauliche Defizite und Fehlentwicklungen gekennzeichnet, die weit in die Vergangenheit zurückreichen. So war beispielsweise ein Komplex mit 106 Wohneinheiten am Beutelweg aufgrund jahrzehntelanger Verwahrlosung, mangelnder Investitionen und hoher Wohndichte in einem verkommenen und teilweise unbewohnbaren Zustand. In den ehemaligen preußischen Kasernen waren über Jahrzehnte hinweg Obdachlose und einkommensschwache Personengruppen einquartiert worden, ohne dass eine Grundsanierung durchgeführt wurde. Ende der 80-er Jahre sollten die bundeseigenen Gebäude privatisiert werden. Zu dieser Zeit gab es in Trier-Nord bereits eine rege Gemeinwesenarbeit, die aus studentischen Gemeinwesenprojekten hervorgegangen war und 1983 zur Errichtung des Bürgerhauses Trier-Nord führte. Aus diesem Netzwerk von Personen, Gruppen, Projekten und Initiativen ging 1991 die Wohnungsgenossenschaft am Beutelweg e.G. (WOBEGE) hervor, die nach und nach große Teile des Areals erwarb, um es vor dem Zugriff von Immobilienspekulanten zu bewahren. Die Ziele der Genossenschaft – „Wohnungen zu bezahlbaren Mieten für einkommensschwache Haushalte ohne Verzicht auf eine qualitative gute Ausstattung, ein lebenslanges Wohnrecht und die aktive Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner am Prozess der Sanierung und der Hausverwaltung sowie die gemeinsame Verantwortung für den Sozialraum“ (WOGEBE 1999, S. 24) – stellten ein richtungsweisendes und bundesweit einzigartiges „Modell zivilgesellschaftlicher Lösung sozialer Probleme“ dar (ebd.), das zwar erwartungsgemäß nicht von allen politischen Kräften der Stadt und des Landes vorbehaltlos begrüßt wurde, sich erstaunlicherweise aber trotzdem behaupten konnte. Die Genossenschaft entwickelte das Konzept der „Integrativen Sanierung“ (ISA) mit den drei Säulen Wohnen – Arbeiten – Teilhaben/Teilgeben/Selbsthilfe, das bis heute gültig ist. Mitte der 90-er Jahre kamen nach dem Abzug der französischen Streitkräfte weitere Gebäudekomplexe hinzu, die vom Land Rheinland-Pfalz nach langen und zähen Verhandlungen teilweise an die WOBEGE verkauft wurden. Weitere Teile des so genannten „Konversionsgebiets“ wurden privatisiert, die Bereiche der ehemals militärisch genutzten Gebäude zu einem Gewerbegebiet entwickelt. Ein beträchtlicher Teil der Wohnbauten war und ist allerdings stark sanierungsbedürftig, die finanziellen Ressourcen der Genossenschaft sind beschränkt. Auch die Stadt Trier veräußerte ihre eigenen Wohnungen in Trier-Nord (ca. 250) an die Genossenschaft. Der gesamte von der WOGEBE verwaltete Bestand im Stadtteil umfasst heute rund 500 Wohneinheiten. Im Herbst 2000 wurde der Kern des Wohngebietes in das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ aufgenommen.

© Stiftung SPI 2004

Die soziale Struktur ist heute gekennzeichnet durch einen überdurchschnittlich hohen Anteil von Kindern und Alleinerziehenden, Sozialhilfeempfängern und Arbeitslosen. In einigen Bereichen mit hohem Sanierungsstau ist jeder zweite Bewohner auf Transferleistungen angewiesen. 22 Prozent der Einwohner sind Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, von denen 30 Prozent im Leistungsbezug von Sozialhilfe stehen. Auch die Leistungen im Bereich der Hilfen zur Erziehung und des Unterhaltsvorschusses fallen für den Stadtteil überproportional aus. Außerdem existiert eine Vielzahl geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse, typischerweise vor allem für Frauen.

Voraussetzungen

Mitten im Programmgebiet liegt das Anfang der 80-er Jahre gegründete Bürgerhaus Trier-Nord, ein Stadtteilzentrum, das derzeit aus Mitteln der Sozialen Stadt saniert und ausgebaut wird. Das Bürgerhaus bietet stadtteilorientierte Kinder-, Jugend- und Erwachsenenarbeit an: Soziale Gruppenarbeit, Hausaufgabenbetreuung, freizeitpädagogische Maßnahmen, die Kindertagesstätte Sonnengarten, eine Familienberatungsstelle, Seniorenarbeit, diverse Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sowie das Ausbildungsprojekt „Integration und Ausbildung zur beruflichen und sozialen Eingliederung straffälliger und von Straffälligkeit bedrohter Jugendlicher und junger Erwachsener“. Im gleichen Hause ist ein viergruppiger Hort in Trägerschaft der Caritas angesiedelt und die angrenzende Grund- und Hauptschule nutzt ebenfalls einen Teil des Gebäudes. Am Rande des Quartiers ist außerdem ein Jugendzentrum (Exzellenzhaus e.V.) angesiedelt, dessen Einzugsgebiet allerdings über den Stadtteil hinaus reicht.

Die Wohnungsgenossenschaft WOGEBE und ihre Tochtergesellschaft HVS (Hausverwaltungs- und -Sanierungs GmbH) als weitere sozialraumbezogene Akteure wollen vor allem zu einer Verbesserung der Wohnraumverhältnisse beitragen. Die WOBEGE ist außerdem für das Quartiersmanagement zuständig, das als zentrale Koordinationsstelle die im Stadtteil arbeitenden Initiativen und Gremien vernetzt, die verschiedenen Entwicklungsschritte zu Verbesserung der Lebenssituation zusammenführt und den Arbeitskreis Trier-Nord moderiert, in dem sich die verschiedenen sozialen Einrichtungen und Institutionen – Schulen, Kindergärten, Vereine, Kirchengemeinden – zusammen geschlossen haben. Das Quartiersmanagement gibt außerdem die Zeitschrift „NORDBLICK – Nachrichten aus Trier-Nord“ heraus.

Programmziele

Im Sanierungsgebiet Trier-Nord hat sich in den letzten Jahren im Bereich Kinderbetreuung viel getan, so dass die ProgrammplanerInnen des KuQ-Projekts hier keinen zusätzlichen Handlungsbedarf sahen. Dagegen gibt es für Jugendliche im Stadtteil kaum Perspektiven. Das gilt verstärkt für Jugendliche mit schulischen und sozialen Defiziten. Sie stammen häufig aus Familien, in denen sich über Generationen eine Abhängigkeit von öffentlicher Hilfe entwickelt hat. Dieser Kreislauf „vererbter“ sozialer Randständigkeit sollte durch Maßnahmen im Bereich Übergang Schule – Beruf für Jugendliche aus solchen Familien durchbrochen werden. Neben der Entwicklung von Maßnahmen im Bereich der Berufsorientierung wollte das Projekt verstärkt das Augenmerk auf die Stärkung von Schlüsselqualifikationen im Bereich Arbeits- und Sozialverhalten legen. Entsprechend wurden die Einzelmaßnahmen konzipiert.

Herzstück des KuQ-Projekts sollte der Kooperationsverbund Trier-Nord sein, in dem alle relevanten Akteure auf dem Gebiet Berufsorientierung/Übergang Schule – Beruf vertreten sein und sich gezielt mit der Problematik der Berufsorientierung und Arbeitsmarktintegration von Jugendlichen befassen sollten. Auf der Basis einer differenzierten Bestandsaufnahme und Problemanalyse sollten gemeinsame Ziele und Strategien vereinbart und konkrete Projektmaßnahmen geplant und umgesetzt werden. Ferner sollten im Rahmen der zunächst vier Sitzungen des Kooperationsverbundes während der Programmlaufzeit (September bis Dezember 2002) ausgewählte Themen

© Stiftung SPI 2004

(z.B. Gender Mainstreaming, Probleme der Berufsorientierung und Arbeitsmarktpolitik) im Sinne von internen Fortbildungen für die Mitglieder bearbeitet werden.

Projektkonzeption

Die Projektplanung und -konzeption wurde in Abstimmung mit den relevanten Akteuren des Programmgebiets Trier-Nord gemeinsam entwickelt. Dabei gerieten sehr schnell die „benachteiligten Jugendlichen" mit schulischen und sozialen Defiziten ins Zentrum der Planungen, da für diese Zielgruppe der größte Handlungsbedarf gesehen wurde. Das Projekt hat zwei Elemente:

- Gründung eines Kooperationsverbunds Übergang Schule – Beruf/Berufsorientierung;
- Durchführung von konkreten Maßnahmen zur Verbesserung des Übergangs Schule – Beruf.

Kooperationsverbund Übergang Schule – Beruf/Berufsorientierung

Es war vorgesehen, im Kooperationsverbund alle relevanten Akteure zu versammeln: Kommunale Verwaltung (Jugendamt, Sozialamt, Amt für Wirtschaftsförderung), Arbeitsamt, die Koordinierungsstelle Arbeit statt Sozialhilfe, die kommunale Beratungsstelle für junge SozialhilfeempfängerInnen (job & more), die Beratungsstelle für junge Arbeitslose, Vertreter der Wirtschaftsverbände (Handwerkskammer, IHK), Kitas, zwei Hauptschulen einschließlich Schulsozialarbeit, eine Sonderschule, eine Berufsschule, freie Träger der Jugend(berufs)hilfe sowie die WOGEBE mit ihrer Tochter HVS. Zu den maßgeblichen Akteuren des Kooperationsverbundes zählen ferner der Verein Palais e.V., eine Jugendhilfeeinrichtung, die schwerpunktmäßig Maßnahmen gemäß § 11 Sofortprogramm durchführt. Palais e.V. übernimmt auch die Aufgabe der Schulsozialarbeit und unterhält daher bereits intensive Kooperationsbeziehungen zu einer Hauptschule im Programmgebiet. Sehr aktiv in diesem Stadtviertel und darüber hinaus ist ferner die Bürgerservice gGmbH als Träger von Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen beispielsweise im Gastronomiebereich. Die Bürgerservice gGmbH unterhält auch ein sogenanntes Quali-Center, das im Zusammenhang mit dem Programm KuQ genutzt werden sollte. Im Kooperationsverbund sollten auf der Basis einer differenzierten Bestandsaufnahme und Problemanalyse gemeinsame Strategien und Ziele vereinbart und Projektmaßnahmen geplant und realisiert werden. Zwischen der Stadt Trier (für das Jugendamt, das Sozialamt und das Amt für soziale Gemeinschaftsaufgaben) und dem Arbeitsamt Trier wurde eine Kooperationsvereinbarung getroffen mit dem Ziel, das Programm KuQ gemeinsam mit den Maßnahmeträgern umzusetzen.

Die Organisation und Moderation des Kooperationsverbunds erfolgte durch die Mitarbeiterinnen des Vereins Jugend und Arbeit e.V. Seine Gründung 1986 verdankte der Verein der Modellförderung von Verbundsystemen durch den Kinder- und Jugendplan. Nach Ablauf der Modellphase 1992 wurde sein Aufgabenbereich auf andere Zielgruppen ausgeweitet zu einem Verbundsystem „Arbeitsmarktintegration Benachteiligter in der Region Trier". Der Verein führt selbst keine Maßnahmen durch, sondern ist vor allem zuständig für Information, Kommunikation und Kooperation im Bereich der Benachteiligtenförderung. Er führt z.B. Fachtagungen durch, informiert über Förderprogramme, managt verschiedene Arbeitskreise und bietet Fortbildung an. Die Mitarbeiterinnen des Vereins verfügen daher über große Erfahrungen bei der Moderation von Arbeitskreisen. Sie übernahmen wie geplant auch die vorgeschaltete Bestandsaufnahme, die quantitative und qualitative Daten über die Situation und die Bedarfe im Programmgebiet lieferte (Anzahl der SchulabgängerInnen, Art der Schulabschlüsse, Verbleib nach dem Schulabgang etc.). Die Daten wurden dem Kooperationsverbund als Planungsgrundlage zur Verfügung gestellt. Der Kooperationsverbund selbst sollte während der Projektlaufzeit (September bis Dezember) vier mal zusammen treffen. Geplant waren folgende Veranstaltungen des Verbundes:

- Durchführung eines Einstiegsworkshops, auf dem die Ergebnisse der Bestandsaufnahme präsentiert und diskutiert und die weiteren Ziele und Strategien festgelegt werden sollten.

© Stiftung SPI 2004

- Durchführung von zwei Arbeitssitzungen, auf denen ausgewählte Themen vertieft werden sollten (z.B. Gender Mainstreaming, Probleme der Berufsorientierung und der Arbeitsmarktpolitik etc.).
- Durchführung eines Auswertungsworkshops, auf dem Bilanz gezogen und Maßnahmen zur Weiterführung entwickelt werden sollten.

Als mögliche Maßnahmen zur Verbesserung des Übergangs Schule – Beruf wurden im KuQ-Antrag Wochenendworkshops zur Berufsorientierung, Lebensplanung und zum Bewerbungstraining, individuelle begleitende Förderung junger Menschen aus dem Stadtteil bei Praktikums-, Ausbildungs- und Arbeitsplatzsuche, Schulprojektwochen zur Berufsorientierung, Kompetenztraining für sozial benachteiligte Jugendliche, Selbstbehauptungskurse für Mädchen, Deeskalationstraining und Streitschlichtung (Ausbildung von MultiplikatorInnen) vorgeschlagen. Das tatsächlich später durchgeführte KuQ-Programm hatte dann etwas andere Schwerpunkte, die sich aus der differenzierten Bestandsaufnahme und Problemanalyse des Vereins Jugend und Arbeit ergaben.

Projektumsetzung

Die Vorgehensweise orientierte sich am klassischen Ablauf von Sozialplanung:

- Bestandsaufnahme: Quantitative und qualitative Bedarfsanalyse auf der Basis von Experteninterviews und Interviews mit SchulabgängerInnen aus Trier-Nord.
- Maßnahmeplanung und -umsetzung auf der Basis der Bedarfsanalyse.
- Evaluation und Dokumentation der Ergebnisse.

Unmittelbar nach Bewilligung des KuQ-Antrags Mitte August 2002 begann der Verein Jugend und Arbeit mit der Umsetzung der geplanten Arbeitsschritte. Bis Mitte September 2002 wurde mit Vertretern von 19 Ämtern, Vereinen, Schulen und anderen Einrichtungen, die im Kooperationsverbund vertreten sind, Experteninterviews durchgeführt. Die Ergebnisse der Expertengespräche wurden auf dem Einstiegsworkshop Ende September präsentiert und diskutiert. Danach ist ein Großteil der Probleme von Jugendlichen im Stadtteil zurückzuführen auf Stigmatisierung, Abschottung, familiäre Probleme und schulische Defizite. Die Experten machten auch mehr oder weniger konkrete Verbesserungsvorschläge, die teilweise in die Projektplanung mit einflossen: Verbesserung der Kommunikationsstrukturen, mehr Transparenz und Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure, Einrichtung einer Job-Börse als Anlaufstelle für Jugendliche, passgenauere Beratung und Einzelfallhilfe, Schaffung von berufs- und praktikumsorientierten Maßnahmen.

Anschließend wurden auf diesem ersten Treffen in mehreren Kleingruppen auf der Basis der Problemanalyse konkrete Projektideen gesammelt: Einzelfallbetreuung für SchulabgängerInnen einer Hauptschule, Assessment-Center, Training von Schlüsselqualifikationen in fünf Klassen, ein Workshop Berufsorientierung an fünf Abgangsklassen, Aufbau einer Datenbank (Job-Börse), ein Workshop „Kommunikation und Interaktion beim Vorstellungsgespräch“ für SchülerInnen zwei neunter Klassen, ein Kurs „Soziale Basiskompetenzen stärken“ für SchülerInnen einer fünften Klasse, das Projekt „Fliegender Wechsel“ (Übergabe von SchulabgängerInnen an die Berufsschule), Aufbau einer Internetplattform K&Q. Einige der Projektideen wurden von den Arbeitsgruppen des Kooperationsverbundes in separaten Treffen vor der ersten Arbeitssitzung konkretisiert.

Auf der ersten Arbeitssitzung des Kooperationsverbundes Ende Oktober 2002 wurden die Ergebnisse der Schulabgängerbefragung präsentiert. Die Interviews wurden an den Treffpunkten der Jugendlichen durchgeführt. Allerdings konnten so nur 27 der 52 SchulabgängerInnen (52 Prozent) erfasst werden, und es ist zu vermuten, dass gerade die „schwierigen“ Jugendlichen in der Stichprobe tendenziell unterrepräsentiert sind. Ein Abgleich mit den Ergebnissen mit den Experteninterviews ergab folgende Übereinstimmungen:

© Stiftung SPI 2004

- Die Berufswünsche und -vorstellungen der SchulabgängerInnen sind häufig unrealistisch und unreflektiert.
- Das Spektrum sowohl der Berufswünsche als auch der Berufschancen ist vor allem bei Mädchen relativ eng.

Eine Verbleibanalyse ergab, dass nur ein kleiner Teil der SchulabgängerInnen einen Ausbildungsplatz gefunden hatte; die meisten befanden sich zum Zeitpunkt der Befragung in berufsvorbereitenden oder außerbetrieblichen Maßnahmen (BVJ, BGJ, BBE). Allerdings hatte ein Teil der Erreichten keine Lust, interviewt zu werden.

Aus der Sicht der SchulabgängerInnen ist das derzeitige Angebot der Hauptschule und des Arbeitsamtes zur Berufsorientierung/-findung nicht ausreichend. Das betrifft sowohl die Informationsinhalte als auch die Form der Informationsvermittlung. Zusätzliche schulische und außerschulische Maßnahmen, wie sie der Kooperationsverbund vorgeschlagen hat, sind also sowohl aus Schüler- als auch aus Expertensicht dringend notwendig. Anders als von den Experten vermutet ist bei vielen SchulabgängerInnen jedoch eine grundsätzliche Motivation für Ausbildung und Arbeit vorhanden. Ähnliches gilt für die Bereitschaft zur Mobilität. Auch die Unterstützung der Jugendlichen durch ihre Eltern ist größer als von den Experten vermutet.

Auf der ersten Arbeitssitzung des Kooperationsverbundes wurden ferner die einzuleitenden Maßnahmen konkretisiert. Von den auf dem Einstiegsworkshop erarbeiteten Projektvorschlägen wurde nur das Projekt Datenbank gestrichen, weil die permanente Datenpflege und somit die Nachhaltigkeit des Projekts nicht garantiert werden konnten. Außerdem sind sowohl bei den Schulen als auch bei den Trägern bereits genügend Informationen z.B. über Praktikumsplätze und Jobmöglichkeiten in irgend einer Form gespeichert. Von den neun in den Kleingruppen erarbeiteten Projektvorschlägen wurden somit acht realisiert:

Abb. 37

KuQ-Projektmaßnahmen des Kooperationsverbundes Trier-Nord

Nr.	Titel der Maßnahme	Zielgruppe(n)	Inhalte/Ziele	Träger/Kooperationspartner	Zeitraum/ Dauer
1	Einzelfallbetreuung	AbgängerInnen einer Hauptschule (7. bis 10. Klassen)	Berufsorientierung/ Bewerbungstraining/ Betriebsbesichtigung/Berufswegeplanung/ individ. Begleitung	Bürgerhaus/ Hauptschule/ Arbeitsamt	2 Sprechstunden pro Woche 2 Projekttage
2	Assessment-Center	15 SchülerInnen an drei Haupt- und Sonderschulen	Feststellung individueller Neigungen und Potenziale, prakt. Arbeitserprobung	Bürgerservice/ 3 Schulen	40 Stunden je TeilnehmerIn
3	Training Schlüsselqualifikationen	Fünf Klassen an drei Schulen/Kinder und Erzieherinnen Hort	Bearbeitung von Themenbereichen wie Pünktlichkeit, Ordnung etc.; Gesprächstraining	Palais e.V./ 3 Schulen/Hort/ Jugendamt	5 Trainingseinheiten á 8 Wochen
4	Workshop Berufsorientierung	Fünf Abgangs-klassen an drei Schulen	Selbsteinschätzung, Selbstwahrnehmung	Palais e.V./ 3 Schulen/ Arbeitsamt	5 2-tägige Workshops
5	Kommunikation und Interaktion beim Vorstellungsgespräch	Zwei 9. Klassen einer Hauptschule (40 SchülerInnen)	Kommunikative Gesprächstechniken, Anforderungen der Berufswelt	Hauptschule/ Schulsozialarbeiterin/Ausbilder HWK/Arbeitsamt	1 ½ Tage
6	Stärkung der sozialen Basiskompetenzen (Methodentraining)	Eine 5. Klasse einer Hauptschule (18 SchülerInnen)	Einübung von Basiskompetenzen, Strategien zur Konfliktbewältigung	Hauptschule/ Schulsozialarbeiterin/Palais e.V. Exzellenzhaus	1 ½ Tage

© Stiftung SPI 2004

7	Fliegender Wechsel	SchulabgängerInnen	Optimierung des Übergangs von allgemeinbildenden Schulen an Berufsschulen	Haupt- und Sonderschulen/ Berufsschule	2 Treffen pro Jahr
8	Internetplattform KuQ Trier-Nord	Interessierte SchülerInnen/Fachöffentlichkeit	Aufbau einer Homepage zum KuQ-Projekt Trier-Nord	Exzellenzhaus/ Kooperationsverbund/Jugend+Arbeit e.V.	Ab Okt. 02 für 12 Monate

Die zweite Arbeitssitzung des Kooperationsverbundes Ende November befasste sich schwerpunktmäßig mit der Entwicklung einer längerfristigen Perspektive des Kooperationsverbundes nach Ablauf der KuQ-Förderung und mit dem Thema Gender Mainstreaming, also mit den geschlechtspezifischen Ungleichheiten im Programmgebiet im Bereich Berufsorientierung. Die Situationsanalyse ergab, dass Mädchen früh Verantwortung (z.B. für jüngere Geschwister) übernehmen müssen, früh eigene Kinder haben, sich über Haushalt und Kinder definieren und mit dieser Rolle auch identifizieren.

Bei Jungen dagegen stellt sich das Problem, dass Devianz häufig als Prestigegewinn und statusfördernd angesehen wird. Beide Geschlechter orientieren sich an traditionellen geschlechtstypischen Berufsbildern. Wenn Mädchen sich bewusst für typisch männliche Beruf entscheiden, haben sie sich bereits intensiv damit beschäftigt und sind auch sehr motiviert. Ähnliches gilt auch für Jungen. Beide Geschlechter haben jedoch bei „untypischen“ Berufspräferenzen innerhalb ihrer Cliquen und Peergroups einen schweren Stand. Die „Normierung“ findet spätestens ab dem elften Lebensjahr statt, ist aber zum Teil schon vorher stark ausgeprägt.

Die acht KuQ-Einzelprojekte (siehe oben) wollten ganz im Sinne von Gender Mainstreaming auch dieser frühzeitigen geschlechtstypischen Fixierung entgegen arbeiten durch das frühzeitige Setzen von andern Impulsen und Vorbildern. Verhaltensweisen und (Berufswahl)Entscheidungen, die die typischen Rollenklischees durchbrechen können, sollten gezielt gefördert werden.

Ergebnisse und Perspektiven

Alle acht Einzelprojekte wurden im geplanten Umfang und Zeitrahmen durchgeführt. Insgesamt wurden die Angebote von 310 Kindern und Jugendlichen genutzt, wobei einzelne Personen auch von mehreren Angeboten partizipierten.

Da das Trierer KuQ-Projekt sehr stark auch den Gender-Aspekt berücksichtigte, wurde eine nach Geschlechtern getrennte Auswertung und Dokumentation vorgenommen, die zum Einen die Dringlichkeit geschlechtsspezifischer Ansätze bestätigt, zum Anderen aber auch Belege dafür liefert, wie schwierig es ist, geschlechtsspezifische Rollen und Präferenzen zu durchbrechen. Der Anteil der männliche Jugendliche an allen Angeboten lag mit 57 Prozent (178 Personen) deutlich über dem der weiblichen Jugendlichen (132 Personen). Typischerweise waren lediglich im Bereich der Maßnahmen zur Stärkung der sozialen Kompetenzen mehr Teilnehmerinnen als Teilnehmer gemeldet. Vor allem in zwei Projekten war ein auffälliges Ungleichgewicht zu beobachten: Bei dem Projekt „Assessment-Center“ waren lediglich zwei der insgesamt 15TeilnehmerInnen weiblichen Geschlechts, und das Projekt „Internetplattform KuQ“ wurde ausschließlich von männlichen Jugendlichen durchgeführt. Die von ihnen mit gestaltete Homepage zum KuQ-Programm Trier-Nord wurde wie geplant Anfang Januar 2003 ins Netz gestellt (kundq-trier.de) und dokumentiert inhaltlich und formal den hohen professionellen Anspruch des Trierer KuQ-Programms.

Angesichts der kurzen Projektlaufzeit haben die Projektverantwortlichen im sozialen Brennpunkt Trier-Nord ein umfangreiches Programm durchgeführt und hier vor allem ein auf Dauer angeleg-

© Stiftung SPI 2004

tes Kooperationsnetzwerk im Bereich Übergang Schule – Beruf aufgebaut. Das KuQ-Projekt Verbesserung der Berufsorientierung und des Übergangs Schule – Beruf für junge Menschen in Trier-Nord profitierte dabei zum Einen von den kooperativen und kommunikativen Strukturen rund um das Bürgerhaus Trier-Nord, die sich im Zuge der genossenschaftlichen Arbeit der WOGEBE in den letzten Jahren entwickelt haben. Zum Anderen war das Projekt durch den Verein Jugend und Arbeit in das Verbundsystem „Arbeitsmarktintegration Benachteiligter im Raum Trier" eingebunden und konnte so auf ein bereits bestehendes Netzwerk und einschlägige Erfahrungen bei der sozialen Integration von benachteiligten Kindern und Jugendlichen zurück greifen.

Auch in Trier ist es allerdings nur ansatzweise gelungen, die lokale Wirtschaft und deren Interessenvertreter in das Projekt einzubinden. IHK und Handwerkskammer meldeten zwar ihr Interesse an, konnten oder wollten an den Sitzungen des Kooperationsverbundes jedoch nicht teilnehmen. Das Arbeitsamt nahm an zwei der vier Sitzungen teil. Zurück gehalten hat sich auch das Amt für Wirtschaftsförderung. So waren die VertreterInnen des Jugend- und des Sozialamtes sowie der im Stadtteil arbeitenden sozialen und Jugendhilfeeinrichtungen des Arbeitskreises Trier-Nord (Bürgerhaus, Jugendzentrum, Bürgerservice gGmbH, Palais e.V., TINA e.V.), der Schulen und der Horte weitgehend unter sich. Wie an fast allen KuQ-Standorten blieben auch in Trier die Sektoren Ökonomie und Soziales weitgehend getrennt. Die Verbindungslinien der Sozialen Arbeit zum ersten Ausbildungs- und Arbeitsmarkt („Alpha-System") konnten kaum ausgebaut werden.

Auch an manchen Schulen begegneten die Lehrkräfte der Forderung nach Öffnung mit gemischten Gefühlen. Der Vorwurf, sie würden die SchülerInnen nicht genügend auf die Zeit nach der Schule vorbereiten, trifft die Schulen hart – nicht nur in Trier-Nord. Missstände und Defizite im Bereich der sozialen Kompetenzen und der Berufsorientierung werden von den Schulen generell gerne anderen Institutionen oder den Familien angelastet. Die Schulen seien für Bildung zuständig, nicht für Erziehung, wird seitens der Schulen häufig argumentiert. Vor allem die Hauptschule sieht sich angesichts der auftretenden sozialen Probleme überfordert und fordert die Unterstützung durch Schulsozialarbeit ein.

Das KuQ-Projekt *Verbesserung der Berufsorientierung und des Übergangs Schule – Beruf für junge Menschen in Trier-Nord* hat durch die Gründung eines Kooperationsverbundes und die gemeinsame Planung und Umsetzung konkreter Maßnahmen und Projekte die Kooperationsbeziehungen vor allem dadurch verbessert und ausgebaut, indem es die Verantwortung für den Bereich Übergang Schule – Beruf auf verschiedene Institutionen (einschließlich der Schulen) übertragen hat, die sich mit ihren Erfahrungen einbringen konnten.

Der Kooperationsverbund soll über die begrenzte Laufzeit des Programms KuQ hinaus aktiv bleiben. Das Programm Soziale Stadt bietet Möglichkeiten der Finanzierung, ferner sollen Mittel der Kommune und der BA (Job-Aktiv-Gesetz, Sofortprogramm) akquiriert werden, um eine Nachhaltigkeit zu garantieren.

6.7.5 Jugendamt Fürth: KIDS (Kommt in die Schule)/Job-Weg-Plan

Das Gesamtprogramm KuQ

Das Jugendamt Fürth finanzierte aus dem KuQ-Verfügungsfonds insgesamt vier Einzelprojekte: Runder Tisch Jugendhilfe/Konferenz der Jugendhilfe, Parole – Deutsch spielend gelernt, KIDS und Job-Weg-Plan. Die beiden letztgenannten Projekte, die hier näher beschrieben werden, umfassten knapp 60 Prozent der beantragten Fördermittel aus dem KuQ-Verfügungsfonds.

Die Entwicklung des *Runden Tisches Jugendhilfe* zur *Konferenz Jugendhilfe* sollte die Institutionalisierung der sozialraumbezogenen Zusammenarbeit durch regelmäßige Arbeitstreffen, Vorstellung von Projekten, gemeinsame Fortbildung und Qualifizierung voran treiben. Zu diesem Zweck wurde im Herbst 2002 im Rahmen des Programms KuQ eine Konferenz durchgeführt, in deren

© Stiftung SPI 2004

Mittelpunkt die Frage der Partizipation von Kindern und Jugendlichen im Prozess der Stadtentwicklung stand. Eine zweite Konferenz Ende 2002 beschäftigte sich mir dem Thema Kooperationsstrukturen der Zukunft und mit den Ergebnissen der Projektgruppenarbeit und deren Umsetzung und Verstetigung. 36 von 51 eingeladenen Institutionen aus den Bereichen Bildung, Arbeit, Erziehung und Soziales haben sich an der Konferenz beteiligt, die auch in Zukunft regelmäßig stattfinden soll.

Mit Hilfe des Projekts *Parole – Deutsch spielend gelernt* sollte ursprünglich in Kooperation mit verschiedenen freien Kitas die Sprachkompetenz vor allem von Kindern nichtdeutscher Herkunft im Alter von 3 bis 6 Jahren und deren Eltern (vor allem Mütter) verbessert werden, und zwar durch den Einsatz spielerischer Sprachlernprogramme in Kindergärten und offenen Einrichtungen der Kinderarbeit sowie durch entsprechende Qualifizierung des Personals. Das Medienzentrum Parabol e.V. wurde mit der Umsetzung beauftragt.

Bei der Umsetzung dieser Projektidee stieß man jedoch auf eine Reihe von Problemen. Auch in Fürth musste man beispielsweise die Erfahrung machen, dass die Zielgruppe der ausländischen Mütter schwer zu erreichen und zu motivieren ist. Die starke türkische Gemeinschaft verweigert sich oft einer Öffnung nach außen, die häufig als Maßregelung (fehl)interpretiert wird. Die Eltern sprechen zu Hause nicht deutsch mit den Kindern und erlauben häufig nur sporadisch den Kindergartenbesuch. Es ergab sich daher die Frage, ob die Kita der richtige Ort für solch ein Projekt ist, zumal sich dort die Ghettobildung praktisch fortsetzt, die türkischen Kinder unter sich bleiben und die Sprachbarriere somit nicht durchbrochen werden kann. Außerdem kooperierten die beiden freien Kitas nicht wie geplant und lehnten eine Beteiligung an dem Projekt aus verschiedenen Gründen ab. Man entschied sich daher für eine Veränderung der Konzeption unter Beibehaltung der ursprünglichen Zielsetzung. Die Altersgrenzen wurden nach oben auf 5 bis 10 Jahre verschoben, die Projektumsetzung erfolgte ausschließlich in zwei kommunalen Kitas und zusätzlich im Spielhaus Lindenhain, eine Einrichtung, die offene Arbeit mit Kindern im Alter von 6 bis 12 Jahren anbietet. Begleitet wurde das Projekt wie geplant von Parabol. Die Beteiligung der Mütter war nun erst für eine weitere Projektphase vorgesehen; dann sollen sich die MitarbeiterInnen der Einrichtungen auch unter der Anleitung von Parabol die notwendigen Kenntnisse beim Umgang mit der Sprachlernsoftware erarbeitet haben. Erst danach soll geprüft werden, ob das Projekt auf andere Einrichtungen ausgedehnt werden kann.

Ausgangslage

Programmgebiet

Die Fürther Innenstadt gehört bereits seit 1999 zum Bund-Länder-Programm Soziale Stadt und erhält in Bayern die höchster Förderung aus diesem Programm, was bereits als Hinweis auf die Dringlichkeit städtebaulicher und sozialer Maßnahmen in diesem Gebiet gewertet werden kann. Ausgangspunkt des Antrags auf Aufnahme in das Programm Soziale Stadt war der Sozialbericht der Jugendhilfeplanung und des Ausländerbeauftragten, der sämtliche soziale Indikatoren des potenziellen Programmgebietes zusammengefasst und auf die Problemlage hingewiesen hat (siehe unten). Da zur Zeit der Antragstellung die Position des Referenten für Jugend, Schule, Kultur und Soziales vakant war, hat das Baureferat sich auf der Basis des Sozialberichts der Jugendhilfeplanung erfolgreich für das Programm Soziale Stadt beworben und aufgrund einer Entscheidung des damaligen Oberbürgermeisters auch die Federführung bei der Umsetzung des Programms übernommen.

Anders als in den meisten anderen Kommunen liegt hier das Gebiet der Sozialen Stadt nicht an der Peripherie, sondern zentral in der Fürther Innenstadt. Es handelt sich dabei größtenteils um Bausubstanz aus der so genannten Gründerzeit Ende des 19. Jahrhunderts mit großem Sanierungsbedarf. Den im 16. Jahrhundert aus Nürnberg vertriebenen Juden erlaubten der Markgraf von Ansbach und der Dompropst von Bamberg gegen Zahlung eines hohen Schutzgeldes, sich in Fürth niederlassen. Die Juden verhalfen der Stadt in der Folgezeit zu wirtschaftlichem Aufschwung, vor

© Stiftung SPI 2004

allem im 19. Jahrhundert als Pioniere der Industrialisierung. Aus dieser Zeit stammt ein Großteil der ehemals jüdischen Wohngebäude in der Fürther Innenstadt, die im Zweiten Weltkrieg von Bomben weitgehend verschont wurden, allerdings aus verschiedenen Gründen seither auch keine Modernisierung erfahren haben und von denen laut einer 2000/2001 durchgeführten Untersuchung nach § 141 BauGB 50 Prozent in einem schlechten bis sehr schlechten baulichen Zustand und damit dringend sanierungsbedürftig sind. 35 Prozent der Wohnungen im Programmgebiet haben Außentoiletten, und in 20 Prozent fehlen Dusche oder Bad. Viele Häuser sind im Lauf der Jahrzehnte eigentlich unbewohnbar geworden, jedoch hat das niedrige Mietniveau eine entsprechende Klientel angezogen, die die erheblichen Mängel notgedrungen in kauf nimmt, während die Hausbesitzer und früheren Bewohner in die Vororte gezogen sind, die im Zuge der Verwaltungsreform in den 70-er Jahren des 20. Jahrhunderts einverleibt worden waren. Kommunale Investitionen konzentrierten sich seither auf die umliegenden ehemals eigenständigen Gemeinden („Speckgürtel“), wodurch die sozialen Segregationsprozesse zwischen den Stadtgebieten in Gang gesetzt und verstärkt wurden. Bezeichnenderweise ist die Fürther Innenstadt auch nicht in den maßgeblichen politisch Gremien vertreten. Es gehört zu den typischen Begleiterscheinungen der Entwicklung solcher vernachlässigter Quartiere, dass ein großer Teil ihrer BewohnerInnen es aufgegeben hat, mit ihrer Stimme Einfluss auf die Politik zu nehmen (Häußermann/Kapphan 2000, S. 269).

Das frühere Stadtgebiet zwischen den Flüssen Pegnitz und Rednitz ist heute geprägt durch soziale Armut, einen überdurchschnittlichen Anteil von Kindern und Jugendlichen, ein niedriges Bildungsniveau, einen hohen Anteil von SchulabgängerInnen ohne Abschluss, viele Migrantenfamilien und hohe Arbeitslosigkeit. 13 000 Menschen leben im extrem verdichteten Programmgebiet auf einer Bruttofläche von 111 qm je Einwohner (gesamtstädtischer Durchschnittswert 573 qm). Der Ausländeranteil beträgt 40 Prozent. Die räumliche Verdichtung von sozialen Problemlagen zeigt sich auch daran, dass 20 Prozent aller Arbeitslosen und 20 Prozent aller SozialhilfeempfängerInnen der Stadt Fürth in der Innenstadt leben.

Der Segregationsprozess hat auch dazu geführt, dass die Kaufkraft der BewohnerInnen der Fürther Innenstadt ständig gesunken ist. Viele Geschäfte haben daher geschlossen, die Cityfunktion ist weitgehend verloren gegangen – ein Prozess, der durch den Bau der U-Bahn verstärkt worden ist, die ihre Fahrgäste in wenigen Minuten von Fürth nach Nürnberg bringt. Die Fürther Altstadt führt daher auch ökonomisch eine Art Windschattenexistenz.

Voraussetzungen

Vor diesem Hintergrund war die Aufnahme der Fürther Innenstadt in die Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt fast reine Formsache. Allerdings konnte sich das Jugendamt mit seinen Vorstellungen von einer sozialen Stadt bislang kaum durchsetzen. In den ersten vier Jahren der Programmlaufzeit wurden ca. 70 Prozent der Mittel für den Kulturbereich eingesetzt. Das Programm KuQ wurde daher vom Jugendamt genutzt, um wenigstens einige kleinere Projekte im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe zu konzipieren und umzusetzen und um dem Runden Tisch Jugendhilfe (siehe oben) innerhalb der bestehenden Arbeitsstrukturen der Sozialen Stadt eine bessere Position zu verschaffen. Der Runde Tisch „Kinder und Jugendliche in der Fürther Innenstadt“ besteht seit Herbst 2001. Drei Projektgruppen haben auf einer Tagung des Runden Tisches Anfang Mai 2002 konkrete Programmziele und Projektideen vorgestellt, deren Umsetzung und Finanzierung letztlich durch das Programm KuQ ermöglicht wurden. Auf der Tagung waren Vertreter aller Institutionen vertreten, die sich mit Kindern und Jugendlichen befassen (Jugendamt, freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe, Ausländerberatung, Schulen, Quartiersmanagement, Polizei). Auch bei der Umsetzung der drei Projektideen (Parole – Deutsch spielend gelernt, KIDS und Job-Weg-Plan) konnte man auf ein differenziertes Netzwerk zurück greifen und mit breiter Unterstützung rechnen. Die Realisierung des Projekts KIDS unter Federführung der Abteilung Soziale Dienste des Jugendamtes war beispielsweise nur möglich dank der überwiegend ehrenamtlichen Mitarbeit zahlreicher HelferInnen aus Kitas, Schulen, dem Jugendcafé Catch Up, dem Jugendbildungszentrum Connect, dem Kinder- und Jugendhilfezentrum Fürth, dem Kinderheim St. Michael, der Aus-

© Stiftung SPI 2004

länderberatung, dem Quartiersmanagement sowie dank der Unterstützung durch die Fürther Polizei und die Geschäftsinhaber der Innenstadt. Schirmherr des Projekts war der Oberbürgermeister.

Eine weitere Voraussetzung für die gelungene Umsetzung der Projektideen war die Mitarbeit des Spielhauses Lindenhain (offene Arbeit mit Kindern im Alter von 6 bis 12 Jahren), des Arbeitsamtes Fürth (Berufsberatung), der gemeinnützigen Beschäftigungsgesellschaft elan und des Internationalen Bundes (IB).

Programmziele

KIDS - Kommt in die Schule

Das Projekt KIDS widmete sich dem Problem Schulverweigerung/Schuleschwänzen. Zielgruppen waren HauptschülerInnen der Klassenstufen 5 bis 9, deren Eltern, die drei Hauptschulen im Programmgebiet, deren Lehrkräfte sowie das gesamte Umfeld (BewohnerInnen und GeschäftsinhaberInnen in der Innenstadt). Bei (potenziellen) Schulverweigerern sollte die Lust am Lernen (Arbeitstitel des Projekts) geweckt und der „Einstieg in den Ausstieg“ des Schuleschwänzen reduziert werden. Mit der Kampagne wollte man auch Eltern, Öffentlichkeit und Fachkräfte für das Thema sensibilisieren. Durch die Zusammenarbeit der beteiligten Partner und Institutionen sollten gemeinsame Strategien beim Umgang mit dem Problem Schulverweigerung entwickelt werden.

Job-Weg-Plan

Das Projekt Job-Weg Berufsorientierung/Job-Weg-Plan wollte modellhaft neue Wege der Berufsorientierung für SchülerInnen einer Hauptschule im Programmgebiet entwickeln und erproben. Von September bis Ende Dezember 2002 sollten auf der Basis einer Ist-Analyse Angebote und Bedarfe zum Thema Berufsorientierung gemeinsam mit SchülerInnen, LehrerInnen, dem Arbeitsamt und anderen relevanten Partnern eruiert werden, um die Voraussetzungen für eine individuelle und systematische Berufswegeplanung zu schaffen. Kein Jugendlicher sollte ohne einen individuellen Berufswegeplan und eine Begleitung bei dessen Umsetzung entlassen werden. Die beteiligungsorientierte Konzeption soll Grundlage werden für die Installation eines kontinuierlichen Angebots an dieser Schule, aber auch an weiteren Hauptschulen in Fürth. Außerdem sollten dauerhafte Finanzierungsmodelle entwickelt werden.

Projektkonzeption

KIDS - Kommt in die Schule

Das Projekt *KIDS – Kommt in die Schule* wurde konzipiert von der Projektgruppe II des Runden Tisches Innenstadt, die sich mit 10-14-Jährigen beschäftigte. *KIDS* hieß ursprünglich *Lust am Lerne*n und wurde bei Projektbeginn auf Anregung der SchülerInnen mit einem etwas griffigeren Titel versehen. Das Projekt wurde vom Schulamt unterstützt und setzte sich aus fünf Modulen zusammen:

- Schriftliche Befragung von SchülerInnen der Klassenstufen 5 bis 9 zum Thema Schuleschwänzen,
- Information des Einzelhandels in der Fürther Innenstadt („Räume für Schulschwänzer enger machen“),
- Information der Eltern durch Infostände, Schulbriefe etc.,
- Durchführung einer Telefonaktion („Expertenhotline“) gemeinsam mit einer Fürther Tageszeitung,
- Durchführung einer so genannten Schulpass-Aktion.

© Stiftung SPI 2004

Ausgangspunkt für die Konzipierung des Projekts war die Tatsache, dass sich in der Fürther Innenstadt immer mehr Kinder und Jugendliche während der Schulzeit auf den Straßen und in Geschäften aufhalten. Die Einbindung des Einzelhandels war daher fester Bestandteil der Projektkonzeption. Die GeschäftsinhaberInnen und -mitarbeiterInnen sollten für das Problem Schulverweigerung sensibilisiert werden und gezielt Kinder ansprechen, die sich während der Schulzeit in ihren Räumen aufhalten, und die Räume für Schuleschwänzer dadurch enger machen. Eltern sollten gezielt in ihrer Muttersprache angesprochen und über das Phänomen Schulverweigerung informiert werden. Im Rahmen einer zentralen Telefonaktion sollten Experten ratsuchenden Schülern und Eltern an einem bestimmten Tag mit ihrem Wissen und ihren Vorschlägen zur Verfügung stehen. Und schließlich sollten im Rahmen der Aktion Schulpass alle SchülerInnen in einem Zeitraum von vier Wochen täglich beim Schulbesuch einen Stempel in ihrem Schulpass bekommen. Unter den SchülerInnen mit komplett gestempelten Pässen sollten auf einem Abschlussfest attraktive Preise verlost werden. Die Projektleitung übernahm die Abteilung Soziale Dienste des Jugendamtes Fürth mit zahlreichen größtenteils ehrenamtlichen HelferInnen aus verschiedenen Einrichtungen.

Job-Weg-Plan

Zentrales Element des Projekts *Job-Weg-Plan* bildete eine beteiligungsorientierte Ist-Analyse der Angebote und Bedarfe zum Thema Berufsorientierung an einer Hauptschule („Problemschule“) im Programmgebiet. Die Untersuchung sollte die Gründe für Übergangsprobleme modellhaft an einer Schule mit einem hohen Anteil nichtdeutscher SchülerInnen im Programmgebiet Fürther Innenstadt eruieren. Basisdaten hierzu sollte eine schriftliche Befragung von 58 SchulabgängerInnen und von 178 SchülerInnen der Klassenstufen 7 bis 9 sowie deren KlassenleiterInnen liefern. Die Fragen an die KlassenleiterInnen bezogen sich auf die ebenfalls befragten 178 SchülerInnen; das Verfahren ermöglichte somit einen Abgleich der Angaben der beiden Zielgruppen in Form einer Selbst- und Fremdeinschätzung.

Wie alle Fürther KuQ-Projekte war das Projekt eingebunden in die Konferenz Jugendhilfe in der Fürther Innenstadt. Das Projekt wurde von MitarbeiterInnen des IB und der elan gGmbH auf der Basis einer Leistungsvereinbarung mit dem Stadtjugendamt Fürth durchgeführt. Die Projektgruppe, die das Projekt konzipiert und entwickelt hatte, begleitete alle Schritte. Für die SchülerInnen der „Problemschule“ sollen auf der Basis der erhobenen Daten realistische Berufswegekonzepte entwickelt werden. Ferner sollte das Projekt Basisdaten und letztlich auch Argumente liefern für die Konzipierung und Realisierung einer schulnahen Hausaufgaben-/Nachmittagsbetreuung an der Schnittstelle Schule/Jugendhilfe.

Projektumsetzung

KIDS - Kommt in die Schule

Die MitarbeiterInnen des Jugendamtes und anderer kooperierender Einrichtungen (Jugendhilfezentrum, St. Michaelsheim, Sozialdienst, Schulen) begannen Ende September 2002 mit der Umsetzung der geplanten Module des Projekts KIDS. An den teilnehmenden Schulen wurden die Fragebogen für SchülerInnen der Klassenstufen 5 bis 9 verteilt, die später von einer Honorarkraft des Bildungsträgers elan ausgewertet wurden. Jedes Geschäft in der Innenstadt wurde kontaktiert und über die Aktion informiert, insbesondere auch das große Einkaufszentrum City-Center inklusive Management und Sicherheitsdienst. Anfang Oktober fand außerdem ein Infoabend für die Fürther Einzelhändler statt. Mehrsprachige Infoblätter (deutsch, türkisch, russisch) wurden hergestellt und u.a. an einem Stand in der Fußgängerzone verteilt. Auch für Eltern gab es außerdem einen Infoabend.

© Stiftung SPI 2004

An den Schulen wurden die Schulpässe ausgegeben, mit denen die SchülerInnen über einen Zeitraum von 15 Tagen (vom 7. bis 25. Oktober) ihre Anwesenheit bestätigen lassen konnten. Ein komplett abgestempelter Schulpass berechtigte zur Teilnahme an einer Abschlussparty mit Live-Musik und Preisverleihung („...fette Preise warten auf Dich“) am 6. November in der Stadthalle Fürth. Verschiedene Sponsoren stifteten attraktive Preise (u.a. Mountenbikes, Inline-Skates und eine Jahreskarte für ein Schwimmbad). Die Ziehung der Hauptgewinne erfolgte durch den Bürgermeister.

Für die Telefonaktion wurde die Lokalpresse eingebunden; drei Experten des Jugendamtes, der Erziehungsberatung und der Polizei warteten am 11. Oktober von 17:00 bis 18:00 Uhr in den Räumen der Fürther Nachrichten, um anonym Fragen insbesondere von Eltern zu beantworten. Ähnliche Aktionen im Gesundheits- und Wirtschaftsbereich hatten sich bereits bewährt; an diesem Tag jedoch warteten die Experten vergeblich: es gab keinen einzigen Anruf.

Die Expertenhotline zum Thema Schuleschwänzen erwies sich letztlich als einziger Fehlschlag; dagegen war beispielsweise das Abschlussfest ein voller Erfolg. Die Umsetzung der Projektkonzeption im geplanten Umfang wurde allerdings dadurch beeinträchtigt, dass nur zwei von drei Schulen im Programmgebiet sich an der Aktion beteiligt haben. Das Kollegium einer Schule war mehrheitlich dagegen, wobei es sich ausgerechnet um jene Schule handelte, an der parallel zu *KIDS* das Projekt *Job-Weg-Plan* durchgeführt wurde. Die Aktion *KIDS*, so die Argumentation, belohne einen ganz normalen Vorgang, nämlich die Wahrnehmung der Schulpflicht. Positive Verstärker seien daher unangebracht und kontraproduktiv. Außerdem sei Schulverweigerung an dieser Schule kein nennenswertes Problem – eine Behauptung, deren Wahrheitsgehalt weder von den *KIDS*-Projektleitern noch von der wissenschaftlichen Begleitung überprüft werden konnte.

Job-Weg-Plan

Den Einstieg in das Projekt *Job-Weg-Plan* bildete eine Lehrerkonferenz Ende September 2002, auf der die mit der Projektumsetzung beauftragten Mitarbeiterinnen des IB und der elan gGmbH das Projekt vorstellten und um Unterstützung bei den Lehrkräften warben. Gleichzeitig erfolgten der Versand und die Ausgabe der Fragebögen an SchülerInnen der Klassenstufen 7 bis 9, an SchulabgängerInnen und LehrerInnen.

Die Fragebogen für die SchülerInnen und AbgängerInnen enthielten überwiegend geschlossene Fragen mit Antwortvorgaben zu folgenden Themenbereichen: Gründe für den Schulbesuch, Informationsgehalt des Faches Arbeitslehre, Wunschberuf, Praktika, Hilfestellungen bei der Berufsfindung und -orientierung, bei der Bewerbung und bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz.

Die LehrerInnen sollten für jede/n SchülerIn Angaben machen zum Sprachvermögen, zur Unterrichtsbeteiligung und zum Unterstützungsbedarf und eine Zukunftsprognose zum Schulerfolg abgeben („Wird die Schule voraussichtlich erfolgreich verlassen“...“Potenzielle/r FrühabgängerIn“). Der LehrerInnenfragebogen enthielt außerdem mehrere offene Fragen, die den Befragten die Gelegenheit boten, ihre Meinung und Einschätzung zum Thema Berufsorientierung/Übergang Schule – Beruf ausführlicher darzulegen.

Bis Mitte Oktober 2002 war die Feldarbeit abgeschlossen. Die Rücklaufquoten waren bei LehrerInnen (89 Prozent) und SchülerInnen (87 Prozent) erwartungsgemäß deutlich höher als bei den EntlassschülerInnen (38 Prozent). Die Datenbasis bildeten schließlich immerhin 334 Fragebogen. Nach der Datenerfassung und -auswertung wurden die Ergebnisse aufbereitet und auf mehreren Sitzungen der Projektgruppe und in der Schule präsentiert und ausführlich diskutiert.

Es ist grundsätzlich aus methodischen Gründen fraglich, ob eine Befragung von SchülerInnen das geeignete Instrument ist, um Erkenntnisse zu gewinnen über Gründe des Schulversagens oder der Schulverweigerung oder über den Stellenwert diverser Personen und Institutionen beim Prozess der Berufswahl und -findung, da man die SchülerInnen quasi zu Experten in eigener Sache macht.

© Stiftung SPI 2004

Sie sollen praktisch ihre eigenen Defizite und die ihres Umfeldes (z.B. Eltern) erkennen und bewerten. Dieses Verfahren setzt jedoch ein hohes Maß an Selbstreflexion und -kritik und ein sicheres Urteilsvermögen voraus, sofern man nicht Artefakte und Gemeinplätze produzieren will. Ausgerechnet an diesen Fähigkeiten mangelt es aber gerade bei dieser Zielgruppe häufig. Dass beispielsweise aus der Sicht der SchülerInnen die Eltern die wichtigsten Ansprechpartner bei Fragen der Berufswahl sind, sagt wenig aus über die tatsächliche Quantität und Qualität der elterlichen Beratung. Und dass man der Berufsberatung des Arbeitsamtes „viel Wissen zum Thema Berufsberatung“ attestiert, ist letztlich tautologisch.

Ernster zu nehmen sind die Angaben der LehrerInnen, die ja als PädagogInnen tatsächlich auch Expertinnen in diesen Fragen sind. Ihre Aussagen über die Fähigkeiten und Defizite ihrer SchülerInnen bringen zwar auch keine revolutionären Erkenntnisse, bestätigen jedoch die Ergebnisse der viel diskutierten PISA-Studie, wonach ein Großteil der SchülerInnen vor allem im sprachlichen Bereich erhebliche Defizite aufweist. Außerdem beteiligt sich nach Aussage der LehrerInnen nur jeder zweite Schüler konstruktiv und interessiert am Unterricht. Die übrigen werden mehr oder weniger als Störer oder passive Verweigerer eingestuft. Folgerichtig wird nach Einschätzung der Befragten nur jeder zweite Schüler die Schule erfolgreich – also mit Abschluss – verlassen. Die Tatsache, dass sich die Schule mit diesen Befunden praktisch selbst ein schlechtes Zeugnis ausstellt, kann eher als Beweis für die Gültigkeit der Einschätzungen gelten. Der klaren Diagnose folgen allerdings – wie so oft – eher hilflose Therapievorschläge (siehe unten), wobei ehrlicherweise gesagt werden muss, dass die Entwicklung praktikabler Lösungsmöglichkeiten eher Sache der Kultusministerien und Schulbehörden wäre.

Ergebnisse und Perspektiven

Das Jugendamt Fürth reagierte mit seinem Projektpaket im finanziell und vor allem zeitlich beschränkten Rahmen des Programms KuQ auf einige der drängendsten Probleme in der Fürther Innenstadt, nämlich auf die soziale, schulische und berufliche Benachteiligung vor allem der zahlreichen Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Zwar kann das differenzierte Programm die Ursachen der Misere kaum beheben (damit wäre das Programm KuQ insgesamt überfordert); immerhin aber ist es gelungen, einige der folgenschwersten Auswirkungen der Benachteiligung (die zugleich Ursachen sind für Probleme beim Übergang Schule – Beruf) von Kindern und Jugendlichen in einem sozialen Brennpunkt zumindest punktuell anzugehen wie beispielsweise mangelnde Sprachkompetenz (*Parole Deutsch spielend lernen*), Schulverweigerung (*KIDS*) und fehlende berufliche Orientierung und Perspektive (*Job-Weg-Plan*). Damit haben vom Fürther KuQ-Programm zahlreiche benachteiligte Kinder und Jugendliche von fünf bis 16 Jahren profitiert, aber auch Eltern, LehrerInnen und MitarbeiterInnen anderer Einrichtungen wie Kitas und Jugendzentren.

Es liegen zwar keine genauen Daten darüber vor, ob und in welchem Umfang die Schulverweigerung im Programmgebiet durch das Projekt *KIDS* nennenswert reduziert werden konnte. Auch bleibt fraglich, ob eine Befragung von SchülerInnen zum Thema Schulverweigerung die richtige Methode ist, um sich den Ursachen dieses Phänomens zu nähern. Immerhin ist es aber – auch dank der Einbindung der lokalen Medien – gelungen, das Thema öffentlich zu machen. Letztlich ging es den ProjektplanerInnen auch darum, eine „weiche“ Alternative zum „Nürnberger Modell“ aufzuzeigen, das mit Unterstützung des Bayerischen Kultusministeriums dem Problem Schulverweigerung weniger mit (sozial)pädagogischen, sondern überwiegend mit polizeilichen Methoden begegnet. Nach anfänglicher Skepsis haben sich auch die LehrerInnen der teilnehmenden Schulen von dem Projektansatz überzeugen lassen. *KIDS* hat vor allem auch die Zusammenarbeit zwischen den Institutionen Schule und Jugendhilfe intensiviert und insofern erfolgreich ein Handlungsfeld besetzt, in dem nach Meinung vieler MitarbeiterInnen der Jugendämter ein dringender Handlungsbedarf besteht.

Es hat sich gezeigt, dass Maßnahmen zur sozialen und schulischen Integration benachteiligter Kinder und Jugendlicher relativ frühzeitig in den Kitas und Horten einsetzen müssen, denn die

© Stiftung SPI 2004

SchülerInnenbefragung im Rahmen des Projekts *KIDS* ergab quasi als Nebeneffekt erschreckende Defizite im Schriftsprachbereich nicht nur bei ausländischen oder Aussiedlerkindern. Diese Fehlentwicklungen können von den Schulen auch mit großem Aufwand nur schwer korrigiert werden. Für die im Rahmen des Projekts *Job-Weg-Plan* befragten LehrerInnen sind Sprachprobleme ebenfalls eine der zentralen Ursachen für die schlechten schulischen Leistungen und die Probleme beim Übergang Schule – Beruf. Sie kritisierten ferner das Fehlen klarer Strukturen und den Mangel an verbindliche Inhalten im Lehrplan, die Überforderung der SchülerInnen durch zu viele Projekte und Unterrichtsgänge, die mangelnde Theorie-Praxis-Verzahnung, ein nur mäßiges Interesse der Eltern an den schulischen Leistungen ihrer Kinder und damit den Mangel an häuslicher Unterstützung, aber auch eine generell zu geringe Integrationsbereitschaft der türkischen Bevölkerung. Es wurden allerdings auch Vorwürfe und Forderungen laut, die sich auf die Konzipierung, Zielgruppen, Inhalte und Träger von außerschulischen Bildungsmaßnahmen bezogen. Das arbeitsmarkt- und bildungspolitische Instrumentarium der Arbeitsämter beispielsweise werde durch Mitnahmeeffekte entwertet. Das gelte für Betriebe und TeilnehmerInnen gleichermaßen. Viele Firmen ließen sich inzwischen die Einrichtung von Ausbildungsplätzen für „unversorgte“ LehrstellenbewerberInnen von der BA honorieren. Den Jugendlichen wiederum werde es in Maßnahmen „zu gemütlich gemacht“, abweichendes Verhalten werde belohnt, nur wer negativ auffällt werde gefördert etc. Konsequenterweise haben die Lehrkräfte dieser Problemschule auch eine Teilnahme am KuQ-Projekt *KIDS* abgelehnt. Begründung: Es sei kontraproduktiv, wenn SchülerInnen belohnt und mit Auszeichnungen bedacht werden, nur weil sie der (an sich selbstverständlichen) Schulpflicht nachgehen.

Die Ist-Analyse im Rahmen des Projekts *Job-Weg-Plan* lieferte eine Fülle von Daten, die modellhaft die Misere beim Übergang Schule – Beruf beleuchten. Daraus resultierte eine Vielzahl mehr oder weniger origineller Verbesserungsvorschläge der Projektgruppe:

- LehrerInnen brauchen einerseits mehr Unterstützung, andererseits aber auch mehr Verantwortung für ihre Schule und mehr Möglichkeiten, den Unterricht bedarfsgerechter und nachfrageorientierter zu gestalten. Dafür mangelt es aber vorerst an Geld und Ressourcen.
- In den Schulen oder im schulnahen Umfeld (Stichwort Nachmittagsbetreuung; siehe unten) sollte es für alle Fragen des Übergangs Schule – Beruf eine kontinuierliche Ansprechperson für die SchülerInnen geben.
- Der Zugang zum Arbeitsamt/zur Berufsberatung sollte erleichtert, Wartezeiten für ausführliche Gespräche sollten verkürzt werden.
- SchulfrühabgängerInnen sollten rechtzeitig dem Arbeitsamt gemeldet werden und eine individuellere Beratung und Unterstützung erfahren. Dazu gehört auch das Wissen über Alternativen zum direkten Berufseinstieg (schulische oder berufsvorbereitende Maßnahmen), über Ausbildungsberufe/-verläufe, Zugangsbedingungen, Anforderungen; Bewerbungsverfahren, Unterstützungsmöglichkeiten etc.
- Die SchülerInnen müssen lernen, ihre eigenen Fähigkeiten und Möglichkeiten richtig einschätzen. Die Stärken der Jugendlichen sollten mit Hilfe geeigneter Verfahren ermittelt werden (z.B. „praktische Nachmittage“ inklusive Auswertung, „Berufstestwochen“, Assessment-Center-Verfahren etc.)
- Schlechte SchülerInnen sollten für eine begrenzte Zeit aus dem Klassenverband herausgenommen und in Maßnahmen der Jugendberufshilfe gezielt in Problemfächern (z.B. Deutsch) beschult werden können.
- Die Kontakte zur lokalen Wirtschaft müssen ausgebaut werden, die SchülerInnen sollen häufiger die Gelegenheit zu Betriebsbesuchen bekommen.
- Man sollte generell die Klassenstärken reduzieren und Klassen zu leistungshomogeneren Gruppen (ähnlich wie in Maßnahmen der Jugendberufshilfe) zusammen stellen.
- Eine schulnahe Hausaufgaben-/Nachmittagsbetreuung sollte flächendeckend oder zumindest in sozialen Brennpunkten eingeführt werden.

Für das Jahr 2003 wurde eine abgestimmte Konzeption für vernetzte Aktivitäten der Berufsorientierung (z.B. Entwicklung eines Bildungspasses für Jugendliche) an dieser Schule erarbeitet. Dass

© Stiftung SPI 2004

als Resultat der gemeinsamen Bemühungen die Nachmittagsbetreuung für SchülerInnen auf den Weg gebracht werden konnte, hat am Ende auch die anfangs skeptische Lehrerschaft der Schule vom Projekt *Job-Weg-Plan* überzeugt.

Die Einbettung aller KuQ-Projektmaßnahmen in die Konferenz Jugendhilfe in der Fürther Innenstadt sorgte sowohl für eine breite Einbindung aller relevanter Einrichtungen im Programmgebiet als auch für eine gewisse Nachhaltigkeit und Verbindlichkeit der eingeleiteten Maßnahmen. Außerdem ist es den ProjektplanerInnen gelungen, die Medien – insbesondere die Lokalpresse – für ihre Zwecke einzusetzen und so die Aktivitäten im Rahmen von KuQ einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen. Auf einem Workshop Anfang 2003 sollen die Ergebnisse des KuQ-Programms auch dem interessierten Fachpublikum zugänglich gemacht und die Rückkopplungseffekte von KuQ diskutiert werden.

Natürlich ist auch in Fürth die angestrebte Nachhaltigkeit wohl nur bedingt möglich, weil die notwendigen Finanzmittel nicht vorhanden sind. Reguläre Mittel werden auch hier gekürzt, und zwar vor allem im Bereich der kommunalen Jugendhilfe. Zeitlich befristete Mittel aus Modellprogrammen wie KuQ sind dafür kein Ausgleich. Von den Mittelkürzungen sind einstweilen die freien Träger ausgenommen, jedoch werden auch sie in Zukunft vermutlich Einschränkungen hinnehmen müssen. Andererseits hat der OB auf dem ersten Forum Jugendpolitik, das Ende Oktober 2002 vom Stadt- und Kreisjugendring abgehalten wurde, mehr Geld für Schulinvestitionen zugesagt, insbesondere für Betreuungsangebote an Fürther Schulen (Fürther Nachrichten vom 31.10.02). Dringend notwendig wäre die Einrichtung einer schulnahen Hausaufgaben-/Nachmittagsbetreuung an der Schnittstelle Schule/Jugendhilfe zur Kompensation der massiven Benachteiligungen der SchülerInnen im sozialen Brennpunkt Innenstadt. Der „Bayerischer Weg“ bei der Einführung einer Nachmittagsbetreuung für SchülerInnen der Klassenstufen 5 bis 9 (mit Anbindung einer individuellen Betreuungsmöglichkeit, Mittagstisch, Hausaufgabenbetreuung, Nachhilfeunterricht, Berufsorientierung etc.) setzt allerdings die Übernahme von 40 Prozent der Kosten durch die Kommunen voraus. Es ist allerdings noch unklar, ob es sich bei diesem Modell um eine schulische Veranstaltung, einen „Billighort für Ältere“ oder um eine Maßnahme der Jugendarbeit handelt. Wünschenswert wäre aus Sicht der Fürther KuQ-Projektgruppen die Integration von Elementen der Jugendarbeit in dieses Modell.

In Fürth hat sich u.a. auch das Arbeitsamt (Berufsberatung) engagiert an der Umsetzung der KuQ-Projekte beteiligt; an anderen KuQ-Standorten war dies – trotz schriftlicher Kooperationsvereinbarungen – keineswegs immer der Fall. Außerdem ist es in Fürth ausnahmsweise zumindest punktuell (beim Projekt *KIDS*) gelungen, die lokale Wirtschaft (Einzelhandel) einzubinden. Der programmatische Anspruch des Programms KuQ, Gemeinschaftsprojekte zwischen Jugendhilfe und lokaler Wirtschaft zu initiieren, konnte an kaum einem KuQ-Standort umgesetzt werden. In Fürth hat sich bestätigt, dass eine solche Einbindung vor allem dann gelingt, wenn die VertreterInnen der Wirtschaft einen konkreten Nutzen für sich selbst erkennen und ihre Interessen mit einbringen können. Das zeigen in Fürth auch die Erfahrungen mit dem Programm „Lernende Region“ des BMBF, an dem auch die Wirtschaftsverbände beteiligt sind. Das Programm unterstützt und initiiert Bildungsnetzwerke mit dem Ziel, Innovationen in die Ausbildungsbetriebe zu bringen und institutionelle Grenzen der Bildungs- und Ausbildungssysteme zu überwinden. In diesem Zusammenhang wird jedoch auch von Seiten des Jugendamtes durchaus selbstkritisch eingeräumt, dass die klassische Jugendhilfe bislang selbst kaum Bezug zur Wirtschaft habe. Es gibt also in diesem Bereich Handlungsbedarf von beiden Seiten.

Fürth ist dank einer regen Akquisitionsarbeit in zahlreichen öffentlich geförderten Programmen vertreten (Soziale Stadt, E & C, KuQ, Lernende Region, EU Ziel 3). Aus den zahlreichen Netzwerk- und Steuerungsrunden resultiert eine unübersichtliche Netzwerklandschaft mit parallelen Netzwerkstrukturen ohne innere Logik. Die Schaffung einer Netzwerkplattform würde unter Umständen das „Chaos“ etwas strukturieren; ob gerade die Steuerungsrunde Soziale Stadt für eine solche Plattform geeignet ist, bleibt aus Sicht des Jugendamtes allerdings fraglich, da es in diesem Gremium fast ausschließlich um Bauprojekte geht und soziale Aspekte und Belange der Jugendhilfe weitgehend außen vor bleiben.

© Stiftung SPI 2004

Durch das Programm KuQ ist in Fürth aus Sicht der Projektverantwortlichen auf jeden Fall die Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe angeregt und ausgebaut worden, die ansonsten zu beliebig sei und eher zufällig zustande komme, da die strukturelle Kompatibilität und verbindliche Regelungen zur Zusammenarbeit und Verzahnung fehlten. Die bislang weitgehend getrennten Bildungssysteme (Schulen, außerschulische Bildung in der Jugendhilfe) müssten besser verzahnt werden, was jedoch schwierig sei angesichts der historischen, politischen, methodischen und rechtlichen Differenzen. Diese könnten nur überwunden werden, wenn die Bereitschaft der handelnden Personen und Institutionen in eine Richtung gingen. Der weitere Ausbau der Kooperationsbeziehungen setze beispielsweise auch veränderte Strukturen der Jugendhilfe voraus, die gegenwärtig durch „Versäulung" gekennzeichnet seien. In Fürth ist es jedenfalls gelungen, institutionelle Schranken zu überwinden und damit ein zentrales Anliegen des Programms KuQ – Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Schulen – umzusetzen.

6.7.6 Jugendamt Neubrandenburg: Mädchen machen sich fit für Leben und Arbeit

Das Gesamtprogramm KuQ

Das Jugendamt Neubrandenburg hat – wie die meisten Jugendämter – mehrere Projektvorschläge zur Förderung aus dem Verfügungsfonds KuQ eingereicht:

- Mädchen machen sich fit für Leben und Arbeit;
- Jugendsozialarbeit mit alternativer Bildung;
- Mobile Kinder- und Jugendarbeit in den Sommerferien – Ferienspaß auf Achse;
- Gruseln im Park (Lesenacht „Pegasus");
- Spaß mit Dr. Pferd (Therapeutisches Reiten).

Im Finanzierungsplan entfielen knapp 50 Prozent der Kosten für Projektmaßnahmen auf das Projekt *Mädchen machen sich fit für Leben und Arbeit*, das hier näher beschrieben werden soll. Es war somit das kostenmäßig, aber auch zeitlich umfangreichste der fünft Projekte. Insgesamt wurde mit den fünf Einzelprojekten ein breites Spektrum im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe abgedeckt (Berufsfrühorientierung und -vorbereitung, berufliche Integration, Freizeitpädagogik). Zahlreiche lokale Bildungseinrichtungen und -träger waren an der Konzeption und Umsetzung des Programms beteiligt. Wir konzentrieren uns hier auf das größte Einzelprojekt *Mädchen machen sich fit für Leben und Arbeit*; der Vollständigkeit halber werden die übrigen kleineren Einzelprojekte im Folgenden kurz skizziert:

Das Projekt *Jugendsozialarbeit mit alternativer Bildung* wurde von der Behinderteninitiative Arbeitsbeschaffung (BIAB) e.V. in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule durchgeführt. Jugendliche mit erheblichen Bildungsdefiziten erhielten durch eine „Schule des Lebens" alternativ zum Hauptschulabschluss eine Unterstützung, um günstigere Voraussetzungen für ihren Start ins Berufsleben. Angestrebt wurden ein Zugewinn an fachlicher Kompetenz und eine Verbesserung der Fähigkeiten, mit kritischen Lebenssituationen fertig zu werden.

Das Projekt *Mobile Kinder- und Jugendarbeit in den Sommerferien – Ferienspaß auf Achse* bot benachteiligten Kindern, die aufgrund ihrer sozialen Verhältnisse nicht in den Urlaub fahren konnten, sinnvolle und attraktive Freizeitbeschäftigungen. Spiel, Spaß, Entdeckerlust und Bewegungsfreude standen dabei im Mittelpunkt. An der Ferienaktion beteiligten sich Anfang bis Ende Juli 2002 rund 540 Kinder.

In der Nacht vom 30./31. August 2002 nahmen rund 60 12- bis 13-Jährige an der Lesenacht *Gruseln im Park* teil. Die Erfahrungen des Veranstalters, der Mecklenburgischen Literaturgesellschaft, haben gezeigt, dass Lesenächte eine sehr produktive Form darstellen, um bei Kindern und

© Stiftung SPI 2004

Jugendlichen die Freude am Lesen zu wecken und zu entwickeln. Partner des Projekts waren – neben dem Jugendamt und der Literaturgesellschaft – die Stadtbibliothek, die Tageszeitung Nordkurier sowie die diverse Schulen. Die Lesenacht war ein großer Erfolg und soll künftig regelmäßig in den Sommermonaten stattfinden.

Das Projekt *Spaß mit Dr. Pferd* richtete sich an behinderte Kinder und Jugendliche und solche, die durch Störungen im Bewegungsapparat körperliche Einschränkungen aufweisen. Durch therapeutisches Reiten sollte der Genesungsprozess positiv beeinflusst werden. Das Projekt wurde in Zusammenarbeit mit dem Klinikum Neubrandenburg konzipiert und durchgeführt.

Ausgangslage

Programmgebiet

Neubrandenburg galt vor der Wiedervereinigung als die – gemessen am Durchschnittsalter der Bevölkerung – jüngste Stadt der DDR. Entsprechend hoch war die Zahl der Kindertagesstätten und Schulen. Nach der Wende musste die Stadt in relativ kurzer Zeit einen erheblichen Bevölkerungsrückgang hinnehmen: Die Zahl der EinwohnerInnen ging von 1989 (ca. 91.000) bis 2000 (ca. 73.000) um ca. 20 Prozent zurück. Verantwortlich für diese Entwicklung, die keineswegs gestoppt ist, sind starke Wanderungsverluste und ein dramatischer Geburtenrückgang vor allem Anfang/Mitte der 90-er Jahre. Bevölkerungsprognosen kommen zum Ergebnis, dass die Bevölkerungszahl in Neubrandenburg bis 2010 weiter bis auf ca. 60.000 EinwohnerInnen sinken wird (Freigang/Schone 2001, S. 16f). Der weitere Bevölkerungsrückgang wird vor allem die Gruppe der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen betreffen, da sich der Geburtenrückgang der 90-er Jahre insbesondere auf die Zahl der 10-20-Jährigen negativ auswirken wird. Von 2000 bis 2010 wird die Zahl der EinwohnerInnen in diesen Altersgruppen um ca. 64 Prozent von ca. 12.100 auf ca. 4.400 zurück gehen (ebd.).

Die Bevölkerungsentwicklung in Neubrandenburg hat jedoch nicht nur quantitative, sondern auch qualitative Aspekte. Denn während sich vor und unmittelbar nach der Wende die Sozialstruktur der Stadt erstaunlich homogen darstellte, ließ sich danach ein „Prozess zunehmender Segregation (Entmischung) beobachten“ (ebd., S. 17). Einzelne Stadtgebiete und Bevölkerungsgruppen haben sich sehr unterschiedlich entwickelt, was zu erheblicher sozialer Ungleichheit führte: „Teile der Bevölkerung sind zu z.T. beachtlichem Wohlstand gekommen, als Kehrseite der sog. Marktwirtschaft kam es aber auch dazu, dass relevante Anteile der Neubrandenburger BürgerInnen nicht in der Lage sind, ihre Existenz durch eigene Arbeit und Leistung sicherzustellen“ (ebd.).

Die desolate Entwicklung hat also eindeutig ökonomische Ursachen. Neubrandenburg hat – wie die meisten ostdeutschen Städte und Regionen – nach der Wiedervereinigung sukzessive fast alle industriellen und die meisten landwirtschaftlichen Arbeitsplätze verloren. Zuwächse in den Bereichen Dienstleistungen und Tourismus konnten die immensen Verluste bei weitem nicht kompensieren. Entsprechend desolat stellt sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt in Neubrandenburg dar. Die im August 2002 vom Arbeitsamt Neubrandenburg gemeldete Arbeitslosenquote von 22,3 Prozent lag deutlich über dem ohnehin hohen Landesdurchschnitt (17,9 Prozent). Rechnet man zu den Arbeitslosen noch die ca. 4.000 SozialhilfeempfängerInnen hinzu, dann zeigt sich, dass in Neubrandenburg fast 30 Prozent der Bevölkerung auf Transferleistungen des Bundes, des Landes und der Kommune angewiesen sind. Von der sich ausbreitenden materiellen Armut sind vor allem Familien und allein erziehende Frauen und damit auch Kinder und Jugendliche betroffen: Etwa ein Drittel der BezieherInnen von Sozialhilfe in Neubrandenburg ist minderjährig (ebd., S. 18).

Parallel zu dieser Entwicklung ging aufgrund der angespannten Haushaltslage auch die Anzahl der Einrichtungen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene dramatisch zurück. Zwischen 1998 und 2001 wurden die Ausgaben für Jugendarbeit absolut um 36 Prozent und relativ (pro Kopf der 10- bis unter 27-Jährigen) um 30 Prozent gesenkt (ebd., S. 20).

© Stiftung SPI 2004

Voraussetzungen

Seit 1991 wird in der Stadt Neubrandenburg eine intensive Jugendhilfeplanung nach § 80 KJHG durchgeführt, ab 1998 auf der Basis einer sozialraumorientierten Planung. Bestandteil dieser Konzeption ist die Feststellung von stadtgebiets- und fachbereichsübergreifenden Handlungsbedarfen gemeinsam mit den maßgeblichen Akteuren und die Planung von sozialraumorientierte zielgruppengerechten Maßnahmen. Zu diesem Zweck arbeitet das Jugendamt Neubrandenburg eng zusammen mit dem Sozialamt, dem Gesundheitsamt, dem Arbeitsamt, dem Amt für Stadtentwicklung und dem Amt für Wirtschaftsförderung und ist mit anderen VertreterInnen öffentlicher und freier Träger in zahlreiche Arbeitskreisen und -gemeinschaften vertreten: AK Jugendhilfe und Schule, AK Schule und Wirtschaft, AG Jugendarbeit, AG Kinderförderung, AG Mobile Jugendarbeit, AG Jugendsozialarbeit, Facharbeitsgruppe Hilfe zur Erziehung/Familienförderung. Außerdem gibt es Stadtteilkonferenzen und Stadtteilarbeitskreise. U.A. ist es erklärtes Ziel der Kinder- und Jugendarbeit, Kinder und Jugendliche früher und gezielter mit entsprechenden Maßnahmen an die Wirtschaft heranzuführen. An entsprechenden Planungen und Konzeptionen sind u.a. die HWK und die IHK beteiligt. In diesem Zusammenhang ist auch das KuQ-Projekt *Mädchen machen sich fit für Leben und Arbeit* zu sehen.

Wichtigster Kooperationspartner und Träger dieses Projekts ist der Demokratische Frauenbund (dfb) e.V., seit 1990 die Nachfolgeorganisation des Demokratischen Frauenbunds Deutschlands (DFD). Der dfb ist daher auch heute noch ausschließlich in den neuen Ländern aktiv. Der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern unterhält Regionalstellen in den ehemaligen Bezirken Schwerin, Stralsund, Rostock und Neubrandenburg. Der Landesverband bietet ca. 600, die Regionalstelle Neubrandenburg 204 Arbeitsplätze, die über das Arbeits- und Strukturentwicklungsprogramm (ASP) des Landes, über Mittel der Kommunen, ABM und SAM finanziert werden. Die Tätigkeit des dfb ist also eingebettet in den überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanzierten zweiten Arbeitsmarkt, ohne den die Arbeitslosenquote in Mecklenburg-Vorpommern noch weitaus höher wäre, und ohne den beispielsweise auch Berufsfrühorientierungsmaßnahmen wie das Projekt *Mädchen machen sich fit für Leben und Arbeit* noch seltener angeboten würden. Der dfb in Neubrandenburg bietet u.a. ein umfangreiches Programm für Mädchen und junge Frauen im Bereich Berufsorientierung/-vorbereitung an: Z.B. die Projekte PAULA (Berufsfrühorientierung), FRAUKE (Frauen kommunizieren Europaweit), Computer und Internet. Der Verein unterhält die Jugendfirma Kaffee Pott (Einkauf, Verkauf, Buchführung) und organisiert Betriebspraktika in Ausbildungsbetrieben (IT-Berufe).

Programmziele

Die oben beschriebene Entwicklung hat dazu geführt, dass große Teile der Neubrandenburger Bevölkerung nicht mehr in der Lage sind, den Lebensunterhalt für sich und ihre Familienangehörigen durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft selbst zu erwirtschaften. Der dafür verantwortliche erhebliche Mangel an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen trifft Mädchen und Frauen besonders hart: Einerseits war in der DDR die Frauenerwerbsquote deutlich höher als im Westen, und auch technische und andere Berufe, die im Westen als „typisch männlich“ galten, waren häufig mit Frauen besetzt. Die Anpassung der ostdeutschen Erwerbsstruktur an das Westniveau hat daher Mädchen und Frauen besonders benachteiligt. Hinzu kommt, dass aufgrund des Mangels an Arbeitsplätzen Männer nun verstärkt in Bereiche drängten, die sonst eher Frauen vorbehalten waren (Banken, Verwaltung, Büros etc.).

An diesen negativen ökonomischen Rahmenbedingungen kann selbstverständlich das Jugendamt Neubrandenburg prinzipiell wenig ändern. Es lag allerdings nahe, den Verfügungsfonds KuQ zu nutzen, um im Rahmen eines Projektes zur sozialen und beruflichen Integration Mädchen und junge Frauen beim schwierigen Übergang von der Schule in die Ausbildung zu unterstützen. Dieses Ziel verfolgte das Projekt *Mädchen machen sich fit für Leben und Arbeit*, das die beruflichen Eingliederungschancen und damit die materiellen Lebendbedingungen der Teilnehmerinnen verbessern wollte und sich darüber hinaus vor allem als Hilfe zur Selbsthilfe im Sinne einer akti-

© Stiftung SPI 2004

vierenden Jugendsozialarbeit verstand. Die Mädchen und jungen Frauen (angesprochen wurden vor allem leistungsschwächere Schülerinnen aus den 7, 8. und 9. Klassen an Haupt- und Realschulen) sollten individuelle Wünsche und genug Selbstvertrauen entwickeln, um sich mit gesellschaftlichen und beruflichen Entwicklungen auseinander zu setzen und ihre eigenen Wege zu gehen. Dazu sollte an den Stärken der Mädchen angesetzt werden, um sie in die Lage zu versetzen, das eigene Leben selbst zu gestalten. Das Projekt sollte auch dazu beitragen, die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Wirtschaft zu vertiefen, um mehr Schulabgängerinnen als bisher die Aufnahme einer Berufsausbildung in Betrieben des ersten Arbeitsmarktes zu ermöglichen.

Projektkonzeption

Das Projekt *Mädchen machen sich fit für Leben und Arbeit* wurde in zwei Teilbereiche gegliedert:

- Mädchen und Beruf sowie
- Mädchen und neue Medien – eine Zeitung – ein Sender.

Das Teilprojekt *Mädchen und Beruf* umfasste Berufsorientierungskurse in vier Feldern:

- Bürokommunikation. Die Teilnehmerinnen sollten den Umgang mit dem PC, das Zehn-Finger-Blindschreiben, richtiges Telefonieren, Schriftverkehr, Ablage etc. erlernen. Ergänzend zu den Kursen sollten Betriebsbesuche durchgeführt werden.
- Dienstleistungsberufe. In diesem Segment sollten hauswirtschaftliche Dienste erlernt und Feste und Veranstaltungen geplant werden.
- Reise- und Veranstaltungsbüro/Tourismus: Im Rahmen dieses Kurses sollten themenspezifische Klassenfahrten und Ausflüge vorbereitet und Ausstellungen organisiert werden.
- Garten- und Landschaftsbau, Floristik: Die Teilnehmerinnen sollten Berufe und Tätigkeiten im Bereich GaLa/Floristik kennen lernen.

Alle Kurse sollten möglichst realitätsnah und auftragsbezogen stattfinden. Die Mädchen sollten beispielsweise einen Flyer für die Ferienfreizeitstätte in Cammin (Träger ist der Jugendhilfeverein e. V.) herstellen und am Tag der offenen Tür des Demokratischen Frauenbundes zeigen, was sie gelernt haben: Veranstaltungsservice, Herstellung von Raumschmuck, Tischgestecken etc. Sie sollten aber auch bei anderen Veranstaltungen mitwirken und beispielsweise bei der Gestaltung und Verschönerung von Schulhöfen, Grün- und Spielflächen etc. mitarbeiten. Am Ende erfolgt ein Eintrag im sogenannten Quali-Pass für Berufsfrühorientierung des Landesjugendamtes. In diesem Dokument werden alle Teilnahmen an berufsorientierenden Maßnahmen nachgewiesen.

Die Berufsorientierungskurse sollten ein mal wöchentlich statt finden und wurden in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt (Abteilung Berufsberatung), der Handwerkskammer, der IHK und Betrieben konzipiert. Kooperationspartner waren u.a. ein Reise- und Veranstaltungsbüro, eine Textilreinigung, eine Hauswirtschaftsagentur und die INNOVA Privat-Akademie GmbH, eine staatlich anerkannte Einrichtung der Weiterbildung in Neubrandenburg, die vor allem bei der Erstausbildung von benachteiligten Jugendlichen in den Bereichen Garten- und Landschaftsbau und Floristik aktiv ist.

Im Rahmen des Teilprojekts *Mädchen und neue Medien – eine Zeitung – ein Sender* arbeitete der dfb mit dem NB-RADIOTREFF 88,0 zusammen. Es handelt sich dabei um den Offenen Kanal der Landesrundfunkzentrale Mecklenburg-Vorpommern in Neubrandenburg, eine Kultur- und Bildungsstätte für alle BürgerInnen. Der Sender wird u.a. von Schulen und anderen Einrichtungen zur Berufsorientierung genutzt und führt Praktika im Bereich Medienpädagogik für FachhochschulstudentInnen der Fachrichtung Sozialpädagogik durch. Der Offene Kanal ist seit 1996 Kooperationspartner des dfb im Bereich neue Medien/Medienkompetenz. Gemeinsam versucht man, vor allem Mädchen mit mädchenspezifischen Methoden und Themen für den Bereich neue Medien zu interessieren, der dem bislang von Jungen und jungen Männern dominiert wird.

© Stiftung SPI 2004

Den Mädchen sollte Gelegenheit gegeben werden, sich kritisch mit den verschiedenen Medien auseinander zu setzen und sich mit den diversen Techniken vertraut zu machen. Sie sollten beispielsweise eine Radiosendung selbst produzieren und gestalten. Dazu sollten Interviews mit Persönlichkeiten der Stadt geführt und Informationen über jugendspezifische Attraktionen in Neubrandenburg gesammelt und ausgestrahlt werden. Im Rahmen der Sendereihe *Dr. Pferd &Co* sollten die Teilnehmerinnen die HörerInnen des NB-RADIOTREFFS 88,0 regelmäßig über das Projekt *Mädchen machen sich fit für Leben und Arbeit* informieren. Geplant waren acht Sendungen bis Ende Dezember 2002.

Projektumsetzung

Die Gewinnung von Partnerbetrieben für die geplanten Berufsorientierungs- und Schnupperkurse gestaltete sich nicht ganz einfach. Zahlreiche Betriebe, die angesprochen wurden, winkten von vornherein ab oder vertrösteten die Projektleiterinnen auf einen späteren (d.h. zu späten) Termin. Mit dem Problem der mangelnden Kooperationsbereitschaft der lokalen Wirtschaft hatten allerdings nicht nur die für die Umsetzung des Programms KuQ Verantwortlichen in Neubrandenburg zu kämpfen. Ein zentrales Ziel des Programms KuQ – die Initiierung und Unterstützung von Gemeinschaftsprojekten von Jugendhilfe und lokaler Wirtschaft – war in der Praxis häufig nur schwer zu realisieren, weil die meisten Betriebe an solchen Gemeinschaftsprojekten kaum interessiert waren.

Ähnlich vorsichtig war aber auch die Reaktion einiger Schulen. Die Zielgruppe wurde nicht nur über das Arbeitsamt und über andere Bildungsträger angesprochen, mit denen intensive Kooperationsbeziehungen bestehen, sondern vor allem über Schulen. Angeschrieben wurden alle acht Haupt- und Realschulen, wovon allerdings vier zunächst nicht reagierten. Erst im Oktober wurden auch von diesen Schulen Mädchen in das Projekt vermittelt.

Von Mitte September bis Mitte Dezember 2002 wurden zehn Kurse bei der INNOVA in den Bereichen Garten- und Landschaftsbau/Floristik und zehn Kurse im Modul Bürokommunikation (Planung von Schülerreisen, Umgang mit PC und Internet etc.) durchgeführt. Dazwischen gab es Besuche im BIZ des Arbeitsamtes, in einer Textilreinigung, im Ausbildungskabinett der Deutschen Post in Weitin mit Informationen über Ausbildungsmöglichkeiten, neue Techniken und praktischer Betätigung als Fachkraft für Brief und Frachtverkehr. Weitere Aktivitäten:

- Besuch des Flughafens Trollenhagen (Besichtigung und Erläuterung von Ausbildungsmöglichkeiten);
- Betriebsbesichtigung bei Infokom (Vorstellung der IT Berufe und -Ausbildungsplätze);
- Veranstaltung mit der Firma Compakt zum Umgang mit der Digitalkamera;
- Fahrt nach Schwerin, Besuch des Landtages und des Landesfunkhauses des NDR jeweils mit Führung, Information über Aufgaben des Rundfunks und Ausbildungsmöglichkeiten.

Ende November 2002 gab es beim dfb einen Tag der offenen Tür, an dem die Mädchen ihre Projekte vorstellen und zeigen konnten, was sie erlernt und erarbeitet hatten. Das gesamte Projekt wurde von der Lokalpresse aufmerksam beobachtet und begleitet.

Ergebnisse und Perspektiven

Ein zentrales Anliegen des Programms KuQ bestand ausdrücklich darin, benachteiligte Jugendliche beim schwierigen Übergang von der Schule in die Berufsausbildung zu unterstützen. Dieses Ziel verfolgte auch das Projekt *Mädchen machen sich fit für Leben und Arbeit*, wobei es sich um eines der ganz wenigen Projekte handelte, die sich ausschließlich an Mädchen und junge Frauen wandten und damit einen geschlechtsspezifischen Ansatz verfolgten. Gerade in den neuen Ländern ist eine solche Konzeption sinnvoll, weil dort diese Zielgruppe unter der Misere am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt besonders stark zu leiden hat.

© Stiftung SPI 2004

An den Kursen, Betriebsbesuchen etc. haben in einem Zeitraum von ca. drei Monaten regelmäßig 18 bis 25 tendenziell eher leistungsschwächere Mädchen mit besonders schlechten Chancen am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt teilgenommen. Damit ist vor allem das übergeordnete Ziel, diese spezielle Zielgruppe in das Projekt zu integrieren und den Mädchen Hilfe zur Selbsthilfe anzubieten, erreicht worden. Im Modul Bürokommunikation konnten sie Kenntnisse am PC erarbeiten, erweitern und festigen und lernten das richtige Reagieren und Recherchieren am Telefon anhand eines konkreten Arbeitsauftags (Erstellen einer Infomappe für den Jugendhilfeverein, in der die Möglichkeiten einer Freizeitstätte präsentiert werden). Außerdem erarbeiteten sich die Mädchen beim Bildungsträger INNOVA Grundkenntnisse im Garten- und Landschaftsbau und in der Floristik, die für eine spätere Ausbildung eventuell nützlich sein konnten.

Den Projektplanerinnen ging es auch darum, benachteiligten Mädchen Informationen über Ausbildungsberufe und Beschäftigungsmöglichkeiten in verschiedenen Berufsfeldern z.B. in Form von Betriebsbesuche zu vermitteln. Auch diese Ziele wurden im Wesentlichen erreicht. Das Projekt zeigte somit gangbare Wege auf, wie den Mädchen angesichts der prekären Lehrstellensituation erweiterte Perspektiven geboten und sie beim Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf unterstützt werden können.

Das zweite Teilprojekt *Mädchen und neue Medien – eine Zeitung – ein Sender* konnte leider nicht im vorgesehenen Umfang realisiert werden, da die zuständige Kollegin schwer erkrankt ist, es wird aber nach einer Lösung gesucht, dieses Modul nachzuholen. Eine erste Veranstaltung im NB-Radio Treff wurde für Januar 2003 geplant.

Angesichts der begrenzt zur Verfügung stehenden Zeit konnten somit nicht alle Maßnahmen im geplanten Umfang durchgeführt werden. Es zeigte sich auch, dass die Mädchen schwerer zu motivieren waren, als sich die Projektplanerinnen das vorgestellt hatten. Auch die Fähigkeiten der Mädchen, sich in relativ kurzer Zeit mit den neuen Medien (PC, Internet) vertraut zu machen, wurde offenbar überschätzt. Ähnliche Erfahrungen mussten die Projektleiterinnen auch in den anderen Bereiche (Floristik etc.) machen, wo sich die Mädchen bei der Erledigung der typischen Arbeiten und Aufträge anfangs manchmal schwer taten.

Insgesamt ist die Bilanz aber positiv, weshalb dieses oder ein ähnliches Projekt mit den gleichen und anderen Kooperationspartnern für die Zielgruppe der benachteiligten Mädchen nach Ablauf der KuQ-Förderung auf jeden Fall weiter durchgeführt werden soll. Die Finanzierung wird voraussichtlich der dfb aus eigenen Mitteln übernehmen.

6.7.7 Jugendamt Kyffhäuserkreis: ORINETz – Innovative Formen der Berufsorientierung für benachteiligte Jugendliche

Das Gesamtprogramm KuQ

Das Jugendamt des Kyffhäuserkreises hat drei Projektvorschläge zur Förderung aus dem Verfügungsfonds KuQ eingereicht, auf die jeweils etwa ein Drittel der beantragten und bewilligten Mittel für KuQ-Projektmaßnahmen entfällt. Außer dem hier näher beschriebenen Projekt ORINETz sind das die Projekte

- Kinder- und Jugendschutzdienst (KJSD) und
- Kinder- und Jugendstadträte (KJS) in Sondershausen, Bad Frankenhausen und Roßleben.

Der *Kinder- und Jugendschutzdienst* (KJSD) ist integraler Bestandteil der sozialpädagogisch orientierten Jugendhilfe mit dem Ziel, die Entwicklung und Erziehung junger Menschen zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten zu fördern. Beim KJSD handelt es

© Stiftung SPI 2004

sich um ein Beratungsangebot für Kinder und Jugendliche und deren Eltern in Not- und Konfliktlagen wie körperlichen und seelischen Misshandlungen, Vernachlässigung, sexueller Missbrauch. Ein weiteres Ziel ist die präventive Arbeit, um Kinder und Jugendliche vor jeglicher Form von Gewalt zu bewahren und ihnen aufzuzeigen, welche Hilfeangebote es gibt. Dazu werden Informationsveranstaltungen in Kindertagesstätten, Grund- und Regelschulen, Förderschulzentren, Gymnasien und Einrichtungen der Jugendarbeit durchgeführt. Der Kinder- und Jugendschutzdienst beschäftigt zwei MitarbeiterInnen und existiert im Kyffhäuserkreis seit August 2001 als ein neues Angebot im Jugendhilfebereich. Das Projekt wurde ein Jahr lang je zur Hälfte vom Land und vom Landkreis finanziert. Als freiwillige Leistung steht der KJSD allerdings immer wieder zur Disposition, zumal nicht alle Mitglieder des Kreistages dieses Angebot für förderungswürdig erachten. Das Programm KuQ ermöglicht dem Projekt zunächst eine „Schonfrist“ bis Ende 2002; die angestrebte Regelförderung durch den Landkreis kann dadurch freilich nicht ersetzt werden.

In den Städten Sondershausen, Bad Frankenhausen und Roßleben gibt es seit mehreren Jahren *Kinder- und Jugendstadträte*, die jeweils von einem Mitarbeiter der Häuser der offenen Tür betreut werden. Mit Hilfe der Mittel aus dem Verfügungsfonds KuQ konnte die Arbeit der Kinder- und Jugendstadträte fortgeführt werden, die den übrigen Kommunen des Landkreises als Vorbild dienen sollen. Während der Projektlaufzeit wurden verschiedene Aktionen durchgeführt wie beispielsweise Neuwahlen des KJS und ein Film über die Agenda 21, der die Zukunftsorientierung der Stadt Roßleben zum Thema hat. Der Videofilm soll als Dokumentation und Anschauungsmaterial bei öffentlichen Veranstaltungen genutzt werden. Ferner wurde vom KJS eine Bestandsaufnahme der Spielplätze vorgenommen. Es wurden Daten über die Nutzung und den Zustand der Spielgeräte erhoben. Außerdem wurde vom KJS ein Dorffest für Kinder und Jugendliche veranstaltet. Ende August/Anfang September 2002 haben die Kinder- und Jugendstadträte der drei Gemeinden eine Fahrt nach Berlin unternommen und u.a. den Bundestag, den Bundesrat, die Synagoge und verschiedene Ausstellungen besucht.

Aus den KuQ-Mitteln wurde außerdem im September 2002 eine Zukunftswerkstatt für freie und öffentliche Träger der Jugendhilfe unter dem Motto „Jugend braucht Zukunft – Zukunft braucht Jugend“ finanziert. Die Veranstaltung diente der Entwicklung neuer Ideen zur Verbesserung der Perspektiven der Jugendlichen im Kyffhäuserkreis.

Ausgangslage

Programmgebiet

Der Kyffhäuserkreis zählt zu den 13 Landkreisen, in denen das Programm „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E & C) des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) wirksam wird. Im Gegensatz und in Abgrenzung zu den städtebaulichen Investitionsprogrammen ist das Programm E & C als nationale Programmplattform kein Förderprogramm im klassischen Sinne, sondern der Versuch, mit den Akteuren auf den unterschiedlichen Ebenen (Bund, Land, Kommunen und Stadtteile) Erfahrungsaustausch und fachlichen Diskurs anzubieten. Im Zentrum der Programmplattform E & C stehen benachteiligte Kinder und Jugendliche in sozialen Brennpunkten und strukturschwachen ländlichen Regionen. E & C fügt deshalb den städtischen Quartieren des Programms „Die Soziale Stadt“ als einen besonderen Programmschwerpunkt strukturschwache ländliche Gebiete hinzu.

Eines dieser Gebiete ist der Kyffhäuserkreis im Norden des Freistaates Thüringen. Den Kyffhäuserkreis bilden 52 Gemeinden, die sich zu zehn Einheitsgemeinden und vier Verwaltungsgemeinschaften zusammengeschlossen haben. Wie fast überall im Osten ist auch im Kyffhäuserkreis die Bevölkerungsentwicklung aufgrund von Geburtenrückgang und Wanderungsverlusten rückläufig. Seit der Wiedervereinigung hat die Einwohnerzahl per Saldo um fast 10 Prozent abgenommen. Gestiegen ist dagegen die Zahl der Arbeitslosen. Die Arbeitslosenquote im Kyffhäuserkreises liegt seit Jahren mehr oder weniger deutlich über der 20-Prozent-Marke und ist mit die höchste in

© Stiftung SPI 2004

Deutschland[111]. Auffallend ist ferner, dass der Anteil der Frauen an den Arbeitslosen fast 60 Prozent beträgt. Gleichzeitig ist das Lohnniveau in dieser strukturschwachen Region mit Abstand das niedrigste in Deutschland. Damit ist auch die Behauptung neoliberaler Wirtschafttheoretiker widerlegt, wonach niedrige Löhne zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit führen.

Wie allgemein in den neuen Ländern ist auch im Kyffhäuserkreis die Misere auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt der Liquidierung fast aller industrieller Arbeitsplätze geschuldet. Bescheidene Zuwächse in den Bereichen Dienstleistungen und Tourismus können die immensen Verluste bei weitem nicht kompensieren. Vom einstmals größten Kali-Abbaugebiet Deutschlands mit 3.000 Beschäftigten beispielsweise sind nur noch die riesigen Abraumhalden übrig geblieben. In dem verzweigten Stollenlabyrinth werden heute gelegentlich Motorradrennen und Marathonläufe abgehalten. Im Kyffhäuserkreis standen früher die drittgrößte Zuckerfabrik der DDR, die Kyffhäuserhütte und der größte Molkereimaschinenfabrik des Ostblocks – alles Vergangenheit. Gegenwart ist eine anhaltend hohe Arbeitslosenquote. Die Stadt Artern (6.750 Einwohnern) im Nordosten des Landkreises hält mit 32,7 Prozent eine Art deutschen Rekord in Sachen Arbeitslosenquote, weshalb das Städtchen die zweifelhafte Ehre hat, von der TV-Produktionsfirma Endemol („Big Brother“) zum Schauplatz des geplanten Projekts Arbeitslosen-TV (Arbeitstitel: Stadt der Träume) ausgewählt worden zu sein. Der PDS-Bürgermeister und die örtlichen Honoratioren begrüßen inzwischen das Projekt als „Strohhalm“ für eine „Stadt im freien Fall“ (DER SPIEGEL Nr.43/2002). Am 6. Februar 2003 ging die „Stadt der Träume“ auf Sendung.

Bemerkenswert ist auch, dass in dieser Region zu DDR-Zeiten viele Förderschüler konzentriert und u.a. zu sogenannten Teilfacharbeitern ausgebildet wurden. Auch heute noch gibt es daher im Kyffhäuserkreis überdurchschnittlich viele Förderschulen und entsprechend viele Förderschüler. Nach der Wende waren sie die ersten und bevorzugten Modernisierungsopfer.

Ohne die Aktivitäten zahlreicher öffentlicher und freier Träger im zweiten Ausbildungs- und Arbeitsmarkt wären die Arbeitslosenzahlen im Kyffhäuserkreis heute zweifellos noch deutlich höher. Das gilt vor allem für Jugendliche, wenn man in Rechnung stellt, dass die Zahl der gemeldeten betrieblichen Ausbildungsplätze von September 2000 bis September 2002 nochmals um 34 Prozent zurück ging. Viele SchulabgängerInnen müssen daher verstärkt auf außerbetriebliche Ausbildungsangebote zurückgreifen, die in den letzten Jahren nochmals ausgeweitet wurden, oder aber die Region verlassen. Im September 2002 wurden im Arbeitsamtsbezirk Nordhausen, zu dem der Kyffhäuserkreis gehört, 33 Prozent aller gemeldeten Ausbildungsstellen von außerbetrieblichen Einrichtungen zur Verfügung gestellt. Zu diesem Zeitpunkt standen den ca. 4.700 Bewerbern ca. 1.600 betriebliche und ca. 800 außerbetriebliche Ausbildungsstellen zur Verfügung.

Diese Relationen verdeutlichen, dass in dieser Region nicht nur benachteiligte Jugendliche auf diese Angebote öffentlicher und gemeinnütziger Träger angewiesen sind. Die fehlenden beruflichen Perspektiven führen aber auch dazu, dass gerade Jugendliche mit guten Schulabschlüssen die Region in Richtung Westen verlassen. Die jährliche Potenzialanalyse der Jugendberufshilfe Thüringen registriert eine deutliche Zunahme jugendlicher Sozialhilfeempfänger in der Region.

Voraussetzungen

Das KuQ-Projekt ORINETz des Jugendamts des Kyffhäuserkreis ist eine Art Residuum aus zwei Thüringer Landesprojekten: dem Projekt „Schulsozialarbeit im Kyffhäuserkreis“ und dem Projekt „ORINETz – Berufsorientierung für benachteiligte Jugendliche“, das in den 90-er Jahren an zehn Standorten in Thüringen durchgeführt wurde. Bereits die Projektbezeichnungen verweisen auf inhaltliche Schwerpunkte, die zum Zuständigkeitsbereich anderer und in gewissem Sinn auch konkurrierender Institutionen gehören – nämlich dem der Kultusministerien (Schulsozialarbeit) und dem der Bundesanstalt für Arbeit (Berufsberatung) – und daher nach Meinung vieler Mitar-

[111] Alle Zahlenangaben zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt basieren auf den Statistiken der Bundesanstalt für Arbeit (BA)

© Stiftung SPI 2004

beiterInnen der Verwaltungen der Kommunen und Landkreise auch von diesen Institutionen wahrgenommen und vor allem auch finanziert werden sollten. Entsprechend war und ist das Projekt ORINETz auch im Kyffhäuserkreis nicht unumstritten. Mit Hilfe der Mittel aus dem Programm KuQ sollte die wichtige Arbeit fortgesetzt und vor allem die Öffentlichkeitsarbeit verstärkt werden, um eine Verlängerung des Projekts für die nächsten Jahre zu ermöglichen – ein Ziel, das letztlich auch erreicht wurde.

Zentrale inhaltliche Komponenten des Projekts ORINETz wurden bereits Mitte der 90-er Jahre entwickelt und an insgesamt zehn Standorten in Thüringen umgesetzt. Von Anfang 1998 bis Mitte 2000 führte der Verein Jugendberufshilfe Thüringen e.V. (JBH) in Zusammenarbeit mit freien Trägern der Jugendhilfe, Ausbildungs- und Beschäftigungsträgern, Jugendämtern, Arbeitsämtern, Sozialämtern, Schulen und anderen Kooperationspartnern das Projekt ORINETz in Thüringen durch. Die Gründung des Vereins Anfang der 90-er Jahre JBH basierte auf dem Landesprogramm Arbeit für Thüringen. Der Verein ist vor allem in der Benachteiligtenförderung aktiv und unterhält in allen Arbeitsamtsbezirken in Thüringen eine Beratungsstelle mit einem Berater und einer Sachbearbeiterin. Ferner führt er jährlich auf Landkreisebene eine sogenannte Potenzialanalyse durch, die als Entscheidungsgrundlage für den interministeriellen Landesarbeitskreis dient. JBH berät selbst keine Jugendlichen, sondern andere Bildungsträger wie die Starthilfe Sondershausen e.V., die für das KuQ-Projekt ORINETz verantwortlich ist.

Finanziert wurde das Landesprogramm ORINETz 1998 bis 2000 von den kooperierenden Kommunen und dem Land Thüringen; die Kofinanzierung erfolgte durch die Gemeinschaftsinitiative EMPLOYMENT.YOUTHSTART der Europäischen Union (Jugendberufshilfe Thüringen e.V. 2001). Anfang 2000 wurde ORINETz vom BMFSFJ im Rahmen des Wettbewerbs „Fit für Leben und Arbeit“ als beispielhaft ausgewählt und ausgezeichnet (Schreiber/Schreier 2000, S. 46-47). Dieser Qualitätsnachweis konnte allerdings nicht verhindern, dass das Modellprojekt nach dreijähriger Laufzeit auf Landesebene nicht verlängert wurde. Einzig am Standort Sondershausen wurde das Projekt weitergeführt – mit reduziertem Personal, etwas veränderter Konzeption und finanziert aus Mitteln des Landkreises, der Kommune und des Programms KuQ. Die Finanzierung des Projekts aus öffentlichen Mitteln stieß allerdings auch auf Widerspruch vornehmlich aus der Verwaltung: Berufsberatung sei eine originäre Aufgabe der Arbeitsverwaltung und nicht der Jugendhilfe, wurde argumentiert. Das Arbeitsamt Nordhausen allerdings steht dem Projekt positiv gegenüber, da die beiden Berufsberater der Nebenstelle Sondershausen hoffnungslos überlastet sind.

Ferner gibt es Verbindungslinien von ORINETz zum Modellprojekt „Schulsozialarbeit im Kyffhäuserkreis“, das ab 1993 zunächst aus Landesmitteln und von 1998 bis 2001 aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit (als Strukturanpassungsmaßnahme SAM) finanziert wurde. 1993 konnte jeder Landkreis in Thüringen zunächst eine „Problemschule“ benennen, für die aus Landesmitteln zwei SchulsozialarbeiterInnen finanziert wurden. Später wurde das Projekt im Kyffhäuserkreis inhaltlich und personell mit dem ORINETz-Programm verbunden, wobei das Programm auf alle Regel- und Förderschulen übertragen wurde. An neun Regelschulen, einem Förderschulzentrum und zwei Berufsschulen des Kreises konnten drei Jahre lang in der Regel zwei SchulsozialarbeiterInnen (insgesamt 22) eingesetzt werden, deren Arbeit von ORINETz koordiniert wurde. Die Komplementärfinanzierung dieses Modellprojekts „Schulsozialarbeit im Kyffhäuserkreis“ übernahm das Jugendamt. Ein zentraler Arbeitsschwerpunkt der SchulsozialarbeiterInnen (überwiegend vormals arbeitslose ErzieherInnen und PädagogInnen) war die Berufsorientierung. Das Programm Schulsozialarbeit im Kyffhäuserkreis ist im November 2001 ausgelaufen. Es gibt allerdings Bestrebungen, das Projekt unter dem Titel „Berufsorientierte Schulsozialarbeit“ wieder aufleben zu lassen. An einem Finanzierungskonzept wird derzeit gearbeitet. In Thüringen (wie auch in anderen Ländern) werden jedoch innerhalb des Systems Jugendhilfe starke Widerstände dagegen laut, sich die Schulsozialarbeit aufzubürden, da sie ja an sich in den Zuständigkeitsbereich der Kultusministerien falle; denn im SGB VIII (KJHG), das die Arbeitsgrundlage der Jugendämter darstellt, taucht der Begriff Schulsozialarbeit nicht auf.

Im Kyffhäuserkreis versuchen die involvierten Ämter und Institutionen intensiv und auch erfolgreich, das oft schwierige Verhältnis von Jugendhilfe und Schule durch gemeinsame Projektarbeit

© Stiftung SPI 2004

weiter zu verbessern. Dazu zählt das hier vorgestellte Projekt ORINETz, aber beispielsweise auch das Modellprojekt Schulwarte (ein Projekt für schulmüde Jugendliche und Schulverweigerer), das gemeinsam vom Thüringer Kultusministerium, dem Schul- und Jugendamt, der Schulverwaltung und einem freien Träger konzipiert, getragen und realisiert wird.

Im Kyffhäuserkreis haben sich im Bereich der Jugendhilfe nicht zuletzt aufgrund der prekären Lage am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zahlreiche Aktivitäten von über 30 anerkannten freien Trägern entwickelt, die sich gemeinsam mit den öffentlichen Trägern in der Arbeitsgemeinschaft Jugendhilfe organisiert haben und über diese AG im Jugendhilfeausschuss vertreten sind.

Programmziele

Ziel des Projekts ORINETz ist eine effizientere Zusammenarbeit von allgemeinbildenden Schulen, Jugendhilfe, Arbeitsverwaltung, Sozialhilfe und freien Ausbildungs- und Beschäftigungsträgern sowie der Wirtschaft im Sinne einer verbesserten beruflichen Integration benachteiligter Jugendlicher. Niedrigschwellige Sozialarbeit soll mit einem arbeits- und lebensweltbezogenen Beratungsangebot, praktischer Berufsorientierung und innovativen Motivations- und Qualifizierungsangebote verknüpft werden, um Jugendlichen bis 20 Jahre Orientierungshilfen und Unterstützung anzubieten. Ursprünglich sollten vor allem Jugendliche identifiziert und angesprochen werden, die die Schule ohne Abschluss verlassen haben oder voraussichtlich verlassen werden. Denn die Berufsorientierung inklusive Praktikum greift an den Regelschulen normalerweise erst in den achten/neunten Klassen. Die Zielgruppe wurde jedoch später erweitert und umfasst heute alle HauptschülerInnen der Klassenstufe acht an Regel- und Förderschulen. Denn diese strukturschwache Region ist u.a. durch einen zunehmenden Verdrängungsprozess gekennzeichnet, dem vor allem Jugendliche mit niedrigen, zunehmend aber auch mittleren Schulabschlüssen zum Opfer fallen.

Die Angebote des Moduls *Praxis erleben*, das heute den Projektschwerpunkt bildet, werden unter Berücksichtigung der individuellen beruflichen Vorstellungen und auf der Basis des vorhandenen Berufsfeldspektrums der beteiligten Träger (siehe unten) unter der Regie des Orientierungsladens in enger Zusammenarbeit mit den LehrerInnen der beteiligten Schulen realisiert. Dabei geht es vor allem darum, die SchülerInnen die Arbeitswelt (also die *Praxis*) positiv *erleben* zu lassen. Das Projekt bietet den TeilnehmerInnen die Möglichkeit, sich in verschiedenen Berufsfeldern auszuprobieren (Orientierungsphase) und diese ersten Kenntnisse zu vertiefen (Vertiefungsphase). Das Projekt hat den Anspruch, geschlechtsspezifische berufsbezogene Rollenklischees zu durchbrechen und Jungen und Mädchen auch für „typische“ Frauen- bzw. Männerberufe zu begeistern.

Projektkonzeption

Im Prinzip hat ORINETz die Konzeption des gleichnamigen landesweiten Modellprojekts aus den 90-er Jahren (siehe oben) übernommen und fortgeführt, das zwei Schwerpunkte („Module“) hatte:

- Die Orientierungsläden („Oriläden“) und
- die Schnupperkurse „*Praxis erleben*“.

Die Orientierungsläden waren und sind sozialraumfixierte Beratungsstellen als Anlaufstellen für Jugendliche und Eltern mit gezielter Beratungstätigkeit unter dem Aspekt der Berufsorientierung. Zu ihren Aufgaben zählen Beratung, Vermittlung von Praktikumsstellen, Durchführung von Informationsveranstaltungen vornehmlich in Schulen und Häusern der offenen Tür zu Fragen der Ausbildung und Berufstätigkeit, Entwicklung von Maßnahmen und Projekten mit den regionalen Kooperationspartnern. Für die Angebote des Oriladens im Zentrum von Sondershausen wird u.a. mit einem Flyer geworben. Zielgruppen sind Jugendliche, aber auch deren Eltern, denn eine Umfrage des Jugendamtes bei 2000 Jugendlichen ergab große Defizite im Bereich der Berufsorientie-

© Stiftung SPI 2004

rung auch und gerade bei Eltern, die nach wie vor als die wichtigsten Informationsquellen der Kinder und Jugendlichen gelten.

Herzstück des KuQ-Projekts ORINETz ist das Modul *Praxis erleben*. Hier arbeitet der Projektträger – der Verein Starthilfe Sondershausen e.V. – mit anderen Trägern außerbetrieblicher Ausbildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen in der Region zusammen, die ein breites Berufsspektrum abdecken (siehe unten). HauptschülerInnen der Klassenstufe acht an Regel- und Förderschulen erhalten die Möglichkeit, sich klassenweise in den Werkstätten und Ausbildungskabinetten der Träger in Form von Schnupperkursen in verschiedenen Berufsfeldern zu erproben. In der praktischen Tätigkeit können die Jugendlichen Anforderungen und Inhalte verschiedener Berufsfelder erfahren, eigene Leistungsvoraussetzungen reflektieren, ihre Vorstellungen präzisieren oder auch korrigieren und eventuell bereits einen Ausbildungswunsch favorisieren. Ihre Erfahrungen sollen auch einfließen in ihre Entscheidung für das später zu absolvierende „reguläre“ Betriebspraktikum, das in der Regel in einem Betrieb des ersten Arbeitsmarktes absolviert wird.

Praxis erleben ist also dem obligatorischen Betriebspraktikum vorgeschaltet, sieht sich aber nicht in Konkurrenz zu diesem Praktikum, sondern als dessen sinnvolle Ergänzung. Das sehen auch die beteiligten Schulen so, die das Angebot von ORINETz gerne annehmen. Sie sehen die Vorteile der Berufsorientierung bei Maßnahmeträgern vor allem darin, dass die Bildungsträger – insbesondere was die personellen Ausstattung (Anleiter, Sozialpädagogen) betrifft – auf die Ausbildung und Anleitung von (benachteiligten) Jugendlichen spezialisiert sind. Auch die Ausrüstung der Werkstätten ist darauf hin ausgelegt. In Betrieben des ersten Arbeitsmarktes ist dies alles in der Regel nicht der Fall; außerdem mangelt es den Meistern und Angestellten in diesen Betrieben aufgrund des Arbeitsdrucks häufig an der notwendigen Zeit und Ruhe, sich mit den SchülerInnen eingehend zu beschäftigen.

Projektumsetzung

Das Projekt ORINETz wird allen Regelschulen des Landkreises angeboten. Die Teilnahme am Modul *Praxis erleben* erfolgt klassenweise. Damit sich die AusbildungsleiterInnen und SozialpädagogInnen der außerbetrieblichen Einrichtungen, in denen die Schnupperkurse stattfinden, genügend Zeit für die Jugendlichen nehmen können, finden die Kurse in der Regel während der Zeit statt, in der die regulären Auszubildenden des Trägers ihrerseits ihr Betriebspraktikum absolvieren. Diese Organisationsaufgabe der Einsatzplanung wird von der ORINETz-Projektleiterin übernommen. Für die gesamte Projektumsetzung und -leitung ist der Verein Starthilfe Sondershausen e.V. zuständig, ein Bildungsträger, der 1990 aus einer Jugend-ABM (Arbeitsbeschaffungsmaßnahme mit Qualifizierung) entstanden ist. Der Verein bietet 86 Arbeitsplätze für fest angestellte MitarbeiterInnen zuzüglich acht ABM/SAM-Arbeitsplätze und ist vor allem im Auftrag der BA in der außerbetrieblichen Berufsvorbereitung und -ausbildung aktiv, unterhält u.a. zwei Kitas und – ebenfalls im Auftrag des Arbeitsamtes – den *Start Club U25* mit Computerarbeitsplätzen sowie ein Vermittlungszentrum mit Assessment-Center. Auch das FSTJ wird von dem Verein durchgeführt, ferner der Kinder- und Jugendschutzdienst, der ebenfalls teilweise aus dem Programm KuQ finanziert wird.

Weitere Kooperationspartner sind das VHS-Bildungswerk Roßleben im Osten, das Kyffhäuser Bildungs- und Sozialwerk in Bad Frankenhausen in der Mitte und das Sondershäuser Bildungswerk im Westen des Landkreises. Der Kontakt zu den Schulen konnte durch die SchulsozialarbeiterInnen im Rahmen des Projekts Schulsozialarbeit im Kyffhäuserkreis hergestellt werden. Bedarf an beruflichen Orientierungsmöglichkeiten besteht vor allem bei SchülerInnen des Hauptschulzweiges in Klassenstufe acht. ORINETz ist an neun Regelschulen und einem Förderzentrum aktiv.

Die Projektleiterin stellt die Kontakte zwischen Schulen und Träger her, organisiert den zeitlichen Ablauf und erledigt die Formalien wie beispielsweise die Fahrtkostenerstattung, denn die SchülerInnen müssen teilweise lange Wege zurück legen, um an den Veranstaltungsort zu gelangen. Die Projektleiterin unterstützt auch die Entwicklung von realistischen Berufszielen, das Erstellung von

© Stiftung SPI 2004

Bewerbungsunterlagen, das Üben von Vorstellungsgesprächen und ist bei Betriebserkundungen und BIZ-Besuchen behilflich. Sie pflegt die Kontakte zu den Kooperationspartnern, insbesondere auch zum Arbeitsamt und zu den Schulen, organisiert Informationsveranstaltungen, sorgt für die Außendarstellung des Projekts, koordiniert die Einsatzstellen, informiert die Schulen und hilft bei der Auswertung der Praktika während der verschiedenen Phasen.

Die Projektleiterin steht außerdem Schülern, Eltern und Lehrern für Beratung bei familiären und/oder schulischen Problemen im Oriladen oder in den Schule zur Verfügung. Der Oriladen war früher im Jugend- und Schülertreff untergebracht und hatte regelmäßige Öffnungszeiten, wurde aber dennoch kaum frequentiert. Inzwischen ist die Beratungsstelle im Lehrlingswohnheim JUVENTAS e.V. untergebracht, und Beratungstermine finden dort nach Vereinbarung statt.

Das Modul *Praxis erleben* hat in der Regel einen Umfang von 78 Stunden (2 ½ Schulwochen) und gliedert sich in zwei Phasen:

Orientierungsphase

Die Orientierungsphase dauert eine Woche und umfasst eine Grundorientierung in vier bis sechs Berufsfeldern. Die Phase wird von einer Auswertungsveranstaltung abgeschlossen, an der außer den SchülerInnen und AnleiterInnen des Trägers die ORINETz-Projektleiterin von Starthilfe e.V., SozialpädagogInnen des Trägers und Vertreter der Schulen (LehrerInnen) teilnehmen. Diese Veranstaltung dient den Jugendlichen als Entscheidungshilfe für die anschließende Vertiefungsphase.

Vertiefungsphase

Während der Vertiefungsphase betätigen sich die SchülerInnen 1 ½ Wochen lang in dem von ihnen gewählten Berufsfeld. Sie erwerben Grundkenntnisse in den Berufsbereichen Hauswirtschaft (Nahrungszubereitung, Nähen, Reinigen, Wäschepflege, Bügeln etc.), Farbe und Raumgestaltung (Umgang mit Farben, Stoffen und anderen Materialien, Tapezieren etc.), Metallbe- und -verarbeitung, Holzbearbeitung, Bau (Mauern Trockenbau etc.), Garten- und Landschaftsbau oder Bürokommunikation (Textverarbeitung, Bildbearbeitung, Buchführung, Bewerbung erstellen etc.).

Ergebnisse und Perspektiven

Das Projekt ORINETz knüpft mit dem Modul *Praxis erleben* nicht zuletzt an die positiven Erfahrungen mit dem Polytechnischen Unterricht in der DDR an, der sich über vier Schuljahre erstreckte und theoretisches schulisches Wissen mit praktischen Erfahrungen und Anforderungen in der Wirtschaft kombiniert und insofern die Bereiche Schule und Ökonomie verbunden hat. Eine solche Konzeption macht jedoch auch heute noch Sinn, wenn man in Rechnung stellt, dass viele (Handwerks)Betriebe darüber klagen, dass der Schulunterricht zu wenig praxisorientiert sei und viele (potenziellen) Auszubildenden kaum handwerkliche und technische Grundkenntnisse mit bringen.

Die Schnupperkurse *Praxis erleben* sind bei den Jugendlichen sehr beliebt, weil sie genügend Muße haben, sich eingehend mit einem Berufsfeld zu beschäftigen und weil sich die AnleiterInnen ausreichend Zeit nehmen können, auf die Stärken und Schwächen der SchülerInnen zu reagieren. Hier werden Lerninhalte nicht theoretisch vermittelt, sondern der Lernprozess erfolgt über eigene praktische Erfahrungen von authentischen Anforderungen und über selbständiges Handeln. Die Jugendlichen werden Schritt für Schritt durch Anleitungen, Fragen und Aufforderungen selbständig zum Ziel der Aufgabe geführt. Die AusbilderInnen nehmen während der Lern- und Arbeitsprozesse die Rollen als Ansprechpartner und Berater ein. Dieser Kompetenzansatz geht davon aus, dass jede/r SchülerIn in ganz spezifischen Bereichen Fähigkeiten und Kompetenzen be-

© Stiftung SPI 2004

sitzt, die es zur Realisierung des Ziels zu erkennen gilt, da sie als Basis für weiteres handeln genutzt werden können.

In fast allen Berufsfeldern, die im Rahmen des Moduls *Praxis erleben* durchlaufen werden, können die Jugendlichen die Endergebnisse ihrer Bemühungen – z.B. Kerzenständer, Holzschemel, selbst gemalte Bilder u.v.m. – behalten und mit nach Hause nehmen. Dadurch kann auch nach außen – gegenüber den Eltern, Lehrern und Freunden, aber auch gegenüber potenziellen Ausbildungsbetrieben – demonstriert werden, zu welchen oft erstaunlichen Leistungen die Jugendlichen fähig sind.

Das KuQ-Projekt ORINETz knüpft an die guten Erfahrungen des Projekts „Schulsozialarbeit im Kyffhäuserkreis“ an und führt das frühere Thüringer Landesprojekt „ORINETz – Berufsorientierung für benachteiligte Jugendliche“ auf Kreisebene mit etwas veränderter Konzeption fort. Trotz der positive Resonanz bei Schülern, Eltern, Lehrern und Schulleitungen war die weitere Zukunft des Projekts allerdings lange Zeit ungewiss. Nachdem zunächst das Programm KuQ die Fortsetzung des Projekts ermöglicht hatte, beschloss der Jugendhilfeausschuss des Kyffhäuserkreises auf einer Sitzung am 27.11.2002 fast einstimmig, dass das Projekt ORINETz in Verbindung mit der Koordination Schulsozialarbeit im Kyffhäuserkreis bis Ende 2005 mit einer jährlichen Kündigungsfrist vertraglich vereinbart wird. Der Zuschuss in Höhe von 35 000 € (davon 17 000 € Jugendpauschale) ist eine Festbetragsfinanzierung. Somit ist die von allen Projektbeteiligten gewünschte und geforderte Kontinuität zunächst gewährleistet. Das Projekt ORINETz zählt also zu den ca. 300 KuQ-Projekten, die nach Ablauf der KuQ-Förderung weiter geführt werden.

Im Kyffhäuserkreis – einer der strukturschwächsten Regionen überhaupt – existiert im Bereich der Jugendarbeit seit längerem ein differenziertes Netzwerk aus Ämtern (Jugendamt, Arbeitsamt, Sozialamt, Schulamt) und zahlreichen freien Trägern, das auf der Basis formeller Kooperationsvereinbarungen, informeller Beziehungen und zahlreicher Arbeitsgemeinschaften und -kreise rege Aktivitäten entwickelt und sich auf der Grundlage einer regen Akquisetätigkeit regelmäßig und erfolgreich um Fördermittel aus allen einschlägigen Programmen der EU, des Bundes und des Landes bewirbt. Diese Mittel sind inzwischen – mit allen Nachteilen, die die Modellförderung mit sich bringt – zu einem festen Bestandteil der öffentlichen, letztlich aber auch der privaten Haushaltsplanung geworden. Im Kyffhäuserkreis sind daher – prozentual gesehen – mehr Menschen als wahrscheinlich sonst irgendwo in der Republik auf Mittel aus solche Transferleistungen angewiesen, um den Lebensunterhalt für sich und ihre Familien bestreiten zu können. Das gilt nicht etwa nur für benachteiligte Jugendliche, sondern auch für die zahlreichen MitarbeiterInnen der öffentlichen und freien Träger, die diese Mittel akquirieren, verwalten, verteilen oder als AnleiterInnen, AusbilderInnen, LehrerInnen und SozialpädagogInnen die entsprechenden Förderprogramme umsetzen. Die Abhängigkeit einer ganzen Region von öffentlichen Transferleistungen verdeutlicht die Zwiespältigkeit und Widersprüchlichkeit dieser Art von Förderung, denn es besteht die Gefahr, dass die „normale“ Wirtschaftstätigkeit erlahmt oder erst gar nicht aufkommt, wodurch ein Teufelskreis entsteht, in dessen Sog sich Ursachen und Wirkungen nicht mehr unterscheiden lassen und auf Dauer untrennbar vermischen. Der zweite Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, der an sich die (zeitlich begrenzte) Ausnahme für einen kleinen Personenkreis sein sollte, droht in Regionen wie dem Kyffhäuserkreis zum Normalfall zu werden.

6.7.8 Jugendamt Dresden: Vernetzende mobile Jugendarbeit

Das Gesamtprogramm KuQ

Das Jugendamt Dresden zählt zu denjenigen Ämtern, die sich mit der gesamten KuQ-Fördersumme auf ein einziges Projekt konzentrieren, das in diesem Fall aus mehreren Bausteinen besteht und dem Förderschwerpunkt *Kooperation zwischen Kita, Grundschulen, Jugendhilfeangeboten und Hauptschulen* zuzurechnen ist.

© Stiftung SPI 2004

Ausgangslage

Programmgebiet

Das Fördergebiet der Sozialen Stadt umfasst in Dresden die aneinander grenzenden Wohngebiete Prohlis und Reick im südöstlichen Stadtgebiet. Während Reick eine gemischte Struktur mit Altbauten und Reihenhäusern aufweist, ist der Stadtteil Prohlis eine klassische Plattenbausiedlung mit erheblichem Sanierungsbedarf, die schon zu DDR-Zeiten als Problemgebiet galt. Die selbst für DDR-Verhältnisse äußerst niedrigen Mieten zogen eine bestimmte Klientel an, was eine bestimmte soziale Struktur zur Folge hatte – und ein entsprechend schlechtes Image, das sich bis heute erhalten hat. Prohlis war und ist ein Synonym für sozialen Abstieg. Daran hat auch die Wiedervereinigung nichts geändert – im Gegenteil: Da nur die einkommensstärkeren Bevölkerungsgruppen es sich leisten konnten, aus Prohlis weg zu ziehen, hat sich die Situation weiter verschärft. Insgesamt ist die Bevölkerungsentwicklung in Prohlis aufgrund von Wanderungsverlusten stark rückläufig: Seit Ende der 80-er Jahre hat sich die Wohnbevölkerung von ca. 30 000 Mieter auf ca. 16 000 fast halbiert. Viele Wohnungen stehen daher leer und verkommen. Die Aufnahme in das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ hat zwar gewisse Verbesserungen gebracht, allerdings nur in einem Teil des gesamten Areals.

Heute sind zwei städtische Wohnungsbaugesellschaften für dieses Gebiet zuständig, die mit ihrer kontrastierenden Stadtentwicklungs- und Belegungspolitik dafür sorgen, dass sich nun auch innerhalb des Wohngebietes Prohlis starke Segmentierungseffekte ergeben. Denn während in einem Teil des Wohngebiets dank der Mittel aus dem Programm Soziale Stadt erhebliche Investitionen in die Sanierung von Wohnungen, den Rückbau von Hochhäusern, die Wohnumfeldgestaltung und die Infrastruktur getätigt wurden und werden, wird ein bestimmter Bereich des Wohngebiets („Am Koitschgraben“) von solchen Maßnahmen ausgenommen. Ein Grund für diese Passivität ist in der Art und Weise der Wahrnehmung städtischer Belegungsrechte durch das Wohnungsamt zu sehen. In den unsanierten billigen Sozialwohnungen werden vornehmlich Aussiedler und andere „randständige“ Bevölkerungsgruppen untergebracht, wodurch es hier zu einer Ballung von sozial schwachen und sozial auffälligen Mietern kommt. Da in diesem Gebiet keine höheren Mieteinnahmen erzielt werden können, die Investitionen profitabel machen würden, unterbleiben bauliche Maßnahmen.

Mit dieser Politik und dem daraus resultierenden unterschiedliche Sanierungsgrad der Wohngebiete werden auch eine unterschiedliche Sozialstruktur und eine Ghettobildung bewusst in Kauf genommen. Typische Mieter in den unsanierten Gebieten sind Männer mittleren Alters mit Alkoholproblemen und allein erziehende Mütter an der Armutsgrenze. Fast 30 Prozent (in einigen Straßenzügen an die 50 Prozent) der Einwohner in dieser Ödnis der Plattenbauwelt sind arbeitslos; hinzu kommen zahlreiche Sozialhilfeempfänger. Außer in einem Supermarkt und einigen Tankstellen gibt es hier kaum Arbeitsplätze, von Ausbildungsplätzen ganz zu schweigen.

Das Wohngebiet ist auch ein bevorzugtes Zuzugsgebiet von Aussiedlern, darunter viele Kinder und Jugendliche ohne Deutschkenntnisse. Insgesamt liegt der Anteil der unter 25-Jährigen in Prohlis bei 24 und am Koitschgraben über 35 Prozent. Die Plattenbausiedlung ist daher ein Schwerpunktgebiet der Jugendhilfe. Es gibt hier kaum konventionelle Freizeiteinrichtungen (Diskos, Kinos, Cafés, Kneipen etc.) für Jugendliche, und selbst die wenigen kommerziellen Angebote können von den Jugendlichen mangels Kaufkraft nicht wahrgenommen werden. Besonders die jugendlichen Spätaussiedler aus den ehemaligen Sowjetrepubliken neigen zur Bildung von Cliquen, die sich über ihre Familienzusammenhänge definieren und von stationären Angeboten der Jugendhilfe kaum erreicht werden. Auch Beteiligungsprogramme finden daher hier ihre strukturellen Grenzen. Die Beschwerden der Anwohner in den „besseren“ Vierteln über die Cliquen häufen sich, die Toleranzschwelle gegenüber „Störfaktoren“ sinkt, private Wachdienste sind unterwegs. Im Rahmen der Baumaßnahmen aus Mitteln der Sozialen Stadt wurden zwar auch Treffpunkte für Jugendliche eingerichtet, allerdings decken sich die Erwartungshaltungen der Jugendlichen nicht immer mit den städtischen Vorstellungen bei Bauvorhaben. Beispielsweise können die Freizeitflächen nachts nicht beleuchtet werden, weil die Betriebskosten nicht übernommen wer-

© Stiftung SPI 2004

den. Die Jugendlichen nehmen aber auch Angebote außerhalb des Viertels kaum an, bewegen sich in einer stark eingegrenzten Lebenswelt mit engem Aktionsradius, und ihre Sozialkontakte begrenzen sich auf Schule, Familie und gleichaltrige Gruppen aus dem selben Milieu.

Vor diesem Hintergrund scheint die Konzeption der aufsuchenden vernetzten mobilen Jugendarbeit tatsächlich das Mittel der Wahl zu sein, um diese Jugendlichen zu erreichen, da aufsuchende Arbeit Jugendliche dort anspricht, wo sie sich gerade aufhalten: auf öffentlichen Plätzen, auf dem Schulhof etc. Dafür gab es im Programmgebiet bereits einige Voraussetzungen, die im Rahmen des Programms KuQ ausgebaut und verstetigt werden sollten im Sinne einer Bündelung und Ergänzung der bisherigen Ressourcen.

Voraussetzungen

Das Jugendamt der Landeshauptstadt Dresden ist im Programmgebiet bereits seit geraumer Zeit mit dem Projekt Streetwork aktiv. Die Arbeit basiert auf einer schriftlich fixierten Konzeption (Sprung 2001), in der Ziele und Zielgruppen, Methoden, Rahmenbedingungen und Arbeitsorganisation bis hin zu detaillierten Monats- und Wochenplänen („9. Juni: Kitafest“) festgehalten wurden. Die Erfahrungen der drei Streetworker im Programmgebiet bilden die wichtigste Arbeitsgrundlage für das KuQ-Projekt *Vernetzende mobile Jugendarbeit.*

Die Stadt unterhält hier ferner an zwei Mittelschulen ein Projekt Schulsozialarbeit, das vom Landesjugendamt finanziert wird. Es handelt sich hierbei um Schulen mit so genannten DAZ-Klassen (Deutsch als Zweitsprache), von denen es in Dresden insgesamt fünf gibt. In den neuen Bundesländern leben nach wie vor vergleichsweise wenige Ausländer. Integrationsprobleme gibt es vor allem mit Spätaussiedlern aus der früheren Sowjetunion, die häufig kein Wort deutsch können. In Sachsen soll die sprachliche und soziale Integration von jugendlichen Spätaussiedlern u.a. von diesen DAZ-Klassen unterstützt werden. Die jugendlichen Spätaussiedler werden in normale Klassen integriert und lediglich in einigen Fächern – in der Regel Deutsch und Mathematik – aus dem Klassenverband herausgenommen und gezielt in kleinen Gruppen gefördert. Diese Art der Sprachförderung wird neuerdings auch in Bayern modellhaft in knapp 100 so genannten Sprachlernklassen praktiziert. Das Konzept ähnelt der Förderung leistungsschwacher Kinder im PISA-Spitzenreiterland Finnland, wo es allerdings bereits im Kindergarten eingesetzt wird. Aus dem Programm KuQ werden zur Unterstützung der offenen Arbeit mit dieser Zielgruppe (Jugendliche in DAZ-Klassen) zwei Honorarkräfte (je 19 Stunden) mit Russischkenntnisse finanziert.

Neben dem Jugendamt sind im Programmgebiet diverse größere und kleinere freie Träger mit einem differenzierten Angebot aktiv, das sich vor allem auf jugendliche Spätaussiedler konzentriert:

Das gemeinwesenorientierte Projekt WALP (Wiedergutmachung, Arbeit, Lernen, Perspektive) existiert seit Herbst 2000 und ist – wie viele Modellprogramme – auf drei Jahre begrenzt. Träger ist der Verein Katholische Offene Jugendarbeit (KoJa) e.V. WALP kümmert sich im Auftrag der Jugendgerichtshilfe um jugendliche Straffällige (vor allem Migranten und Spätaussiedler) zwischen 14 und 27 Jahren. Sie sollen sich mit ihrem Fehlverhalten auseinandersetzen und Wiedergutmachung leisten in den Bereichen, in denen sie straffällig geworden sind. In den Werkstätten werden vornehmlich Arbeiten für Jugendliche durchgeführt wie beispielsweise die Herstellung einer Sitzgruppenüberdachung am Bolzplatz. Sprachliche und soziale Defizite sollen mit Hilfe eigener Ressourcen (handwerkliche Geschicklichkeit) abgebaut werden. Außerdem werden Begleit- und Dolmetschdienste bei Behördengängen, bei Gericht und bei der Polizei angeboten. Auch Eltern werden in rechtlichen Fragen beraten. In den Werkstätten des Vereins werden zudem Schülerpraktikanten im Rahmen des zweiwöchigen Betriebspraktikums (Holz, Maler und Lackierer) betreut, wobei auch Unterricht in Fachdeutsch angeboten wird. Das Projekt ist zweisprachig angelegt, der handwerkliche Anleiter ist selbst Spätaussiedler. Die Zukunft des Projekts nach Ablauf der Modellförderung ist allerdings ungewiss.

© Stiftung SPI 2004

Der Verbund sozialpädagogischer Projekte (VSP) e.V. hat bereits 1990 mit einem über ABM finanzierten Büro für erzieherische Hilfen seine Arbeit im Programmgebiet aufgenommen. Inzwischen sind zahlreiche andere Projekte dazu gekommen: U.a. das Mädchenprojekt Walburga (anonyme Zuflucht für Mädchen), das Projekt Uferlos (Kontakt- und Übernachtungsstelle für obdachlose Kinder und Jugendliche). In Prohlis ist der VSP in einem Kinder-, Jugend- und Familienzentrum untergebracht und mit drei Teams in verschiedenen Bereichen aktiv. Zum Programm des VSP gehören Erziehungsberatung, ambulante erzieherische Hilfen, offenen Jugendarbeit, offene Angebote für Jugendliche (Jugendtreff) mit Tagesgruppe für Kinder und – seit August 2002 – auch Schulsozialarbeit an zwei Mittelschulen des Stadtteils.

Ein neuer Partner im System der *Vernetzenden mobile Jugendarbeit* ist der Volleyballclub Dresden (VCD) e.V. mit seiner Jugendabteilung. Der VCD ist 1997 aus einer Schul-AG einer Mittelschule im Programmgebiet hervorgegangen. Die Jugendabteilung ist heute offizielles Leistungszentrum des Sächsischen Volleyballverbandes und kann beachtliche sportliche Erfolgen vorweisen: Sachsenmeister, Medaillen bei Deutschen Meisterschaften, Landesauswahl- und Nationalspieler. Im Mittelpunkt steht die konzentrierte Jugendarbeit mit sportlichem Inhalt, um Jugendlichen die Möglichkeit der Persönlichkeitsentwicklung zu bieten. Das pädagogische Konzept besteht aus drei Säulen: Training, Gruppen- und Erlebnispädagogik (Winter-, Sommerlager u.ä.), Elternarbeit.

Zwischen den öffentlichen und freien Trägern gibt es bereits seit Jahren enge Kontakte, beispielsweise durch das *Integrationszentrum* (Stadtteilhaus), ein Modellprojekt zur Beratung von Migranten, das drei Jahre lang von einem Trägerverbund (Caritas, Paritätischer Wohlfahrtsverband, KoJa e.V) geleitet und vom Bundesverwaltungsamt finanziert wurde, aber Ende September 2002 ausgelaufen ist. Seit 1994 existiert im Fördergebiet eine Arbeitsgemeinschaft der Anbieter von sozialer Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Familien. Innerhalb dieser AG findet ein regelmäßiger Fachaustausch statt, werden Bedarfe evaluiert und Angebote abgestimmt. Die Quartiersmanager der Sozialen Stadt unterstützen die AG bei der Entwicklung und Durchführung gemeinsamer Projekte. Im Arbeitskreis Aussiedler stimmen die in der Aussiedlerarbeit aktiven Vereine unter der Federführung des Sozialamtes ihre Arbeit ab. Der Arbeitskreis Migranten-Jugend gewährleistet die Vernetzung der Angebote der Jugendhilfe für diese Zielgruppe. Und schließlich sorgt eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem Jugendamt und dem Arbeitsamt für die Abstimmung der Arbeit im Rahmen der Jugendberufshilfe.

Programmziele

Das KuQ-Projekt *Vernetzende mobile Jugendarbeit* will diese bereits bestehende Netzwerke ausbauen und die Zusammenarbeit der verschiedenen Träger intensivieren, um die Lebensbedingungen von Jugendlichen im Stadtteil zu verbessern. Zielgruppen des Projekts sind Jugendliche, die wegen ihrer spezifischen Lebenssituation nicht von den einrichtungsgebundenen Angeboten erreicht werden. Es handelt sich dabei speziell um Cliquen jugendlicher Migranten (Spätaussiedler) und Jugendlicher aus sozial schwachen Familien, die sich als Straßengangs formieren und teilweise feindlich gegenüber stehen. Durch vernetzende mobile Arbeit sollen die Lebenswelten der Jugendlichen (Schule, Freizeit, Wohnen) miteinander verknüpft werden. Mit Hilfe eines ganzheitlichen Ansatzes sollen lebensweltnahe Hilfemöglichkeiten geboten, vorhandene Ressourcen im Stadtteil genutzt und entwickelt werden. Man will bei der Zielgruppe ein Problembewusstsein wecken und dafür sorgen, dass die Jugendlichen ihre desolate Lage als veränderungswürdig wahrnehmen. Das Projekt will dauerhaft zuverlässige Ansprechpartner installieren und Schwellenängste dadurch abbauen, dass individuelle Beratungsangebote vor Ort in vertrauter Umgebung installiert werden.

Mit Hilfe von gruppenspezifischen und individuellen Maßnahmeplänen soll erreichte werden, dass das Selbstbewusstsein der Jugendlichen gestärkt wird, Zukunftsängste abgebaut und realistische Zukunftsvorstellungen entwickelt werden, die den Stärken und Interessen der Jugendlichen entsprechen. Sie sollen befähigt werden, den Schritt von der Schule in die Berufsausbildung mit

© Stiftung SPI 2004

Unterstützung zu bewältigen. Besonders jugendliche Spätaussiedler haben kaum Kenntnisse über das bundesdeutsche Bildungs- und Ausbildungssystem. Informelle Hilfesysteme wie Eltern und Freunde sind in diesem Fall nicht nutzbar, weil diese selbst kaum über mehr Wissen und Erfahrung verfügen. Die Jugendlichen haben also einen erhöhten Bedarf an professioneller Hilfe und Beratung; gleichzeitig fällt es ihnen aber schwer, sich auf fremde „Settings“ und Personen einzulassen. In Kooperation zwischen den Streetworkern des Jugendamtes, dem VSP, der KoJa, dem VCD und den Mittelschulen im Fördergebiet entstand so die Konzeption für das Projekt *Vernetzende mobile Jugendarbeit*, das den spezifischen Problemen und Bedürfnissen der Zielgruppe gerecht werden und die Erfahrungen der Projektbeteiligten im Bereich der mobilen offenen Jugendarbeit nutzen sollte.

Neben Hilfen auf individueller Ebene sieht das Projekt in der Wohnumfeldgestaltung einen wichtigen Aspekt sozialer Arbeit im Stadtteil. Ziel ist es, durch die Schaffung von Spiel- und Treffmöglichkeiten die Lebensqualität im Stadtteil zu erhöhen. Dabei soll eine solidarische Auseinandersetzung an Stelle von gewaltbereiter Konfrontation treten im Sinne einer gegenseitigen Achtung und Rücksichtnahme zwischen den Jugendgruppen, aber auch zwischen den Generationen im Stadtteil.

Projektkonzeption

Das Projekt *Vernetzende mobile Jugendarbeit* hat drei Bausteine:

Baustein 1 Schulhofaktionen und mobiler Jugendtreff

Schule ist für Jugendliche ein lebensbestimmender Faktor, der sämtliche Aspekte ihres Lebens beeinflusst. Hier werden die Weichen für das spätere Berufsleben gestellt; die persönliche Erfahrungen mit Lehrern und Mitschülern wirken sich aber auch auf das Lebensgefühl der Jugendlichen außerhalb der Schule aus. Auf diesem Erfahrungshintergrund basiert die Projektarbeit zwischen Streetwork und Schule. Im Zentrum stehen dabei Hauptschulklassen und Schulen mit hohem männlichen Aussiedleranteil, also insbesondere die Schüler der DAZ-Klassen (siehe oben). Das zweite Element dieses Bausteins (mobiler Jugendtreff) reagiert auf den Umstand, dass bestehende feste Jugendeinrichtungen gerade von diesen Zielgruppen kaum genutzt werden.

Baustein 2 Mobile Beratung vor Ort – Gruppenarbeit

Der mobile Jugendtreff bietet den Vorteil einer Beratungsstelle vor Ort in einem geschützten Bereich, bleibt aber gleichzeitig niedrigschwellig. Die SozialarbeiterInnen können ihre Beratung exakt auf die Bedürfnisse der Jugendlichen abstimmen und auch in anderen Einrichtungen anbieten, sind also flexibel. Durch aktionsorientierte Gruppenarbeit werden die SozialarbeiterInnen zu Partnern für die Cliquen und ihre Mitglieder, Hemmungen und Berührungsängste werden so auf einfache Art abgebaut.

Baustein 3 Einzelfallbegleitung

Die SozialarbeiterInnen bieten sich den Jugendlichen als Vertrauenspersonen an. Dieses Angebot dient als Vermittlungsstelle zu vorhandenen Leistungen und Angeboten im bereich der Jugendhilfe. Mit dem Jugendlichen wird ein Hilfeplan erarbeitet, für dessen Einhaltung sich die Jugendlichen verpflichten. In einem ersten Arbeitsschritt werden gemeinsam mit dem Jugendlichen die Problemfelder evaluiert und Handlungsrichtlinien entwickelt. Entsprechend den konkreten Problemlagen können dann spezielle Beratungs- und Vermittlungsdienste in Anspruch genommen werden.

© Stiftung SPI 2004

Zentrales Element des Gesamtkonzepts ist das *Streetworkmobil*, das aus dem Verfügungsfonds KuQ finanziert wurde. Es soll als geschützter Raum mit niedrigschwelligem Zugang beispielsweise in den Hofpausen und nach Schulschluss auf den Schulhöfen der beiden Schulen bereit stehen (Baustein 1). Mit Hilfe des *Streetworkmobils* sollen an den Treffpunkten der Jugendlichen mobile Jugendtreffs angeboten werden (Baustein 2), die mit einfachen Freizeitangeboten den Jugendlichen die Kontaktaufnahme mit den SozialarbeiterInnen erleichtern sollen. Das Streetworkmobil ist als geschlossener Raum ein attraktives Treffangebot für die Zielgruppe, gleichzeitig bietet es die Möglichkeit der Gruppen- und Einzelberatung (Baustein 3) an den Treffpunkten der Jugendlichen.

Parallel zu diesem neuen mobilen Angebot sollten die bestehenden stationären Einrichtungen ausgebaut und vernetzt werden. Dazu zählen die Anlaufstellen der SchulsozialarbeiterInnen an den beiden Mittelschulen, die Werkstätten des Projekts WALP für die Durchführung von Schülerpraktika und das Gelände des VCD e.V. für sportliche Aktivitäten. Ergänzt wird das Programmpaket durch spezielle Angebote für die DAZ-Klassen (Berufsvorbereitung, Jobseminare u.ä.).

Projektumsetzung

Offizieller Projektbeginn war am 1. Oktober 2002 mit der Einstellung einer Honorarkraft beim Verein KoJa; eine zweite Honorarkraft ist seit Mitte Oktober aktiv. Die Streetworker der KoJa nahmen Kontakt zu den Schulen und Schulsozialarbeitern des VSP auf und führten die ersten Schulaktionen durch. Auch zu den Straßencliquen wurde der Kontakt hergestellt.

Die Projektpartner (siehe oben) bildeten Arbeitsgruppen und trafen sich regelmäßig zu koordinierenden Gesprächen, um gemeinsam die Entwicklung konkreter Projekte und Angebote voran zu treiben und nach weiteren Projektpartnern zu suchen. Konkret wurde die Durchführung eines Schülerpraktikums für Jugendliche mit Sprachproblemen im Projekt WALP in Angriff genommen. Ferner wurden Jobseminare als Ergänzung zum Angebot der Schulen für Hauptschul- und DAZ-Klassen in Absprache mit den Schulen durchgeführt. Die Anlaufstellen der SchulsozialarbeiterInnen wurden Mitte Oktober 2002 offiziell eröffnet. Weitere Aktionen im Rahmen des Programms KuQ:

- Adventsturnier – Volleyballturnier mit ca. 120 Teilnehmern.
- Schulstriezel – Verschiedene Angebote an einer Mittelschule und auf dem Schulhof in Zusammenarbeit mit der Lehrerschaft und den Eltern.
- Offenes Internetangebot an allen Schultagen in Zusammenarbeit mit Lehrern, Schulsozialarbeit und Jugendhaus Prohlis.
- Berufsvorbereitung an einer Mittelschule mit folgenden Themen und Schwerpunkten: Bewerbertraining, Gestaltung von Bewerbungsflyern, Einzelfallbegleitung bei der Suche nach Praktikumsplatz und Lehrberuf, Themennachmittage zum Erfahrungsaustausch mit Jugendlichen in betrieblicher und überbetrieblicher Ausbildung, Erstellung einer Internetseite zur Berufsvorbereitung
- Streetwork findet regelmäßig zwei mal wöchentlich in Prohlis und Reick statt.

Der Kauf des Streetworkmobils (Zugmaschine mit Hänger) zog sich zunächst in die Länge, da der normale Dienstweg – d.h. das Prozedere der Ausschreibung und der Einholung von verschiedenen Kostenangeboten – eingehalten werden musste. Mitte Dezember 2002 war es dann endlich so weit und das Fahrzeug konnte angeschafft werden. Bei der Zugmaschine handelt es sich um einen Mercedes Benz 211 CDI/35 Kombi II vollverglast, Erstzulassung 10.05.2000, Km-Stand: 45 900, Bestuhlung: 9 Sitze.

Bei dem Hänger handelt es sich um einen Allzweckkoffer Tandemhochlader mit großen Flügeltüren hinten und einer Seitentür rechts (Länge: 4,6, Breite:2,3, Höhe: 2,3). In der nächsten Zeit soll

© Stiftung SPI 2004

der Hänger einen Ausbau mit Heizung und Küche bekommen. Für den Einsatz des Streetworkmobils wurde ein Fahrplan entworfen.

Ergebnisse und Perspektiven

Angesichts der dramatischen Verschuldung sah sich die Stadt Dresden im Jahr 2002 zu drastischen Sparmaßnahmen genötigt, die nicht nur radikale Kürzungen bei Schwimmbädern, Bibliotheken und Theatern vorsahen, sondern auch städtische Kindergrippen und soziale Projekte nicht verschonte. Mit Hilfe des Verfügungsfonds KuQ ist es entgegen dem Trend zur Leistungskürzung jedoch gelungen, in einem sozialen Brennpunkt ein innovatives Betreuungs- und Beratungsangebot dauerhaft zu installieren, das ohne diese Mittel wohl kaum zustande gekommen wäre. Immerhin werden die Folgekosten (insbesondere die Unterhaltskosten für das neue Streetworkmobil) von der Stadt übernommen, indem man das Streetworkmobil dem Fahrzeugpark der Landeshauptstadt einverleibt hat. Seine künftige Nutzung durch öffentliche und freie Träger (KoJa e.V.) wird damit durch Ermessensausübung über die Dienstordnung der Landeshauptstadt geregelt; damit steht das Streetworkmobil sowohl den Bediensteten (Streetworkern) der Stadt als auch den MitarbeiterInnen der freien Trägern im Bereich der Jugendarbeit zur Verfügung. Ein gemeinsam erarbeiteter Plan regelt die Nutzung des Fahrzeugs.

Das Projekt reagiert mit seinen diversen Angeboten und insbesondere mit dem Streetworkmobil auf den Umstand, dass die Straße den Lebensraum für viele Jugendliche bildet, und will Angebote bereit stellen, die wirklich gebraucht und vor allem auch genutzt werden. Ob und in welchem Umfang das gelingt, wird die Zukunft zeigen. Prinzipiell entspricht der von den Projektverantwortlichen gewählte Ansatz der mobilen aufsuchenden Jugendarbeit den geschilderten Problemstrukturen und den Bedürfnissen der Zielgruppen im Programmgebiet.

Durch das KuQ-Projekt wurde auch die Netzwerkarbeit im Fördergebiet angeschoben beispielsweise in Form einer Kooperationsvereinbarung zwischen Jugendamt und Arbeitsamt, die vor allem von der Fachberaterin für Jugendberufshilfe mit Leben gefüllt wird. Regelmäßig finden Fachtagungen mit allen Akteuren im Stadtteil statt um die Arbeit zu koordinieren und abzustimmen.

Eines der Hauptprobleme ist und bleibt jedoch der massiver Lehrstellenmangel in Dresden allgemein und speziell im Fördergebiet. Außer in einigen kleinen Handwerksbetrieben, Tankstellen, Autohäusern und in einem Supermarkt gibt es hier kaum Arbeitsplätze, abgesehen davon, dass MittelschülerInnen ohnehin kaum Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsplatz haben; das gilt verstärkt für die jugendlichen Spätaussiedler mit ihren sprachlichen, schulischen und sozialen Problemen. In diesem Handlungsfeld gibt es daher auch in Dresden wie in fast allen Programmgebieten KuQ den größten Handlungsbedarf (vgl. Kapitel 2). Entsprechende Aktivitäten und Kooperationsmodelle, die die lokale Wirtschaft mit einbeziehen, gibt es auch in Dresden bislang jedoch kaum. Versuche der Kontaktaufnahme und gut gemeinte, aber weitgehend wirkungslose Aktionen und Appelle an das soziale Gewissen der Unternehmer („Meister mit Herz“) waren zum Scheitern verurteilt. Einzige realistische Alternative bleibt daher vorerst auch hier der Ausbau der außerbetriebliche Ausbildung, um eine weitere Abwanderung zu verhindern.

© Stiftung SPI 2004

6.8 Literatur

Arbeitskreis Frauen und Arbeit im Verbundsystem Arbeitsmarktintegration Benachteiligter in der Region Trier (Hrsg.): Der Arbeitsmarkt für Frauen in der Region Trier. Trier 2000.

Arbeitskreis Mädchenarbeit im Verbundsystem Arbeitsmarktintegration Benachteiligter in der Region Trier (Hrsg.): Methoden der Berufsorientierung in der Mädchenarbeit. Trier 1999.

Arbeitskreis Schule und Beruf im Verbundsystem Arbeitsmarktintegration Benachteiligter in der Region Trier (Hrsg.): Der regionale Arbeitsmarkt für junge Menschen in der Stadt Trier und dem Landkreis Trier-Saarburg. Trier 2002.

Bruhns, Kirsten/Mack, Wolfgang: Aufwachsen und Lernen in der Sozialen Stadt. Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebensräumen. Opladen 2001.

Detjen, Joachim: Rechtliche Aspekte der Beteiligung von Einwohnerinnen und Einwohnern sowie Bürgerinnen und Bürgern an der Kommunalpolitik unter besonderer Berücksichtigung von Kindern und Jugendlichen, in: Gemeinschaftsaktion „Niedersachsen – Ein Land für Kinder“ (Hrsg.): Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Eine Arbeitshilfe für die Praxis. Hannover 2002.

Deutsches Institut für Urbanistik (difu): Soziale Stadt Info 5/2001.

Dezernat für Arbeitsförderung, Frauen, Soziales und Gesundheit der Stadt Kassel (Hrsg.): Nordstadt-Projekt-Spiegel 2001. Kassel 2001 (Manuskript).

Eckert, Roland: Dritte Welt in der Ersten? – Die Entstehung einer Social Underclass; in: Bruhns, Kirsten/Mack, Wolfgang: Aufwachsen und Lernen in der Sozialen Stadt. Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebensräumen. Opladen 2001, S. 291-309.

Elsen, Susanne u.a. (Hrsg.): Soziale Arbeit und Ökonomie. Neuwied 2000.

Freigang, Werner/Schone, Reinhold: Gutachten zur Funktionalität des Bereichs der Kinder- und Jugendarbeit und des Bereichs der erzieherischen Hilfen in der Stadt Neubrandenburg. Neubrandenburg 2001 (Manuskript).

Gemeinschaftsaktion „Niedersachsen – Ein Land für Kinder“ (Hrsg.): Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Eine Arbeitshilfe für die Praxis. Hannover 2002.

Gericke, Thomas: Die Wiedergewinnung des Betriebes als Ausbildungsort für Benachteiligte – Strategien und Leistungen der Jugendberufshilfe. Forschungsbericht. München/Leipzig: Deutsches Jugendinstitut, Arbeitspapier 3/2001.

Gericke, Thomas/Lex, Tilly/Schreiber-Kittl, Maria/Schröpfer, Haike: Fördern & Fordern. Jugendliche in Modellprojekten der Jugendsozialarbeit. Ergebnisse aus der wissenschaftlichen Begleitung und dem Monitoring des Modellprogramms „Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit 1998-2001“. München/Leipzig: Deutsches Jugendinstitut 2001.

Gericke, Thomas/Lex, Tilly/Schaub, Günther/Schreiber-Kittl, Maria/Schröpfer, Haike (Hrsg): Jugendliche fördern und fordern. Strategien und Methoden einer aktivierenden Jugendsozialarbeit. München 2002 (Übergänge in Arbeit, Band 1).

González, Toralf: Handlungsperspektiven für Arbeit und Ausbildung am Hamburger Stadtrand; in: Walther, Uwe-Jens (Hrsg.): Soziale Stadt – Zwischenbilanzen. Ein Programm auf dem Weg zur Sozialen Stadt? Opladen 2002, S. 133-144.

© Stiftung SPI 2004

Häußermann, Hartmut/Kapphan, Andreas: Berlin: Von der geteilten Stadt zur gespaltenen Stadt? Sozialräumlicher Wandel seit 1990. Opladen 2000.

Häußermann, Hartmut: Aufwachsen im Ghetto? In: Bruhns, Kirsten/Mack, Wolfgang: Aufwachsen und Lernen in der Sozialen Stadt. Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebensräumen. Opladen 2001, S. 37-51.

Häußermann, Hartmut: Global, lokal, sozial. Von der Unteilbarkeit der Stadt, in: Walther, Uwe-Jens (Hrsg.): Soziale Stadt – Zwischenbilanzen. Ein Programm auf dem Weg zur Sozialen Stadt? Opladen 2002, S. 71-84.

Haupt, Peter: Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten – Ein Programm; in: Bruhns, Kirsten/Mack, Wolfgang: Aufwachsen und Lernen in der Sozialen Stadt. Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebensräumen. Opladen 2001, S. 27-36.

Hurrelmann, Klaus: „Jung gegen Alt – Droht ein Generationenkonflikt?“ Warum die junge Generation politisch stärker partizipieren muss; in: Gemeinschaftsaktion „Niedersachsen – Ein Land für Kinder“ (Hrsg.): Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Eine Arbeitshilfe für die Praxis. Hannover 2002.

Jaeckel, Monika: Familien und lebenswerte Städte. Zur sozialen Lage von Familien in der Stadt; in Bruhns, Kirsten/Mack, Wolfgang: Aufwachsen und Lernen in der Sozialen Stadt. Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebensräumen. Opladen 2001, S. 91-100.

Jugendberufshilfe Thüringen e.V. (Hrsg.): Projekt ORINETz. Innovative Formen der Berufsorientierung für benachteiligte jugendliche in Kooperation von Schule, Jugendhilfe und Arbeitsverwaltung. Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung, Band 1-4, Erfurt 2001 (Manuskript).

Krautzberger, Michael/Richter, Birgit: „Die soziale Stadt“ – Neuorientierung in der Stadtentwicklungspolitik und in der Sozialarbeit; in: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit Nr. 1/2002, S. 36-41.

Kronauer, Martin: Die neue soziale Frage: Armut und Ausgrenzung in der Großstadt heute; in: Walther, Uwe-Jens (Hrsg.): Soziale Stadt – Zwischenbilanzen. Ein Programm auf dem Weg zur Sozialen Stadt? Opladen 2002, S. 45-55.

Lappe, Lothar: Jugendarbeitslosigkeit unter sozialräumlicher Perspektive; in: Bruhns, Kirsten/Mack, Wolfgang: Aufwachsen und Lernen in der Sozialen Stadt. Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebensräumen. Opladen 2001, S. 217-239.

Richter, Ingo: Die achte Todsünde der Bildungspolitik – Die Vernachlässigung sozialer Brennpunkte; in: Bruhns, Kirsten/Mack, Wolfgang: Aufwachsen und Lernen in der Sozialen Stadt. Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebensräumen. Opladen 2001, S. 53-72.

Schild, Hanjo: Berufliche Integration und Jugendsozialarbeit; in: Bruhns, Kirsten/Mack, Wolfgang: Aufwachsen und Lernen in der Sozialen Stadt. Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebensräumen. Opladen 2001, S. 241-246.

Schreiber, Elke/Schreier, Kerstin (Hrsg.): Praxismodelle zur sozialen und beruflichen Integration von Jugendlichen: Die Preisträger des Wettbewerbs „Fit für Leben und Arbeit“. München 2000.

Schubert, Herbert (Hrsg.): Sozialmanagement. Zwischen Fachlichkeit und fachlichen Zielen. Opladen 2001.

© Stiftung SPI 2004

Sprung, Dörte/Brandis, Ralf/Ziegs, Christian: Konzeption Streetwork Prohlis/Leuben. März 2001 (Manuskript)

Stange, Waldemar: Anstoß-Handbuch für die Arbeit vor Ort – Zukunftswerkstätten. Bonn 1993.

Stange, Waldemar: Partizipation von Kindern und Jugendlichen – Formen der Beteiligung, in: Gemeinschaftsaktion „Niedersachsen – Ein Land für Kinder“ (Hrsg.): Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Eine Arbeitshilfe für die Praxis. Hannover 2002.

Stange, Waldemar: Planen mit Fantasie. Berlin 1996.

Staub-Bernasconi, Silvia: Seitenwechsel – Chancen und Risiken von Grenzüberschreitungen zwischen Wirtschaft und Sozialer Arbeit, in: Elsen, Susanne u.a. (Hrsg.): Soziale Arbeit und Ökonomie. Neuwied 2000, S. 136-156.

Vorstand der Wohnungsgenossenschaft am Beutelweg WOGEBE (Hrsg.): Die Genossenschaft am Beutelweg. Aus der Not geboren. Ein Modell zivilgesellschaftlicher Lösung sozialer Probleme. Trier 1999.

Walther, Uwe-Jens (Hrsg.): Soziale Stadt – Zwischenbilanzen. Ein Programm auf dem Weg zur Sozialen Stadt? Opladen 2002.

© Stiftung SPI 2004

Deutsches Jugendinstitut

KuQ

Kompetenz und Qualifikation für junge Menschen in sozialen Brennpunkten

Fragebogen 1: Jugendämter

Allgemeine Daten zum Jugendamt

Bitte lesen Sie vor dem Ausfüllen die *Hinweise zum Ausfüllen der Fragebogen* durch!

Deckblatt
(wird vor der Datenerfassung abgetrennt)

01 Jugendamt (Ort oder Landkreis):

_____Nr.___

© Stiftung SPI 2004

Deutsches Jugendinstitut

KuQ

Kompetenz und Qualifikation für junge Menschen in sozialen Brennpunkten

Fragebogen 1: Jugendämter

Allgemeine Daten zum Jugendamt und zum Programmgebiet KuQ

Bitte lesen Sie vor dem Ausfüllen die *Hinweise zum Ausfüllen der Fragebogen* durch!

Jugendamt Nr. _____

02 Welche besonderen *Merkmale kennzeichnen* den Sozialraum/die Sozialräume, in dem/denen das Programm KuQ wirksam wird? Bitte jeweils Zutreffendes ankreuzen!	**Mehrfachnennungen möglich!**	**03 Welche dieser Merkmale verursachen in diesem/n Gebiet/en die meisten *Probleme*?** **Maximal 4 Nennungen!**
	1	1
hoher Anteil SozialhilfeempfängerInnen	☐	☐
hohe Arbeitslosenquote.....	☐	☐
hoher Anteil AusländerInnen.....	☐	☐
hoher Anteil AussiedlerInnen.....	☐	☐
fehlende Freizeitangebote.....	☐	☐
hohe Kriminalitätsrate.....	☐	☐
Verwahrlosung/Vermüllung.....	☐	☐
dichte Bebauung/wenig Grünflächen.....	☐	☐
wenig Arbeits-/Ausbildungsplätze.....	☐	☐
marode Bausubstanz.....	☐	☐
hoher Anteil allein Erziehender.....	☐	☐
hohe Bevölkerungsdichte.....	☐	☐
Drogenkonsum.....	☐	☐
Prostitution.....	☐	☐
schwach ausgebauter öffentlicher Nahverkehr.....	☐	☐
Vandalismus.....	☐	☐
fremdenfeindliche Gruppen/Aktivitäten..	☐	☐
Sonstiges, und zwar: _____	☐	☐
	1	1
_____		
_____		

© Stiftung SPI 2004

04 Gibt es eine *formalisierte* Ämter übergreifende Zusammenarbeit zwischen Jugendamt, Sozialamt und Arbeitsamt (z. B. auf der Basis einer schriftlichen Vereinbarung, eines Kooperationsvertrags u. Ä.) schon seit längerer Zeit (*seit mindestens einem Jahr*) oder läuft sie gerade erst an oder gibt es sie nicht?

Ämter übergreifende Zusammenarbeit …

gibt es schon seit längerer Zeit ☐1→ und zwar seit ca. _____ Jahr(en)

läuft gerade erst an ☐2

gibt es nicht ☐3

05 Gibt es speziell zum Programm KuQ eine *schriftliche* Kooperations-vereinbarung zwischen Jugendamt, Sozialamt und Arbeitsamt? ja ☐1 nein ☐2

06 Gibt es in Ihrem Jugendamt eine eigene Abteilung oder Sachbearbeitung, die sich ausschließlich oder überwiegend mit Fragen der Akquisition/Finanzierung von Programmen und Projekten befasst?

ja, Abteilung ☐1
ja, Sachbearbeitung ☐2

nein, weder noch ☐3
weiß nicht ☐4

07 Gibt es in Ihrem Jugendamt eine eigene Abteilung oder Sachbearbeitung, die sich ausschließlich oder überwiegend mit Fragen und Problemen zum Übergang Schule – Beruf, Arbeit und Beschäftigung befasst?

ja, Abteilung ☐1
ja, Sachbearbeitung ☐2

nein, weder noch ☐3
weiß nicht ☐4

© Stiftung SPI 2004

08 Wie beurteilen Sie folgende Situationen und Bereiche in dem/n Gebiet/en, in dem/denen das Programm KuQ wirksam wird? Beziehen Sie sich bitte auf den gegenwärtigen Stand!

	sehr gut 1	gut 2	weniger gut 3	eher schlecht 4	weiß nicht 5
Angebote der Kindertagesbetreuung	☐	☐	☐	☐	☐
Angebote im Bereich der Hilfen zur Erziehung	☐	☐	☐	☐	☐
Angebote der Jugendberufshilfe	☐	☐	☐	☐	☐
Angebot an Jugendfreizeiteinrichtungen	☐	☐	☐	☐	☐
formalisierte Zusammenarbeit zwischen Jugendamt, Sozialamt und anderen Ämtern	☐	☐	☐	☐	☐
informelle Zusammenarbeit zwischen Jugendamt, Sozialamt und anderen Ämtern	☐	☐	☐	☐	☐
Zusammenarbeit zwischen Jugendamt und freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe	☐	☐	☐	☐	☐
Kooperation zwischen Kindertagesstätten und Grundschulen	☐	☐	☐	☐	☐
Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schulen	☐	☐	☐	☐	☐
Kooperation zwischen Jugendhilfe und sozialer Stadterneuerung	☐	☐	☐	☐	☐
Kooperation zwischen Landkreis und Kommunen im Bereich Kinder- und Jugendarbeit	☐	☐	☐	☐	☐
Kooperation zwischen Jugendhilfe und lokaler Wirtschaft	☐	☐	☐	☐	☐
Maßnahmen der Jugendhilfe zur Sicherung des Übergangs Schule – Beruf	☐	☐	☐	☐	☐
Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an lokalen Planungs- und Umsetzungsvorhaben	☐	☐	☐	☐	☐
Maßnahmen der Jugendhilfe zur Verbesserung des Wohnumfeldes und der sozialen Infrastruktur	☐	☐	☐	☐	☐
Zusammenarbeit der Jugendhilfe mit Institutionen der öffentlichen und privaten Gesundheitspflege	☐	☐	☐	☐	☐
Maßnahmen zur Schaffung und Sicherung der Beschäftigung auf lokaler/regionaler Ebene	☐	☐	☐	☐	☐
Maßnahmen zur Umweltentlastung	☐	☐	☐	☐	☐
Öffentlicher Personennahverkehr	☐	☐	☐	☐	☐
Angebote der Stadtteil-/Kulturarbeit	☐	☐	☐	☐	☐
	1	2	3	4	5

© Stiftung SPI 2004

09 In welchen Bereichen gibt es in diesem/n Gebiet/en Ihrer Meinung nach vor allem Handlungsbedarf im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit? Kreuzen Sie bitte die <u>vier</u> <u>wichtigsten</u> Bereiche an, in denen mehr getan werden müsste!

Maximal 4 Nennungen!

1

- Angebote der Kindertagesbetreuung.....☐
- Angebote im Bereich der Hilfen zur Erziehung.....☐
- Angebote der Jugendberufshilfe.....☐
- Angebot an Jugendfreizeiteinrichtungen.....☐

- *formalisierte* Zusammenarbeit zwischen Jugendamt, Sozialamt und anderen Ämtern . ☐
- *informelle* Zusammenarbeit zwischen Jugendamt, Sozialamt und anderen Ämtern . . ☐
- Zusammenarbeit zwischen Jugendamt und freien Trägern der Jugendhilfe.....☐
- Kooperation zwischen Kindertagesstätten und Grundschulen.....☐
- Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schulen.....☐
- Kooperation zwischen Jugendhilfe und sozialer Stadterneuerung.....☐
- Kooperation zwischen Landkreis und Kommunen im Bereich Kinder- und Jugendarbeit ☐
- Kooperation zwischen Jugendhilfe und lokaler Wirtschaft.....☐

- Unterstützung von Maßnahmen zur Sicherung des Übergangs Schule – Beruf.....☐
- Möglichkeit der Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an lokalen Planungs- und Umsetzungsvorhaben.....☐
- Unterstützung von Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes und der sozialen Infrastruktur.....☐
- Zusammenarbeit der Jugendhilfe mit Institutionen der öffentlichen und privaten Gesundheitspflege (Ärzte etc.).....☐
- Unterstützung von Maßnahmen zur Schaffung und Sicherung der Beschäftigung auf lokaler/regionaler Ebene.....☐

- Unterstützung von Maßnahmen zur Umweltentlastung .....☐
- Unterstützung von Maßnahmen zum Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs....☐
- Unterstützung von Maßnahmen zur Verbesserung der Stadtteil-/Kulturarbeit.....☐

© Stiftung SPI 2004

10 Gibt es in Ihrem Zuständigkeitsbereich Faktoren, die die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren (Jugendamt, Sozialamt, Arbeitsamt, Träger der Jugendhilfe etc.) *positiv* oder *negativ* beeinflussen?

ja ☐1
nein ☐2 → Frage 11
weiß nicht ☐3 → Frage 11

Wenn ja, welche?

***Positive* Faktoren**:_____

_____

_____

_____

***Negative* Faktoren**:_____

_____

_____

_____

11 Welcher der folgenden Aussagen stimmen Sie zu?

Durch unsere Beteiligung am KuQ-Programm haben sich die Kooperationsbeziehungen zwischen Jugendamt, Sozialamt und Arbeitsamt ...

stark verbessert	☐1	nicht verändert	☐3
etwas verbessert	☐2	eher verschlechtert	☐4

S T A T I S T I K

12 Bundesland

Schleswig-Holstein	☐1	Thüringen	☐11
Hamburg	☐2	Sachsen	☐12
Bremen	☐3	Sachsen-Anhalt	☐13
Niedersachsen	☐4	Brandenburg	☐14
Hessen	☐5	Berlin	☐15
Nordrhein-Westfalen	☐6	Mecklenburg-Vorpommern	☐16
Rheinland-Pfalz	☐7		
Saarland	☐8		
Baden-Württemberg	☐9		
Bayern	☐10		

© Stiftung SPI 2004

13 Das Jugendamt ist zuständig für ...

eine Großstadt (über 100.000 Einwohner)...☐1

einen Bezirk einer Großstadt.....☐2

eine *kreisfreie* Mittelstadt (ca. 30.000 bis 100.000 Einwohner)..... .. .☐3

eine *kreisangehörige* Mittelstadt (ca. 30.000 bis 100.000 Einwohner) ☐4

eine *kreisfreie* Kleinstadt (unter 30.000 Einwohner)..... ..... ☐5

eine *kreisangehörige* Kleinstadt (unter 30.000 Einwohner)..... ..... ☐6

einen Landkreis.....☐7

14 Wie viele *Einwohner* leben *insgesamt* etwa im Zuständigkeitsbereich des Jugendamtes?

Einwohner insgesamt ca. _____

15 Wie viele *Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren* leben insgesamt etwa im Zuständigkeitsbereich Ihres Jugendamtes?

Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren ca. _____

16 Ist Ihr Jugendamt dezentralisiert?

ja ☐1

nein ☐2

17 Wurde oder wird in Ihrem Jugendamt eine Verwaltungsmodernisierung durchgeführt?

ja ☐1 → Frage 18

nein ☐2 → Frage 19

weiß nicht ☐3 → Frage 19

18 Was hat sich durch die Verwaltungsmodernisierung in Ihrem Jugendamt *verändert?*
(Mehrfachnennungen möglich!)

Abteilungszuschnitt ☐1

weniger Hierarchie ☐1

Dezentralisierung ☐1

Sozialraumbudget ☐1

Sonstiges, und zwar: ☐1

_____

_____

© Stiftung SPI 2004

19 Wie viele MitarbeiterInnen gibt es in Ihrem Jugendamt insgesamt?

bis 10	☐1	über 100 bis 500	☐4
über 10 bis 50	☐2	mehr als 500	☐5
über 50 bis 100	☐3		

20 Gibt es im Bereich der Jugendarbeit, der Kindertagesbetreuung und der Jugendberufshilfe nur Angebote der öffentlichen Träger oder der freien Träger oder beides?

	Angebote ...		
	nur freier Träger	nur öffentlicher Träger	sowohl als auch
	1	2	**3**
Jugendarbeit.....	☐	☐	☐
Kindertagesbetreuung.....	☐	☐	☐
Jugendberufshilfe.....	☐	☐	☐
	1	2	**3**

21 Wie viele *Einzelprojekte* werden in Ihrem Amt vom Programm KuQ *insgesamt* gefördert? Anzahl Projekte: _____

Vielen Dank für Ihre Kooperationsbereitschaft!

© Stiftung SPI 2004

Deutsches Jugendinstitut

KuQ

Kompetenz und Qualifikation für junge Menschen in sozialen Brennpunkten

Fragebogen 2: Projekte

Dieser Fragebogen bezieht sich nur auf Projekte, die vom Programm KuQ gefördert werden. Projekte, die aus mehreren Einzelmaßnahmen bestehen, sollten zu sinnvollen *Projekten zusammengefasst* werden. Füllen Sie bitte für jedes dieser Projekte einzeln *einen* Fragebogen aus!

Bitte lesen Sie vor dem Ausfüllen die *Hinweise zum Ausfüllen der Fragebogen* durch!

Deckblatt
(wird vor der Datenerfassung abgetrennt)

01 Jugendamt (Ort oder Landkreis):

_____ **Nr**. _____

02 Projekt: _____

_____**Nr**. _____

▲ ▲ ▲

Alle Fragen dieses Fragebogens beziehen sich auf dieses Projekt!

© Stiftung SPI 2004

Deutsches Jugendinstitut

KuQ

Kompetenz und Qualifikation für junge Menschen in sozialen Brennpunkten

Fragebogen 2: Projekte

Bitte lesen Sie vor dem Ausfüllen die *Hinweise zum Ausfüllen der Fragebogen* durch!

Diesen Fragebogen bitte für jedes KuQ-Projekt einzeln ausfüllen!

Jugendamt Nr. _____ Projekt Nr. _____

03 Wie hoch sind die beantragten *Gesamtkosten* des Projekts?
_____ EUR

04 Welchen Anteil (in Prozent) an den *Gesamtkosten* des Projekts hat die Förderung durch das Programm KuQ? ca. _____ %

05 Wird das Projekt kofinanziert? nein ☐1 → Frage 06

ja ☐2

durch …: (Mehrfachnennungen möglich!)

	1
andere Bundesmittel (außer KuQ).....	☐
Landesmittel.....	☐
Mittel der Stadt.....	☐
Mittel des Arbeitsamtes.....	☐
Mittel des Landkreises.....	☐
freie Träger der Jugendhilfe.....	☐
EU-Mittel.....	☐
private Förderung (Stiftung etc.)	☐
sonstige Mittel, und zwar:	☐

_____

_____

© Stiftung SPI 2004

06 Wer ist/sind der/die Maßnahmeträger des Projekts?

_____

_____

07 Das Projekt ist ein Gemeinschaftsprojekt von Jugendhilfeeinrichtungen und ...
(Mehrfachnennungen möglich!)

	1		1
Schule(n).....	☐	sozialer Stadterneuerung.....	☐
Arbeitsamt.....	☐	lokaler Wirtschaft.....	☐
Sozialamt.....	☐		
		anderen Ämtern/ Einrichtungen, und zwar:	
(Fach)Hochschule(n).....	☐		☐
	1	_____	1
		_____	

08 Mit welchen Zielgruppen wird bei dem Projekt *hauptsächlich* gearbeitet?
(Mehrfachnennungen möglich!)

	1		1
noch nicht schulpflichtige Kinder.....	☐	AusländerInnen.....	☐
GrundschülerInnen.....	☐	AussiedlerInnen.....	☐
HauptschülerInnen.....	☐	Behinderte.....	☐
BerufsschülerInnen.....	☐	Drogenabhängige.....	☐
		Straffällige/-entlassene.....	☐
SchülerInnen in berufsvorbereitenden Klassen (BVJ, BGJ u. Ä.)..	☐		
FörderschülerInnen.....	☐	Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit.....	☐
Schulverweigerer.....	☐		
Kinder/Jugendliche aus sozial schwachen Familien.....	☐	Sonstige, und zwar:	☐
nur Mädchen/junge Frauen.....	☐	_____	1
nur Jungen/junge Männer.....	☐		
beide Geschlechter.....	☐	_____	
TeilnehmerInnen des FSTJ.....	☐		
Eltern.....	☐		
speziell junge Mütter.....	☐		
speziell allein Erziehende.....	☐		
	1		

© Stiftung SPI 2004

09 Welchem *Förderschwerpunkt* ist das Projekt zuzuordnen? (Mehrfachnennungen möglich!)

1

- Kooperation zwischen Kindertagesstätten und Grundschulen..... ☐
- Kooperation zwischen Jugendhilfeangeboten und Hauptschulen..... ☐
- Sicherung des Übergangs Schule – Beruf..... ☐
- Verknüpfung von Jugendhilfe mit Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes und der sozialen Infrastruktur..... ☐
- Förderung der aktiven Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an lokalen Planungs- und Umsetzungsvorhaben..... ☐
- Kooperation mit Institutionen der öffentlichen und privaten Gesundheitspflege..... ☐
- Unterstützung und Initiierung von Gemeinschaftsprojekten von Jugendhilfeeinrichtungen und *Schule*..... ☐
- Unterstützung und Initiierung von Gemeinschaftsprojekten von Jugendhilfeeinrichtungen und *Arbeitsamt*..... ☐
- Unterstützung und Initiierung von Gemeinschaftsprojekten von Jugendhilfeeinrichtungen und *sozialer Stadterneuerung*..... ☐
- Unterstützung und Initiierung von Gemeinschaftsprojekten von Jugendhilfeeinrichtungen und *lokaler Wirtschaft*..... ☐
- Sonstiges, und zwar: _____ ☐

1

_____

© Stiftung SPI 2004

10 Welche konkreten Inhalte/Arbeitsansätze umfasst das Projekt?
(Mehrfachnennungen möglich!)

	1		1
Sport und Spiel	☐	ausbildungsbegleitende Hilfen	☐
Musik und Tanz	☐	Medienkompetenz/PC/Internet	☐
kreatives Gestalten	☐	(Berufs)Ausbildung	☐
Theater, Lesungen u. Ä.	☐	Assessment-Center	☐
Essen und Trinken/Ernährung	☐	Beschäftigung	☐
Gesundheit/Gesundheitsberatung	☐	Arbeits-/Jobvermittlung	☐
Drogen-/Suchtberatung/-prävention	☐	Praktika/Schnupperkurse	☐
Gewaltprävention	☐	Anschaffung von PCs/Hard-/Software	☐
Vermittlung von Sprachkompetenz	☐		
Vermittlung von Sozialkompetenz	☐	Bau/Einrichtung/Ausbau von Jugendtreff/-zentrum/Schülercafé u. Ä.	☐
Hausaufgabenbetreuung	☐		
		Durchführung von Workshops/ Zukunftswerkstätten u. Ä.	☐
Kinderbetreuung	☐		
		Bau/Einrichtung/Ausbau von Jugendwerkstatt u. Ä.	☐
Mobile Jugendarbeit	☐		
Erziehungsberatung	☐	Fort-/Weiterbildung für Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit	☐
Berufsorientierung/-vorbereitung	☐		
		Sonstiges, und zwar:	☐
Bewerbungstraining	☐	_____	1
Bildung/Allgemeinbildung	☐		
Erwerb von (Teil)Qualifikationen	☐	_____	
	1		

11 Welche der folgenden Methoden kommen bei dem Projekt zum Einsatz?
(Mehrfachnennungen möglich!)

	1		1
Streetwork	☐	Aufsuchende Sozialarbeit	☐
Schulsozialarbeit	☐	Coaching	☐
Einzelberatung	☐	Case-Management	☐
Gruppenberatung	☐	Workshops	☐
Mobile Beratung	☐		
		Sonstiges, und zwar:	☐
Offene Jugendarbeit	☐	_____	1
Netzwerkarbeit	☐		
	1	_____	

© Stiftung SPI 2004

12a Mit welchen der folgenden Einrichtungen arbeiten Sie bei dem Projekt *regelmäßig* zusammen?			**12b Welches davon sind die *wichtigsten* Kooperationspartner? *(Maximal 4 Nennungen!)***	**12c Wie funktioniert die Zusammenarbeit mit den *wichtigsten* Kooperationspartnern bei dem Projekt? *(Nur ausfüllen, wenn Nennung bei 12b; maximal 4 Nennungen!*)**			
	12a regelmäßige Zusammenarbeit		**12 b** wichtigste Kooperationspartner	**12 c** Zusammenarbeit funktioniert …			
	ja	**nein**	**(Maximal 4 Nennungen!)**	**sehr gut**	**gut**	**weniger gut**	**nicht so gut**
	1	2	1	1	2	3	4
Kindertagesstätten.....	☐	☐	.....☐ →	☐	☐	☐	☐
Grundschulen.....	☐	☐	.....☐ →	☐	☐	☐	☐
Hauptschulen.....	☐	☐	.....☐ →	☐	☐	☐	☐
Gesamtschulen.....	☐	☐	.....☐ →	☐	☐	☐	☐
Realschulen.....	☐	☐	.....☐ →	☐	☐	☐	☐
Berufsschulen.....	☐	☐	.....☐ →	☐	☐	☐	☐
(Fach)Hochschulen.....	☐	☐	.....☐ →	☐	☐	☐	☐
Schulamt.....	☐	☐	.....☐ →	☐	☐	☐	☐
ASD/Familienhilfe.....	☐	☐	.....☐ →	☐	☐	☐	☐
Wohnungswirtschaft.....	☐	☐	.....☐ →	☐	☐	☐	☐
sonstige lokale Wirtschaft.	☐	☐	.....☐ →	☐	☐	☐	☐
Stadtteil-/Quartiers-manager.....	☐	☐	.....☐ →	☐	☐	☐	☐
Arbeitsamt.....	☐	☐	.....☐ →	☐	☐	☐	☐
Sozialamt.....	☐	☐	.....☐ →	☐	☐	☐	☐
Stadtplanungs-/Bauamt....	☐	☐	.....☐ →	☐	☐	☐	☐
andere kommunale Ämter	☐	☐	.....☐ →	☐	☐	☐	☐
freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe.....	☐	☐	.....☐ →	☐	☐	☐	☐
Religionsgemeinschaften	☐	☐	.....☐ →	☐	☐	☐	☐
Erziehungsberatungs-stellen.....	☐	☐	.....☐ →	☐	☐	☐	☐
Bürgerinitiativen.....	☐	☐	.....☐ →	☐	☐	☐	☐
Selbsthilfegruppen.....	☐	☐	.....☐ →	☐	☐	☐	☐
Gesundheitsamt.....	☐	☐	.....☐ →	☐	☐	☐	☐
Suchtberatungsstellen.....	☐	☐	.....☐ →	☐	☐	☐	☐
örtliche Vereine.....	☐	☐	.....☐ →	☐	☐	☐	☐
Ärzte/Psychologen.....	☐	☐	.....☐ →	☐	☐	☐	☐
Jugendgerichtshilfe.....	☐	☐	.....☐ →	☐	☐	☐	☐
Volkshochschule.....	☐	☐	.....☐ →	☐	☐	☐	☐
Polizei.....	☐	☐	.....☐ →	☐	☐	☐	☐
Ausländerbeirat.....	☐	☐	.....☐ →	☐	☐	☐	☐
Ausländerbeauftragte/r.....	☐	☐	.....☐ →	☐	☐	☐	☐
Sonstige, und zwar:							
_____	☐	☐	.....☐ →	☐	☐	☐	☐
	1	2	1	1	2	3	4
_____							

© Stiftung SPI 2004

13a In welcher Form findet *bei diesem Projekt* die Kooperation innerhalb der und zwischen den am Projekt beteiligten Ämtern/Institutionen statt?

(Mehrfachnennungen möglich!)

13b Und wie ergiebig sind Ihrer Meinung nach diese regelmäßig stattfindenden Kooperationsformen?

	13a findet **regelmäßig** statt	**13b** Kooperationsform ist ... **(Nur ausfüllen bei Nennung 13a!)**			
		sehr ergiebig	ergiebig	weniger ergiebig	eher unergiebig
	1	1	2	3	4
Amt interne fachbereichsübergreifende Arbeitsgruppe.....	☐ →	☐	☐	☐	☐
Amt übergreifende *personen- und fallbezogene* Kooperation.....	☐ →	☐	☐	☐	☐
Amt übergreifende *projektbezogene* Kooperation...	☐ →	☐	☐	☐	☐
Amt übergreifende Koordinierungs-/ Planungsgruppe.....	☐ →	☐	☐	☐	☐
Arbeitsgemeinschaft/-kreis.....	☐ →	☐	☐	☐	☐
Stadtteilkonferenz/-runde mit Bürgerbeteiligung.....	☐ →	☐	☐	☐	☐
sonstige Kooperationsformen, und zwar:					
_____	☐ → 1	☐ 1	☐ 2	☐ 3	☐ 4
_____					

14 Wird das Projekt *nach Ablauf der KuQ-Förderung* weitergeführt?

ja, sicher	☐1	→ Frage 15
ja, vielleicht	☐2	→ Frage 15
nein, wahrscheinlich nicht	☐3	→ Frage 16
nein, sicher nicht	☐4	→ Frage 16

15 Aus welchen Mitteln wird das Projekt *nach* Ablauf der KuQ-Förderung voraussichtlich finanziert?

(Mehrfachnennungen möglich!)

	1		1
andere Bundesmittel (außer KuQ).....	☐	EU-Mittel.....	☐
Landesmittel.....	☐	private Förderung (Stiftung etc.)	☐
Mittel der Kommune.....	☐	Sponsoring.....	☐
		sonstige Mittel, und zwar:	
Mittel des Landkreises.....	☐		☐
Freie Träger der Jugendhilfe.....	☐	_____	1
Mittel des Arbeitsamtes.....	☐		

© Stiftung SPI 2004

16 Können voraussichtlich alle Zielstellungen, die mit dem Projekt verbunden waren, erreicht werden?

ja, vollständig	☐1	→ Frage 17	nur teilweise	☐3	→ Frage 18
ja, größtenteils	☐2	→ Frage 17	die meisten nicht	☐4	→ Frage 18

17 Welche Zielstellungen können voraussichtlich *vollständig* oder *größtenteils* erreicht werden?

_____

_____

_____

_____

_____

18 Welche Zielvorstellungen können voraussichtlich *nicht* oder *nur teilweise* erreicht werden? Welches sind aus Ihrer Sicht die Gründe dafür?

_____

_____

_____

_____

_____

_____

_____

Vielen Dank für Ihre Kooperationsbereitschaft!

© Stiftung SPI 2004

ANHANG

Die Stiftung SPI bedankt sich – auch im Namen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend – bei den beteiligten Städten, Landkreisen und Gemeinden für die Teilnahme am Projekt „Kompetenz und Qualifikation für junge Menschen in sozialen Brennpunkten (“KuQ“).

Besonders den Koordinatorinnen und Koordinatoren vor Ort sei für ihr Engagement, ihre umsichtige Begleitung der Projekte und Maßnahmen, ihre Beteiligung und aktive Mitgestaltung an den jeweiligen KuQ-Programmphasen sowie für ihre lokal ausgerichteten Kooperationsbemühungen und –erfolge gedankt.

Die Tabelle „Teilnehmende Jugendämter und deren Programmschwerpunkte“ zeigt die Verteilung der KuQ-Aktivitäten auf die einzelnen städtischen und ländlichen Kommunen auf und gibt einen Überblick über die inhaltlichen Schwerpunkte der Projektarbeit.

© Stiftung SPI 2004

Teilnehmende Jugendämter und deren Programmschwerpunkte

Baden-Württemberg										
Jugendamt	Ansprechpartner	Kooperation zwischen Kita, Grundschulen, Jugendhilfeangeboten und Hauptschulen	Sicherung des erfolgreichen Übergangs Schule in Beruf	Verknüpfung von Jugendhilfe mit Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes und sozialer Infrastruktur	Unterstützung und Initiierung von Gemeinschaftsprojekten				Förderung der aktiven Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an lokalen Planungs- und Umsetz-ungsvorhaben	Kooperation mit Institutionen der öffentlichen/privaten Gesundheitspflege	Sonstiges
					Jugendhilfeeinrichtungen und Schule	Jugendhilfeenrichtungen und Arbeitsamt	Jugendhilfeeinrichtungen und soziale Stadterneuerung	Jugendhilfe und lokale Wirtschaft			
Stadt Freiburg i.Br. Sozial- und Jugendamt Postfach 79095 Freiburg i.Br.	Frau Anja Wenz Wenzan@stadt.freiburg.de Tel. 0761/201 3920 Fax 0761/201 3599	X		X							Internetprojekt
Stadt Karlsruhe Sozial- u. Jugendbehörde Kaiserallee 4 76133 Karlsruhe	Herr Martin Lenz martin.lenz@sjb.karlsruhe.de Herr Peter Stieglbauer Peter.stieglbauer@sjb.karlsruhe.de Tel. 0721/133 5028 od. 5410 Fax 0721/133 5009	X	X		X	X					
Stadt Mannheim Jugendamt K1, 7-13 68159 Mannheim	Frau Ursula Schenck ursula.schenck@mannheim.de Tel. 0621/293 2163 Fax 0621/293 2158	X	X	X		X			X		
Landratsamt Sigmaringen Kreisjugendamt Antonstr. 20 72488 Sigmaringen	Herr Reinhard Gotsch reinhard.gotsch@lrasig.de Tel. 07571/645 335 Fax 07571/645 344	X							X		

© Stiftung SPI 2004

Bayern										
Jugendamt	Ansprechpartner	Kooperation zwischen Kita, Grundschulen, Jugendhilfeangeboten und Hauptschulen	Sicherung des erfolgreichen Übergangs Schule in Beruf	Verknüpfung von Jugendhilfe mit Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes und sozialer Infrastruktur	Unterstützung und Initiierung von Gemeinschaftsprojekten				Förderung der aktiven Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an lokalen Planungs- und Umsetz-ungsvorhaben	Kooperation mit Institutionen der öffentlichen/privaten Gesundheitspflege	Sonstiges
					Jugendhilfeeinrichtungen und Schule	Jugendhilfeenrichtungen und Arbeitsamt	Jugendhilfeeinrichtungen und soziale Stadterneuerung	Jugendhilfe und lokale Wirtschaft			
Stadt Augsburg Amt für soziale Dienste Tobias-Maurer-Str. 19 86159 Augsburg	Frau Sabine Nölke-Schaufler Sozdienst-nord@augsburg.de Tel. 0821/324 2850 Fax 0821/324 2851	X			X						Film- und Fotoausstellung
Stadt Bayreuth Stadtjugendamt Dr.-Franz-Str. 6 95445 Bayreuth	Herr Christian Hübsch Christian.huebsch@stadt.bayreuth.de Tel. 0921/25 1341 Fax 0921/25 1641			X							
Stadt Bayreuth Stadtteilbüro St. Georgen 54 95448 Bayreuth	Frau Gerda Zeuss oekozentrum.nuernberg@t-online.de Tel. 0921/150 2240 od. 41 Fax 0921/150 2242			X							
Stadt Fürth Stadtjugendamt Königsplatz 2 90762 Fürth	Frau Jutta Küppers Jugendarbeit-fue@odn.de Tel. 0911/974 1557 Fax 0911/974 1513	X	X	X							
Stadt Hof Jugendamt Klosterstr. 23 95028 Hof	Herr Thomas Funke Thomas.funke@stadt-hof.de Klaus Wulf Klaus.wulf@stadt-hof.de Tel. 09281/93 606 Fax 09281/747 898		X						X		

© Stiftung SPI 2004

Stadt Lindau (B) Amt für junge Menschen und Familien Stiftsplatz 4 88131 Lindau (B)	Frau Bettina Schultheis Bettina.schultheis@landkreis-lindau.de Tel. 08382/270 189 Fax 08382/270 185		X						X		
Stadt München Stadtjugendamt Orleansplatz 11 81667 München	Herr Thomas Schröder Herr Karl-Heinz Hummel Tel. 089/233 27 449 Fax 089/233 27 489	X	X		X	X				X	Ferien „Taka-Tuka“
Stadt München GWA Hasenbergl Nord Wintersteinstr. 60 80933 München	Frau Tomasch Herr Fröber Tel. 089/314 097 05	X	X		X	X				X	
Stadt Nürnberg Jugendamt Dietzstr. 4 90443 Nürnberg	Frau Simone Herold Simone.herold@j.stadt.nuernberg.de Tel. 0911/231 5588 Fax 0911/231 3488	X	X	X	X	X					
Stadt Regensburg Amt für kommunale Jugendarbeit Ostengasse 29 93047 Regensburg	Frau Annerose Raith Tel. 0941/507 1550 Fax 0941/507 4559			X						X	Sinnesraum im Hort, Elterntraining, Gewaltprävention, Stadtteilbroschüre
Stadt Rosenheim Amt für Kinder, Jugendliche und Familie Reichenbachstr. 8 83022 Rosenheim	Herr Markus Bauer markus.bauer@rosenheim.de Herr Thomas Sarsky thomas.sarsky@rosenheim.de Tel. 08031/36 1516 Fax 08031/36 2021				X						
Stadt Würzburg Sozialreferat Karmelitenstr. 43 97070 Würzburg	Herr Siegfried Scheidereiter Siegfried.Scheidereiter@Stadt.Wuerzburg.de Tel. 0931/37 3546 Fax 0931/37 3528		X			X					
Stadt Würzburg Jugendamt/ASD Den Haager Str. 4 a 97084 Würzburg	Frau Roswitha Kollei stadtteilbuero@nexgo.de Tel. 0931/205 8018		X			X					

© Stiftung SPI 2004

Berlin										
Jugendamt	Ansprechpartner	Kooperation zwischen Kita, Grundschulen, Jugendhilfeangeboten und Hauptschulen	Sicherung des erfolgreichen Übergangs Schule in Beruf	Verknüpfung von Jugendhilfe mit Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes und sozialer Infrastruktur	Unterstützung und Initiierung von Gemeinschaftsprojekten				Förderung der aktiven Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an lokalen Planungs- und Umsetz-ungsvorhaben	Kooperation mit Institutionen der öffentlichen/privaten Gesundheitspflege	Sonstiges
					Jugendhilfeeinrichtungen und Schule	Jugendhilfeeinrichtungen und Arbeitsamt	Jugendhilfeeinrichtungen und soziale Stadterneuerung	Jugendhilfe und lokale Wirtschaft			
Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg v. Berlin Jugendamt Frankfurter Allee 35/37 10247 Berlin	Herr Burkhard Wiesner Burkhard.Wiesner@ba-frh.verwalt-berlin.de Tel. 030/2324 4506 Fax 030/2324 4223		X	X							
Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf v. Berlin Jugendamt/-förderung Riesaer Str. 94 12591 Berlin	Frau Barbara Schünke Herr Holger Balke stab1@web.de Tel. 030/902 93 4480 od. 4481 Fax 030/902 93 4479								X		
Bezirksamt Mitte von Berlin Jugendamt 1 FD 10M Karl-Marx-Allee 31 10178 Berlin	Herr Rainer Pede Jugendfoerderung.Mitte@t-online.de Tel. 030/247 03 119 Fax 030/247 03 113	X	X		X					X	Fotoprojekt Coaching
Bezirksamt Neukölln von Berlin Abt. Jugend und Familie Jug 4720 Karl-Marx-Str. 83 12040 Berlin	Herr Dieter Martens dieter.martens@ba-nkn.verwalt-berlin.de Frau Claudia Krause Tel. 030/6809 2672 Fax 030/6809 3047										Elternarbeit

© Stiftung SPI 2004

Bezirksamt Neukölln von Berlin Abt. Jugend und Fam. Karl-Marx-Str. 83 12040 Berlin	Herr Karl-Heinz Wienecke Karl-Heinz.Wienecke@BA-NKN.Verwalt-Berlin.de Tel. 030/6809 4014 Fax 030/6809 3738	X									
Bezirksamt Neukölln von Berlin Jugendförderung Blaschkoallee 32 12359 Berlin	Frau Hedy Speck-Öztoprak Hedy.Speck@BA-NKN.Verwalt-Berlin.de Frau Ingrid Neunhöffer i.neunhoeffer@web.de Tel. 030/6809 2047								X		Schülercafé „Schilleria“
Bezirksamt Pankow von Berlin Jugendamt Danziger Str. 81 10405 Berlin	Herr Gerd Jäger jug1100@ba-prenzlbg.verwalt.berlin.de Tel. 030/4240 2878 Fax 030/4240 2881			X					X		
Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg von Berlin Jugend-, Familienförd. und Sport Breslauer Platz 10820 Berlin	Frau Beate Lubitz lubitz@ba-temp.verwalt-berlin.de Tel. 030/7560 3497 Fax 030/7560 6105		X	X		X					
Bezirksamt Treptow-Köpenick von Berlin Jugendamt Postfach 91 02 40 12414 Berlin	Frau Andrea Buch Frau Annett Metzner annett.metzner@freenet.de Tel. 030/6172 4266 Fax 030/6172 4506	X			X						
Bezirksamt Neukölln Von Berlin Jugendamt Blaschkoallee 32 12359 Berlin	Herr Heiko Rolfes Heiko.Rolfes@BA-NKN.Verwalt-Berlin.de Tel.: 030/6809 3013 Fax: 030/6809 3738		X	X							Kietzzeitung Litfasssäulen

© Stiftung SPI 2004

Brandenburg										
Jugendamt	Ansprechpartner	Kooperation zwischen Kita, Grundschulen, Jugendhilfeangeboten und Hauptschulen	Sicherung des erfolgreichen Übergangs Schule in Beruf	Verknüpfung von Jugendhilfe mit Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes und sozialer Infrastruktur	Unterstützung und Initiierung von Gemeinschaftsprojekten				Förderung der aktiven Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an lokalen Planungs- und Umsetzungsvorhaben	Kooperation mit Institutionen der öffentlichen/privaten Gesundheitspflege	Sonstiges
					Jugendhilfeeinrichtungen und Schule	Jugendhilfeeinrichtungen und Arbeitsamt	Jugendhilfeeinrichtungen und soziale Stadterneuerung	Jugendhilfe und lokale Wirtschaft			
Stadtverwaltung Cottbus Jugendamt Karl-Marx-Str. 67 03044 Cottbus	Frau Karin Piotrowski Frau Anke Rudolph piotrowski.stadt@cottbus.de Tel. 0355/612 3526 Fax 0355/612 3503	X		X					X		
Stadtverwaltung Eberswalde Amt für Jugend, Kultur, Sport und Soziales Dr.-Zinn-Weg 18 16225 Eberswalde	Frau Gisela Vohse Herr Edmund Lenke e.lenke@eberswalde.de Tel. 03334/64 407 Fax				X			X			
Landkreis Oder-Spree Jugendamt Breitscheidstr. 3 e 15841 Beeskow	Frau Heike Christiani Heike.Christiani@landkreis-oder-spree.de Tel. 03366/35 1952 Fax 03366/35 2519	X	X						X		Wanderausstellung
Landkreis Ostprignitz-Ruppin Jugendamt Virchowstr. 14/16 16816 Neuruppin	Frau Karin Weyhe jugendfoe@o-p-r.de Tel. 03391/688 365 Fax 03391/688 356	X		X							
Landeshauptstadt Potsdam Jugendamt/ASD Hegelallee 6-10 14461 Potsdam	Frau Ilona Köhler Frau Athenstädt Jugendamt@Rathaus.Potsdam.de Tel. 0331/289 2280 Fax 0331/289 2283								X		

© Stiftung SPI 2004

Brandenburg										
Jugendamt	Ansprechpartner	Kooperation zwischen Kita, Grundschulen, Jugendhilfean-geboten und Hauptschulen	Sicherung des erfolgreichen Übergangs Schule in Beruf	Verknüpfung von Jugendhilfe mit Maßnahmen zur Verbesse-rung des Wohnumfeldes und sozialer Infrastruktur	Unterstützung und Initiierung von Gemeinschaftsprojekten				Förderung der aktiven Teilha-be von Kindern und Jugendli-chen an lokalen Planungs- und Umsetz-ungsvorhaben	Kooperation mit Institutionen der öffentlichen/privaten Ge-sundheitspflege	Sonstiges
					Jugendhilfeeinrich-tungen und Schule	Jugendhilfeenrich-tungen und Ar-beitsamt	Jugendhilfeeinrich-tungen und soziale Stadterneuerung	Jugendhilfe und lokale Wirtschaft			
Landkreis Uckermark Jugendamt Karl-Marx-Str. 1 17291 Prenzlau	Herr Jeske landkreis@uckermark.de Tel. 03984/70 3751 Fax 03984/70 4499			X	X		X		X		Fotoprojekt Kunstprojekt
Landkreis Prignitz FB Jugend und Familie Havelberger Str. 30 16928 Pritzwalk	Frau Petra Hahn Tel. 03395/300 631 Fax 03395/300 652	X	X						X		

© Stiftung SPI 2004

Bremen											
Jugendamt	Ansprechpartner	Kooperation zwischen Kita, Grundschulen, Jugendhilfeangeboten und Hauptschulen	Sicherung des erfolgreichen Übergangs Schule in Beruf	Verknüpfung von Jugendhilfe mit Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes und sozialer Infrastruktur	Unterstützung und Initiierung von Gemeinschaftsprojekten				Förderung der aktiven Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an lokalen Planungs- und Umsetzungsvorhaben	Kooperation mit Institutionen der öffentlichen/privaten Gesundheitspflege	Sonstiges
					Jugendhilfeeinrichtungen und Schule	Jugendhilfeeinrichtungen und Arbeitsamt	Jugendhilfeeinrichtungen und soziale Stadterneuerung	Jugendhilfe und lokale Wirtschaft			
Seestadt Bremerhaven Amt für Jugend und Familie Postfach 21 03 60 27524 Bremerhaven	Herr Rainer Düsterloh Tel. 0471/5902 664 Fax 0471/5902 743		X			X					

Hamburg											
Freie Hansestadt Hamburg Jugend- Gesundheits- und Umweltdezernat Platz der Republik 1 22754 Hamburg	Frau Christiane Geng christiane.geng@altona.hamburg.de Tel. 040/42811 2061 Fax 040/42811 2636		X		X	X					

© Stiftung SPI 2004

Hessen										
Jugendamt	Ansprechpartner	Kooperation zwischen Kita, Grundschulen, Jugendhilfeangeboten und Hauptschulen	Sicherung des erfolgreichen Übergangs Schule in Beruf	Verknüpfung von Jugendhilfe mit Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes und sozialer Infrastruktur	Unterstützung und Initiierung von Gemeinschaftsprojekten				Förderung der aktiven Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an lokalen Planungs- und Umsetz-ungsvorhaben	Kooperation mit Institutionen der öffentlichen/privaten Gesundheitspflege	Sonstiges
					Jugendhilfeeinrichtungen und Schule	Jugendhilfeeinrichtungen und Arbeitsamt	Jugendhilfeeinrichtungen und soziale Stadterneuerung	Jugendhilfe und lokale Wirtschaft			
Werra-Meissner-Kreis Jugendamt/ Jugendhilfeplanung Schlossplatz 1 37269 Eschwege	Herr Reiner Brill Brill.KVIII@werra-meissner-kreis.de Tel. 0561/302 3830 Fax 0561/302 3829	X	X								Musikalische Workshops
Stadt Frankfurt a. M. Jugend- und Sozialamt Berliner Str. 33-35 60311 Frankfurt a. M.	Frau Pia Bolz Herr Dr. Herbert Jacobs herbert.jacobs@stadt-frankfurt.de Tel. 069/212 30 485 Fax 069/212 32 829	X		X		X			X		Sportmobil
Stadt Fulda Amt für Jugend und Familie Zitronemannsgässchen 2 36037 Fulda	Herr Bernhard Oswald bernhard.oswald@fulda.de Tel. 0661/102 1933 Fax 0661/102 2933		X	X							Folkloretanz
Stadt Kassel Jugendamt Rathaus 34112 Kassel	Herr Thomas Reuting Nordverbund@freenet.de Tel. 0561/787 5002 Herr Thomas Birkhahn thomas.birkhahn@t-online.de Tel. 0561/402 328 Fax 0561/9200 2326 Frau Heidrun Pluquett Heidrun.pluquett@stadt-kassel.de	X	X		X	X			X		Gewaltprävention

© Stiftung SPI 2004

Hessen											
Jugendamt	Ansprechpartner	Kooperation zwischen Kita, Grundschulen, Jugendhilfeangeboten und Hauptschulen	Sicherung des erfolgreichen Übergangs Schule in Beruf	Verknüpfung von Jugendhilfe mit Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes und sozialer Infrastruktur	Unterstützung und Initiierung von Gemeinschaftsprojekten				Förderung der aktiven Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an lokalen Planungs- und Umsetz-ungsvorhaben	Kooperation mit Institutionen der öffentlichen/privaten Gesundheitspflege	Sonstiges
					Jugendhilfeeinrichtungen und Schule	Jugendhilfeeinrichtungen und Arbeitsamt	Jugendhilfeeinrichtungen und soziale Stadterneuerung	Jugendhilfe und lokale Wirtschaft			
Universitätsstadt Marburg Jugendamt/51.9 Friedrichstr. 36 35035 Marburg	Herr Christian Meineke meineke@debitel.net Tel. 06421/175 108 Fax 06421/201 595		X	X					X		
Stadt Offenbach Jugendamt Berliner Str. 100 63061 Offenbach	Frau Kaufmann-Reis claudia.kaufmann@jugendamt-of.de Herr Günter Kopp guenter.kopp@offenbach.de Tel. 069/8065 3967 Fax 069/8065 2709			X	X						Kompetenzzentrum
Stadt Wetzlar Jugendamt Ernst-Leitz-Str. 30 35573 Wetzlar	Herr Dieter-Alfred Neumann Tel. 06441/99 649 Fax 06441/99 687	X		X					X	X	
Landkreis Hersfeld-Rotenburg Jugendamt Friedloserstr. 12 36251 Bad Hersfeld	Frau Martina Baumert martina.baumert@hef-rof.de Tel. 06621/640 139 Fax 06621/ 87 428		X								
Landeshauptstadt Wiesbaden Jugendamt/Sozialamt Postfach 3920 65029 Wiesbaden	Herr Dr. Norbert Preußer Tel. 0611/31 2661 Fax 0611/31 3998	X		X	X		X		X		Gewaltprävention

© Stiftung SPI 2004

Mecklenburg-Vorpommern											
Jugendamt	Ansprechpartner	Kooperation zwischen Kita, Grundschulen, Jugendhilfean-geboten und Hauptschulen	Sicherung des erfolgreichen Übergangs Schule in Beruf	Verknüpfung von Jugendhilfe mit Maßnahmen zur Verbesse-rung des Wohnumfeldes und sozialer Infrastruktur	Unterstützung und Initiierung von Gemeinschaftsprojekten				Förderung der aktiven Teilha-be von Kindern und Jugendli-chen an lokalen Planungs- und Umsetz-ungsvorhaben	Kooperation mit Institutionen der öffentlichen/privaten Ge-sundheitspflege	Sonstiges
					Jugendhilfeeinrich-tungen und Schule	Jugendhilfeenrich-tungen und Ar-beitsamt	Jugendhilfeeinrich-tungen und soziale Stadterneuerung	Jugendhilfe und lokale Wirtschaft			
Stadt Greifswald Jugendamt Postfach 31 53 17461 Greifswald	Frau Ulrike Trzeciok Tel. 03834/52 4511 Fax 03834/52 4520	X								X	Graffiti
Stadt Neubrandenburg Jugendamt Postfach 11 02 55 17042 Neubrandenburg	Frau Marion Kühn JUNBDG@neubrandenburg.de Tel. 0395/555 2043 Fax 0395/555 2916		X					X	X		
Hansestadt Rostock Jugendamt Paulstr. 22 18055 Rostock	Frau Inge-Lore Christ Frau Petra Witt Frau Angelika Stiemer angelikastieme@rostock.de Tel. 0381/381-1021/-1066/-2523 Fax		X	X	X						Theater, Seereise, Mediatorenaus-tausch
Landkreis Uecker-Randow FB Jugend, Kultur und Bildung An d. Kürassierkaserne 9 17309 Pasewalk	Frau Elke Nase Herr Peter Brose jugendbildung@lkuer.de Tel. 03973/255 125 Fax 03973/255 555	X									Netzwerk-optimierung

© Stiftung SPI 2004

Mecklenburg-Vorpommern										
Jugendamt	Ansprechpartner	Kooperation zwischen Kita, Grundschulen, Jugendhilfean-geboten und Hauptschulen	Sicherung des erfolgreichen Übergangs Schule in Beruf	Verknüpfung von Jugendhilfe mit Maßnahmen zur Verbesse-rung des Wohnumfeldes und sozialer Infrastruktur	Unterstützung und Initiierung von Gemeinschaftsprojekten				Förderung der aktiven Teilha-be von Kindern und Jugendli-chen an lokalen Planungs- und Umsetz-ungsvorhaben	Kooperation mit Institutionen der öffentlichen/privaten Ge-sundheitspflege	Sonstiges
					Jugendhilfeeinrich-tungen und Schule	Jugendhilfeenrich-tungen und Ar-beitsamt	Jugendhilfeeinrich-tungen und soziale Stadterneuerung	Jugendhilfe und lokale Wirtschaft			
Stadt Schwerin Amt für Jugend, Soziales und Wohnen Am Packhof 2-6 17053 Schwerin	Herr Detlef Borchardt jugendhilfeplanung-sn@gmx.de Tel. 0385/545 2206 Fax 0385/545 2139		X			X		X			
Hansestadt Stralsund Amt für Jugend, Familie und Soziales Wiesenstr. 9 18437 Stralsund	Herr Ulrich Böhme uliboehme-jugendamthst@web.de Tel. 03831/482 610 Fax 03831/482 611	X			X					X	

© Stiftung SPI 2004

Niedersachsen										
Jugendamt	Ansprechpartner	Kooperation zwischen Kita, Grundschulen, Jugendhilfeangeboten und Hauptschulen	Sicherung des erfolgreichen Übergangs Schule in Beruf	Verknüpfung von Jugendhilfe mit Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes und sozialer Infrastruktur	Unterstützung und Initiierung von Gemeinschaftsprojekten				Förderung der aktiven Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an lokalen Planungs- und Umsetz-ungsvorhaben	Kooperation mit Institutionen der öffentlichen/privaten Gesundheitspflege	Sonstiges
					Jugendhilfeeinrichtungen und Schule	Jugendhilfeenrichtungen und Arbeitsamt	Jugendhilfeeinrichtungen und soziale Stadterneuerung	Jugendhilfe und lokale Wirtschaft			
Stadt Braunschweig FB Kinder, Jugend und Familie Eiermarkt 4-5 38100 Braunschweig	Herr Armin Kraus Herr Andreas Pelikan andreas.pelikan@braunschweig.de Tel. 0531/470 3070 od. 8512 Fax 0531/470 3090 od. 8074	X	X	X	X				X		Zeitungsprojekt
Stadt Fallingbostel Jugendamt Vogteistr. 1 29683 Fallingbostel	Herr Jörg Biela Tel. 05162/401 50 Fax 05162/401 66				X		X				
Stadt Göttingen Jugendamt Hiroshimaplatz 1-4 37083 Göttingen	Frau Claudia Wittenstein c.wittenstein@goettingen.de Herr Herbert Berg h.berg@goettingen.de Tel. 0551/400 2901 Fax 0551/400 3345		X								Suchtprävention, Theater-, Filmprojekt
Landeshauptstadt Hannover Amt für Jugend und Familie – 51.P Ihmeplatz 5 30449 Hannover	Herr Stefan Rauhaus Stefan.Rauhaus.51@hannover-stadt.de Tel. 0511/168 42 282 Fax 0511/168 46 555 Herr Volker Rohde Volker.Rohde.50@Hannover-Stadt.de	X	X		X				X		

© Stiftung SPI 2004

Niedersachsen										
Jugendamt	Ansprechpartner	Kooperation zwischen Kita, Grundschulen, Jugendhilfeangeboten und Hauptschulen	Sicherung des erfolgreichen Übergangs Schule in Beruf	Verknüpfung von Jugendhilfe mit Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes und sozialer Infrastruktur	Unterstützung und Initiierung von Gemeinschaftsprojekten				Förderung der aktiven Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an lokalen Planungs- und Umsetzungsvorhaben	Kooperation mit Institutionen der öffentlichen/privaten Gesundheitspflege	Sonstiges
					Jugendhilfeeinrichtungen und Schule	Jugendhilfeeinrichtungen und Arbeitsamt	Jugendhilfeeinrichtungen und soziale Stadterneuerung	Jugendhilfe und lokale Wirtschaft			
Landkreis Nienburg Jugendamt Kreishaus am Schlossplatz 31582 Nienburg	Herr Klaus Borck kreisjugendpflege@landkreis-nienburg.de Tel. 05021/967 319 Fax 05021/967 439	X							X		
Landkreis Wesermarsch Jugendamt Poggenburger Str. 15 26919 Brake	Herr Peter Büsching-Czerny peter.czerny.wesermarsch@kdo.de Tel. 04401/927 262 Fax 04401/34 71	X	X		X		X		X		
Stadt Salzgitter Jugendamt/Abt. Jugendamt Postfach 10 06 80 38206 Salzgitter	Herr Peter-Ulrich Wendt Peter-Ulrich.Wendt@Stadt.Salzgitter.de Tel. 05341/839 3901 Fax 05341/839 4949								X		

© Stiftung SPI 2004

Nordrhein-Westfalen										
Jugendamt	Ansprechpartner	Kooperation zwischen Kita, Grundschulen, Jugendhilfeangeboten und Hauptschulen	Sicherung des erfolgreichen Übergangs Schule in Beruf	Verknüpfung von Jugendhilfe mit Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes und sozialer Infrastruktur	Unterstützung und Initiierung von Gemeinschaftsprojekten				Förderung der aktiven Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an lokalen Planungs- und Umsetzungsvorhaben	Kooperation mit Institutionen der öffentlichen/privaten Gesundheitspflege	Sonstiges
					Jugendhilfeeinrichtungen und Schule	Jugendhilfeeinrichtungen und Arbeitsamt	Jugendhilfeeinrichtungen und soziale Stadterneuerung	Jugendhilfe und lokale Wirtschaft			
Stadt Detmold Jugendamt Wittekindstr. 7 32758 Detmold	Herr Stefan Fenneker stadtteilbuero-hakedahl@detmold.de Tel. 05231/977 968 Fax 05231/999 231	X	X		X					X	
Bundesstadt Bonn Amt 51-331 Friedrich-Breuer-Str. 54 53225 Bonn	Herr Bernd Grießbach bernd.grießbach@bonn.de Tel. 0228/775 232 Fax 0228/775 237				X						Handbuch Vernetzung
Stadt Duisburg Jugendamt/EG-DU Kuhstr. 6 47049 Duisburg	Frau Karen Wojciechowski EG-DU Entwicklungsges.Duisburg mbH Willy-Brandt-Ring 44 47169 Duisburg kwojciekowski@eg-du.de Tel. 0203/283 4120	X								X	
Stadt Gelsenkirchen FB Kinder, Jugend und Familie Kurt-Schumacher-Str.2 45879 Gelsenkirchen	Frau Iris Schappert 419Schappert@gelsen-net.de Herr Bernd Zenker-Broekmann Tel. 0209/120 4313 od. 169 9349 Fax 0209/120 4319 od. 169 9377	X	X		X						

© Stiftung SPI 2004

Stadt Hagen FB Jugend und Soziales Postfach 42 49 58042 Hagen	Herr Reinhard Goldbach reinhard.goldbach@stadt-hagen.de Tel. 02331/207 3608 Fax 02331/207 2456		X	X							Eltern-/Kitaförderung

Nordrhein-Westfalen											
Jugendamt	Ansprechpartner	Kooperation zwischen Kita, Grundschulen, Jugendhilfeangeboten und Hauptschulen	Sicherung des erfolgreichen Übergangs Schule in Beruf	Verknüpfung von Jugendhilfe mit Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes und sozialer Infrastruktur	Unterstützung und Initiierung von Gemeinschaftsprojekten				Förderung der aktiven Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an lokalen Planungs- und Umsetz-ungsvorhaben	Kooperation mit Institutionen der öffentlichen/privaten Gesundheitspflege	Sonstiges
					Jugendhilfeeinrichtungen und Schule	Jugendhilfeenrichtungen und Arbeitsamt	Jugendhilfeeinrichtungen und soziale Stadterneuerung	Jugendhilfe und lokale Wirtschaft			
Stadt Heiligenhaus Jugendamt Hunsrückstr. 31 42579 Heiligenhaus	Herr Thomas Langmesser t.langmesser@t-online.de Tel. 02056/922 491 Fax 02056/922 492	X	X								Umweltpädagogik
Stadt Herne Jugendamt Postfach 10 18 20 44621 Herne	Herr Klaus-Dieter Gülck SBHoHausen@aol.com Tel. 02323/89 72 90 Fax 02323/89 72 91			X	X						Singende Grundschule, Kinderkino
Stadt Köln Amt für Kinder, Jugend und Familie Kalker Hauptstr. 247-273 51103 Köln	Frau Susanne Geißler Jugendberufshilfe Herr Maruan Azrak maruan.azrak@stadt-köln.de Tel. 0221/221 25410 od. 98267 Fax 0221/221 25425 od. 98399			X							

© Stiftung SPI 2004

Stadt Krefeld FB Jugendhilfe und Beschäftigungsförderung Von-der-Leyen-Platz 1 47792 Krefeld	Frau Doris Schlimnat doris.schlimnat@krefeld.de Herr Hakan Saribas Ali.Saribas@krefeld.de Tel. 02151/86 34 91 Fax 02151/86 33 00			X					X		
Stadt Siegen FB 5 – Soziales, Familie, Jugend und Wohnen Wiedenauer Str.211/213 57076 Siegen	Herr Andreas Liedtke a_liedtke@siegen.de Herr Axel Roth Tel. 0271/404 2103 od. 2245 Fax 0271/404 2717		X	X					X		
Stadt Solingen Beschäftigungsförderung Merscheider Str. 3 42699 Solingen	Herr Martin Hückeler m.hueckeler@solingen.de Tel. 0212/290 5219 Fax 0212/290 5223		X				X				
Stadt Wuppertal Ressort 201/ Jugendamt Postfach 42269 Wuppertal	Herr Winfried Schilke winfried.schilke@stadt.wuppertal.de Tel. 0202/563 2691 Fax 0202/563 8089	X		X							

© Stiftung SPI 2004

Rheinland-Pfalz										
Jugendamt	Ansprechpartner	Kooperation zwischen Kita, Grundschulen, Jugendhilfeangeboten und Hauptschulen	Sicherung des erfolgreichen Übergangs Schule in Beruf	Verknüpfung von Jugendhilfe mit Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes und sozialer Infrastruktur	Unterstützung und Initiierung von Gemeinschaftsprojekten				Förderung der aktiven Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an lokalen Planungs- und Umsetzungsvorhaben	Kooperation mit Institutionen der öffentlichen/privaten Gesundheitspflege	Sonstiges
					Jugendhilfeeinrichtungen und Schule	Jugendhilfeeinrichtungen und Arbeitsamt	Jugendhilfeeinrichtungen und soziale Stadterneuerung	Jugendhilfe und lokale Wirtschaft			
Stadtverwaltung Koblenz Jugendamt Postfach 20 15 51 56015 Koblenz	Herr Lothar Mohr Lothar.Mohr@Stadt.Koblenz.de Tel. 0261/129 2325 Fax 0261/129 2300	X				X	X				Lokale Ökonomie
Stadtverwaltung Mainz Amt 51-Jugendamt Kaiserstr. 3-5 55116 Mainz	Herr Uwe Naumann uwe.naumann@stadt.mainz.de Tel. 06131/123 714 Fax 06131/123 568	X	X	X					X		
Stadt Trier Amt für soz. Gemeinschaftsaufgaben Augustinerhof 54224 Trier	Herr Achim Hettinger achim.hettinger@trier.de Tel. 0651/718 1540 Fax 0651/718 1548	X	X		X						

© Stiftung SPI 2004

Saarland										
Jugendamt	Ansprechpartner	Kooperation zwischen Kita, Grundschulen, Jugendhilfean-geboten und Hauptschulen	Sicherung des erfolgreichen Übergangs Schule in Beruf	Verknüpfung von Jugendhilfe mit Maßnahmen zur Verbesse-rung des Wohnumfeldes und sozialer Infrastruktur	Unterstützung und Initiierung von Gemeinschaftsprojekten				Förderung der aktiven Teilha-be von Kindern und Jugendli-chen an lokalen Planungs- und Umsetz-ungsvorhaben	Kooperation mit Institutionen der öffentlichen/privaten Ge-sundheitspflege	Sonstiges
					Jugendhilfeeinrich-tungen und Schule	Jugendhilfeenrich-tungen und Ar-beitsamt	Jugendhilfeeinrich-tungen und soziale Stadterneuerung	Jugendhilfe und lokale Wirtschaft			
Landkreis Neunkirchen Kreisjugendamt Martin-Luther-Str. 2 66564 Ottweiler	Herr Volker Kümmel v.kuemmel@landkreis-neunkirchen.de Tel. 06824/906 189 Fax 06824/906 304		X								
Stadtverband Saarbrücken Jugendamt Postfach 10 30 55 66030 Saarbrücken	Frau Dr. Katja Kruse Katja.Kruse@svsbr.de Tel. 0681/506 5139 Fax 0681/506 5195	X	X	X	X				X		
Landkreis Saarlouis Kreisjugendamt Kaiser-Wilhelm-Str. 4-6 66740 Saarlouis	Herr Ralf Weber amt51-jhp@kreis-saarlouis.de Tel. 06831/444 220 Fax 06831/444 600			X	X				X		

© Stiftung SPI 2004

Sachsen										
Jugendamt	Ansprechpartner	Kooperation zwischen Kita, Grundschulen, Jugendhilfeangeboten und Hauptschulen	Sicherung des erfolgreichen Übergangs Schule in Beruf	Verknüpfung von Jugendhilfe mit Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes und sozialer Infrastruktur	Unterstützung und Initiierung von Gemeinschaftsprojekten				Förderung der aktiven Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an lokalen Planungs- und Umsetz-ungsvorhaben	Kooperation mit Institutionen der öffentlichen/privaten Gesundheitspflege	Sonstiges
					Jugendhilfeeinrichtungen und Schule	Jugendhilfeeinrichtungen und Arbeitsamt	Jugendhilfeeinrichtungen und soziale Stadterneuerung	Jugendhilfe und lokale Wirtschaft			
Stadt Chemnitz Amt für Jugend und Familie Bahnhofstr. 53 09106 Chemnitz	Frau Annette Stolp annette.stolp@stadt.chemnitz.de Tel. 0371/488 5153		X	X							
Landeshauptstadt Dresden Jugendamt Postfach 12 00 20 01001 Dresden	Frau Fietz squeisser@dresden.de Tel. 0351/488 4605	X									Jugendmobil
Stadt Leipzig Jugendamt Naumburger Str. 26 04229 Leipzig	Frau Solveig Haensch solveig.haensch@t-online.de Tel. 0341/123 4362 Fax 0341/123 4495		X	X		X			X	X	
Landratsamt Löbau-Zittau Jugendamt Hochwaldstr. 29 02763 Zittau	Frau Heidrun Wolff heidrun.wolff@lra-loebau-zittau.de Tel. 03583/722 509 Fax 03583/722 029		X	X					X		Mobile Erkundung

© Stiftung SPI 2004

Sachsen										
Jugendamt	Ansprechpartner	Kooperation zwischen Kita, Grundschulen, Jugendhilfeangeboten und Hauptschulen	Sicherung des erfolgreichen Übergangs Schule in Beruf	Verknüpfung von Jugendhilfe mit Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes und sozialer Infrastruktur	Unterstützung und Initiierung von Gemeinschaftsprojekten				Förderung der aktiven Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an lokalen Planungs- und Umsetz-ungsvorhaben	Kooperation mit Institutionen der öffentlichen/privaten Gesundheitspflege	Sonstiges
					Jugendhilfeeinrichtungen und Schule	Jugendhilfeenrichtungen und Arbeitsamt	Jugendhilfeeinrichtungen und soziale Stadterneuerung	Jugendhilfe und lokale Wirtschaft			
Landratsamt Weißeritzkreis Jugendamt Postfach 14 60 01741 Dippoldiswalde	Herr Reiner Müller reiner.mueller@weisseritzkreis.com Tel. 0351/6483 349 Fax 0351/6491 492								X		
Landkreis Bitterfeld Jugendamt Mittelstr. 20 06749 Bitterfeld	Herr Peter Grimm Peter.Grimm@Landkreis-Bitterfeld.de Tel. 03493/341 730 Fax 03493/341 428	X	X	X					X	X	Bitterfelder Jugendsites

© Stiftung SPI 2004

Sachsen-Anhalt											
Jugendamt	Ansprechpartner	Kooperation zwischen Kita, Grundschulen, Jugendhilfeangeboten und Hauptschulen	Sicherung des erfolgreichen Übergangs Schule in Beruf	Verknüpfung von Jugendhilfe mit Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes und sozialer Infrastruktur	Unterstützung und Initiierung von Gemeinschaftsprojekten				Förderung der aktiven Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an lokalen Planungs- und Umsetzungsvorhaben	Kooperation mit Institutionen der öffentlichen/privaten Gesundheitspflege	Sonstiges
					Jugendhilfeeinrichtungen und Schule	Jugendhilfeeinrichtungen und Arbeitsamt	Jugendhilfeeinrichtungen und soziale Stadterneuerung	Jugendhilfe und lokale Wirtschaft			
Landkreis Halberstadt Jugendamt Friedrich-Ebert-Str. 42 38820 Halberstadt	Frau Inge Kallenberger info@landkreis.halberstadt.de Tel. 03941/577 336 Fax 03941/577 319								X		
Stadt Halle FB für Kinder, Jugend und Familie Schopenhauerstr. 4 06114 Halle	Frau Schöps Jugendhilfeplanung michael.laube@halle.de Tel. 0345/221 4029 Fax 0345/221 4024	X		X			X				
Stadt Magdeburg Jugendamt/Soziale Dienste Kroatenwuhne 2 39116 Magdeburg	Herr Andreas Krüger Herr Hans-Werner Pabst Tel. 0391/540 3170 od. 6091 Fax 0391/540 3187 od. 6104 krueger@jga-magdeburg.de	X		X	X						Gewaltprävention

© Stiftung SPI 2004

Schleswig-Holstein										
Jugendamt	Ansprechpartner	Kooperation zwischen Kita, Grundschulen, Jugendhilfean-geboten und Hauptschulen	Sicherung des erfolgreichen Übergangs Schule in Beruf	Verknüpfung von Jugendhilfe mit Maßnahmen zur Verbesse-rung des Wohnumfeldes und sozialer Infrastruktur	Unterstützung und Initiierung von Gemeinschaftsprojekten				Förderung der aktiven Teilha-be von Kindern und Jugendli-chen an lokalen Planungs- und Umsetz-ungsvorhaben	Kooperation mit Institutionen der öffentlichen/privaten Ge-sundheitspflege	Sonstiges
					Jugendhilfeeinrich-tungen und Schule	Jugendhilfeenrich-tungen und Ar-beitsamt	Jugendhilfeeinrich-tungen und soziale Stadterneuerung	Jugendhilfe und lokale Wirtschaft			
Stadt Flensburg FB Jugend, Soziales Und Gesundheit 24931 Flensburg	Herr Detlef Leitenberger Herr Witte jugendfoerderung@flensburg.de Tel. 0461/85 2337 Fax 0461/85 1664	X	X		X				X		
Hansestadt Lübeck FB Jugendarbeit Braunstr. 21 23539 Lübeck	Herr Gorch Bruns gorch.bruns@luebeck.de Tel. 0451/122 1214 Fax 0451/122 5151			X		X			X		
Kreis Steinburg Amt für Jugendpflege und Sport Postfach 16 32 22506 Itzehoe	Her Lichnau Tel. 04821/69 385 Fax 04821/69 356	X			X	X					
Stadt Itzehoe Kinder- und Jugendbüro Reichenstr. 23 25524 Itzehoe	Herr Carsten Roeder carsten.roeder@itzehoe.de Tel. 04821/60 3243 Fax 04821/60 3379	X			X	X					Mobiles Internet-Café

© Stiftung SPI 2004

Thüringen										
Jugendamt	Ansprechpartner	Kooperation zwischen Kita, Grundschulen, Jugendhilfean-geboten und Hauptschulen	Sicherung des erfolgreichen Übergangs Schule in Beruf	Verknüpfung von Jugendhilfe mit Maßnahmen zur Verbesse-rung des Wohnumfeldes und sozialer Infrastruktur	Unterstützung und Initiierung von Gemeinschaftsprojekten				Förderung der aktiven Teilha-be von Kindern und Jugendli-chen an lokalen Planungs- und Umsetz-ungsvorhaben	Kooperation mit Institutionen der öffentlichen/privaten Ge-sundheitspflege	Sonstiges
					Jugendhilfeeinrich-tungen und Schule	Jugendhilfeenrich-tungen und Ar-beitsamt	Jugendhilfeeinrich-tungen und soziale Stadterneuerung	Jugendhilfe und lokale Wirtschaft			
Stadtverwaltung Jena Jugendamt Postfach 10 03 38 07703 Jena	Herr Reinhard Schwabe schwaber@jena.de Tel. 03641/49 2730 od. 31 Fax 03641/49 2220				X						
Landratsamt Kyffhäuser-kreis Jugendamt Johann-Karl-Wezel-Str. 7 99706 Sondershausen	Frau Sabine Bräunicke Tel. 03632/741 621 Fax 03632/741 851	X	X						X		„Orinetz“ berufl. Orientierung
Stadtverwaltung Son-dershausen Amt für Soziales Markt 7 99706 Sondershausen	Frau Margit Mallik Tel. 03632/622 185 Fax 03632/622 180	X		X						X	

© Stiftung SPI 2004